UC-NRLF
$B 595 228

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

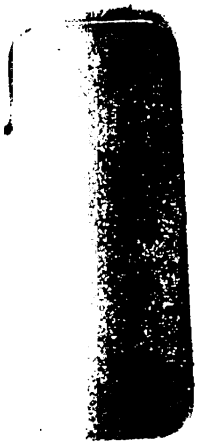
Digitized by Google

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA



Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

DIE GLOCKE

SOZIALISTISCHE WOCHENSCHRIFT

HERAUSGEBER

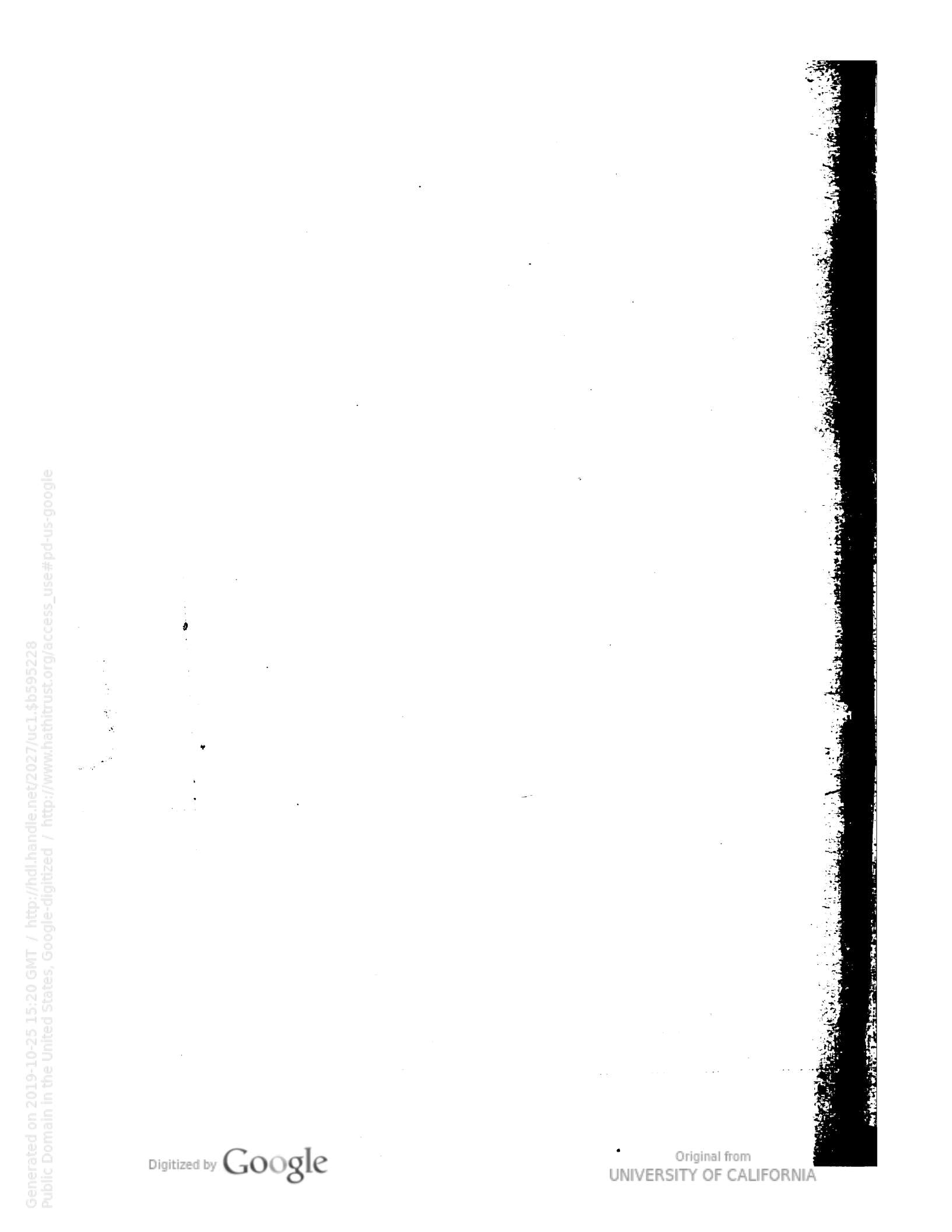
PARVUS

Redaktion: Konrad Haenisch
Ständige Mitarbeiter: August Winnig, Ernst Heilmann und Paul Lensch

V. Jahrgang, 1. Band

BERLIN 1919
VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google
Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA



Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Jg 5-11 in 9/Bd.

5. Jahrg. 1. Band **№ 14** 5. Juli 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

P - Bucle
5: 14 - 26
JULY - SEPT
1919
(Mun.
(Stuck 5: 15)

50 Pfennig

LIBRARY
APR 30 1959
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Glocke

Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus.

Redaktion: Konrad Haenisch. Ständige Mitarbeiter: Wilhelm Jansson, Dr. Paul Lensch, August Winnig.

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Der Sieg, übersetzt von J. Heinzmann.

Hans von Kiesling . . . . . Die Schuld am Kriege.

Friedr. Th. Körner: Volksbildung und deutsche Zukunft

Glossen.

Nummer 13 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Dr. Paul Lensch: Das Zwischenspiel des Friedensschlusses.

Konrad Haenisch . . . . . Dennoch!

Dr. Bernhard Treuenfels: Rußland und wir — Auslandsdeutsche.

Curt Biging . . . . . Oekonomie des Geistigen.

R. G. Haebler . . . . . Hochschulreform.

Else Lüders . . . . . Versäumte Gelegenheiten.

Wilhelm Guske: Die ehrenamtliche und hauptberufliche Tätigkeit in der inneren Verwaltung.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

HX6
C56
v5:14

DIE GLOCKE

14. Heft 5. Juli 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Der Sieg.

Nachdem hier wiederholt das gesagt worden ist, was vom *deutschen* Standpunkt aus zu dem sogenannten Frieden von Versailles zu sagen ist, geben wir heute einem *Dänen* das Wort. Die nachstehenden Darlegungen erschienen zuerst in den Kopenhagener „Politiken" und sind von J. Heinzmann für die „Glocke" ins Deutsche übertragen.

DER Friedensvertrag von Versailles ist etwas ganz anderes als ein Dokument im hergebrachten *Sinne*. Der Inhalt hat den Rahmen dessen gesprengt, was man sich gewöhnlich unter einem Dokument vorstellt.

Keine von Menschenhand hervorgebrachte Schrift hat jemals eine ähnliche Bedeutung erlangt, hat jemals zwischen seinem ersten und letzten Buchstaben eine so überwältigende Offenbarung von Macht zusammenfassen können. Die Kunst des Schreibens wurde erfunden, um den Menschen die gegenseitige Verständigung zu erleichtern. Aber hier ist sie zu einer Anwendung gekommen, die jegliches menschliche Verhältnis in solchem Grade vermissen läßt, daß das ganze Werk in seiner rein äußerlichen Mechanik zunächst geradezu unbegreiflich wirkt.

An einem unvergeßlichen Morgen konnten wir das Werk in seinem ganzen Umfange lesen — und ist es nicht vielen ebenso ergangen wie mir? — Wir lasen es, aufs heftigste interessiert, ohne daß es uns gleich klar wurde, was die Schreibkunst diesmal aus ihrer Tiefe uns mitzuteilen hätte. Unserem Gehirn fehlte die Geschmeidigkeit, um sofort erfassen zu können, was da stand. Die Schreibkunst, welche hier sicherlich den äußersten Grad von Gewandtheit erreicht hat, hatte doch nicht zugereicht. Wir mußten Zeit haben, um zu begreifen, was da doch deutlich geschrieben stand, denn als etwas Unnatürliches bewegte sich das Werk von

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Versailles außerhalb dessen, was menschliches Fassungsvermögen sonst gewohnt war.

Die Absicht des Schriftstückes griff unsere Seele zu Anfang ganz unbewußt auf wie einen Schmerz — ähnlich einer ahnungsvollen und plötzlich wachsenden Unruhe vor einem unabwendbaren Unglück, das sich uns nähert, vor dem Tode oder vor irgendetwas anderem Unabänderlichen. Aber die Empfindung des Unglückes und des Elends wuchs hier ins Ungemessene, galt es doch nicht ein einzelnes Menschenleben, sondern ein ganzes Menschengeschlecht und ein Zeitraum ungerechneter Jahre soll mit ins Spiel gezogen werden.

Später hat man einen klareren Einblick in den Vertrag bekommen können, teils durch Vertiefung in die einzelnen Abschnitte, teils durch Verfolgung der Repliken, welche zwischen den Parteien gewechselt worden sind. Eine geschlossene Auffassung des Vertrages in seinem ganzen Umfange zu erhalten, ist sehr schwierig, gerade weil einzelne seiner wichtigsten Bestimmungen das Begrifflose zur Anwendung zu bringen suchen: Eine Verantwortung ohne Grenzen, eine unaufhörliche Vergewaltigung der Zukunft Deutschlands.

Bei solchen Gelegenheiten wie diese, sucht man sich ein Bild davon zu machen, was der Ausdruck „die Zukunft einer Nation" bedeutet. Es ist, als ob die Menge der kommenden Jahre an uns vorüberzöge, all das Abenteuerliche, welches einer großen und volkreichen Nation anhaftet, ein sonnenbeschienenes, mächtiges und lebendes Flechtwerk von Arbeit und Genie neuer Geschlechter, ein Wald von neuen Menschen, durchstrahlt von Licht und frohem Lärm wie ein Laubwald im lebengebenden Jubel des Frühlings; so kann man die Zukunft einer Nation ahnen, denn die Zukunft ist doch nichts anderes als Hoffnung und Glaube und gehört noch nicht der unbarmherzigen Wirklichkeit an.

Aber gerade diese Wirklichkeit ist es, die in besonders schonungslosem Grade ihren fahlen Schein der Vernichtung in die deutsche Zukunft hineinwirft. Alles, was die Jahre bringen, soll gewogen und abgeschätzt werden: Deutschlands Zukunft liegt auf der Wagschale, niemand erfährt, wie weit die Verantwortlichkeit gehen soll, aber alle, die jetzt leben, und neue Generationen bis zu einer Ausdehnung, welche gänzlich von Gnade und Barmherzigkeit abhängig

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:20 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ist, sollen das Aeußerste hergeben, was sie vermögen, um eine Schuld zu sühnen, die jedenfalls nicht die neuer Generationen ist, und um einen Haß zu befriedigen, den sie nicht herausgefordert haben.

Die Gläubiger haben genau ausgerechnet, was die Millionen des großen Stammes heute hergeben können. Das nächste Glied, das in die Phalanx der Verantwortung einrückt, ist die Jugend, welcher das traurige Gepräge der Hoffnungslosigkeit bereits aufgedrückt ist; das übernächste, das dann herangezogen wird, sind die, welche heute noch sorglose Kinder sind, alle die Millionen, die noch nicht vom Schrecken der Wirklichkeit erfaßt sind. Aber selbst hier macht die entsetzliche und rücksichtslose Wanderung ins Elend noch nicht Halt, denn diese Berechnungen, welche kalt vom Golde erklingen, haben in ihrer desperaten Phantasie selbst in die geheimnisvollen Gebiete der Schöpfung eingegriffen; ungeborene Geschlechter sind gewogen und abgeschätzt, selbst das lebengebende Wesen, nenne es Gott oder Natur, ist mit in die Abrechnung der gemeinen Kriegsspielschuld hineingezogen worden; von nun an ist auch dies, das höchste Wesen, ein Faktor auf der Börse in Wall Street.

Zu den Lebenden sagen die Gläubiger: Ihr gehört uns! Aber die kleinen Kinder, dieses frühlingsleuchtende Flechtwerk von Millionen und Abermillionen kleiner Kinder, auch sie gehören uns, und wir sind es, die ihre Kräfte abschätzen werden, nachdem sie herangewachsen sind, wie wir Zugtiere im Wachstum taxieren. Aber die Ungeborenen, welche sich im großen Schoße der Schöpfung nur ahnen lassen? Auch sie gehören uns, und wir werden auf die Tüchtigkeit der Allmacht spekulieren, wie wir früher auf eine zukünftige Ernte spekuliert haben.

Dergestalt erfaßt der Sieger alles im besiegten Stamme; die Gegenwart und die Zukunft, die Lebenden und die, welche kommen sollen. Sonderbar ist es nur, daß er nicht gleichzeitig versucht hat, auch die Toten zu erfassen, diese zwei Millionen Toter, welche auch der Verantwortung unterliegen, und die in dieses Verbrechen, das die Niederlage geschaffen hat, versenkt worden sind. Gibt es denn in dem gewaltigen Ringen der Gegenwart nicht das geringste Empfinden für das wunderbare Schicksal, welches den Nachruhm dieser Millionen hinweggefegt hat? Sollte es den noch lebenden

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Herren am grünen Tische nicht möglich sein, einen, wenn auch noch so geringen, kalten Schauer bei einer flüchtigen Erinnerung an diese große Menge von Menschen zu verspüren, die doch ihr Leben für eine zündende Idee — denn das war für sie der Begriff Vaterland —, der nun doch seine Ehre und seinen Wert verloren hat, hingegeben haben? Das, wofür sie sich geopfert haben, ist nicht mehr aktuell für die, welche den Kampf überlebt haben — und ihre grenzenlose Hingabe ans Schicksal hat sie allein davor bewahrt, in die Hände einer Vergeltung zu fallen, die auf alle Fälle etwas Unbedeutendes ist im Vergleich zu dem ewig Menschlichen, das sie in den Tod getrieben hat.

Es ist, als ob ein stummer Schrei „Vergebung!" von diesem großen Zuge ausginge, der aus den Reihen der Lebenden in den Schatten des Todes gewandert ist. Ich forsche noch immer nach einem Empfinden, welches da sein müßte, das Empfinden, daß dieses schreckliche Schweigen über die Toten eine Ungerechtigkeit gegen die edlen Instinkte selbst in sich birgt, in deren Namen der Sieg unter den Triumphbogen gebracht wurde. Sieg, Sieg — soll er denn immer so unendlich kalt in seiner Pracht verbleiben, wird er in seinem Reichtum keinen Platz für das Gedächtnis derjenigen haben, die nur erreicht haben, in seinen fernen Strahlen zu sterben? Und weshalb kann er nicht ein einziges Mal in seinem größten Augenblick alles das einfangen, wozu er jetzt mehr denn je die Macht hat: Alle, sowohl die, welche zurückgekehrt, als auch die, welche untergegangen sind. Aber nein!

Und hierin liegt vielleicht die Erklärung, daß Versailles im ersten Augenblick so erschütternd unverständlich wirkt, weil wir alle eine glückselige und wilde Sehnsucht nach einer Geste hatten, die bis zu den Sternen reichte, aber statt dessen erhielten wir dieses künstliche Produkt, welches nur den Verdacht vertieft, daß unsere Existenz zu Ende ist, und daß wir dazu verurteilt sind, Erschütterungen entgegenzusehen, welche wir nicht imstande sein werden, zu tragen.

Dies ist also die Antwort auf eine Einladung zu einer Zusammenkunft in der eigenartigsten und großartigsten Lage der menschlichen Geschichte. Der Sieg ist selbstverständlich so überwältigend groß geworden kraft der Vollständigkeit der Niederlage. Aber wird es heute einen Menschen geben, der sich erdreistet, zu entscheiden, welche der Parteien darin

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gesiegt hat, was zu allen Zeiten der menschliche Einsatz im Kriege gewesen ist: Mut, Genie und Opferwilligkeit? Wer hat hiervon am meisten gegeben? Die, welche triumphieren, oder die, welche verloren haben? Alles, was den Glanz des Triumphes erhöht, vervollkommnet die Tragödie der Niederlage. Alles, was der Stolz des Siegers ist, ist auch die Erinnerung der Geschlagenen. Es sind die tiefen Glieder von Toten, welche heute den Sieger unter dem Triumphbogen geleiten, und in den Gräbern seiner Gefallenen birgt der Geschlagene denselben Schatz. Denn die Kreuze, dieser dunkle Wald über den Toten, bedeutet in seiner unermeßlichen Ruhe gleichwohl etwas, was auch der lauteste Siegeslärm nicht kränken kann.

In Erwartung der Zusammenkunft zwischen den beiden Parteien, welche jede für sich unübersehbare Begriffe bedeutet: Die unbegrenzte Uebermacht und die vollkommene Vernichtung — nicht Nation gegen Nation, sondern Menschenalter gegen Menschenalter — hungern wir nach jener Kundgebung, welche die Spannung der Welt lösen und uns wieder zu einer menschlichen Existenz vereinigen könnte.

Wie diese Botschaft beschaffen sein wird, können wir uns schwerlich vorstellen, nur ahnen, wie wir die Befreiung von einer drückenden Last ahnen . . . den Frühling nach einem strengen Winter. Und weil die Sehnsucht der todesmüden Welt so unermeßlich gewesen ist, möge das, was nun im edlen Pathos kommen soll, sich auf der Höhe des Dramas der Zeit halten: Ein Sieg ohne Grenzen, ein Triumph in größtem Umfange, wie ihn die Welt noch nie gesehen und welcher die Völker aus allen Himmelsgegenden der Erde unter seinen Schwingen sammelt, begegnet sich mit der grandiosesten Niederlage, in welcher eine Weltmacht seine Jahrhunderte schonungslos vernichtet sieht — ein Unglück, welches ebenso gigantisch die menschliche Phantasie fesselt, wie der Sieg, denn auch das Unglück strömt ins Unendliche. — Und weil diese Jahre zusammengenommen der Menschheit ebensoviel Leid gebracht haben, wie Menschenalter anderer Zeitperioden, so war es natürlich, daß die ewige Hoffnung auf Versöhnung lebendig und erwartungsvoll verblieb und nach sagenhaften Vorstellungen griff, wie zu anderen Zeiten historischer Bedrängnis: Jetzt sollte es kommen zu einem demütigen Menschengeschlecht, dieses Andere und Neue,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

welches stets bei prophetischen Tagen wahrgenommen wurde, jenes Evangelium, welches immer nur geahnt wird und unerreichbar bleibt, der Traum der Schöpfung selbst vom Menschen: Liebet einander! Und endlich kam die Botschaft. Es war einer der ersten starken Frühlingstage.

Es kann nichts nützen, die unglückliche Verstimmung, welche die Botschaft verbreitet, mit Anklagen zu bekämpfen. Der Ueberfall der Deutschen, jawohl. Der Vertragsbruch, jawohl. Die harte Kriegsführung, jawohl. Alles wird zugegeben, aber was kann es nützen, recht zu haben gegenüber der Todeskälte der Botschaft? Vernehmen nicht selbst die eifrigsten Ankläger eine bittere Enttäuschung in ihrem Gewissen, welche selbst der lauteste Anklageschrei nicht betäuben kann? Sind nicht alle in tiefster Seele beunruhigt bei dem Gedanken, daß hier wiederum die primitivste Ritterlichkeit des Menschen gekränkt worden ist: Die Achtung der überlegenen Stärke vor dem unbegrenzten Unglück. Und kann es möglich sein, daß die Sieger und ihre Bewunderer ein so außerordentliches und unantastbares Recht haben sollten, daß sie erst nach der Vollstreckung des Strafgerichts, welches für Deutschlands Millionen eine unaufhörliche Unterdrückung, ein „niemals mehr", bedeutet, eine Empfindung, wie die eines bei Ausbruch des Frühlings zum Tode Verurteilten, — daß sie erst dann Frieden in ihren empörten Herzen fühlen können?

Wie es von trockenem Papier knistert in diesem langen Vertrag und seinen Kommentaren! .... Ich gehe hinaus auf meine Veranda, um mich von meiner Verstimmung zu befreien, indem ich durch das große Fenster einem Frühjahrsunwetter zusehe, welches vom Westen heraufzieht. Die Wasser des Inselgartens spielen in unstetem Wechsel von blendendem Licht und jagenden Schatten, der Westhimmel ist in langsamem Anzuge wie ein Bergriese mit dem Gipfel nach unten. Am Meeresstrande ruhen die Inseln noch im Sonnenbade, o, diese nordischen Schäreninseln, welche die Sommerbrise in ihren Wäldern einfangen und sie wieder über die See hinausatmen, wo wir ihre eigenartige labende Wärme wahrnehmen können; aber im Westen und Norden sind die Wälder der Inseln bereits gestreift vom Regenwetter, dunkelgrün an der Strandlinie, nebelweiß über den Abhängen. Das Regenwetter schickt einen dunklen Sturm voraus, und die Segler des Fjordes

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

legen sich tief auf die Seite im weißen Wogengischt. Aber noch ist die Brise nicht herübergekommen. Unter mir habe ich die Wipfel einer Föhre und einer Birke, deren fleischfarbene Zwillingsstämme ihre anmutvolle und reiche Tracht tragen. Ich erschaue durch das Laubwerk hindurch die Muskulatur des Baumes, der seine Last in stiller Erwartung trägt, und nur der Birke äußerste Fransen zittern leicht in der Kälte, welche die Nähe des Sturmes verkündet. Aber der Wipfel der Föhre wird plötzlich blendend weiß und darauf golden. Es ist ein sonderbares Lichtspiel in so einem Baume im schnell wechselnden Wetter der Jahreszeit, es rückt näher, es ist, als ob ich durch eine tiefe und klare Linse ihm entgegenstarre.

In diesem sorglosen Drama der Natur, in welchem die Sekunden die Einfälle verschwenderisch vergeuden, in dieser Spannung, welche unaufhörlich ist, weil sich in dieser reichen und feinen Schärenweite fortwährend Neues ereignet, in dieser Ekstase, welche von Ewigkeit zu Ewigkeit fortdauert, vernehme ich wie einen stechenden Schmerz in meinem Innern dieses trockene Knistern des wichtigsten Papieres der Welt, wovon doch das kleinste zitternde Blatt der Birke keine Ahnung hat.

Unfaßbar murmelt in meinen Gedanken ein Wort, worin dieses ganze knisternde Hirnwerk Ausdruck erhält, ein Wort, in welchem ich unbewußt eine Benennung für den Betrug und für all das zu finden suche, was ich nicht verstehen kann: Mkwawa. Sie fordern des Negerkönigs Kopf. Das ist die einzige Geste der Botschaft — und sie war es doch, die bis zu den Sternen reichen sollte.

Aber jetzt kommt das Regenwetter näher. Sein Kältevorhang hat sich schon auf mich gesenkt, und der Geruch des Wetters erinnert mich flüchtig an sauren Wein. In solchen Augenblicken ereignet es sich, daß wir von der tiefsten Sensation, welche das Dasein uns geben kann, beherrscht werden: Das Bewußtsein dessen, daß wir leben, birgt auch die Ueberzeugung in sich, daß dieselbe Erschütterung alles Lebende erreichen kann, Menschen und Bäume, den siegreichen Adler und den Einsamen in seinem Unglück.

In dieser Verwunderung empfinde ich die Wirklichkeit von Mkwawas Kopf einzig als eine beklemmende Demonstration gegen das Leben und die Zukunft. Es ist, als ob auch der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Negerkönig sich über dem grünen Tische erhöbe und seinen Kopf unter die anderen mische. — Und diese anderen Köpfe von allen Gegenden der Welt erwecken in dem halbdunklen, verschlossenen Raume den Eindruck lebensfremder Totenschädel; es ist, als ob sie alle abgeschnittene Lorbeerblätter über ihren Mumienprofilen und großen Augenhöhlen trügen. Und in diesen verzerrten Zügen finde ich ein bildliches Symbol des Attentats gegen die Zukunft eines Geschlechts, als den machtlosen Kampf gegen das Leben, das unantastbare, das unverwundbare.

Der Sturmwirbel hat die Birke erreicht; wie ein Jüngling, der mächtige Fackeln schwingt, schwillt die Muskulatur des Stammes bis ins Laub hinein, umstrahlt von einem funkelnden und verwirrenden Lärm. Was erzählt uns nicht ein solcher Baum! Von den strahlenden Wirbeln in den Fransen der Zweige bis zu dem mächtigen Brausen in seiner wogenden grünen Tiefe! Und doch ist das Ganze nur eine Sekunde vom Leben, dem unendlich verschwenderischen und Nachsicht übenden, daß sich auch in seinen schwächsten Aeußerungen selbst von den mächtigsten Menschen nicht zerstören läßt, sondern stets von seinem Reichtum allen gibt, dem Sieger sowohl als auch dem Zerschmetterten.

HANS VON KIESLING:

Die Schuld am Kriege.

Ein Rückblick
über die deutsche Außenpolitik der letzten dreißig Jahre.

IN den anläßlich der Friedensverhandlungen seitens der Entente an Deutschland übergebenen Schriftstücken spielt die Erörterung der Schuldfrage eine große Rolle. In tönenden Worten, die für die eigenen Völker bestimmt sind, wird hier Deutschland vorgeworfen, daß es die alleinige Schuld am Weltkriege, dem größten Weltverbrechen, das die Weltgeschichte kenne, trage. Auch in Deutschland wird diese Frage leidenschaftlich erörtert. Während die große Mehrheit es glatt ablehnt, am Ausbruch dieses gewaltigen Dramas direkt veranlassend beteiligt zu sein, kann sich eine kleine Gruppe nicht genug tun in Erniedrigung des eigenen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Landes und Volks, indem sie alle Schuld auf das Deutschland der Vorkriegszeit wälzt. Dazwischen gibt es eine ganze Anzahl von Meinungsschattierungen, in denen den leitenden Staatsmännern des kaiserlichen Deutschlands Fehler und Unterlassungssünden zugeschoben werden, die nicht ohne Einfluß auf den Kriegsausbruch geblieben sind.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist der Friedensvertrag bereits unterzeichnet. Damit ist eine Periode der deutschen Geschichte abgeschlossen, die mit einem ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Aufschwung begann und mit einer niederschmetternden Katastrophe endete. Ein neues Blatt der Weltgeschichte beginnt.

Solche Augenblicke regen dazu an, ruhig und leidenschaftslos nach rückwärts zu schauen und die Ereignisse am geistigen Auge vorüberziehen zu lassen, die für die verflossene Geschichtsperiode von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Prüfen wir an ihrer Hand noch einmal die Frage, ob Deutschland wirklich bewußt und absichtlich das Verbrechen begangen hat, die Welt in Flammen zu setzen, ob es wirklich allein die Schuld an dem furchtbaren Kriegsbrand trägt, der Europa zerstört hat, wie seine Feinde von gestern es wahrhaben wollen.

Im Jahre 1888 trat Bismarck vom politischen Schauplatz ab. Bis dahin wurde die ganze europäische Politik von seiner gewaltigen Persönlichkeit beherrscht. Er hat sich in der deutschen Reichskanzlerstellung und im Auswärtigen Amt den Apparat geschaffen, mit dem er die deutsche Auslandspolitik leitete und diejenige der übrigen Mächte beeinflußte. Im Berliner Kongreß, der den türkisch-russischen Krieg vom Jahr 1877 beendete, stand Deutschland auf der Höhe seiner Macht.

Auch später noch wirkten die Erfolge der Bismarckschen Politik, die Siege vom Jahr 1870 nach. Die Schaffung des Dreibundes und damit die Einigung der deutschen Vormächte gaben dem Zentrum Europas nach außen eine um so gebietendere Stellung, als die übrigen Mächte sich noch nicht auf gemeinsamer Basis gefunden hatten und jede einzeln ihren politischen Zielen nachging. Mit dem damaligen Zweibund war die erste größere Machtgruppierung der Bismarckschen Zeit entstanden. Trotz alledem unterhielt der Reichskanzler nahe Verbindungen mit Rußland, verhinderte

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

durch den sogenannten Rückversicherungsvertrag ein Aufeinanderstoßen der russischen und Habsburger Interessen und sorgte auf der anderen Seite für ein gutes Verhältnis zu England.

Nach dem Berliner Kongreß, auf dem Rußland die bereits der Erfüllung nahen Wünsche auf die Festsetzung in Konstantinopel und an den Meerengen in nichts zerflattern sah, erhielt die traditionelle deutsch-russische Freundschaft einen Riß, der nicht mehr verheilen sollte. Das aufmerksame Ohr hört bereits den grollenden Unterton der weltpolitischen Spannung, deren gewaltsame Lösung wir eben miterlebt haben. Auch Bismarck erkennt trotz seines Prinzips, die deutsche Politik auf die Anlehnung an den Zarismus aufzubauen, den sich ankündigenden Gegensatz in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Sofort sieht er sich nach dem russischen Gegenspieler, nach England um; sein am 22. November 1887 an Lord Salisbury geschriebener Brief, der von Otto Hammann in dem Buch „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs" veröffentlicht, und der vielleicht die letzte außenpolitische Aktion von Bedeutung des alternden Staatsmannes ist, kann als vollgültiger Beweis dafür gelten, daß die Bismarcksche Politik eine Anlehnungspolitik im guten Sinne des Wortes war.

Trotz der gewaltigen Macht, die Deutschland gegenüber den zersplitterten übrigen Mächten damals bedeutete, sucht die deutsche Politik auf dem Boden gemeinsamer Interessen Verbindungen mit anderen Mächten zu schaffen, welche die Isolierung Deutschlands ausschließen.

In jenen Tagen trieb man Kontinentalpolitik, d. h. eine Politik, welche die infolge der zentralen Lage stets bedrohte deutsche Stellung sicherte und es ablehnte, außerhalb Europas oder im Osten sich in Abenteuer einzulassen, die zu schweren Reibungen mit anderen führen mußten. Die ersten Schritte zu überseeischer Ausdehnung, die zur Schaffung des deutschen Kolonialreiches und zur Festsetzung Deutschlands im stillen Ozean führten, sind nie gegen sondern nur in freundschaftlicher Verbindung mit England durchgeführt worden.

Die Hereinnahme Italiens in den Dreibund geschah wohl aus dem Grunde, italienisch-habsburgische Reibungen wegen der Irredenta in Trient und Triest auszuschalten, hatte

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

aber nur Sinn, solange ein gutes Verhältnis mit England Italien auch im Dreibunde die Sicherheit seiner langen Küsten verbürgte.

Die Politik der siebziger und achtziger Jahre wurde von dem Gedanken beherrscht, daß die Revanchestimmung in Frankreich dieses Land jeder deutschfeindlichen Kombination in die Arme treiben würde, daß es also Grundsatz der deutschen Staatskunst sein müsse, die politische Verbindung Frankreichs mit anderen Großmächten zu verhindern.

Man mag über die innere Politik des ersten deutschen Reichskanzlers denken wie man will, man kann in seiner Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie durchaus einen Fehler sehen; daß er aber in der auswärtigen Politik, solange er im Amte war, größten Weitblick besaß, und daß seine Politik nie das große Ziel, die einheitliche Linie aus dem Auge verlor, ist über jeden Zweifel erhaben.

Mit dem jungen Kaiser, dessen Tatkraft sich mit der untergeordneten Rolle, die ihm die überragende Gestalt Otto von Bismarcks zuwies, nicht begnügen wollte, nahm die deutsche Politik eine andere Richtung. In den Friedensjahren nach 1870 war die wirtschaftliche Macht Deutschlands sprunghaft in die Höhe gegangen. Sein Handel hatte in allen vier Weltteilen Fuß gefaßt und war als Konkurrent alter eingesessener Handelsmächte dort aufgetreten. Das weite Gebiet der englischen Kolonien, England und Frankreich, Ostasien, Südamerika, Rußland und der Orient waren zum deutschen Markt geworden. Der Reichtum in Deutschland nahm in ungeahnter Weise zu. Stets wurden neue Kapitalien flüssig, die zu einer immer größeren und strafferen Organisation der deutschen Industrie, zu einer immer mächtigeren Ausbildung des deutschen Kapitalismus führten.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands geht zunächst auf den Milliardensegen der siebziger Jahre, dann aber vor allem auf die Notwendigkeit, der deutschen Uebervölkerung Brot zu schaffen, zurück. Dies führte zur Bildung großer Industriezentren. Der leichtere Verdienst des Industriearbeiters zog jedoch auch große Teile der Landbevölkerung in die Fabriken; während die Landwirtschaft durch diese Landflucht litt, mußte das große Angebot an Industriearbeitern beschäftigt werden; Kapital und Arbeiterangebot

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

erhöhten die Masse der Produktion, so daß bald die bereits erworbenen Weltmärkte nicht mehr für ihre Aufnahme genügten. In ähnlicher Weise entwickelte sich die weltumspannende deutsche Schiffahrt.

Gewaltsame Praktiken des deutschen Handels, von den Konkurrenten nicht immer als fair empfundene Unterbietungen und Aufkäufe, kämpferische Fracht- und Zollpolitik gaben der deutschen Wirtschaft bald eine aggressive Richtung. Diese wuchs, je mehr die Arbeiterheere infolge der fortschreitenden Uebervölkerung an Zahl zunahmen, um so mehr als Deutschland kein Ansiedlungsgebiet zur Verfügung stand, nach dem es einen Teil seiner Ueberproduktion an Menschen hätte ableiten können. Die Arbeitermassen wollten beschäftigt sein, das Kapital wollte verdienen.

Es lag nahe, daß sich unter solchen Umständen der Blick des deutschen Politikers über die deutschen Grenzen hinaus richtete, daß überall in ganz Deutschland der Wunsch, Ansiedlungsgebiete, Rohstoffländer, große Absatzmärkte zu besitzen, Macht und Geltung gewann. Am deutlichsten und rücksichtslosesten sprach sich dieses Bestreben in der alldeutschen Bewegung aus, deren umfassende Propaganda von der Regierung gestützt, und auf junkerlicher Basis sich aufbauend, die politische Ausdehnung Deutschlands, das größere Deutschland, deutsche Weltpolitik auf ihr Programm gesetzt hatte.

Der Anstoß zu dieser außenpolitischen Neuorientierung wurde im Jahre 1888 dadurch gegeben, daß die Deutsche Bank die Konzession zur anatolischen Bahn erwarb. Damit faßte man offiziell in Vorderasien Fuß, die deutsche Politik trat als mitbestimmender Faktor in die Arena auf dem gleichen Gebiet, auf dem sich das Geschick der meisten großen Weltreiche, die die Geschichte kennt, mehr oder weniger erfüllt hat.

Zunächst war das Fußfassen nur wirtschaftlich. Die neue Bahn sollte das reiche Anatolien erschließen, Verbindung mit dem eben erstandenen englisch-französischen Bahnnetz nehmen und dem deutschen Handel den Weg in das Innere Vorderasiens ebnen.

Gleichzeitig aber wurde der politische Gesichtspunkt energisch betont. Der Kaiser machte, kaum daß er zur Regierung gekommen war, als ersten Besuch den am Hofe des

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Sultans und deutete damit für jedermann verständlich an, welche Richtung die deutsche Politik zu nehmen gewillt war. Die Betonung der Notwendigkeit der Erhaltung des türkischen Staatskörpers und des freien Handelswettbewerbs auf seinem Gebiete war zum Angelpunkt der nachbismarckschen Politik geworden. Gleichzeitig wurde der von Bismarck aufgestellte Grundsatz, daß die Händel in der Türkei nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert seien, durchbrochen.

Mehr und mehr gewannen die türkischen und vorderasiatischen Fragen Einfluß auf die deutschen politischen Erwägungen. Augenfällig wurde die Freundschaft des Kaisers für den Islam betont und seine Reise im Jahre 1898 nach Damaskus, die unter besonderer Prachtentfaltung vor sich ging, deuteten den energischen Willen der kaiserlichen Politik an, hinfürder auch in Vorderasien dem Deutschtum den erwünschten Platz an der Sonne zu schaffen.

Der Unterton, der nach dem Berliner Kongreß noch als fernes Grollen sich andeutete, wurde deutlicher und kräftiger, je mehr die Interessen Habsburgs auf dem Balkan und die deutschen Interessen in Vorderasien mit denjenigen Rußlands zusammenprallten. Das Freundschaftsverhältnis zwischen Rußland und Preußen-Deutschland, einst das große Geheimnis preußischer Staatskunst, wurde kälter und kälter, der Widerstand, den der Zar in seinem Bestreben, das Andreaskreuz über den Kuppeln der Hagia Sofia wehen zu sehen, bei den verbündeten Mittelmächten fand, führte zur französisch-russischen Annäherung und sehr bald zum Zweibund dieser Mächte, der nun als starkes Gegengewicht dem älteren Dreibunde gegenübertrat und der eine ausgesprochene Spitze gegen die Mittelmächte besaß.

Zunächst gelang es den deutschen Staatsmännern, noch eine gewisse freundschaftliche Fühlung mit England aufrecht zu erhalten. Ueber Italien gingen die Fäden, die Großbritannien als politischen Sekundanten des Dreibundes erscheinen ließen. Das Inselreich hing zwar noch dem Prinzip der splendid isolation an und trieb eine Politik der Unabhängigkeit, der freien Hand nach allen Seiten, war aber doch nirgends eine auch nur lose Bindung gegen das stammverwandte Deutschland eingegangen. Im Gegenteil, es begünstigte in gewisser Beziehung die kolonialen Pläne des

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Kaiserreichs. Noch war sein Gegensatz zu Rußland so stark, daß ihm die Kombination gegen Rußland als politisch richtig erschien.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts trat die gewaltige Entfremdung zwischen dem deutschen und englischen Volke ein, in der ich einen Hauptgrund für die schweren Konflikte sehe, die schließlich zum Kriege geführt haben. Die Indolenz des Burenvolkes hatte in dieser Zeit England in Südafrika in unangenehme Verlegenheiten verwickelt. Haltlos brach, als englische Maßnahmen zur Unterwerfung der holländischen Freistaaten in Südafrika sich andeuteten, in Deutschland eine ungeheure Burenbegeisterung los, die sich in Schmähungen gegen das perfide Albion nicht genug tun konnte und ihren impulsiven aber höchst unklugen Ausdruck in dem sattsam bekannten Krügertelegramm fand. Man mag über die Berechtigung der englischen Politik in Südafrika denken wie man will, der Ausbruch der alldeutschen Volksleidenschaft war ein Faustschlag ins Gesicht des englischen Volkes und hat das Verhältnis beider Nationen aufs schwerste vergiftet. Der Artikel der „Saturday Review" vom 11. September 1897 drückte die Gefühle der Engländer in jenen haßerfüllten Zeilen, die die Vernichtung Deutschlands als das Ziel der englischen Politik verlangten, deutlich aus. Die Burenbegeisterung war dabei nicht einmal der Ausdruck des menschlichen Mitgefühls für ein mißhandeltes Volk; es war vielmehr der Haß des schwächeren Konkurrenten gegen denjenigen, der die Welt besaß, der in den Schmähartikeln der damaligen Zeit gegen England zum Ausdruck kam. Dieses hat in der Folgezeit die unmotivierte deutsche Anrempelung niemals verwunden.

Kurz darauf entstand zwischen ihm und Frankreich der Faschodakonflikt, der zu einer bitteren Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten, den kolonialen Rivalen der Jahrhunderte führte. Trotzdem die Macht Englands genügt hatte, um Frankreich zum diplomatischen Rückzug zu veranlassen, ergab sich für seine Politik in der Folge die Notwendigkeit, aus der splendid isolation herauszutreten und gegen die russisch-französische Koalition Anlehnung zu suchen. Trotz der feindseligen Volksstimmungen näherte es sich Deutschland. Die kalte Aufnahme, die es dort fand, veranlaßte aber sehr bald einen gründlichen Wechsel seiner Politik. Immerhin hatten die wenigen Jahre freundschaft-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

licher Verhandlungen für Deutschland einen günstigen Vertrag über die portugiesischen Kolonien und das bekannte Yangtseabkommen zur Folge.

Die deutsche Orientpolitik ging rücksichtslos auf dem gefährlichen Wege weiter. Am 22. Januar 1902 erhielt die Deutsche Bank die Konzession für die Weiterführung der anatolischen Bahn als Bagdadbahn nach Mesopotamien. Die deutsche Politik stieß damit in Territorien vor, die in der Nachbarschaft Indiens lagen und in denen England eine politische und wirtschaftliche Vorzugsstellung beanspruchte. Am persischen Golf herrschte unumschränkt die englische Flagge, die Tigrisschiffahrt war englisches Monopol, Persien, Mesopotamien, Palästina galten den Engländern als die zukünftige Landbrücke zwischen Aegypten und Indien.

Das Vordringen Deutschlands durch Kleinasien mußte es nicht nur in schweren Konflikt zu England, sondern auch zu Frankreich und Rußland bringen, die in Syrien, bzw. Armenien eigene politische Interessen verfolgten. So ergab sich eine Gemeinsamkeit der Interessen dieser drei Mächte, welche sie auch über Schwierigkeiten hinweg zu vereintem Handeln gegen die als aggressiv empfundene deutsche Politik vereinigen mußte.

Um die gleiche Zeit war England der südafrikanischen Schwierigkeiten Herr geworden. Diese Frage war zu seinen Gunsten entschieden. In Japan hatte es einen Bundesgenossen gewonnen, den es gegen das Ueberhandnehmen der russischen Macht in Ostasien benutzen konnte. Noch immer schien ihm der bestehende Gegensatz zu seinem großen Rivalen in Asien, zu Rußland, größer und unüberbrückbarer, als der sich in Mesopotamien andeutende zu Deutschland. Noch einmal versucht es die Annäherung an das Deutsche Reich, indem es ihm den Beitritt zum japanisch-englischen Bündnis freistellt. Die deutsche Zurückhaltung läßt auch diesen Plan scheitern.

In der Folgezeit wird die Weltpolitik immer mehr beherrscht von der gewaltigen wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft zwischen England und Deutschland. Das letztere sieht in Großbritannien seinen Hauptfeind, und sucht durch den Bau einer kräftigen Flotte auch auf dem Meere sich die Stellung zu verschaffen, die es beanspruchen zu dürfen glaubt. Die deutsche Flottenpolitik, gestützt durch eine

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gegen England sich richtende alldeutsche Hetze wird dort als gewollte Bedrohung empfunden; Deutschland wird für England auf dem Meere die stärkste, gefährlichste und darum verhaßteste Macht.

Die englische Politik ist für die Zukunft nur mehr von dem Gedanken beherrscht, den gewaltigen deutschen Konkurrenten dadurch aus dem Felde zu schlagen, daß es alle Mächte und Kräfte der Welt zum Kampfe gegen ihn unter seiner Führung vereinigt.

Die Bagdadbahnlinie kann bis Mossul noch als wirtschaftliches Unternehmen bezeichnet werden. Sie diente der Erschließung Armeniens und des nördlichen Mesopotamiens, deren Produkte sie nach dem Hafen Alexandrette heranführen sollte und gewann Anschluß an den schiffbaren Tigris. Bei einer Fortsetzung über Rowanduz konnte sie die Verbindung mit dem asiatischen Bahnnetz Rußlands, sowie mit Nordpersien herstellen und gewann große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Zentralasiens. Eine solche Linienführung wäre ohne große politische Reibung mit anderen Mächten möglich gewesen. Allerdings hätte sich die Bahn dann mehr als Zufahrtslinie für den Tigris, denn als seine Konkurrentin betrachten müssen.

Mit der Fortsetzung der Bahn nach Bagdad und Basra traten die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zurück, die politischen dagegen in den Vordergrund. Dieser Teil der Bahn konnte bei dem Umstande, daß die Ware stets den billigeren Flußweg wählt, keine große wirtschaftliche Zukunft erwarten lassen. Die raschere Beförderung der Indienpost brachte nicht genügend ein, um die großen Kosten der Bahnlinie zu decken und das Kapital ausreichend zu verzinsen.

Die Bahn diente in erster Linie strategischen Zwecken. Sie gestattete den raschen Aufmarsch der türkischen Kräfte im Irak, dadurch die Befestigung der türkischen Herrschaft in der Umgegend des persischen Golfs, wo die unbotmäßigen einheimischen Stammesfürsten, wie der Scheich von Koweit, der von Mohamara, der Ibn Reschid in Innerarabien die bedingungslose Anerkennung der türkischen Staatshoheit verweigerten. Die den Erbauern der Bahn gesicherte fünfprozentige Zinsgarantie war viel weniger eine wirtschaftlich als politisch und militärisch zu rechtfertigende Ausgabe.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Mit der Fortsetzung der Bahnlinie bis Koweit am persischen Meerbusen trat der politische Gesichtspunkt als weit überwiegender offenkundig in Erscheinung. Hinter der türkischen Vorhut erschien drohend die deutsche Großmacht an den Ufern des indischen Ozeans. Damit trat auf asiatischem Boden Deutschland als politischer Konkurrent Englands auf, noch dazu in einem Gebiete, wo sich der Brite bis dahin als Alleinherrscher gefühlt hat und wo er infolge der Nachbarschaft Indiens politisch besonders empfindlich sein mußte.

Es bereitete dem Bagdadunternehmen diplomatische und wirtschaftliche Schwierigkeiten aller Art, seine Politik huldigte immer mehr und mehr dem Grundsatz, daß Deutschland der große Feind seiner imperialistischen Entwicklung, seiner unbeschränkten Herrschaft zur See und seines übermächtigen Handels sei. Es wendet alle Mittel an, um die Festsetzung Deutschlands am indischen Ozean zu verhindern, und ist sich darüber klar, daß unter Umständen auch an die Waffen appelliert werden müsse, wenn die Richtung der deutschen Politik nicht korrigiert werden könnte.

Von diesem Augenblick zieht sich durch die Erwägungen aller leitenden englischen Staatsmänner wie ein roter Faden der zielbewußte Wille, die deutsche Stellung zu schwächen und gegen den Bund der Mittelmächte eine gewaltige Koalition der Welt ins Leben zu rufen. Damals begann die englische Einkreisungspolitik.

Klar sind die Marksteine auf diesem politischen Wege vorgezeichnet. Im Jahre 1904 schließt Großbritannien die Entente Cordiale mit Frankreich, während gleichzeitig sein alter asiatischer Rivale Rußland in Ostasien durch den japanischen Bundesgenossen niedergerungen wird. Durch Nachgiebigkeit in Sachen des Panamakanals und der Monroedoktrin gewinnt es die Vereinigten Staaten von Nordamerika; mit dem geschwächten Rußland verständigt es sich über Persien und Zentralasien; es eröffnet ihm unter Aufgabe alter ererbter Grundsätze der englischen Politik die Aussicht auf Konstantinopel und die Meerengen; durch Entgegenkommen und Eingehen auf die kolonialen Wünsche Italiens lockert es das Verhältnis dieses ohnehin nur mit halbem Herzen dem Dreibund angehörigen Staates zu den Mittelmächten.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Trotzdem verfolgt die deutsche Weltpolitik unbeirrt ihr Ziel weiter. Sie stützt die österreichischen Aspirationen auf dem Balkan gegen Rußland, das in Oesterreich den grimmigsten Feind seiner eigenen Balkanwünsche sah und dieses durch die panslavistische Bewegung, die ihm mehr und mehr zum taktischen Mittel der Politik geworden war, lahm zu legen hoffte.

Das kräftigste Volk des Balkans sind die Serben. Sie sind arbeitsam, bildungsfähig, kriegerisch, kurz: leistungsfähig in jeder Beziehung. Ihr fruchtbares Land war landwirtschaftlich gut entwickelt, aber vom Meere abgeschlossen. Für die große Schweineproduktion, die ungeheure Pflaumenernte bot sich nur Ungarn und die österreichischen Erbländer als Absatzgebiet dar. Die agrarische Schutzzollpolitik Ungarns, die nicht einmal die Durchfuhr dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse Serbiens gestattete, führte zum Ruin der blühenden serbischen Landwirtschaft. Die Zwetschgen verfaulten an den Zweigen, Serbien erstickte in Schweinefett, das nach keiner Richtung hin abgesetzt werden konnte. In dieser wirtschaftlichen Abwehrpolitik des ungarischen Agrarierkapitalismus sehe ich den ersten und wichtigsten Grund für die Abkehr des serbischen Volkes von der habsburgischen Monarchie. Erst als Serbien einsah, daß ihm von der habsburgischen Seite kein wirtschaftliches Entgegenkommen würde, trieb es die österreichfeindliche Politik und wurde zum Tummelplatz der panslavistischen Propaganda Rußlands, die in Herrn von Hartwig einen energischen und zielbewußten Förderer fand. Damals erst entstand in Serbien die panserbische Idee und bildeten sich in der Narodna Obrana jene Organisationen aus, die politisch weit in die auf österreichisch-ungarischem Gebiet liegende serbische Irredenta herübergriffen. Die ungarische Erpresserpolitik hat in Serbien den Brandherd geschaffen, von dem aus der Funke zündend nach Europa überspringen sollte.

Nur während der ostasiatischen Episode hatte Rußland seine Balkanwünsche zurückgesetzt. Nach der dort erlittenen Niederlage tauchten sie mit vermehrter Gewalt wieder auf. Es entsprach einem jahrhundertelangen Wunsche der russischen Gebildeten, Konstantinopel und die Meerengen in russischem Besitz zu sehen; die Zaren betrachteten sich als die Rechtsnachfolger der byzantinischen Kaiser am

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Goldenen Horn, mit der Verpflichtung, in die ehrwürdigen Hallen der Sofeinkirche anstelle des Halbmondes wieder das Kreuz aufzurichten.

Die Verhältnisse führten folgerichtig dazu, daß Deutschland in seiner Balkan- und Vorderasienpolitik Rußland und England zum Feinde haben mußte. Die Interessen dieser beiden Großmächte wurden damit gemeinsame mit Frankreich. Je mehr England ins andere Lage abschwenkte, um so geringer wurde der Wert Italiens als Bundesgenosse.

Die deutsche Politik wurde um so gefährlicher, je mehr in der habsburgischen Monarchie der Nationalitätenhader emporloderte und das deutsche Element politisch unterdrückt wurde. Die an allen Enden entstehenden Schwierigkeiten ließen bei den auseinanderstrebenden Tendenzen der einzelnen Teile einen Zerfall des Donaustaates als wahrscheinlich erscheinen. Mehr und mehr gewannen die Fragen der fremdländischen Minderheiten entscheidende Bedeutung. Aus der italienischen, serbischen, rumänischen, ruthenischen und polnischen Irredenta führten politische Fäden nach außen. In Böhmen erhoben die tschechischen Selbständigkeitsbestrebungen mit deutlicher Hinneigung nach Rußland immer offener ihr Haupt, während zwischen den beiden wichtigsten Gliedern der Monarchie, den deutschen Erbländern und Ungarn kein Vertrauensverhältnis herzustellen war. Mehr und mehr gewann in äußerer und innerer Politik Ungarn die Führung.

Bei solchen Verhältnissen mußte die Betonung der Nibelungentreue eine Verwicklung Deutschlands in die Händel Oesterreich-Ungarns wahrscheinlich machen. Das enge Bundesverhältnis erschwerte andererseits ein Eintreten für die Rechte der deutschsprachigen Teile der habsburgischen Monarchie.

Das starre Festhalten an der Zweibundpolitik, trotzdem sich die Verhältnisse im Laufe der Jahrzehnte, seit der Gründung dieses mitteleuropäischen Blocks gewaltig verändert hatten, wurde in dem Augenblick zum Fehler, wo man deutlich erkannte, daß die Lage Oesterreich-Ungarns Deutschland in ungewollte Schwierigkeiten hineinziehen würde, und daß der Donaustaat mehr und mehr zu einem nicht mehr länger aufrecht zu erhaltenden Anachronismus geworden war.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die enge Verbindung mit Oesterreich-Ungarn brachte Deutschland in den letzten Jahrzehnten häufig in die Lage, an politischen Fragen des Balkans tätigen Anteil zu nehmen. Ständig brodelte es in diesem Hexenkessel, wobei die Gefahr nahe lag, daß ein Ueberkochen ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen würde. Es gelang oft unter großen Schwierigkeiten, die auf dem Balkan entstandenen Brände zu lokalisieren. Nicht stets deshalb, weil die Politik der Mittelmächte sich durch besondere Folgerichtigkeit auszeichnete, sondern weil ihre Gegner den Moment als zur Austragung ihres Konflikts mit Deutschland nicht für geeignet erachteten.

Im Jahre 1897 hatte Bülow die Leitung der deutschen Politik übernommen. Damals trat sie in ihre gefährlichste Phase.

Schon war das Verhältnis zu Rußland, Konstantinopels und Habsburgs wegen zu schwerem Konflikt, zu England infolge der wirtschaftlichen Konkurrenz und der Vorderasienpolitik zu gewissem Gegensatz gediehen, als der zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechende Marokkostreit in zwei Krisen Europa dem Abgrund eines Krieges nahe brachte. Wenn je, so hatte damals die deutsche Politik gewaltsamen, wohl auch aggressiven Charakter. Unter der Vorgabe der erfolgten Verletzung des deutschen Prestiges stellte die kaiserliche Politik damals den Grundsatz auf, daß keine größere weltpolitische Veränderung ohne Deutschlands Einwilligung vor sich gehen dürfe. Praktisch erreichte man durch dieses Vorgehen nichts, erzielte aber nur einen um so festeren Zusammenschluß des gegnerischen Rings; statt durch diplomatische Verhandlungen mit England und Frankreich sich konkrete Vorteile zu sichern, erfand man das Schlagwort der gepanzerten Faust, setzte sich der ganzen Welt gegenüber ins Unrecht und vernichtete den letzten Rest französischen Entgegenkommens.

Seit jenem Moment, den ich als den unglücklichsten der ganzen kaiserlichen Politik bezeichnen möchte, ist die feste Geschlossenheit der gegen Deutschland geschaffenen Mächtekoalition deutlich sichtbar. In jener Zeit dürfte das Todesurteil über die Mittelmächte gefällt worden sein. Seine Vollstreckung war nur eine Frage der Zeit und Gelegenheit.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Dank der geschickten Politik Englands war der unter seiner Führung geschaffene Bund dem Dreibund weit überlegen. Es hing ganz von ihm ab, den Augenblick zu wählen, der ihm für die entscheidende Auseinandersetzung gelegen schien.

Die deutsche Politik fand nachher keine Möglichkeit mehr, sich dem Netze der Einkreisung zu entziehen. Sie fühlte sich von allen Seiten beengt und gefangen und wußte sich schließlich keinen anderen Rat mehr, als den Appell an die Waffe. Die Vorbereitung für den unvermeidlichen Krieg war nun auch das A und O der deutschen Staatskunst geworden. Aufgeschichtet war der Scheiterhaufen, der Europa verbrennen sollte, nur der Funke fehlte, um ihn zu entzünden.

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine ihn begleitende Gemahlin in Serajewo von serbischer Hand ermordet. Die Bluttat war der Blitz, der in das europäische Pulverfaß schlug. Er kam aus dem Wetterwinkel des Balkan.

Während es in früheren Zeiten gelungen war, auf dem Balkan entstehende Funkenherde rasch auszutreten, weil alle Mächte ein Interesse daran hatten, ein Uebergreifen des Brandes zu verhüten, war im Jahre 1914 im europäischen Dampfkessel eine derartige Siedespannung eingetreten, daß die einst angewandten diplomatischen Ventile zur Entspannung nicht mehr genügten. Die schwere Rüstung, welche die sämtlichen Glieder der europäischen Familie trugen, das Uebergewicht, das die Militärs der sämtlichen Staaten bei Beurteilung politischer Fragen gewonnen hatten, die schwüle Atmosphäre feindseliger Volksstimmung, die über ganz Europa lagerte, ließ es zu Mobilmachungen in Oesterreich und Serbien, dann in Rußland und Deutschland kommen — das Rad war im Rollen und ging unaufhaltsam hinweg über die schwächlichen Versuche, es aufzuhalten.

Wer objektiv die politische Entwicklung der letzten dreißig Jahre verfolgt hat, wird keinen Zweifel darüber haben können, daß es ein Unding ist, Deutschland allein die Schuld an dem furchtbaren Verhängnis aufzubürden, das über die Welt hereingebrochen ist. Die Ansammlung des ungeheuren Zündstoffs ist die Folge des wirtschaftlichen und politischen Gegensatzes, der Europa in zwei ungleiche Lager

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gespalten hat, die sich gegenseitig mit Neid und Mißgunst betrachteten. Die unschuldige Ursache dazu ist ohne Zweifel das deutsche Streben nach Weltgeltung, der deutsche Wunsch nach wirtschaftlicher Ausdehnung und politischer Vergrößerung. Die von Deutschland erstrebten politischen Ziele waren ihm diktiert durch die Zunahme seiner Bevölkerung, für die es Brot nicht anders schaffen konnte als durch Arbeit, deren Produkte sich den Weltmarkt eroberten und die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands ebenso steigerten, wie seine politischen Aspirationen. Demgegenüber befanden sich die übrigen Mächte in der Verteidigung mit dem Recht des Besitzenden, der nur gezwungen den Aermeren an seiner wohlbesetzten Tafel mitspeisen läßt.

Die leitenden Staatsmänner beider politischen Kombinationen hatten im Grunde genommen defensive Gesichtspunkte. Jeder erwartete den Angriff des anderen. Dies führte zu einer derartigen Anspannung der militärischen Rüstung, zu einem derartigen Ueberwiegen des militärischen Gesichtspunktes, daß darin allein schon die Gefahr des kriegerischen Zusammenstoßes begründet lag.

Die sich immer mehr zuspitzenden scharfen Interessengegensätze und die Feindseligkeit der Volksstimmung brachte schließlich den Krieg zum Ausbruch, der im Bewußtsein beider Lager ein Verteidigungskrieg für die höchsten Interessen gewesen ist. Die Verhältnisse entwickelten sich mit der Folgerichtigkeit und Unerbittlichkeit eines Naturereignisses, Wie eine Sturmflut brach der Krieg über das in Waffen starrende Europa herein; auch die größte Aufopferung und Kraftanstrengung des einzelnen, der sich aufhaltend ihr entgegengestellt, zersplittert hilflos an ihrer vorwärtsdrängenden Gewalt.

Für den Einsichtigen steht es somit außer allem Zweifel, daß keiner der leitenden Staatsmänner weder der Mittelmächte noch der Entente bewußt und absichtlich den Krieg herbeigeführt hat oder direkt die Schuld am Ausbruch des Krieges trägt.

Anders wird aber die Antwort ausfallen müssen auf die Frage, ob die kaiserliche Politik nicht mitschuldig ist an dem fürchterlichen Zusammenbruch, mit dem der deutsche Aufstieg in unseren Tagen geendet hat.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Die Uferlosigkeit der deutschen Wünsche, die gewaltsame Art, ohne Rücksicht auf andere Interessen den eigenen Willen durchzusetzen, die Ueberschätzung der eigenen und die Unterschätzung der fremden Kraft, der in Bezug auf das mögliche Ziel unterlaufene Irrtum, die Ablehnung rechtzeitiger und weitgehender Kompromisse, das Ueberschreiten der Grenze, inwieweit die deutschen Staatsmänner sich in die Händel Oesterreich-Ungarns hineinziehen lassen durften, schließlich das falsche Urteil über den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit der habsburgischen Monarchie — sind Schwächen der deutschen Staatskunst, die nicht ohne entscheidenden Einfluß darauf geblieben sind, daß die Mittelmächte dem Ring, der sich selbst um sie bildete, nicht gewachsen waren. Daß man tatenlos der fremden Einkreisungspolitik zusah, ist ein weiterer Fehler, der nicht mit der Einkreisungspolitik selbst entschuldigt werden kann. Eingekreist wird schließlich nur derjenige, der sich einkreisen läßt. Auch für die Schwächlichkeit, für das Schwanken und für die undiplomatische Art, für das brutale Dreinfahren, mit dem die deutsche Politik vor dem Kriege betrieben wurde, tragen die deutschen Staatsmänner die Verantwortung. Sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen, ist aber allein Sache und Recht des deutschen Volkes.

FRIEDR. TH. KÖRNER:

Volksbildung und deutsche Zukunft.

EBENSO wie Deutschland in der sozialen Fürsorge eine führende Stellung unter den zivilisierten Staaten der Welt inne hatte, so stand es auch in der Volksbildung mit an erster Stelle. Beide Erscheinungen dürften in engem Zusammenhang stehen, denn aller sozialer Fortschritt beruht letzten Endes nur auf Volksbildung. Diese Volksbildung verdankten wir in erster Linie unseren Schulen, und wenn man etwa das Analphabetentum Rußlands, Italiens, ja selbst noch das Frankreichs mit dem Deutschlands vergleicht, so besteht kein Zweifel darüber, daß der Schulzwang für das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben Deutschlands von größter Bedeutung geworden ist.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wenn wir daher heute auf dem Gebiete der Schule vor besonders zahlreichen Vorschlägen und Reformen stehen, so ist das nur allzu erklärlich. Sie sind in dem neuen sozialen Deutschland nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern die erste und wichtigste Forderung. Denn allein auf diesem Wege können wir wieder aus unserem Niederbruch und unserer Armut emporsteigen.

Vor allem müssen in der neuen Schule mehr als bisher alle die Grundlagen gelegt werden, die für das praktische Leben gebraucht werden. Was die Schule dem Kind an wirklichem Wissen mitgibt, vergißt es im späteren Leben nicht wieder. Andererseits ist das Kind in diesen Jahren noch nicht so stark von der Not und dem Kampf ums Dasein berührt und deshalb im allgemeinen lernbegierig und aufnahmefähig. Alle Eindrücke, die ihm leichtverständlich dargestellt werden, bleiben größtenteils in seiner Vorstellungs- und Begriffswelt haften.

Deshalb dürfen die Schulen in Zukunft unsere heranwachsende Jugend nur mit realen Werten belasten. Alles übrige Gewucher, das die Köpfe verwirrt, muß baldigst entfernt werden. Als Hauptrichtlinien der deutschen Schule, welche die Grundlage der Volksbildung zu legen hat, müßten drei Gruppen festgelegt werden, nach denen der Unterrichtsstoff zu zergliedern wäre:

1. Sprachlicher und Rechenunterricht;
2. Geschichtlicher und staatsbürgerlicher Unterricht;
3. Wirtschaftlicher Unterricht.

Werden diese Zweige nach wirklich praktischen Gesichtspunkten, knapp, klar, scharf umrissen, ohne Abschweifungen und Uebertreibungen der Jugend vermittelt, so erhält sie ein Rüstzeug für das praktische Leben. Und darauf kommt es doch in Zukunft vor allem an! Daß diesen drei Hauptgruppen noch einzelne Gebiete anzuordnen sind, ist selbstverständlich, z. B. Zeichenlehre, naturwissenschaftlicher Unterricht u. a. m. Aber sie sollten den Stamm und den Grundstock für alle Schulen bilden. Je nach dem Ziel und dem Zweck der Schule müssen die einzelnen Gruppen erweitert und spezialisiert werden. So wird es sich in den Volks- und Mittelschulen mehr um die Vorbereitung auf praktische Fächer, in den höheren Schulen um eine solche auf wissenschaftliche Berufe handeln.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wie würden sich diese drei Hauptgruppen im Leben von dem einzelnen praktisch verwerten lassen?

Rechnen, Schreiben, Sprachen — das sind für jeden heute Notwendigkeiten, über die gar nicht gesprochen zu werden braucht. Wer einen Beruf ergreift, der eine Vervollkommnung und Spezialisierung erfordert, findet sie in den Fach- und Fortbildungsschulen. Sie kommen in erster Linie für technische und kaufmännische Berufe in Betracht. Im allgemeinen werden bei dieser Gruppe die Richtlinien maßgebend bleiben können, die bisher ausschlaggebend waren. Nur sollte das Gebiet der Sprachen erweitert werden, denn der Wettbewerb auf dem Weltmarkt, die internationalen politischen Beziehungen, die Auswanderungsbestrebungen, der moderne Verkehr werden es allmählich notwendig machen, daß auch die arbeitenden Schichten mehr als bisher im Gebrauch von Fremdsprachen vorgebildet werden müssen.

Daß der geschichtliche Unterricht auf ganz neuen Grundlagen aufgebaut werden muß, ist heute wohl Gemeingut aller Volksschichten geworden. Geschichte darf nicht mehr als eine Fürsten- und Staatengeschichte gelehrt werden, sondern es müssen die gesamten Strömungen der Epoche in geistiger, wirtschaftlicher und politischer Beziehung dargestellt werden. Gerade die neueste Forschung muß in den Unterricht einbezogen werden, da sie zu dem Ergebnis gelangt ist, daß nicht nur Fürsten und Kabinette die Urheber der Geschichte sind, sondern daß vor allem auch die sozialen Momente, die Bewegungen der niederen Volksmassen, die Stimmen der öffentlichen Meinung, das Verhältnis des Staates zum Volk u. a. m. berücksichtigt werden muß. Wird der Geschichtsunterricht von solchen Fragen und Ideen aus behandelt, so wird sich ihm ganz von selbst der staatsbürgerliche Unterricht angliedern, jene Erziehung des deutschen Bürgers zur Politik, die wir bisher allein den Parteien überlassen hatten. Wie brennend sich gerade die Jugend für alle politischen Fragen interessiert, das haben wir in den letzten Monaten zur Genüge ersehen können. Wenn die Zusammenhänge und Aufgaben des politischen Lebens, der Zweck des Staates, Fragen der Verfassung, des Wahlrechtes, der Verwaltung, der auswärtigen Politik, des Völkerbundes in lebendiger, volkstümlicher und neutraler Weise in den Schulen gelehrt würden, so kann der Unterrichtende auf dankbare Zuhörer rechnen. Dadurch würde auch die Jugend die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schule nicht nur als ein Institut des Lernens, sondern auch des Lebens und Erlebens ansehen. Daß die bisherigen Lehrer allen diesen Anforderungen nicht von heute auf morgen gerecht werden können, wird jedem Einsichtigen klar sein. Aber deshalb darf dieser wichtige Zweig nicht weiter hinausgeschoben werden. Eine einfache Lösung wäre dadurch möglich, daß dieser Unterricht zunächst von Redakteuren abgehalten werden könnte, die sich natürlich jeder parteipolitischen Stellungnahme zu enthalten hätten.

Wie viel höher wird der einzelne solche Kenntnisse für das praktische Leben bewerten, als wenn er — wie bisher — die Schlachten des siebenjährigen Krieges auswendig lernen mußte. Jetzt, wo der deutsche Staatsbürger mit dem 20. Lebensjahr an der Gestaltung des politischen Lebens teilnehmen kann, wo er diese Kenntnisse im Parteileben nutzbar machen kann, wo er sie braucht, um seine Zeitung zu verstehen und an politischen Versammlungen teilnehmen zu können — jetzt sind wir diesen Unterricht der deutschen Jugend einfach schuldig! Auf solchen Grundlagen wird sich allmählich die Ausbildung der einzelnen Persönlichkeit, das Interesse am politischen Leben der Gemeinde und des Staates auch bei uns in dem gleichen Sinne erziehen lassen wie in England, wo sich die Autonomie von unten nach oben aufbaut, und das Interesse des einzelnen an dem kleinen Umkreis der Gemeinde und dann dem größeren des Staates dadurch in weit höherem Maße geweckt wird.

Um so eher würde sich dann auch bei uns die Erkenntnis durchsetzen, daß die politischen Momente eines Staates von den wirtschaftlichen getragen werden. Hier wird damit ein Kern- und Angelpunkt unserer Volksbildung berührt, der leider bisher weder von unseren Schulen noch von unseren Hochschulen genügend beachtet worden ist. Sowohl die niederen Volksmassen als auch vor allem die sogenannten gebildeten Schichten befinden sich in wirtschaftlichen Fragen in einer Unkenntnis, daß uns weder die teilweise Verständnislosigkeit des Unternehmertums, noch die sinnlosen Lohntreibereien der Arbeiter und Angestellten während der letzten Monate erstaunen können.

Diese Wirtschaftskunde in den Schulen kann zunächst natürlich auch nur rein begrifflich gelehrt werden. Es handelt sich hierbei nicht um Erörterungen schwerwiegender

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Probleme, sondern lediglich um eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Der komplizierte Aufbau des Wirtschaftslebens, die Begriffe der Produktion und Konsumtion, der Zölle, der Ein- und Ausfuhr, ferner der Klassenaufbau der Gesellschaft, das Unternehmertum, die Mittelstandspolitik, die Stellung der Lohnarbeiter, die Sozialpolitik mit Arbeiterschutz und -versicherung, mit Bevölkerungspolitik und Wohnungsfürsorge können in leicht faßlicher Weise zur Darstellung gebracht werden. Von Stufe zu Stufe können auch hier die Ziele weiter gesteckt werden, so daß die Schuljugend — wenn sie ins Leben hinaustritt — wenigstens eine Ahnung hat von der Bedeutung der Volkswirtschaft als solcher und ihrem Zusammenhang mit der Welt und Kolonialwirtschaft.

Wie für die ersten beiden Gruppen die Fortbildungsschulen bzw. die Partei zur Vertiefung und Ausgestaltung in Betracht kamen, so hätten die Volkshochschulen in erster Linie der wirtschaftlichen Weiterbildung zu dienen. Sie sollten jedoch die Nationalökonomie nicht ebenso theoretisch behandeln, wie es leider unsere Universitäten tun. Gerade in Technik und Industrie gibt häufig erst die unmittelbare Anschauung oder die persönliche Inangriffnahme das richtige Bild von den Schwierigkeiten und Problemen etwa bei der Herstellung oder Bearbeitung irgendeiner Ware. Daß außerdem noch die Einwirkung allgemeiner Lebensbedingungen, Ernährungsverhältnisse, klimatische Einflüsse von größter Bedeutung bei der Produktion sein können, wird oft in der theoretisch vorgetragenen Wirtschaftskunde viel zu wenig beachtet. Da diese Momente gerade bei uns in Deutschland noch lange Zeit von entscheidender Bedeutung sein werden, so muß ihre Wirkung mit in Rechnung gestellt werden. Auf alles das müssen sich die Dozenten der Volkshochschulen einzustellen verstehen. Deshalb dürfen in diesen Stellungen nicht wieder lediglich theorisierende Gelehrte verwandt werden, sondern neben wissenschaftlichen Forschern auch Persönlichkeiten und Männer, die im Leben des Volkes stehen und welche die Gabe besitzen, die Verbindung zwischen sich und den Zuhörern dauernd aufrecht und lebendig zu erhalten und ihre Hörer zur Mitarbeit zu erziehen. Die Abendstunden, die der ermüdete Arbeiter sich abringt, dürfen ihn nicht zum einfachen Nachschreiber oder bloßen Zuhörer degradieren, sondern müssen ihm in lebendigem Gedanken-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

austausch alles das vermitteln, was er für seine Bildung und sein Fortkommen benötigt.

Selbstverständlich ist der Sinn der Volkshochschulen nicht rein nationalökonomischer Art, sondern sie sollen den verschiedensten Zwecken dienstbar gemacht werden. Besonders zu begrüßen ist es daher, daß viele Volkshochschulen in ihrem Programm dem Ethischen und dem Intellektuellen eine gleichberechtigte Stellung einräumen wollen. Sie wollen dem einzelnen nicht allein Wissen und Kenntnisse vermitteln, sondern durch Erkenntnis und Wahrheit soll auch das nationale Kulturbewußtsein und das Bekenntnis zu idealistischer Lebensauffassung wieder geweckt und gefördert werden. Auch sie tun uns heute mehr not als je!

Damit drängt sich von selbst die Frage auf: Ist der deutsche Arbeiter noch dieses Idealismus fähig? Will er überhaupt diese Bildung sich zu eigen machen? Hat er neben der Sorge um das tägliche Brot noch Sinn und Zeit dafür?

Wir dürfen diese Fragen zweifellos bejahen. Das Streben nach Bildung ist in den breiten Volksschichten außerordentlich groß und wurde bisher nur immer wieder gehemmt durch die drückende materielle Not. Karl Marx hat als erster gelehrt, daß alles soziale Elend aus den materiellen Lebensbedingungen und den Produktionsverhältnissen herzuleiten ist. Aber die Sozialpolitik unserer Tage darf nicht bei diesen Anschauungen verharren, sondern muß auch neu hinzugetretenen Gründen und den mannigfachen treibenden Kräften des modernen Lebens nachzugeben versuchen. So ist z. B. bei den Untersuchungen über den Ursprung des Massenelends in erster Linie das kapitalistische Wirtschaftssystem genannt worden. Neben diesem Anstoß von außen wirken aber auch noch zahlreiche innere und persönliche Momente mit. Deshalb würden Untersuchungen auf dem Gebiet der Familiengründungen besonders lehrreich sein, wobei etwa der Unterschied der materiellen Lage eines Lohnarbeiters und seiner Familie, der mit 20 Jahren geheiratet hat, und eines anderen, der mit 30 Jahren geheiratet hat, festzustellen wäre. Gerade hier liegt in den meisten Fällen die tiefste Ursache der Verelendung. Denn allein auf wirtschaftlich fester Grundlage läßt sich ein Haushalt aufbauen, und da dies in unzähligen Fällen nicht geschieht, so werden Un-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zählige im Kampf ums Dasein in das allgemeine soziale Elend hineingezogen. Auch hierbei wird die Wirtschaftskunde der Schule manchen frühzeitig belehren und warnen können. Ebenso würde z. B. eine Beratungsstelle für wirtschaftliche Fragen, welche die Gewerkschaften einrichten könnten, vielfaches Unglück verhüten können.

Die wirtschaftlich fundierte Ehe und Familie wird auch eine weit größere Quelle des Glückes für den Arbeiter sein, als ewige Not und Sorge im Haus. Auch hier soll und muß in Zukunft die Volksbildung und ihr ethischer Wert wirksam werden. Sie soll den deutschen Arbeiter wieder fähig machen, nicht nur das Düstere seines Lebens zu sehen, sondern auch wieder Freude zu finden an seiner Arbeit, seiner Familie, seinem Heim. Die achtstündige Arbeitszeit, die das neue Vaterland ihm gegeben hat, befähigt ihn mehr als je dazu. Dadurch wird er so manche Stunde der Arbeit in der Partei, der eigenen Fortbildung in den Volkshochschulen, aber auch der Erholung in der Familie und der Natur widmen können.

Wird die Volksbildung aus allen diesen Voraussetzungen und nach diesen Zielen gestaltet, so werden wir der Zukunft trotz der schweren Zeit nicht mit Pessimismus, sondern mit schöpferischer Tatkraft und neuer Hoffnung entgegensehen können. Denn wir brauchen reale Kenntnisse, eine politisch freie Erziehung und eine wirtschaftliche Volksbildung.

Wir werden in Zukunft arm sein, und nur mittels geistiger Kräfte werden wir wieder zu materiellem Aufstieg gelangen. Unser Export wird sich nur auf Waren höchster Qualität und Güte beschränken können, durch Erfindungen und Verbesserungen müssen wir uns zu begehrten Lieferern des Auslandes machen, durch solide Arbeit und Vollkommenheit müssen wir uns neue Absatzgebiete schaffen. Was wir im Kriege an technischen Leistungen gelernt haben, muß nun in Friedenswerte umgesetzt werden und zum Neuaufbau der Volkswirtschaft dienen. Die Produktion der Landwirtschaft muß durch Verwendung moderner Maschinen, durch sachgemäße Behandlung des Bodens, durch Chemie und Hygiene verbessert und verdoppelt werden.

Alle diese Forderungen setzen Bildung aller Volksschichten im tiefsten Sinne des Wortes voraus. Wir brauchen die Volks-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bildung, einmal, um aus unserem Zusammenbruch und unserer Not wieder empor zu steigen, zum anderen aus Bekenntnis zum Sozialismus. Denn wahrhafte Volksbildung wird den einzelnen zur höchsten Ausbildung seiner Fähigkeiten erziehen, die er nicht in den Dienst seiner Persönlichkeit zu stellen haben wird, sondern die zum Glück des ganzen Volkes und zum Fortschritt der gesamten Menschheit dienen müssen.

Glossen.

An die sozialistischen Lehrer aller Länder!

Folgender Aufruf geht uns zu:

In der schwersten Stunde Deutschlands wenden wir uns an Euch als Kollegen und Sozialdemokraten.

Nicht Euer Mitleid wollen wir, wir wissen, daß Ihr über manches anders denkt als wir. Was wir brauchen, ist Eure Bereitwilligkeit, Bürgschaften zu schaffen, daß das, was war, nie wiederkehren wird.

Wir erwarten besonders viel von unseren sozialistischen *französischen* Kollegen. Wir bewunderten vor dem Kriege in Euch unerschrockene Vorkämpfer gegen Kapitalismus und Militarismus. Den deutschen Lehrern hat erst der Krieg die notwendige sozialistische Erkenntnis gebracht. Wir kommen später als Ihr, aber wir kommen jetzt mit dem heißen Wunsch, weitere Tausende und aber Tausende sehend zu machen. Das können wir aber nur, wenn man den kaum wieder aufgerichteten *Menschheitsgedanken internationaler Brüderlichkeit* nicht abermals besudelt und zertritt, wenn man nicht neue Keime des Chauvinismus nach Schlesien, West- und Ostpreußen, nach Schleswig und ins Saargebiet wirft.

Wir kämpfen für die *sittlichen Grundsätze des Sozialismus,* für eine neue Erziehung und eine *neue Schule,* in der die Jugend erzogen wird im Geiste der *Menschlichkeit* und der *Völkerversöhnung.* In diesem Sinne reichen wir sozialdemokratischen Lehrer Deutschlands Euch über alle trennenden Schranken hinweg die Hand zu gemeinsamer Arbeit. Wir würden es mit unendlicher Freude begrüßen, wenn über Ströme Blutes und über nackte nationale Ichsucht hinweg diese wertvolle Arbeit bald begonnen werden könnte.

Sollen aber die deutschen Lehrer diese hohe internationale Kulturpflicht als Erzieher der heranwachsenden Generation überhaupt erfüllen können, so muß ein Deutschland da sein, in dem sie leben und wirken können, ein Deutschland, das nicht durch die Will-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

kür und Unersättlichkeit siegreicher Feinde so völlig niedergeschmettert wird, daß ihm für die Durchführung seiner Kulturaufgaben weder moralische Kraft noch materielle Mittel bleiben.

Sozialdemokratische Lehrer aller Länder! Helft uns in unserem *Kampf gegen die Barbarei des internationalen Kapitalismus*, die ein Wiedererstarken des nationalen Chauvinismus zur Folge haben muß, helft uns in unserem Kampf für Menschlichkeit, Sozialismus und Kultur!

Hauptvorstand und Ausschuß
der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands.

* * *

Ueber „Die Zeitschrift in der Revolution"

beabsichtigt Genosse Drahn, der Verfasser der „Geschichte des Buch- und Zeitschriftenhandels" und anderer Schriften über ähnliche Themata, eine größere Arbeit demnächst zu veröffentlichen. Wir bitten die Kollegen den Autor in seinem Vorhaben durch Einsendung von charakteristischen Nummern von *Neuerscheinungen* auf dem Gebiete der *Zeitschrift* und des *Lieferungswerkes* unterstützen zu wollen. Besonders sind *Politik* und *politische Satire* aller Richtungen in Einzelproben erwünscht an die Adresse: *E. Drahn, Berlin-Steglitz, Forststraße 5.*

* * *

Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerläßliche Forderung ihres Rechts und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur irgend verstattet. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. *Fichte.*

*

Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von Einzelnen, sondern von der Masse. *Goethe.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsch sein heißt: Eine Sache um ihrer selbst willen treiben.
Richard Wagner.

*

Je größer die Empfindung, um so größer das Leid.
Leonardo da Vinci.

*

Hol der Henker die öffentliche Meinung! — Es kann sie einer auf beiden Seiten tragen, wie ein ledernes Wams. *Shakespeare.*

*

Man liest viel zu viel geringe Sachen, womit man die Zeit verdirbt, und wovon man nichts weiter hat. Man sollte eigentlich immer nur das lesen, was man bewundert. *Goethe.*

*

Ein jeder Mensch hat, um einen gerechten Anspruch an Wohlwollen, Mitleiden und Hilfe von Seiten eines jeden Menschen zu haben, keinen andern Titel von Noten, als daß er ein Mensch ist. *Wieland.*

*

Der erste, der nachdem er ein Stück Grund und Boden eingezäunt hatte, auf den Einfall kam, zu sagen: dies gehört mir, und der Leute fand, die einfältig genug waren, um es zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. *Rousseau.*

*

Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und sich satt gegessen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.
Schiller.

*

Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit Menschen, welche dem Leben seinen Wert geben. *Wilhelm von Humboldt.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:21 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke von

Karl Kautsky

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von **Karl Kautsky.** 8. Tausend. Preis gebunden M. 9.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von **Karl Kautsky.** Dritte unveränderte Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.** Preis gebunden M. 6.—

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation.** Preis gebunden M. 6.—

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von **Karl Kautsky.** Sechzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Das Erfurter Programm. Von **Karl Kautsky.** Vierzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Thomas More und seine Utopie. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis gebunden M, 6.—

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von **Karl Kautsky.** 9. Tausend. Preis gebunden M. 5.50.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von **Karl Kautsky.** Preis gebunden M. 5.50.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Parlamentarismus und Demokratie. Von **Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 1.20.

Die Befreiung der Nationen. Von **Karl Kautsky.** Vierte Auflage. Preis M. 1.20.

Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Elsaß-Lothringen. Eine historische Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unsern Lesern empfehlen wir:

Die Einbanddecken der „Glocke“

für den IV. Jahrgang, Band I und II je Mk. **3,—**

Soeben erschienen:

Die Schrift des bekannten Kommunalpolitikers

PAUL HIRSCH:

Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege

Zweite **vermehrte** und **verbesserte** Auflage

Preis kartoniert Mk. 3.—, gebunden Mk. 4.50

Jedem Politiker dürfte das Buch, das neben Verfassungs- und Verwaltungsfragen das Finanzwesen, die Armen- und Waisenpflege, die Arbeitslosenfürsorge und das Schul- und Bildungswesen behandelt, ein willkommener Wegweiser sein.

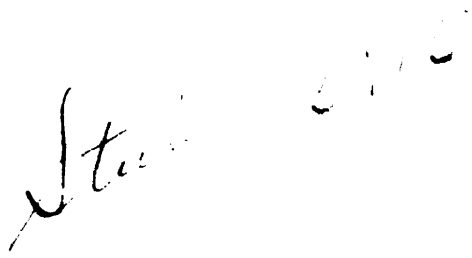
VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur **Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324.** Adresse des Herausgebers: **Dr. A. Helphand,** Berlin. Druck und Verlag: **Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.,** Berlin SW 68, Lindenstraße 114. **Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.**

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google



Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

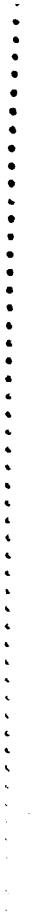
Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA



Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

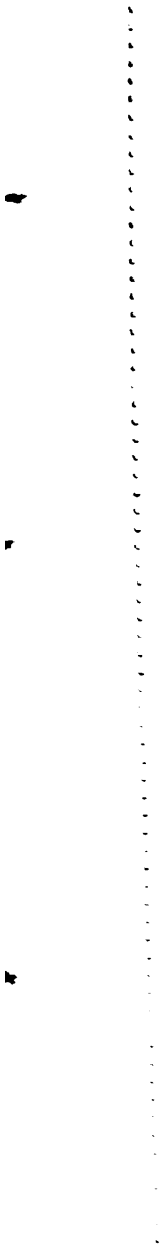
Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA



Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

5. Jahrg. 1. Band № 16 19. Juli 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:22 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Glocke

Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus.

Redaktion: Konrad Haenisch. Ständige Mitarbeiter: Wilhelm Jansson, Dr. Paul Lensch, August Winnig.

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Die Gegendenkschrift Robert Schmidts gegen Wissell.

Dr. Paul Lensch . . . . . Neue Fragen.

August Winnig . . . . Glossen zur Ratifizierung.

A. Höpfner: Internationales Arbeitsrecht im Völkerbundsentwurf.

Rektor H. Brenne: Die Neuregelung der Schulaufsicht.

Glossen.

Nummer 15 der „Glocke“ hatte folgenden Inhalt:

Ernst Heilmann . . . . Das revolutionäre Tempo.

Dr. Paul Lensch . . . . . Die neue Moral.

Alfred Moeglich (Steglitz): Bürgerliche Ideologie und sozialistische Denkarbeit.

M. Hinzmann . . . . . Gleiches Recht.

Dr. Gerhard Wörner: Sozialisierung der Feuerversicherung.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

16. Heft 19. Juli 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Die Gegendenkschrift Robert Schmidts gegen Wissell.

DER Kampf im Reichskabinett um die Planwirtschaft hat mit dem Rücktritt Rudolf Wissells und der Ernennung von Robert Schmidt zum Reichswirtschaftsminister geendet. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, Wissells Planwirtschaft für richtig hält und seinen Charakter ganz besonders hoch einschätzt, wird das bedauern. Aber gerade als überzeugter Anhänger Wissells, der an seine Wiederkehr glaubt, muß man aufs schärfste dem Unsinn widersprechen, in den er sich in den letzten paar Wochen hat hineinhetzen lassen: seinen maßlos übertriebenen Angriffen auf die anderen Kabinettsmitglieder, seiner Behauptung, daß er allein noch Sozialdemokrat sei und daß die anderen ganz ideenlos in den Tag hineinwirtschafteten, seinen beschimpfenden Vorwürfen der Charakterlosigkeit und Treulosigkeit.

Es ist wahr, daß Wels auf dem Weimarer Parteitag eine Solidaritätserklärung für Wissell abgegeben hat. Er war von Freunden Wissells dringend darum ersucht worden, gegen die Treibereien des „Berliner Tageblatts“ und anderer kapitalistischer Kreise unsern Genossen im Reichswirtschaftsministerium in Schutz zu nehmen. Aber diese Solidarität wurde noch auf dem Parteitag selbst von Wissell in einer sehr unbedachten Weise gebrochen. Wissell selbst hat die Meinungsverschiedenheit mit Schmidt und anderen Kabinettskollegen vor die Oeffentlichkeit gebracht, und wenn er die Veröffentlichung seiner Denkschrift als Indiskretion ablehnen konnte, so hat er seine Rede auf dem Parteitag und sein maßloser Verärgerung entsprungenes Abschiedsschreiben voll zu verantworten. Er tut unrecht, wenn er sich danach noch auf den ritterlichen Beistandsakt von Wels beruft.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Vor allem aber täuscht Wissell sich und die Oeffentlichkeit durch die Behauptung, daß die Kabinettskollegen ihm niemals eine ernste Kritik und einen anders gerichteten positiven Aufbauplan entgegengestellt hätten. Das gerade Gegenteil ist die Wahrheit. Als Wissell seine Denkschrift an den Ministerpräsidenten Scheidemann gerichtet hatte, hat Robert Schmidt in einer umfangreichen Gegenschrift geantwortet, und wir sind in der Lage, über ihren Inhalt nachstehend einige Angaben zu machen.

Die Gegenschrift geht davon aus, daß die von Wissell weit ausgesponnenen Betrachtungen über die Kompetenzkonflikte zwischen den einzelnen Ressorts von untergeordneter Bedeutung seien. Der Plan, einen Zusammenschluß des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Reichsschatzministeriums herbeizuführen, erscheine beachtenswert, doch dürfe das Reichsernährungsministerium dabei nicht übergangen werden. Die genannten Aemter zu einem einheitlichen Ministerium zu vereinigen, begegne großen Bedenken. Die Uebersicht über das ganze Amtsgebiet des früheren Reichsamts des Innern von einer Stelle aus sei ganz unmöglich. Die Parlamentsmehrheit und besonders nachhaltig die Sozialdemokratie seien auf die Teilung des Amtes festgelegt. Die Differenzen der verschiedenen Ressorts könnten bei gutem Willen und einiger Freiheit vom üblichen bureaukratischen System leicht ausgemerzt werden.

Die Gegenschrift weist dann die Kritik Wissells an den bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der Koalitionsmehrheit zurück. Daß ihr bisheriges Werk den Stempel des Notkompromisses trage und Zweifel an der Echtheit der Gesinnung erwecke, dürfte man nur dann sagen, wenn man selbst Maßnahmen vorschlagen könne, die eine andere Stimmung hervorrufen. Die bisherigen Gesetzgebungsleistungen gerade des Reichswirtschaftsamts, insbesondere die Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft, habe die Arbeiterschaft aber weder befriedigt, noch beruhigt.

Und in der Tat, wenn die Sozialisierung auf weiter nichts hinausgeht, als eine Organisation zu schaffen, in der die Preisregelung auf eine andere Grundlage gestellt wird als gegenwärtig, so ist vom Standpunkt des Sozialismus gegen diese Sozialisierung sehr viel einzuwenden. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß das Kaligesetz eigentlich nicht der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums entsprungen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ist, sondern erst nach einer sehr temperamentvollen Vorstellung an das Kabinett gelangte, die ein bürgerlicher Vertreter im Kabinett erhob. Das hervorzuheben erscheint wichtig im Hinblick auf die Behauptung der Denkschrift, daß in einem Koalitionskabinett in der Durchführung weitsichtiger politischer Pläne sehr viele Hemmungen vorhanden sind. Der Standpunkt soll nicht angefochten werden, aber bisher hat sich ergeben, daß in sehr vielen Fragen mit den bürgerlichen Vertretern wohl eine Verständigung möglich war, und natürlich kann das Kabinett in dieser Zusammensetzung eine rein sozialistische Politik nicht betreiben.

Robert Schmidt protestiert dann dagegen, daß die Ersetzung des Ausdrucks „Gemeinwirtschaft" durch „Gesamtwirtschaft" im Entwurf des Rätegesetzes die Bedeutung habe, die Wissell ihr zuschreibt. Für den Rätekongreß selber sei das ganz belanglos gewesen. Die wirkliche Streitfrage auf dem Rätekongreß sei nicht diese Wortwahl gewesen, sondern die Anteilnahme des Rätesystems als politischer Faktor in der Gesetzgebung. Sowohl der Entwurf des Rätegesetzes wie die Sozialisierungsgesetze des Reichswirtschaftsamts seien Konzessionen an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände, die berechtigt sein könnten, hätten aber mit Gemeinwirtschaft so gut wie gar nichts zu tun.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gegen die Wissellschen Kritiken wendet sich Robert Schmidt der positiven Frage zu, wie der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ermöglicht werden soll. Wissell lege hier den Hauptnachdruck auf die Einfuhr von Rohstoffen für das Ingangbringen der Industrie. Robert Schmidt hält diesen Ausgangspunkt für falsch und betrachtet als das einzige Zentralproblem unserer Wirtschaft den *Arbeitswillen* und die *Arbeitslust*.

Gegenwärtig muß bei dem Stand unserer Volkswirtschaft mit mehr Nachdruck auf die Entwicklung der Industriezweige hingearbeitet werden, die Rohstoffe aus dem Auslande entbehren können. . . . Im Ruhrgebiete fehlt es an Arbeitskräften, auch in den Braunkohlenbezirken sind nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden. Die Ursache dieser Erscheinung ist zurückzuführen auf eine gewisse Abneigung gegen intensive Arbeit; dann aber bestätigt für die sozialistische Theorie diese Erscheinung die Argumente, die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

früher gegen den Sozialismus geltend gemacht wurden, daß für Arbeitsleistungen, die gewisse Gefahren oder starke Unbequemlichkeiten mit sich bringen oder unsauber in der Ausführung sind, bei einem ganz freien Arbeitsverhältnis, wo der Zwang zur Arbeit nahezu gänzlich aufgehoben ist, die Erlangung von Arbeitskräften große Schwierigkeiten bereitet. In anderen Industrien und Erwerbszweigen, die ähnlich ungünstige Produktionsverhältnisse haben, zeigt sich das gleiche Bild. Der Eisenindustrie fehlt es nicht an Aufträgen; die Kleineisenindustrie könnte mit Hochdruck arbeiten, ohne auf die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen zu sein, Voraussetzung ist nur die Stellung von genügend Arbeitskräften. Der Kalibergbau könnte Tausende von Arbeitern mehr beschäftigen, und der Absatz hierfür ist gegenwärtig nicht in Frage gestellt. Die chemische Industrie greift nur verhältnismäßig wenig auf ausländische Rohstoffe zurück; sie findet für ihre Produkte einen reichen Absatzmarkt im Auslande. Das Holzgewerbe wird mit inländischen Rohstoffen, wenn auch nicht reichlich, so doch derartig versorgt, daß eine volle Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bereitet. In den Ziegeleien, in der Zementfabrikation fehlen uns nur Arbeitskräfte, der Absatz der Erzeugung wäre gesichert. Die Produktion von Glas und Porzellan wird nur gehemmt durch die Kohlenzufuhr, sie ist einer weiteren starken Entwicklung durchaus fähig.

Die Denkschrift weist weiter darauf hin, daß der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften noch nicht entfernt gedeckt ist. Die Abwanderung von der Stadt auf das Land sei nicht zu erlangen, außer durch Zwangsmittel, deren Bedenklichkeit auf der Hand liegt. Jedenfalls verkenne Wissell durchaus das volkswirtschaftliche Problem der gegenwärtigen Lage. Es fehle nicht an Aufträgen für die Industrie; was bisher nicht gelungen sei, sei eine neue Verschiebung der Arbeitskräfte wie die im Kriege erfolgte. Die Arbeitsmöglichkeiten, die vorhanden seien, würden nicht entfernt ausgenutzt. Der Mangel an Arbeitskräften und das ganz wesentliche Sinken der Arbeitsleistung in den Betrieben unterbinde auch die Ausfuhr, während ohne diese Erscheinung die Absatzmöglichkeit im Ausland groß wäre. Die Richtigkeit dieser Auffassung wird technisch und währungsmäßig eingehend begründet. Es wird deshalb schärfster Widerspruch

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gegen die 5-Milliarden-Subvention für die Industrie erhoben. Die breiten Massen würden urteilen, daß nach den übermäßigen Gewinnen der Industrie in der Kriegszeit ihr jetzt das Reichswirtschaftsamt weitere fünf Milliarden in den Rachen werfe, damit sie an ihren Profiten keinen Schaden leide.

Robert Schmidt untersucht dann weiter die Einfuhrstatistik der Vorkriegszeit; die Einfuhr von Rohstoffen machte damals nur dreißig Prozent der Gesamteinfuhr aus, der Rest waren Lebensmittel und Fertigfabrikate.

Die Errichtung eines Reichswirtschaftsrats wird von Robert Schmidt ebenfalls für geboten erachtet. Alle Arten von Arbeiterschutzbestimmungen und alle praktischen sozialen Aufgaben seien ihm zuzuweisen. Aber die übertriebene Bedeutung, die Wissell dieser Organisation beilege, werde sie nicht gewinnen. Nicht der Aufbau des Reichswirtschaftsrates wird Deutschlands Industrie vor der Versklavung und Deutschland vor dem Kampf aller gegen alle schützen, sondern nur die *Rückkehr zu intensiver Arbeit*.

Nach diesen Einzelausführungen steigt Robert Schmidt in das theoretische Zentralproblem, das Verhältnis der Planwirtschaft zum Sozialismus hinein. Sozialismus sei die Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum. Das Erfurter Programm spreche weder von Gemeinwirtschaft, noch von Sozialisierung; es erstrebe nicht die öffentliche Kontrolle der privaten Betriebe, sondern die Enteignung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln. Diese Enteignung beschränke sich nicht auf Aktiengesellschaften, sondern umfasse alle wichtigen Produktionsbetriebe. Die Beteiligung des Reiches an wirtschaftlichen Unternehmungen würde bei ungünstiger Geschäftslage oder schlechten Gewinnergebnissen der einzelnen Unternehmung für das Reich auch steuerfinanzpolitisch ein sehr schwankender Boden sein. Mit Sozialismus im eigentlichen Wortsinne habe das alles höchstens als Uebergangsmaßnahme zu tun.

Der Wissellschen Planwirtschaft stellt Robert Schmidt seine Vollsozialisierung einzelner Betriebszweige gegenüber. Man wird seine Ausführungen hierzu als Regierungsprogramm auffassen dürfen, da sie nur in einer Streitschrift als eine persönliche Auffassung der Möglichkeiten gegeben wird. Aber sie wiesen die Richtung, in der Schmidt sozialistisch zu arbeiten gedenkt und sind deshalb interessant genug.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Viel näher wird man dem Erfurter Programm der Sozialisierung kommen, wenn man in einigen für eine Monopolwirtschaft reifen Betrieben zu dieser Monopolbildung übergeht. Für das *Spiritusmonopol* liegt das Gesetz, das noch der Reichstag geschaffen hat, vor. Es kann jederzeit in Kraft treten, wobei es sich empfehlen würde, vorläufig keine Aenderungen vorzunehmen, da ein nochmaliges Durcharbeiten der Materie sehr viel Zeit beansprucht. In enger Verbindung damit müßte ein *Petroleummonopol* in Angriff genommen werden. Es ist höchste Zeit, daß es geschieht, weil hier die Betriebsanlagen im Werte so gesunken sind, daß gegenwärtig die Uebernahme in den Staatsbetrieb die günstigsten Aussichten bietet. Dem Herrn Ministerpräsidenten wäre es sehr dringend zu raten, dem Reichswirtschaftsministerium den Auftrag zu erteilen, sofort möglichst schnell einen Entwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Nicht minder wichtig ist die Herbeiführung eines *Getreidemonopols*. Die gegenwärtigen Einrichtungen in der Reichsgetreidestelle müssen für diese Zwecke nutzbar gemacht werden. Wenn die Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten zu erlangen ist, wird das Reichsernährungsministerium die Vorarbeiten für einen solchen Gesetzentwurf einleiten, wenn nicht die Frage dem Reichsfinanzministerium überantwortet werden soll. Sehr wichtig erscheint ferner die Inangriffnahme eines *Tabakmonopols*. Sollte ein Monopol für die Fabrikation nicht durchgeführt werden, so mindestens für den Verschleiß der Tabakprodukte. Die Kommunalisierung der für die Gemeinden wichtigen gemeinnützigen Betriebe, muß durch ein besonderes Gesetz Anregung und Richtung erhalten.

Diese nicht erschöpfende, sondern beispielsweise gegebene Aufzählung soll das weitsichtige Arbeitsgebiet abstecken. Die Erfüllung dieser Aufgaben würde nach Schmidts Ueberzeugung der Arbeiterklasse besser als Wissells Planwirtschaft zeigen, daß die Regierung vor starkem Eingriff in kapitalistische Interessen nicht zurückschreckt. Die Denkschrift schließt mit einigen Betrachtungen über die Wissellschen Vorschläge zur Sicherung des Wirtschaftsfriedens und nimmt endlich Stellung zur Frage der Zuständigkeit der Arbeiterräte.

Soweit die Schmidtsche Gegenschrift gegen Wissells Planwirtschaftsdenkschrift. Wer die Schmidtschen Gedankengänge

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

kennt, dem wird ihr Inhalt keinerlei Ueberraschung bieten. Nach Schmidts Auffassung ist *Produktionskraft und Produktionslust des Volkes der absolut entscheidende Faktor.* Deshalb steht die Beschaffung von Lebensmitteln, die Verbesserung der Ernährung für die Gesundung unseres Volkskörpers allen anderen Aufgaben voran. Die vermehrte Bereitstellung von Lebensmitteln suchte Robert Schmidt nicht etwa durch Wiederherstellung des freien Handels zu erreichen, wohl aber gab er Hülsenfrüchte, Dörrgemüse, Dörrobst, Faßgemüse, Stroh und Heu, Eier, Buchweizen, Hafer und manche andere Futtermittel frei, um die ganze Macht des Staates auf die Erfassung der unbedingt lebenswichtigen Nahrungsmittel Brotgetreide, Kartoffel und Fleisch, zu konzentrieren. Auch der Einfuhr von außen wurde nicht völlige Freiheit gegeben. Wohl aber wurde beim Reichsernährungsministerium für den Verkehr mit dem Ausland und die Devisenbeschaffung eine besondere kaufmännische Abteilung eingerichtet, welche die Erteilung der Einfuhrerlaubnis, die Erledigung der Aufträge und die Bereitstellung der Geldmittel wesentlich beschleunigen und vereinfachen und den ganzen Verkehr elastischer gestalten sollte. Auch hier also der Versuch, nicht die ganze Wirtschaft planmäßig zu ordnen, sondern einige beschränkte Gebiete tatsächlich zu beherrschen.

Robert Schmidt hat im Reichsernährungsministerium einen *vollen Erfolg* gehabt, den allerdings nur würdigen kann, wer weiß, welch jammervolles Erbe ihm Herr Wurm hinterlassen hatte. Dieser Unabhängige hatte noch wenige Tage vor seinem Rücktritt erklärt, daß unser Getreide im besten Falle nur bis Mitte Mai reiche, da ein Defizit an Roggen, an dem Erfassungssoll von 200 Millionen Tonnen vorliege und daß deshalb die wöchentliche Brotration auf 900 Gramm herabgesetzt werden müsse. Auch die Kartoffelration reichte nach Wurms Ansicht bei fünf Pfund nur bis Mitte Mai; hier schätzte Se. Hilflosigkeit, Herr Staatssekretär Wurm, das Defizit auf 24 Millionen Zentner. Auf der anderen Seite war dieser Mann gewissenlos genug, die Wochenration an Fleisch zu erhöhen, obwohl die Fleischversorgung im Laufe seiner Amtsdauer auf ein Fünftel des Friedenskonsums heruntergegangen war. Die Milchbeschaffung hatte sich dauernd verschlechtert und war auf ein Zwanzigstel Liter pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung zurückgegangen. Eier und Hülsenfrüchte waren überhaupt kaum

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zu haben. Während seiner ganzen Amtsdauer war es Herrn Wurm nicht gelungen, sich eine wirkliche Uebersicht über die Ernährungslage zu verschaffen. Bei seinem Rücktritt war die Ernährungswirtschaft vollständig desorganisiert, die Staatsautorität gegenüber Produzenten und Händlern vollkommen geschwunden. Obendrein hatten Wurms Reden überall den Eindruck hervorgebracht, daß die Ernährungslage hoffnungslos sei, so daß auch jede weitere Arbeit als zweck- und erfolglos erschien.

In dieser verzweifelten Lage hat Robert Schmidt mit männlicher Entschlußkraft und harter Faust Besserung geschaffen und dem deutschen Volk das Schlimmste erspart. Die vorhandenen Hauptlebensmittel wurden durchgreifender erfaßt als je zuvor, und wenn die Bauern- und Landarbeiterräte die Erwartungen nicht voll erfüllten, — daß die Arbeiterräte auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft *lediglich* gestört und nicht zweifellos auch wertvolle Arbeit geleistet hätten, ist eine bösartige Legende —, so haben dafür die Genossenschaften um so Besseres geleistet und die stark angefeindeten Kontrollkommissionen haben auch dem Schleichhandel manchen Abbruch getan. Schärfste neue Verordnungen und ein Umbau des Kriegswucheramtes halfen in der gleichen Richtung.

Was Schmidt für die Belebung der Einfuhr und den Abbau der Preise zunächst für die ausländischen Produkte getan hat, soll in diesem Zusammenhang nur erwähnt und nicht eingehend dargestellt werden. Unter Führung des Ministers wurden eingehendste Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Produktionskosten und Betriebsverhältnisse angestellt, die zu neuen höheren Preisfestsetzungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders für Vieh und Fleisch, geführt haben. Nur so kann im Zusammenhang mit der Erhöhung der Rationen der vergiftende Schleichhandel überwunden werden. (Nebenbei: besonders notwendig war die Bindung der Nutz- und Zuchtviehpreise, da die jetzt gezahlten Phantasiepreise außer jedem Verhältnis zu den Schlachtviehpreisen stehen. *Durch die Stimme des Abg. Wurm ist in diesen Tagen die vernünftige Neuregelung im Ernährungsausschuß der Nationalversammlung abgelehnt worden. Dieser Mann hat beispiellos an der Ernährung des deutschen Volkes gefrevelt.)*

Robert Schmidt steht seit 35 Jahren in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Selbst Holzarbeiter und alter

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Gewerkschaftler kann er für sich in Anspruch nehmen, daß die Arbeiterinteressen ihm ebenso heilig sind wie Wissell. Gerade Wissells Freunde haben das Recht, ihm zu sagen, daß er ein Verbrechen begeht, wenn er die schamlosen Lügen der Unabhängigen unterstützt und Zweifel am sozialistischen Wollen solcher Männer erweckt.

Die Frage, wie zu sozialisieren ist, gehört unter den gegenwärtigen Umständen zu den theoretisch und praktisch allerschwierigsten Problemen. Keine Meinungsverschiedenheit sollte unter anständigen Parteigenossen ruhiger erörtert werden, als eine solche auf diesem Gebiet. Sowohl Wissell wie Schmidt halten in diesem Augenblick die Vollsozialisierung für undurchführbar. Dieser Standpunkt wird von der ganzen Sozialdemokratie geteilt, übrigens auch von vielen Unabhängigen. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die Abhängigkeit vom Ausland, besonders nach der Niederlage und dem Versailler Frieden, und der moralische Tiefstand nach fünfjährigem Krieg und Bürgerkrieg begründen die Abweisung tollkühner vollsozialistischer Experimente zwingend. Ist dies aber einmal anerkannt, so führen zum Sozialismus offenbar zwei Wege: entweder man schafft für die ganze Industrie einen Zwischenzustand zwischen Kapitalismus und Sozialismus — paritätische Wirtschaftsräte, Wissellsche Planwirtschaft —, oder man sozialisiert einige besonders reife und leicht zu leitende Gewerbezweige — Gewinnung der Erdschätze, Erzeugung der Energie, Spiritus, Getreide, Petroleum, Tabak usw.: Schmidtsche Sozialisierungsmethode. Welcher der beiden Wege richtig ist, ist selbst unter den besten Kennern der deutschen Wirtschaft sehr umstritten. Die Sozialisierungskommission und der Gewerkschaftskongreß haben einmütig gegen die Planwirtschaft und für die schrittweise Vollsozialisierung einzelner Erzeugungsgebiete Stellung genommen. Der Schreiber dieser Zeilen gibt den Ideen Moellendorffs, August Müllers und Wissells den Vorzug, weil sie organischer sind und die augenblickliche kaufmännisch-technische Betriebsleitung bestehen lassen. Die Rede Hugenbergs auf dem Deutschnationalen Parteitag hat gezeigt, daß die Syndizierung in jedem Falle kommt, so daß nur die Frage offen bleibt, ob sie rein kapitalistisch, etwa auch massenkapitalistisch mit Interessierung der Arbeiter, oder gemeinwirtschaftlich unter Aufsicht des Staates erfolgt.

Aber wie man sich immer entscheidet — vielleicht ist es

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gar keine Wahl, sondern bloß ein Abwechseln zwischen den beiden Methoden der Sozialisierung; denn man kann ruhig einige Industriegruppen vollsozialisieren und das ganze inzwischen planmäßig organisieren — der Demagogie ist immer ein weiter Spielraum gelassen. Den Wisselianern werden die unabhängigen Demagogen vorwerfen, daß sie den Kapitalismus erhalten und einen falschen Wirtschaftsfrieden mit den ökonomischen Arbeitsgemeinschaften schaffen wollen; den Schmidtianern werden die Volksverhetzer nachsagen, daß sie nur fiskalische Monopole schaffen, aber eine ehrlich durchgreifende Sozialisierung und Ausschaltung *jeden* privaten Profits nicht wollen. Wenn bei dieser Sachlage sich Schmidt und Wissell gegenseitig herunterreißen, freut sich der Haase; der Sache nützen sie gar nichts und der Partei schaden sie enorm. Wissell trägt die Verantwortung dafür, daß infolge seines momentanen überstiegenen Unfehlbarkeitsdünkels und seiner starken persönlichen Gereiztheit die Auseinandersetzung diese Form angenommen hat. Er hat schon zuviel für die Partei geleistet und ist sonst ein viel zu ehrlicher und bescheidener Mensch, als daß wir ihn ohne Schmerz noch länger in der Gesellschaft der Kaliski und Joseph Bloch sehen möchten. Von seinem Amt befreit, möge er Zeit zu ruhiger Selbstprüfung und zu der Erkenntnis gewinnen, daß bei manchem Streit beide Teile recht haben und daß alle wissenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten nur Grenzfragen sind. *E. H.*

Dr. PAUL LENSCH:

Neue Fragen.

Berlin, 13. Juli 1919.

DER Friede ist unterzeichnet, die Ratifikationsurkunde ist übergeben worden. Seit gestern ist die Blockade aufgehoben. Der Eindruck besteht, daß damit der Tiefstand erreicht sei und daß es nunmehr wieder aufwärts gehe.

Allein ein anderes ist es, einen Frieden unterzeichnen, ein anderes, ihn auszuführen. Noch hat man keine Vorstellung davon, wie das durch den Versailler Vertrag zerstückelte Deutschland aussehen wird. Gewiß! Man kann sich auf der Karte die neuen Grenzen einzeichnen und sich sagen: Das wird für einige Zeit das neue Deutschland sein. Aber trotzdem kann man es sich noch immer nicht vorstellen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Memel englisch, Ostpreußen losgetrennt und halbiert, Danzig eine unabhängige Stadt, Westpreußen polnisch, das deutsche Elsaß-Lothringen französisch, das Saargebiet französisch, das Rheinland international besetzt. Oberschlesien soll abgetrennt werden, lediglich damit das amerikanisch-englische Kapital dort bessere Investierungsgelegenheit erhalte. Dazu die deutsche Handelsflotte vernichtet, das deutsche Wirtschaftssystem bis auf die Steuerwirtschaft dem steten Einspruchsrecht fremder Kommissionen unterworfen. In der Tat, ein Friede ohne gleichen! Was bedeutet dagegen Tilsit?

Und dann erhebt sich die Wirtschaftsfrage. Litten wir bisher unter der Blockade, so werden wir in Zukunft unter ihrer Aufhebung leiden. An den Grenzen ist eine unabsehbare Fülle jener Waren aufgestapelt, deren Mangel für uns bisher ebenso empfindlich war, wie für die Entente ihr Ueberfluß. Ihr schrankenloses Einströmen wäre für den Aufbau unserer Wirtschaft verhängnisvoll, und die Wissell-Krisis, deren Beilegung soeben gemeldet wird, läßt nicht den Eindruck aufkommen, als sei die Regierung diesen Schwierigkeiten gegenüber besser gerüstet, wie sie andern gegenüber war. Zurzeit ist ja nicht einmal die Aufrechterhaltung der deutschen Zollinien möglich. Der Schmuggel mit Zigarren und Zigaretten zum Beispiel ist von der Schweiz her derartig organisiert, daß starke bewaffnete Banden unter Vorantragen von Handgranaten eine wirksame Grenzkontrolle schier unmöglich machen. Wie unter solchen Umständen eine Planwirtschaft, ohne die wir nicht auskommen und deren Preisgabe ganz und gar nicht in dem Rücktritt Wissells erblickt werden darf, durchgeführt werden soll, ist noch nicht zu sehen.

Die Clique, die augenblicklich noch Frankreich regiert, hat es auf die Verewigung des Völkerhasses zwischen Deutschen und Franzosen abgesehen. Nur dadurch hat sie Aussicht, sich an der Macht zu halten. Sie hat darum den Frieden mit Absicht so gestaltet, daß stets neue Reibungen zwischen den beiden Völkern zu erwarten sind. Daß sie damit dem französischen wie dem deutschen Interesse in gleicher Weise entgegenarbeitet, ist klar. Das französische Volk selber will den Frieden, und bei seinem tiefen Mißtrauen gegen alles Deutsche will es so wenig wie möglich Berührungspunkte mit seinem Nachbar. Allein die Säbeldiktatur, die in Frankreich jetzt noch so allmächtig ist,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wie in Deutschland zu den Zeiten des Krieges, hat es verhindert, daß diese Stimmungen Frankreichs deutlich zum Ausdruck kommen. Das Parlament ist so schwach und ohnmächtig, wie nur jemals der alte deutsche Reichstag. In den breiten Schichten des französischen Bürger- und Bauerntums ist man keineswegs mit der Besetzung des Saargebiets einverstanden, noch weniger mit den ewigen Versuchen Clémenceaus, am Rhein neue Staaten zu gründen, ja nicht einmal mit der Kahlraubung Deutschlands in seinen Kolonien. Man erkennt in diesen Kreisen sehr wohl, wie schädlich es für das künftige deutsch-französische Verhältnis sein muß, wenn Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschlossen bleibt. Man fürchtet eine deutsche Revanchepolitik, und man hat genug von Krieg und Kriegsgeschrei. Diese kühlen und der Sache dienlichen Gedankengänge kommen in der französischen Presse, z. B. im Lyoner „Progrès", oft genug zum Ausdruck, wie die „Frankfurter Zeitung" unlängst erst wieder durch ihren Genfer Berichterstatter feststellte. Es ist eigenartig, daß derartige Zeitungen, die die gegenseitige Auseinandersetzung so wesentlich erleichtern könnten, in Deutschland kaum zu haben sind, während die schmutzige Chauvinistenpresse vom Schlage des „Figaro" und „Matin" sowie der „Times" und der „Daily Mail" seit Jahren an jeder Berliner Straßenecke zu haben sind.

Clémenceau war anfangs vielleicht einer derartigen Friedenspolitik ebenfalls nicht abgeneigt, allein der totale Zusammenbruch Deutschlands im November scheint ihm die ruhige politische Ueberlegung geraubt zu haben. So wurde es der Militärpartei und der Großindustrie nicht schwer, den aus dem Gleichgewicht gekommenen Greis für ihre Zwecke einzufangen. Diese Kreise sehen in Frankreich nicht anders aus, wie sie bei uns ausgesehen haben und leider — man vergleiche die Verhandlungen des konservativen Parteitages — heute noch aussehen. Ohne Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse, kennen sie keine andere Aufgabe, als sich an der Macht zu halten. In Deutschland sind sie zusammengebrochen. Der Militarismus ist zu Ende, dieses Machtinstrument wird diesen Klassen nie wieder zu Gebote stehen, und das neue Steuersystem dürfte dazu beitragen, ihre bisherige soziale Ueberlegenheit etwas herabzudrücken. In Frankreich aber ist man noch nicht so weit. Dort hat man — hopla — gesiegt. Aber die Friedensbedingungen,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die man dem deutschen Militarismus auferlegt hat, nämlich sich selber zu vernichten, treffen den französischen in genau der gleichen Weise. Das Ende des deutschen Militarismus ist auch das Ende des französischen. Der eine hatte den andern bedingt, und der eine kann ohne den andern nicht bestehen. Man kann sich denken, was diese Aussicht für das älteste und schroffste Militaristenland Europas, für Frankreich, bedeutet. Es bedeutet eine Revolution seiner gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich natürlich ebenso wenig ohne Sträuben der durch sie bedrohten Schichten vollziehen wird, wie irgendeine andere Revolution. Wenn auch die Berliner „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, jetzt plötzlich militärfromm geworden ist, und in ihrer Nummer vom 9. Juli am Ententemilitarismus ganz entzückende Eigenschaften entdeckt hat — „dieser Militarismus hat die Manieren eines gesitteten, freien Volkes", „bei der Entente dient der Militarismus dem Volke", schreibt sie wörtlich —, so ist er in Wahrheit auch im Auslande niemals schöner gewesen als bei uns. In Frankreich besonders, das eine fast gleich starke Armee hielt, wie das um 25 Millionen Menschen stärkere Deutschland, war der Druck des Militarismus selbstredend noch viel stärker als in Deutschland. Wenn also sachliche Gründe nicht mehr bestehen, diese furchtbare Last nach dem Kriege noch weiter zu schleppen, so wird sich das französische Volk, aller Chauvinisten zum Trotze, diese Bürde vom Halse schaffen. Das weiß man im französischen Offizierkorps ganz genau. Und deshalb ist man beflissen gewesen, den Friedensvertrag so zu gestalten, daß immer wieder neue Reibungen mit Deutschland künstlich geschaffen werden, und damit Gründe für die Beibehaltung der wahnsinnigen Kriegsrüstungen geschaffen werden. In Frankreich will der Militarismus nicht sterben, und das französische Volk, das an seinem „Siege" auch ohnedies genug zu tragen hat, wird mit seiner Beseitigung in den Jahren des Friedens noch eine furchtbare Arbeit haben. Hier stehen ihm die allerschwersten inneren Konflikte bevor.

Immerhin: zurzeit ist dieser Militarismus noch einmal siegreich gewesen. Er hat unter der Führung von Foch Clémenceau in seine Netze gezogen, und zurzeit ist die gesamte, durch ihre tiefe Korruption und Bestechlichkeit sprichwörtliche Pariser Presse an der Arbeit, die militaristischen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

und chauvinistischen Instinkte des großen Haufens in ihrer Weißglut zu erhalten, trotz Friedens und Friedensschlusses. Je aberwitziger die Streiche sind, die Clémenceau macht, desto größer ist der Kriegsbandenlärm, mit dem diese Presse sie bejubelt. So treibt man den verblendeten Greis in die Diktatur und in den Konflikt mit dem schwachen Parlament hinein, auf daß erfüllet werde das Wort, das Jaurès einst mit prophetischem Blick auf den kommenden Krieg aussprach: O wie furchtbar ist unser Schicksal! Wenn wir unterliegen, verlieren wir den Krieg, und wenn wir siegen, verlieren wir die Freiheit.

Und die französische Sozialdemokratie? Niemals war sie ohnmächtiger als heute. Jetzt treten die furchtbaren Schäden zutage, die ihre charakterlose Haltung während des ganzen Krieges zeitigen mußte. Das einzige überragende Haupt der Partei, Jaurès, hatte man zu Beginn des Krieges auf dem Altar der Entente abschlachten und den Mörder nach viereinhalb Jahren freisprechen lassen. Dem furchtbaren Vergiftungsprozeß des französischen Volkes durch systematische Völkerverhetzung war die Partei niemals entgegengetreten, im Gegenteil, sie hatte diese Hetze — man denke an Vaillant! — fanatisch mitgemacht. Während das Parlament zur lächerlichen Marionette wurde, saßen sozialistische Minister im Kabinett, das den Pakt mit dem Zaren schloß, jenen wilden Eroberungsvertrag, der Frankreich das linke Rheinufer zusprach, während er dem Zaren freie Hand im Osten ließ. Die Fraktion stellte sich hinter die Regierungspolitik, während das Ausmaß ihrer Führer — Renaudel! Longuet! Compère-Morel!! — gar zu bescheiden war, um diese Regierungspolitik irgendwie beeinflussen zu können. Dazu kam der Bruch in den eigenen Reihen. Von den rund 100 Mann der Fraktion verdankten ungefähr 30 ihre Mandate der Unterstützung durch die Klerikalen, die sie im Frühjahr 1914 durch das Eintreten der Sozialdemokratie für die Verhältniswahl erreicht hatten. Das Eintreten für diese Verhältniswahl war es gewesen, mehr noch als die Bekämpfung der dreijährigen Dienstzeit, das der Sozialdemokratie einen Gewinn von zirka 30 Mandaten gebracht hatte, zugleich aber auch den Bruch mit den Parteien der bürgerlichen Linken. Allein auch in anderer Hinsicht erwies sich dieser Gewinn als verhängnisvoll. Die Gruppe der 30 unter der Führung von Compère-Morel konnte nur auf eine Wie-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:23 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

derwahl hoffen, wenn sie eine im schlechten Sinne des Wortes „patriotische" Haltung beobachtete. Und sie tat so. Die Dreißig waren gerade stark genug, um jede entschlossene, sozialistische Politik der Fraktion zu hintertreiben, und jetzt, wo im Oktober die Neuwahlen vor der Tür stehen, hängt ihre Wiederwahl zum entscheidenden Teil von Clémenceau ab. Der alte Regierungsapparat Frankreichs ist seit Napoleons I. Zeiten her noch ungebrochen, und damit hat die Regierung einen größeren Einfluß bei den Wahlen in der Hand, als in Preußen unter dem alten Landratssystem. Die Wahlrücksichten beherrschen jetzt das ganze französische Parlament, und damit ist der Einfluß der Dreißig in der diffusen Fraktion der Sozialdemokraten noch gesteigert, da viele Deputierten in die verwüsteten Departements des Nordens und der Argonnen gereist sind, wo sie unter den Trümmern ihrer alten Wahlkreise die Aussichten auf neue Mandate suchen. So ist die Partei trotz ihrer Stärke von 100 Köpfen ein einflußloses Gebilde, die es sich sogar gefallen lassen mußte, von der Kommission, die die Ratifikation des Friedens zu prüfen hat, durch eine Art bürgerlicher Verschwörung ausgeschlossen zu bleiben.

Zu alledem kam nun noch die Haltung der Gewerkschaften, die der Partei das letzte bißchen an Einfluß, das sie noch auf die Arbeiter hatte, wegnahmen. Die große Streikbewegung, die in Frankreich in den letzten Wochen bemerkbar war, ist mit Unterzeichnung des Friedens pünktlich abgeflaut. Sie hatte mit dem Frieden nur soweit etwas zu tun, als es den Gewerkschaftsführern darauf ankam, die Zwangslage Clémenceaus, der in dem Augenblick der Friedensverhandlungen keine inneren sozialen Unruhen brauchen konnte, im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen. Das war ihnen zum Teil gelungen, und als mit Unterzeichnung des Friedens die Arme Clémenceaus wieder frei waren, hörten die Streiks auf. Einige Gruppen revolutionärer Arbeiter, die die Wiederaufnahme der Arbeit verhindern wollten, wurden aufgelöst und ihre Wortführer mit Hilfe der Truppen verhaftet. Aus alledem geht hervor, daß es ganz falsch wäre, von den französischen Arbeitern etwa im Interesse eines „gerechten" Friedens irgendeine nennenswerte Aktion zu erwarten. Vor dieser Illusion wurde an dieser Stelle immer gewarnt. Weder die französische Sozialdemokratie, noch die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

französischen Gewerkschaften waren jemals oder sind jetzt die Gebilde, auf die man sich verlassen könnte, wenn es gilt, die Politik der französischen Bourgeoisie zu beeinflussen. Beide Organisationen sind zu schwach für solche Zumutungen. Die Partei im besonderen ist durch den Krieg außerordentlich geschwächt, ihre Ideologie ist zerschlissen und bedarf dringend der Erneuerung. Die Partei hat keine Führer. Die Rolle, die Frankreich im weiteren Gang der Weltrevolution spielen wird, hängt zum großen Teile davon ab, ob das nationale Genie noch stark genug ist, der großen sozialen Bewegung die Führer zu schenken, die das Land für seine sicherlich äußerst bitter werdenden inneren Kämpfe braucht. Erscheinen solche Persönlichkeiten nicht — und man wird zweifeln können, ob sie kommen — so erscheint das Geschick des Landes trübe und zunächst abhängig von wirren, durch ungezügelte Massenbewegungen gekennzeichneten sozialen Kämpfen.

Damit schiene das französische Schicksal einen ähnlichen Lauf zu nehmen, wie das deutsche. In der Tat halten wir dafür, daß, je enger sich der Kreis schließt, der die kapitalistischen Kulturvölker des Abendlandes umfaßt, desto ähnlicher auch ihr Geschick wird. Triumphe sind wie Niederlagen, heißt es hier, und wie sehr die Dinge sich gewandelt, erkennt man am besten, wenn man einen Blick auf die unterschiedliche Lage des Siegers von 1871 und des von 1919 wirft. Damals bedeutete der militärische Triumph und das Hereinströmen des französischen Goldes für Deutschland den vollen Eintritt in das Zeitalter seines Hochkapitalismus. Heute ist es noch eine offene Frage, wer mehr ausgeblutet ist, der Sieger oder der Besiegte.

Eine seltsame, aber freilich nur äußerliche Aehnlichkeit zu dem Verhältnis von Partei und Gewerkschaften in Frankreich bietet der wichtige Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, das bisherige enge Verhältnis zur Partei, wonach sich beide Organisationen über wichtige Schritte vorher ins Einvernehmen zu setzen haben, zu lösen. In diesem Beschluß kommt die tiefe Skepsis zutage, die in Gewerkschaftskreisen über die Zukunft der Partei herrscht. Jedenfalls legt man Wert darauf, das Band, das bisher beide Gruppen vereinigte, zu entknoten. Von da bis zu polemischer Stellungnahme ist es in solchen Situationen oft nicht mehr weit. Ist auch das Verhältnis zur Sozialdemo-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

kratie etwas lockerer geworden, so ist das zum Sozialismus dagegen noch enger geworden. In den auf dem Kongreß angenommenen Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bekennen sich nunmehr die freien Gewerkschaften auch formell zum Sozialismus. Zum ersten Male trat auf diesem Kongreß die Opposition als geschlossene Gruppe auf, aber daß sie für ihre Anschauungen glückliche Propaganda getrieben hätte, wird man nicht behaupten können. Fast fünfeinhalb Millionen organisierte Arbeiter stehen jetzt hinter den Gewerkschaften. Der größte Teil freilich erst seit der Revolution frisch angeschlossen. Und das in einem Augenblick, wo nach außen hin der Einfluß der Gewerkschaften auf die Massen so sehr geschwächt erscheint. Man wird erwarten dürfen, daß, sobald der Pulverdampf von heute sich ein wenig verzogen hat und das Geschrei der aufgeregten neuen „Führer" vom Stamme Erich Mühsam abgeebbt ist, der feste Bau der Gewerkschaften nur um so massiver und trotziger sich abheben wird aus dem Nebel der Tage.

Soll man im Anschluß an den Gewerkschaftskongreß einige Worte über den konservativen Parteitag sagen? — Die Herren befinden sich in hoffnungsloser Opposition, und diese Stellung ist ihnen so neu, daß sie sich in ihr noch nicht zurechtfinden können. Es soll nicht geleugnet werden, daß der Zusammenbruch des alten Systems, das für sie „das Vaterland" war, gerade auf sie einen noch tieferen Eindruck machen mußte, als auf andere, die in diesem Ende zugleich doch auch einen Anfang erblicken können. Für die Konservativen ist er das absolute Ende. Sie suchen aus der breitwuchernden Empörung, die ob der Friedensbedingungen herrscht, für ihre Parteizwecke Kapital zu schlagen, und wir wollen abwarten, wie weit sie dabei auf ihre Rechnung kommen. Für ganz verfehlt halten wir ihre Spekulation entschieden nicht. Der „Friede" von Versailles, dieses Werk der französischen Militaristen, wird in irgendeiner Form auch den deutschen Militaristen zustatten kommen. So arbeiten sich die Reaktionäre aller Länder immer gegenseitig in die Hände.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

AUGUST WINNIG:

Glossen zur Ratifizierung.

WER noch etwas Sinn für Humor hat und ihn befriedigen will, sollte in diesen Tagen die Bemerkungen der französischen und englischen Presse zur Ratifizierung des Friedens lesen. Zurzeit sind uns noch keine bekanntgeworden, aber in weniger Tagen werden uns die Gazetten mit einer schwellenden Fülle dieser fremden Blüten beglücken. Dann werden sie sicher zum guten Teil in bedeutungsvoll vorgebrachten Warnungen bestehen: Man solle die deutschen Reden nicht ernst nehmen — die Bekehrung Deutschlands zum Prinzip des Rechts scheine nicht echt zu sein, man dürfe den ja ganz ergeben klingenden Worten der Müller usw. nicht trauen — hinter der Maske der loyalen völligen Entsagung verberge sich grimmige Wut und gleißender Rachedurst.

Das Humorvolle an der Sache ist, daß diese Zweifel und Warnungen ganz ehrlich gemeint sind. Aber, daß sie überhaupt vorgebracht werden, beweist doch, daß man sie für notwendig hält, daß also in der Tat in beiden Ländern der Glaube verbreitet sein muß, Deutschland habe sich wirklich mit der Rolle abgefunden, die ihm das Friedensdiktat zuweist: für alle Zeit weltpolitische Entsagung zu üben und unsere Zukunft ganz und gar jener erhabenen Gerechtigkeit anzuvertrauen, deren erste Probe uns jetzt in den 440 Artikeln des famosen „Friedensvertrags" entgegengrinst.

Es ist eine ganz besondere Naivität, die sich in dieser Geistesverfassung manifestiert. Man könnte sich darüber entrüsten, daß man uns solchen Hundesinn zutraut. Aber wozu? Wir haben von dort so viel hinnehmen müssen, worauf wir mit nichts anderem antworten konnten, als daß wir die Lippen aufeinanderpreßten. Aber dieser Glaube: Das deutsche Volk sei imstande, auf all das Unsagbare, was ihm von dort zugemutet und zugefügt ist, mit Ergebung und Vertrauen zur Gerechtigkeit der anderen zu reagieren, ist von solch echter Komik, daß man, man mag im übrigen noch so ernst gestimmt sein, ein innerlichstes Behagen nicht unterdrücken kann. Im Grunde wiederholt sich hier die ewige Erscheinung des dummen Teufels, der während des ganzen lang angesponnenen Werkes alle Künste schlauer Be-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

rechnung spielen läßt und mit ihnen triumphiert, um zuletzt, gerade im entscheidenden Abschluß, jene Kapitaldummheit zu begehen, die er begehen muß, weil er eben in einer Position kämpft, die es ihm unmöglich macht, Fühlen und Wollen seiner Opfer zu begreifen.

Das Merkwürdige ist nun, daß eine ähnliche Geistesverfassung, wie Franzosen und Engländer sie in Deutschland vermuten, bei uns wirklich vorhanden ist. Sie feiert in der Nationalversammlung jedesmal Triumphe, so oft sie sich dort zeigt. In den regierenden Parteien ist eine andere Gesinnung schlechterdings nicht mehr erlaubt. Man bekennt sich dort zu einer Ideologie, die einem die Haare zu Berge treiben kann. Will man ausgesprochen hören, was der von der Geistesverwirrung freigebliebene Kern des Volkes heute denkt, so muß man sich bei den Worten der Regierenden die Ohren verstopfen und den Tönen lauschen, die von der Seite der Opposition erschallen. Wozu Versteck spielen? Die Seele des Volks ist heute nicht bei den Saftlosigkeiten der offiziellen Reden, sondern in den Aufschreien, die sich jene Kreise glücklicherweise gestatten können, die sich von der formalen Verantwortung frei wissen.

So rückhaltlos wir heute zugeben müssen, daß es uns wenig frommen würde, die Tigerinstinkte der triumphierenden Sieger zu reizen, genau so rückhaltlos wollen wir auch heute bekennen, daß die Geste der völligen Ergebung und Entsagung nichts anderes sein darf, als eben eine von der großen Not des Augenblicks erzwungene Konzession. Man müßte sich schämen, ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die heute amtlich verlautbarte Gesinnung wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt würde. Wenn die Masse des Volkes zu den amtlichen Friedensreden schweigt, so tut sie das nur, weil sie nach der furchtbaren Anspannung der fünf Leidensjahre *wirklich*, aber nur vorübergehend zu jener Stufe nationaler Gleichgültigkeit herabgedrückt ist, wo ihr aller Sinn für die eigene Würde fehlt. Diese Stimmung ist für uns, die wir die Masse auf allen ihren Leidenswegen begleitet haben, nur allzu verständlich; aber es ist auch nur eine aus der heutigen Geistesverwirrung der Masse geborene Stimmung — nichts weiter. Daß sich auch nur ein erheblicher Teil des Volkes zu jenem Glauben an die Gerechtigkeit im Völkerleben bekennt, von dem die offiziellen Redner singen und sagen, ist einfach nicht wahr. Die Ueber-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:24 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zeugung, daß im Leben der Völker wie im Leben der Klassen in letzter Linie die Macht und nur die Macht entscheidet, ist durch das schwere Erleben gerade dieser letzten Wochen selbstverständlich nur noch fester geworden. Man versteht, soweit man die Exkursionen der amtlichen Redner überhaupt mit eigenen Gedanken verfolgt, daß ihnen eine andere Sprache nicht gestattet ist, aber man würde sich schönstens dafür bedanken, wenn man diesen kindlichen Unsinn für bare Münze nehmen sollte.

Jeder Versuch, dem Volke das heutige Verlegenheitsgestammel als Ausfluß einer neugewonnenen Erkenntnis darzustellen, kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Es erscheint in dieser Hinsicht nötig, einmal ein offenes Wort über das Gebaren der nichtdeutschen Mitglieder unserer Partei zu sagen. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Männer und Frauen an führenden Stellen der Partei, wir haben sie von Haus aus und haben sie durch die Gastfreiheit, mit der wir Emigranten aus dem Osten bei uns aufnahmen. Sie haben uns als Agitatoren und Literaten manchen guten Dienst geleistet, und sie mögen es weiter tun. Aber sie sollen, das gebietet ihnen auch ihr eigenes Interesse, sich in allen Fragen, die nationale Gefühle berühren, zurückhalten und darauf verzichten, dem deutschen Volke da ihren Rat zu erteilen, wo ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt ist. Sie können, wie Max Brod in der „Neuen Rundschau“ (Dezember 1918) schrieb, ein Freund des Volkes sein, in dessen Kulturkreis sie leben, aber sie können sich nie diesem Volke so assimilieren, daß sie ein berufener Interpret jener Regungen des Volkes wären, die letzten Endes doch in dunklen Geheimnissen des Blutes ihren Ursprung haben. Wir haben volles Verständnis dafür, wenn unsere Genossen jüdischer Abstammung ihr Ideal in einer nationslosen Völkergemeinschaft erblicken, da ihnen ein hartes Schicksal die nationale Bodenständigkeit genommen hat. Aber sie sollen nicht das Unmögliche versuchen, eine aus dieser Grundanschauung fließende Politik einem Volke aufzureden, das sich heute zu ihr nur bekennen könnte, wenn es sich des letzten Restes nationaler Würde entäußerte. Es hieße die geschichtliche Situation ganz verkennen, wenn man glauben wollte, daß dieser Krieg und dieser Frieden der Völkerverbrüderung

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

den Weg geöffnet hätten. Der Selbsterhaltungstrieb unseres zertretenen Volkstums muß und wird ein unvergleichlich gesteigertes Nationalbewußtsein herausbilden. Nicht die Völkerverbrüderung kann heute, so lange dieser Schandfrieden gilt, unsere Losung sein, sondern nur umfassendste Arbeit für die Ertüchtigung des Volks. So lange dieser Schandfrieden gilt! Er muß und wird zerschmettert werden — entweder durch die heute noch gefesselten Volkskräfte in den feindlichen Ländern oder in später Zukunft durch unsere eigene Kraft. Soll dieser Neuaufstieg des Volkes nicht zugleich eine Rückkehr zu heute überwundenen Formen des politischen Denkens bringen, so müssen die Volksparteien, muß vor allem unsere eigene Partei, Führer bei dieser nationalen Wiedergeburt sein.

Nun sind freilich die hier besprochenen Einflüsse nicht die einzige Kraft, die sich dieser notwendigen Entwicklung in den Weg stellt. Die große Bedeutung, die die klassische Periode der deutschen Dichtung für die deutsche Geistigkeit hat, hat es verschuldet, daß gerade in den geistig höchststehenden Kreisen des Volks das weltbürgerliche Denken als die reifste politische Geistesrichtung gilt. Man hat oft darüber gespottet, wenn in der Nationalversammlung der genius loci heraufbeschworen wurde. Nicht immer mit Recht; in manchen verschwommenen Redensarten von dem neuen Geiste, der künftig das Leben der Völker beherrschen würde, war mehr Weimar enthalten, als der Sprecher selbst ahnen mochte. Es gehört zu den vielen unglücklichen Punkten in der deutschen Geschichte, daß die höchste Blüte des Geistes zeitlich zusammenfiel mit dem wirtschaftlichen und politischen Tiefstand Deutschlands. Die Zeit der Verehrung dieser Ausstrahlung weimarischen Geistes ist abgelaufen. In der deutschen Seele ist hinfort kein Raum mehr für jenen Verzicht auf das eigene Recht der Weltgestaltung. Die Not der 60 Millionen wird uns, sollten wir je gewillt sein, uns in den schönen Schein des Weltbürgerreichs zu retten, dort hinauspeitschen und auf die Walstatt treiben, wo um die Geltung der Völker gerungen und ihre Zukunft entschieden wird. Das Morgen wird der Feind des Heute sein. Er wird Krieg ansagen den blutleeren Phrasen vom ewigen Frieden, dem kindischen Gelalle von Recht und Gerechtigkeit, der hohlen Rederei von Kultur und Menschlichkeit.

Den ewigen Frieden dieser Art, wie wir ihn heute erleben,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

werden wir hassen, so lange ein Atem in uns ist. Die Gerechtigkeit, die uns zuteil wird, wird ihren rein begrifflichen Namen auf Menschenalter in Verruf bringen. Kultur und Menschlichkeit können erst dann wieder für uns gegenständlich werden, wenn man aufhört, sie in uns zu vergewaltigen.

Noch ist es Nacht in Deutschland. Aber der Morgen wird kommen. Noch schlägt der Irrsinn den Staat in Stücke. Aber bald wird ein Taumel der Arbeit die Massen ergreifen und neue Mauern werden wachsen. Noch weckt das Wort vom Vaterlande in den Massen höhnisches Gelächter. Aber die Zeit wird kommen, wo Heimat und Volkstum auch dem Geringsten das Höchste und Heiligste sein werden. Dieser Zeit harren wir entgegen.

A. HÖPFNER:

Internationales Arbeitsrecht im Völkerbundsentwurf.

SCHON auf der diesjährigen Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern wurde die Notwendigkeit eines internationalen Arbeiterrechts betont und beschlossen, in den vertretenen Ländern seine gesetzgeberische Durchführung anzustreben. Es ist nur zu begrüßen, daß die deutsche Regierung alle die für eine internationale Regelung in Betracht kommenden Arbeitsverhältnisse zu bestimmten Vorschlägen für den Friedenskongreß formuliert hat. Sie ist dazu durchaus berufen; hat doch Deutschland die weitaus größten Erfahrungen auf dem sozialen Gebiet aufzuweisen. Der große Gedanke der wirtschaftlichen Demokratie, der vollen Gleichberechtigung soll in unserem Entwurf seinen gesetzgeberischen Ausdruck finden. Die Ausführung der staatlichen Versicherungsgesetze und die langjährige Tätigkeit der Gewerkschaften schufen ein reiches Material für ein internationales Arbeiterrecht. Dann haben wir aber auch als künftige Schuldner unserer bisherigen Feinde ein großes Interesse, daß die sozialpolitischen Maßnahmen unsere Ausfuhr nicht allein belasten, während andere Staaten ihre Arbeiter mit Brosamen abspeisen und uns dadurch auf dem Weltmarkt überflügeln.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Volle Freizügigkeit bildet ja eine alte Forderung der Gewerkschaften. Ihre allgemeine Durchführung würde eine bessere Ausgleichung der überschüssigen Arbeitskräfte ermöglichen, weiterhin auch einen Gewinn für Industrie und Arbeiter bedeuten. Mancher junge Arbeiter lenkt gern seine Schritte ins Ausland, lernt dadurch Arbeitsmethoden, Denk- und Lebensweise, Lohn- und Arbeitsbedingungen aus nächster Nähe kennen. Durch derart erfahrene Arbeitskräfte wird die heimische Industrie befruchtet, die Arbeiterschaft über soziale Fragen an Hand der ausländischen Beispiele aufgeklärt und vor schiefen Urteilen bewahrt. Bedeutsame Vorarbeit haben bereits unsere Gewerkschaften geleistet, indem sie Reiseunterstützung auf Gegenseitigkeit gewähren. Zum Beispiel der Buchdruckerverband. Leider sind es in diesem Falle gerade Frankreich und England, welche sich von dem Abkommen bisher fernhielten. Amerika erhebt von Eingewanderten, auch von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Einreisegeld, bzw. den Nachweis einer gewissen Unterhaltssumme. Alle Schranken müßten bei einer internationalen Regelung fallen, nur bei großen Streiks (Seemanns-, Hafenarbeiterstreiks) ist eine Aufhebung der Freizügigkeit eine gebieterische Notwendigkeit.

Auch die *Sicherung des Koalitionsrechtes* an ausländische Arbeiter sowie die *Zubilligung der gleichen Arbeitsbedingungen* wie den inländischen Arbeitern im Entwurf bedeutet einen großen Fortschritt. Gerade die vorrevolutionäre Zeit liefert viele Beweise, wie über Zugewanderte, auch wenn sie jahrelang in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, bei Streiks und Aussperrungen das Damoklesschwert der Ausweisung schwebte. Das gleiche gilt von anderen Ländern, die mit Ausweisungen „staatsgefährlicher Elemente" gerade nicht zimperlich verfuhren. Die Gleichstellung der ausländischen mit den inländischen Arbeitern in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt eine alte Forderung der internationalen Gewerkschaftskongresse, da die Arbeitgeber, insbesondere im Bergbau, Baugewerbe sowie in Steinbrüchen Polen, Galizier, Italiener in hellen Scharen als Reservearmee zur Niedrighaltung der Löhne heranzogen.

Weiter sieht der deutsche Entwurf die alsbaldige *Einführung des Achtstundentags* vor. Frankreich und England sind ja nun dem deutschen Beispiel gefolgt und haben für die nächste Zeit die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

festgelegt. Damit wird unserer Ausfuhr eine wesentliche Erleichterung geschaffen, denn jede Verkürzung der Arbeitszeit des Auslandes verbessert unsere Wettbewerbsfähigkeit. — Für die *gleiche Arbeit* soll den weiblichen Arbeitskräften *der gleiche Entgelt* wie den männlichen gezahlt werden. Auch diese Forderung verfolgt die Beseitigung der Lohndrückerei zuungunsten des Mannes. Hier ist noch viel Arbeit zu leisten, denn nur ein kleiner Teil der Frauen arbeitet zu den anerkannten Tarifsätzen. Noch schlimmer sieht es damit in den anderen Ländern aus. Erst die letzten Kriegsjahre schufen bessere Verhältnisse, hauptsächlich in den Kriegsbedarfwerkstätten. Hoffentlich überwachen Arbeiterausschüsse sowie Gewerbeinspektoren die weibliche Arbeitsleitung in dem Sinne, daß nur physisch geeignete Frauen mit schweren Arbeiten beschäftigt werden.

Die *Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche* bedürfen im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik einer eingehenden internationalen Regelung: Verbot der Nachtarbeit, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien bis zur Mutterschaftsversicherung, Schutz der Jugendlichen vor übermäßig langer Arbeitszeit. Wie sehr zum Beispiel in letzterem Punkte die Zustände noch im Argen liegen, zeigt zum Beispiel Amerika, wo zehn- bis vierzehnjährige Kinder im Bergbau beschäftigt werden. Und auch die Schwefelbergwerke in Sizilien sind wegen Raubbaues an der jugendlichen Arbeitskraft „berüchtigt". Hier verspricht ein gemeinsames Vorgehen der Völkerbundstaaten[1] mehr Erfolg als eine einzelstaatliche Regelung. Denn letztere findet immer größere Reibungsflächen von seiten der Unternehmer, die in so manchem Parlament über großen Einfluß verfügen — siehe Italien — und die Annahme sowie Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen unter allerlei Vorwänden hemmen oder verhindern. Notwendig ist, daß der Arbeiterschutz, wie es auch der deutsche Entwurf vorsieht, durch Arbeitsinspektoren, Aerzte und Pflegerinnen mit Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen überwacht wird.

Wenn der Frieden uns trotz der Ablehnung der deutschen Arbeiterschutzforderung schließlich doch den einen Erfolg des Zusammenarbeitens mit Frankreich und England in den Fragen des Arbeiterrechts bringen sollte, so wäre immerhin

[1] Voraussetzung ist natürlich eine Mitbeteiligung Deutschlands.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

viel gewonnen, schon im Hinblick auf unsere Ausfuhr. Allerdings wollen diese Forderungen gründlich durchgearbeitet sein. Selbst äußerlich übereinstimmende Arbeitsbedingungen hier und dort können die eine Partei zum Nachteil der anderen schädigen. Beispielsweise beim Bergbau ist die Ein- und Ausfahrt in der Schichtzeit mit einbegriffen, während in England die „Seilfahrt" nicht zur Arbeitszeit gerechnet wird. Bei 40 Minuten Mehrarbeit haben die Engländer einen Vorsprung von 12 Prozent.

Ganz richtig bemerkt der „Manchester Guardian", daß eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Voraussetzung für ein internationales Arbeiterrecht ist. Wollte eine Nation für ihre Arbeiter einseitig, wo anders nicht bestehende günstige Bedingungen einführen, so setze sie sich der Gefahr aus, daß sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zum Schaden ihrer Arbeitnehmer einbüßt. Die internationale Regelung all solcher Fragen liege demnach auf der Hand. Die Völkerbundpläne der Alliierten beschäftigen sich zwar auch mit der Arbeiterfrage, aber nicht in ausreichend erscheinender Weise. Die jetzigen Feinde der Alliierten, so führt das englische Blatt weiter aus, Deutschland und Oesterreich und auch Rußland müßten deshalb dem Völkerbunde angehören, denn früher oder später würden diese Nationen mit Englands Handel konkurrieren.

Die Schwierigkeit und Kompliziertheit all dieser Fragen des internationalen Arbeiterrechts bedingen eine Ergänzung des Völkerbundes; diese kann nur in einem Weltwirtschaftsbund bestehen, welcher die betr. Materien durch Sachverständige zu bearbeiten hat. Nach gründlicher Vorarbeit hätten die Parlamente die Vorschläge zu sanktionieren.

Rektor H. BRENNE:

Die Neuregelung der Schulaufsicht.

WOHL auf keinem Gebiet ist die bureaukratische Bevormundung durch die Aufsichtsorgane des alten Obrigkeitsstaates so schmerzlich empfunden worden wie auf dem der Schule; denn die Arbeit des Erziehers ist Arbeit an lebendigem Menschentum und drängt nach Freiheit als der Möglichkeit individueller Gestaltung. Kein Wunder, daß die gesamte Lehrerschaft mit solchem Nachdruck Ausschüsse for-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

dert, die allen Stufen der Schulverwaltung nebengeordnet werden sollen. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß die Lehrerräte sehr viel zur Lösung der Aufgaben beitragen können, die sie sich in ihren Richtlinien gesetzt haben, wenn sie also auch insofern im neuen Volksstaat, der möglichst alle Kräfte mobil machen soll, ein sehr natürliches Verlangen bedeuten, so ist doch die Heftigkeit, mit der die Forderung erhoben und mit der auf ihre sofortige Durchführung gedrängt wird, nur aus dem Mißtrauen zu erklären, das sich eine Schutzeinrichtung gegen die Vergewaltigung der Erzieherpersönlichkeit schaffen will. Hier und da hat sich dies berechtigte Mißtrauen gegen die überkommenen Organe der Schulverwaltung sogar zu Forderungen ausgewachsen, die, genau genommen, die Notwendigkeit der Schulaufsicht überhaupt verneinen; denn darauf läuft es hinaus, wenn man verlangt: Die Schule der Schule! Die Lehrerschaft kann gewiß mit gutem Recht Anspruch darauf erheben, bei der Besetzung von Schulaufsichtsstellen gehört zu werden. Man muß ihr vielleicht ein Vorschlags-, sicher aber ein Einspruchsrecht zugestehen, aber grundsätzlich muß doch, soll nicht eine heillose Verwirrung der Begriffe entstehen, daran festgehalten werden, daß die Schulaufsicht Sache des Staates ist. Erziehung ist eine soziale Angelegenheit. Bei aller Unterrichts- und Erziehungsarbeit handelt es sich um die Uebermittlung des Kulturbesitzes der erwachsenen Generation an die heranwachsende. Nicht die Schule bestimmt Ziel und Geist der ganzen Erziehung, sondern die Volksgesamtheit. Sie erteilt den Lehrauftrag, und daraus folgt ihr gutes Recht, durch ihre Beauftragten darüber wachen zu lassen, daß die Jugend nach ihren Absichten erzogen wird. Freilich darf dies nur im allgemeinsten Sinne verstanden werden. Die Organisation der Schulaufsicht muß der Gesamtheit des Volkes die Gewähr bieten, daß ein gewisser moralischer und geistiger Besitz, an dessen Auswahl sie selbst in allen ihren Schichten durch Generationen mitgewirkt hat und noch fortgesetzt mitwirkt, vermittelt wird. Wo es sich dagegen um das im eigentlichen Sinne Pädagogische handelt, da haben die Vertreter der Schule in erster Linie das Wort, und unter keinen Umständen darf Schulaufsicht mit Reglementierung gleichbedeutend werden. Ideal gedacht muß die Lösung der Schulaufsichtsfrage so erfolgen, daß die Zentralstelle aus dem eigentlichen Kultur-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gehalt der Zeit im allgemeinsten Sinne die pädagogischen Folgerungen zieht und daß die mehr ins Einzelne gehenden, auf Verwirklichung der allgemeinen Erziehungsabsichten zielenden Verordnungen, als der schulorganisatorische und verwaltungstechnische Niederschlag der Ideen anzusprechen sind, die aus dem ständigen praktischen und theoretischen Bemühen der gesamten Lehrerschaft, besonders ihrer führenden Köpfe herauswachsen. Anders ausgedrückt: Das Erziehungsziel wird von oben im Auftrag der Volksgesamtheit gegeben, der Weg wird von allen, die praktisch und theoretisch an der Lösung der Erziehungsaufgabe mitwirken, gemeinsam gesucht.

An der Spitze des gesamten Schulwesens muß deshalb eine Persönlichkeit stehen, die das Beste und Eigentümlichste der Zeit in sich verkörpert. Das Verständnis für die eigentlich schulischen Fragen ist an dieser Stelle von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist die Fähigkeit zum Zusammenschauen des Ganzen einer Epoche, der Blick für ihre wesentlichen Kräfte und Bedürfnisse. Hier muß mit einer gewissen instinktiven Sicherheit erkannt werden, ob gestellte Forderungen und gegebene Anregungen überhaupt in der allgemeinen Richtung der Entwicklung des Schulwesens liegen. Für die Einzelausführung fehlt es ja nicht an erfahrenen Beratern. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, ist die Gewähr dafür geboten, daß der Geist der Schule den Geist der Zeit spiegelt und doch nicht von aus Tagesströmungen und Modelärm geborenen Ansprüchen ständig belästigt wird. Nur so kann die Schule in tieferem Zusammenhang mit dem Leben bleiben und doch die Ruhe und Stetigkeit der Entwicklung sich behaupten, die zu aller Erziehung unbedingt notwendig ist.

Die Zahl der Aufsichtsstellen, die sich zwischen Unterrichtsministerium und Lehrerschaft schieben, muß auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden; denn je größer die Zahl der Zwischenglieder, desto größer ist die Gefahr, daß sie die allgemeinen Anordnungen immer mehr spezialisieren, daß sie die ganze Schulaufsicht ihres allgemeinen Charakters entkleiden und daß schließlich Verordnungen unten ankommen, die den Lehrer zum Handwerker degradieren. Schon deshalb ist für eine wie auch immer geartete Ortsschulaufsicht kein Platz, ob sie nun in der Form der geistlichen Laienbevormundung oder als Hausaufsicht des auto-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ritativen Rektorats auftritt. Wo erzogen werden soll, da muß die Bewegungsfreiheit des Erziehers gesichert sein. Sobald die Schulaufsicht zur Aufpasserei wird, hat man auf wirkliche Erziehung verzichtet; denn wer einer solchen Aufsicht bedarf, der ist unter allen Umständen als Erzieher unbrauchbar. Entweder man hat das Vertrauen, daß die Lehrerschaft in ihrer überwältigenden Mehrzahl nach besten Kräften ihre Pflicht tut, dann verzichtet man auf kleinliche Kontrollmaßnahmen, oder man setzt das Gegenteil voraus, dann hat die Arbeit in unseren Schulstuben mit Erziehung und Bildung nichts mehr zu tun, und jede Schulreform ist von vornherein ein totgeborenes Kind. Um aber grobe, das Ansehen und damit die erfolgreiche Arbeit des ganzen Standes gefährdende Pflichtverletzungen einzelner zu verhindern, dazu bedarf es keiner besonderen Ortsschulaufsicht, dazu genügen Kreisschulinspektion und Regierung als Aufsichtsinstanzen durchaus. Auch von ihnen muß selbstverständlich gefordert werden, daß sie ihren Auftrag im allgemeinsten Sinne auffassen und ausführen, daß sie alles Schematisieren und methodische Gängeln vermeiden und innerhalb der durch das allgemeine Erziehungsziel gegebenen Grenzen das größtmöglichste Maß von Freiheit gewähren. Sie sollen Raum lassen für Persönlichkeitspädagogik. Es ist allerdings die Frage, ob die Regierungen die geeigneten Stellen dazu sind. Bei der Größe der einzelnen Bezirke und der deshalb verhältnismäßig geringen Zahl der Klassenbesuche ist der Abstand von dem einzelnen Erzieher zu groß, als daß eine zutreffende Beurteilung möglich wäre. Die Revision ergibt unter diesen Umständen immer ein mehr oder weniger schiefes Bild. Wer die Arbeit in einer Klasse richtig einschätzen will, der muß alle in Frage kommenden Faktoren übersehen können. Das ist nur möglich bei wirklich persönlicher Fühlung. Deshalb würde zu erwägen sein, ob nicht die Arbeit der Regierung der Hauptsache nach auf den sachlichen Teil der Schulverwaltung beschränkt werden sollte. Es ist möglich, daß sie aus dem Stande des Schulwesens innerhalb eines Kreisschulinspektionsbezirks die Tätigkeit des Kreisschulinspektors beurteilen kann, möglich auch, daß die Zentrale ihre Hilfe zu Informationszwecken nicht entbehren kann, jedenfalls aber ist sie nicht fähig, die Leistung des einzelnen Lehrers gerecht zu werten. Der Schwerpunkt der Schulaufsicht muß deshalb durchaus in der Kreisschulinspektion liegen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Nur in einem solchen kleineren Bezirk kann aus der Aufsicht etwas Wertvolleres, die Arbeitsgemeinschaft, gemacht werden. Und das ist um so nötiger, als die Differenzierung und Spezialisierung des modernen Lebens für die Schule eine Häufung der Arbeit bedeutet, die der einzelne vergebens zu bewältigen hofft. Soll mit den vorhandenen Kräften das größtmöglichste Maß an Leistung erzielt werden, so muß auch hier an die Stelle des Einzelmühens die kollektive Betätigung, an die Stelle des planlosen Nebeneinanders die bewußte Organisation der Arbeit treten. Es gehört heute niemand mehr in eine leitende Stelle, der nicht wenigstens das von der neuen Zeit begriffen hat, daß er mit dem Kreis seiner Mitarbeiter einen lebendigen Organismus bilden muß, der gemeinsame Aufgaben in gemeinsamer Arbeit löst. Von solcher Auffassung der Amtspflicht war bisher in der ganzen Verwaltung kaum etwas zu spüren, nirgends vielleicht weniger als in der Schulaufsicht. In jedem Jahr bekam man einmal die Karikatur einer Arbeitsgemeinschaft zu sehen, die sich Kreislehrerkonferenz nannte. Wer boshaft war, dachte an das Wort von den „organisierten Bedeutungslosigkeiten", schwieg sich im Gefühl der völligen Zwecklosigkeit der ganzen Veranstaltung in allen Sprachen der Welt aus und hörte, scheinbar geduldig, der Weisheit seiner natürlichen Autoritäten zu, immer in dem tröstlichen Bewußtsein, daß alles einmal vorbeigeht. Ein Kreisschulinspektor, der seine Aufgabe richtig auffaßt, muß vor allen Dingen an die Stelle solcher Karikaturen wirkliche Konferenzen setzen. In ihnen hat nicht, wie es bisher fast immer der Fall war, seine Meinung vorzuherrschen, sondern er muß alle Lehrkräfte des Bezirks zu gemeinsamer Arbeit heranziehen. Zu gemeinsamer Arbeit! Deshalb muß auch mit dem Unfug aufgeräumt werden, daß über irgendein gerade aktuell erscheinendes Thema, über das sich jeder zu jeder Zeit durch Lektüre rascher und meistens auch noch besser unterrichten kann, Vorträge gehalten werden. Es sind vielmehr vorwiegend solche Arbeiten als Konferenzgegenstand zu wählen, die nicht oder nur mit großer Zeit- und Kraftverschwendung von dem einzelnen geleistet werden können. An die Stelle des Vortrags muß der Arbeitsbericht kleiner Kommissionen treten, die ein bestimmtes Gebiet nach bestimmten Gesichtspunkten bearbeiten. So harren, um das Gesagte an einem Beispiel deutlich zu machen, in der Jugendschriftenbewegung noch Fragen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der Lösung, die nur so gelöst werden können. Wohl gibt es Jugendschriftenausschüsse, die gewiß eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben, aber sie bedarf dringend der Ergänzung. In den Prüfungskommissionen kann immer nur festgestellt werden, ob das zu beurteilende Buch den wissenschaftlichen oder literarischen Ansprüchen genügt und ob es nach Inhalt und Darstellungsweise geeignet erscheint, das kindliche Interesse zu erregen. Wo aber bleibt die praktische Probe auf diese letztere Annahme? Wo sind die Jugendschriften, deren literarischer Wert außer Zweifel steht, die aber auch die sichere Gewähr bieten, daß sie — gelesen werden? Wo sind die Schulbüchereien, die nicht nur strengsten literarischen Ansprüchen, sondern auch den Forderungen der experimentellen Pädagogik genügen? Wollen wir sie haben, so muß aus der großen Menge der Bücher, die jährlich auf dem Jugendschriftenmarkt erscheint und durch die Prüfungsausschüsse empfohlen wird, eine kleine Zahl ausgewählt und durch eine Kommission innerhalb des Kreisschulinspektionsbezirks praktisch daraufhin erprobt werden, wie weit sie dem Interesse der Kinder begegnen, und wie weit sie sich fruchtbar machen lassen. In einer Konferenz ist dann Bericht darüber zu erstatten, wobei selbstverständlich die psychologische Begründung der Ablehnung oder Zustimmung angestrebt werden muß. Durch Konferenzberichte muß auch erreicht werden, daß der einzelne Lehrer mit den wesentlichen Ergebnissen und den beherrschenden Ideen auch auf den Gebieten in Zusammenhang bleibt, die abseits von seinem spezielleren Arbeitsgebiet liegen. Wenn jeder dabei auf seine Arbeit allein angewiesen bleibt, so wird er entweder von der Fülle des zu bewältigenden Stoffes erdrückt, oder er hält sich durch Lektüre verschiedener Zeitschriften eben gerade „auf dem Laufenden". Wer etwa über die Arbeitsschulbewegung, die Aufsatzmethodik, den Kunsterziehungsgedanken oder über die Frage der staatsbürgerlichen Erziehung unterrichtet sein will, kann zudem wer weiß wie oft dasselbe lesen. Durch planmäßige Arbeitsteilung und bewußte Organisation der Arbeit muß solche Kraftverschwendung vermieden werden, damit Arbeitskraft frei wird für wertvollere Tätigkeit. Dahin ist vor allen Dingen das tiefere Eindringen in irgendein wertvolles Kulturgebiet zu rechnen. Wer Bildung und Kultur vermitteln soll, muß sie selbst haben, oder richtiger: er muß selbst ein Stück Kultur sein. Das ist nur möglich in

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lebendigem Zusammenhang mit den tragenden Kräften unserer gesamten Kultur. Mit irgendeinem der großen Künder aus der Welt des Geistes müssen wir verbunden bleiben, ob er nun Kant oder Goethe, Darwin oder Marx heißt. Von irgendeinem Punkt aus müssen wir uns ständig die Freiheit des Daseins neu erobern, wenn wir fähig sein sollen zur Erziehung im wahren Sinne des Wortes. Daraus ergibt sich für den neuen Kreisschulinspektor, den unsere Schulen brauchen, eine zweite wesentliche Aufgabe. Er soll nicht nur der Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit, sondern auch der Anreger, Förderer und Führer für das strebende Bemühen des einzelnen sein. Nicht nur anordnen und fordern, sondern vor allem selbst geben. Er sei immer Organisator und Führer und nur zuweilen Aufsichtsbeamter.

Glossen.

Epilog.

Deutschland, Juli 1919.

Alles ist nun vorbei. Alles. Das Klingklanggloria der Augusttage, der Ausmarsch, die Fahnen, die Lieder. Das Warten auf den ersten Sieg. Die erste Wunde und der erste Tod. Des Marschalls Taten. Die Siegeskunden von dem Heldenmute eines Volkes in Waffen, die der Heimat lange Winter und Sommer hindurch Hoffnung für ein gutes Ende gaben.

Alles ist vorüber. Das Kommen und Gehen. Der Abschied. Das Heimweh. Die Wacht an Flanderns Küste. — Die Nächte an den Feldlagern der Verwundeten und Sterbenden. Die Nächte am Geschütz. Kriegsweihnachten in Frankreich. Bald wird's ein Traum nur in der Ferne sein, wenn die Ordnung lebendig und fest herrscht und die Menschen sich wieder satt essen. Denn keiner will am Schmerz zugrunde gehen.

Das Ende ist gekommen. Draußen schlafen die Millionen und wir Lebendigen stehen vor einem offenen Grab. — —

Eine Nation, der ihre Geschichte das Recht gibt, heiligen Stolz zu bekunden, in Sklavenketten geschlagen. Ein Volk, dessen Tugenden vier Jahre lang Weltwunder schufen, am Boden kriechend. Ein Reich, das durch die Arbeit seiner Männer und Frauen den Staaten der Erde voranschritt, zertrümmert. Ein Heer, das mit der ruhmvollen Tradition der Jahrhunderte Tage, Monate, Jahre siegte, schmählich aufgelöst. Und alles furchtbare, entehrende Un-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

heil *ohne befriedigt zu sein,* ohne daß unsere Sitte, Moral, unser Können unterlegen wären. Der Zusammenbruch nur die logisch nüchterne Folge eines brutalen mathematischen Rechenexempels, des Sieges der Zahl über den Heroismus.

Wir sind am tiefsten gesunken von allen Völkern der Universalgeschichte. Das Zeichen der Knechtschaft ward keinem Volke bislang so untrüglich aufgebrannt wie uns. — Auf das Geheiß eines kriegsgerüsteten Feindes müssen wir die eigenen Waffen zerbrechen; dem Befehl des Feindes folgend, müssen wir ihm *Deutsche* ausliefern.

Das ist das Ende.

Gab es je eine größere Schmach, als einen Kriegsgegner, dessen Ziel der Raub und dessen Wort die Lüge waren, als Richter über deutsches Leben anzuerkennen?

Vaterland, bist du es wirklich, dem einst Armin, dem Luther, der zweite Friedrich, Kant und Bismarck, dem die Unsterblichen von Weimar geboren wurden, bist du es wirklich, über dem der Genius der Größten schwebt, in dem wir *heute* leben?

Das Bewußtsein, unwert der Ahnen zu sein, drückt uns in täglichen Stunden zur Erde nieder. Die Pflicht, den späteren Geschlechtern Rechenschaft zu geben, lehrt uns, dies offen zu gestehen. Wir sollen nicht schelten und klagen, nicht zürnen und starke Worte gebrauchen. Es verhallt doch alles ungehört in der leeren Oede des Nichts. Aber die Enkel und Urenkel mögen in Menschenaltern das schlichte Geständnis lesen, daß wir *gewußt* haben, wie elend es um uns steht. Sie werden uns dann nicht der Schuld zeihen, daß wir nicht über unsere Kraft hinaus konnten, und sie werden Mitleid für die haben, die verdammt waren, mit der ungestillten Sehnsucht nach einem befreiten Vaterland zu leben und — aus dem Leben zu gehen. Bitteres Schicksal! Könnte eins diese Traurigkeit unseres Volkes glauben lassen, so wäre es die Ueberzeugung von der Tatkraft und dem reinen Willen der heranwachsenden Jugend. Wir werden sie in Ost und West alljährlich an die Grenzen führen, die brutale, höhnende Gewalt uns zusprach, werden sie weisen auf das Deutschland jenseits dieser Pfähle und ihnen das Vermächtnis ihrer unglücklichen Väter und Mütter hinterlassen: Befreit Deutschland!

Alles ist aus. In dieser Stunde des Abschiedes wollen wir ein einziges Versprechen den Toten, den Lebenden, den Kommenden, der Menschheit und dem Volke geben: *wir bleiben dir treu, deutsches Vaterland.*

Alwin Saenger.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsche Stimmen

Wochenschrift · Herausgeber Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

· Berlin M 66 ·

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

HOTEL ESPLANADE

Fünf-Uhr-Tee

Kapelle:
MAREK WEBER

Der Garten und die Sommerterrasse sind geöffnet.

Für die Vertreter in Gemeinde- und Stadtverwaltungen
erschien soeben
in zweiter, vermehrter und verbesserter Auflage
die Schrift des bekannten Kommunalpolitikers

PAUL HIRSCH:

Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege

Preis kartoniert Mk. **3.—**, gebunden Mk. **4.50**

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68 **Lindenstr. 114**

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 17 26. Juli 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Glocke

Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus.

Redaktion: Konrad Haenisch. Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig.

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Victor Schiff . . . . Wilhelms Schicksal und wir.

Bernhard Rausch . . Vom alten zum neuen Heer.

Dr. F. M. Huebner (im Haag): „Kulturpropaganda" als diplomatische Aufgabe.

Dr. Ernst Neumann (Vohwinkel): Zur Frage des Religionsunterrichtes.

Dr. phil. J. P. Buß: Die sozialistischen Studentengruppen.

Nummer 16 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Die Gegendenkschrift Robert Schmidts gegen Wissell.

Dr. Paul Lensch . . . . . Neue Fragen.

August Winnig . . . . Glossen zur Ratifizierung.

A. Höpfner: Internationales Arbeitsrecht im Völkerbundsentwurf.

Rektor H. Brenne: Die Neuregelung der Schulaufsicht.

Glossen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

17. Heft 26. Juli 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

VICTOR SCHIFF:

Wilhelms Schicksal und wir.

KANN uns deutschen Sozialdemokraten das Schicksal Wilhelms II. gleichgültig sein? Diese Frage läßt sich nach rein innerpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen, aber auch nach dem absoluten Rechtsstandpunkt untersuchen.

Wenn es sich nicht gerade um die Person des letzten Hohenzollern handelte, könnte man einwenden, daß Zweckmäßigkeitsgründe hierin gar nicht mitsprechen dürften. Aber so wenig wie der ehemalige Kaiser in seiner Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands gegenüber irgendeine Spur von Sentimentalität zeigte, so wenig brauchen wir auf ihn Rücksichten zu nehmen, die er nicht kannte. Ihm war die deutsche Arbeiterklasse nur ein Mittel zum Zweck. Hielt er sich für mächtig genug, da ließ er die Sozialdemokratie in der brutalsten Weise verfolgen — brauchte er sie, da kannte er plötzlich keine Parteien mehr. In Zeiten politischen Bedrängnisses verpfändete er sein Wort für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes, und kaum hatte sich der Himmel geklärt, da erachtete er einen königlichen Wortbruch als etwas Selbstverständliches. Sein soziales Empfinden war stets durch seinen persönlichen Vorteil begrenzt. Er liebte in dem deutschen Proletariat die Massen, die durch ihren Fleiß und ihre Disziplin „sein" Land und „sein" Heer zu den mächtigsten der Erde gemacht hatten, aber er haßte in ihm die aufstrebende Klasse, das ungeheure Wahrzeichen des menschlichen Fortschrittes, das lebendige Gespenst der seit mehr als hundert Jahren alle Herrscher von Gottes Gnaden nacheinander wegfegenden Republik.

Die Osterbotschaft von 1917 und der Erlaß von Ende Oktober 1918 — als die Wetterleuchten der Revolution be-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

reits zu Blitz und Donner wurden — sind kennzeichnend für Wilhelms Denkweise über die elementarsten Grundsätze des politischen Rechts und Fortschritts. Fünfundzwanzig Jahre lang hatte er sich taub gestellt gegenüber den selbstverständlichen Forderungen des Volkes. Nun, als alles verloren, verkündete er plötzlich und mit heuchlerischer Selbstverständlichkeit: „Es ist Mein Wunsch, daß . . ."

Der einzige mildernde Umstand für diese Heuchelei ist jedoch, daß sich dennoch Millionen von Bürgerlichen fanden, die leuchtenden Auges von der erhabenen Großmütigkeit und dem weitblickenden Liberalismus Seiner Majestät sprachen, welche die Reife des Volkes und die Nachteile des Dreiklassenwahlrechtes erkannt hätten.

Aber am charakteristischsten dafür, wie Wilhelm II. zu seinem Volke stand, ist wohl das Telegramm, das er am Vorabend des Krieges an den russischen Zaren sandte. So lange die Frage des Potsdamer Kronrates nicht geklärt ist, kann angenommen werden, daß der Kaiser selbst den Krieg nicht gewollt hat und daß seine Bemühungen zugunsten der Aufrechterhaltung des Friedens, die tatsächlich aus seinem Telegrammwechsel mit den gekrönten Häuptern Englands und Rußlands hervorzugehen scheinen, nicht elende Komödie gewesen sind. Aber mit welchen Argumenten suchte er damals den Zaren zu bewegen, den Weltfrieden durch die Nichteinmischung Rußlands zu sichern? Nicht etwa der Gedanke an die Millionen von Toten, an das Meer von Menschenblut, an die Verwüstungen und an das Elend war es, der ihn in diesen schicksalsschweren Tagen beherrschte, — nein, die Tatsache, daß es im Interesse des monarchischen Prinzipes liege, daß der Serajewoer Fürstenmord gesühnt werde, und daß Rußland nicht Partei für die Mörder ergreife!

So war und blieb er bis zuletzt, in erster Linie der Monarch und dann erst der Hüter des Wohles des deutschen Volkes. Auch in den letzten Tagen des Krieges, als seine Abdankung unvermeidlich geworden war und jede Hinausschiebung dieses gewiß schweren, jedoch längst notwendig gewordenen Entschlusses für das ganze Volk an der Front und in der Heimat verhängnisvoll sein mußte, wollte er sich zu diesem Opfer zugunsten der Allgemeinheit nicht hergeben, ließ er Stunde auf Stunde verstreichen — und riß schließlich kläglich aus.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Das alles sind Gründe genug, uns jeder Sentimentalität in seinem Falle zu erwehren und es würde in der Tat undenkbar gewesen sein, wäre seiner Person wegen der Friede von Versailles nicht zustandegekommen. Das Volk hätte es mit Recht nicht begriffen, daß es hätte weiter leiden müssen, nur weil wir nicht den Artikel 227 des Vertrages hätten unterzeichnen wollen, der ihn betrifft.

Die sozialdemokratischen Massen, die die vergangenen Zeiten der Verfolgungen nicht vergessen können und auch nicht sollen —, läßt Wilhelms Schicksal ganz gleichgültig. Man kann vielmehr in Versammlungen und an Zahlabenden hören, daß der Prozeß gegen Wilhelm von salutärem Einfluß auf die Staatsoberhäupter aller Länder und eine wirksame Mahnung sein werde, sich in Zukunft jedes kriegerische Abenteuer vorher gründlich zu überlegen. Ohne auf die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung einzugehen, müssen wir uns dessen bewußt sein, daß ein Eintreten unsererseits zugunsten des ehemaligen Kaisers zahlreichen Parteigenossen unverständlich erschiene, und sowohl von den Unabhängigen, wie von vielen uns nicht wohlgesinnten ausländischen Sozialdemokraten gegen uns auf das Schärfste ausgebeutet wäre.

Dennoch, wenn wir schon die Zweckmäßigkeitsfrage untersuchen, dürfen wir uns nicht verhehlen, daß eine gänzliche Passivität unsererseits auch für unsere Partei und für die Republik im allgemeinen gefährlich werden kann. Die rechtsstehenden Parteien haben sofort erkannt, welche agitatorische Bedeutung das Schicksal des Kaisers für sie besitzt. Die Agitation, die seit einigen Wochen in den reaktionären Blättern vom „Lokal-Anzeiger“ bis zur „Deutschen Zeitung“ zugunsten des Flüchtlings von Amerongen getrieben wird, dürfte nicht ohne Wirkung bleiben. Vergessen wir nicht, daß breite Massen des leider gar zu unpolitisch gebliebenen deutschen Volkes durch den Gang der Dinge seit November 1918 bitter enttäuscht sind. Das ist zwar hauptsächlich die Schuld der Rechtsstehenden selbst, die doch den Krieg gewünscht und die Niederlage verschuldet, und der Radikalen von links, die durch Putsche und Streiks die wirtschaftliche und politische Lage nach Kräften noch verschlimmert haben, aber Millionen von deutschen Männern und vor allem Frauen, die sich im vorigen Herbst zur Republik bekannt hatten und nicht fähig sind, die wirklichen Ursachen und Zusammenhänge zu erblicken, sehen nur die nackte Tatsache, daß sich

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

vieles seitdem verschlechtert, und übersehen natürlich alles, was sich gebessert hat. Die geistige Verwirrung, die diese Enttäuschung verursacht hat, geht so weit, daß es die Alldeutschen jetzt wagen können, vom „Scheidemann-Frieden" zu sprechen, also der Revolution die Schuld an den furchtbaren Folgen des verlorenen Krieges zuzuschieben, ohne selbst ausgelacht zu werden. Nun kommt dazu die Auslieferungsfrage, die in vielen bürgerlichen und bäuerlichen Herzen die scheinbar tote Liebe zum Hohenzollernfürst wieder wachruft. Täuschen wir uns nicht! Wenn die Entente durch den Kaiser-Prozeß einen Märtyrer schafft, dann wird die deutsche Republik der eigentliche Leidtragende sein. Dann wird es stets heißen, *wir* hätten den ehemaligen Kaiser zuerst tatsächlich, sodann moralisch preisgegeben.

Setzen wir uns dagegen für die Person Wilhelms II. ein, dann werden die Schreier auf der äußersten Linken dies als einen neuen Beweis unseres „Verrats" an der Arbeiterklasse hinstellen und jene Sozialisten im Auslande, deren *eigene* Haltung nur zu rechtfertigen ist, wenn sie beweisen können, daß *wir* gesündigt haben, werden sich an dieser Hetze natürlich kräftig beteiligen. Hat doch schon nach der Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge Marcel Sembat in der „Humanité" geschrieben, es sei ihm unverständlich, wie sich deutsche Sozialisten gegen die Auslieferung des Kaisers aussprechen könnten. Dabei fügte er einige Zeilen weiter hinzu, der Kaiser dürfe nur vor einem unparteiischen Gerichtshof erscheinen, und er hat inzwischen diesen Standpunkt in der „Heure" wiederum energisch vertreten. Sah er damals nicht selbst den Widerspruch ein, den er beging, oder kam es ihm nur darauf an, eine gehässige Kritik an uns zu üben? Selbstverständlich hätten wir gegen eine Auslieferung Wilhelms an einen neutralen, unparteiischen Gerichtshof nichts einzuwenden, es sei denn, daß gerade *nur* der frühere Kaiser, und nicht auch *andere* Staatsoberhäupter und Staatsmänner, die im Juli 1914 die Verantwortung für die Politik ihres Landes trugen, vor einem solchen erscheinen müsse.

Zwischen den politischen Gefahren, die uns von rechts drohen, wenn wir dem Schicksal Willhelms II. gegenüber gleichgültig bleiben, und denen, die uns von links drohen, wenn wir uns für ihn einsetzen, ist die Wahl ziemlich schwierig. Die deutsche Mehrheitssozialdemokratie ist nun einmal dazu berufen, das Ziel der Angriffe beider extremen Rich-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tungen in jeder Frage zu sein. Und im Falle Wilhelms tut sie am besten, sich nicht von Zweckmäßigkeitserwägungen leiten zu lassen, so sehr diese berechtigt wären, sondern ihr Verhalten nach dem *Rechtsstandpunkt* zu richten.

Hier liegt der Fall ganz klar: der Artikel 227 des Friedensvertrages ist eine rechtliche und moralische *Ungeheuerlichkeit*. Die Ungeheuerlichkeit richtet sich übrigens weniger gegen Deutschland, als gegen *Holland*. Es heißt darin, daß die Alliierten an die holländische Regierung das Ersuchen richten werden, ihnen den ehemaligen Kaiser auszuliefern. Von Deutschland ist in diesem Artikel mit keinem Worte die Rede. Deutschlands Ehrenstandpunkt war durch die Unterzeichnung *dieses* Artikels nicht berührt. Anders liegt schon die Sache bei den drei folgenden Artikeln, die sich auf die Auslieferung von Staatsmännern und Offizieren beziehen. Aber es ist sogar fraglich, ob die Unterzeichnung des Artikels 227 Deutschland daran hindern könnte, das Ersuchen an die holländische Regierung zu richten, den nicht ordnungsmäßig aus dem Heer entlassenen deutschen Staatsangehörigen Wilhelm von Hohenzollern der Entente *nicht* auszuliefern.

Ungeheuerlich ist es, daß die Alliierten, weil sie Sieger sind, sich das Recht einräumen, einen besiegten Feind einfach für schuldig zu erklären, und daß sie, sich über alles Völkerrecht hinwegsetzend, von einem kleinen neutralen Staat seine Auslieferung verlangen.

Ungeheuerlich ist es, daß sie drohen, diese Auslieferung mit Gewalt zu erzwingen und auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Hollands von der Entente, auf die Möglichkeit einer Blockadeverhängung hinweisen, um das kleine Land gefügiger zu machen.

Ungeheuerlich ist es, daß das Gericht, welches über Wilhelm II. urteilen soll, aus Angehörigen der alliierten Länder bestehen wird — wo es längst erwiesen ist, daß Deutschland zumindest nicht die alleinige Schuld am Kriege trägt, daß also in diesem Falle die Richter nicht *ebenfalls* Partei, sondern *nur* Partei sein werden.

Ungeheuerlich ist es vor allem, daß unter den Männern, die den Artikel 227 inspiriert haben und die ihn durchführen wollen, es solche gibt, die ein weit größeres Maß von Schuld tragen, als der frühere deutsche Kaiser.

Dies auszusprechen, ist die Pflicht aller, denen die Gerechtigkeit nicht als ein *Wort*, sondern als eine *Idee*, nicht als

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ein *Mittel*, sondern als ein *Zweck* erscheint. Es ist die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie im Namen der Gerechtigkeit zugunsten desjenigen Mannes, der stets ihr Todfeind war und den zu hassen sie berechtigt ist, zugunsten Wilhelms des Letzten vor aller Welt einzutreten!

BERNHARD RAUSCH:

Vom alten zum neuen Heer.

„DEUTSCHLAND hat bedingungslos einer Abrüstung zuzustimmen, die jener der alliierten und assoziierten Mächte vorausgeht; es hat die sofortige Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht anzunehmen; eine genau festgelegte Organisation und der Rüstungsmaßstab werden ihm vorgeschrieben werden; es ist wesentlich, daß eine genaue Kontrolle in bezug auf alles ausgeübt wird, was die Einschränkung seiner bewaffneten Macht und seiner Rüstung, die Schleifung seiner Befestigungen und die Einschränkung, die Umwandlung oder die Vernichtung seiner militärischen Anlagen betrifft.“ Diese dürren Worte in der Antwort der alliierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen umschließen eine der folgenschwersten Katastrophen, die die Geschichte je gesehen hat. Die gewaltigste Kriegsmaschinerie der Welt ist zerbrochen. Deutschland ist gezwungen, sein Heer so bald wie möglich auf die im Vertrag festgesetzte Zahl von 100 000 Mann zurückzuführen; jedenfalls muß dies mit Ablauf des Gesetzes über die Reichswehr, also am 30. März 1920, erreicht sein. Die Entente hat ihr unablässig verkündetes Kampfziel, die Vernichtung des preußischen Militarismus, erreicht. Aber nun wissen wir auch, was sie mit diesem dunklen und vielumstrittenen Wort gemeint hat. Nicht auf die Befreiung Deutschlands von einem undemokratischen System kam es ihr an, sondern auf die Wehrlosmachung eines gefährlichen Konkurrenten. Sie konnte das, weil sie gegen die politische Rückständigkeit ihres wirtschaftlichen Feindes den Haß einer ganzen Welt mobil machte und hinter dem Schild von Demokratie und Freiheit für ihre imperialistischen Interessen focht. Das tragische Verhängnis Deutschlands in diesem Weltkriege war es, daß es als politisch spätgeborene Weltmacht trotz glänzendster wirtschaftlicher Entwicklung in ein politisches System eingezwängt

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

blieb, das beim Zusammenprall mit der westeuropäischen Demokratie notwendig unterliegen mußte. Wie vor 100 Jahren beim Zusammenbruch des altpreußischen Staates unter den Schlägen der französischen Revolution, so konnte für Deutschland auch jetzt nur aus der Niederlage die politische Freiheit erwachsen. Aber ebenso wie sich einst der französische Lichtbringer Napoleon dem deutschen Volke als brutaler Tyrann und gieriger Ausbeuter entpuppte, so läßt auch der uns aufgezwungene Schmachfrieden nicht einen Hauch jenes Geistes verspüren, in dem die Entente angeblich die Waffen geführt hat. Ein Hohn auf diesen „Sieg der Demokratie" ist es, daß die Entente uns zwingt, eine der wesentlichsten demokratischen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts, die Engels in den sechziger Jahren die einzig demokratische Einrichtung Preußens genannt hat, als Kampfpreis auf der Walstatt zu lassen: *die allgemeine Wehrpflicht.*

Zwar behauptet der Friedensvertrag, daß die Wehrlosmachung Deutschlands lediglich der erste Schritt zur allgemeinen Begrenzung der Rüstungen sei, die zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören werde. So gewiß es ist, daß nach diesem furchtbarsten aller Kriege das brennende Problem der Abrüstung nicht eher von der Tagesordnung verschwinden wird, als bis es gelöst ist, so gewiß ist der von der Entente unternommene erste Versuch zur Lösung dieses Problems nichts als eine heuchlerische Maske, zum mindesten aber eine Selbsttäuschung. Die brutalen Gewaltinstinkte des Völker ausbeutenden Imperialismus geraten je länger desto mehr in unversöhnlichen Gegensatz zu der politischen Ideologie der Demokratie. So lange die vom englisch-französisch-amerikanischen Weltkonzern in sogenanntem Völkerbund aufgerichtete Weltordnung auf der Ausbeutung eines Teiles der Menschheit durch den anderen beruht, werden die Weltherrschaftsmächte ihre Rüstungen nicht ablegen und werden sie nicht jenes Prinzip anerkennen wollen und können, das die erste Voraussetzung für die Lösung des Abrüstungsproblems ist, das der *Gegenseitigkeit.*

Freilich spiegelten die Ententemachthaber ihren Völkern vor, daß es durchaus in der Ordnung sei, mit der Begrenzung der Rüstungen zuerst und allein bei Deutschland zu beginnen, weil dieses den Staaten Europas das ungeheure Anwachsen der Rüstungen aufgezwungen habe. Weil Deutschland seine Macht vermehrte, hätten seine Nachbarn das gleiche tun

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

müssen, wollten sie nicht dem Zwang des deutschen Schwertes widerstandslos unterliegen. Es ist hier nicht der Ort, die Schuldfrage am Kriege zu erörtern, dessen Wurzel letzten Endes der unlösbare Gegensatz der weltwirtschaftlichen Interessen der imperialistischen Mächte gewesen ist. Aber so sehr immer zugegeben werden soll, daß das alldeutsche Machtstreben eine ernste Bedrohung der Ententemächte bedeutete, so bleibt es nunmehr, nach dem Sturz des Obrigkeitssystems und dem Sieg der Demokratie in Deutschland ein durch nichts zu rechtfertigender Gewaltakt, Deutschland völlig wehrlos zu machen und in den Staub zu zwingen. Hierbei von Demokratie zu reden ist schamloseste Heuchelei, denn die allgemeine Wehrpflicht, auf die wir verzichten müssen, ist eine alte, tief sittliche Forderung gerade der Demokratie. Nicht dadurch kann das Problem der Abrüstung gelöst werden, daß einige die Welt beherrschenden Mächte die anderen Staaten nacheinander nach Gutdünken entwaffnen (angeblich im dreimal geheiligten Namen der Demokratie), sondern nur dadurch, daß ebenso wie im inneren Leben der Staaten auch in den Beziehungen der Staaten untereinander die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört und das Prinzip völliger Gleichberechtigung besteht. Erste Voraussetzung der Verwirklichung der Abrüstung ist also unbedingte Gegenseitigkeit. So lange noch in den Entwicklungstendenzen anderer Weltteile unbekannte und unberechenbare Möglichkeiten schlummern, hat die Verwirklichung der Abrüstung für die Kulturnationen ihre bestimmten Grenzen. Schon dadurch erweist sich der von den siegreichen Mächten vorgesehene Weg der schrittweisen Einführung von kleinen Polizeitruppen als ungeeignet zur Verwirklichung der Abrüstung, ganz abgesehen davon, daß derartige Söldnertruppen als undemokratische Heeresorganisationen eine dauernde Gefahr für den Bestand der Demokratie jeden Landes bilden. Friedrich Engels hat im Gegenteil unter Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in einem demokratischen Volksheer die *Verkürzung der Dienstzeit* als den Punkt des Archimedes bezeichnet, an dem das Bedürfnis nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann. Daneben sind freilich gegenseitige Abmachungen der im Völkerbund vereinigten Mächte über eine weitgehende *Beschränkung mechanischer Rüstungen* nicht nur denkbar, sondern dringend erforderlich. Denn die mit der Fortentwicklung der Technik schier unbegrenzt gewordenen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Möglichkeiten der Kriegsindustrie würden die Völker wirtschaftlich zum Weißbluten bringen müssen, wenn sie sich nicht über den Umfang ihrer mechanischen Rüstungen verständigten.

So kann die unter dem heuchlerischen Vorwand der Abrüstung vollzogene Entwaffnung Deutschlands uns keineswegs die Zuversicht rauben, daß über kurz oder lang der Tag kommen wird, an dem wir in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht auf einer höheren Stufenleiter wieder einführen und ein Volksheer schaffen werden, das einen dauernden, festen Schutz für den Bestand der deutschen Kultur bilden wird. Nicht lange wird es dauern, dann werden die durch die Verschiebung der Machtverhältnisse entstandenen weltpolitischen Gegensätze offen hervortreten. Die Auseinandersetzung mit der ostasiatischen Welt rückt in greifbare Nähe. Diese Situation wird Deutschland auch für den Wiederaufbau seiner Wehrmacht diplomatisch ausnützen können. Namentlich aber werden die innerpolitischen Umwälzungen, denen die Ententemächte, insbesondere Frankreich, entgegengehen, die Situation für uns mit einem Schlage ändern. Und wenn am Verhandlungstisch des Völkerbundes die deutsche sozialistsiche Regierung neben einer französischen sozialistischen sitzt, wird diese weder verhindern können noch wollen, daß wir uns ein System nationaler Verteidigung errichten, wie es einst der große Jaurès für Frankreich erträumte, denn dann wird es keiner Worte mehr bedürfen, um Frankreich davon zu überzeugen, daß die Wehrkraft des deutschen Volkes in der nationalen Miliz lediglich zum Zwecke der Verteidigung organisiert wurde, um die Unversehrtheit der deutschen Republik zu schützen, und daß in ihr keine Bedrohung mehr für Frankreich liegt.

Im Lichte dieser historischen Perspektive kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das uns im Friedensvertrag vorgeschriebene kleine Söldnerheer, mit dem wir jetzt notdürftig die innere Ordnung in Deutschland aufrechterhalten, nur ein Provisorium ist, und daß in absehbarer Zeit der Tag kommen wird, an dem der organisatorische Weiterbau jenes großen Werkes beginnen kann, das einst die Scharnhorst, Gneisenau und Boyen schufen. Es ist ein tragisches Verhängnis, daß wir uns der demokratischen Heeresform just in dem Augenblick entäußern mußten, an dem die Demokratie bei uns zum Sieg gelangte. Söldnerheere sind seit jeher die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

spezifischen Herrschaftsmittel undemokratischer Staatsorganisationen gewesen, und niemand wird leugnen können, daß in ihnen dauernd eine große Gefahr für den Bestand der Demokratie schlummert. Gleichwohl sind die Formen der Heeresorganisation nie das letzthin Entscheidende, und auch eine demokratische Staatsform kann sich auf ein Söldnerheer stützen (England), wie andererseits auch unter einem Obrigkeitsstaat die allgemeine Wehrpflicht bestehen kann (Preußen). In erster Linie kommt es stets auf den *Geist* an, der ein Heerwesen beseelt. Für die Organisation der Reichswehr erwächst danach eine doppelte Aufgabe. Einmal wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß in ihr jene Elemente erhalten bleiben, die die Wiedererrichtung eines Heeres der allgemeinen Wehrpflicht ermöglichen, und ferner muß sie in einem Geist erzogen und gehalten werden, der sie zu einem wirksamen Schutz für den Bestand der demokratischen Ordnung Deutschlands macht. Je schmaler das Fundament ist, auf dem sich der Bau der Deutschen Republik erhebt, um so fester und zuverlässiger muß es sein.

Die Reichswehr wird im wesentlichen nichts anderes sein können als eine Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. So wichtig und unerläßlich diese Funktion auch ist, so wird daneben jene ernste und sittliche Aufgabe nicht aus dem Auge verloren gehen dürfen, die eine Truppe erst ganz zur Truppe macht, die Vorbereitung und Schulung für die Pflicht der Landesverteidigung, zumal dahin gestrebt werden muß, daß die jetzt noch von der Reichswehr ausgeübten Polizeifunktionen immer mehr auf die Organe der Landespolizei übergehen. Vor allem gilt es, trotz aller Schwierigkeiten, die uns der Friedensvertrag in den Weg legt, die wertvollen Schätze deutscher Generalstabswissenschaft zu erhalten. Der deutsche Generalstab des 19. Jahrhunderts war der theoretische Lehrmeister aller Armeen der Welt. Wohl hatte Clausewitz für sein strategisches Lehrgebäude in erster Linie aus den Erfahrungen der napoleonischen Kriege geschöpft, aber auch den Franzosen ist erst durch ihn das volle Verständnis napoleonischer Strategie aufgegangen. Der französische Generalstab ist bei dem deutschen in die Schule gegangen.

Freilich haben die Grundsätze der Niederwerfungsstrategie, obwohl sie den deutschen Waffen im Weltkriege strahlende Einzelerfolge gebracht haben, letzten Endes doch versagt

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gegenüber der Ermattungsstrategie, dem zähen Belagerungs- und Aushungerungssystem, mit dem die Gegner uns auf die Knie zwangen. Es gilt deshalb das deutsche Generalstabswissen nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges nicht nur zu konservieren, sondern auch fortzubilden. Die Erfahrungen des Weltkrieges sind aber am stärksten und bildsamsten bei der jüngeren Generation der Offiziere lebendig, die den Weltkrieg am unmittelbarsten erlebten. Diese sind auch in der Lage, ihre Erfahrungen am sichersten kommenden Generationen zu überliefern.

Schon aus diesem Grunde ergibt sich die Notwendigkeit, der Reichswehr ein *möglichst junges Offizierkorps* zu geben. Wie die preußischen Heeresreformer nach dem Zusammenbruch des altpreußischen Staates mit rücksichtsloser Energie den von ihnen geschaffenen Heereskörper mit frischem Blut erfüllten, so darf auch jetzt im höheren Interesse des Staates vor persönlichen Rücksichten nicht Halt gemacht werden. Die Verjüngung des Offizierkorps ist ferner aber eine unabweisbare Notwendigkeit im Interesse der so notwendigen *Demokratisierung der Reichswehr.* Nur die jüngeren Offiziere, die als Kompagnie- oder Bataillonsoffiziere im Felde standen, haben dem Krieg unmittelbar ins Auge geschaut und einen Hauch jenes Geistes verspürt, der sich als Solidarität eines um seine Existenz ringenden Volkes in Waffen von selbst durchsetzte, des sogenannten Schützengrabengeistes. Sehr viele dieser jungen Offiziere sind im Schützengraben, im Kampfgewühl und engem Zusammenleben mit Angehörigen aller Volksschichten, innerlich zu Demokraten geworden. Sie stehen den Forderungen der neuen Zeit nicht so verständnislos gegenüber wie leider nur zu viele der älteren, unter dem alten Regime politisch bereits verhärteten Offiziere, denen im Stabs- oder Etappendasein der Krieg nicht zu dem großen revolutionierenden Erlebnis werden konnte wie jenen jüngeren.

Wenn trotzdem auch ein großer Teil der jüngeren Offiziere der Staatsumwälzung ablehnend und sogar feindlich gegenübersteht und sich zu jenen Parteien hingezogen fühlt, die die Wiederherstellung der alten Zustände betreiben, so hat das immerhin seine Gründe. Kein Stand ist durch den Verlust des Krieges und die in seinem Gefolge ausgebrochene Revolution so schwer getroffen, wie der der aktiven Offiziere. Die Auflösung des alten kaiserlichen Heeres hat ihm seine Existenz-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

grundlage vernichtet, und in der Revolution hatte er außerdem den Haß und den Schimpf eines revolutionär erregten Volkes in besonderem Maße zu erdulden. Dabei ist der Durchschnittsoffizier politisch nicht geschult genug, um den inneren Zusammenhang der Dinge zu erkennen. Politik war ihm immer in erster Linie Gefühlssache, und sein Gefühl mußte sich naturgemäß Ereignissen gegenüber aufbäumen, die in so empfindlicher Weise seine persönlichen Interessen verletzten. Kein Wunder also, daß bei den Offizieren die demagogische Ideologie der Alldeutschen nur zu leicht Wurzel schlagen konnte, die davon redet, daß das Heer unbesiegt und die Revolution an allem Unglück schuld sei. Diese Gedanken schmeicheln den soldatischen Gefühlen der Offiziere ebenso, wie sie sie im Unglück aufrechterhalten und trösten.

Deshalb muß man dem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl jener Offiziere hohe Anerkennung zollen, die trotz aller persönlichen Bedenken bereit waren, der demokratischen Regierung der Deutschen Republik im Interesse der inneren Ordnung des Vaterlandes zu dienen.

Leider hat ein nur zu großer Teil der zur politischen Macht gelangten sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihrer Presse für diese psychologische Situation der deutschen Offiziere nicht das geringste Verständnis gezeigt, sondern sie durch eine unglaublich törichte Hetze immer mehr in das Lager der Rechtsparteien abgedrängt. Wie die sozialdemokratische Partei im allgemeinen, nachdem sie zur politischen Macht gelangt ist, nur schwer aus dem engen Gehege gesinnungstüchtiger Opposition herauskommt, so vermögen insbesondere die meisten von uns nicht sogleich den ehrwürdig-traditionellen Offiziersfimmel loszuwerden. Nur so ist es zu erklären, daß in den kritischen Tagen der Friedensunterzeichnung ein Mann wie der General von Lüttwitz, der eifrig bemüht war, den brodelnden Kessel der deutschen Offiziersseele nicht zum Ueberlaufen kommen zu lassen, just von der Presse jener Partei auf das übelste angerempelt wurde, der sein eigener Minister angehört. Wenn freilich auch das aufgeregte Gerede von einer drohenden Gegenrevolution reichlich übertrieben ist (trotz aller reaktionären Tendenzen müßte jeder gegenrevolutionäre Versuch von vornherein zerschellen an dem demokratisch-republikanischen Sinn der großen Mehrheit der unter Waffen Stehenden, namentlich der Unteroffiziere und Mannschaften), so läßt sich doch nicht leugnen, daß

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nicht zuletzt wegen der törichten offizierfeindlichen Politik eines großen Teiles der Mehrheitssozialdemokratie, im Offizierkorps eine politische Stimmung Oberwasser erlangt hat, die keine sonderliche Stütze für den Fortbestand der deutschen Demokratie bilden kann. Man darf es allen Offizieren aufs Wort glauben, daß sie ihre Aufgabe darin erblicken, geordnete Zustände, im Innern aufrechtzuerhalten; aber nicht allen ist es bewußt, daß es die *Ordnung einer demokratischen Republik* ist, die zu schützen sie berufen sind. Wenn auch die gemeinsame Abwehr der bolschewistischen Gefahr diesen Unterschied vorläufig nicht besonders hervortreten und praktisch werden läßt, so muß man jedoch damit rechnen, daß er mit der fortschreitenden Klärung der inneren Zustände Deutschlands an Bedeutung zunimmt.

Als Sammelbecken aller derjenigen Offiziere und Unteroffiziere, die ehrlich und bewußt auf demokratisch-republikanischem Boden stehen, hat sich ein Republikanischer Führerbund gebildet. So sehr diese Gründung auch in den inneren Verhältnissen begründet und darum zeitlich notwendig ist, so wird sich die Heeresverwaltung doch davor hüten müssen, sie zu einer Art Stellenvermittlung für die Reichswehr werden zu lassen, denn es sind nicht immer die wertvollsten und sympathischsten Naturen, die plötzlich ihr demokratisches Herz entdecken, weil das für sie von Vorteil sein könnte.

Was in dieser Uebergangszeit, in der wir uns befinden, für die Reichswehr von dringendster Notwendigkeit geworden ist, das ist ein zielklarer und richtig geleiteter *Aufklärungsdienst*. Der innerpolitische Umschwung hat bei dem größten Teil der Offiziere und auch bei einem großen Teil der Unteroffiziere und Mannschaften eine innere Umgestaltung notwendig gemacht. Ein durch und durch monarchisches Heer, dem bisher die Begriffe Demokratie und Republik als verabscheuungswürdig hingestellt wurden, ist nicht in wenigen Wochen oder Monaten in ein demokratisch-republikanisches Heer umgeschaffen. Auch Frankreich hatte nach 1871 noch für lange Zeit gegen monarchistische Tendenzen in der Armee zu kämpfen. Wenn die Auflösung des alten deutschen Heeres und die Aufstellung einer völlig neuen Truppe den Uebergang bei uns wesentlich erleichtert, so sind es doch auch bei uns die Elemente des alten Heeres, die sich in der Reichswehr zusammenfinden. Und doch müssen wir in kurzer Zeit dahin kommen, daß sich der deutsche Soldat mit Stolz als Hüter der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Demokratie fühlt. Das Heer der Deutschen Republik darf weder durch wechselnde Parlamentsmehrheiten noch durch Veränderungen in den Führerstellen erschüttert und verwirrt werden können. An Stelle der alten Mannentreue dem Monarchen gegenüber muß es nunmehr, entsprechend dem verfassungsrechtlichen Aufbau des Deutschen Staates, in *der Nationalversammlung die oberste Autorität* erblicken und sich ihr gegenüber zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet fühlen.

Danach ist es klar, daß sich der Aufklärungsdienst in der Reichswehr grundsätzlich von dem unterscheiden muß, was der Truppe vor dem Kriege und während des Krieges als „vaterländischer Unterricht“ geboten wurde. Er darf selbstverständlich keinen engen parteipolitischen Charakter tragen, sondern hat die Aufgabe, nach allgemeinen Grundsätzen staatsbürgerlicher Bildung und Erziehung Verständnis und Liebe für die demokratischen und sozialen Grundlagen der Deutschen Republik zu erwecken.

Wenn so die Reichswehr von echt demokratischem Geiste erfüllt wird und dabei die wertvollen Erfahrungen der Vergangenheit treu bewahrt, dann ist uns um die Zukunft der deutschen Wehrmacht nicht bange. Wie Siegfried sein zerbrochenes Schwert in Atome zerrieb, um sich eine neue Waffe von unvergleichlicher Wucht und Schärfe zu schmieden, so wird aus den Atomen der alten deutschen Wehrmacht früher oder später ein Heerwesen erstehen, wie es die deutsche Erde noch nicht getragen hat, nicht zur Bedrohung der Welt, sondern zur Sicherung der deutschen Zukunft.

Dr. F. M. HUEBNER (im Haag):

„Kulturpropaganda“ als diplomatische Aufgabe.

BEI den verfeindeten Völkern wird heute, als Rückschlag gegen den vier Jahre lang verübten, schreckensvollen Massenmord, ein sehnsüchtiges Gefühl rege, daß es notwendig sei, sich über die Landesgrenzen hinweg voreinander aufzuschließen und sich gegenseitig besser erforschen und begreifen zu lernen, um vorsorgend alles beiseite zu räumen, was zum Ausbruche von soviel Haß und Wut etwa je wieder führen könnte. Denn der Glaube an das Gute und

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

an die Vernunft im Menschen klammert sich daran, daß eine selbstverständliche Verträglichkeit dort herrschen muß, wo einer des anderen Wesen hinlänglich kennt und versteht, und wo keiner vor der natürlichen Sonderart des anderen es an Achtung fehlen läßt. Und die Klage erhebt sich, daß dieses Entsetzliche, dessen sich die Völker allesamt schuldig gemacht haben, wahrscheinlich nie und nimmer hätte Platz greifen können, wenn mit dem Austausche geistiger Erkennungszeichen herüber und hinüber es eben im voraus tröstlicher bestellt gewesen wäre.

Die Möglichkeiten, von Volk zu Volk einen lebendigen und gutnachbarlichen Verkehr zu pflegen, waren gegeben. Ein jeder Staat besaß in seinen Botschaftern und Berufskonsuln diejenigen Organe, welche von Amts wegen dafür zu sorgen hatten, daß die gegenseitigen förderlichen Beziehungen sich auswuchsen oder zumindest glatt und ungefährdet blieben. Durch die Einrichtung eines solchen internationalen Verbindungsdienstes sollte vor aller Welt geradezu betont werden, daß es bei dem allgemeinen und ungeregelten Zueinanderstreben der Völker, wie es von selbst durch die Reisen, den Warenhandel, den Schriftwechsel von Einzelpersonen Tag um Tag zustande kommt, nicht sein Bewenden haben dürfe, daß vielmehr ein übriges getan und die Fülle der sich anspinnenden Fäden mit Klugheit zusammengefaßt und ihr eine greifbare und doppelt gediegene Ausgestaltung staatsrechtlicher Art gegeben werden müsse.

Die Unterhaltung auswärtiger diplomatischer Vertretungen kann keinen anderen Sinn haben als diesen. Die Völker senden sich gegenseitig ihre Beauftragten zu, um in aller Form und persönlich, sowie mit größtmöglicher Zeitersparnis ihre außenpolitischen Angelegenheiten zu einem gemeinnützigen Zwecke von Gesamtheit zu Gesamtheit in Einklang gebracht zu sehen. Aber mit dieser billigen Auffassung vom Wesen des diplomatischen Verbindungsdienstes deckte sich das tatsächliche Verhalten der entsprechenden Behörden fast nirgends. Botschafter und Konsulatsleiter betrachteten sich als alles andere denn als die Vermittlungspersonen einer Aufklärung, die sich vom Ganzen des einen Volkes an das Ganze des anderen zu richten hatte. Verhandlungen, Berichterstattungen, Aufwartungen, Unterschriften und worin sonst die diplomatischen Amtsgeschäfte bestehen, sie erfolgten bei weitem nicht mit dem begleitenden akzentgebenden Gefühle,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

daß die Rechenschaft hierüber psychologisch der Gemeinschaft aller Volksgenossen daheim gebühre. Sondern im auswärtigen Dienste mehr als in anderen öffentlichen Aemtern hatte sich die Zurschaustellung einer gewissen kalten Erhabenheit mächtig erhalten, als welche, fortlebend aus dem geschichtlichen Werdegang dieses Berufszweiges, die Aufgabe der Repräsentation, statt zwischen Volk und Volk, lediglich als eine solche zwischen Regierung und Regierung betrieb. Der Gesandtschaftsverkehr ging nach wie vor und dem Wandel der Zeit zum Trotze in erster Linie die Kabinette an, und als Meister wurde gepriesen, wer nach außen hin um sein Tun und Lassen den Schleier des Geheimnisses am dichtesten zu hüllen wußte. Da es in der Ueberzahl Fürstenresidenzen und Hofhaltungen waren, bei denen die fremdländischen Missionen ihren Obliegenheiten nachzugehen hatten, und da obendrein in vielen Ländern die Wahl und die Ernennung der Auslandsvertreter verfassungsgemäß ein Vorrecht der Krone war, mußte für die Abgesandten der monarchisch regierten Staaten der Dienst nahezu unvermeidlich in eine Wahrnehmung und Hege von dynastischen Interessen aufgehen.

Der Sinn dafür, daß sie im geistigen Auftrage einer Gesamtheit freier und gleichgestellter Volksmitglieder auf ihrem Platze saßen, war am wenigsten ausgeprägt bei den Auslandsvertretern Deutschlands. Lautete ihre Bestallung schon auf den Namen des Kaisers, so hatte die sehr selbstherrliche Zügelführung Wilhelms II. bei ihnen die Bindung an die eine allerhöchste Person und deren Familie naturgemäß noch verfestigt. Jenseits der Grenzpfähle setzten sie jenen Kult der Einzigkeit fort, mit dem in der Heimat, hoch über der Nation, der Herrschaftsträger sich sagenhaft umkleidete, und nahm sich deswegen schlechterdings für unantastbar, weil sie als Gleichnis ihres fernen Souveräns, für ihn und körperlich an seiner Stelle, ausgeschickt zu sein meinten. Mit dieser Eingenommenheit von der eigenen überalltäglichen Bedeutung ging Hand in Hand ein immerzu argwöhnisches, äußerst empfindliches Besorgtsein darum, daß an der deutlichen Ehrerbietung, die sie für ihre Würde erwarteten, die Mitwelt es nur ja nicht fehlen ließe: die auswärtige politische Leitung Deutschlands empfand es stets wie eine auf sie gemünzte unmittelbare Kränkung, wenn irgendwo auf dem Erdball eine völkerrechtliche Veränderung vor sich ging, bei der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nicht vorher der Rat und die Zustimmung des waffenstarken Kaiserreichs eingeholt war. Denn was als leuchtender Traum vorschwebte und worüber Tag und Nacht nachgesonnen werden mußte, das war ein Begriff von Machtausbreitung, zu deren Verwirklichung man keine anderen Mittel sich vorzustellen wußte als das Pochen auf gottgewollte Ansprüche und, hieraus folgend, die Versuche schroffer Einschüchterung gegenüber den anderen.

Außerdem war es keinem System gleich schlecht wie dem deutschen bekommen, daß der so freie Beruf eines Mittelsmannes zwischen den Völkern, für welchen Geistesgaben nötig sind, die angeboren sein müssen und künstlich letzten Endes nicht erlernt werden können, daß dieser Beruf überhaupt zur Sache einer vorgezeichneten Laufbahn gemacht wurde, in die nur hineinzukommen vermochte, wer eine genau reglementierte, durch Ablegung unumgehbarer Vorprüfungen und Uebungsjahre gradweise zu erlangende, rein formale Schulung die seine nannte. Nicht nur, daß durch die grundsätzliche Aussperrung von Außenseitern jeglicher Zustrom auffrischenden, fremden Blutes unmöglich gemacht und dadurch die Führung der auswärtigen Politik ganz unverblümt als das Reservat einer einzelnen, abgesonderten Bildungs- und Geburtskaste erklärt wurde: der Geist der Abschließung und des Spezialistendünkels griff naturgemäß auch auf das untere Personal der Hilfsreferenten, Kanzleivorsteher, Dolmetscher, Expedienten und Türöffner über und schuf so in den Amtsräumen der deutschen Diplomatensitze jenes eigentümliche, steif zeremonielle, gleichsam vorbehaltliche Gebaren gegenüber dem Publikum, welches man als trennende Kluft und Lebensfremdheit ähnlich vom Betriebe des deutschen Gerichtswesens her kennt. Hier wie dort scheint der deutsche Mensch von einem bureaukratischen Pflichtkreise dermaßen aufgezehrt zu werden, daß sein Verhältnis zur unmittelbaren Wirklichkeit wie von selbst zu einem fast feindselig gespannten Gegensatzdasein ausartet.

Es ist bekannt, daß von den Vorgängen draußen in dem betreffenden Lande die deutschen Reichsvertreter gewöhnlich erst zuguterletzt Kunde bekamen. Sie waren auf den wohlwollenden Zufall angewiesen, daß dieser in die Arbeitszimmer der Gesandtschaften, wo man über Akten gebeugt und mit Anträgen, Anheimgaben, abgewogenen Stellungnahmen unendlich viel Papier beschreibend, sein Tagespensum erledigte,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

das eigentlich wichtige Material handgreiflicher, sofort ausnutzbarer Meldungen und Erkenntnisse ihnen zutrug. Personen, Geschehnisse, Anregungen, Umschichtungen in der geistigen Luft, allem ward es gleich schwer, durch den feierlichen Kreis der Unnahbarkeit, mit dem die deutschen Auslandsvertretungen ihr Haus umzogen hielten, hindurchzudringen und Teilnahme hervorzurufen. Die plötzliche Einsamkeit, in welche sich 1914 das deutsche Vaterland zu seiner Bestürzung versetzt sah, war die bloß gesamtpolitische Vergrößerung eines Zustandes, der für die psychologische Stellung der einzelnen offiziellen Reichsvertretungen draußen im Auslande sich längst als das betrübliche Kennzeichen herausgebildet hatte.

Der Ton von Menschlichkeit, welcher als standes- und stilgemäß allenfalls angeschlagen werden durfte, bestimmte sich nach den Grundsätzen über Wohlerzogenheit und Haltung, wie diese in den Kreisen des deutschen Korpsstudententums und des Offizierkorps herrschten. Damit war der deutsche Auslandsvertreter von vornherein auf eine auserlesene Gruppe von Personen und auf vereinzelte gesellschaftliche Gelegenheiten beschränkt, wo allein er wagen mochte, unbefangenen und natürlichen Wesens bis zu einem gewissen Grade sich aufzuknöpfen: im Spielzimmer mit Berufskollegen, auf Jagdausflügen, höchste Herrschaften begleitend, beim Flirt der Hofbälle. Jeder Schritt heraus aus dieser verkapselten Welt von Gleichgestellten und Hochmögenden führte unweigerlich zur Ratlosigkeit, zu Verstimmungen und zu Mißgriffen. Gegenüber Besuchern von unbekannter Herkunft suchte man sich durch eine Art herablassender Leutseligkeit zu helfen, die, weil sie nicht erwärmte, viel mehr verletzte. Audienzen zu erlangen war für Unempfohlene nirgendwo so schwierig wie bei den deutschen Botschaftern. Gegen die Angehörigen freier Berufe, wie Schriftsteller, Presseleute, Parteiführer, waltete Geringschätzung und unverhohlenes Mißtrauen. Ausnahmen gleich der, daß Fürst Lichnowsky in London Bernhard Shaw an sein Haus gewöhnt hatte oder daß Dr. Rosen während seiner kleinasiatischen Vertreterjahre mit morgenländischen Gelehrten Verkehr pflegte und sich selbst als Uebersetzer persischer Dichtungen versuchte, sind — leider — nur auf die Rechnung persönlichster Liebhaberei zu setzen.

Die deutschen Auslandsmissionen strömten nichts aus, was

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

als Reiz und liebenswürdige Verführung, werbend und verknüpfend für die deutsche Nation an anderen Erdpunkten Stimmungen der Freundschaft und Anhänglichkeit hätte erzeugen können. Nur zu sehr mangelte der Sinn dafür, daß man der Sonderart eines jeden Fremdvolkes sein Auftreten und Wirken von Fall zu Fall verschieden anpassen mußte. War man einigermaßen unterrichtet über die Personen und Einflüsse, welche um das betreffende fremde Staatsoberhaupt hin und her buhlten, unterrichtet über die jeweiligen Machtzusammenhänge der örtlichen Banken und Großfirmen, über die Stellenbesetzung und Munitionsauftragerteilung im Heere, über die wirtschaftliche und gewerbliche Marktergiebigkeit, so vermeinte man vollauf genug zu wissen und begriff nicht, daß derlei Erfahrungstatsachen immer nur erste, einführende Hilfsmittel sein durften, um tiefer unter die Oberfläche zu schürfen und das Empfindungsleben der fremden Nationen als Ganzes, ihren Massenwillen, ihre Massenideale, ihre Massentugenden und -schwächen zu ergründen. Eine wahrhaftige Fühlungnahme konnte dadurch nicht zustande kommen, daß die deutschen Botschafter bei Gelegenheit von Truppenparaden, Denkmalseinweihungen, Parlamentseröffnungen oder Fürstenbeerdigungen sich inmitten des diplomatischen Korps öffentlich zeigten oder daß sie in den Gärten ihrer Paläste für geladene Gäste musikalische Tees und venetianische Nächte veranstalteten. Ebenso wurde versäumt, als natürliche Bindeglieder zwischen der Botschaft und dem umgebenden fremden Volkstum wenigstens die überall zahlreich ansässigen deutschen Staatsangehörigen heranzuziehen. Nicht einmal um seiner selbst willen erhielt das Auslands-Deutschtum immer genügende Aufmunterung und Stütze; die Gesandtschaftssitze und die Klubhäuser der deutschen Kolonien, wo sich durch die Ausübung des Handels und durch Verschwägerung mit Einheimischen soviel erprobte Ortskunde angesammelt hatte, bildeten gemeinhin zwei getrennte, wenn nicht feindliche Lager. Daß deutsche Botschafter das Land, wo sie wirkten, persönlich bereisten, um sich durch den Augenschein mit den erdkundlichen, sozialen, rassegeschichtlichen Verhältnissen vertraut zu machen, ereignete sich höchstens in Einzelfällen.

Nach alledem begab sich im Jahre 1914, da der Krieg ausbrach, nicht so sehr dies, daß tausend zarte und gediegene Fäden verwandtschaftlichen Denkens, die aus Deutschland

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zu den übrigen Nationen verbindend hinüberliefen, plötzlich abgerissen waren; die innere Entfremdung hatte sich lange zuvor angebahnt und damit, daß kaum eine Nation zögerte, sich auf die Seite von Deutschlands Gegnern zu schlagen, rächten sich nur am ganzen Volke jene kulturpolitischen Unterlassungssünden, deren die einzelnen deutschen Auslandsmissionen in ihrer Mehrzahl sich schuldig gemacht hatten.

Erst während des Krieges sollte den deutschen Aemtern und der deutschen Oeffentlichkeit das Auge darüber aufgehen, welche Macht der Geist unter den Völkern bildet und wie wertvoll es ist, sich diese Macht zugeneigt und dienstwillig zu wissen. In Eile suchte man jetzt das Versäumte nachzuholen und seinerseits im großen Stile „Kulturpropaganda" zu treiben. Hierfür konnten, da Deutschland von Uebersee bald abgeschnitten war, fast nur die neutralen Länder in Betracht kommen. Es setzte jenes internationale Raufen um die gedankliche Parteinahme der Schweiz, Hollands, Skandinaviens ein, welches aus diesen kleinen Ländern Schlachtfelder des Buchhandels, der Nachrichtenagenturen, der Schauspielertournées, der Professorenvorträge machte: Geistiges Gut ward zu einem Unterstützungsmittel der militärischen Kriegsführung.

Es bedeutete eine Erleichterung für Deutschland, daß die genannten Staaten unmittelbar vor seiner Türschwelle lagen und daß innerhalb ihrer Bevölkerung die Kenntnis der deutschen Sprache überall verbreitet war. Auf Grund solch günstiger Vorbedingungen, die es erlaubten, deutsche Schriftwerke im Originalwortlaut zu verschicken und die den Eisenbahntransport für die Ausfuhr von Zeitungen, Büchern und Bildern um viele Stunden verkürzten, war Deutschland in den Stand gesetzt, die große, ihm so neue und ungewohnte Aufgabe der geistigen Auslandsbeeinflussung für sich sogleich wie ein Probebeispiel im verkleinerten Maßstabe mit unzersplitterter Kraft zu organisieren. Leider geschah freilich zuviel des Guten. Wie in der Bewirtschaftung der Lebensmittel, der Rohstoffe, der Kriegsgeräterzeugung machte sich bei uns die Methode auch hier zum Herrn über den Zweck und ging nach und nach über in eine wilde, sich selber überschlagende Organisierungswut. Daß der Plan aufkommen und für einige Zeit ernstlich erwogen werden konnte, in Berlin ein eigenes, unabhängiges Ministerium für Pressewesen und Propaganda aufzurichten, kennzeichnet deutlich dieses Fieber einer Ueber-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

betriebsamkeit, die übersah, daß die kulturelle Aufklärungstätigkeit im Auslande wesensbedingt mit der Führung der auswärtigen Politik als solcher zusammengehört und ein- für allemal mit dieser verbunden bleiben muß. Draußen in den neutralen Ländern hatten die deutschen Botschafter alle Mühe, sich die Verantwortung über dieses Arbeitsgebiet zu wahren, und mehr als einer von ihnen hat mit seinem Rücktritte drohen müssen, weil die Versuche nicht nachließen, den Propagandadienst zur Sache selbständiger und unter Umgehung der Botschaft mit Berliner Zentralstellen unmittelbar verkehrender Organe zu machen.

Nach Klärung der Zuständigkeiten wuchsen die Gesandtschaften zu ganzen Zellstaaten von Unter- und Nebenstellen an, wo oft bis zu Hunderten fleißige Menschen Archive aufbauten, Zeitungen lasen und ausschnitten, Auszüge aus Büchern machten, Tages- und Wochenübersichten zum Druck beförderten, den Zeitungsredaktionen Aufsätze, den Theaterredaktionen deutsche Dramen, den Kinovertrieben deutsche Films, den Buchhändlern deutsche Bücherkataloge zuschickten. Was der Chef nicht mehr übersehen, geschweige denn selber in der Hand behalten und regeln konnte, verrichteten nun Referenten und Hilfsreferenten, denen es selten am guten Willen, häufiger an der rechten Erfahrung gebrach. Denn da es das Herkommen und disziplinarische Erwägungen wollten, daß diese Referentenposten vorwiegend mit aktiven Offizieren besetzt werden mußten, nahm das Verfahren der deutschen Propaganda nach außen hin öfters wieder jenes Gewaltsame und Militärisch-Barsche an, wodurch in Friedenszeiten das deutsche Auftreten überhaupt fremdes Empfinden mit Erfolg vor den Kopf gestoßen hatte. Daß der Betrieb alles in allem widerspruchsvoll und bureaukratisch-schwerfällig blieb und daß die deutschen Propagandisten aus eingeborenem Hang zur Theorie und Wissenschaftlichkeit den Umgang von Mensch zu Mensch nicht ungezwungen und gelenkig genug zu gestalten wußten, ließ nur zu oft neutrale Zeitungsleute oder Unterhändler, die mit den deutschen Bureaus zu arbeiten hatten, die Hände überm Kopf zusammenschlagen.

Viel zu wenig verstand und übte die deutsche Propaganda während des Krieges die feine Kunst des Umwegs. Sie wollte, wo es genügt hätte, Anregungen auszustreuen, Bedürfnisse zu wecken, dienstwillige Dritte zu benutzen, alles

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

selber machen und verärgerte mit dem lauten Prahlen von Deutschlands unbedingter, jedes Gebiet gleichermaßen beherrschender Ueberlegenheit. Hier liegen die Gründe, weshalb dem großen Aufwand an Geld und Arbeitsleistung der Erfolg der deutschen Kriegspropaganda nicht im erwünschten Maße entsprochen hat.

Es besteht deswegen die Gefahr, daß nunmehr, wo der Krieg mit der Niederlage Deutschlands endigte, mit der Pflege einer nach außen gerichteten, praktischen Kulturpolitik aus Verdrossenheit und Mangel an Geldmitteln bei uns überhaupt Schluß gemacht wird. Eine derartige Entscheidung wäre so kurzblickend wie möglich. Die Pflicht, seine Auslandspolitik mit kulturpolitischen Mitteln zu durchtränken, fängt heute im Gegenteil für Deutschland erst an.

Dr. ERNST NEUMANN (Vohwinkel):

Zur Frage des Religionsunterrichtes.

SEIT der politischen Umwälzung in Deutschland bewegt die Frage nach dem Religionsunterricht in den Schulen weite Kreise, da ja anzunehmen ist, daß sobald endlich Zeit zur Inangriffnahme kulturellen Neubaues gekommen ist, das Erteilen von Religionsunterricht in den Schulen grundsätzlich geregelt wird. Zu wünschen und zu hoffen ist, daß man zu klarer Entscheidung kommt und nicht in halben Maßregeln stecken bleibt. Aus dem Wunsch heraus zur Klärung des Problems beizutragen, seien im folgenden einige grundsätzliche Darlegungen über Erteilung von Religionsunterricht gegeben.

Zu den Grundrechten des Menschen von heute und des Menschen der Zukunft gehört es, seine religiöse Ueberzeugung völlig frei von äußerem Zwange zu bilden, in der Befriedigung des metaphysischen Bedürfnisses, das eines der Grundbedürfnisse des Menschen ist, frei von äußerem Vorteil und Nachteil zu sein. Die Gemeinschaft, in der jemand lebt, hat ihm diese Freiheit zu gewährleisten, sie hat dem heranwachsenden Menschen zugleich aber die Möglichkeit zu bieten, sich eine *eigene* religiöse Ueberzeugung zu bilden. Das Recht des Einzelnen auf *eigene* religiöse Ueberzeugung schließt die Pflicht der betreffenden Lebensgemeinschaft in sich, jedem heranwachsenden Menschen die *Grund-*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lagen zu bieten, von denen aus er sich den Tempel eigenen Glaubens aufführen kann. Ihn ohne diese Grundlagen zu lassen, wäre ein Unrecht jeder Lebensgemeinschaft gegen das heranwachsende Geschlecht. Die Vermittlung dieser Grundlagen ist die Pflicht des Staates, kann nicht der Familie oder irgendeiner „Gemeinde" überlassen bleiben. Die Familie — Vater oder Mutter — ist heute nicht mehr imstande dazu, da nicht eine Ueberzeugung übermittelt, sondern die Grundlage dazu gegeben werden soll; aus dem gleichen Grunde scheidet irgendeine „Gemeinde" aus. *Also soll der Staat in den Schulen Religionsunterricht geben lassen? Nein, das soll er nicht; es sollen die öffentlichen Schulen nur die Grundlagen zur Tilgung einer späteren eigenen religiösen Ueberzeugung übermitteln.* Das ist ganz was anderes als Religionsunterricht. Die Aufgabe der Schule ist einfacher und doch vielleicht zugleich schwerer, als man gewöhnlich bei diesem Problem annimmt. Einfacher, weil der Weg, der zu gehen ist, bei ruhiger, sachlicher Ueberlegung leicht zu finden ist; schwerer, weil der Weg steiler und mühsamer ist, als sich die meisten bei der Frage nach religiösem Unterricht denken.

Das Gesetz, daß der Einzelmensch in seiner Entwicklung in schnellem, abgekürztem Gange im wesentlichen die Entwicklungsstufen der Menschheit durchlaufe, trifft nicht nur für den körperlichen Werdegang zu, sondern muß auch für den religiösen Werdegang gelten, soll ein Kunstwerk und nicht nur eine Künstelei entstehen. Die Menschheit ist durch Staunen über die Wunder um sie herum, die Natur und Geschichte ihr darbieten, und durch Staunen über die Wunder in der eigenen Brust zur Religion gekommen. Denselben Weg lasse man jeden heranwachsenden Menschen gehen, und man hat den Weg, der ihn zur Religion nicht nur führen kann, sondern führen muß, sofern er den Namen „Mensch" und nicht den eines zweibeinigen Tieres verdient. Gerade und abgekürzt, erhellt von dem Licht natur- und kulturgeschichtlichen Wissens, das die Jahrhunderte endlich gegeben haben, wird dieser Weg des heute heranwachsenden Menschen sein gegenüber dem Weg, den die Menschheit gegangen ist, der ja so oft ein Um- und Irrweg war; aber gehen muß ihn jeder Mensch selbst, soll er Ganzes werden, so gut er auch den Werdegang körperlicher Entwicklung selbst gehen muß.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

In den Kindheitstagen der Kulturmenschheit waren es die den Menschen schreckenden wie die ihn beglückenden Geschehnisse der Natur, die ihm zuerst religiöses Staunen brachten. So beginne man die religiöse Erziehung des jungen Menschen mit Einführung in das Naturgeschehen. Naturgeschichte ist der erste Eck- und Grundpfeiler des religiösen Tempels, den jeder Mensch sich selbst zu bauen hat. Vom ersten bis zum letzten Schultage muß Naturkunde, zu der auch die Erdkunde zu rechnen ist, gelehrt werden als Wegweiser zum Staunen und Wundern, zur Ehrfurcht vor allem Leben, wie das Naturgeschehen heute nicht minder als in den Vortagen der Kulturmenschheit den denkenden Menschen zum Fragen und ehrfürchtigen Staunen angeregt hat. Der Unterricht in der Naturkunde — zu der auch die Menschenkunde gehört — soll schlicht und ungeschminkt die Ergebnisse vermitteln, die bis heute menschliches Forschen zutage gefördert hat, er darf nur nicht oberflächlich und seicht so tun, als ob alles verständlich sei, sondern muß gerade auf all das Wunderbare, all die tausend Rätsel im Naturgeschehen am Himmel und auf Erden hinzuweisen nicht müde werden. Die kleinsten Schulrekruten bringen einem naturkundlichen Unterricht, der vom Menschenkörper, vom Leben der Pflanzen und Tiere ganz wahrheitsgemäß erzählt, größte Anteilnahme entgegen. Besser und tiefer als biblische Geschichten und Sprüche legt schon in die kleinen Herzen solch naturkundlicher Unterricht das Samenkorn religiösen Lebens, das später erst aufgehen und noch später erst Frucht bringen kann und soll. Und den reifsten Schüler in der obersten Klasse wird guter *vertiefter* naturkundlicher Unterricht immer wieder in seinen Bann ziehen und ihm helfen, eigenes religiöses Leben zu haben.

Dasselbe gilt vom Geschichtsunterricht, er darf nur erst in späteren Schuljahren als der naturkundliche Unterricht beginnen, wie ja auch der Kulturmenschheit geschichtliches Begreifen später geworden ist als naturkundliche Kenntnis. Um dem religiösen Werdegang des Menschen zu dienen, muß der Geschichtsunterricht in erster Linie Kulturgeschichte umfassen. Er beginne damit zu erzählen, wie die Menschheit Feuer und Werkzeug gewann und ausbildete, wie sie Wildpflanzen zu Kulturpflanzen wandelte und veredelte, wie sie aus wilden Tieren Haustiere machte. Aus dem Sagenschatz der Menschheit erzähle man bald dann in der Geschichts-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

stunde, indem man auf die naturkundliche und kulturgeschichtliche Deutung der Sagen gebe, um sie nicht als unverstandenen Fremdkörper in die Seele des Kindes zu bringen, sondern sie ein organischer Baustein werden zu lassen in seinem Begreifen des Menschheitsweges. Die Sagen sind der Ausdruck des Staunens der kindlichen Kulturmenschheit und werden so gerade dem Kinde wieder lieb und vertraut. Es ist selbstverständlich, daß jedes Volk in seinen Schulen die eigenen Sagen seiner Urzeit in erster Linie erzählen läßt und nicht die Sagen fremder Völker. Damit kommen die deutschen Göttersagen in deutschen Schulen wieder zu ihrem Recht. Es ist traurig, tief traurig und beschämend, daß man bisher in deutschen Schulen in erster Linie jüdische, dann griechische und römische und gar nicht oder erst ganz zuletzt deutsche Sagen erzählte!

In späteren Schuljahren stehe im Mittelpunkt des Geschichtsunterrichtes Wirtschafts- und Geistesgeschichte; hierzu gehört auch Einführung in das eigene heutige Staatsleben mit sogenannter Bürgerkunde. Der Geschichtsunterricht der letzten Jahre jeder Schule hat dann vor allem auch ausführlich die Geschichte der verschiedenen Hauptreligionen zu geben mit selbstverständlicher besonderer Ausführlichkeit die christliche Religionsgeschichte hervorhebend. Aufgabe der Fortbildungsschule ist es, diesen Unterricht in vergleichende Religionsgeschichte zu vertiefen.

Wenn bei einem solchen Geschichtsunterricht immer wieder auf das Wunderbare, das Rätselvolle der menschlichen Geschichte hingewiesen wird — dazu sind vor allem die Lebensbilder großer Männer der Kulturgeschichte nicht minder wie der politischen geeignet — so muß der Geschichtsunterricht wie der naturkundliche Unterricht auch in der Volksschule eine Grundlage, einen Wegweiser zum religiösen Leben geben.

Der Unterricht in der deutschen Sprache kann durch Wahl des Lesestoffes und dessen entsprechende Verarbeitung ohne Schwierigkeit dem religiösen Werdegang des heranwachsenden Menschen dienstbar gemacht werden. Es würde ferner wohl auch selbst in der „Volksschule", die besser „Grundschule" genannt würde, möglich sein, im deutschen Unterricht über die Sprache als solche ebenso wie über die Entwicklung der Schrift zu unterrichten; damit verbände der deutsche Unterricht in gewisser Weise naturkundlichen und geschichtlichen Unterricht und leitete auch über zur

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Seelenkunde, die in gewisser Weise selbst jede Volksschule im letzten Schuljahre vermitteln müßte. Damit würde auch der deutsche Unterricht noch mehr als bisher zum Sachunterricht ausgestaltet und könnte als solcher Grundlagen zur religiösen Entwicklung des Menschen geben.

Auf den höheren Schulen muß Seelenkunde und Geschichte der Philosophie in den oberen Klassen gelehrt werden. Das sind Fächer, die als letzte Frucht der bisherigen menschlichen Kulturgeschichte der Abschluß des Bildungsganges der höheren Schule und in tiefster Form Grundlage der Religion des einzelnen sein sollen. Wie der Unterricht der oberen Klassen der höheren Schule die Schüler auf dem Gebiet der Naturkunde wie der Geschichte zu den Quellen der Erkenntnis, zur Selbstarbeit führen soll, so muß im Philosophieunterricht auf deutschen Schulen jedem Schüler die Kenntnis eines der Allergrößten der Geisteshelden der Menschheit überhaupt, Schopenhauers, vermittelt werden. Es wird damit nur eine Ehrenschuld des deutschen Volkes abgetragen, deren dauerndes Vorhandensein eine beschämende Tatsache ist. Es kann obenein kaum was anderes mehr als Schopenhauersche Philosophie dem Menschen das Problem des Lebens nahebringen, ihm mehr Wegweiser zur Religion, zum eigenen religiösen Leben werden.

Religiöse Stimmung, d. h. ehrfürchtiges Staunen über das Wunder des Lebens in all seinen Erscheinungen und ehrliche Wahrheitsliebe und Offenheit durchdringe *alle* Sachfächer *aller* Schularten. Dann gibt die Schule jedem heranwachsenden Menschen die Grundlagen zur Religion, zu eigener religiöser Ueberzeugung, dann vielleicht wird es eher gelingen, daß aus dem Auge jedes Menschen tiefes, heiliges Staunen und Wundern über das Leben all ringsum ihn und in ihm leuchte, daß er erfüllt sei von Religion, d. h. ehrfürchtiger Scheu vor *allem* Leben. Nur wenn dies mehr als heute der Fall ist, wird es gelingen, das Menschenleben zu vertiefen und zu veredeln.

Gibt der Staat in seinen Schulen so die Grundlage zu religiöser Entwicklung, so kann er es den einzelnen religiösen „Gemeinden" überlassen, religiösen Ueberzeugungsunterricht der Jugend um das 14. und 15. Lebensjahr herum zu erteilen.

Der Weg, den die Schule bei Entscheidung der Frage, nach Religionsunterricht zu geben hat, ist klar und leicht

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zu erkennen, wenn man das Gesetz befolgt, daß jeder Einzelmensch auch in seiner religiösen Entwicklung den Weg zurückzulegen hat, den die Menschheit selbst gegangen ist. Er ist mühsam und steil, da gleichsam in den Mittelpunkt jedes Sachunterrichts das Ziel der religiösen Entwicklung zu stellen ist. Das ist viel schwerer, als Religionsunterricht in der hergebrachten Form zu geben.

Gibt der Staat in seinen Schulen in der oben gezeichneten Art jedem heranwachsenden Menschen die Grundlagen, von der aus er selbst sich eine eigene religiöse Ueberzeugung bilden kann, sichert er tatsächlich durch seine Gesetze und Handhabung seiner Einrichtungen jedem erwachsenen Menschen das Recht, sein metaphysisches, sein religiöses Bedürfnis ganz nach eigenem Wunsch zu befriedigen, ohne dadurch irgendeinen sonstigen Vorteil oder Nachteil zu haben, so gewährt er dem Individuum alles, was es auf diesem Gebiet im modernen Kulturstaat verlangen kann.

Die Möglichkeit, die Grundlagen einer religiösen Ueberzeugug zu erwerben, gebe der Staat in seinen Schulen, alles übrige überlasse er dem einzelnen und den religiösen Gemeinden, dann ist die Frage nach dem Religionsunterricht klar und sachlich richtig gelöst. Damit ist keinerlei religiöser Zwang für irgendwen oder irgendwelche religiöse Gemeinschaft gegeben. Es ist Freiheit für jede religiöse Ueberzeugung geschaffen. Es hat keiner das Recht zu klagen. Im Kampf um die Seelen der Menschen hat jede religiöse Gemeinschaft das gleiche Recht.

Für die Schule gibt es zum Zweck der religiösen Bildung nur zwei Möglichkeiten: Entweder man erteilt in besonderen Stunden bekenntnismäßigen Religionsunterricht so, wie man es bisher gemacht hat, oder man gibt überhaupt keinen besonderen Religionsunterricht, sondern sucht dem heranwachsenden Menschen dadurch die Grundlage zur Bildung religiöser Ueberzeugung zu geben, daß man die Sachfächer des Unterrichts — Naturkunde und Kulturgeschichte — gleichsam mit religiöser Stimmung durchtränkt und in religionsgeschichtlichem Unterricht am Ende der Schulzeit Umfang und Werdegang der Religionsformen der Menschheit dem Schüler vor Verlassen der Schule noch ganz besonders ans Herz legt.

Beide Wege sind gangbar.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Der erste ist seit Jahrhunderten beschritten, er hat nicht zum religiösen Leben der Menschen, das sich ja im täglichen Tun und Lassen bekunden muß, geführt. Der zweite Weg ist bisher noch nicht gegangen; er will den heranwachsenden Menschen nicht fertige Lehren und „Wahrheiten" übermitteln, er will ihm nur offen und rückhaltlos an Erkenntnis geben, was die Menschheit hat, und ihm die Grundlage vermitteln, auf der jeder sich sein eigenes religiöses Leben bauen kann. Er übermittelt nicht Vorurteile, leitet zu eigenem Denken und eigenem Glauben an und kann so zu organisch gewachsenem religiösen Leben führen, das dann vielleicht, hoffentlich auch mehr im Alltage der Menschen sich kundgibt, als es bis heute bei verschiedenen Religionsformen leider zumeist der Fall war.

Dr. phil. J. P. BUSS:

Die sozialistischen Studentengruppen.

ZU dieser Frage, die in dem Aufsatz Curt Bigings „Sozialismus und Studentenschaft" (Heft 3 der „Glocke" vom 19. April 1919) angeschnitten wurde, seien mir als Vorsitzendem der sozialistischen Studentengruppe an der Universität Heidelberg einige Bemerkungen gestattet, um so mehr, als es geboten erscheint, die in dem erwähnten Aufsatz enthaltenen Aeußerungen durch eine Genesis und eine Charakteristik der jungen sozialistischen Studentenbewegung zu ergänzen.

Ganz so jung, wie es den Anschein hat, ist sie jedoch nicht. Auch ist es nicht zutreffend, wenn Biging schreibt, daß es diese jugendlichen Studenten „unter dem alten Regime nie gewagt hätten, als Sozialdemokraten aufzutreten und sich als solche zu bekennen". Es sind immerhin nicht wenige darunter, die dies getan haben, manche, die wegen ihrer öffentlich bekundeten Ueberzeugung alle militärische und und polizeiliche Schikanen auf sich nehmen mußten und manche, die während des Krieges wegen ihrer sozialistischen und pazifistischen Gesinnung auf Befehl der Militärbehörde von der Universität relegiert wurden.

An verschiedenen Universitäten hatten sich schon lange vor der Revolution kleine Gemeinschaften gebildet — aller-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

dings nicht rein sozialistischen Gepräges —, die aber doch von jener berüchtigten, auch im akademischen Leben vorherrschenden Geistesrichtung mit ihrer erstaunlichen Blindheit gegenüber den schreienden Ungerechtigkeiten der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und ihrer Beweihräucherung der militärischen Herrlichkeit durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt waren, so daß man von irgendeinem geistigen Kontakt dieser Gruppen mit dem verflachenden Bürgertum nicht mehr sprechen konnte.

Als die tiefen politischen Gegensätze innerhalb der Nation immer schärfer zum Ausdruck kamen, als die Vaterlandspartei jene verderbliche politische Propaganda zu betreiben anfing, die den Riß in der Nation vertiefen mußte, da trat auch der politische Charakter dieser studentischen Gemeinschaften stärker hervor. Es sei hier nur an die besonders von Heidelberger Studenten ausgehenden, und in der Oeffentlichkeit damals viel behandelten Kundgebungen gegen die Politik der Vaterlandspartei erinnert, die getragen waren von dem Ethos der übernationalen Gemeinschaftsidee und von dem sittlichen Verantwortungsgefühl des Menschen für das Schicksal seines Landes. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß schon an der Wirksamkeit dieser Vorläufer der sozialistischen Studentenbewegung die studierende Frau einen großen Anteil genommen hat. Auch im weiteren Verlauf des Krieges und gerade im Stadium der revolutionären Tage des November standen diese Studenten in den schnell formierten A.- und S.-Räten der Universitätsstädte zusammen mit den proletarischen Trägern der Revolution, die sie mit Jubel begrüßten, weil sie mit ihr die ihrer Weltanschauung gemäße Forderung der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Einordnung der durch die kapitalistische Ausbeutung Geknechteten in die seelische Gemeinschaft durchzusetzen hofften. Das Klassenproblem war mit einem Schlage in den Vordergrund getreten und auf dem Boden jener großen sozialistischen Idee der Ueberwindung der Klassengegensätze fanden sich nun inmitten der von dem politischen und sozialen Erlebnis der deutschen Revolution unberührt gebliebenen Studentenschaft in den nur schwer an Boden gewinnenden sozialistischen Gruppen die wenigen, die endlich das Banner des Sozialismus auch in das jungakademische Leben hineintrugen.

An dieser Stelle soll gleichzeitig auch der irrigen Auf-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

fassung entgegengetreten werden, die es so hinstellt, als seien diese sozialistischen Studentengruppen nicht zusammengesetzt aus Elementen, die durchaus auf dem Boden der sozialistischen Ideologie stehen, sondern aus jungen Menschen, die *lediglich* den Zweck verfolgen, das Studium der sozialistischen Theorien im Rahmen der studentischen Gemeinschaft anzuregen. Es ist selbstverständlich *eine* Aufgabe akademischer Sozialisten, den komplizierten theoretischen Unterbau der sozialistischen Bewegung zu studieren. Es ist dies eine sehr nötige und lohnende, aber bei weitem nicht die einzige oder die wichtigste Aufgabe, die von Anfang an gerade in der aktiven sozialistischen Propaganda gegeben war. Die sozialistischen Studentengruppen sind *rein sozialistische* Jugendgemeinschaften. Ihre Mitglieder sind Sozialisten, weil sie sich der ökonomischen Interessengleichheit der geistigen und der körperlich arbeitenden Volksschichten gegenüber der Macht des Kapitals bewußt sind und noch mehr, weil in ihnen über dem Streben nach dem Sozialismus als Wirtschaftsform die sozialistische Gesinnung lebendig ist. Es kommt dabei nicht darauf an, diese sozialistischen Studenten nun gleich in die Parteiorganisation einzustellen, um den Pakt mit der Partei möglichst eng zu schließen. Es hat sich, wie unten noch gezeigt werden soll, die große damit verbundene Gefahr, erhöht durch die Parteispaltung, bereits praktisch fühlbar gemacht.

Die nächsten Aufgaben der sozialistischen Studentengruppen gliedern sich nach zwei Richtungen, zunächst nach der rein innerstudentischen, die auf Abstellung der z. T. immer noch gesetzlich verbrieften, z. T. historisch verankerten Vorzugsbehandlung der Korporationen gerichtet ist. Diese Aufgabe wird überall von den sozialistischen Gruppen in Verbindung mit den übrigen freiheitlich gesinnten Elementen in der Studentenschaft in Angriff genommen und hat auch trotz des zähen Widerstands der Couleurs einen ersten Erfolg in der Hinsicht gebracht, daß der Studentenausschuß endlich auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählt wird und daß die Forderung nach Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Disziplin erhoben wird. Dabei soll nicht vergessen werden, daß die auf den Bestimmungen des Reichsstrafrechts basierende Sonderbehandlung des studentischen Zweikampfs auf gesetzlichem Wege beseitigt werden muß. Gegen das auch von manchem auf dem Boden der bürgerlichen Parteien

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

stehenden Gelehrten heftig angegriffene Couleurtragen und seine Begleiterscheinungen, das dem Kastengeist und den Klassengegensatz demonstrativ ins öffentliche Leben hineinträgt in einer Zeit, wo von seiner Aufhebung so ungeheuer viel abhängt, kann nach demokratischen Grundsätzen erst dann etwas erreicht werden, wenn diese Einsicht sich allgemein durchzusetzen beginnt. Wer einmal in diese Welt der Korporationen und Waffenringe hineingeblickt hat, in der jener feucht-fröhliche Kult einstiger Burschenherrlichkeit gefestigt wird durch das gemeinsame Band der Aemterpatronage, der weiß, wie schwer dieser Boden zu beackern ist.

Die zweite und sehr problematische Aufgabe, vor der die sozialistischen Studentengruppen stehen, ist die eigentlich politische, die vor allem das Verhältnis zur sozialistischen Parteibewegung betrifft. Dabei ist zunächst zu sagen, daß von der überwiegenden Mehrzahl der Gruppen die Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien nicht als Ausweis zum Eintritt in die studentischen Gruppen verlangt wird. Ihre Mitglieder setzen sich aus Anhängern der drei sozialistischen Richtungen zusammen, so daß der intersozialistische Rahmen von Anfang an gegeben ist.

Gegen ein Hineintragen des Parteizankes in die sozialistische Jugend gibt es nur ein Mittel, das den gehässigen persönlichen Hader und die Zersplitterung erspart. Es besteht darin, die sachlich-politischen Differenzen in bezug auf die aktuellen Fragen zurücktreten zu lassen vor den gemeinsamen sozialistischen Zielen und eine Grundlage zu schaffen, auf der geistige Arbeit für den Sozialismus von der Gesamtheit der sozialistischen Studentenjugend geleistet werden kann. Würde den Angehörigen der Gruppen jedoch die Mitgliedschaft zu einem sozialdemokratischen Wahlverein zur Pflicht gemacht, so würde die Entwicklung der studentischen Gruppen mit Notwendigkeit in kurzer Zeit durch die parteipolitische Note, die in sie hineingetragen würde, in das Stadium der Zersetzung eintreten. So begrüßenswert es sein mag, wenn der politisch tätige Akademiker von Anbeginn den Entwicklungsgang im Wahlverein durchmacht, so unerläßlich ist es, daß die sozialistischen Studentengruppen an den Universitäten sich freihalten von der nur parteipolitischen Einstellung und ihr ganzes politisches Wirken in den Dienst der wissenschaftlichen Vermittlung, der Verbreitung und Durchsetzung der sozialistischen Ideen im akademischen Leben stellen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Auf diesem Wege wird der bewegte geistige Kampf in den sozialistischen Studentengruppen zwischen den Anhängern des orthodoxen marxistischen Materialismus und den Vertretern eines neuen ideellen Gesinnungssozialismus zu positiven Ergebnissen führen. Nur so kann die sozialistische Partei, die heute vor den gewaltigen Problemen des Aufbaus einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung steht und dazu ganz anderer geistiger und wissenschaftlicher Schulung bedarf, als es bis jetzt, in der Zeit ihrer Oppositionsstellung, notwendig war, aus den sozialistischen Studentengruppen einen geistigen Zuwachs erhalten, der für sie eine wirkliche Bereicherung bedeutet.

Glossen.

Das Glück besteht so wenig in den Dingen, daß es vielleicht am besten ohne sie besteht, und wem die Dinge gleichgültig geworden, der ist dem Geheimnisse des Glückes vielleicht am nächsten. *Hamerling.*

*

Das Leben jedes einzelnen ist, wenn man es im ganzen und allgemeinen übersieht und nur die bedeutsamsten Züge heraushebt, eigentlich immer ein Trauerspiel; aber im einzelnen durchgegangen, hat es den Charakter des Lustspiels. Denn das Treiben und die Plage des Tages, die rastlose Neckerei des Augenblicks, das Wünschen und Fürchten der Woche, die Unfälle jeder Stunde, mittels des stets auf Schabernack bedachten Zufalls, sind lauter Komödienszenen. Aber die nie erfüllten Wünsche, das vereitelte Streben, die vom Schicksal unbarmherzig zertretenen Hoffnungen, die unseligen Irrtümer des ganzen Lebens, mit dem steigenden Leiden und Tode am Schlusse, geben immer ein Trauerspiel. *Schopenhauer.*

*

Ein neuer Glaube beseelt uns mit einer Leidenschaft, von welcher die Schriftsteller der früheren Periode keine Ahnung hatten. Es ist dieses der Glaube an den Fortschritt, ein Glaube, der aus dem Wissen entsprang. Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben ausgefunden, daß diese Erde groß genug ist, daß sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glückes darauf zu bauen; daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und daß wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen. *Heinrich Heine.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsche Stimmen

Wochenschrift · Herausgeber Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

· Berlin M 66 ·

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Führer durch das Schrifttum der deutschen Sozialdemokratie

Von **Ernst Drahn**

Archivar der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 1,25 Mark.

INHALT:

Vorwort — Bibliographische Orientierung — Die Vorläufer des Sozialismus und die Utopisten — Die Geschichte der Sozialdemokratie — Allgemeine Geschichte — Die sozialdemokratische Presse — Karl Marx — Friedrich Engels — Ferdinand Lassalle — Die Sozialdemokratie im Weltkriege — Die deutsche Revolution 1918 — Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus — Die Forderungen der Sozialdemokratie — Die Frauenfrage — Philosophie (Religion) — Naturwissenschaften (Medizin usw.)

Dieser „Führer" stellt eine längst entbehrte Ergänzung zu Davids vielverbreitetem Referentenführer dar. Er ist nützlich für jeden am öffentlichen Leben Interessierten. Wer die Literatur der sozialistischen Gedankenwelt über irgendeine Kulturfrage sucht, findet hier schnell das Gewünschte nebst allen dazu erforderlichen Angaben.

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68 **Lindenstraße 114**

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 18 2. August 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Arthur Heichen: Die zerstörte Illusion der Internationale

Müller-Brandenburg: Wie es zur Katastrophe kam.

W. Rein (Jena) . . Die Fabel vom weltlichen Staat.

Ernst von Harnack . . . . Sozialisten als Beamte.

Hadubert: Sozialismus und deutsche Volksräte im neuen Polen.

Friedr. Th. Körner . . Zur Frage des Presseattachés.

Glossen.

Nummer 17 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Victor Schiff . . . . Wilhelms Schicksal und wir.

Bernhard Rausch . . Vom alten zum neuen Heer.

Dr. F. M. Huebner (im Haag): „Kulturpropaganda" als diplomatische Aufgabe.

Dr. Ernst Neumann (Vohwinkel): Zur Frage des Religionsunterrichtes.

Dr. phil. J. P. Buß: Die sozialistischen Studentengruppen.

Glossen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

18. Heft 2. August 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ARTHUR HEICHEN:

Die zerstörte Illusion der Internationale.

MIT der Unterzeichnung des Friedensdokuments findet eine Geschichtsperiode ihren definitiven Abschluß, die ein unendliches Weltgeschehen in sich vereinigt und die dem aufmerksamen und unvoreingenommenen Betrachter einen tiefen und aufschlußreichen Blick in den Sinn alles geschichtlichen Geschehens enthüllt. Was sie zeigt, ist dies: Die, die da glaubten, der Geschichtsverlauf werde durch ethische Postulate, durch humane Wünsche, Versöhnungsgeist usw. bestimmt, haben geirrt, schwer geirrt — nicht daß sie etwa an unserem Zusammenbruch mitschuldig wären, wie alldeutsche und nationalistische Geschichtsklitterer dies gerne verkünden — die Würfel über unser Schicksal waren längst gefallen, als Versöhnungsideologie und Verständigungsstimmung über unser Volk kamen! Die Literaten und Feuilletonisten des Pazifismus, die durch die Revolutionswelle an die Oberfläche gespült wurden, wohlmeinende, achtbare, aber doch eben höchst unrealistische Menschen, sind nunmehr endgültig widerlegt. Aus dem Lager derer um Ströbel, Gerlach und Harden wird man uns nun allerdings entgegenhalten, wir, die Rechtssozialisten, die „Mitschuldigen des Weltkriegs", die wir den Sinn der Revolution umgebogen und entstellt hätten, seien an alledem, am Versagen des echten und rechten Verständigungsgeistes auf der Gegenseite, schuld. Wir hätten das Recht auf Gnade und Erbarmen verwirkt. Daß die am Ruder befindliche Ententebourgeoisie *jede* Regierung, *jede* Partei, sie mag so radikal-sozialistisch aussehen und sich sonst drapieren, wie sie will, als Rechtsnachfolgerin des alten Regimes betrachtet und aus ihrer Lage heraus auch gar nicht anders betrachten kann, wird den Herren wohl nie und nimmer einleuchten — weil ihnen histori-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sches und realistisches Denken eben ferne liegt. Wie unabhängig beides, Art des auferlegten Friedens und Qualität der kontrahierenden Regierung, voneinander ist, sollten die, die an die geschichtsgestaltende Kraft edler Posen glauben, doch wenigstens im Falle Deutsch-Oesterreichs einsehen. Hier liegt das Staatssteuer in den Händen einer Regierung, die auch die Herren Ströbel und Harden als einigermaßen passabel erklären werden, einer Regierung, die ihren Anforderungen entsprechen muß, weil sie doch billigerweise gegen sie nicht die Anwürfe erheben können, die sie auf unsere Staatslenker schleudern. Die Geschichte wird ja sprechen! Wir werden ja sehen, um wieviel Nüancen sich das eine Friedensdiktat von dem anderen, Deutsch-Oesterreich aufzuerlegenden, unterscheidet! Hoffentlich bleiben die Herren Ströbel und Harden dann nicht stumm!

Da nun einmal ein Definitivum geschaffen ist, (auf wie lange wohl?!), brauchen uns taktische Rücksichten nicht mehr zu inkommodieren. Sprechen wir also ruhig aus, *was ist. Noch immer ist das Kleinkaliber und das Bajonett das Argument internationaler Völkerpolitik schlechthin. Macht und Gewalt beherrschen nach wie vor die zwischenstaatlichen Beziehungen der Völker* — übrigens sind sie auch im Kampf der Klassen nicht zu unterschätzende Mittel (vergleiche den 9. November). Eine Frage für sich bleibt es, ob dies ewig so sein wird, wie die militärischen Gewaltpolitiker dies bisher glaubten. Der Schluß: weil etwas bisher so war, muß es immer so sein, ist falsch. Wenn ein geschichtlicher Vorgang sich x-mal unter gleichen Formen vollzogen hat, ist dies noch kein sicheres Argument für zukünftiges Geschehen. Dazu fehlt diesem Kalkul politischer Wahrscheinlichkeitsrechnung eben doch ein mathematisches Erfordernis, die *lange Beobachtungsreihe. Geschichte ist keine mechanistische Automatik.* So glauben wir durchaus mit Renner, daß der Kampf wohl eine *ewige* soziale Kategorie ist, nicht aber der Kampf *mit kriegerischen Mitteln.* Ein späteres und glücklicheres Zeitalter wird andere Formen der Austragung von Völkerkonflikten kennen, als die mit dem Kleinkaliber und den Handgranaten. Aber es bleibt doch eben ein *späteres* Zeitalter. Der Weg dahin führt in Etappen, und wir glauben, uns in den Spuren Karl Marxens zu bewegen, wenn wir sagen, die „erste Phase der kommunistischen (lies dafür: sozialistischen) Gesellschaft", in die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:25 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wir hineineilen, wird von solchen Gewaltmethoden des Völkerkampfes *nicht freibleiben*. Es ist keine Sünde wider den heiligen Geist des Sozialismus, dies einmal in aller Offenheit auszusprechen. Es ist falsch, die höheren und höchsten Phasen der sozialistischen Gesellschaft zu antizipieren, deren wahrscheinliche Zustände schon in die Gegenwart hineinzuprojizieren; noch falscher aber wäre es, die praktische Politik auf solche Möglichkeiten abzustellen. Wenn die Sozialdemokratie aus dem Geiste chiliastischer Hoffnungen auf den „ewigen Frieden" heraus solches oft getan hat, muß sie sich in Zukunft eben davor hüten, will sie nicht in die Irrwege eines hoffnungslosen Utopismus geraten. *Ich glaube vielmehr, wir Sozialdemokraten tuen nach den speziellen Erfahrungen des 22. und 23. Juni gut, die Hoffnung auf den ewigen Frieden, auf den Völkerfrieden schlechthin, in eine recht ferne Zukunft zu verlegen und unsere praktische Politik auf die „erste und niedere Phase der sozialistischen Gesellschaft", die eben ohne Gewaltmethoden nicht auskommt, einzustellen.* Der Blick in eine ferne Zukunft darf den Blick für das zeitlich Gegebene und Mögliche nicht trüben oder ablenken.

* *
*

Die *sozialistische* Idee des Völkerbundes und des ewigen Friedens basiert auf der Annahme des gleichgerichteten ökonomischen Interesses *aller* Arbeiterklassen, des *ganzen* Weltproletariats gegen den internationalen Kapitalismus. „Proletarier aller Länder, vereinigt euch", mit diesem Ruf schließt das Kommunistische Manifest, das also als proletarische Werte *nur die internationale Klassensolidarität und nichts darüber hinaus anerkennt*. Der Arbeiter hat kein Vaterland, mit diesem anderen Satz ist die Idee nationaler Volkssolidarität aus dem Kreis der sozialistischen Ideen hinausgewiesen. Die Ideologie des Kommunistischen Manifestes war im wesentlichen bis zum Kriege auch bestimmend für die Mentalität der Sozialdemokratie. Der Weltkrieg brach mit dieser überlieferten Ideenwelt, wenn auch nicht formell, so doch praktisch, und brachte den Zusammenbruch der Internationale. *Die internationale Klassensolidarität war mit der nationalen Volkssolidarität in Konkurrenz getreten*, in dem Widerstreit beider Werte entschieden sich die Prole-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tariate fast aller Länder instinktiv für den letzteren. Renner hat die tieferen Gründe dieser instinktiven Stellungnahme in seinem „Krieg, Marxismus und Internationale" bloßgelegt. Wir tun gut, uns wieder an Renner zu erinnern, wollen wir uns über das Geschehen dieser Tage klar werden. *Warum hat uns die Internationale im Stich gelassen,* warum haben die Ententearbeiterklassen keine entscheidende Aktion zu unseren Gunsten unternommen, wo doch die Stellung des Proletariats heute am Ausgang des Weltkrieges eine ungleich machtvollere ist als zu seinem Beginn und keine nationalistische Kriegspsychose, auch nicht die tragische Ueberstürzung politischer Verwicklungen ihre Aktionskraft hemmen kann? Sie hätten schon *gekonnt,* wenn sie nur ehrlich *gewollt* hätten. *Warum aber haben sie nicht gewollt? Weil sie die Gefangenen ihrer eigenen ökonomischen Interessen sind,* die ihnen wiederum, wie zu Kriegsbeginn, gebieten, sich für nationale Volkssolidarität und gegen internationale Klassensolidarität zu erklären. Das Ententeproletariat hat sich zunächst zwischen das Kommunistische Manifest und die Rechenstifte der Ententebourgeois gesetzt, und weil es sah, daß es mit letzteren besser fuhr, sich für diese entschieden. Die Kriegsentschädigungen und die vielen sonstigen Tribute wirtschaftlicher Art fügen den Ententestaaten — vornehmlich Frankreich und Belgien — wesentliche Teile zu ihrem derzeitigen Volksvermögen hinzu, und *die Proletariate werden in der verschiedensten Form Teilhaber dieses Vermögens.* Sie gehen durchaus nicht leer aus, sie sind *mitinteressiert* an dem hereinströmenden Segen — *daher ihre Lauheit.* Nichts liegt uns ferner, sie dieserhalb des Verrates zu zeihen, Invektiven gegen ihre Führer oder gegen die Massen zu schleudern. Auf der Gegenseite war solches Verfahren außerordentlich beliebt, weil man dort aus der Phraseologie moralisierender naturrechtlicher Anschauungen nie ganz herausgekommen ist. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß die Ententeproletarier — vor allem gilt dies für die nüchternen Engländer — auch dieses Clémenceausche Friedensdiktat letzten Endes ganz gerne sehen, so sehr sie auch in bezug auf die drohenden Gefahren der Zukunft skeptisch gestimmt sind. *Aber man erwartet und erhofft von diesem Frieden wirtschaftliche Erleichterungen,* und so ist man im Grunde froh, daß man zurzeit keinen entscheidenden Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte besitzt, daß das Nütz-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

liche von anderen getan wird und einen auf diese Weise keine Verantwortung trifft. Man weiß durchaus, was man der Internationale schuldig ist, man erläßt papierene Proteste — ein gut Teil sicherlich im guten Glauben und mit edlen Absichten —, man deklamiert gegen Clemenceau und Lloyd George, weniger uns zuliebe, als vielmehr mit Rücksicht auf die nächsten Wahlen. *Die „Internationalität" ist eben auf eine Summe von Höflichkeitsformeln, auf eine Art weltproletarischen Knigge zusammengeschrumpft*, den man ganz nach Bedarf hernimmt und zitiert, der aber eben nur das formale Verhalten, nicht die letzten Beweggründe eines unabhängig danebenherlaufenden faktischen Handelns bestimmt. Wir betonen es nochmals, wir verbinden damit keine *Werturteile* irgendwelcher Art, *wir konstatieren nur, wir stellen fest* und tun dies aus dem Geiste nüchterner, sachlicher Erwägungen heraus unter Ablehnung alles pathetischen Ueberschwangs, der nun einmal geschichtlich bedeutungslos bleibt. *Die Internationale hat uns im Stich gelassen, weil es keine Internationale im alten hergebrachten Wortverstand gibt und gab.* Es ist notwendig, sich die Tragweite dieser Erkenntnis einmal voll klar zu machen. Mit all den lieblichen Illusionen ist es dann allerdings aus. Ein positiver Gewinn bleibt aber dennoch: eben *die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit nationaler Volkssolidarität*, die es dem proletarischen Wertbewußtsein nunmehr einzuhämmern gilt, die als im eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse des deutschen Proletariats gelegen natürlich auch der sozialdemokratischen Theorie einverleibt werden muß. *In diesem Sinne begrüßen wir die nationale Note, unter der der Parteitag stand, und das Wort Hermann Müllers: „Was auch geschehe, steh' zu deinem Volke, es ist dein angeborener Platz".* Was bleibt also von der „Internationalität" übrig? Nicht chiliastische Hoffnungen auf ihre erlösenden Wunderwirkungen, wohl aber etwas Bescheideneres und deshalb Realeres. Bezeichnen wir es als die *„internationale Parallelität proletarischer Klasseninteressen"* — eine Parallelität, die nur die Richtung, nicht aber Stärke und Ablauf dieser sozialen Erscheinung anzeigt und den Raum für andere konkurrierende Interessen (wie das der nationalen Volkssolidarität) freiläßt. Wenn also an dieser Stelle des öfteren gesagt worden ist, wir Deutsche setzen unsere Karte auf das Befreiungswerk der proletarischen Massen in den uns jetzt feindlichen Ländern,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

so heißt das nicht, daß wir uns der Internationale hoffnungslos mit Haut und Haaren verschrieben haben. Der Satz besagt bloß, daß die Antagonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Ententelager einerseits und eine parallele Antagonie zwischen dem proletarischen Deutschland und der Ententebourgeoisie andererseits den *Keim zu Konflikten und Verwicklungen enthält, die wir auszunutzen haben.* Wohl können wir die politischen Möglichkeiten und Konstellationen der Zukunft noch nicht übersehen; *wir wissen aber, daß wir, einstmals vor die entscheidende Alternative gestellt, den Weg gehen werden, der aus dem Friedensdokument das macht, was es schon heute ist, einen Fetzen Papier.*

Bereit sein, ist alles!

MÜLLER-BRANDENBURG:

Wie es zur Katastrophe kam.

WER die deutsche Militärliteratur verfolgt, kann beobachten, wie hier mit Bewußtsein und einem geradezu auffallenden Eifer an der Darstellung der Geschichte des Weltkrieges gearbeitet wird, die alles andere, nur nicht objektiv ist. Diese Arbeit wird selbstverständlich von der gesamten reaktionären Presse mit Eifer unterstützt. Nicht die Führung, sondern das *Volk* ist schuld an der Katastrophe; nicht die Herren der Stäbe, sondern der *„gemeine Mann"* im Graben, tragen die Schuld am Zusammenbruch. Das ist so das Leitmotiv, nach dem gehandelt wird. Alle Hingabe, alle Aufopferungsfreudigkeit, die beispiellose Pflichterfüllung der Musketiere und Kanoniere, der Unteroffiziere und Offiziere der Fronttruppen, das alles spielt keine Rolle mehr. Sie sind nach dieser Litanei die Schuldigen! Auf sie wird mißachtend mit dem Finger gezeigt.

Man soll sich nicht täuschen, diese Art der Geschichtsfälschung ist außerordentlich gefährlich. Sie soll den Untergrund für die weitere Geschichtslüge bieten, die Sozialdemokratie habe das Heer absichtlich zersetzt und die Niederlage herbeigeführt. Demgegenüber will ich die Dinge aus dem Gesichtspunkt des Mannes darstellen, der vier Jahre im Feuer gestanden und mit offenen Augen die Ereignisse verfolgt hat. Mögen die Herren von der Gegenseite sich

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mit meinen Behauptungen wissenschaftlich auseinanderzusetzen versuchen!

Soviel ich feststellen kann, war der eben verstorbene Freiherr *von Zedlitz* der erste, der den kurz vor dem Kriege entschlafenen Generaloberst Graf *Schlieffen* mit der Schuld am Kriegsausgang zu belasten versucht hat, indem er Schlieffens Strategie als nicht frei von Großmannssucht darstellte und ihn für den Fehlschlag unseres Feldzuges in Frankreich verantwortlich machte. Mit Behagen ging diese Darstellung durch einen Teil der rechtsstehenden Presse und war so der Auftakt, das Spiel fortzusetzen. Schlieffen ist tot und kann sich nicht rechtfertigen. Sein Nachfolger Moltke hat auch das Zeitliche gesegnet, und seine Erinnerungen, die ein bekannter Stuttgarter Verlag herausbringen wollte, werden wohl sobald noch nicht das Licht der Oeffentlichkeit erblicken. Es haben anscheinend höchst interessierte Kreise die Veröffentlichung verhindert. Wer diese Kreise sind, wird sich aus folgendem wohl ergeben.

Als wir 1914 losschlugen, handelte Schlieffens Nachfolger, General v. Moltke, in dessem Geiste. Das ist wohl zweifellos. Doch ebenso zweifellos ist, daß er sich nicht voll an die Ratschläge seines Vorgängers gehalten hat. Moltke sah sein Ziel in dem Vernichtungsschlag nach Art von Cannae und suchte diesen Schlag östlich von Paris. Auch Schlieffen hätte ein Cannae zu erreichen gesucht, er, der er uns diese Art der Vernichtung des Gegners in prachtvollen Studien gelehrt hatte. Aber Schlieffen hatte gewarnt, darauf hingewiesen, daß derjenige, der nach Frankreich marschiere, daran denken solle, daß der rechte Flügelmann mit seinem rechten Aermel am Meere entlang zu streifen habe. Diese berechtigte Warnung Schlieffens wurde 1914 außer acht gelassen. Für die O. H. L. war *Paris* strategisches Ziel, *nicht* Calais, während gerade dieser Hafenplatz Schulterpunkt des rechten Flügels werden mußte. Als Klucks rechter Flügel von Amiens aus nach Süden, dann unter völliger Nichtachtung der französischen Hauptstadt nach Südosten abdrehte, da war Schlieffens Plan in der Tat verlassen. Weiter aber, Schlieffens Plan ging von dem Grundsatze aus, daß wir zum mindesten gleichzeitig mobil sein würden. Der verstorbene Generalstabschef konnte die Lage nicht vorher sehen, wie sie am 1. August 1914 in der Tat war, eine Lage, die sich dahin kennzeichnete, daß *Rußland in dem Augenblick*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

fertig mobilisiert hatte und bereits im Aufmarsch begriffen war, als wir anfingen, mobil zu machen. Waren doch selbst bereits sibirische Korps in den russischen Aufmarschgebieten eingetroffen! Wie auch erwiesen ist, daß schon zu diesem Zeitpunkte französische Eingeborenentruppen auf dem Wege zu unserer Grenze in Antransport waren.

Es ist eine strittige Frage, ob Schlieffen in der Lage vom 1. August 1914 genau so gehandelt hätte, wie es sein Nachfolger tat. Wir wollen aber annehmen, daß dies geschehen wäre. Schließlich ging ja auch die Marneschlacht nicht aus *dem* Grunde strategisch für uns verloren, weil Rußland mit seinem Aufmarsch zu schnell fertig war, sondern weil man im Westen fehlerhafte Maßnahmen traf und sich Unterlassungen zuschulden kommen ließ.

Schlieffens Plan sah vor, daß hinter dem rechten Flügel eine Reservearmee von drei Korps marschieren solle, und Ludendorff führt jetzt den Nachweis, daß er 1912 diese drei Korps gefordert habe. Man wird gewiß verschiedener Meinung sein können, ob anläßlich der europäischen Gesamtlage die Nichtbewilligung der drei Korps eine kluge Maßnahme war. Jedenfalls war mit der Tatache zu rechnen, die drei Korps, die Ludendorff forderte und die Schlieffen *nie* gehabt hat, waren nicht vorhanden. Man hätte also, um der Schlieffenschen Forderung nachkommen zu können, den lothringischen Frontenteil schwächer mit Truppen ausstatten sollen, um den entscheidenden Vormarschflügel möglichst stark zu halten. Statt dessen traf man, als der Vormarsch durch die glänzenden Leistungen der Truppen so großartige Erfolge zeitigte, eine glattweg fehlerhafte Maßnahme.

Bekanntlich forderte Hindenburg, dessen Generalstabschef Ludendorff wurde, bei Uebernahme des Kommandos in Ostpreußen Verstärkungen an. Wo nahm man sie her? Statt sie aus dem festgerannten Flügel Verdun—Basel zu entnehmen, riß man die Korps aus den in vollem Vormarsch befindlichen entscheidenden Flügel Verdun—Lille und schwächte diesen damit in auffallender Weise.

Deutsche Kavallerie hatte frühzeitig Lille erreicht, und man war im besten Zuge, die Schlieffensche Forderung, mit dem rechten Flügelmann am Kanal zu stehen, d. h. auf Calais zu marschieren, durchzuführen. Da riß man die Front

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nach Südosten herum, marschierte auf Paris und links an Paris vorbei und — klärte gegen Paris nicht auf! Das geschah, trotzdem man Kenntnis davon gehabt hatte, daß der französische General Maunoury in Gegend Amiens Kräfte gesammelt hatte und dann mit diesen Kräften verschwunden war. Man machte sich anscheinend keine Sorge über den Verbleib dieser Kräfte und erfuhr so nicht, daß diese in der größten Lagerfestung der Welt, eben in Paris, sich wieder sammelten, um dann im entscheidenden Augenblick vom Oberkommandierenden der Festung, General Gallieni, in die rechte Flanke Klucks geschleudert zu werden.

Sehr wichtig für die Beurteilung der Niederlage an der Marne, sind aber noch folgende Tatsachen: Ich hatte Gelegenheit gehabt, die Kaisermanöver 1912 und 1913 als Berichterstatter mitzumachen, und hatte darüber geschrieben. Diese Arbeiten mit besonderen Bemerkungen versehen (es handelte es sich um Dinge, die man in der Oeffentlichkeit, der militärischen Interessen wegen, nicht besprach), hatte ich an den Generalstabschef von Moltke geschickt, worauf dieser in einem besonderen Briefe mir dankte, und erklärte, daß meine Kritiken mit das Beste seien, was über die Kaisermanöver geschrieben sei. In diesen Kritiken hatte ich darauf hingewiesen, daß Generalleutnant Rohne immer wieder darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Ausrüstung der Artillerie mit *Munition* unter keinen Umständen genüge, ferner, daß ich mich der Meinung nicht verschließen könne, daß die *Trainausrüstung* der Feldtruppen den Anforderungen des modernen Feldzuges nicht nachzukommen in der Lage sei. Weiterhin hatte ich kritisiert, daß im Kaisermanöver 1912 die blaue Armee die Entscheidung mit völlig ausgepumpten Truppen gesucht habe. Die hier gemachten Kritiken, geben mir das Recht, auch in Fragen der Marneschlacht zu sprechen. Auch hier traten die entscheidenden Armeegruppen (Kluck und Bülow) *völlig ausgepumpt* zur Entscheidung an. Man lese darüber, was Walter Bloem in seinem „Vormarsch" schreibt. Was über das gleiche Thema der Major im schweizer Generalstab Birchner in seiner „Schlacht an der Marne" sagt. War es nicht natürlich, daß bei dem rasenden Vormarsch die an sich schon nicht genügenden Trains nicht nachfolgen konnten, daß die an sich nicht genügende Munitionsausrüstung jetzt fast völlig versagte? Ich frage aber, wäre das nicht anders geworden, wenn man zunächst, wie

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schlieffen es gefordert, auf Calais operiert hätte? Man betrachte doch Bahn- und Straßennetze hinter der Front an der Marne und hinter einer möglichen Front Verdun-Calais. Weiter aber, ab 4. August war die Haltung Englands geklärt. Es kam jetzt *alles* darauf an, die Kanalküste so schnell wie möglich in die Hand zu bekommen. Als Marwitz in Lille eintraf, war man auf dem rechten Wege, und auch als Kluck Amiens passierte, war es noch nicht zu spät. Wohl aber, als man die Freiwilligenarmee des Herzogs von Württemberg im Oktober 1914 vor diese Aufgabe stellte. Aufzuklären bleibt ferner, weshalb Kluck, der im Kavalleriekorps von der Marwitz unter einem großzügigen Kavallerieführer eine hervorragende Waffe hatte, ohne jegliche Achtung an Paris vorbeimarschierte. Selbst wenn man in dem Glauben war, daß Joffre die Linie Paris—Verdun nicht halten werde, mußte man sich doch vergewissern, was birgt die größte Festung der Welt? Eine weitere Frage; weshalb ist die strategische Reserve, die Schlieffen gefordert hat, nicht aufgestellt worden? Es war doch nicht Schlieffen allein, der Wert auf strategische Reserven legte. Sowohl der Chef des stellvertretenden Generalstabs während des Krieges, General von Freytag-Lorringhofen, als auch General von Falckenhausen, hatten *vor* dem Kriege auf die große Wichtigkeit dieser Frage hingewiesen, desgleichen General von Blume in seiner „Strategie". Wie ein Unstern waltet über allen strategischen Operationen auf dem Weltkriegsschauplatz die Nichtbeachtung der Tatsache, daß es nach dem Eingreifen Englands nur *ein* strategisches Ziel geben konnte, die *Kanalküste!* Wir werden sehen, daß diese Frage noch 1918 ihre Rolle gespielt hat. Ferner bedarf es der Aufklärung, wie weit die unglückselige Gestalt Falkenhayns auf den Generalstabschef Moltke und seine Handlungen eingewirkt hat. Ganz abgesehen von den hier kritisierten Tatsachen, wäre die Schlacht an der Marne anders ausgelaufen, wäre der Einfluß Falkenhayns in der Obersten Heeresleitung nicht gewesen. Das eine wird niemand bestreiten, unter Hindenburg wäre es anders gekommen, trotz der schweren Fehler, die gemacht wurden. Die Schlacht an der Marne ergab den Rückzug zur Aisne. Die Front Soisson—Verdun erstarrte im Grabenkrieg. Die offene Flanke lag einladend für Joffre da; das Wettrennen zum Meere entstand. Die Stunde war gekommen, in der der Feldzug im Westen die Keime werden ließ,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

an denen wir, als sie in die Saat schossen, zugrunde gingen. Das alles habe ich schon früher sagen wollen, doch die Kriegszensur ließ es nicht zu. Ueber den Kindermord in Flandern, Verdun und dergleichen mehr, reden wir später.

W. REIN (Jena):

Die Fabel vom weltlichen Staat.

Wir nehmen den nachstehenden Artikel des bekannten Jenenser Pädagogen mit großem Vergnügen auf. Es ist aber wohl überflüssig ausdrücklich zu betonen, daß wir uns seine Auffassung der Dinge keineswegs zu eigen machen.

DIE sozialistischen Lehrer unterbreiteten der Versammlung des *Berliner Lehrervereins* folgende Leitsätze:

1. Die Schule des freien Volksstaates ist die *weltliche* Schule.
2. Der *konfessionelle* Religionsunterricht ist Angelegenheit der Kirche.
3. Ein besonderer *Moral*unterricht oder *jeder irgendwie geartete Religionsunterricht* ist aus pädagogischen Gründen abzulehnen. Er ist auch aus Gründen der Staatsnotwendigkeit nicht erforderlich.
4. Die sittliche Erziehung der Jugend ist Aufgabe des gesamten Unterrichts, insbesondere des Unterrichts im Deutschen und in den Naturwissenschaften, der Kulturgeschichte und Lebenskunde. Die vornehmste Grundlage für die sittliche Erziehung des Kindes ist das sittliche Leben in der sozialen Gemeinschaft.

Diese Sätze sind ungemein lehrreich und werfen ein scharfes Streiflicht auf das wichtigste Stück eines jeden Schulprogramms, auf den Religionsunterricht, sowie auf den Geist, der in der Berliner Gruppe der sozialistischen Lehrerschaft lebt. Die deutsche Lehrerschaft hat allen Grund, sich mit diesem Geist ernsthaft zu beschäftigen. Siegt er, dann ist unser Volkstum für alle Zeiten begraben. Die Erkenntnis zu verbreiten, welche Gefahren unserem Vaterland hier drohen, muß als eine Aufgabe allen denen vorschweben, die mit tiefster Seele an ihrem Volkstum hängen und mit all ihren Kräften daran arbeiten, es aus dem Zusammenbruch dieses Jahres einer besseren Zukunft entgegen zu führen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Einige Sätze des oben angegebenen Programms können als gültig angesehen werden. Es sind folgende: 1. Der konfessionelle Religionsunterricht ist Angelegenheit der Kirche. 2. Ein besonderer Moralunterricht ist aus pädagogischen Gründen abzulehnen. Auch der vierte der angeführten Sätze kann gebilligt werden, vor allem der Schluß, vorausgesetzt, daß unter der sozialen Gemeinschaft die *Familie* zu verstehen ist. Sie ist und bleibt die Urzelle der Gemeinschaft, wenn auch Großstadtlehrer durch die trüben Erfahrungen, welche sie mit dem Familienleben machen mußten, versucht sein sollten, über diese Einrichtung, die aus den Anfängen der Menschheitsentwicklung stammt, den Stab zu brechen, und der Auflösung der Familie das Wort zu reden, statt mit allen Mitteln danach zu streben, durch gesunde Bodenreform das Wohnungselend mit all seinen Folger zu bekämpfen.

Die ganze Unhaltbarkeit des sozialistischen Lehrerprogramms beruht auf dem ersten Satz: „Die Schule des freien Volksstaates ist die weltliche Schule." Ihm liegt die Auffassung zugrunde, daß der Staat ein weltliches Gebilde sei. Nun wird weiter gefolgert: Also ist die Schule, als eine Einrichtung des Staates, ebenfalls weltlich. Voraussetzung und Schlußfolgerung sind von Grund aus verkehrt, oberflächlich, phrasenhaft. Deshalb in dem Munde von Lehrern doppelt betrüblich.

Es ist dies leicht nachzuweisen, wenn man der Entwicklung etwas näher zusieht, welche der Staatsbegriff auf deutschem Boden durchlaufen hat. Ueber den aufgeklärten Despotismus eines Friedrichs des Großen, über den christlichen Staat Stahls und über den Nachtwächterstaat der liberalistischen Doktrin haben wir uns zum ethischen Staat durchgerungen, d. h. zu der Auffassung, nach welcher der Staat der politische Verband eines Volkes unter einer Obrigkeit ist, sei es in Form der Obrigkeit oder der Republik, zu Schutz und Pflege aller leiblichen und geistigen Güter unter Handhabung des Rechts, der Gerechtigkeit und des Wohlwollens. Von diesem Standpunkt aus greift der Staat in die Verwaltung der materiellen Güter ein (Staatssozialismus), aber ebenso auch in die der idealen Kulturgüter: Religion, Sittlichkeit, Wissenschaft und Kunst. Allerdings kann er auf diesen Gebieten nicht schöpferisch auftreten, sondern muß sich darauf beschränken, anregend, unter-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

stützend, fördernd und helfend tätig zu sein. Damit hört er auf, ein rein weltlicher Staat zu sein. Er bekümmert sich eifrig um die höchsten Güter seiner Bürger, weil er weiß, daß er ohne sie nicht leben kann, daß er aus ihnen seine wahre Lebenskraft schöpft, die versiegen muß, wenn diese Güter verbraucht sind.

Darum nimmt der sogenannte „weltliche" Staat ein sehr tiefgehendes Interesse vor allem an der Religion. Sie ist ihm *keine Privatsache*, sondern eine *soziale* Angelegenheit von höchstem Wert. Die Stellung zur *Religiosität* überläßt er jedem einzelnen als das Hauptstück der Gewissensfreiheit, aber damit gibt er sein Interesse an der *Religion*, d. h. an dem religiösen Zustand des Volkes, nicht preis. Er betätigt es in seinen Beziehungen zu den religiösen Gemeinschaften, zu den Kirchen, und weiter in der Regelung des Religionsunterrichts in seinen Schulen. Damit hört er auf ein „weltlicher" Staat zu sein. Er schaut hinüber in das überweltliche Gebiet, in die eigentliche Heimat des menschlichen Geistes.

Wenn ein Teil der Lehrerschaft dagegen ihre Augen verschließt, weil sie, abgeschreckt durch die gewissenbedrükkenden Forderungen des alten dogmatischen Unterrichts, unberührt von den Geheimnissen der christlichen Metaphysik, in das andere Extrem, in den ödesten Materialismus gefallen ist, so hat sie leider kein Bewußtsein davon, daß sie sich damit selbst herabsetzt und auf ihr Erziehertum verzichtet. Denn wer in Wahrheit *Erzieher* ist, wird darauf bedacht sein, alle wertvollen Anlagen des kindlichen Gemütes zu entwickeln. Wer sich nur als Lehrmeister fühlt, mag sich mit der Entfaltung und Stärkung der Verstandeskräfte begnügen, muß sich aber sagen lassen, daß er damit aufhört, ein Erzieher zu sein.

Nun wird die sozialistische Lehrerschaft Berlins einwenden, daß sie ja in ihren Sätzen den erzieherischen Standpunkt vertrete, insofern sie die *sittliche* Erziehung der Jugend fordere. Ganz recht. Nur kommt es darauf an, was man unter Sittlichkeit versteht. Leider gehen auch darin die Menschen auseinander, Aber der Gegenstand ist nicht so flach, wie die Mehrzahl der Köpfe, die sich damit beschäftigen. Wer von dem Entwicklungsbegriff herkommt, der in den Naturwissenschaften eine so große Rolle spielt, ist geneigt, ihn auch auf die Moral anzuwenden. Nicht mit

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Unrecht. Denn die Tatsachen sind geradezu greifbar, daß die sittlichen Anschauungen im Laufe der Jahrtausende sich mannigfach gewandelt haben. Die Evolutionisten übersehen dabei nur das eine, daß sich im Laufe der Zeiten aus dieser Entwicklung *Normen* herausgebildet haben, die zeitlos sind und darum die Zeiten beherrschen können. In den Aussprüchen des Gewissens geben sie sich kund. Wie es geschehen, wissen wir nicht. Zu den letzten Gründen dringen wir nicht vor. Darum konnte *Kant* seinen berühmten Satz von dem gestirnten Himmel über ihm und dem Sittengesetz in ihm niederschreiben. Aber diese Ehrfurcht ist den Weltleuten von heute gänzlich abhanden gekommen. Der religiöse Sinn ist in ihnen ganz abgestorben. Weil sie diese Lücken ihrer Herzensbildung nicht fühlen, weil sie die Einbildung hegen, daß sie aus der Ablegung aller religiösen Belange zu einer höheren Entwicklungsstufe sich erhoben hätten, dringen sie darauf, auch andere damit zu beglücken und fordern die „weltliche" Schule für unsere Jugend, ohne zu merken, was sie ihr damit in Wahrheit antun.

Aus der Tatsache, daß die Ethik, als wissenschaftliche Darstellung des menschlichen Bewußtseins, unabhängig von aller Beziehung auf die Religion, ausgehend von den ethischen Werturteilen, ein selbständiges Gebäude aufzuführen vermag, wird leichthin gefolgert, daß auch im Jugendunterricht ein von aller Religion losgelöstes Moralsystem weitergegeben werden könnte. Gewiß ist dies möglich. Aber was für ein System wird es sein, wenn es auf einen weltlichen Boden gestellt wird? Ein System bloßer Nützlichkeit muß herausspringen. Ob dieses imstande sein kann, die Gesellschaft einer höheren Entwicklungsstufe entgegenzuführen?

Man wird von vornherein den Gedanken der Höherentwicklung überhaupt ablehnen und sich mit dem „leben und leben lassen" in halbwegs anständiger Weise zufrieden geben. Vom Standpunkt bloßer Nützlichkeit ist auch nichts anderes denkbar. Höherentwicklung ist nicht Sache des Wissens, sondern Postulat des Glaubens; eines Glaubens, der in der religiösen Anschauung eines ethischen Weltenplanes verankert ist, ohne den alles Menschenleben den Sinn verliert.

Das sollte jeder erst sorgfältig durchdenken, ehe er die weltliche Schule fordert und sich damit auf einen niederen Standpunkt materialistischer, religionsloser Weltanschauung niederläßt. Dieser Standpunkt ist ungemein bequem, allen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Denkfaulen und Halbgebildeten so leicht zugänglich. Was er für Folgen zeitigen kann, zeigt die neueste Geschichte des deutschen Volkes. Denn wer tiefer zu blicken und den Erscheinungen des Tages gründlich nachzuforschen bestrebt ist, wird finden, daß der Zusammenbruch des deutschen Volkes letzthin auf den Mangel einer Lebensauffassung zurückzuführen ist, die jenseits der materialistischen Geschichtsauffassung liegt.

Man wende nicht ein, daß Frankreich, der Sieger im Weltkampf, die weltliche Schule seit langem besitze und durch den Moralunterricht der Schule seine Soldaten vortrefflich ausgerüstet habe. Wer näher zusieht, wird finden, daß dieser Moralunterricht vor allem darauf bedacht war, den Revanchegedanken wach zu halten und den Haß gegen Deutschland, das gefürchtete Nachbarland, zu schüren. Ueber alle Moral siegte das nationalistische Gefühl der Massen, auch der Sozialisten, die weit davon entfernt sind, die Internationale so ernst zu nehmen, wie ihre deutschen Genossen. Diese haben sich gegen die Religion feindlich gestellt; aber ebenso feindlich gegen ihr Volkstum. Schon das Wort „national" kann sie in Aufregung bringen. In ihrem Gedankenkreis spielt nur die Menschheit eine Rolle; das Volkstum verschwindet ihr gegenüber als etwas Minderwertiges, Einseitiges, Ueberlebtes. Vom internationalen Judentum ist dies ganz begreiflich, weil es von seinem Volkstum, von der Heimat losgerissen über die ganze Welt zerstreut wurde und nun in der „Menschheit" seinen Ankergrund sucht. Von dem Deutschen aber ist es unbegreiflich, der doch in seiner tiefen Sprache, seiner Leidensgeschichte, seiner herrlichen Heimat Schätze von einem Werte besitzt, die durch nichts in der Welt überboten werden.

Aber die Phrase von der weltlichen Schule umnebelt sein Gehirn, eingegeben von der Fabel des weltlichen Staates. Gegen solches Phrasentum ist der Kampf zu führen. Er sollte vor allem von den Sozialisten aufgenommen werden, die den Sozialismus nicht als *Ziel,* sondern als ein *Mittel* für eine Höherentwicklung unseres Volkes auffassen. Denn das Ziel ist weit höher gesteckt und sollte von den Sozialisten scharf in den Vordergrund gestellt werden, etwa in dem Geiste von Professor Dr. Paul *Lensch,* dem tapferen Bekämpfer sozialistischer, d. h. materialistischer Irrlehren, die in Schlagwörtern traurige Triumphe feiern. Zu ihnen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gehört das Wort vom weltlichen Volksstaat, der in Wahrheit nur ein Klassenstaat engherzigster Auffassung ist, und von der weltlichen Schule, vor der uns der Genius unseres Volkes in Gnaden bewahren möge. Sollte unser Leidenskelch noch nicht bis zum Rande gefüllt sein? Es wird nicht anders werden, bis die Masse, trunken von Wissenswahn, gläubigen Sinnes sich von diesem Trugbild abwendet und in die Tiefen des deutschen Volkstums sich wendet, dahin, wo unsere wahre Kraft liegt. Lange genug sind wir verdummt, um endlich gescheit zu werden.

ERNST VON HARNACK:

Sozialisten als Beamte.

DIE Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland hat Sozialisten in Beamtenstellen gebracht und solchen Beamten, die dem Sozialismus innerlich nahe standen, das offene Bekenntnis zu dieser historisch-politischen Weltanschauung ermöglicht. Gefahren und Schwierigkeiten drohen dem Sozialismus aus der engen Verknüpfung mit der gegenwärtigen Staatsmaschinerie, aber gewaltig und zukunftsreich sind auch die Aussichten, die aus dem Einrücken der neuen Männer in die unmittelbare staatliche Verantwortlichkeit erwachsen. Die Gefahren und die Mittel zu ihrer Verhütung — die Aussichten und die Mittel zu ihrer Verwirklichung sollen im folgenden erörtert werden.

Revolutionäre Energie ist die Grundvoraussetzung alles sozialistischen Wirkens. Es mag paradox klingen, wenn diese Eigenschaft auch von dem gefordert wird, der dem Sozialismus in den geregelten Formen des Beamtentums dienen will. Paradox ist die Forderung aber nur, wenn man Putschismus und wahren Revolutionsgeist miteinander verwechselt. Als die Reichswehr begründet wurde, machten die Kommunisten unter ihren Anhängern für den Eintritt Stimmung: die jungen Rekruten sollten zunächst von ihrem Kommunismus keinen Gebrauch machen, dann aber, wenn sie sich stark genug fühlten, die Gewehre umdrehen und sich als „rote Garde“ auftun. Den sozialdemokratischen Beamten eine ähnliche Taktik zu empfehlen, wäre ebenso verbrecherisch wie wahnsinnig. Man braucht kein Putschist zu sein, und kann doch in jedem Amt, ob sein Bereich nun klein oder groß ist,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die sozialistische Neuerung fördern. Es hieße wahrlich gering denken von der Schwungkraft unserer Gedanken, wollte man annehmen, daß uns alsbald bei der Inswerksetzung auf Teilgebieten gleich der Atem ausginge. Freilich fordert die stets wache Bereitschaft zum Aendern und Bessern, die Unermüdlichkeit im Aufsuchen und Erobern neuer Stützpunkte einen ganzen Mann. Nachdem die Staatsumwälzung die äußeren Hindernisse hinweggeräumt hat, heißt es auf der Hut sein, daß nicht Gewöhnung und Bequemlichkeit die Ausnützung der gegebenen Möglichkeiten verhindern.

Wer nicht die Magnetnadel seiner inneren Einstellung auf das große Ziel des Sozialismus, auf die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gerichtet hält, wer irgendeine äußere Ordnung als heilig und unabänderlich ansieht, so lange jenes Ziel nicht erreicht ist, der sollte von seinem Sozialismus nicht viel Aufhebens machen. Er würde der Bewegung sonst mehr schaden als nützen.

Die Betätigung im Rahmen der noch in Kraft befindlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Rücksichtnahme auf mannigfache widerstrebende und ablenkende Kräfte würde den innerlich schwach fundierten Sozialisten nur zu leicht zum haltlosen Opportunisten machen. Eiserne Energie in der Behauptung und Ausgestaltung seiner politischen Grundanschauung wird ihn hiervor schützen. Diese Energie muß revolutionär sein. Und vor allem: Sie muß auch revolutionär *bleiben*. Sehr dringend ist allerdings davor zu warnen, die im Staate errungenen Aemter zu Stützpunkten äußerlicher Parteipropaganda zu machen. Das könnte dem moralischen Siegeszug des Sozialismus nur Abbruch tun. Einen wirklich nachhaltigen Einfluß auf die Umgestaltung unserer gesamten öffentlichen Zustände wird der Beamte ausüben, der bei voller Ausfüllung seiner Tagespflichten den Blick in neue Weiten, den Mut zu neuen Wegen nicht verliert. Ein verhängnisvoller Irrtum wäre es, die tägliche Kleinarbeit dabei allein als lästige Fessel, als Hemmnis der Erneuerung zu empfinden. Jeder Umbau unserer staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse — und nur ein Umbau, kein Neubau nach radikalem Abbruch kann meines Erachtens in Frage kommen — muß an die bestehende Ordnung anknüpfen. Wer aber anknüpfen will an das Bestehende, muß es *kennen*, wer als Beamter an seiner Umformung teilnehmen will, muß Einfluß auf den Gang der Geschäfte — *auch der scheinbar geringfügigsten*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

— zu gewinnen suchen. Zu beiden ist die gewissenhafte Erfüllung eines festabgegrenzten Amtskreises unerläßlich. Niemand sollte sich für zugut halten für die Verwaltung eines „Dezernats"; wer *nur* Programme schmieden und Richtlinien geben will, wird seine Kraft besser an anderen Fronten einsetzen. Dabei ist festzustellen, daß diejenigen Programme und Richtlinien, die der unmittelbaren Berufsarbeit ihre Entstehung verdanken, und auf der praktischen Erfahrung und Beobachtung beruhen, nicht die schlechtesten sein werden — mag ihnen auch der hinreißende Schwung heroischer Aufrufe und Signale fehlen. Die Begeisterung, die den echten Sozialisten beseelt, ist keine hinfällige Blume, darum braucht sie auch die Berührung mit der Wirklichkeit nicht als „tötendes Insekt" zu fürchten.

Auf die leutselig — oberflächliche — Frage Friedrich Wilhelms des Vierten „Was gibt es Neues in Ihrer Wissenschaft?" antwortete einst ein großer Gelehrter: „Kennen Majestät denn das Alte schon?" Nun — gewiß ist es keine Schande, das „Alte" in der Verwaltungsorganisation nicht bis in seine Details zu kennen, wohl aber bringt sich der neueintretende Beamte um jede Wirkung, wenn er sich nicht mit zäher Energie an die Erlernung des eigentlichen Verwaltungshandwerkes macht. Die preußisch-deutsche Bureaukratie leidet an schweren inneren Schwächen — aber die Sozialisten, die sich jetzt mit dem Hochgefühl, etwas Neues, Besseres in ihrer Toga zu tragen, den Staatsgeschäften widmen wollen, mögen es sich gesagt sein lassen, daß die Bureaukratie mit all ihren unheilvollen Mängeln wie ein rocher de bronce stabilisiert bleibt, solange die neuen Männer „„Rafaels ohne Arme", Verwaltungsbeamte ohne Verwaltungstechnik sind. Kurz gesagt: Auch der Sozialist muß mancherlei aus der schwarzen Kunst der ††† Geheimräte lernen. Für die praktische Auswirkung eines jeden, insbesondere eines jeden *neuen* Gedankens ist seine Fassung in Verfügung oder Verordnung, seine Lancierung an die richtige Stelle, seine Neueinprägung in zweckmäßigen Zeitabständen von entscheidender Bedeutung. Wer seine Geisteskinder, wenn sie am Schreibtisch geboren sind, nicht ins Leben hinauszubegleiten versteht, wer sie dann dem Säuglingsheim, dem Kindergarten und der Schule der alten Bureaukratie übergibt, auf deren Erziehungsgrundsätze er keinen Einfluß hat, weil er nichts von ihnen versteht, der wird dereinst seine eigenen Kinder nicht wiedererkennen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

„Instinktive Abneigungen" haben meist ihren berechtigten Kern. So auch die Abneigung der Sozialisten gegen die alte Bureaukratie. Es wird aber so lange nicht zu einer wirklich fruchtbaren Auseinandersetzung des alten mit dem neuen Geiste kommen, wie der Sozialist sich nicht aus dem Erfahrungsschatze, der äußeren Haltung und dem Können der Beamtenschaft das zu eigen gemacht hat, was auch er unbedingt braucht. Mit den Begriffen „Erfahrungsschatz" und „äußere Haltung" soll hier bewußt über den Begriff der handwerkerlichen Technik hinausgegangen werden. Nur zwei Erfordernisse seien hervorgehoben: die vorsichtige Zurückhaltung gegenüber Einzelwünschen und die peinliche Genauigkeit und Sparsamkeit bei der Verfügung über öffentliche Mittel.

Als die Sozialdemokratie noch um ihre Existenz rang, öffnete sie allen die Arme, die sich zum Sozialismus bekannten. Mancher Querkopf, ja manche zweifelhafte Erscheinung war darunter. Muß schon der Maßstab, den die Sozialdemokratie anlegt, nachdem sie Regierungspartei geworden ist, ein strengerer sein, so gilt diese Forderung erst recht den Parteigenossen in Beamtenstellung. Zwischen zwei Klippen heißt es hindurchzusteuern: weder darf das sozialdemokratische Mitgliedsbuch eines Gesuchstellers den Beamten zu voreiligen Versprechungen veranlassen, noch soll der sozialistische Beamte den unnahbaren Bureaukraten oder den noch unerfreulicheren, ewig lächelnden, aber innerlich eiskalten Routinier nachzuahmen suchen. Hier heißt es Kopf und Herz in Einklang zu bringen. Niemandem kann das schließlich besser gelingen, — das ist unser fröhlicher Optimismus, — als den Vertretern einer Partei, deren Existenzmöglichkeit auf dem innigen Kontakt mit der Wählerschaft beruht. Die Parteigenossen im Lande werden lernen, uns ihr Vertrauen auch bei Versagung dieses und jenes Wunsches zu bewahren, wenn nur die Ueberzeugung lebendig bleibt, daß wir alle Vorschläge zu verwirklichen suchen, die uns zugleich der Vollendung des großen Werkes, dem wir alle dienen, näher bringen.

Nur kurz kann die Frage nach der Haltung des sozialistischen Beamten in Finanzangelegenheiten gestreift werden. Die tiefe Tragik, daß der Partei das Steuerruder des Staates in einem Augenblick in die Hand fiel, in dem die Voraussetzungen zur Durchführung unseres Programms weniger denn je gegeben waren, will sich lähmend auf die Berufsfreudigkeit eines jeden beamteten Sozialisten legen. Das Staats- und Wirt-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schaftsleben aus dem kraftstrotzenden Hochkapitalismus in das Zeitalter des Sozialismus überzuführen — auf diese Aufgabe hatte sich mancher unter uns innerlich vorbereitet. Und nun heißt es durch das graue Tal des staatlichen Pauperismus hindurchwandern; Pfennigfuchserei und Knauserei ist das tägliche Brot eines jeden Beamten! Wahrlich, es erfordert einen ganzen Charakter, in solcher Situation nicht das ferne Licht der sozialistischen Neuordnung ganz aus dem Auge zu verlieren oder sich nicht von den Irrlichtern des Kommunismus auf Abwege verleiten zu lassen. „Nehmt die Gottheit auf in Euren Willen, und sie steigt von ihrem Weltenthron!" — dieser Grundsatz der Selbsterziehung muß uns auch hier helfen. Mißbehagen über die Tatsache, daß im Augenblick nur strenge Fiskalität möglich ist, könnte uns nicht weiter führen. Treueste Erfüllung der gegenwärtigen Pflichten — geschärfte Aufmerksamkeit für jede Möglichkeit des Fortschritts — solche Haltung wird uns unüberwindlich machen.

Schließlich noch ein Wort über unsere Stellung zu den alten Beamten selbst. Entscheidend ist hier, wie weit unsere Parteigenossen es verstehen werden, sich die oben gekennzeichneten Fähigkeiten anzueignen. Ein ersprießliches Zusammenarbeiten kann sich erst ergeben, wenn der „Geheimrat" einsieht, daß sein neuer Kollege mehr ist als ein oberflächlicher Parteischwadroneur, und wenn der neue Kollege sich davon überzeugt, der Geheimrat wolle ihn nicht nur einseifen oder besten Falles unschädlich machen. Mancher Geheimrat freilich und mancher Sozialist wird sich als ungeeignet erweisen für die Zusammenarbeit und die Konsequenzen ziehen müssen. Niemand glaube, daß dann aus beiden Lagern nur die schwächlichen Kompromißnaturen übrig bleiben werden! Auf die Gefahr, damit eine Ketzerei gegen die parteitraditionelle Auffassung auszusprechen, sei es gesagt: Meines Erachtens hat die kapitalistische Wirtschaftsweise in der preußisch-deutschen Bureaukratie eine *sehr schwache Stütze*. Der Beamte bis hinauf in die höchsten Staatsstellen hat unter dem Mammonismus der letzten fünfzig Jahre viel zu sehr gelitten, als daß er ihm nicht mit innerlicher Abneigung gegenüberstände. Diese Kritik zum bewußten Anderswollen umzuformen, ist die gewaltige Aufgabe, die unseren beamteten Parteigenossen obliegt. Mancher ernste Mann mit tiefem Staatsgefühl, mit der ganzen in sich geschlossenen Welt-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

anschauung des alten Preußentums wird ihnen entgegentreten. Solchen Persönlichkeiten ist mit der Aussicht auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht beizukommen. Hier heißt es: die eigene Wirksamkeit zum Vorbild einsetzen.

Was wir voraushaben vor dem kastenmäßig abgeschlossenen alten Beamtentum und was wir uns bewahren müssen, ist der innige Kontakt mit der breiten Masse. Wohl sind uns die Gefahren bewußt, die jeder Führerschaft von der Masse drohen, aber die scharfe Luft der Versammlungen, sie stärkt letzten Endes unsere Lungen mehr als daß sie sie angreift; ein Abend im Kreise unserer Genossen in Stadt oder Land fördert unsere Entschlüsse mehr, als das Studium hunderter amtlicher Stimmungsberichte. „Oh, sprich mir nicht von jener Menge!“ — das ist die Grundstimmung der „Nurbeamten“. Uns aber zieht es immer wieder zur belebenden Wechselwirkung, „wo wir, dem erdgeborenen Riesen gleich, von der Berührung unserer Mutter kräftiger uns in die Höhe reißen“.

HADUBERT:

Sozialismus und deutsche Volksräte im neuen Polen.

SO hart uns der Friede an allen Punkten trifft: im deutschen Osten trifft er uns am härtesten. Gewiß war nicht das Reichsland allein, gewiß war auch schon früher die Ostmark unser Schmerzenskind. Aber während wir nicht eben mit besonders freundlichen Gefühlen von der großen Masse der Elsässer und Lothringer scheiden, die gewiß Fleisch von unserem Fleische und Bein von unserem Bein waren, um deren Seele aber wir noch auf lange hin hätten ringen müssen, — *die Trennung von unseren ostmärkischen Volksgenossen* greift uns ganz besonders ans Herz. Von den Treuen waren sie die Treuesten, von den Deutschen die Deutschesten, sie waren Kraft aus dem Kerne des preußisch-deutschen Wesens, sie waren von jenem Schlage, der aus dem Schutte einer aufgeräumten jahrhundertelangen Tradition in langem, zähem Aufstieg von Osten her das neue Reich gezimmert hatten, das nun doch der Reaktion aus dem

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Westen nicht standgehalten hat. Der Westen fürchtet das, was Osten im Deutschtum ist. Deshalb wirft er einer Nation einen Siegespreis in den Schoß, den sich diese wahrhaftig nicht wie Männer erdient, viel eher wie Weiber erschmeichelt hat. Daß das männlichste Deutschtum, das wir haben, gerade dieser Nation unterworfen werden soll: das gehört zu den tiefsten Demütigungen, die der „Weltfriede" über uns gebracht hat.

Es ist heute sehr billig, dem alten Regime das Fiasko seiner *Ostmarkenpolitik* vorzuwerfen. Auch wenn man Licht und Schatten weniger schamlos zu ungunsten des eigenen Volkes verteilt, als es Helmuth v. Gerlach in seinem jüngsten Pamphlet getan hat, bleiben Fehler und Mißgriffe genug zu verzeichnen. Aber alle billig liberalisierende Betrachtungsweise verkennt die letzten Endes *tragisch unlöslichen Verwicklungen*, die die Ostmarkenfrage in sich barg. Zum großen Teile auf den Ruf polnischer Fürsten friedlich ins Land gekommen, mußte das Deutschtum — auf einem Boden mit fremdem Volkstum unentwirrbar gemischt — in dem Augenblick der europäischen Entwicklung in unerfreulichsten Nationalitätenhader verquickt werden, wo der Nationalismus aus dem Westen den Weg in den Osten gefunden hatte. Dieser Konflikt also ist nicht durch irgendwelche Willkürakte, wie die Teilung Polens usw. entstanden: er ist ganz einfach naturgegeben. Und die reale Machtüberlegenheit, die dem ostmärkischen Deutschtum dadurch erwuchs, daß seit der polnischen Teilung ein erstarkender deutscher Nationalstaat hinter ihm stand, schaffte in Wirklichkeit den Polen den moralischen Vorteil, den sie heute weltpolitisch ausnützen können. Lediglich doktrinäre Verbohrtheit kann behaupten, daß für irgendeinen Punkt der jetzt an Polen fallenden preußischen Gebietsteile das Problem durch die nunmehr erfolgte Umkippung der Machtbalance irgendwie befriedigend gelöst werde. Nur die Verschleißer des alten *Ladenhüters aus der vormärzlichen Begriffswelt*, die unentwegten Gläubigen der *Legende vom „liberalen Polen"*, können für das preisgegebene Deutschtum in Zukunft größere Duldung erhoffen, als der Pole sie bei uns gefunden hat. Und die Preisgabe rein deutscher Gebiete in Danzig und Westpreußen, die Auslieferung unzweifelhaften deutschen Kulturgebietes in der gesamten Ostmark an die völlig *unbewährte Regierungsgewalt in Warschau* bedeutet äußerstenfalls nichts an-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

deres als eine Verschiebung des Brutalisierungszentrums: *im fortwährenden Zeitalter des Nationalismus kein neues Stück, sondern lediglich vertauschte Rollen.*

Daß aber der Nationalismus als tragende Grundgesinnung bei den nunmehr an die Macht gelangten Polen durch irgendetwas anderes gelöst werden könnte, als allenfalls durch einen internationalistisch drapierten, staatszerstörerischen Bolschewismus: dazu fehlt es einstweilen an jedem Anzeichen. Jüngste Nachrichten zum Beispiel, wie die Beschlußfassung der Posener Studentenschaft zum Ausschluß der Deutschen von den Universitäten und höheren Schulen, legitime Abkömmlinge also der sattsam bekannten tschechischen „Kulturpolitik", sprechen ebensowenig in dieser Richtung als die Maßnahmen, die gegen unsere Ansiedler vorbereitet werden. Es gehört die ganze beschränkte Gutgläubigkeit dazu, die sich bei einer gewissen Sorte deutscher Pazifisten mit der schmählichen deutschen Selbstbezichtigungssucht vereinigt, um ohne weiteres dem jungen Polenstaate die Ueberwindung jenes Nationalismus zuzutrauen, dem er sein Wiedererstehen und überhaupt den Zusammenhalt seiner kulturell und zivilisatorisch so völlig ungleichartigen Gebietsteile verdankt. Auch der *Selbsterhaltungspolitik des preisgegebenen Deutschtums* bleibt daher gar nichts anderes übrig, als sich *mit diesem fortbestehenden Nationalismus abzufinden* und daraus die entsprechenden *organisatorischen Folgerungen zu ziehen.*

Dieser nach Lage der Dinge unabweislichen Entwicklung hat seit der Revolution eine Bewegung in der Ostmark vorgearbeitet, die in den *„Deutschen Volksräten"* ihren Ausdruck gefunden hat. Es ist von einigem Interesse, heute bereits auf diese Bewegung einen Rückblick zu richten, da ihr Gedeihen für die Stellung des Deutschtums im künftigen Polen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die deutschen Volksräte haben sich ungefähr gleichzeitig seit dem November 1918 in allen Teilen Posens und Westpreußens gebildet. Versuche einer einheitlichen Zusammenfassung und Durchorganisierung sind vor allen Dingen von Posen, Bromberg und Danzig ausgegangen. Die beachtlichsten Leistungen in dieser Hinsicht hat die *Bromberger Zentrale der „Deutschen Vereinigung"* aufzuweisen, die unter der tatkräftigen und weitblickenden Leitung des bekannten Ostmarkenpolitikers *Georg Cleinow* für die ganze Bewegung richtunggebend geworden ist.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Volksratsbewegung vom ersten Tage an zu kämpfen hatte, werfen auf gewisse durchgängige Miseren unseres politischen Lebens ein nur zu scharfes Licht. In erster Linie waren es die *Parteien und ihre allgewaltigen Potentaten* von rechts bis links, die diesen neuen politischen Bildungen das schärfste Mißtrauen entgegenbrachten, da sie um ihr alteingewurzeltes Machtmonopol im politischen Leben fürchteten. Die Urgründe dieses Widerstandes waren bei allen Parteien dieselben. Nur die *Vorwände der Bekämpfung* wechselten. Da die Rechtsparteien über den nationalen Charakter der Bewegung natürlich nicht hinwegsehen konnten, spielten sie den Gegensatz auf kleinliche Personalfragen hinüber, während insbesondere die Linksparteien die Volksräte als „nationalistische" oder „hakatistische" Machenschaften zu verdächtigen suchten. Besonders haltlos war diese Voraussetzung, soweit sie sich gegen die gefürchtete Person Cleinows richtete, der in seiner langjährigen publizistischen Tätigkeit bekanntlich Streitigkeiten mit den Alldeutschen hatte, die sogar in Prozessen ausgetragen wurden, und der auch dem Ostmarkenverein und dessen Politik bis zu deren allerjüngster Kursänderung ferngestanden hat. Sehr scherzhaft war es, daß sich einer dieser deutschen Ketzerrichter aus den Bromberger Gewerkschaftskreisen erst vor wenigen Tagen von einem Posener Polenführer darüber belehren lassen mußte, daß viele Schwierigkeiten seiner Meinung nach vermieden worden wären, wenn die deutsche Regierung vor dem Kriege schon den Ratschlägen des „Hakatisten" Cleinow gefolgt wäre. Und während beispielsweise der ehrgeizige Gewerkschaftsführer Stössel in Bromberg in den letzten Monaten eine haltlose Konjunkturpolitik getrieben und nachweislich dauernd zwischen schmachtenden Flötentönen der Verständigung und bramarbasierenden nationalistischen Phrasen gewechselt hat, haben die Volksräte, die z. B. in Thorn, namentlich auch in der Sozialdemokratie, starken Anhang gefunden haben, die gerade Linie nie verlassen, die zunächst den festen *Willen zur Deutscherhaltung der gesamten Ostmark* bis in seine äußersten Möglichkeiten verfolgte und seit dem endgültigen Zusammenbruch dieser Hoffnung ebenso entschieden die *Sicherstellung des Deutschtums im neuen Polenreiche* anstrebt. An taktische Einzelzüge mag sich, wie in jedem Kampfe, auch hier die Kritik anheften: der strategische Grundzug ist un-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

anfechtbar und als solcher den Gegensätzen der Parteien entrückt, in die er aus parteipolitischer Kurzsichtigkeit und zum schweren Schaden des Deutschtums allzu tief hineinverwickelt worden ist.

Besonders unheilvoll hat dabei der Zusammentritt des sogenannten *Ostparlaments* und der aus ihm hervorgegangenen *parlamentarischen Aktionsausschüsse* Nord und Süd gewirkt, die einen durchaus abwegigen Versuch darstellten, jene Vereinheitlichung des ostmärkischen Deutschtums zu durchkreuzen, die sich in zunehmendem Maße in den deutschen Volksräten vollzog, und an der auch die Berliner Regierungsstellen ein lebhaftes Interesse nahmen. Während die Parlamentarier ihr echtes Führertum am besten dadurch bewiesen hätten, daß sie unter Verzicht auf parteipolitische Sonderziele selber in die Volksratsbewegung eingetreten wären und damit zu ihrer tieferen Verankerung beigetragen hätten, trugen sie durch ihre überflüssige Sonderbildung den Zwiespalt der Parteimechanik erst in diese Bewegung eines großgedachten Zusammenschlusses des gesamten Ostdeutschtums hinein oder verstärkten doch vorhandene Gegensätze zum Teil rein persönlicher Art in solchem Maße, daß eine einheitliche Aktion nicht nur nicht ermöglicht, sondern geradezu unterbunden wurde. Und auch der neuerdings aufgetauchte Gedanke einer *Arbeitsgemeinschaft*, der die Parteizerspaltung unter notdürftiger Verkleisterung in die neugeschaffenen Verhältnisse hinüberzuretten sucht, trägt den *Stempel der Halbheit* an der Stirne. Auch er ist reaktionär insofern, als er die Velleitäten der alten Partei päppelt, anstatt aus der neuen Lage die entschlossene Folgerung zu ziehen, die für das Polentum seinerzeit eine Selbstverständlichkeit war: daß nämlich eine nationale Minderheit in einem fremden Nationalstaate sich den *Luxus einer bunten Speisekarte von Fraktiönchen* schlechterdings nicht leisten kann.

Durchaus unverständlich ist es, daß sich namentlich auch die *sozialistischen Kreise* noch immer vielfach gegen eine *Einfügung in die Volksratsbewegung* sträuben. Zu verstehen, wenn auch keineswegs zu billigen war das, solange die parteipolitisch aufgezogenen A.- und S.-Räte mit ihren Vollzugsausschüssen die durch die Revolution errungene Vorherrschaft noch eine Zeitlang wahren zu können glaubten. Unter den neuen Verhältnissen können sie sich darauf wahrhaftig keine Hoffnungen mehr machen. Was läge daher für den

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ostmärkischen Sozialismus näher, als den *artverwandten Volksratsgedanken* aufzugreifen und ihn durch bedingungslose Unterstützung in dem Maße in ein echtes *volkssozialistisches Fahrwasser nationaler Färbung* hinüberzuführen, als ein solcher national verankerter Sozialismus, zu dem Deutschland heute sich offiziell bekennt, überhaupt auf Vorbildlichkeit innerhalb der sozialistischen Gesamtbewegung der Welt Anspruch erhebt. Der deutsche Sozialismus sollte hier den willkommenen Anlaß ergreifen, um seine *Fähigkeit zur Lösung einer nationalen Minderheitsfrage jenseits der überkommenen Methoden chauvinistischer Ueberhitzung* vor aller Welt darzutun. Ohne Zweifel würden unsere Sozialisten hierfür bei den meisten der gegenwärtigen Führer der Volksratsbewegung vollstes Verständnis finden, wird doch diesen schon von seiten gewisser Unentwegter die ruhige Besonnenheit zum Vorwurf gemacht, mit der sie nach Lage der Dinge mit den Polen und ihren Volksräten ein auskömmliches Verhältnis zu gewinnen suchen. So starke Möglichkeiten der Volksratsgedanke einem nicht partei- oder klassenmäßig verengten, sondern im Volkstum verankerten Sozialismus bietet, so sträflich sind aus persönlicher Aengstlichkeit und Kurzsichtigkeit und aus doktrinärem Internationalismus diese Möglichkeiten bisher vernachlässigt worden. *Der gesunde Sozialismus wird aus der deutschen Volksratsbewegung in Polen nur so lange ausgeschlossen sein, als er sich eigensinnig selber aus ihr ausschließt.*

FRIEDR. TH. KÖRNER:

Zur Frage des Presseattachés.

UEBER kurz oder lang werden zwischen den Staaten wieder die diplomatischen Beziehungen aufgenommen werden, nachdem der Friede zu Versailles geschlossen ist. Bei seiner Unterzeichnung ist zum ersten Male in der deutschen Geschichte ein *sozialdemokratischer* Außenminister in die Erscheinung getreten. Durch diese Tatsache wird der auswärtigen Politik Deutschlands in Zukunft eine ganz neue Richtung gegeben werden, denn sie muß sich — von sozialistischen Ideen und Anschauungen ausgehend — mit der Politik rein imperialistischer Staaten, welche vorläufig die politische und

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wirtschaftliche Macht über Deutschland haben, auseinandersetzen. Damit werden dem Auswärtigen Amt ganz neue Aufgaben gestellt, und schon daraus wird sich naturgemäß eine vollkommene Umgestaltung an Haupt und Gliedern als notwendig erweisen.

Der zukünftigen Diplomatie läßt sich gegenwärtig noch keine Prognose stellen. Wird es in ihrer Macht liegen, den Haß zu überbrücken und eine wirkliche Völkerversöhnung heraufzuführen? Der Machtfrieden von Versailles verheißt wenig Hoffnung. Die Besprechungen des Rates der Vier hinter verschlossenen Türen lassen darauf schließen, daß man in den westlichen Demokratien alles Heil in der Politik noch immer von den Kabinetten erwartet, und daß die Völker noch nicht dazu berufen sind.

Wir müssen alle diese Erscheinungen zunächst schweigend und beobachtend hinnehmen. Was bleibt uns anderes übrig? Aber über alledem darf uns der Geist des Rechtes und der Freiheit, den wir uns erobert haben, nicht wieder verloren gehen. Gerade die auswärtige Vertretung des Deutschen Reiches muß der Welt beweisen, daß Wahrheit und Aufrichtigkeit die Grundzüge aller ihrer Handlungen und Taten sein werden. Offen müssen alle Entschlüsse der Volksvertretung vorgelegt werden, ohne Hintergedanken müssen sie dem Auslande zur Kenntnis gebracht werden.

Bei der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen wird auf dem Botschafter eine solche Fülle von aufbauender Arbeit und neuen Plänen lasten, daß es unmöglich sein wird, daß er sie allein bezwingen kann. Seine wichtigste Aufgabe wird zunächst darin bestehen, „moralische Eroberungen" zu machen, Vertrauen zu bringen und zu gewinnen und dem deutschen Namen wieder Ansehen in der Welt zu verschaffen. Um sich dieser Aufgaben zu entledigen, steht ihm die *Presse* zur Verfügung, durch die er sich an die öffentliche Meinung wenden kann. Welche ungeheure Bedeutung diese siebente Großmacht heute im Leben der Völker gewonnen hat, das haben uns die letzten fünf Jahre gelehrt. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Macht viel mehr auszunutzen, als wir es bisher verstanden haben, indem wir in der Presse nicht ein Mittel zur Verhetzung, zur Aufpeitschung der Leidenschaften erblicken, sondern uns ihrer als Werkzeug wahrhafter Aufklärung, Versöhnung und Veredelung der Menschheit bedie-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nen. Damit könnte sich die deutsche Presse eine hohe sittliche Aufgabe stellen und ein Ziel erstreben, das dann vielleicht auch anderen Völkern als nachahmenswert erscheint. In diesem Sinne wird die Stelle eines *Presseattachés* bei den deutschen Gesandtschaften vorgeschlagen! Die bisherigen Marine- und Militärattachés sollten in Zukunft durch den Handels- und Presseattaché ersetzt werden, um in friedlichem Wettbewerb einen neuen Aufstieg unseres Volkes in wirtschaftlicher und moralischer Beziehung vorzubereiten und zu fördern.

Die Aufgaben und die Tätigkeit eines Presseattachés würden sich etwa in folgenden zwei Hauptrichtungen festlegen lassen: Er hat einerseits für die Aufklärung des Auslandes über deutsche Verhältnisse zu sorgen, andererseits hat er Berichte über die Presse, die öffentliche Meinung und alle politischen und geistigen Strömungen des Auslandes an die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und die deutsche Presse unmittelbar zu senden.

Durch die erstere Aufgabe würden ihm die moralischen Eroberungen zufallen, von denen vorher gesprochen wurde. Nur eine großzügige Propaganda im Auslande von amtlicher, verantwortlicher Seite kann uns wieder unseren guten Namen verschaffen. Vor allem muß das Ausland das *neue* Deutschland kennen lernen. Noch immer gelten wir als machthungrige und vom Militarismus erfüllte Imperialisten, und die falschen Behauptungen, daß sich in Deutschland nichts geändert habe, beherrschen die öffentliche Meinung im Ausland nach wie vor. Hier ist es Aufgabe des Presseattachés, das Ausland von dem Gegenteil zu überzeugen. Dabei soll natürlich nicht jene berüchtigte Politik getrieben werden, daß an „deutschem Wesen alle Welt genesen könnte". Aber unseren Stolz auf die neu errungene Demokratie und den Sozialismus brauchen wir dem Ausland gegenüber nicht zu verleugnen, sondern können es ruhig bekennen, daß wir von beiden eine Annäherung und einen sittlichen Fortschritt der Völker erhoffen.

Neben der politischen Aufklärung muß die wirtschaftliche einhergehen. Hier ist ein enges Zusammenarbeiten des Presseattachés mit der Handelsabteilung und der Botschaft besonders nötig. Immer wieder müssen wir es der ausländischen Presse vorhalten, wie wir durch den Versailler Ver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

trag gehemmt sind und wie uns jede wirtschaftliche Entfaltung unmöglich gemacht wird. Je öfter und je lauter wir unsere Stimme in berechtigter Ueberzeugung erheben, um so eher wird sie an das Ohr und zu den Herzen der Völker dringen. Vielleicht erreichen wir allein auf diesem Wege, was der französische Sozialist Marcel Cachin in der „Humanité" forderte: „Dieser Vertrag muß neu gemacht werden. Die Völker waren nicht anwesend bei der prunkvollen Zeremonie im Spiegelsaale. Diese Unterschriften, die in dem Palast ausgetauscht wurden, sind nicht Unterschriften der Völker."

Ebenso wichtig wie die Tätigkeit des Presseattachés im Ausland wird seine Berichterstattung an das Auswärtige Amt und die deutsche Presse sein müssen. Diese Aufgaben bedürfen heute einer besonderen Verantwortung. Sie sind gewissermaßen vorgezeichnet in den Fehlern und Unterlassungssünden, deren sich die deutsche Presse in der Vorkriegszeit schuldig gemacht hat. Wie waren die Verhältnisse? An klaren Richtlinien und Informationen von seiten der Regierung hat es leider immer gefehlt. Die großen Zeitungen waren auf ihre Auslandskorrespondenten angewiesen. Hierbei ist zweifellos manches Gute geleistet worden. Aber der Fehler lag darin, daß die Dinge, die sich im Auslande anbahnten, meist allzu einseitig gesehen wurden und zwar im Sinne *der* politischen Partei, der die Zeitung diente. Oder die Korrespondenten mußten dem Wunsche des Verlegers nachkommen und gerieten dabei häufig in die gleichen Fehler wie die Diplomaten: sie sahen die Dinge *so,* wie man sie an maßgebender Stelle zu sehen wünschte. Hieraus erklärt sich zum Teil die Ahnungslosigkeit des deutschen Volkes, selbst der gebildeten Schichten, über die Denkungsart anderer Völker, bei denen wir zum Beispiel ideale Motive vermuteten, während sie sich nur von nüchternen, verstandesgemäßen Ueberlegungen leiten ließen.

Außer den politischen Tagesereignissen wurde dann noch ab und zu über Mode, Theater und allerhand Klatsch berichtet, dagegen wurde über große geistige oder soziale Bewegungen selten oder nie etwas mitgeteilt. Zum Beispiel haben wir in Deutschland durch die Tagespresse niemals etwas erfahren von jener geistigen Strömung in Frankreich, die seit dem Dreyfußprozeß (1898) eingesetzt hat und durch die sich in der französischen Dichtung und im französischen Volk eine Hinneigung zu einem ethischen Idea-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:26 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lismus vollzogen hat. Wie hätte sich hier über geistiges Verstehen vielleicht auch eine politische Anbahnung zwischen beiden Nationen ermöglichen lassen?

Leider konnten auch solche Berichte niemals Allgemeingut des Volkes werden, denn nur die größten Zeitungen konnten sich eigene Auslandsberichterstatter halten, und diese Zeitungen blieben doch immer nur einer gewissen Oberschicht reserviert. Es war sicher ein Verhängnis der deutschen Presse vor dem Kriege, daß sie den Ehrgeiz hatte, möglichst über *alles* zu berichten. Das mußte zur Verflachung und Uniformierung führen, weil der große Stoff sachlich und geistig nicht durcharbeitet sein konnte. Gerade kleine Zeitungen und Provinzblätter trifft dieser Vorwurf. Wozu mußten sie alle Augenblicke Artikel aus London, Paris, Rom, Neuyork usw. bringen unter der Marke: „Von unserem Spezialkorrespondenten"? Im Grunde war das alles billiges und flüchtiges Zeug, von Korrespondenzen oder Maternfabriken entlehnt, einseitig und tendenziös zurechtgemacht. Und dadurch schädlich und irreführend für Millionen deutscher Zeitungsleser!

Aehnlich lagen die Verhältnisse mit Deutsch-Oesterreich. Im August 1914 und in der folgenden Zeit lernten wir Oesterreich überhaupt erst kennen, und plötzlich erschienen uns die Dinge und Menschen dort ganz anders, als sie uns bisher in den Zeitungen geschildert worden waren. Hier lagen die Gründe tiefer. Die meisten reichsdeutschen Zeitungen wurden von österreichischen Redakteuren mit Nachrichten versorgt, die natürlich alle mit deutsch-österreichischen Brillen gesehen worden waren. So wurden die Mißstände der morsch gewordenen Monarchie vertuscht, und ganz Deutschland war davon überzeugt, daß über dem „feschen Wien" und den österreichischen Landen ein immer wolkenloser, heiterer politischer Himmel strahlen müßte.

Aus diesen Vorkriegsfehlern müssen wir heute lernen. Der Privatkorrespondent der großen Zeitungen wird bleiben. Neben ihm wird der Presseattaché wirken, der *über* den Parteien und Interessengruppen stehen muß. Er soll der klarsehende, objektive, unbestechliche und unparteiische Beobachter sein. Er wird mit den großen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus in Verbindung stehen und ihnen Berichte über die Politik, die sozialen Bewegungen, die Volkswirtschaft, das kulturelle und geistige Leben des Auslandes zugehen lassen, die etwa mit der Bezeichnung: „Der deutsche

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Presseattaché meldet aus London" in der gesamten deutschen Presse zum Abdruck gelangen könnten. Wenn auf diese Art verständliche und sachliche Berichte bis in die kleinsten Lokal- und Kreisblätter kämen, so könnte hierdurch das Volk zu einer richtigen Beurteilung des Auslandes und zu einer politischen Schulung erzogen werden.

Eine enge Verbindung zwischen dem Presseattaché und dem *Auswärtigen Amt* ist deshalb notwendig, weil heute die *gesamte* Presse als ausschlaggebender Faktor in Rechnung gestellt werden muß. In den belgischen Gesandtschaftsberichten zum Beispiel findet man fast nur Hinweise oder Auszüge der Botschafter aus den offiziellen oder offiziösen Regierungsblättern. Der „Temps", die „Westminster Gazette", die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" werden erwähnt. Die alte Diplomatie bewertete eben das Urteil und die Meinung *der* Kreise am höchsten, die der Regierung nahe standen. Die besondere Aufgabe des Presseattachés aber muß es sein, aus *allen* politischen Lagern dem Auswärtigen Amt zu berichten. Das ist in Zukunft um so notwendiger, als Deutschland durch die Friedensbedingungen von jedem selbständigen Kabel- und Nachrichtenverkehr abgeschnitten sein wird. Wir werden nur das zu hören bekommen, was Reuter und Havas für erwünscht halten. Unser Interesse aber erfordert es, daß wir über alle Vorgänge und Strömungen im Auslande *unparteiisch* unterrichtet werden. Diese Verantwortung würde die Botschaft außerordentlich belasten und sie müßte sie über kurz oder lang von sich abzuwälzen suchen.

Hier sollte eben die deutsche Presse ihre besten Persönlichkeiten und Charaktere zur Verfügung stellen. Sie ist sicher nicht arm an Männern, die mit dem Posten eines Presseattachés betraut werden könnten und in deren Hände damit ein Amt gelegt werden würde, das heute für die auswärtige Politik als außerordentlich wichtig angesehen werden muß.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Glossen.

Die einzige Wahrheit, die das Leben mich gelehrt hat, ist die, daß der Mensch über nichts zu einer unveränderlichen Ueberzeugung kommt.

Hebbel.

•

Laß dir nicht bange machen, was wohl daraus werden möchte, wenn du jetzt dies begönnest oder jenes! Immer wird nichts als du, denn was du wollen kannst, gehört auch in dein Leben.

Schleiermacher.

•

Man kann ohne Liebe Holz spalten, Ziegel formen, Eisen schmieden, aber mit Menschen darf man nicht ohne Liebe umgehen. Zwar kann man sich nicht zur Liebe zwingen, wie man sich zur Arbeit zwingen kann, aber daraus folgt nicht, daß man mit den Menschen ohne Liebe umgehen darf. Wenn du keine Liebe zu den Menschen empfindest, so halte dich fern. Beschäftige dich mit dir selbst oder mit irgendwelchen Sachen, aber nicht mit Menschen. *Tolstoj.*

•

Ei, bin ich denn darum 80 Jahre alt geworden, daß ich immer dasselbe denken soll? Ich strebe vielmehr, täglich etwas anderes, neues zu denken, um nicht langweilig zu werden. Man muß sich immerfort verändern, erneuern, verjüngen, um nicht zu verstocken.

Goethe.

•

Ich finde immer mehr, daß man es mit der Minorität, die stets die gescheitere ist, halten muß. *Goethe.*

•

Man darf nur alt werden, um milder zu werden; ich sehe keinen Fehler begehen, den ich nicht auch begangen hätte. *Goethe.*

Während des Monats August bitten wir alle für die Redaktion der „Glocke" bestimmten Manuskripte, Zuschriften und Anfragen an Herrn Redakteur Ernst Heilmann, Berlin SW, Lindenstraße 3, zu senden.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE PFORTE

ist der Titel einer **neuen Bücherei** des

DREILÄNDERVERLAGES

MÜNCHEN · Leopoldstraße 3.

Vorerst erscheinen:

Bd. 1: ANDREAS LATZKO. Der letzte Mann. Eine Novelle.

Bd. 2: OSKAR LOERKE. Goldbergwerk. Eine Novelle.

Bd. 3: ROBERT BRAUN. Gang in der Nacht. Mit Illustrationen von ELFRIEDE PLAICHINGER-COLTELLI.

Bd. 4: FRIEDRICH BURSCHELL. Ein Gespräch: Vom Charakter und der Seele.

Bd. 5: BERNHARD BERNSON. Die Befreiten. Schauspiel.

Bd. 6: OSKAR SCHÜRER. Kleine Lieder.

Preis des einzelnen Bandes Mark 1.50.

Zu beziehen durch
alle Buchhandlungen oder unmittelbar durch den Verlag.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Im gegenwärtigen Augenblick von aktueller Bedeutung!

PARVUS:

Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus

Preis kartoniert Mk. **3.—**, gebunden Mk. **4.50**

In diesem Neudruck seines Buches führt Parvus den Beweis, daß die Verstaatlichung der Banken nicht nur geeignet ist, das Wirtschaftsleben erheblich zu fördern, sondern auch zum mächtigen Hebel des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens zu werden.

Die erste Auflage war in kurzer Zeit vergriffen. Wir empfehlen rasch zu bestellen.

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 19 9. August 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Ernst Heilmann . . . . Die Weimarer Verfassung.

Arno Franke . . . . . „Enthüllungen".

Robert Albert . . . Eine Rednerschule für Arbeiter.

Hans von Kiesling: Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei.

Hugo Heinemann †

Glossen.

Nummer 18 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Arthur Heichen: Die zerstörte Illusion der Internationale

Müller-Brandenburg: Wie es zur Katastrophe kam.

W. Rein (Jena) . . Die Fabel vom weltlichen Staat.

Ernst von Harnack . . . . Sozialisten als Beamte.

Hadubert: Sozialismus und deutsche Volksräte im neuen Polen.

Friedr. Th. Körner . . Zur Frage des Presseattachés.

Glossen.

Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

DIE GLOCKE

19. Heft 9. August 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ERNST HEILMANN:

Die Weimarer Verfassung.

„DAS deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

In der Tat, das deutsche Volk hat sich selbst diese Verfassung gegeben, und es kann auf sein Werk stolz sein. Noch ist die Weimarer Verfassung ziemlich unbekannt. Die zweite und dritte Lesung in den Vollsitzungen der Nationalversammlung mußte überhastet werden, die mangelhafte Berichterstattung aus Weimar und die Raumnot der Zeitungen tat ein übriges. Der gedruckte Text der endgültigen Verfassung ist in diesem Augenblick noch nirgends aufzutreiben. Aber um die Mitte August wird die Verfassung in Kraft treten. Dann wird hoffentlich die Regierung dafür sorgen, daß jeder künftige Reichstagswähler einen Abdruck davon in die Hand bekommt, und wer ihn als Demokrat liest, wird seine Freude daran haben. Um für Deutschland in der Welt moralische Eroberungen zu machen, um uns vor der Internationale zu rechtfertigen, wird es schwerlich ein besseres Propagandamittel geben als die 173 Paragraphen dieser neuen Reichsverfassung.

Die Weimarer Verfassung zerfällt in zwei große Hauptteile. Der erste handelt von Aufbau und Aufgaben des Reiches, der zweite von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen. Der erste Hauptteil enthält das staatliche Recht, der zweite das Recht der Gesellschaft und der Einzelpersönlichkeit. In beiden Hauptteilen finden sich eine große Anzahl von Grundsätzen, die wert sind, zum dauernden geistigen Besitztum des ganzen deutschen Volkes zu werden.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

„Das Deutsche Reich ist eine Republik."

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

„Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts."

„Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes."

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volks. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden."

„Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt."

„Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung. Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindewahlen."

„Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

„Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden."

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Oeffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden."

„Die Freiheit der Person ist unverletzlich."

„Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich."

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht."

„Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet."

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

„Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen."

„Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet."

„Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Es besteht keine Staatskirche."

„Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil."

„Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren, und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und in den Fortbildungsschulen sind unentgeltlich."

„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend."

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern."

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste."

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches."

„Die geistige Arbeit, das Recht der Urheber, der Erfinder und der Künstler genießt den Schutz und die Fürsorge des Reichs."

Mag manches von diesen sittlichen Postulaten der Reichsverfassung noch nicht morgen verwirklicht sein, Wegrich-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tung und Ziel sind klar vorgezeichnet, und wenn das deutsche Volk den Wert der Freiheit zu schätzen weiß, wird es beides nicht verfehlen.

Was die *demokratische* Ausgestaltung der Verfassung anbetrifft, so beruht sie auf der freien Selbstregierung der Nation mit Hilfe des denkbar gerechtesten Wahlsystems. Die stark angefochtene Stellung des *Reichspräsidenten* ist allerdings gemäß dem Wunsche der bürgerlichen Parteien außerordentlich befestigt worden. Der Reichspräsident wird unmittelbar vom Volke mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Er führt sein Amt auf sieben Jahre, wofern ihn nicht eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages wegen Verletzung seiner Amtspflichten in Anklagezustand versetzt. Der Reichspräsident hat auch das Recht der Auflösung des Reichstages behalten, darf davon aber nur einmal aus dem gleichen Grunde Gebrauch machen. Er führt den Oberbefehl, ernennt die diplomatischen Vertreter und hat eine ganze Anzahl von Befugnissen, die ihm Einfluß auf den Lauf der Gesetzgebung und Verwaltung sichern. Das mag als ein kleiner Verstoß gegen das reine Prinzip der Demokratie angesehen werden. Aber angesichts der Tatsache, daß die junge Republik noch keineswegs von allen Bürgern anerkannt ist, daß sogar eine nicht geringe Anzahl öffentlich den Entschluß kundgegeben hat, so bald wie möglich das System des freien Volkswillens und der Selbstregierung mit Gewalt zu stürzen, sind auch außerordentliche Maßnahmen ohne weiteres berechtigt.

Als Ergänzung des Repräsentativsystems ist mit einer gewissen Vorsicht die *Volksabstimmung* vorgesehen. Mit größerer Freude hat die Nationalversammlung das Aufsichtsrecht des Reichstages gestärkt. Die Immunität der Reichstagsabgeordneten ist nunmehr lückenlos, ein ständiger Ausschuß des Reichsparlaments überwacht die auswärtige Politik, und auch für die Zeiten der Vertagung sind Parlamentsausschuß und Fortdauer der Rechte und Befugnisse des Reichstagspräsidenten vorgesehen. Ueber die Wirkung der Volksentscheide fehlt bisher jede Erfahrung, und so darf man die zurückhaltende Anwendung dieses Mittels der Selbstregierung nicht tadeln. Ein Gesetz zur Volksabstimmung zu bringen, vermag in jedem Falle der Reichspräsident, in den meisten Fällen ein Drittel des Reichstages und ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten oder ein Zehntel der Stimmberechtigten allein. Auch im Falle dauernder Nichtübereinstimmung zwischen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Reichsrat und Reichstag ist der Volksentscheid als Ausweg gegeben, aber in keinem Falle zwingend vorgeschrieben. Es ist in die Hand des Reichspräsidenten gelegt, ob er ihn anrufen will.

Offenbar will die künftige Entwicklung der Reichsverfassung dahin gehen, den Machtbereich des Reichspräsidenten einzuschränken und das Anwendungsgebiet des Volksentscheids zu erweitern. Aber eine Notwendigkeit, diese künftige Entwicklung schon jetzt vorweg zu nehmen, lag nicht vor, man konnte die Weiterbildung der Verfassung in diesem Punkte ruhig dem Zeitablauf überlassen.

Was die Frage der *Reichseinheit* angeht, so ist der restlose Unitarismus, den die entschiedensten deutschen Demokraten erstrebt haben, zwar nicht erreicht, aber doch in so weitem Umfange angenähert worden, daß er sich in naher Zukunft wohl verwirklichen muß. Zu allen seinen früheren Befugnissen, zu denen auch das Recht gehört, durch Reichsgesetz seine Zuständigkeit beliebig zu erweitern, hat das Reich hinzuerhalten: den Strafvollzug, die Vergesellschaftung und das Enteignungsrecht, den Bergbau, die Post einschließlich der Postwertzeichen, die Eisenbahnen, die Wasserstraßen, das Theater- und Lichtspielwesen. Das ganze Heerwesen und die diplomatische Vertretung sind ausschließlich und sofort Sache des Reiches geworden; auf diesen Gebieten gilt in Zukunft nur noch, was das Reich bestimmt — die Einzelstaaten haben das Recht der Gesetzgebung auch für diejenigen Zweige dieser Materie verloren, die noch nicht reichsrechtlich geregelt sind. Das Reich kann ferner Grundsätze aufstellen über das Schulwesen, das Beamtenrecht, das Bodenrecht und Ansiedlungswesen und die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften.

Infolge der hohen Steueransprüche, die das Reich in Zukunft an seine Bürger zu stellen gezwungen ist, sind augenblicklich die Bestrebungen im Gange, schon über den Rahmen der neuen Verfassung hinaus die Verwaltung der direkten Steuern in die Hände des Reiches zu legen. Mit dem Verluste der einzelstaatlichen Finanzverwaltung, der zugleich die Einbuße der wichtigsten selbständigen einzelstaatlichen Steuereinnahmen bedeutet, sinkt die Selbständigkeit und das Einzelleben der Länder, die man früher Einzelstaaten nannte, zu einem bloßen Schemen zusammen. Vom Föderativsystem

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bleibt nicht viel mehr übrig als die Frage, wann man den Mut finden wird, auch die äußere Hülle zu entfernen, unter der sich wenig mehr birgt; wann man den Mut finden wird, die leere Schlangenhaut aufzuheben, aus der das Tier längst herausgeschlüpft ist.

Gerade deshalb sind wir heute fester als je davon überzeugt, daß die Gegner der Aufteilung Preußens der Reichseinheit einen guten Dienst erwiesen haben. In dieser Frage ist es schließlich zu einer Verständigung gekommen, der auch die Regierung Preußens hat zustimmen können. Der entscheidende Artikel 18 hat endgültig folgende Fassung erhalten:

„Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Die Aenderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes.

Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt.

Zum Beschluß einer Gebietsänderung oder Neubildung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtrennung eines Teiles eines preußischen Regierungsbezirkes, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirkes handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebietes mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich."

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wichtiger indessen als diese Bestimmung ist die Einfügung der Vorschrift in die Uebergangs- und Schlußbestimmungen, daß der Artikel 18, soweit er die Abtrennung und Neubildung von Ländern betrifft, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft tritt.

Eine Verständigung ist schließlich auch zustandegekommen auf dem vielumkämpften Gebiet der Beziehungen von Schule und Kirche. Hier ist die Simultanschule als Regel anerkannt. Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne der erstrebten Einheitsschule, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten soll möglichst berücksichtigt werden. Im übrigen ist die ganze Frage einem künftigen Reichsgesetz zugeschoben worden.

Auf das gleiche Geleise, das aber sicherlich kein totes Geleise ist, wurden andere Streitfragen gebracht. So ist zum Beispiel der Wunsch nicht erfüllt worden, in der Reichsverfassung die Todesstrafe abzuschaffen. Wohl aber hat man die Reichsregierung aufgefordert, den Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs zu beschleunigen und darin die Beseitigung der Todesstrafe vorzusehen. Auch soll die Reichsregierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, nach dem in allen Fällen, in denen das Gesetz ausschließlich die Todesstrafe vorsieht, mildernde Umstände und wahlweise neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe zugelassen werden.

Am wenigsten befriedigend sind noch die Bestimmungen ausgefallen, welche in der Verfassung die allgemeinen Regeln für die *Sozialisierung* und die Gemeinwirtschaft vorwegnehmen. Auch der Artikel 162, der versprechensgemäß die Arbeiter- und Wirtschaftsräte verankert, wird noch einigen Einwendungen Raum geben müssen. Eine eingehende Prüfung dieser Bestimmungen mag vorbehalten bleiben. Für heute sei nur gerade auf diesem Gebiet ein Hinweis darauf gegeben, daß wir *mehr Doppelmandatare* haben müssen. In der dritten Lesung der Verfassung brachte die Deutsche Volkspartei den Antrag ein, daß bei Enteignungen dem Enteigneten der Rechtsweg offen bleiben muß, wofern nicht ein *Reichs*gesetz anderes bestimmt. Nun hatte gerade in den letzten Wochen der 15. Ausschuß der preußischen Landes-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

versammlung das Gesetz über die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke fertiggestellt und darin absichtlich den Rechtsweg ausgeschaltet, weil sonst die Gefahr bestand, daß für die bis zum Jahre 2000 reichenden Schöpfgerechtigkeiten der Aktiengesellschaft eine unverhältnismäßig hohe Entschädigung zugesprochen würde. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Ausschuß, Dr. Leidig, hatte dagegen einen erbitterten Kampf geführt. Auf sein Betreiben wurde in der Nationalversammlung der Antrag eingebracht, der die ganze in Preußen geleistete Arbeit an diesem ersten einzelstaatlichen Sozialisierungsgesetz zuschanden macht, und da unsere Weimaraner Fraktion über diesen Zusammenhang im Augenblick nicht unterrichtet war und das trügerische Spiel nicht aufdecken konnte, fand der Antrag der Deutschen Volkspartei Annahme.

Solche kleinen Schönheitsfehler dürfen uns indessen die Freude an dem großen Verfassungswerk nicht trüben. Was in Frankfurt mißlang, ist siebzig Jahre später in Weimar gelungen: das deutsche Volk hat sich aus eigenem Recht ein Staatsgrundgesetz gegeben, dessen Freiheitlichkeit noch in keinem anderen Staate der Welt erreicht ist, das als demokratische Musterleistung in der Welt für uns werben kann. Zugleich hat Deutschland wieder festen Boden unter den Füßen gewonnen. Das „Recht der Revolution", auf das sich die Putschisten und Expropriateure niederer Sorte zu berufen pflegten, um ihr gewalttätiges Vorgehen gegen die junge Demokratie zu entschuldigen, ist abgelöst durch ein neues gesetzliches Recht der ganzen Nation. Jetzt ist die politische Gewalttätigkeit unzweifelhaft wieder Hochverrat, ein Hochverrat aber jetzt nicht mehr gegen einen Obrigkeitsstaat, sondern gegen die Souveränität der deutschen Nation selbst. Die Deutschnationalen rechts und die Unabhängigen links haben gegen die neue Verfassung gestimmt. Wenn sie mit Gewalt dagegen anzurennen suchen, freveln sie an der Majestät des deutschen Volkes, das sie dann rücksichtslos zu Boden werfen muß. Denn dieses Grundgesetz der Demokratie in Deutschland ebnet die breite Straße, auf der wir vorwärts gehen können zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Und nur wer über die Demokratie zum Sozialismus vorangehen will, ist Sozial*demokrat*.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ARNO FRANKE:

„Enthüllungen."

ZWEI deutsche Diplomaten reisen von Hamburg nach Frankfurt. Sie führen, wie es bei Diplomaten zu gehen pflegt, eine Menge Schriftzeug mit sich, — wichtige Dokumente aus den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission, Protokolle über Abmachungen, sowie Formulare und den Stempel der Waffenstillstandskommission, Dinge also, von denen man nicht wünschen kann, daß sie in unberufene Hände kämen, weil diese unberufenen Hände mit solchem Zeugs allerhand anfangen könnten, was nicht zum Segen der deutschen Politik und der deutschen Allgemeinheit ausschlagen könnte. Zugegeben: es ist lästig, sich mit solchem Zeug herumzuschleppen. Es reist sich bequemer und mit leichterem Herzen, wenn man seine Handtasche mit den drei Reservehemdkragen ins Gepäcknetz schmeißen und sich selbst sodann in eine solid gebaute Schlafecke schmiegen kann. Die beiden mit den Dokumentenkoffern belasteten Diplomaten haben Glück. Sie treffen im Zuge ein paar Soldaten, die vor Ehrbarkeit und Biederkeit förmlich platzen. Denen vertrauen sie das unbequeme politische Gepäck an und können sich nun, aller Sorgen ledig, den Freuden der Reise hingeben, — je nach Neigung und Veranlagung. Aber das Glück wandelt sich ins Unglück. Die beiden Vaterlandsverteidiger, die draußen so vieles aus einer in eine andere Hand haben übergehen sehen, verschwinden mit dem politischen Gepäck.

Das ist arg. Das ist zu verurteilen. Das läuft vor allen Dingen jedem Begriff von Treu und Glauben zuwider und zudem einem bestimmten Paragraphen im deutschen Strafgesetzbuch, der von einer „fremden beweglichen Sache" allerhand Aufhebens macht und der auch nach der bevorstehenden Revision dieses Gesetzbuches eine wichtige Rolle zu spielen fortfahren wird. Aber die Koffer sind fort, und die verzweifelten Anstalten der beiden unglücklichen Diplomaten schaffen sie nicht wieder an Ort und Stelle. Mama Germania kann sich auf mancherlei verdrießliche Geschichten gefaßt machen.

Aber ist sie schließlich so stark zu bemitleiden? Die meiste Schuld trägt sie schließlich selber. Wie konnte sie nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte der deut-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schen Geschichte diese wichtigen Dinge von Leuten transportieren lassen, die sich der Diplomatie befleißigen? Hätte sie die Koffer dem Dienstmann Nummer soundsoviel am Hamburger Hauptbahnhof anvertraut, — der hätte sie ohne Zweifel heil und sicher nach Frankfurt und, wenn es verlangt worden wäre, auch noch viel weiter gebracht. Er hätte sie wohlbehalten und vollzählig am Bestimmungsort abgeliefert und hätte jedenfalls überlegen gelächelt, wenn man ihm dies als Zeichen besonderer Begabung oder Zuverlässigkeit hätte bescheinigen wollen.

Doch was helfen alle diese praktischen Erwägungen? Die Koffer sind fort und mit ihnen die Dokumente und der Waffenstillstandskommissionsstempel und die anderen Sachen alle. Es ist eine trübselige Geschichte. Aber keine Geschichte kann so trübselig sein, daß man aus ihr nichts lernen könnte. So lernen wir auch aus der Diplomatenkoffer-Angelegenheit, die wir übrigens der Fruktifizierung geschäftskundiger Kinoleute angelegentlich empfehlen, dreierlei:

Erstens: Wenn auf der verhältnismäßig kurzen Strecke Hamburg—Frankfurt unseren Diplomaten solche Dinge passieren, was mag ihnen dann draußen auf ihrem großen Weltbetätigungsfelde alles passiert sein?

Zweitens: Wir haben nicht den geringsten Anlaß, uns darüber zu wundern, daß die Welt in unsere Dokumente immer einen viel genaueren Einblick hatte als wir selbst, und daß das Ausland vor dem Kriege, während des Krieges und vielleicht auch nach dem Kriege noch über unsere politischen Angelegenheiten viel mehr wußte als die Deutschen vom ersten bis zum letzten.

Drittens: Wir haben allen Anlaß, durch *tatkräftige politische Arbeit den Mangel an Verantwortungsgefühl,* der die alte Beamten- und Diplomatenzunft charakterisierte, zu *beheben* und im weiteren alle jene Erscheinungen aus unserem öffentlichen politischen Leben und aus unserem Verwaltungskörper auszuscheiden, die in ihrer Gesamtheit das Deutsche Reich und das deutsche Volk in den Schlund des Unglücks hinabgeworfen haben, aus dem wir uns jetzt erst wieder emporarbeiten sollen.

* *
*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Es könnte nun auf den ersten Blick scheinen, als ob die *Deutsche Nationalversammlung* bei der Erreichung dieses notwendigen Zieles auf dem rechten Wege gewesen sei, als sie sich in mehreren langen *Redetagen* einen ganz bestimmten Ausschnitt aus der deutschen Kriegsgeschichte vornahm und ihn mit allen Schikanen „behandelte". Aber so erscheint es nur dem oberflächlichen Blicke. Wir Deutschen sind ein so armes Volk geworden, daß wir uns *nichts* leisten können, bei dem nicht die Frage nach der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit ohne Umschweife einwandfrei bejaht ist. Fragen wir aber nach dem Zwecke und dem Nutzen der „großen" Debatte in Weimar, so müssen wir schon sagen, daß es ein recht bescheidenes Gemüt sein müßte, das man von diesem Nutzen überzeugen könnte. Vielleicht wäre es indessen nicht ganz vergeblich, Leute zu suchen, die von der „Aussprache" einiges profitiert haben. Aber das sind nicht diejenigen, auf die Volk und Reich bei dem Werke des Aufbaues rechnen können. Die radikalen Ruinpolitiker haben sich in ihrer Presse mit wahrem Ungestüm auf die Rede des Reichsministers Erzberger gestürzt, und sie haben durch ungenaue und entsprechend gekürzte Wiedergabe der zu den Auseinandersetzungen gehörenden politischen Dokumente ein übriges getan, in den Augen ihrer fanatisierten Anhänger die Dinge besonders kraß erscheinen zu lassen. Haben wir nicht gesehen, daß die Unabhängigen die „Enthüllungen" wiederum mit der Frage der Bewilligung der Kriegskredite zusammengekoppelt und die Sache so dargestellt haben, als ob die sozialdemokratische Partei die Kredite bewilligt habe, trotzdem ihr bekannt gewesen sei, daß ein *„Friedensangebot" Englands* vorgelegen habe? Und wenn wir wissen, was die radikalen Parteien den Lesern ihrer Zeitungen und den Besuchern ihrer Versammlungen alles bieten dürfen, dann fängt man allmählich an, an der Heilsamkeit des Weimarer Jungbrunnens zu zweifeln.

Diese Lage der Dinge macht es zunächst zur Pflicht, eingehend zu untersuchen, was denn eigentlich das sachliche Ergebnis der Weimarer Debatte gewesen ist. Da ist die Hauptfrage: *Hat während der Dauer des Krieges jemals ein „Friedensangebot" Englands vorgelegen,* sind alle die aktenmäßigen Belege, die von Erzberger herangezogen worden sind, als eine Sache zu bewerten, die man auch nur mit einem Schein von Recht als ein „Friedensangebot" bezeichnen könnte?

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Diese Frage ist zu *verneinen.*

Unterm 30. August 1917 geht das Schreiben des Apostolischen Nuntius Pacelli bei der deutschen Regierung ein. Diesem Schreiben ist die *Antwort der englischen Regierung* beigefügt auf einen *Vermittlungsschritt des Papstes.* Das erscheint uns in erster Linie erwähnenswert, weil man aus der Rede des Reichsministers Erzberger den Eindruck haben konnte, es habe sich *um einen Friedensschritt aus eigener Initiative Englands* gehandelt. Es ist historisch und sachlich sehr ungenau und, sagen wir: sehr *optimistisch* dargestellt, wenn der Reichsminister Erzberger in seiner Rede vom 25. Juli (nach dem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung") von dem Schreiben des Nuntius sagt: „ein Schreiben, *in dem ein Angebot Englands vorlag . . .*" Hätte Erzberger der historischen Sachlage in seiner Rede adäquaten Ausdruck verleihen wollen, so hätte er Pacellis Brief so bezeichnen müssen: „ein Schreiben, das die *Antwort Englands auf einen Friedensschritt des Vatikans* enthält und das *Deutschland anheimgibt,* Angebote zu machen über seine Bereitwilligkeit, Entschädigungen zu leisten und Wiederherstellungen auszuführen . . ."

Und hier stoßen wir auf das *Wichtigste,* auf das *Entscheidende:* Englands Voraussetzung, daß sich Deutschland zu „Entschädigungen und Wiederherstellungen" bereit erklären solle, *bezog sich nicht nur auf Belgien, sondern auf das gesamte westliche Kriegsgebiet,* dessen Wiederherstellung dem deutschen Volke bekanntlich jetzt auferlegt worden ist. Das englische angebliche „Angebot" beginnt:

> „Wir haben *noch keine Gelegenheit gehabt,* unsere Verbündeten über die *Note Seiner Heiligkeit* zu befragen und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der *Vorschläge Seiner Heiligkeit* betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht *keine Wahrscheinlichkeit* dafür, diesem Ziele *näherzukommen,* so lange sich nicht *die Zentralmächte und ihre Verbündeten* in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, *zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen* sie bereit sind, *durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte . . .*"

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Und dann heißt es in der englischen Aeußerung weiter:

„*Selbst* hinsichtlich *Belgiens* — und in *diesem* Punkte haben die Zentralmächte *anerkannt*, im *Unrecht* zu sein — ist uns *niemals* eine *bestimmte Erklärung* über ihre Absicht bekannt geworden, die *völlige Unabhängigkeit* wieder herzustellen und die *Schäden wieder gutzumachen*, die sie es hatten erdulden lassen."

Wir haben nicht den geringsten Anlaß, an der Genauigkeit der Uebersetzung der vom Außenminister *Müller* verlesenen englischen Aeußerung zu zweifeln. Die Wendung „*Selbst* hinsichtlich Belgiens" beweist, daß vorher von *anderen Dingen* die Rede gewesen ist, und der weitere Umstand, daß *im Hinblick auf Belgien nochmals von einer Gutmachung der Schäden* die Rede ist, nachdem man bereits im ersten Teile von Entschädigungen und Wiedergutmachungen geredet hatte, zeigt in einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit, daß England von Deutschland verlangte, es solle *ähnliche Bedingungen* freiwillig auf sich nehmen, wie es sie jetzt gezwungenermaßen hat annehmen müssen. Dabei legt die englische Regierung ganz besonderen Wert darauf, zu betonen, daß sie es gar nicht eilig gehabt habe, über die Note des Papstes, auf die die englische Aeußerung die Antwort darstellt, die Verbündeten zu befragen. Aber damit nicht genug, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß „keine Wahrscheinlichkeit" dafür bestehe, daß man sich wegen des Friedens in irgendwelche Unkosten stürzen wolle. Vielleicht könne von einem Frieden die Rede sein, wenn Deutschland, wenn die Mittelmächte die geforderten und oben besprochenen Zugeständnisse machten.

Diese Zugeständnisse waren aber, wie wir ebenfalls gesehen haben, derart, daß sie gleichbedeutend gewesen wären mit einer Erklärung Deutschlands, es sei besiegt. Denn was wäre eine Bereiterklärung Deutschlands zu Wiederherstellungen in Frankreich und Entschädigungen sowie eine Darbietung von Garantien, eine „Wiederholung der Greuel", unter denen die Welt damals litt, zu vermeiden, anders gewesen, als *erstens* das Eingeständnis, alle die Greuel und Schäden seien ausschließlich durch Deutschlands Schuld hervorgerufen, das heißt es trage die alleinige Schuld am Kriege, und *zweitens* das Eingeständnis des Besiegtseins.

Wie lagen nun denn aber die Dinge damals? Gewiß, Oesterreich wackelte, es wackelte wirtschaftlich und mili-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tärisch. Aber war denn damals nicht auch der Zeitpunkt abzusehen, an dem *Rußland* aus der Reihe der kämpfenden Ententeländer *ausscheiden* würde?

Konnte die Entente mit einem Schimmer von Wahrscheinlichkeit rechnen, daß Deutschland bei der damaligen Kriegslage die gestellten *ungeheuerlichen* Zumutungen erfüllen würde?

Jedenfalls sieht man, daß wir uns sehr vorsichtig, sehr maßvoll ausgedrückt haben, wenn wir die Erklärung Erzbergers in seiner Rede vom 25. Juli, es habe ein „Friedensangebot" Englands vorgelegen, für reichlich *optimistisch* erklärten. Ganz erstaunlich ist es auch, daß Erzberger in seiner Rede nur immer von *Belgien* spricht. Gewiß, über Belgien hätte sich reden lassen, aber Belgien wird in der englischen Antwort an den Papst nur *nebenbei* behandelt. („*Selbst* hinsichtlich Belgiens . . .") Belgien wird erst erwähnt, nachdem man die oben erwähnten starken Zumutungen gestellt hat.

* *
*

Geht es nach allen diesen Tatsachen unter keinen Umständen an, von einem „Friedensangebot" Englands zu reden, so ist damit nicht gesagt, daß die Behandlung, die die Regierung *Michaelis* der Sache hat angedeihen lassen, besonders glücklich oder auch nur annehmbar sei. Michaelis zeigte sich, wie in allen Dingen, mit denen er sich bemengte, auch hier von allen guten Geistern verlassen. Zunächst ließ er annähernd drei Wochen vergehen, ehe er überhaupt antwortete. Dann lag eine hervorragende Ungeschicklichkeit darin, *über Belgien keine bündige Erklärung abzugeben.* Hier mußte Farbe bekannt werden, und dies um so mehr, als gleich nach dem Ausbruch des Krieges der Reichskanzler Bethmann Hollweg eindeutig erklärt hatte, der Einfall nach Belgien sei *von der Not des Ueberfallenen diktiert gewesen,* und man werde *diesen Schritt der Not in jeder Weise wieder gutmachen.* Diese Erklärung seines Amtsvorgängers desavouiert Michaelis, und er *macht es dadurch der Entente besonders leicht,* über die vom Papste eingeleitete Friedensaktion hinwegzukommen.

Aber kann man von „Enthüllungen" sprechen, wenn von der vollendeten Unfähigkeit der damaligen Regierung und

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der Diplomaten die Rede ist? Darüber waren wir bereits zu der Zeit im Bilde, als diese Dinge spielten. Wer etwa der Ansicht sein oder gewesen sein sollte, daß unsere Regierung und unsere Diplomaten den Krieg gewinnen würden, für den mögen die Weimarer Debatten etwas „enthüllt“ haben, für jeden anderen stellt sich die verflossene Aussprache nur als ein Spektakel über längst bekannte Dinge dar.

Wir sprachen im Zusammenhang mit der damaligen Kriegslage von dem *Zusammenbruch Rußlands*. Hier scheint uns noch immer die *Entscheidung des Krieges* zu liegen. Was nach diesem militärischen Zusammenbruch Rußlands geschehen ist, qualifiziert sich als eine vollständige Verkennung der damaligen Kriegslage durch die deutsche Regierung, die deutsche Diplomatie und die deutsche Heerführung. Damals hätten wir es vielleicht noch in der Hand gehabt, zu einem Gesamtfrieden zu kommen, der uns mit einem blauen Auge hätte aus der Affäre hervorgehen lassen. Dieser Punkt wird in der späteren Geschichtsschreibung in dem Kapitel von den verpaßten Möglichkeiten und von den verlorenen Koffern, das bestimmt das umfangreichste Kapitel in der ganzen deutschen Geschichte dieses Weltkrieges werden wird, wahrscheinlich die größte Rolle spielen.

Damit ist auch das Vorgehen des Reichsministers Erzberger und der Nationalversammlung charakterisiert, über *eine Episode* tagelang zu reden. Zweifellos wird einmal der ganze mit unserem Zusammenbruch in Verbindung stehende Erscheinungskomplex behandelt werden müssen. Aber das kann nicht heute und morgen geschehen. *Heute* haben wir dazu keine Zeit, weil darüber andere und für *den Augenblick wichtigere Dinge in den Hintergrund treten* und weil wir, wie die Dinge heute liegen, mit solchen Aktionen dem *äußeren* und *inneren* Feinde *Waffen in die Hand geben*. Ob dies das Gebot dieser kritischen Zeiten ist, — das sehr entschieden zu bezweifeln möchten wir uns die Freiheit nehmen. Der Reichsminister Erzberger mag nicht ohne Fähigkeiten sein, ob sich diese Fähigkeiten aber gerade *in der Richtung der historischen Würdigung ganz bestimmter Situationen bewegen*, diese Frage muß nach seiner „großen“ Rede *verneint* werden. Zudem war der Anlaß, die Rede des Deutschnationalen *Gräfe*, gar nicht danach angetan, die Erzbergersche Munitionsverschwendung zu rechtfertigen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wie liegen denn hier die Dinge? Uns scheint, daß Herr Erzberger in der Abschätzung der Gefahren, die der neuen deutschen Republik im Innern drohen, *rechter Hand und linker Hand vertauscht*. Und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, dann ist es ein sonderbares Verfahren, in dem Augenblicke, wo man den *rechtsstehenden* Gegner bekämpft, dem *linksstehenden* neue Waffen zu liefern, damit dieser bei der nächsten Gelegenheit mit um so größerem Glück vom Leder ziehen kann!

ROBERT ALBERT.

Eine Rednerschule für Arbeiter.

IN der Arbeiterbewegung sind erhebliche Lücken auszufüllen. Fast alle rednerischen Kräfte der Partei und der Gewerkschaften sind in Staatsämter und andere verantwortungsvolle Stellen berufen worden, und es fehlt an Nachwuchs. Rednerisch geschulte Kräfte aber sind die erste Vorbedingung für die Ausbreitung der Ideen, die die Arbeiterbewegung erfüllen.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, errichtete ich mit den Mitteln, die mir der leider kurz darauf ermordete Kriegsminister Neuring zur Verfügung gestellt, Ende April 1919 eine Rednerschule. Ihre Aufgabe umgrenzte ich absichtlich ziemlich eng, denn wenig bietet, wer zuviel verspricht. Meine Absicht war (und ist), die rednerischen Fähigkeiten der Arbeiter und damit gleichzeitig die Klarheit ihrer Ausdrucksweise zu fördern, um so der Agitation neue Kräfte zuzuführen. Was ich nach meiner Rückkehr aus dem Felde an Reden in Versammlungen hörte, ließ mich die dringende Notwendigkeit erkennen, redefähige Kräfte aus den Kreisen der bildungshungrigen und wissensdurstigen Arbeiter heranzubilden, die es verstehen, fremde Gedanken in gefälliger Form wiederzugeben, eigene in klarer, bündiger Weise vor Freunden und Gegnern zu vertreten. Wer die große Masse des Volkes zur Anteilnahme an der Kultur, an Wissenschaft, Kunst und Literatur gewinnen will, muß das auch als Autodidakt in einer Form tun, die alle häßlichen Rednergewohnheiten, nachlässiges Sprechen, lange Perioden, unklare Schachtelsätze, falsche Konstruktionen usw. abgestreift hat. Der muß nicht nur richtig und gut, sondern auch dialektfrei,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

muß in gewissem Sinne schön sprechen, um die beabsichtigte Wirkung auf die Zuhörer zu erzielen. Wer seine Ueberzeugung auch mit der Waffe des gesprochenen Wortes vertreten will, muß sich deutlich ausdrücken und klar erkennen lassen, was er will.

Es zeigte sich sehr bald, daß die Zahl derer in Arbeiterkreisen, die mit Famulus Wagner wünschen: „In dieser Kunst möcht' ich was profitieren, denn heutzutage wirkt das viel" sehr groß ist. Ohne daß ich eine öffentliche Aufforderung erlassen, meldeten sich so viele, daß manche zurückgewiesen werden mußten. Mehr als 15 hielt ich für einen Kursus aus pädagogischen Gründen nicht für zweckmäßig, da aber 40 unbedingt auf Teilnahme bestanden, mußte ich von vornherein den Kursus teilen, so daß mir die Last von wöchentlich 8 Unterrichtsstunden zufiel. Diese, sowie die dazu erforderlichen 10 bis 20 Vorbereitungsstunden absorbierten zwar meine gesamte freie Zeit, allein die deutlich erkennbare große Lust der Teilnehmer, ihr Eifer, ihre Pünktlichkeit und ihre heißhungrige Anteilnahme an dem Lehrstoff ließ mich das verschmerzen. Es waren Arbeiter aus allen Berufskreisen, darunter mehrere, die bereits seit langer Zeit aktiv in der Agitation tätig waren und ferner eine ganze Anzahl Funktionäre in hohen, verantwortungsvollen Stellen, Regierungsbeauftragte, Ministerialbeamte u. a. m.

Schon in den ersten Stunden zeigte sichs, daß das Faustwort: „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor" nur sehr bedingt richtig ist. Unsere bisherige Volksschule hat ganz unerhört an uns gesündigt! Viele konnten weder richtig sprechen, noch überhaupt leidlich vorlesen. Und alle waren sich dessen bewußt und litten darunter. Herrliche Schätze unseres kostbarsten Gutes, unserer Muttersprache, waren ihnen ein Buch mit sieben Siegeln. Wer diese Stunden miterlebte, begriff, wie wir zu diesen entsetzlichen Zeiten kommen konnten, in denen wir augenblicklich leben, Zeiten, da Arbeiter gegen Arbeiter rasen, da der Streikwahnsinn durch die Lande tobt und Putsche und Plünderungen die Revolution besudeln: Es ist die mangelhafte Bildung weitester Volkskreise, die das bisherige Regime verschuldet.

Von dem Gedanken ausgehend, daß lautes Lesen und Vorlesen die Grundlage der Kunst des Vortrags sind, begannen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wir mit dem Lesen von Poesie, um die Phantasie, und von Prosa, um den Verstand zu bilden und die Aussprache zu bessern. Versprechen ist bekanntlich auch ein gutes Mittel, Dialektangewohnheiten abzulegen, was bekanntlich in Sachsen notwendig ist, wo a und o, g und ch, b und p, d und t und viele andere Vokale und Konsonanten ständig verwechselt werden. Auch wer, wie ich, für die Pflege der Mundarten eintritt, muß den Dialekt für die öffentliche Rede streng verwerfen. — Deutlich war zu beobachten, daß diese Uebungen zur Harmonie aller Fähigkeiten bei den einzelnen anregten. Die Deutlichkeit des Sprechens nahm schnell zu und das Lessingwort: „Die größte Deutlichkeit war mir immer auch die größte Schönheit“ ward eifrig respektiert.

Aber es galt nicht nur, deutlicher sprechen zu lernen, es galt, das Reden zu lehren und zu üben. Die Kunst der Rede hat dem, der sie meistert, stets Macht über die Menschen gegeben. Diese Macht aber muß ausüben, wer andere zu seiner Ueberzeugung gewinnen, wer gegen Gegner seine Ueberzeugung verteidigen will. Ich riet den Teilnehmern, stets zu bedenken, wie wohl ihr eigenes Sprechen auf sie wirken würde, wenn sie ihre Zuhörer wären. Das war für sie ein steter Ansporn, alsbald auf ihre eigenen Fehler selber zu achten und schon nach weniger Stunden hatten sie bewußt acht auf die Form, auf Satz, Wort, Ton und Gebärde beim Sprechen. Ich unterließ absichtlich, sie diskutieren zu lassen, weil dabei erfahrungsgemäß die alten Formen beliebt werden, weil da jeder an seinen alten Angewohnheiten und Fehlern kleben bleibt. Um dies zu erkennen, ließ ich die Teilnehmer wissen, daß auch die Kunst des Zuhörens gelernt sein will; indem dann einer den anderen kritisierte, lernte jeder, sich seiner Fehler bewußt zu werden. Und das war stets der erste Schritt, sie zu beseitigen. Gegen Monotonie des Sprechens beim Vorlesen war das Lesen eines Dramas mit verteilten Rollen ein wirksames Mittel, das den Teilnehmern die Kunst der Charakterisierung nahe brachte und ihnen Gelegenheit gab, auf Tonfall, Klangfarbe und Abstufung in der Rede zu achten. Und je mehr der einzelne lernte, ward er erfüllt von dem Wunsche Famulus Wagners: „Zwar weiß ich viel, doch möcht' ich alles wissen“.

Ohne Wissen wird kein Redner. Und auch ohne Wahrhaftigkeit nicht. Beides nahm in unseren Stunden einen breiten

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Raum ein, und es wurden die Schüler namentlich ermahnt, die Wahrhaftigkeit stets die conditio sine qua non sein zu lassen, besonders dem Gegner gegenüber, dessen Bestrebungen nie um billiger rednerischer Erfolge willen falsch dargestellt werden dürften. Es wurde demgemäß andauernd ermahnt, viel zu lesen, eifrig gute Vorträge sich anzuhören, Klassikervorstellungen sich anzusehen u. a. m. Gemeinsam besuchten wir auch eine Sitzung der Volkskammer, um an den dort gehaltenen Reden zu lernen, um anschaulich zu zeigen, wie man es nicht machen darf, wenn man durch die Macht der Rede den Tatwillen der Zuhörer wecken will. Gerade dieser Anschauungsunterricht zeitigte greifbare Erfolge. Und die Lust zu Wiederholungen. Es zeigte sich, daß die natürliche Rede noch immer die wirkungsvollste ist. Das „Rede, wie dir der Schnabel gewachsen ist" ist viel mehr als eine bloße Phrase. Hatten doch auch die Reden der Bettelmönche des Mittelalters, hatten doch auch Luthers Reden nur deshalb eine so große Wirkung, weil sie volkstümlich im besten Sinne des Wortes waren. Wie sie die Kreuzzüge hervorriefen, wollen wir ja heute, da die Gewalt beseitigt ist, mit der geistigen Waffe des gesprochenen Wortes auf die Massen wirken und sie zur Anteilnahme an der Kultur veranlassen.

Das bloße Aneinanderreihen von Sätzen wäre sehr schnell zu erlernen gewesen. Allein man erkannte sehr bald, daß das noch nicht den Redner ausmacht. Durch audauernde Uebungen erfuhr man, daß, wenn nicht die äußere Sprechfertigkeit von innen heraus, der Seele, dem Gefühl entstammt, wenn ihr nicht Phantasie entgegenkommt, man nie die Herzen der Zuhörer begeistern oder ihren Verstand interessieren kann. An praktischen Uebungen ward gezeigt, daß, wer mit guter Sprache, aber gefühlstot oder seelenlos etwas vorträgt, weit weniger Eindruck hinterläßt als ein anderer, der mit schlechter Sprache aber heißem Gefühl in dem Vortrag seine eigene Seele offenbart. Namentlich bei Dichtungen ward das auch dem Letzten offenbar: Die Gefühle, die der Dichter hineingelegt hat, müssen den Vortragenden selber derart ergreifen, daß er von der Dichtung und seiner eigenen Sprache hingerissen ist, daß er sichtbar während des Vortrages erlebt, was der Dichter schöpferisch erfunden hat. Getreu dem Eichendorffschen Worte: „Viel Wunderkraft ist in dem Worte, das hell aus reinem Herzen bricht".

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die letzten Stunden der ersten Kurse, die soeben zu Ende gehen, beschäftigten sich mit den Regeln über Aufbau und Ausarbeitung der Rede, über Beseitigung oder Ueberwindung des Lampenfiebers für Anfänger, enthielten die Mahnung, Beklemmungen nie durch Alkohol bekämpfen zu wollen, und zeigten durch Schilderungen bedeutender Redner, worauf es auch äußerlich beim Vortrag ankommt. An einigen sehr nachlässigen Reden in der Volkskammersitzung war den Teilnehmern Schopenhauers Wort offenbar geworden: „Wer nachlässig schreibt, legt dadurch zunächst das Bekenntnis ab, daß er selbst seinen Gedanken keinen großen Wert beilegt". Das gilt bekanntlich auch in gleichem Maße vom Reden, vom Sprechen überhaupt.

Die Sünden unserer bisherigen Volksschule hindern selbst die begabtesten unter den Arbeitern am Aufstieg. Aber gerade in diesen Unterrichtsstunden war deutlich zu erkennen, daß Fleiß mächtiger ist als Begabung. Hat doch sogar ein Demosthenes als ehemaliger Stotterer es zur höchsten Kunst der Meisterrede gebracht — durch Fleiß und Ausdauer. Nur muß man darauf achten, daß man des Guten nicht zuviel tut. Ein unterernährter Magen verträgt nicht gleich alles. Und wie der Mensch nicht lebt von dem, was er ißt, sondern was er verdaut, so bildet er sich auch nicht von dem, was er liest oder was man in ihn hineinpaukt, sondern von dem, was er verarbeitet, was er sich zum geistigen Eigentum macht. Deshalb zeigt sich auch in solchen Kursen in der Beschränkung erst der Meister. Das ganze Geheimnis liegt in der Ausdauer, in der andauernden Uebung des lauten und deutlichen Sprechens, des fleißigen Aneignens von Wissen und Kenntnissen. „Nur dem Ernst, den keine Mühe bleichet, rauscht der Wahrheit tiefversteckter Born!" Dies Schillerwort ward allen Schülern zum Motto.

Die Arbeiterbewegung bringt immer mehr Elemente hervor, die geistig vorwärts drängen, die sich nicht damit begnügen, materielle Vorteile zu erreichen, sondern die auch geistig frei sein wollen. Wer sie fördert, fördert die Kulturbewegung überhaupt und reinigt unsere Zeit von den Schlacken, die ihr dank der Unwissenheit weitester Kreise noch anhaften.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

HANS VON KIESLING:

Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei.

Bittere Erinnerungen.

DIE Niederlage der deutsch-türkischen Armee in Palästina vom September 1918 bildete den düsteren Auftakt zur Katastrophe, in der der Weltkrieg für die Mittelmächte endete. Auf das Unglück in Vorderasien folgte der Abfall Bulgariens, der Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns, der lähmende deutsche Waffenstillstand, der Rückzug des geschlagenen deutschen Heeres, die Auflösung der politisch zersetzten deutschen Wehrmacht.

Noch liegen heute die Versäumnisse der deutschen Militärpolitik, soweit die großen Operationen, besonders die Ereignisse im Westen, in Frage kommen, im Schatten. Aber im Orient, wo der einsichtige Soldat längst das Ende mit Schrecken voraussah, liegen die Fehler klar und deutlich zutage. Nicht weil er unabwendbar war, trat dort unten der Zusammenbruch ein, sondern weil niemand die Verhältnisse sehen wollte, wie sie wirklich waren, niemand auf Rat und Warnung der Kenner des Landes, des Volkes und der im vorderasiatischen Kriegsschauplatz ruhenden Schwierigkeiten hören wollte, weil nirgends so sehr wie dort mit verblendetem Eigensinn, mit sträflichem Dilettantismus an Aufgaben herangetreten wurde, deren Lösung das gründlichste Studium, die sorgsamste Vorbereitung, diplomatisches Geschick und militärische Folgerichtigkeit verlangte.

Nicht die Minderwertigkeit der türkischen Wehrverfassung, nicht die Unlust, mit der die Masse der türkischen Bevölkerung in den Krieg ging, nicht die Fehler der türkischen Heeresleitung, der türkischen Organisation haben die Katastrophe bedingt, ein sehr großer Teil der Schuld an dem trüben Ausgang, den alle deutschen Unternehmungen im Orient nahmen, liegt bei der Leichtfertigkeit der deutschen Militärpolitik, liegt bei den großen Fehlern, die den maßgebenden deutschen Behörden auf Schritt und Tritt unterliefen. Sie sind es, die das Unglück vorbereiteten und herbeiführten, das mit dem Falle Bagdads im Frühjahre 1917 begann und mit dem englischen Durchbruch von Nablus-Nazareth im Herbst 1918 die Koalition der Mittelmächte unaufhaltsam in den gähnenden Abgrund riß.

Das türkische Volk ist zweifellos einmal ein kriegerisches Volk gewesen und besitzt heute noch gute militärische Eigenschaften. Seit Jahrhunderten stellt Anatolien das Soldatenmaterial für die Kriege Konstantinopels, seit dem Tage, an dem Ertogrul, der Ahnherr der osmanischen Sultane, das Seldschukenreich von Konia

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

stürzte, blutet der Türke an den Grenzen des weiten Reiches für die Aufrechterhaltung der Herrschaft seines Großherrn.

Der Anatolier ist arbeitsam, ehrlich und anständig, ein kräftiger Landarbeiter, der als Mensch weit über den Arabern, Griechen und Armeniern steht, die wirtschaftlich die Türkei aussogen und beherrschten.

Die militärischen Eigenschaften des Anatoliers sind in seiner großen physischen und moralischen Widerstandsfähigkeit begründet. Er ist bescheiden, hart gegen sich und militärisch bildungsfähig. Er ist tapfer, vor allem, wo es sich um Ortsbesitz und passives Aushalten in einer Stellung handelt.

Trotz des guten Materials, über das die Türkei im Anatolier verfügt, ist sie mit im allgemeinen schlecht ausgebildeter Truppe in den Krieg getreten. Das Friedenskontingent war äußerlich nach deutschem Reglement gedrillt, der Mann konnte Griffe machen, er konnte geschlossen marschieren, auch die Bildung der Schützenlinie war ihm geläufig. Sonst aber konnte er nichts.

Seit Jahrzehnten arbeiten in der Türkei deutsche Militärmissionen. Sie haben nichts weiter erreicht, als daß den Truppenteilen ein gewisser äußerlicher Schliff anhaftete, daß in Konstantinopel Generalstabsakademien und Reitschulen entstanden; ihre Einwirkung auf die Weiterbildung des Truppenoffizierkorps, das das Skelett, den Halt einer Armee bildet, war mehr als gering. Es war ihnen nicht gelungen, in der Türkei ein Offizierkorps in unserem Sinne zu schaffen. Sie begnügten sich mit der Weiterbildung einer Anzahl, den Durchschnitt überragender Offiziere zu Generalstabsoffizieren, ohne sich viel um die Truppe und ihr Offizierkorps zu kümmern. Nur zum Teil kann dieser Mißerfolg der deutschen militärischen Friedensarbeit in der Türkei den unüberwindlichen Schwierigkeiten des fremden Landes, dem Widerstande maßgebender Personen und Behörden zugeschrieben werden. Zum großen Teil lag er an der Unfähigkeit, an der Bequemlichkeit, an dem diplomatischen Ungeschick vieler der von Deutschland nach dem Orient entsandten Personen.

Während des Krieges befanden sich viele alte ehemalige Unteroffiziere in den Offizierschargen der türkischen Armee. Sie konnten kaum schreiben und entbehrten infolge mangelnden Könnens, infolge des Fehlens aller Führereigenschaften jeder Autorität. So waren sie nicht imstande, den Rekruten die notdürftigste Ausbildung zuteil werden zu lassen, noch viel weniger aber, Truppeneinheiten im Kampfe zu führen.

Der Rest des Offizierkorps bestand großenteils aus Leuten, die zwar eine etwas bessere Allgemeinbildung genossen, aber nie den militärischen Bildungsgrad erreicht hatten, den in Deutschland der unterste Subalternoffizier besitzen mußte.

Zwischen Offizier und Mannschaft klaffte ein tiefer Spalt. Der Offizier war der Herr, der Mann der Sklave. Nur wenige türkische

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Vorgesetzte hatten ein Herz für ihre Untergebenen, nur selten kümmerte sich einer um das Wohlergehen des Soldaten, um seine Verpflegung und Löhnung. Es war nicht selten, daß der Offizier Summen für sich behielt, die für die Mannschaft bestimmt waren. Andererseits waren die Gebühren der Offiziere so kärglich, daß sie davon keinesfalls leben konnten.

Trotzdem herrschte eine auf dem militärischen Unterordnungsgefühl des Anatoliers beruhende relativ gute Disziplin auch in den neu aufgestellten Truppenteilen.

Besonders nachteilig machte sich während des ganzen Krieges der Umstand geltend, daß es den deutschen Instrukteuren nicht gelungen war, eine ausreichende Zahl von Bataillons-, Abteilungs-, und Regimentsführern heranzubilden, obgleich der militärische Geist, der im türkischen Volk steckt, der Lerneifer und die Bildungsfähigkeit des türkischen Offiziers ihnen diese Aufgabe wesentlich erleichtert hätte. Ich habe in Mesopotamien und Palästina die verschiedensten türkischen Divisionen ziemlich genau kennen gelernt, alte aktive Divisionen und Neuformationen. Aber nur wenige Offiziere, ich nehme die höchsten nicht aus, hatten eine Ahnung von moderner Ausbildung der drei Waffen, von der Art des modernen Angriffs, von Vorposten-, von Patrouillendienst, von der Art des Grabenkampfes, von der Taktik der Verteidigung, von Stellungsbau, Handgranate, Minenwerfer und Grabengeschütz, vom Zusammenwirken von Infanterie und Artillerie, räumlicher und zeitlicher Zusammenfassung der Artillerie zu stärkster Wirkung, von Trommelfeuer, Feuerwalze usw. Auch viele Generalstabsoffiziere standen diesen Dingen trotz der unter deutscher Leitung in Konstantinopel arbeitenden Generalstabsakademie ziemlich ahnungslos gegenüber. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Allerdings mußten auch hohe deutsche Offiziere viele von diesen Dingen erst lernen, als der Zwang des Krieges und die Ueberlegenheit des Gegners ihnen zur Erkenntnis verhalf, daß man auch im Lager unserer Feinde während des Friedens nicht müßig geblieben war.

Offiziers- und Mannschaftsmaterial der Türkei war aber, militärisch gesprochen, durchaus bildungsfähig. Wenn ein deutscher Kommandeur eine türkische Division mehrere Wochen in der Hand hatte und sich der Ausbildung von Offizier und Mannschaft durch Uebungen aller Art theoretisch und praktisch widmen konnte, verfügte er in absehbarer Zeit über ein brauchbares Kriegsinstrument. Sich selbst durfte er dabei allerdings nicht schonen.

Die meisten deutschen Offiziere, die während des Krieges in der Türkei Dienst taten, waren in Generalstabs- oder sonstigen Stabsstellungen verwendet. Da konnte ihr Nutzen aber immer nur ein relativ beschränkter sein. Der deutsche Generalstabschef oder Generalstabsoffizier stand mitten drin in einem Stabe, dessen ganzer Arbeitsmechanismus ihm unbekannt war, dessen Sprache er nicht

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

verstand und rieb sich in nutzlosem Kampfe mit unüberwindlichen Schwierigkeiten auf. Er war der Schrift unkundig, war beim Fehlen jeden Beurteilungsmaßstabes meist außerstande, die Leistungen seiner türkischen Organe richtig abzuschätzen und sie dementsprechend richtig zu verwenden. Mit seinen Kommandeuren mußte er sich deutsch oder französisch, also in einer Sprache, die diesen nur in den seltensten Fällen ganz geläufig war, verständigen. Vielfach bedürfte er zu Verhandlungen mit seinem Kommandeur, dessen erster Berater er war, des Dolmetschs. Irrtümer, Mißverständnisse, Reibungen schwerster Art mußten die Folgen sein.

Es lag nahe, daß er über wichtige Vorgänge nicht orientiert war, da ihm der Ein- und Auslauf des ganzen Stabes unverständlich blieb. Es war nur natürlich, daß der türkische Kommandeur über seinen Kopf weg mit den türkischen Generalstabsoffizieren verkehrte und Anordnungen traf, was wiederum schwere Verstimmungen erzeugte. Er hatte keine Möglichkeit, sich zu vergewissern, ob die hinausgehenden türkischen Befehle seinen Ratschlägen entsprachen, sowie ob diese von seinen Organen richtig verstanden waren.

Der ganze Dienstverkehr war auf der Unterstützung durch untergeordnete Dolmetscher aufgebaut. In den besten Fällen waren dies junge des Deutschen oder Französischen mächtige Offiziere, denen eine höhere militärische Bildung fehlte, und die nur in Ausnahmefällen imstande waren, militärischen Gedanken höheren Flugs zu folgen.

Aus diesen Gründen sind die meisten deutschen Generalstabsoffiziere in leitenden Stellungen des türkischen Heeres gescheitert.

Nur wo in die Hand deutscher Kommandeure Ausbildung der Truppe und die Führung größerer Einheiten gelegt wurde, nur in Stellungen, wo der deutsche Offizier über das durchschlagende Mittel der Kommandogewalt verfügte, konnte von ihm wirklich Ersprießliches geleistet werden — vorausgesetzt, daß er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Lösung der schwierigen Aufgabe einsetzte und diplomatisches Geschick genug besaß, die osmanische Empfindlichkeit zu schonen und auf die Eigentümlichkeiten fremden Volkstums gebührende Rücksicht zu nehmen.

Als ein gewaltiger Fehler, den die deutsche Militärpolitik in der Türkei begangen hat, muß es bezeichnet werden, daß sie ihre dorthin abkommandierten Offiziere ranglich nicht so gestellt hat, daß sie für die entscheidenden Führerposten, Korps- und Armeeführer, in Frage gekommen wären. Nur so wäre es möglich gewesen, deutschen Anschauungen in bezug auf Truppenführung und -ausbildung auf breiterer Basis Geltung zu verschaffen und auch die Verantwortung für die operative Leitung zu übernehmen. So haben es auch die ältesten deutschen Generalstabsoffiziere nie über die Führung von Divisionen hinaus gebracht und standen hierbei stets unter viel jüngeren Korps- und Armeeführern, die der Mehrzahl

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nach das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Wertvolle Fähigkeiten konnten infolgedessen nicht zur Entfaltung kommen.

Die eben geschilderten Verhältnisse brachten eine große Schwerfälligkeit der türkischen Armee mit sich. Die wenig ausgebildete Truppe war für den Bewegungskrieg unbrauchbar; Angriffsoperationen, Gegenstöße, Stoßtruppunternehmungen waren ebenso ausgeschlossen, wie operative und taktische Rückzüge unter Einwirkung des Feindes. Man konnte von dem türkischen Soldaten nicht mehr verlangen, als daß er, in eine Stellung hineingesteckt, dort aushielt.

Viele an leitender Stelle in der Türkei verwandte deutsche Offiziere hatten keine Kenntnis von diesen Eigenschaften der türkischen Truppe und arbeiteten, ohne darauf die geringste Rücksicht zu nehmen. Vielfach gaben sie sich auch gar nicht die Mühe, die Truppe, an deren Führung sie Anteil nahmen, vorher genau kennenzulernen. Um Erfolg zu haben, mußte man aber unbedingt wissen, was man von einer türkischen Truppe verlangen darf, und mußte Erfahrung darin haben, wie man relative Höchstleistungen mit ihr erzielen kann. Darin lag die Größe des Marschalls Liman von Sanders. Er bewegte sich stets in der vordersten Linie, jedermann kannte ihn; er unterwies Divisions- und Regimentskommandeure persönlich in den einfachsten Dingen und erzielte so bei ihnen ein gewisses taktisches Verständnis. Diese Art allein ermöglichte es ihm, als er nach der Aera Falkenhayn das Kommando übernahm, das durch die gemachten Fehler völlig demoralisierte Heer wieder einigermaßen in die Hand zu bekommen und mit ihm fast ein Jahr lang auf aussichtslosem Posten auszuharren.

Die Ernennung des Marschalls *Falkenhayn* zum Oberkommandierenden für Mesopotamien und Syrien, die Bildung eines reindeutschen Kommandostabes im Frühjahr 1917 unter diesem halte ich für einen der größten Mißgriffe, die die deutsche Militärpolitik im Orient begangen hat. Ich will gar nicht davon sprechen, daß man sich dadurch einen der einflußreichsten türkischen Politiker, den Gouverneur und Oberkommandierenden in Syrien, Dschemal Pascha, endgültig entfremdet hat. Man übernahm dadurch politisch und militärisch die Verantwortung für eine Situation und für Verhältnisse, die zur Entscheidung im ungünstigen Sinne drängten. Man tat dies, ohne dafür zu sorgen, daß dem deutschen Oberkommandierenden auch die Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die ihn allein in den Stand setzten, entscheidenden Einfluß auf die Operationen zu gewinnen. Die Unkenntnis des mesopotamischen und palästinensischen Kriegsschauplatzes seitens der deutschen maßgebenden Faktoren, wie seitens der leitenden Persönlichkeiten in Konstantinopel führte dazu, daß Falkenhayn mit seinem Stabe ahnungslos an eine Sache herantrat, die peinlichste Vorbereitung, Kenntnis von Land und Leuten, ungeheure Mittel und diplomatisches Geschick in erster Linie erforderte. Die die Kriegs-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schauplätze und Operationsmöglichkeiten kennenden höheren deutschen Offiziere wurden in der ganzen Angelegenheit nicht gehört, über ihre abmahnenden Ratschläge, über ihre dringenden Warnungen ging man zur Tagesordnung über. Weder die beabsichtigte Operation gegen Bagdad, noch das Unternehmen in Palästina wurde sorgsam überlegt und gründlichst vorbereitet, noch wurden genügende Mittel zur Verfügung gestellt.

Das schlecht fundierte Unternehmen Falkenhayns trug den Keim des Mißlingens ins sich, um so mehr als es auch die Unterstützung maßgebender türkischer Kreise nicht besaß. Das Versagen in der Verpflegung in der ersten Zeit, die Schwierigkeiten des Eisenbahntransports, viele andere in militärischem Sinne bedeutsame Hemmnisse sind auf den Widerstand Dschemal Paschas und der von ihm auch nach seinem Weggang beeinflußten Lokalbehörden zurückzuführen. Nur in Deutschland konnte man glauben, daß der ungekrönte König von Syrien sofort, wenn man ihm den Pour le Mérite umhing, die schwere Kränkung vergessen würde, die man ihm durch die Verdrängung aus dem Kommando angetan hatte.

Auch die Stimmung, mit der der rein deutsche Stab Falkenhayns nach dem Orient kam, die schon in Konstantinopel deutlich ausgesprochene Absicht, ohne Rücksicht auf die Kenntnisse und Erfahrungen der schon länger in der Türkei verwendeten deutschen Offiziere nur der eigenen Anschauung zu folgen, war ein die Möglichkeit des Erfolges höchst ungünstig beeinflussender Umstand. Daher die Unkenntnis über die zur Verfügung stehenden Mittel, daher die übertriebene Anschauung von dem, was möglich war, daher die vielen Verstöße gegen orientalische Sitte, die den Stab bald zu dem verhaßtesten Fremdkörper auf türkischem Boden machten, daher schließlich die unglückliche Art der Befehlsführung, die auf mitteleuropäische Verhältnisse passen mochte, für dortige aber vollkommen ungeeignet war.

Ein rein deutscher Stab bei einem türkischen Armee-Oberkommando konnte nach meinen Erfahrungen überhaupt keine gedeihliche Arbeit leisten. So sehr es zu wünschen war, daß der entscheidende Wille von einem deutschen Führer ausging, so sehr war es notwendig, daß die ausführenden Organe Türken waren. Nur dann — vorausgesetzt, daß die türkischen Generalstabsoffiziere gut ausgewählt waren, bestand eine gewisse Garantie, daß das von dem Oberkommandierenden Gewollte in zweckentsprechende Befehle umgegossen wurde.

Wenn im Stabe Falkenhayn wirkliche Kenner der türkischen Truppe und des Landes maßgebenden Einfluß besessen hätten, wäre es nicht möglich gewesen, daß, wie in der dritten Schlacht von Gaza, die ganze taktische Leitung von Jerusalem aus nach der Karte erfolgte, einer Karte, die miserabel war, und daß der leitende Stabschef in der Art, wie er es von Deutschland her gewohnt war, rein theoretische Befehle gab, für die in dem eigenartigen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Gelände, unter den ganz anderen Verhältnissen die Voraussetzungen nicht zutrafen. Ihre Ausführbarkeit scheiterte häufig schon an den Geländeverhältnissen, an Wasser- und Stärkeverhältnissen. Wer ohne Kenntnis dessen, was man türkischen Divisionen an Leistungen zumuten darf, von diesen Gegenstöße, schwierige Rückzüge, große Verschiebungen auf dem Gefechtsfelde verlangt, gräbt sich damit sein eigenes taktisches Grab. Wer die Novemberschlacht des Jahres 1917 in Südpalästina mitgemacht hat, wird die groben Verstöße, die in dieser Beziehung vorkamen, in ihrer Tragweite ohne weiteres erkannt haben.

Bei allen deutschen Unternehmungen in Vorderasien wurde dem Gesichtspunkt, daß es sich hier um einen Kolonialkrieg handle und daß der *Ausbau der Verbindungslinie* die Basis für alles weitere sei, keine Rechnung getragen. Nach vier Jahren Krieg, im Herbst 1918, war die strategische Bahn über den Taurus noch nicht ausgebaut. Beim Ausbau wurde nicht die gebührende Rücksicht auf die größtmöglichste Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit genommen. Ungeheure Güterstauungen am Taurus, am Amanos, in Aleppo und Rajak, waren die Folge. Millionenwerte gingen hierbei durch Diebstahl, Veruntreuung, Brand, Witterungseinflüsse dem deutschen Nationalvermögen verloren. Hätte man, statt seine Kräfte nach allen Seiten zu zersplittern, die personellen, materiellen und finanziellen Hilfsmittel, die Deutschland im Laufe der Kriegsjahre im Orient verstreut hat, von Anfang an kraftvoll zusammengefaßt unter besonderer Betonung der Notwendigkeit des Ausbaus der Verbindungslinien, dann würde schon zu Beginn der Aera Falkenhayn eine ganz andere, viel günstigere militärische Situation möglich gewesen sein. Aber an Stelle einer großzügigen Verwendung reichlicher Geldmittel sehen wir in Konstantinopel kleinliches Feilschen in allen Dingen, die Bau und Betrieb der Bagdadbahn betreffen. Nirgends klarer Blick und konsequente Arbeit in Richtung auf die erkannte Notwendigkeit. Diese Kleinigkeitskrämerei, das Hin- und Herdebattieren trägt mit die Hauptschuld am Nichtausbau der Bahnlinie und damit auch an dem Zusammenbruch der deutschen Militärpolitik in Vorderasien überhaupt. Es gelang während des ganzen Krieges nicht, in den Bahnbetrieb eine solche Ordnung zu bringen, daß mit einiger Sicherheit auf ihn gerechnet werden konnte. Der Waggonmangel, der Brennstoffmangel besonders auf dem südlichen syrischen Teil der Hauptlinie war so groß, daß in bezug auf letzteren die Katastrophe nahe bevorstand. Die Abholzung des Amanus- und Libanon-Gebietes bot nur ein Aushilfsmittel, das infolge der schlechten Organisation der Holzzufuhr, des Mangels an Benzin für die Lastkraftwagen nicht einmal genügend ausgenützt werden konnte. Im Jahre 1918 konnte die Bahnlinie Rajak—Damaskus—Palästina den Nachschub für die Armee allein nicht mehr bewältigen, so daß man einen überaus gefährlichen Schiffstransport entlang der Küste

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

von Beyrut nach Haifa einrichten mußte, der bei der Aufmerksamkeit der englischen Flotte bald zu schweren Verlusten geführt hat.

Anfangs September 1918 war keine Winterreserve an Holz für den Bahntransport vorhanden. Mit Eintritt des ersten Regens, der bei dem schlechten Straßenzustand dem Verkehr der Lastkraftwagen ein Ende setzen mußte, war die Transportkatastrophe, die gleichzeitig auch die Verpflegskatastrophe bedeutete, unvermeidlich.

Wie wenig man an maßgebender Stelle die Transportlage übersah, mag man aus der viele Monate dauernden Anwesenheit des deutschen Asienkorps in Konstantinopel ersehen, das nicht abtransportiert werden konnte. Mittlerweile nahm es dort Lorbeeren auf Vorschuß, trug reichlich zur Verfeindung des deutschen und türkischen Elements bei und genoß die Freuden des Orients, wobei sich ein hoher Prozentsatz der Leute geschlechtlich ansteckte und dadurch für den Dienst untauglich wurde.

Ich habe es nie verstanden, wie man bei einer solchen Transportlage noch an eine größere Offensive denken, wie man überhaupt größere Operationen in Mesopotamien oder Palästina für möglich halten konnte. Die Erklärung liegt darin, daß weder in Berlin, noch in Konstantinopel, noch im großen deutschen Hauptquartier klare Anschauungen darüber vorhanden waren, daß jede militärische Operation von Bedeutung in Vorderasien in erster Linie von den Verbindungslinien, von der Einrichtung der Etappenbasis abhängig war, und daß die vorhandenen Bahnen den an sie gestellten Anforderungen in keiner Weise genügten.

Wer allerdings im Salonzuge unter vorübergehender Einstellung des gesamten sonstigen Transportverkehrs rasch durch das Land eilte und in kräftigen Autos in wenigen Tagen die Strecke zwischen Aleppo und Bagdad durchmaß, machte sich keinen Begriff von den unendlichen Schwierigkeiten des Nachschubs und der Truppenbewegung auf einer nur zum Teil arbeitenden Bahnlinie und bei den riesigen Entfernungen und schlechten Landverbindungen des orientalischen Kriegsschauplatzes. Aber für die Vorbereitung von Operationen und Unternehmungen war nicht das Urteil derjenigen, die auf mühsamer Reise die Möglichkeiten, die Verkehrsbedingungen kennen gelernt hatten, maßgebend, sondern die Anschauungen in Europa sitzender Herren, die das Land, das den Krieg trug, nur durch die Fenster des Speisewagens gesehen hatten.

In Kolonialkriegen ist nicht derjenige im Vorteil, der die großzügigeren strategischen Gedanken hat, sondern derjenige, der die einfache Operation ruhig und sachlich vorbereitet und keinen Schritt tut, den er nicht auf völlig eingerichteter Etappen- und Verpflegsbasis aufgebaut hat. Mit welcher Zielbewußtheit, mit welcher sorgsam technischen Vorbereitung sind die Engländer an ihre vorderasiatischen Operationen herangegangen, obgleich sie durch die Beherrschung des Meeres und schiffbarer Flußlinien wesent-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lich günstigere Verhältnisse vorfanden als die deutsche Operation. Der schlechten Transportlage entsprach die Verpflegslage der deutsch-türkischen Truppen. Das Gebiet, in dem sich sowohl die mesopotamischen wie die palästinensischen Operationen vollzogen, ist reiches Getreidegebiet. Die Ernte des Jahres 1918 war gut. Nach nicht übertriebenen Berechnungen mußte sie ausreichen für Armee und Bevölkerung. Trotz alledem hungerte die Armee, hungerte die Bevölkerung, starben in Damaskus, Beyrut und Aleppo Tausende den Hungertod. (Schluß folgt.)

Hugo Heinemann †

VIEL zu früh für die Partei und für seine Freunde ist am 2. August Genosse Hugo Heinemann in seinem 57. Lebensjahr gestorben. In ihm verliert die deutsche Sozialdemokratie ihren scharfsinnigsten juristischen Denker und einen ihrer trefflichsten Charaktere. Seit nahezu einem Menschenalter diente Hugo Heinemann der Partei mit unwandelbarer Treue. Er war für Bebel und Singer der ständige juristische Berater, ohne dessen Gutachten organisatorisch nichts unternommen wurde. Er führte mit den Gewerkschaften alle Kämpfe für das Koalitionsrecht und verteidigte mit dem größten Geschick die Opfer der alten hinterlistigen Koalitionsgesetzgebung. Nach außen ist Heinemann in der Vorkriegszeit wenig hervorgetreten, es sei denn gelegentlich durch ein Referat auf dem Gewerkschaftskongreß oder durch eine Verteidigung in einem größeren politischen Prozeß. Um so tätiger, einflußreicher und geachteter war er bei allen führenden Genossen in Partei und Gewerkschaft. Seine durchdringende Verstandesschärfe, seine treue Ergebenheit für die Sache des Proletariats, seine unendliche Gewissenhaftigkeit in der Bearbeitung jedes einzelnen Falles und seine ungeheure Arbeitskraft im ganzen wurden von allen bewundert, die ihn kannten.

In den inneren Parteifragen stand Heinemann, der ursprünglich ein Freund der „Sozialistischen Monatshefte“ gewesen war, an der Seite Singers, als der Kampf zwischen den Revisionisten und Radikalen entbrannte. Erst der Krieg führte Heinemann zu dem deutschen Flügel der Partei zurück. Wir sagen absichtlich: deutschen Flügel; denn ihm war seine Stellungnahme nicht Sache einer bestimmten Parteitheorie, sondern einfach Ausfluß seines leidenschaftlichen deutschen Empfindens. Dem Siege Deutschlands galt seit dem 4. August 1914 sein ganzes Trachten und Sinnen. In jener Zeit trat er Bethmann Hollweg und Wahnschaffe näher

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

und suchte sie mit all seiner Ueberzeugtheit für die Fortbildung des Koalitionsrechts und ein freies Wahlrecht zu gewinnen als Mittel im Kampfe gegen Deutschlands Feinde. Seine Enttäuschung über den Lauf der Dinge war unendlich tief, und mehr als einmal sprach er in dem letzten Kriegsjahr die Absicht aus, sich vom öffentlichen Leben ganz zurückzuziehen.

Aber die Revolution sah ihn wieder auf dem Posten. Mit Heine zusammen und als sein selbstloser Vertreter wirkte er im preußischen Justizministerium, dessen parlamentarischer Unterstaatssekretär er nach der Neubildung der Regierung durch die Landesversammlung wurde. Doch bald hielt die unaufhaltsame Krankheit ihn von Amt und Fraktion fern, die beide seinen Rat dringend gebraucht hätten.

Hugo Heinemann war der geborene Jurist. Ihn einen Fall durchdenken zu sehen, war ein hohes geistiges Vergnügen. Seine Verteidigung im Königsberger Hochverratsprozeß, in dem er durch einen feinen juristischen Einwand die ganze Anklage zu Fall brachte, sollte als Meisterwerk fortleben. Heinemanns ungeheures Wissen und große Fähigkeiten ebenso wie sein reines Herz haben ihm stets, auch als er zu dem radikalen Flügel der Partei gehörte, allgemeine Achtung auch in den bürgerlichen Kreisen erworben. Unter den Juristen galt sein Wort viel, in der Gesellschaft für Soziale Reform war er einer der führenden Männer.

Der Höhepunkt seines Lebens war die Zeit des Krieges, als er seine Liebe für Deutschland voll ausleben konnte. In diesen Jahren trat er auch der „Glocke“ näher und leistete ihr manche wertvolle Mitarbeit, gab ihr manchen guten Rat. Wir haben mit ihm einen der Unseren verloren. Und einen unserer Besten nach seinen persönlichen Eigenschaften und seinen geistigen Werten. Die schmerzlich fühlbare Lücke, die sein Tod hinterläßt, wird schwer auszufüllen sein. Um so leuchtender wird das Andenken dieses reinen und guten Mannes strahlen. *E. H.*

Glossen.

Offizier und Sozialismus.

Es gibt Dinge, die sich ideell sehr nahe liegen und doch — vielleicht eben deswegen von denen, die an der Verhinderung des endgültigen Zusammenkommens interessiert sind — durch Berge von Vorurteilen und einen Wust von Unwesentlichem und Zeit-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lichem getrennt werden. Manch einer hat in den letzten Monaten geahnt (und auch in Offiziersblättern kam diese Ahnung zu überraschtem Ausdruck), wie nahe sich Offiziersideal und sozialistische Gedankenwelt stehen, wenn — und darauf kommt es an — das Unwesentliche fällt. Mag es vielleicht im Interesse des Obrigkeitsstaates gelegen haben, diese Zusammenhänge zu verdunkeln: heute, in den Zeiten des Staats der sozialen Demokratie, ist es Pflicht jedes Volksgenossen, der den Zusammenschluß des Volks für das erste Gebot der Stunde hält, solche Zusammenhänge aufzuhellen.

Beginnen wir die Wegräumearbeit des Unwesentlichen damit, daß wir vor dem Eintritt in unser Thema unsre Leser bitten, uns ohne Mißtrauen zu folgen. Gewiß: dem weniger in die Tiefe dringenden Beobachter scheint das politische Leben im parlamentarisch regierten Staat von sich befehdenden Parteiinteressen restlos bestimmt. Aber dahinter — wie könnte es im tausendfältigen Leben anders sein? — finden sich doch noch die vielfältigen Menschen, finden sich bewegte, selbständig pulsierende Gedankenwelten, die die Parteienge sprengen und ans Herz des Volksganzen drängen. Von solchem Denken und Fühlen und nicht von engherzigen Parteistrebungen wollen wir, wenn wir hier von letzten Fragen sprechen, uns lediglich beherrschen lassen.

Der Offizier ist in eigenartiger Weise erzogen worden. Im Grunde konservative Denkart — natürlich nicht im Parteisinn genommen — und ein gewisses soziales Abgesondertsein bestimmen nach außen hin sein Wesen. Wir selbst vor Monaten und besser und ausführlicher als wir Arno Voigt haben es unternommen, auf Offiziercharakteristika der Oberfläche, die fallen müssen hinzuweisen. Man sollte den positiven Kern solcher Kritik, auch wenn sie übers Ziel hinausschießt, nicht übersehen.

Aber ist damit das Wesen des Offiziers bestimmt? Menschliche und geschichtliche Begleiterscheinungen treffen nicht das Wesen. Was veranlaßte den — als Idealtyp genommenen — Offizier, bei der Wahl seines Berufs bewußt dem „Krämergeist“ des Zivillebens Valet zu sagen und sich auf die Selbstaufopferung zu freuen? Was befähigte ihn zu den beispiellosen Leistungen persönlicher und aktiver Tapferkeit in diesem Krieg? Etwa die Treue zum Monarchen? Das soziale Abgesondertsein? Man braucht solche Fragen nur zu stellen, um sie sofort wieder fallen lassen zu können. Aus welchen Quellen flossen aber dann die starken, die widerstrebende Menschlichkeit des Einzeloffiziers mitreißenden Ströme des Offizieridealismus? Letzten Endes doch aus den *heroischen* Kräften der menschlichen Seele.

Das Heroische ist das Sehnen und starke Streben des Menschen, das kleine, feige, eigennützige Ich zu überwinden und in großen unegoistischen Taten hineinzuwachsen in die Regionen des Unvergänglichen, Ueberindividuellen, Ewigen. Der Heros schüttelt die schwere, klebende Erde von seinen Füßen und holt mit kühngereck-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ter Hand den göttlichen Funken in die menschliche Zone. Schon der Grieche sah im Heros den Helden und Halbgott. Jedes Opfer, das der Mensch, der heldenhaft das Tier in sich gebändigt hat, bringt, hilft dem Menschen, aus den Tiefen des eigennützigen Trieblebens zum Göttlichen emporzusteigen.

So können wir, wenn wir von jeder Vermischung mit dem Heute, mit dem Zufälligen absehen, das Offizierideal begreifen.

Der Sozialismus andererseits entstand aus den Massen. Das um Lebensglück, um gesicherten Besitz und eigenes Schaffensfeld betrogene Proletariat hatte ebenfalls keinen Grund, den Lebenskreis des Ichs dem Ganzen voranzustellen, weil ihm dieser Lebenskreis wenig genug bot. Der betrogene Egoismus der Massen heischte für die Gesamtheit die Macht, die ihr begünstigte Einzelne vorenthielten, und erhofft vom Sieg des Ganzen auch den Sieg der Gerechtigkeit — nicht zuletzt zu seinen eigenen Gunsten.

Werner Sombart weist in seiner neuen Ausgabe von „Sozialismus und soziale Bewegung" darauf hin, daß es die große Leistung des bisherigen Sozialismus war, das Böse (den proletarischen Eigennutz) in den Dienst des Guten (der sozialistischen Brüderlichkeit) zu stellen. Heute allerdings ist es die kritische Frage des Sozialismus, ob es gelingt, genügend Kräfte in ihm zu entwickeln, die, zu Brüderlichkeit und sozialer Liebe bereit, darin nicht nur billig zur Schau getragene Gefühle sehen, sondern heroisch selbst entsagen, heroisch das selbstsüchtige Ich überwinden können. Nur neue freiwillige Bindung kann, nachdem die alten Bindungen der sozialen Sitte infolge der Ueberspannung der sozialen Gegensätze gebrochen sind, Rettung aus dem Chaos des Kampfs aller gegen alle bringen, der die kriegsenttäuschte Kulturwelt zu zerfleischen droht.

Wir sprachen in Nummer 7 der „Glocke" von den Möglichkeiten einer Erziehung der Stände zu neuer Solidarität, insbesondere der Arbeiter, Bürger und Bauern. Wir wollen unsere Ausführungen ergänzen durch den Hinweis darauf, daß wir im — von den Schlacken gereinigten — Offizieridealismus eine opferbereite Kraft besitzen, die, zu neuen friedlichen Zielen gelenkt, im Staate der sozialen Brüderlichkeit vorbildlich sein kann. Es darf nicht sein, daß sie von äußerlichen, im Zufallsgeschehen des Eintags wurzelnden Verstimmungen abgehalten wird, den Weg zum Volksganzen von heute zu finden, dessen Majestät zu dienen doch auch ihm Anlaß zu neuem, höchstem Stolz sein kann.

Dr. Erich Troß.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsche Stimmen

Wochenschrift · Herausgeber Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

· Berlin M 66 ·

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage:

KARL MARX

Sein Leben und seine Lehre

Eine volkstümliche Einführung
in den Marxismus

von

M. BEER

Verfasser der „Geschichte des Sozialismus in England".

Mit 8 Heliogravüren:
Karl Marx, Karl Marx' Geburtshaus, G. W. F. Hegel, Friedrich Engels, Jenny von Westphalen, Eleanor Marx-Aveling, Faksimile-Seite vom Kommunistischen Manifest, Karl Marx' Grabstätte.

Preis 5,50 Mk.

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68 **Lindenstraße 114**

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 20 16. August 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch
Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Wilhelm Jansson . . . . . Amsterdam.

Dr. J. P. Buß (Heidelberg): Sozialismus — Pazifismus.

Dr. Werner Peiser: Humanistische Bildung in der sozialen Republik.

Colin Roß . . . Der Geist im alten und neuen Heer.

Hans von Kiesling: Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei. (Schluß.)

Glossen.

Nummer 19 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Ernst Heilmann . . . . Die Weimarer Verfassung.

Arno Franke . . . . . „Enthüllungen".

Robert Albert . . . Eine Rednerschule für Arbeiter.

Hans von Kiesling: Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei.

Hugo Heinemann †

Glossen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:27 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

20. Heft 16. August 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

WILHELM JANSSON:

Amsterdam.

DER Internationale Gewerkschaftsbund hat nunmehr seine erste Tagung nach dem Kriege abgehalten. Vom 25. Juli bis 3. August waren seine Vertreter in Amsterdam zusammen, um erst in einer Vorkonferenz, dann auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß wieder aufzurichten, was der Weltkrieg an internationalem Zusammenwirken der Gewerkschaften niedergerissen hatte.

Man kann nicht behaupten, daß diese Arbeit, aus der Ferne gesehen, eine imposante Erscheinung bot. Die theatralischen Wirkungen waren freilich nicht so grell, wie die der Sozialisten in Bern und Luzern, und nur daran war zu erkennen, daß *Männer der Arbeit* in Amsterdam am Werke waren. Aber auch in Amsterdam traten die nationalen Gegensätze scharf hervor und wenn man von der großen Rede Legiens absieht, der sich um die Bloßlegung der zum Kriege treibenden imperialistischen Kräfte bemühte, waren die Amsterdamer Debatten nur ein Abklatsch fast fünfjähriger ententistischer Kriegspropaganda. Havas und Reuter triumphieren. Sie sind große Götter geworden, in Bern und Luzern heißen ihre Propheten Renaudel, Vandervelde und Hilferding, in Amsterdam gesellte sich diesen Mr. Gompers aus Washington zu. Dieser prinzipienfeste „Sozialist“ und Bundesgenosse der Dollarkönige holte gegen die Deutschen die gleichen Ladenhüter aus Reuters Schubkästen hervor, wie Hilferding in Luzern: „Ihr habt den Kaiserismus bis zum bitteren Ende gestützt und tragt die Verantwortung für den Krieg und alle seine Schrecknisse“. Man kann ja zwar sonst auf die beiden Brüder Gompers und Hilferding das köstliche Bild von den beiden Polen aus der Polackei nicht vollgültig anwenden, aber in diesem einen Punkte waren sie doch eine Laus und eine Seele, und um die Wette kratzten sie auch.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Vertretung der Kriegspolitik der deutschen Mehrheitspartei lag in Bern und Luzern in den Händen von *Wels*, in Amsterdam hatte es *Sassenbach* übernommen, die Haltung der deutschen Gewerkschaften in der Ueberbrückungskommission zu vertreten. Der Vergleich zwischen den beiden fällt leider nicht zugunsten Sassenbachs aus. Wels war während des ganzen Krieges der Wortführer einer Partei und einer Politik, er vertritt eine politische Ueberzeugung und hat den Mut, sie vor den verbissensten Gegnern mit guten Argumenten zu verteidigen. Von Sassenbach hörte man im Kriege wenig, aber er hat zum mindesten niemals eine von den übrigen Gewerkschaftsführern in den Fragen der Kriegspolitik abweichende Meinung geäußert. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg, als über diese Fragen *zu reden war*, schwieg er. In Amsterdam aber gab er, ohne die übrige Delegation abzuwarten und ihre Meinung einzuholen, eine Erklärung ab, die eine verteufelte Aehnlichkeit mit den Methoden der Kinder, sich bei ertappten Streichen herauszureden, aufwies: „Ich hatte gedacht, und ich hatte gedacht, und hätten wir das gewußt, hätten wir das nicht getan!“ Wörtlich sagte er z. B.: „ . . . Hätte die deutsche Arbeiterschaft die Auffassung gewinnen können, daß Deutschland der angreifende Teil sei, so hätte sie sich zweifellos mit allen Mitteln dem Krieg widersetzt. Falls zu Beginn des Krieges alles bekannt gewesen wäre, was in der letzten Zeit veröffentlicht wurde, wären wir nicht von unserer Regierung belogen worden, so wäre jedenfalls die Stellung der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Vertreter vielfach eine andere gewesen. . . Auch wir wissen jetzt, nachdem uns die Wahrheit näher gekommen ist, daß manches, was wir unternommen haben, vielleicht besser anders getan worden wäre. . .“

Das ist doch eine recht primitive Argumentation. Daß Deutschland die ersten Kriegserklärungen losließ, ist doch seit den ersten Augusttagen des Jahres 1914 kein neu zu entdeckendes Geheimnis mehr, und die von der Regierung damals angegebenen Motive sind noch nirgends entkräftet worden. Ebenso über jeden Zweifel erhaben ist die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufwendete, den Krieg zu verhindern — sie reichten dazu ebenso wenig aus, wie die der Arbeiter der anderen kriegführenden Länder. Und vollendeter Unsinn ist

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

es, daß die jetzt bekannt gewordenen Geschehnisse aus dem *Jahre 1917* durch ihre Bekanntgabe *zu Beginn des Krieges* eine andere Haltung der deutschen Arbeiterschaft herbeigezaubert hätten. Irgendwo in einer Kinderfibel hat man von einer merkwürdigen Stadt gelesen, wo die Straßenbahnen so schnell fahren, daß man schon fünf Minuten vor dem Besteigen des Wagens zum Ziele gelangt. Aber diese Stadt liegt ganz bestimmt nicht in Deutschland, und diese unglückliche Erklärung Sassenbachs, die inzwischen sowohl von der deutschen Delegation als von dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes desavouiert wurde, wäre besser unterblieben.

Die Hauptarbeit des Amsterdamer Gewerkschaftskongresses betraf die *Wiedererrichtung des Internationalen Gewerkschaftsbundes*, sowie die Stellungnahme zu dem *internationalen „Arbeitsrecht" des Friedensvertrags*. Dem Gewerkschaftsbunde wurde eine neue Satzung gegeben, durch die er nun endlich eine feste organisatorische Form bekam. Das Sekretariat wurde von Berlin nach Amsterdam verlegt, das Präsidium übernahm der Engländer Appleton mit dem Franzosen Jouhaux und dem Belgier Mertens. Den Deutschen bot die ententistische Kongreßmehrheit den dritten Platz im Präsidium an, aber Legien lehnte dankend ab, und der Oesterreicher Hueber fand für seine Solidaritätserklärung mit den Deutschen sehr passende Worte. Der Internationale Gewerkschaftsbund, eine Schöpfung der deutschsprachigen und der skandinavischen Gewerkschaftler, ist somit unter Führung der Gewerkschaften jener Länder gelangt, die für die internationale Solidarität der Arbeiter noch keine Hand gerührt haben. Für seine künftigen Leistungen ist das kein gutes Zeichen, und wir verstehen es vollauf zu würdigen, wenn das internationale Unternehmertum bei dieser Wendung der Dinge vergnügt aufatmet.

Bei der Stellungnahme zum *internationalen Arbeitsrecht* ergab sich eine andere Mehrheit. Mr. Gompers blieb mit seiner Meinung allein. Die Franzosen, die unter Führung Jouhaux' in dieser Frage eine wirklich gute Arbeit geleistet haben, waren mit der großen Mehrheit des Kongresses einmütig in der Verurteilung jener winzigen Bestimmungen, die von den Ententestaatsmännern dem Friedensvertrage als „Arbeiterrecht" beigegeben wurden. Nach den Feststellungen des Kongresses ist nicht eine einzige der wichtigsten Ge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

werkschaftsforderungen von Leeds und Bern darin verwirklicht worden. Gegen die Stimmen der Amerikaner wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften sich an der im Friedensvertrage vorgesehenen Konferenz in Washington nur dann beteiligen, wenn die Arbeitervertreter aller Länder *ohne Ausnahme* zugelassen werden; die Arbeitervertreter sind von den Organisationen vorzuschlagen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angehören.

Resolutionen gegen die Blockade und für die Sozialisierung fanden ebenfalls Annahme. Zum Schlusse bereiteten die skandinavischen und holländischen Vertreter dem bisherigen Präsidenten des Bundes, Carl Legien, eine herzliche Ovation; in warmen Worten wurde seinen jahrzehntelangen Bemühungen um die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften Anerkennung gezollt und die Hoffnung ausgesprochen, daß er auch unter den veränderten Verhältnissen den Bund unterstützen werde.

Der Kongreß in Amsterdam hat somit dem Internationalen Gewerkschaftsbund neues Leben gegeben und die Bande wieder geknüpft, die der Krieg zerrissen hatte. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob er im Ernstfalle die Kraft aufbringen wird, den Gewerkschaften in ihren Kämpfen beizuspringen und den wandernden Gewerkschaftsmitgliedern die Solidarität der Arbeitsbrüder zu erweisen, ohne die er nur ein Koloß auf tönernen Füßen bleiben müßte.

Dr. J. P. BUSS (Heidelberg):

Sozialismus — Pazifismus.

DER Behandlung des eigentlichen Themas seien zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen über die pazifistische Bewegung unserer Tage und über die zumeist sehr schiefe Einstellung ihrer Kritiker vorangestellt. *Der politische Pazifismus* steht auf dem Boden des nationalen Staats und erstrebt darüber hinaus den höheren Typus einer Gemeinschaftsorganisation der Völker, die mit allen Rechts- und Machtmitteln zur Schlichtung von irgendwelchen Konflikten zwischen den einzelnen Staaten ausgestattet sein soll. So weit er von dem Illusionismus des „ewigen Friedens" entfernt ist, so grundsätzlich ablehnend steht er jener Harden-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Herzog-Hiller-Kritik am gegenwärtigen Deutschland gegenüber, die den ganzen Pfuhl der politischen Unmoral, die auch im Lager der Entente zum Himmel stinkt, mit dem Schein der Gralsreinheit bedeckt hat. Sein Ziel ist eine Politik des friedlichen Ausgleichs und der Verständigung über die außenpolitischen Interessensphären der Staaten. Er richtet sich deshalb gleichermaßen gegen die ganz egozentrische wirtschaftliche Expansionspolitik der großen Kapitalmächte, wie gegen die ständig mit dem Feuer spielende, auf herausfordernde Gesten und Prestigeerweiterung gegründete politische ratio der Militärs. Die Forderung des Pazifismus ist, wie der Herausgeber des „Völker-Friede" es schlagwortartig ausdrückt: eine internationale Politik, die darauf hinarbeitet, daß die Völker sich *in Frieden entwickeln* können, also eine Forderung, die gerade die *internationalen Beziehungen* der Völker auf einen neuen Boden stellt.

Welch barer Unsinn heute noch über diese klar zutage liegenden Grundsätze des Pazifismus verzapft wird, dafür mögen als Beleg einige Worte aus der „Europäischen Zeitung" dienen, die die Wahrheit auf den Kopf stellen: „Der Pazifismus vertritt außenpolitisch das Prinzip der Stagnation. . . Er wagt zu glauben, daß es grundlegende Veränderungen im Innern eines Staatswesens geben kann, ohne daß gleichzeitig und vorher Veränderungen in der Umwelt des Staatswesens vor sich gehen". Wird durch diese Beurteilung der grundsätzliche Charakter des Pazifismus in sein Gegenteil verkehrt, so bringt es Paul Rohrbach fertig, der seinem schlechten Gewissen unbequemen, aber deswegen nichts weniger richtigen Friedenspolitik der deutschen Pazifisten die Schuld an der gegenwärtigen Ohnmacht Deutschlands aufzubürden. Dieser Schwindel, mit dem die getreuen Stützen der alten unseligen Regierungspolitik gern manövrieren, ist so durchsichtig, daß sich jeder Kommentar erübrigt.

Gerade weil der Pazifismus in den praktischen Fragen der internationalen Neuordnung und in der Kriegszielfrage mit dem Sozialismus weitgehend übereinstimmte, ist es von einigem Interesse, danach zu fragen, auf welchen Zusammenhängen das ganze Verhältnis: Sozialismus — Pazifismus beruht. Dabei gilt es zunächst, jene Seite der modernen sozialistischen Bewegung heranzuziehen, die mit dem Stre-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ben nach einer von dem Klassenverhältnis befreiten Gesellschaft an die moralischen Energien in der Geschichte der Menschheit appelliert. Max Adler hat dieses zentrale Problem einer Umgestaltung der Staatspolitik nach ethischen Normen in seiner ausgezeichneten Schrift „Politik und Moral“[1] am Wurzelpunkt getroffen, wenn er zu dem Ergebnis kommt: „Die Forderung, daß die Macht nur für wirklich wertvolle Zwecke aufgeboten werden dürfe, setzt voraus, daß die Macht überhaupt nicht mehr als Gewalt der einen gegen die anderen existiert, sondern als gemeinsame Kraft aller empfunden wird. Das heißt, sie setzt eine gerade bezüglich des Machtgebrauchs einmütige und widerspruchslose Gemeinschaft voraus, also die Aufhebung des Klassengegensatzes und die Ersetzung des Machtverhältnisses durch Gemeinschaftsorganisation“. Hier tritt der freilich noch nicht in seinen ganzen Folgerungen und Ausstrahlungen begründete ideologische Zusammenhang in der Zielstellung des politischen Pazifismus und des Sozialismus deutlich zutage. Es bleibt dabei eine zwar für die praktische Durchführung sehr wesentliche, aber fürs erste einmal ganz außer acht zu lassende Frage offen, wie tief die mit dieser Gemeinschaftsorganisation notwendig verbundene überstaatliche Rechtsordnung in die Speichen der rechtlichen Selbstbestimmung der einzelnen Staatsglieder eingreifen muß. Bevor die Auseinandersetzung darüber beginnen kann, muß der Unterbau für eine solche Diskussion fertiggestellt sein. Bevor die Lebensform der Volksgemeinschaft als der höhere geschichtliche Verbandstypus der gesellschaftlichen Entwicklung, zu dem Sozialismus und Pazifismus hinstreben, näher analysiert werden kann, muß die Unterfrage beantwortet sein, ob die Solidarität der Kulturwelt, die in dem Bund der Völker kristallisiert werden soll, überhaupt realisierbar ist ohne Rücksicht auf den Stand und die Lösung des Gesellschafts- und Klassenproblems seiner staatlichen Glieder. Der Pazifist ist allzu leicht geneigt, sein großes Prinzip der Ersetzung der Macht durch das Recht in den Beziehungen der Völker als ein selbständiges an keine anderen politischen Zusammenhänge gebundenes Postulat der *auswärtigen* Neuorientierung aufzufassen. Er

[1] Erschienen in der Sammlung „Nach dem Weltkrieg“, Verl. Naturwissenschaften, Leipzig 1918.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hat wohl erkannt, daß es weniger auf die Schaffung der juristischen Formen für die Gesellschaft der Nationen, auf die technische Ausgestaltung der rechtlichen Zuständigkeit und auf die Verfassung des Völkerbundstatuts ankommt, als auf die *pazifistische Gesinnungswandlung*, auf den sittlichen Willen der Kulturwelt (der in nennenswerter Stärke noch nicht existiert), so daß der äußere Schiedsgerichtshof der Völker in seiner Rechtsprechung sich ganz auf jenen inneren Schiedsgerichtshof stützen kann, der, wie Kant sagt, im Menschen selbst aufgeschlagen ist. Dieses ideelle Moment, das der Sozialismus von seiner materialistischen Weltanschauungsposition aus bisher bedenklich zu vernachlässigen und zu degradieren geneigt war, hat der Pazifismus, der über die bloßen Probleme der technischen Zweckorganisation hinausgreift, mit größter Berechtigung in den Vordergrund gestellt. Und dennoch bliebe die pazifistische Bewegung auf den Gesichtskreis kühner Ideologie beschränkt, wollte sie übersehen, wo das Ergebnis des geistigen Kampfes der pazifistischen Theorie eines Wilson mit den realen den Staat der Westmächte politisch beherrschenden Kräften so erschreckend klar zutage getreten ist, daß jede wirkliche Gemeinschaftsorganisation der Kulturvölker, die jenseits des Reiches der kriegerischen Gewaltmethoden steht, an die Voraussetzung der restlosen Beseitigung des Gewaltgebrauchs und der Ausbeutungsmöglichkeiten einer Volksschicht durch die andere geknüpft ist. Diese Erkenntnis ist so grundlegend wie jene andere, die besagt, daß mit der bloßen Veränderung des Besitzes an Produktionsmitteln (Vergesellschaftung) nichts getan ist, solange die *Gemeinschaftsgesinnung* fehlt.

Den in bezug auf die politische Neugestaltung der Welt so eminent bedeutsamen Zusammenhang von innerer und äußerer Politik kann der Pazifismus nicht in sich aufgenommen haben, weil er kein System ist, das auf einer wissenschaftlichen Gesamtkritik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Zeit fundiert ist. Es muß aber ausgesprochen werden, daß der Kampf des Sozialismus für die Abschaffung der Ausbeutung, der wirtschaftlichen Gewaltpolitik des kapitalistischen Unternehmers und letzten Endes für den Aufbau einer den Machtgebrauch auf die Gesamtheit übertragenden, sozial und ökonomisch gerecht gegliederten Gesellschaft vom Pazifismus und seinen An-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hängern in viel stärkerem Maße gestützt werden müßte, als dies bisher in Erscheinung getreten ist. Wer die Ausbeutung eines Volkes durch das andere als ein verwerfliches Prinzip erkannt hat, muß notwendigerweise auch die kapitalistische Verknechtung der Arbeitskraft als unmoralisch verdammen. Er kann natürlich nicht Jünger des orthodoxen Marxismus sein, er kann sich auch nicht in der Gesellschaft des Spartakusbundes bewegen, schon deshalb nicht, weil er *jede* Diktatur ablehnen muß, aber, wenn seine politischen Forderungen nicht an einem Widerspruch in sich selbst kranken, so muß er mit all den sozialistischen Zielen einig gehen, die auf die Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft des Staats hinauslaufen. Wenn heute von radikal-demokratischen Pazifisten die Forderung erhoben wird, daß an die Stelle des materialistischen Interessegedankens das Bekenntnis zur sozialen Rechtsidee auch im Bereich des internationalen Lebens trete, wenn also, wie es Rudolf Kircher sehr gut ausgedrückt hat, die Uebertragung des Sozialisierungsgedankens auf das Gebiet der internationalen Beziehungen empfohlen wird, so ist das im Grunde dasselbe, was Karl Marx schon an jener berühmten Stelle seiner Inauguraladresse an die Internationale vertreten hat, wo es als eine Pflicht des Proletariats bezeichnet wird, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln als auch für den Verkehr der Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen". Diese ethischen Postulate nach einem neuen Rechtsverkehr der Völker, die von dem Meister des historischen Materialismus herrühren, sind zugleich *die grundsätzlichen Voraussetzungen des politischen Pazifismus, der sich im internationalen Leben nur dann durchsetzen und zu einer höheren Lebensform der Volksgemeinschaft hinführen kann, wenn jeder einzelne nationale Staatsverband in seinem eigenen Haus gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell den demokratischen Sozialismus durchgeführt hat, und wenn der einzelne Mensch für den Gemeinschaftsgeist reif ist. Solange wir uns noch nicht in diesem Stadium der staatlichen Entwicklung befinden, ist kein Bund der Völker denkbar,* sondern höchstens ein Interessensyndikat der verschiedenen national-kapitalistischen Staatskörper, wie es der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

„Rat der Vier" zum Entsetzen aller aufrichtigen Pazifisten und Sozialisten zustande gebracht hat. *Die Welt muß erst tief in den Sozialismus hinein, bevor sie vom Pazifismus durchdrungen und geläutert werden kann.*

Dr. WERNER PEISER:

Humanistische Bildung in der sozialen Republik.

Zu den Problemen, die noch immer ihrer Lösung harren, deren Lösung in gewissem Sinne sogar noch nicht einmal begonnen worden ist, gehört das Schulproblem. Hiermit meine ich nicht die Frage der Einheitsschule, nicht die Frage des äußeren Aufbaues, der Organisation, der Schultechnik usw., ich meine vielmehr hiermit die Frage von dem durch die Schule zu gebenden Stoff und fasse das Problem, das ich hier anschneiden und für dessen Lösung ich wenigstens die Tendenz weisen will, in die Worte zusammen: *In welchem Geiste hat der Unterricht in der sozialen Republik zu erfolgen? Soll er humanistischen Charakter tragen? Soll er seinen Schwerpunkt in der realen Bildung suchen und finden?* Endlich: *Soll er* — die Möglichkeit dieser Verbindung vorausgesetzt — *nach einer Vereinigung von Humanismus und Realismus streben?* — —

„Einst verbanden sich Kritik und Phantasie.
Aus diesem Bund
Ein Kind entstund:
Es hieß — Philologie."

Das kleine Verslein, das literarisch gänzlich anspruchslos ist und sein will, gibt für den Tieferdenkenden eine Menge Anlaß zur Ueberlegung. In der Schule wird Philologenarbeit geleistet, und das Wesen der Philologie läßt sich tatsächlich an der Hand des eben zitierten Reimes in der feinsten Weise feststellen.

Daß wir in der bisherigen Entwicklung auf falscher Bahn gewesen sind, das läßt sich — Volkes Stimme ist Gottes Stimme — an der Beurteilung der philologischen Wissenschaft im Volke als einer trockenen, nüchternen *Buchstabenweisheit* erkennen. Natürlich gehört ein hoher Grad von

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Fähigkeit zur systematischen Arbeit, von Organisationsvermögen und Konzentrationsgabe auf ein eng umgrenztes Gebiet dazu, um ein guter Philologe zu sein. Die Erfüllung dieser Anforderungen aber reicht nicht aus, um allen an einen guten Lehrer zu stellenden Anforderungen zu genügen; die geleistete Arbeit, die zunächst lediglich in der Aufnahme einer bestimmten Fülle von Stoff lag, muß geistig verarbeitet und mit eigenem durchsetzt werden, um einen genießbaren Teig zu ergeben. Diese Hefe — wenn ich den Vergleich weiterführen darf — ist die Phantasie. Sie allein ist imstande zu beleben, anzuregen, zu durchgeistigen.

Der Philologe, der in dieser Weise arbeitet, wird nie seines Berufes überdrüssig werden. Der menschlichen Phantasie sind keine Schranken, mit Ausnahme der von Vernunft und Erkenntnis gesetzten, geboten. So wird er in der Vielheit des ihn umgebenden Stoffes stets neue Anregung finden, er wird nicht geistig verkümmern, und in dieser Verfassung ist er naturgemäß ganz anders imstande, vor die Jugend hinzutreten und zu lehren, was er selbst gelernt hat, nur in dieser Geistesverfassung vermag er Schöpfer, Jugendförderer, Jugendbildner zu sein.

Das Bild des Pädagogen, das ich in den vorangegangenen Zeilen entworfen habe, ist — wie man mir bald entgegenhalten dürfte — eine Idealgestalt, die mit der nüchternen Wirklichkeit nur wenig zu tun hat. Im allgemeinen wird es die wirtschaftliche Lage dem angehenden Philologen, dem jungen und älteren Studenten also, nicht ermöglichen, sich mit der heißen Liebe seiner Wissenschaft hinzugeben, die diese erfordert. Von der Wissenschaft gilt das Wort, welches *Karl Marx* einmal von der Pressefreiheit gebrauchte: sie ist eine Geliebte, die immer aufs neue erobert werden muß. Es wird dem jungen Philologen meist darauf ankommen, was ihm an lateinischem, griechischem und neusprachlichem Wissen geboten wird, möglichst schnell in sich aufzunehmen, um sich lediglich in Form eines *Staatsexamens* zu dem Empfangenen selbständig zu äußern. Daß bei dieser Art von Arbeit eine harmonische Durchdenkung des Stoffes, eine Vertiefung in die *klassische Ideenwelt der Antike* nicht oder nur sehr oberflächlich möglich ist, liegt auf der Hand. Und so entstand, mit dem erschwerten Wirtschaftskampf in immer ausgeprägterer Form, der ausgetrocknete, buchstabengläubige und buchstabenwissende Pädagoge, der seinen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Hörern nichts anderes als tote Gelehrsamkeit zu predigen vermochte, und den diese mit dem treffenden Namen „Pauker" belegten und charakterisierten.

In dieser *wirtschaftlichen Notlage* der jungen Pädagogen erblicke ich die letzte und tiefste Ursache ihrer *geistigen Notlage*, erblicke ich letzten Endes den Grund dafür, daß der humanistische Unterricht in den Schulen die trostlosen Formen angenommen hat, die wir heute auch von seinen Anhängern rücksichtslos verurteilt finden.

Die Sozialdemokratie hat sich im allgemeinen dem griechischen und lateinischen Unterricht in den Schulen nicht allzu freundlich gegenüber gestellt. Wenn ich an dieser Stelle ein persönliches Bekenntnis einfügen darf, so würde es die Tatsache enthalten, daß mir bei *Schuletatdebatten* die Ausführungen der Redner der rechtsstehenden Fraktionen oftmals mehr zusagten, als die unserer Parteigenossen. Wenn die Sozialdemokratie der humanistischen Weltanschauung bisher einigermaßen fremd gegenüber gestanden hat, so hat dies natürlich seinen „zureichenden Grund": Er ist hierin zu suchen und zu finden, daß die Sozialdemokratie in ihrem gesund-kritischen Blick für das Unzulängliche lediglich die Mängel der bisherigen Methode sah, ohne allzu tief in ihre Ursachen eingedrungen zu sein.

Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die *Beibehaltung des humanistischen Unterrichts* in den Schulen, ja für seine Ausgestaltung — wenn auch auf gänzlich veränderter Grundlage — einsetze, so muß mir eine, wenn auch nur kurze *Begründung* dieser Forderung eingeräumt werden. Daß ich nicht ein sinnlos mechanisches Erlernen griechischer und lateinischer Vokabeln fordere, dürfte nach den vorstehenden Ausführungen klar sein. Wer dies glaubt, der würde das *Wesen des Humanismus* in seiner vollkommenen Eigenartigkeit durchaus verkennen. *Humanismus ist Klassik.* Was aber ist Klassik? In seinen Gesprächen mit *Eckermann* gibt *Goethe* gelegentlich eine kurze, überaus treffende Erklärung des Klassischen. Er stellt als Gegensätze das *Klassische* und das *Romantische* hin und bestimmt den Begriff des Romantischen als das Krankhafte, Entartete, den Begriff des Klassischen als das Starke, Kräftige, Gesunde. *In diesem Sinne soll Klassizismus, soll Humanismus in der Schule gepflegt werden.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Was ist denn der Zweck der Schule? Letzten Endes ist es doch der, den Kindern genügend Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, um sich im Lebenskampf behaupten zu können. Dieses Rüstzeug ist aber nicht eine Fülle von positivem Einzelwissen, es ist nicht die Summe geistlos aneinander gereihter Tatsachen, es ist vielmehr einzig und allein in der *Weltanschauung* zu erblicken, die dem Kinde mit auf den Weg gegeben wird, oder wenigstens in den Mitteln, sich aus Eigenem eine solche zu begründen und die richtigen Perspektiven zu ihr zu nehmen. Hierzu ist der Geist der Antike über alles geeignet. Die *Geschichte* des klassischen Altertums muß enger, als es bisher geschehen, mit seiner *Sprache* verwirkt und verwoben werden. Es muß aus einer Datenaufzählung allmählich ein *Kulturbild* geschaffen werden, welches dem Lernenden ein Mosaiksteinchen gleichsam in dem von ihm für sich selbst aufzubauenden Weltbilde darstellt. Der Klassizismus muß die Grundlage des geschichtlichen und kulturellen Denkens werden, die Grundlage, die zum Verständnis des heutigen Geschehens unumgänglich notwendig ist. Dann — aber auch nur dann — wird Geschichte das, als was sie *Ehrlich* treffend definiert, dann wird ihr Gegenstand: „die menschlichen Gemeinschaften, und zwar ihre Zustände (oder Beschaffenheiten) und Beziehungen zueinander und die Veränderungen dieser Zustände und Beziehungen".[1]

Gerade die Sozialdemokratie erscheint besonders geeignet, diese hohe Aufgabe in ihrer ganzen kulturellen Tiefe restlos zu erschöpfen und zu würdigen. Der Sozialismus als Weltanschauung lehrt mehr als jedes andere theoretische Lehrgebäude, welches sich gleichfalls den stolzen Namen einer Weltanschauung beilegen möchte, den *entwicklungsgemäßen Charakter* aller Dinge, den ewigen Fluß des Geschehens; gerade der Sozialismus glaubt an die *organische Weiter- und Aufwärtsentwicklung der Menschheit.* So ist gerade er dazu berufen, das Wesen des Klassizismus, soweit dieser kulturfördernd ist, zu erfassen und richtig einzuschätzen. Sind wir uns aber der Bedeutung dieser Tatsache erst einmal klar geworden, so ist es unsere Pflicht, der Jugend das zu geben, was wir als eine kulturelle Notwendigkeit für sie erachten. Keine tote Buchstabenweisheit mehr und keine nüchterne

[1] Dr. Otto Ehrlich: Wie ist Geschichte als Wissenschaft möglich? S. 30.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Büchergelehrsamkeit fordern wir; unwesentlich erscheint es uns, ob der Heranwachsende eine Einzelkenntnis sämtlicher grammatischer Regeln besitzt oder nicht; es genügt und ist erforderlich, daß er die Grammatik so weit beherrscht, als sie die *Vergegenständlichung der Logik* der antiken Völker ist, daß er aus der fremden Sprache die Kenntnis des fremden Wesens schöpft und sich eine Erfassung der kulturellen Bedeutung der Antike zu eigen macht, die ihm als Grundlage für seine ferneren Studien zu dienen hat.

Vielleicht dürften vorstehende Ausführungen geeignet sein, die innere Abneigung, mit der immer noch eine große Anzahl von Parteigenossen dem Problem des Humanismus gegenübersteht, ein wenig zu mildern. Diese Abneigung begründet sich m. E. viel weniger auf dem Haß gegen die Antike als solche, als vielmehr auf dem Mißverstehen des ihr Wesentlichen, und dieses Mißverstehen wiederum erklärt sich nur zu gut aus der Art, wie man mit der „klassisch-humanistischen Bildung" in den „höheren" Schulen bisher umgesprungen ist.

Bildung! Erhabenes Wort, das du in dem Spießbürger Wonneschauer des Entzückens erregst, das du ihn in seiner ganzen Persönlichkeit erhebst und ihn zu einem Vollmenschen machst; denn er hat ja etwas, was so vielen seiner Mitbürger versagt ist. Der Typus des *Bildungsphilisters* ist von *Nietzsche* in klassischer Form erkannt und gegeißelt worden. In ihm prägt sich die ganze Mittelmäßigkeit, prägt sich die geistige Hilflosigkeit wirklichen Lebensproblemen gegenüber aus, und leider ist der Bildungsphilister heute nicht mehr eine Spezialität und ein Original, er ist ein Typus geworden. Er selbst ist daran ziemlich unschuldig. Der Fehler ist auch hier wie überall in *gesellschaftlichen* Erscheinungen zu suchen und *soziologisch* zu begründen. Wenn es einer einzelnen Schicht lediglich auf Grund ihrer besseren wirtschaftlichen Lage vergönnt ist, in Wissensgebiete einzudringen, die anderen, ärmeren Gesellschaftsklassen verschlossen sind, so gerät sie leicht in die Gefahr der Ueberhebung. Aber es geht ihr damit für sie selbst etwas viel Größeres verloren: die tiefe Liebe nämlich zu dem Schatz, der allein ihr sich enthüllt; sie sieht die Beschäftigung mit der Wissenschaft, in unserem Falle mit dem Humanismus und der Antike, als ihr Privileg an, und in snobistischem Dünkel glaubt sie sich über die anderen erhaben. Hieraus ist der widerliche Typus des modernen, humanistisch gebildeten Men-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schen entstanden, der eine höchst unerfreuliche Erscheinung ist und damit den humanistischen Gedanken aufs ärgste kompromittiert hat. Fallen aber die wirtschaftlichen Schranken, wie es nur in der *sozialen Republik* möglich ist, so schwinden auch die Voraussetzungen, die dem Humanismus, wie er sich uns heute darstellt, in berechtigten Mißkredit gebracht haben. Wenn die Beschäftigung mit ihm nicht mehr Privileg des leistungsfähigen Geldsacks ist, wenn die Eindringung in die Weltanschauung der Antike Gemeingut aller derer geworden ist, denen sie inneres Bedürfnis und Lebensnotwendigkeit geworden ist, dann wird der Humanismus in der reinen Form erstrahlen, wie er uns als Ideal vorschwebt, dann wird die Beschäftigung mit *Homer* und *Archilochus*, mit *Cicero* und *Horaz*, mit *Pindar* und *Herodot* reine Freude des reinen Menschen werden und ihm zu jener inneren Harmonie verhelfen, die ihm — nach Leibniz — prästabiliert ist.

Unsere Zeit erblickt in wissenschaftlicher Hinsicht ihre Aufgabe darin, die unendliche Fülle des vorhandenen Stoffes, auf dem sie geistig aufzubauen und den sie innerlich zu verarbeiten hat, zu gliedern, zu zerlegen und damit übersichtlicher zu machen. Aus dieser wissenschaftlichen Notwendigkeit ergibt sich ein starker Hang zur *Differenzierung*, der eines Menschen von starker Individualität gleichmäßige Betätigung auf vielen Gebieten zur Unmöglichkeit macht. Dieser Hang, diese Notwendigkeit zur Differenzierung hat es dahin gebracht, daß sogar der Lernstoff in den Schulen geteilt worden ist, und im Gegensatz zu der eben geschilderten humanistischen Lehre hat man einen *realistischen* Bildungszweig abgegrenzt. Rein sprachlich genommen ist der Ausdruck „reale Bildung" ein Unding. Indem er das Reale als das Wirkliche, das Gegebene in einen Gegensatz zu dem Humanen, dem Geistigen, dem Ideellen, dem Gedachten bringt, läßt er auch die bescheidenste *philosophische Einsicht* in die Tatsache vermissen, daß das, was uns gegeben scheint, doch in Wirklichkeit durchaus nicht die Beschaffenheit des Anscheins haben muß. Es zeigt sich in der Bezeichnung „Das Reale" jener *naive Realismus*, jener gutgläubige *Empirismus*, den wir seit der durch *Kant* begründeten *kritizistischen Periode* der Philosophie doch endlich überwunden haben sollten. In vorliegender Betrachtung jedoch wollen wir uns dem Sprachgebrauch fügen und den Realis-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mus in dem Sinne nehmen, in dem er heute in der Schulwissenschaft verwandt wird.

Die Realschule sieht es als ihre Aufgabe an, dem jungen Menschen ein möglichst breit fundiertes Wissen von der ihn umgebenden *Tatsachenwelt* mit auf den Weg zu geben. In der Erwägung, daß *Volkswirtschaft* im kapitalistischen Zeitalter *Weltwirtschaft* ist — im Gegensatz zu der *Stadtwirtschaft* des Altertums und der *Naturalwirtschaft* des Mittelalters — wird dem Realschüler wenigstens eine Grundkenntnis der führenden modernen Sprachen, des Französischen und Englischen, vermittelt. Daneben nimmt der *naturwissenschaftliche* Unterricht breitesten Umfang ein. In einigermaßen gründlicher Darstellung wird eine Einführung in die Grundgesetze der *Physik* und *Chemie* sowie in den höheren Teil der *Mathematik* geboten. In der Erkenntnis, daß die *Technik* im zwanzigsten Jahrhundert ein großer Kulturfaktor geworden ist, wird ferner auf Einführung in die wesentlichsten technischen Neuerungen größter Wert gelegt.

Diese Methodik ist — soweit es sich um das handelt, was sie positiv gibt, — durchaus richtig. Wenn wir aber die Dinge von der anderen Seite betrachten, so müssen wir geradezu erschrecken, wie wenig sie die *kulturellen Zusammenhänge* des Lebens berücksichtigt, wie wenig sie doch dazu beiträgt, dem werdenden Menschen das zu geben, was doch die Grund- und Kernaufgabe einer Schule sein sollte: eine Weltanschauung.

Wenn ich meine persönlichen Eindrücke, die ich bei dem jungen Realisten, wie er mit 18 oder 19 Jahren die Schule verläßt, empfangen habe, wiedergeben soll, so könnte ich nur ein wenig erfreuliches Bild zeichnen. Was er weiß, sind Halbheiten. Was er mitbringt, ist wohl eine einigermaßen gediegene Kenntnis von dem Naturgeschehen, was er aber vermissen läßt, ist mehr. *Die Entwicklung hat bei ihm um zwei Jahrtausende zu spät eingesetzt.* Hier liegt m. E. die Wurzel des Uebels. Wenn es gelingt, der Realschule diesen einen Vorwurf zu nehmen, so dürfte vieles, wenn nicht alles erreicht sein.

Die einzige Schule, in der einigermaßen begründete Hoffnung hierauf besteht, ist die Schule der sozialen Republik. Wenn auch durch das in der Nationalversammlung angenom-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mene und in der Verfassung niedergelegte *Schulkompromiß* noch keinesfalls das Ideal der künftigen Schule erreicht ist, so ist doch wenigstens ein Schritt hierzu getan. Es ist m. E. bisher viel zu wenig beachtet worden, daß die humanistische und reale Bildung *durchaus keine Gegensätze* sind oder wenigstens keine solchen zu sein brauchen, vielmehr dürfte weitaus richtiger die Anschauung sein, die sie als zwei nebeneinander herlaufende, nicht aber sich durchkreuzende Strömungen betrachtet. Humanismus in dem tieferen Wert, der seinem Namen innewohnt, ist nichts weiter als die *auf Einsicht in die Antike beruhende abgerundete Lebensanschauung.* Realismus ist der Versuch einer Lösung des Weltproblems *aus der gegebenen und in ihren Gesetzen zu erforschenden Materie.* Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht beide einander ergänzend, vertiefend und wechselseitig befruchtend eine Vereinigung herstellen sollten.

Humanismus ist — wie es im Worte liegt — letzten Endes alles, was mit *Menschlichem* zusammenhängt. Realismus ist, was sich mit der res, mit der Sache befaßt. Bringen wir beides unter die Weltanschauung des Sozialismus, und fragen wir: was ist Sozialismus?, so erhalten wir die Antwort: *Sozialismus ist Liebe.* Liebe aber — so sagt *Hasenclever* in seiner herrlichen Bearbeitung der *Sophokleischen Antigone* — ist Menschlichkeit. Treten wir von diesem Standpunkte aus an das Problem des *Gesetzmäßigen in der Natur* heran, so vertiefen wir die Frage, so geben wir dem jungen Menschen schon in der Schule das, was man mit dem abgegriffenen Wort vom „höheren Gesichtspunkt" bezeichnen könnte. Eine Verbannung des realen Wissens aus der Schule wäre nicht nur völlig verkehrt, brächte uns nicht nur wissenschaftlich weit zurück, sondern sie wäre auch *unsozialistisch* durch und durch. Denn worauf anders beruht denn der Sozialismus als auf der Lehre von der Entwicklung alles Organischen? Woraus anders schöpft er seine werbende Kraft als aus der Erforschung und Feststellung der immanenten Wirtschaftsgesetze? Sehen wir vom Sozialismus als von einer *Ethik* oder *Religion* oder *Weltanschauung* ab und betrachten wir ihn lediglich als *Wirtschaftslehre,* so enthält er doch in erster Linie die Aufweisung derjenigen Tendenzen, die da geeignet sind, die heutige Gesellschaft für den Uebergang in eine künftige vorzubereiten. „Es ist nicht das Bewußtsein, welches das gesellschaftliche Sein,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sondern es ist das gesellschaftliche Sein, welches das Bewußtsein bestimmt." In diesen klassischen Worten legt *Karl Marx* die Philosophie der *materialistischen Geschichtsauffassung* nieder. Was aber anders ist diese als die Lehre von den realen Mächten und Faktoren der Gesellschaft?

Es zeigt sich also, daß der Sozialismus beide Zweige der Bildung, die sich heute zum Teil fremd, zum Teil feindlich gegenüberstehen, nicht entbehren kann, wenn er seine hohen Kulturaufgaben lösen will. Eine Durchbildung der Persönlichkeit auch schon in den jungen Jahren, die zur inneren Harmonie hinführt, eine Vertrautheit mit den entwicklungsgemäßen Gesetzen in der Natur und eine Einsicht in das organische Geschehen des gesellschaftlichen Werdens, die Möglichkeit, sich schon frühzeitig die Fundamente einer *individuellen Weltanschauung* zu legen, das sind die hohen Aufgaben, die nur von einer Verquickung humaner und realer Schulbildung zu erwarten sind, und die allein ein Geschlecht des *Vollmenschentums* zu erziehen vermögen, deren Züchtung letzte und höchste Kulturaufgabe des Sozialismus ist.

COLIN ROSS:

Der Geist im alten und neuen Heer.

DIE Gründung eines Republikanischen Führerbundes hat in der deutschnationalen Presse einen Aufruhr erregt, den man nur als einen Sturm im Wasserglase bezeichnen kann, denn alle die Absichten der Gesinnungsschnüffelei, des Gewissenszwangs usw., welche man von alldeutscher Seite dem R.F.B. zuschob, existieren nur in der Phantasie der Schreiber.

Wir leben in einer Republik und haben ein republikanisches Heer, also wäre an sich nichts überflüssiger als ein Republikanischer Führerbund. Tritt ein solcher aber ins Leben, so kann er im Grunde nichts anderes sein, als eine unpolitische, auf dem Boden der Staatsverfassung stehende Organisation, wie es die alten Kriegervereine im kaiserlichen Deutschland waren.

Jede Wehrmacht muß, soll sie nicht ein Fremdkörper bleiben, an dem der Staat letzten Endes zugrunde geht, unpolitisch sein oder die politische Gesinnung der Volksmehrheit

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

teilen, zum mindesten aber sich zu der herrschenden Staatsform bekennen.

Wenn in der Reichswehr oder im Offizierkorps monarchistische Gesinnung überwiegt, so ist das eine Erscheinung, mit der man sich als ein Zeichen der Uebergangszeit ruhig abfinden könnte. War doch auch im Heer des republikanischen Frankreichs nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs monarchistische Gesinnung im Offizierkorps noch Jahre lang vorherrschend.

Niemand wird es daher einem monarchistischen Offizier, der sich der Republik zur Verfügung gestellt hat, verargen, wenn er sich offen zu seiner monarchistischen Ueberzeugung bekennt.

Anders liegen jedoch die Dinge, wenn die monarchistische Gesinnung in dem Offizierkorps eines republikanischen Heeres derart überwiegt, daß überzeugte Republikaner ihre Ueberzeugung nicht frei äußern können, ohne befürchten zu müssen, wegen ihrer Ueberzeugung Schwierigkeiten zu haben und aus der Reichswehr hinausgedrängt zu werden. Oder was heißt es anders, wenn von seiten reaktionärer Offiziere behauptet wird, die Gründung eines Republikanischen Führerbundes gefährde die Einheitlichkeit des Offizierkorps. Das kann doch nur heißen, daß man *nur* monarchistische Gesinnung gelten lassen will.

Es ist bedauerlich, daß ein Republikanischer Führerbund gegründet wurde, aber bedauerlicher, daß seine Gründung notwendig war. Wenn nichts anderes seine Notwendigkeit erwiese, so ist es die fessellose Hetze, welche bereits die bloße Ankündigung seines Programms in der alldeutschen Presse erregte.

Es ist dies um so bemerkenswerter, als sich dieses Programm in durchaus neutralen Bahnen bewegt. Es hält sich ängstlich von jeder Parteifärbung fern, mit keinem Worte ist in ihm von Sozialismus die Rede. Es fordert nur, was doch im Grunde eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Republik auch über ein republikanisches Heer verfüge, und ohne der ehrlichen Ueberzeugung anders denkender Offiziere zu nahe treten zu wollen, verlangt es, daß auch der Republikaner im republikanischen Heere gegen Verfolgungen und Schikane gesichert sei.

Dieses Programm lag übrigens vor seiner Veröffentlichung dem Reichswehrminister vor und wurde von ihm im allge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

meinen gebilligt. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß sowohl dem Reichswehrminister wie den Gründern des Bundes jeder Gedanke an das Hineintragen von Parteipolitik in das Heer, an Gesinnungsschnüffelei oder Gewissenszwang fernlag. Die Gründung des Bundes sollte nichts anderes bezwecken als mitzuhelfen, die Reichswehr zu festigen und sie mit der Gesinnung der Mehrheit des Volkes, und das ist der republikanische Gedanke, zu erfüllen.

Niemand als die Gründer des Bundes wird mehr die Idee bekämpfen, den R.F.B. zu einer Art Stellenvermittlung für republikanisch fühlende Offiziere zu machen. Es wird Sache des Bundes sein, sich von solchen Tendenzen, falls versucht werden sollte sie hineinzutragen, strikt fernzuhalten. Bisher ist dieser Gedanke allerdings bloß in den Köpfen alldeutsch fühlender Offiziere und ihres Anhangs aufgetaucht, welche die bloße Tatsache der Gründung eines Republikanischen Führerbundes mit Entsetzen und Empörung erfüllt hat.

Bei der kleinen Wehrmacht, welche die Entente uns belassen, und vor allem bei dem unglückseligen Söldnersystem, das sie uns aufgezwungen hat, ist der Geist, der sie erfüllt, doppelt wichtig. Die politische Uninteressiertheit der Reichswehr wäre zweifellos das Ideal. Allein, da eine derartige Haltung infolge der Politisierung unseres ganzen Volkes einmal nicht erreichbar ist, zum andern nicht wünschenswert erscheint, weil sie eine Verkalkung und Entfremdung der Wehrmacht gegenüber dem Volke bedeuten könnte, wenn darum auch die politische Betätigung den Reichswehrangehörigen nicht verboten werden kann, so muß doch unbedingt angestrebt werden, daß dieser Tätigkeit jeder propagandistische Gedanke fehlt und Parteistreit der Wehrmacht des Reiches ferngehalten wird.

Was bedeutet es aber anders als Parteipolitik, und zwar schlimmster, d. h. regierungsfeindlicher Art, wenn Reichswehroffiziere einer Vereinigung wie dem Nationalverband Deutscher Offiziere angehören, der offen und unverhüllt monarchistische Propaganda treibt, und wenn von Reichswehrtruppen noch dazu bei so heiklen Anlässen wie bei der Abwehr von Demonstrationsumzügen deutsch-nationale Parteifahnen geführt werden.

Dies sind Auswüchse schlimmster Art, und gegen sie will der Republikanische Führerbund einschreiten. Er will nie-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mands ehrliche politische Ueberzeugung antasten, so lange nicht die provokatorische Betätigung eine Gefahr für die Reichswehr bildet. Er strebt als nach einer Selbstverständlichkeit nach der Republikanisierung der Wehrmacht, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß monarchistische Offiziere von ihrem Posten verdrängt werden, sondern daß dem republikanischen Gedanken auch unter den Offizieren der Boden bereitet werden soll.

Das alte kaiserliche Heer war unpolitisch, aber es galt als Selbstverständlichkeit, daß jeder Heeresangehörige, zum mindesten jeder Offizier, streng auf dem Boden monarchistischer Gesinnung stand. Es ist darum eine Verdrehung schlimmster Art, wenn der Generalmajor von Hülsen, der Führer der 3. Reichswehrbrigade, in einem Artikel in den „Offenen Worten", in dem er den Republikanischen Führerbund auf das heftigste angreift und ihm niedrige Absichten unterstellt, das folgende schreibt: „Es ist merkwürdig, wie schlecht die Sozialdemokratie gemeinhin über die Stellung der Offiziere zur Monarchie Bescheid weiß. Tatsächlich konnten die verschiedensten Anschauungen ungestört nebeneinander bestehen. Es herrschte eine fast schrankenlose Freiheit auf politischem Gebiete. Jedermann konnte seiner Ueberzeugung nach leben. . ."

Wir wollen Generalmajor von Hülsen gern den guten Glauben zubilligen, daß es im alten kaiserlichen Heere politische Meinungsfreiheit gab. Er denkt wahrscheinlich nicht daran, daß ein Sozialdemokrat es nicht einmal zum Gefreiten bringen konnte, daß selbst die Reserveoffiziere in ihren politischen Ansichten ängstlich geprüft und überwacht wurden, und daß es selbst im Krieg eine Ausnahme blieb, daß Sozialdemokraten zu Offizieren befördert wurden.

Wollte die jetzige Regierung und der sozialdemokratische Reichswehrminister sich auf den Standpunkt der alten kaiserlichen Regierung stellen, so müßten sie wie ehemals die monarchische jetzt die republikanische Gesinnung als Vorbedingung zum Eintritt in die Reichswehr fordern. Statt dessen ist jetzt jedem Offizier, unbeschadet seiner Gesinnung, ja sogar unbeschadet seiner politischen Betätigung, — die doch, das wollen wir nicht vergessen, in einzelnen Fällen wie anläßlich des Friedensschlusses bis zur Aufkündigung des Gehorsams ging, — die Möglichkeit zum Dienst in der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Reichswehr gegeben. Wenn die republikanischen Elemente sich zusammenschließen, so geschieht dies lediglich aus dem Grunde, um einem allzu starken Ueberwiegen der monarchistischen Gesinnung mit ihren gefährlichen inner- und außerpolitischen Folgen entgegenzutreten.

Vor allem muß in energischster Weise dagegen protestiert werden, wenn von alldeutscher Seite republikanisch gesinnte Offiziere als Ueberläufer, Gesinnungslumpen, Konjunkturzsozialisten und dergleichen hingestellt werden. Es kann sehr gut einer vor dem Krieg überzeugter kaisertreuer Offizier gewesen sein, um im Verlauf des Weltkrieges angesichts der Mißwirtschaft kaiserlicher Politik sich zum überzeugten Republikaner und Sozialisten zu entwickeln. Die Zahl dieser Offiziere war zu Beginn der Revolution keineswegs gering. Das törichte Verhalten der Soldatenräte gegenüber diesen Offizieren wie die allgemeine Offiziershetze des Pöbels haben in gleicher Weise dazu beigetragen, den größten Teil dieser Offiziere in das reaktionäre Lager, dem sie innerlich entfremdet waren, zurückzutreiben. Dazu kam ferner das völlige Unverständnis, welches sowohl die sozialdemokratische wie die demokratische Partei der eminent wichtigen Offiziersfrage entgegenbrachte, und so war es der intensiven Propaganda, welche die alten reaktionären Elemente des Offizierkorps mit Unterstützung der deutschnationalen Presse und deutschnationalen Kapitals trieben, sehr bald möglich, das Offizierkorps in festgeschlossenen reaktionären Verbänden zusammenzufassen und diesen Geist in die Reichswehr zu tragen.

Was nun den Vorwurf der Gesinnungslumperei und der Konjunkturpolitik anbetrifft, so bedeutet das Bekenntnis zur Republik heute für den Offizier keineswegs irgendwelchen Vorteil oder Förderung; er setzt sich im Gegenteil durch freimütiges Bekenntnis zur Demokratie und zur Republik lediglich schärfsten persönlichen Anfeindungen und, sofern er Reichswehrangehöriger ist, dem Verlust seiner Stellung aus. Wer hieran noch zweifelte, den kann die Hetze gegen den Republikanischen Führerbund eines besseren belehren.

Allein, es soll hier nochmals betont werden, daß es auf Stellung und Karriere der einzelnen nicht ankommt, sondern lediglich auf das Interesse des Volksganzen. Und dieses fordert ein Heer, welches vom Geiste der Volksmehrheit erfüllt ist und sich zur herrschenden Staatsform bekennt.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Uns, die wir die heißen Fronten aus eigener Erfahrung kannten, war dies alles nichts Neues. Es war nur die Bestätigung oft geäußerter Warnungen.

Wenn es seinerzeit Alexander dem Großen, den Assyrern und Persern gelang, große militärische Unternehmungen in Vorderasien durchzuführen, so geschah das unter ganz anderen Verhältnissen. Sie verwendeten Einheimische, die dem Klima gewachsen waren, denn auch Alexanders Mazedonier stammten aus einem von Malaria schwer heimgesuchten Lande. Ueberdies sorgten die Feldherren der damaligen Zeit vor allem für gute Nachschublinien, ehe sie einen Schritt weiter machten. Ausschlaggebend war in den Schlachten, abgesehen von der Führung, die physische Kraft des einzelnen. Man focht mit Waffen, die nicht eines komplizierten Nachschubs, der Ergänzung aus der Heimat bedurften.

In Deutschland wurde lange Jahre großer Unfug mit dem Schlagwort einer *Bedrohung Englands in Aegypten* getrieben. Nur Leute, welche die vorderasiatische Natur nicht kennen, welche sich nie ernsthaft mit den Faktoren beschäftigt haben, die in Kolonialkriegen entscheidend sind, konnten die auf die Eroberung Aegyptens von Palästina her abzielenden Pläne ernst nehmen. Als Kambyses und Alexander gegen Aegypten zogen, unternahmen sie dies unter ganz anderen Voraussetzungen. Es war ein unkriegerisches Volk, das ihrer Kraft erlag. Es gab keine Fernwaffen in unserem Sinne, Umfassung, Munitions- und Materialtransport spielten nicht die Rolle wie heute. Uebrigens beherrschte Alexander das Meer.

Die Verbindungslinie für jede deutsch-türkische Operation aus Palästina gegen Aegypten war etwa 300 km Fußmarsch durch wasserlose Wüste, 400 km leistungsunfähige Kleinbahn, etwa 1000 Kilometer nicht ausgebaute Vollbahn ohne ausreichenden Brennstoff. Die englische Stellung lag hinter dem Suezkanal, einem großen breiten Hindernis für alle Waffen, auf beiden Seiten angelehnt an das von der englischen Flotte beherrschte Meer, die mit ihren weittragenden Geschützen tief in die flache Wüste hineinreichte. Im Suezkanal selbst lagen schwimmende Batterien, an der das Westufer des Kanals entlang führenden Vollbahn eingebaute schwere Batterien, die ihre Munition direkt aus den Eisenbahnwagen in das Geschützrohr verbringen konnten. Schwerste Schiffsgeschütze waren in reichlicher Zahl überall vorhanden. Hinter dem Hindernis stand eine gut disziplinierte englisch-indische Armee bereit. Demgegenüber mußte die deutsch-türkische Operation jedes 15-cm-Geschoß auf Kamelsrücken durch die Wüste schleppen. Ich brauche nicht mehr zu sagen.

Wenn ein Erfolg gegen Aegypten überhaupt möglich war, so konnte das nur Ende 1914, unmittelbar nach dem Anschluß der Türkei an die Mittelmächte, der Fall sein. Damals wäre vielleicht mit Ueberraschung der Suezkanal zu nehmen gewesen. Nachher war jede derartige Operation zum Scheitern verurteilt.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ich kam im Herbst 1916 krank aus Bagdad zurück. Als ich den Taurus passierte, sah ich dort einen ganzen Militärzug, beladen mit einem Korps Brückentrain, der für Aegypten bestimmt war. Der zweite Vorstoß gegen Aegypten war eben im Gange. Kostbares Personal und Material ging bei dieser völlig nutzlosen Unternehmung zugrunde. Ungeheures Geld wurde in sie hineingesteckt, sie zerflatterte in nichts. Tausende von Kamelen, die man für sie angekauft hatte, gingen nachher an Nahrungsmangel zugrunde und verpesteten das Gebiet um das Tote Meer.

Dieses Abenteuer war nur möglich, weil sich im Großen Hauptquartier in Deutschland niemand befand, der die Verhältnisse Vorderasiens kannte. Alle die Türkei betreffenden Dinge wurden dort am grünen Tisch autoritativ von Leuten behandelt, die noch nie über die deutschen Grenzpfähle hinausgekommen waren, und die von einer Sandwüste keinen anderen Begriff hatten, als den ihnen in der Schule durch das Geographiebuch vermittelten.

Eine besonders unglückliche Hand hatten die deutschen maßgebenden Behörden vielfach in der Auswahl der in der Türkei zu verwendenden Persönlichkeiten. Diese erfolgte meist nicht nach Eignung, sondern auf Grund von Namen und Verbindungen. Fast niemals gelang es, Leute, deren Landeskenntnis von Nutzen sein konnte, auf Anforderung hinauszubekommen. Diejenigen, welche Verbindungen nach dem stellvertretenden Generalstab oder zum Berliner Kriegsministerium hatten, stellten das Hauptkontingent der abkommandierten Offiziere.

Meist wurde gar keine Rücksicht darauf genommen, daß der in der Türkei arbeitende Offizier wenigstens einigermaßen französisch sprechen können mußte, da diese Sprache oft das einzige Verständigungsmittel im amtlichen und privaten Verkehr war.

Viele Offiziere kamen mit nörgelnder Kritik und überhebendem Hochmut nach der Türkei und zeigten dies in offenkundiger Weise. Dadurch wurden auch türkische Kreise, die mit ihren Sympathien auf deutscher Seite standen, häufig abgestoßen. Das prätentiöse Auftreten besonders junger Leute war sehr häufig nicht von einer konkreten Leistung begleitet. Oft wurde gegen den Grundsatz verstoßen, daß auch der jüngste Leutnant im Ausland ein gewisses diplomatisches Geschick entwickeln und vor allem wissen muß, daß er viel mehr in der Oeffentlichkeit steht als in der Heimat, und daß jede seiner Handlungen, jedes Wort nicht immer wohlwollender Kritik unterliegt. Das Auftreten vieler Offiziere in Konstantinopel, ebenso wie die Ueberschwemmung Vorderasiens mit deutschen Offizieren, als Falkenhayn kam, die damit im Zusammenhang stehenden Taktlosigkeiten und groben Verstöße gegen orientalische Sitte haben dazu geführt, daß das deutsche Element nach vier Jahren Krieg und ungeheuren personellen und materiellen Opfern Deutschlands für die Türkei dort viel unbeliebter ist als vorher.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Man hat überhaupt *viel zu viele Offiziere* nach dem Orient geschickt. In Konstantinopel war vorübergehend das Straßenbild derartig von der deutschen Uniform beherrscht, daß man offiziellerseits die Parole ausgab, die deutschen Offiziere möchten in Zivil gehen. Der Armee-Gruppenstab Falkenhayns war berechnet für eine Armeegruppe von etwa einer halben Million Gefechtsstärke und hatte kaum 30 000 Mann zu kommandieren. Als er 1917 in Jerusalem eintraf, gab es kein Quartier mehr für andere Leute, Genesungsanstalten und Lazarette mußten geräumt werden, damit er Platz fand.

In Konstantinopel arbeiteten fünf deutsche Militärbehörden nebeneinander. Das türkische Große Hauptquartier, die deutsche Militärmission, der deutsche Militärbevollmächtigte mit je einem deutschen General an der Spitze und einem umfangreichen Stabe. Außerdem der Vertreter der Heeresgruppe F (Falkenhayn) und der deutsche Marineattaché. Diese sämtlichen Behörden waren sich meist über das politische und militärische Ziel, das in Vorderasien zu erreichen war, uneinig, zogen an verschiedenen Strängen und waren sich teilweise spinnefeind.

Die deutsche Militärmission mit ihrem reichlichen Personal an Generalstabsoffizieren, Adjutanten, Intendanten war schon im Jahre 1917 nichts anderes mehr als ein Etappenkommando für die bei der Armee Liman und im Kaukasus verwendeten deutschen Heeresangehörigen. In eisenbahntechnischer Hinsicht beaufsichtigte sie nur die Vollbahnstrecke Haidar-Pascha—Aleppo. Ein deutscher Stabsoffizier mit geringem Unterpersonal wäre wohl imstande gewesen, die ganze Arbeit dieser Behörde, die ungeheure Mittel verschlang, zu bewältigen.

Ein typisches Bild im Leben Konstantinopels waren die zahlreichen aus Deutschland unter dem Vorwande der Inspektion eintreffenden Persönlichkeiten mit Ordensschmerzen. Ein großer Automobilpark mußte allein für die Bedürfnisse der in den Bureaus Konstantinopels sitzenden Offiziere dort unterhalten werden, zu einer Zeit, wo das Benzin an der Front überaus knapp war.

Stets litten die militärischen Verhältnisse der Türkei daran, daß nie eine einheitliche Spitze, die die Militärpolitik Deutschlands vertrat und die vielen Parallelbehörden einheitlich zusammenfaßte, in Konstantinopel vorhanden war. Auch zwischen der Botschaft und den Militärbehörden bestanden häufig große Meinungsverschiedenheiten.

Der Gegensatz in den politischen Anschauungen der verantwortlichen Personen in Konstantinopel führte im Spätsommer 1918 im Kaukasus zu Ereignissen, die grelle Schlaglichter auf die politische Unfähigkeit der deutschen Militärpolitik werfen. Nach dem Abschluß des Brest-Litowsker Vertrags waren die im Jahre 1877 an Rußland verlorenen drei Provinzen der Türkei zurück-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zugeben. Während das von einem deutschen General geleitete türkische Hauptquartier daraus die Berechtigung, in Transkaukasien einzumarschieren und auf Baku vorzugehen, ableitete, stand das deutsche Auswärtige Amt auf dem Standpunkt, daß die militärische und politische Betätigung in diesem Gebiete Deutschland vorzubehalten sei. Die Folge dieser Verschiedenheit in den Anschauungen führte zu Zusammenstößen zwischen türkischen und deutschen Truppen in der Gegend östlich von Batum, die blutige Verluste nach sich zogen. Eine großzügige deutsche Politik, die wußte, was sie will, und ihre unterstellten Behörden in der Gewalt hat, mußte Mittel und Wege finden, sich mit den Bundesgenossen über die einzuschlagende Richtung klar zu verständigen, ehe sie so bedauerliche Vorkommnisse zuließ, welche die ohnehin schon kalten Beziehungen zwischen den Kampfgenossen endgültig zu vergiften drohten.

Uebrigens war der von der deutschen Leitung des türkischen Großen Hauptquartiers gewollte Vorstoß auf Baku und Transkaukasien ein grober operativer Fehler. Er beruhte auf einer völlig falschen Anschauung über die militärische Lage der Türkei und einer Ueberschätzung der eigenen Machtmittel, die besonders gefährlich bei einer Unternehmung sein mußte, die sich in einem hilfsmittelarmen Land mit mächtigen Gebirgen und kaum entwickeltem Verkehrsnetz vollzog. Die Türkei war damals längst nicht mehr stark genug, um auf zwei so weit entfernten Fronten, wie sie Palästina und der Kaukasus sind, militärisch kräftig aufzutreten. Die kaukasische Offensive mußte lähmend auf die Verhältnisse in Palästina einwirken, und hat unbedingt zu einer Schwächung der Palästinafront geführt. Wenn es auch richtig ist, daß nicht viel mehr Kräfte, als tatsächlich transportiert wurden, auf der Bahn von Haidar-Pascha nach Palästina hätten befördert werden können, so wäre es doch sicher möglich gewesen, teils auf dem Landwege, teils durch eine Kombination von Eisenbahntransport und Landmarsch die Reserven, über die die Türkei noch verfügte, in der Gegend von Aleppo anzusammeln und sich dadurch einen Rückhalt an diesem wichtigsten Punkt des türkischen Reiches zu schaffen. Die im September 1918 an der Palästinafront eingetretene Katastrophe hätte dadurch ja wohl nicht verhindert werden können. Aber ihre vernichtenden Folgen hätte man ausschalten können. Es wäre möglich gewesen, rechtzeitig Kräfte zur Aufnahme in die Linie Bayrut—Rajak—Damaskus zu werfen und den Verlust des größten Teiles von Syrien hintanzuhalten. Die kärglichen Reste der Palästina-Armee, welche auf Aleppo zurückgedrängt wurden, waren natürlich nicht imstande, hier oder am Amanus ernsthaften Widerstand zu leisten, und so hatte die Niederlage von Nablus-Nazareth den endgültigen Zusammenbruch der türkischen Verteidigung zur Folge. Mit dem Fall Aleppos, mit der Eroberung des Amanuspasses war der Zusammen-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bruch der Türkei unaufhaltsam geworden. Damit war nicht nur Syrien und Mesopotamien, sondern auch Armenien und Kurdistan endgültig verloren.

Die Bedeutung Aleppos als Aufmarschgebiet, gewissermaßen als Kräftereservoir der für die Festhaltung Mesopotamiens und Palästinas, für den Schutz von Alexandrette und Adana notwendigen Kräfte wurde im Großen Hauptquartier Konstantinopels auch dann nicht erkannt, als mit dem Dardanellensiege die Gefahr für Konstantinopel endgültig beschworen war. Aber nicht nur operative, sondern auch organisatorische Gründe mußten dazu führen, die verfügbaren Reserven der Türkei in und bei Aleppo anzusammeln. Jeder durch Anatolien fahrende Militärzug verlor 50 Prozent an Deserteuren. Als ich im Frühjahr 1917 mit meiner Division Konstantinopel verließ, verfügte ich über etwa 12 000 Mann. In Birsaba, am Rande der Sinaiwüste angekommen, konnte ich dort etwa 6000 versammeln. Dabei hatte meine Division noch relativ wenig an Deserteuren verloren. Die Gründe für die Desertion waren klar. Die Züge fuhren tagelang langsam durch das Heimatgebiet. Aus Betriebsrücksichten hielten sie häufig auf freier Strecke. Vielfach hatten die Truppenteile kein richtiges Offizierkorps, die Bahnhöfe waren nicht bewacht, die Disziplin eine lockere. Der türkische Soldat wußte nicht, wofür er kämpfte, aber er wußte sicher, daß sich seine Familie bei dem Fehlen der Familienunterstützung in schwerster Notlage befand. Wurde er als Deserteur wieder eingefangen, so riskierte er 25 Stockhiebe und die Wiedereinziehung in Richtung nach Konstantinopel. Ueberdies gab es im Land Schlupfwinkel aller Art, die die Möglichkeit boten, sich zu verbergen.

Wenn man die in Palästina kämpfenden Truppenteile auf der Höhe halten wollte, mußte man große anatolische Ersatzeinheiten auf der Strecke Aleppo—Rajak aufbauen und sich dadurch zugleich für alle Fälle eine Reservearmee schaffen.

Noch kurz einige Worte über die *Katastrophe der Palästinaarmee* Ende September.

Wer die Lage an der Sinaifront kannte, wußte, daß der Zusammenbruch dort unausbleiblich, nur eine Frage der Zeit war. Eine Truppe, die an einer 1500 Kilometer langen schlechten Verbindungslinie hängt, die infolge mangelnden Ersatzes, infolge der Klimakrankheiten wie Butter an der Sonne hinschmilzt, die sich jahrelang einer gut genährten, mit allen technischen Hilfsmitteln versehenen feindlichen Ueberlegenheit gegenüber befindet, deren Ernährung schlecht ist, die vor einer Hungerkatastrophe steht, die von einer feindlichen Bevölkerung umgeben und durch ein gut geleitetes Spionagesystem dem Feinde mehr oder weniger ausgeliefert ist, mußte eines Tages zusammenbrechen. Es ist sicher ein Verdienst des Marschalls Liman, daß er mit unzureichenden

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Kräften so lange Widerstand geleistet hat. Nur besondere Glückszufälle waren es, welche den Durchbruch der Engländer in den beiden Schlachten von Aman verhinderten. Es war nur eine Frage der bei den Engländern vorhandenen Hilfsmittel und des von ihnen für den Generalangriff gewählten Zeitpunktes, wann der Durchbruch gelang.

Man kann sagen, daß hinter der Palästinafront wenig Reserven waren, so daß ein Bruch der Front gleichzeitig die Katastrophe bedeutete — wie soll jemand aber starke Reserven hinter der Front ansammeln, wenn er mit zirka 30 000 Gewehrträgern eine Frontlinie von über 100 Kilometer zu decken hatte, und dabei über eine Truppe verfügte, deren taktische Ausbildung nur den passiven Widerstand in gebauter Stellung ermöglichte. Auf die Dauer ist es eben ausgeschlossen, mit 30 000 verhungerten Soldaten, die kaum bekleidet sind, das Gewehr an einem Bindfaden über der Schulter tragen, einer Armee von 100 000 Mann, die ausgerüstet, gut genährt und ausgebildet sind, Widerstand zu leisten.

Der unglückliche Umstand, daß hinter dem ganzen rechten Flügel der Palästina-Armee keine brauchbare Straße lag, daß die Verbindungslinie und Rückzugslinie über Derat nach der Flanke führte, daß es einer unklugen Eingeborenenpolitik gelungen war. die sämtlichen Araber und Beduinen, im letzten Moment auch die Haurandrusen, auf die feindliche Seite zu bringen, fiel weiter erschwerend ins Gewicht.

* * *

Die deutsche Militärpolitik hat sich nahezu ausschließlich auf Enver Pascha gestützt. Sie übersah, daß neben ihm eine ganze Anzahl bedeutender Persönlichkeiten emporgewachsen waren, und richtete sich nicht auf die Notwendigkeit ein, eventuell auch mit anderen Machthabern arbeiten zu müssen. Sie setzte alles auf eine Karte und äußerte nicht das geringste Interesse, eine engere Fühlung zur türkischen Allgemeinheit zu gewinnen, dieser die nahe Verbindung mit Deutschland, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes verständlich zu machen.

Enver Pascha hatte schon Ende 1917 infolge der erlittenen Niederlagen, wegen seiner Stellung zum türkischen Offizierkorps, wegen der ihm mit Recht oder Unrecht zum Vorwurf gemachten privaten Erwerbstätigkeit unendlich an Popularität verloren. Im Heere besaß er mächtige und einflußreiche Gegner, seine Stellung war schon vor der Niederlage der Palästina-Armee im September 1918 schwer erschüttert.

Die deutschen Maßnahmen, die von Enver gestützt wurden, stießen häufig auf den offenen und geheimen Widerstand der gegen Enver arbeitenden Kräfte. Viele Maßnahmen konnten sich bloß deswegen nicht durchsetzen, weil sie von Enver ausgingen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die militärische Bedeutung Envers, ebenso wie seine politische Fähigkeit wurde von Deutschland weit überschätzt. So viel ihm die Türkei auch verdanken mag, als Soldat war er kein klarer Kopf, nicht konsequent in der Durchführung seiner Entschlüsse. als Politiker nicht von dem Weitblick, der in einer so gefährlichen Lage, wie sie diejenige war, in der sich die Türkei befand, allein die Mittel findet, um auch in schwierigen Situationen den richtigen Weg zu gehen.

Das Schlagwort „Weltpolitik" hat in den Reihen der deutschen Staatsmänner, in den Veröffentlichungen der deutschen Presse vor dem Krieg und während desselben eine große Rolle gespielt. Wenn irgendwo, so wurde während des Krieges im Orient der Beweis geliefert, daß unsere maßgebenden deutschen Behörden und Militärs zur Durchführung weltpolitischer Pläne jedenfalls nicht geeignet waren. Aus all ihren Handlungen sprach eine so krasse Unkenntnis des Auslandes, eine so vollständige Verkennung der tatsächlichen Lage, eine solche Unfähigkeit, mit fremden Verhältnissen fertig zu werden, ein fremdes Volk zu verstehen und mit ihm zu arbeiten, daß derjenige, der all dieses Durcheinander von Maßnahmen, von Fehlern und schwersten Unterlassungssünden miterlebt hat. sich nur darüber wundern kann, daß der unvermeidliche Zusammenbruch nicht schon viel früher eingetreten ist. Zu Beginn des Krieges standen in der Türkei dem Deutschtum alle Wege und Möglichkeiten offen; großzügiges; die Erfahrungen einzelner nutzendes einheitliches Vorgehen konnte dem Deutschen Reich dort eine Stellung verschaffen, wie sie nie ein anderes fremdes Volk in Vorderasien besessen hatte; dort lagen die schwachen Punkte unserer gefährlichsten Gegner zutage — schon im Jahre 1916 war unser Ansehen tief gesunken, und 1918 war der Deutsche in der Türkei nahezu überall verhaßter, als die gegen die Türkei in Waffen stehenden Feinde. Nie hat eine herrschende Klasse ihre Unfähigkeit zur Weltpolitik schlagender bewiesen, als während des Weltkrieges die deutsche im Orient.

Glossen.

An Herrn August Winnig!

Der Jude Ludwig Frank hat unter den ersten sein zukunftsreiches Leben für das Vaterland geopfert. Ihm gleich haben viele tausend deutsche Juden ihre vaterländische Pflicht erfüllt und ihr Leben oder ihre gesunden Glieder dafür eingesetzt. Ihr Gedanke war, ein Deutschland schaffen zu helfen, in dem alles gleich ist, was Menschenantlitz trägt.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Seit die deutsche Sozialdemokratie besteht, arbeiten zahllose Juden als Führer, als Unteroffiziere, als Soldaten in ihr mit. Sie sind glücklich, für eine Partei zu wirken, in der bisher nur der Mann und seine Leistung, nicht die Rasse galt. Bisher! Soll das heute anders werden? Führen Winnigs Glossen zur Ratifizierung eine neue Zeit für die Sozialdemokratie herauf? Eine Zeit, in der jeder deutsche Sozialdemokrat, der über Fragen spricht oder schreibt, die nationale Gefühle berühren — und welche Fragen täten das in letzter Linie nicht? —, dem Großinquisitor August Winnig zuvor die germanische Blutsprobe zu erbringen hat? Mit Verlaub, Herr Winnig, wie sieht es denn bei Ihnen mit besagter Probe aus? Meinen Sie nicht, daß jemand, dessen Tote seit vielen Geschlechtern in deutscher Erde ruhen, der Zeit seines Lebens sich allerdings in seiner, nicht in Ihrer Art als Deutscher gefühlt und betätigt hat, daß der auch ein bescheidenes Recht haben könnte, in Fragen des nationalen Gefühls mitzusprechen?

Sie führen die nationalen Regungen eines Volkes auf dunkle Geheimnisse des Bluts zurück. Ich halte diesen „dunklen" Begriff, verzeihen Sie das harte Wort, für ein leeres antisemitisches Schlagwort, das aus derselben Werkstatt stammt, wie andere Blutmärchen. Geschichtliche und geistige Wesenheit eines großen Volkes erfassen den zuwandernden Fremdstämmigen und formen ihn um, bis er bei allem Vorbehalt im einzelnen, in den wesentlichen Zügen ein Angehöriger des Wirtsvolkes geworden ist.

Ich teile Ihre Ueberzeugung: Das deutsche Volk wird sich aus diesem Niederbruch erheben! Es wird wieder frei und stolz unter den Völkern der Welt seinen Platz einnehmen!

Aber dazu kann es nicht durch Unduldsamkeit und Judenhaß gelangen. Es muß alle Kräfte frei machen, die bisher gefesselt waren. Es wird die Minderheiten der Weltvölker aufrufen, bis sie zur Mehrheit werden. Es wird, mit einem Worte, Deutschtum und Weltbürgertum zu verbinden wissen.

Georg Landsberg.

Winnigs Bemerkungen forderten, wie mir scheint, berechtigten Widerspruch heraus. Niemand hat das Recht, das „dunkle Geheimnis *des* Blutes" zu mißachten, das wir Juden für unser deutsches Vaterland vergossen haben. Leider dürfte wahr sein, daß ein größerer Prozentsatz Juden als Christen einem *verwaschenen* Weltbürgertum anhängt, in dem für deutsches Recht und deutsches Fühlen kein Raum war. Aber jede Verallgemeinerung tut bitter unrecht.

E. H.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ein Krieg ist köstlich gut,
Der auf den Frieden dringt;
Ein Fried' ist schändlich arg,
Der neues Kriegen bringt.

Logau.

*

Merkwürdig, wie blind die Menschen sind! Die Folterkammern des finsteren Mittelalters flößen ihnen Abscheu ein; auf ihre Arsenale aber sind sie stolz. *Berta von Suttner.*

*

Die gütige Natur enterbt nie gänzlich ihre Geschöpfe, und indem sie den Engländern alles, was schön und lieblich ist, versagte, und ihnen weder Stimme zum Gesang noch Sinne zum Genuß verliehen, und sie vielleicht nur mit ledernen Porterschläuchen statt mit menschlichen Seelen begabt hat, erteilte sie ihnen zum Ersatz ein groß Stück bürgerlicher Freiheit, das Talent sich häuslich bequem einzurichten, und den William Shakespeare. *Heinrich Heine.*

*

Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen! *Karl Marx.*

*

Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.

Jean Jaurès.

*

Tout idée fausse est dangereuse. On croit que les rêveurs ne font point de mal; on se trompe: ils en font beaucoup. Les utopies les plus inoffensives en apparence exercent réellement une action nuisible. Elles tendent à inspirer le dégoût de la réalité.

Anatole France.

*

Le moyen âge n'est clos que dans les manuels d'histoire qu'on donne aux écoliers pour leur fausser l'esprit. *Anatole France.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke von

Karl Kautsky

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von **Karl Kautsky.** 8. Tausend. Preis gebunden M. 9.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von **Karl Kautsky.** Dritte unveränderte Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.** Preis gebunden M. 6.—

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation.** Preis gebunden M. 6.—

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von **Karl Kautsky.** Sechzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Das Erfurter Programm. Von **Karl Kautsky.** Vierzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Thomas More und seine Utopie. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis gebunden M. 6.—

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von **Karl Kautsky.** 9. Tausend. Preis gebunden M. 5.50.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von **Karl Kautsky.** Preis gebunden M. 5.50.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Parlamentarismus und Demokratie. Von **Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 1.20.

Die Befreiung der Nationen. Von **Karl Kautsky.** Vierte Auflage. Preis M. 1.20.

Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Elsaß-Lothringen. Eine historische Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Für die Vertreter in Gemeinde- und Stadtverwaltungen

erschien soeben

in zweiter, vermehrter und verbesserter Auflage

die Schrift des bekannten Kommunalpolitikers

PAUL HIRSCH:

Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege

Preis kartoniert Mk. 3.—, gebunden Mk. 4.50

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68 **Lindenstraße 114**

Unsern Lesern empfehlen wir:

Die Einbanddecken der „Glocke"

für den IV. Jahrgang, Band I und II je Mk. **3.—**

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

BERLIN SW 68 **LINDENSTR. 114.**

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur **Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324.** Adresse des Herausgebers: **Dr. A. Helphand, Berlin.** Druck und Verlag: **Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.**

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band

№ 21

23. August 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

August Winnig . . . . . Blick nach Osten.

Dr. Paul Lensch . . Kohlenkrisis und Sozialismus

Paul Umbreit: Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes.

Dr. Erich Troß: Konsument und Produzent im Sozialismus.

Dr. Herbert Ruscheweyh: Vertragshaftung des Unternehmens und Betriebsrätesystem.

Müller-Brandenburg: Der Kampf um die Seeflanke.

Nummer 20 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Wilhelm Jansson . . . . . Amsterdam.

Dr. J. P. Buß (Heidelberg): Sozialismus — Pazifismus.

Dr. Werner Peiser: Humanistische Bildung in der sozialen Republik.

Colin Roß . . . Der Geist im alten und neuen Heer.

Hans von Kiesling: Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei. (Schluß.)

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

21. Heft 23. August 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

AUGUST WINNIG:

Blick nach Osten.

MIT dem nunmehr endgültig feststehenden Abzuge der deutschen Truppen aus dem Baltikum und Litauen vollzieht sich der letzte Akt der Liquidation der deutschen Ostpolitik. Weite Kreise werden das mit Genugtuung vermerken. Die deutsche Ostpolitik ist niemals wirklich volkstümlich gewesen. Das lag zum Teil an ihren äußeren Formen und Methoden, zum Teil an der Unreife unseres weltpolitischen Denkens, die ihrerseits hinwiederum durch unerfreuliche und unglückliche Eigenheiten der deutschen Entwicklung bedingt ist. Die starrsinnigen Reaktionäre, die mit unbestreitbarer Meisterschaft das kräftig aufstrebende Staatsgefühl der arbeitenden Klassen immer wieder zertraten, tragen ihr gerütteltes Maß an Schuld daran, daß die deutsche Ostpoliik zu keiner Zeit das Verständnis der Massen fand. Es soll nicht behauptet werden, daß die Ostpolitik an diesem Mangel gescheitert ist; ihr Scheitern hängt damit nur insoweit zusammen, wie die Niederlage überhaupt durch den politischen Zusammenbruch und also durch das Versagen der nationalen Solidarität mitverursacht ist.

Heute über die Ostfragen sprechen, ist freilich eine sehr trostlose Uebung, der man sich nur in der leisen Hoffnung unterzieht, daß früher oder später doch die Zeit kommen wird, die Gelegenheit gibt, alte Irrtümer zu berichtigen. Es ist heute leicht, den Stab über eine Politik zu brechen, die sich als undurchführbar erwiesen hat. Als wir uns in Deutschland zum ersten Male vor die Frage gestellt sahen, ob es tunlich sei, die westlichen, von Nichtrussen bewohnten Teile des zerbröckelnden Rußlands zu eigener Staatlichkeit zu führen, da standen wir alle, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf dem Standpunkt, daß hier ein Mittel zur Herabminderung der russischen Gefahr gegeben sei. Nur sehr

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gründliche Kenner des alten Rußlands, wie zum Beispiel Parvus, warnten schon damals davor. Parvus prophezeite schon 1917, daß alle diese geplanten Sonderstaatengründungen ein Zwischenspiel bleiben würden, — das künftige Rußland werde wieder ein Großrußland sein. Der größere Teil unserer öffentlichen Meinung, zumal unserer Partei, glaubte es schon der für Bettler und Toren aufgewärmten Theorie vom Selbstbestimmungsrecht schuldig zu sein, für die staatliche Selbständigkeit der Esten und Letten, Litauer und Polen einzutreten. Allerdings dürfte damit keine Machterweiterung für Deutschland verbunden sein — wie man mit rührender Sorge ausbedang.

Man muß heute rückhaltlos zugeben, daß diese *„Randstaatenpolitik"* das Ergebnis einer falschen Orientierung war. Aber des Fehlers Ursprung lag bei Rußland, nicht bei uns. Rußlands großer Irrtum war seine Teilnahme am Kriege gegen uns. Dieser Irrtum zog den Irrtum der deutschen Randstaatenpolitik nach sich. Für das siegreiche Deutschland war die Schaffung eines Walles von halbsouveränen Pufferstaaten an seiner Ostgrenze ein ebenso unbestreitbarer Vorteil, wie er für ein geschlagenes Deutschland ein unbestreitbarer Nachteil ist. Aber auch ein siegreiches Deutschland hätte in der Bildung der Randstaaten nicht das letzte Wort der Weltgeschichte sehen dürfen. Sie wäre nichts anderes gewesen als eine Erleichterung für die spätere Aussöhnung mit Rußland, bei der Deutschland als der gebende Teil die Vorteile erreicht hätte, um die es ihm im Grunde doch nur zu tun sein mußte: eine großzügige Verständigung mit Rußland über die in Asien liegenden politischen Probleme. Denn diese Randstaaten hätten, unter deutschem Schutz errichtet, eben so wenig Bestand gehabt, wie sie das nun haben werden, wo England und Frankreich anscheinend dies Geschäft machen wollen. Die Welt hat keinen Raum mehr für solche halbschlächtigen Gebilde. Sie kann ein Dutzend oder mehr Kuriositäten von der Art San Marinos ertragen, aber sie wird mit unbeirrbarer Zähigkeit und Folgerichtigkeit die Irrungen richtigstellen, die jetzt auf dem Gebiet der ehemaligen Großstaaten selbständige Klein- und Mittelstaaten hervorzaubern. Polen und Litauen, Lettland und Estland — sie alle werden skurrile Zwischenspiele in dem Drama des Weltkrieges bleiben. Wenn man in dem politischen Blödsinn der jetzigen Landkartenveränderung nach einem höheren ent-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:28 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wicklungsgeschichtlichen Zweck sucht, so muß man ihn darin sehen, daß diese vernunftlose Zerschlagung und Atomisierung das Feld bereiten soll für eine weltpolitische Neuorganisierung nach höheren Gesichtspunkten. Wenn Europa künftig noch ein wirtschaftspolitisches Eigenleben führen soll, so wird sich auch auf seinem Boden die Notwendigkeit größerer staatlicher Einheiten durchsetzen. —

Soweit in Deutschland noch Kraft und Wille zur Einwirkung auf das Geschehen im Osten vorhanden sein werden, dürfen diese Erfahrungen nicht unberücksichtigt bleiben. Alles, was künftig im Osten geschieht, wird davon ausgehen müssen, daß die Zukunft dort dem großrussischen Staate gehört. Auch die Entente kann sich heute schon diesem Gedanken nicht verschließen, und vielleicht wird gerade sie sich genötigt sehen, ihn auszuführen. Sollte das geschehen, so mag das zuerst geeignet sein, manche heute wache Hoffnung bei uns zu knicken. Aber wir dürfen gerade hierin eine gute Zuversicht bewahren: der Bund der Sieger wird den Bund der Geschlagenen als Gegenstück hervorbringen.

Bei alledem begleitet uns die dauernde Sorge, ob unser Volk in nicht allzu ferner Zeit wieder soweit gesunden wird, um eine aktive Teilnahme an der großen Politik zu ermöglichen. Noch ist die Krankheit nicht im Abnehmen. Wenn Rechte und Linke im Parlament fünf Tage damit verbringen können, sich gegenseitig schmutzige Wäsche um die Ohren zu schlagen, ohne daß auch nur eine Stimme laut wird, die auch nur anzudeuten wagt, wer der eigentliche Nutznießer dieser Katzbalgerei ist — dann muß es wohl noch tiefe Nacht sein. Es ist richtig, daß die Auseinandersetzung mit der Rechten noch nicht beendet ist. Aber was zu geschehen hat, kann nicht in diesen Hahnenkämpfen getan werden. Die politischen Konsequenzen der Revolution sind gezogen; die wirtschaftlichen beginnt man jetzt in den Steuergesetzen zu ziehen. Was weiter nötig ist — Reform und Umbildung der Verwaltung, Umorganisation der Wirtschaft — das ist keine Schnellpressenarbeit. Wir dürfen uns darin gewiß nicht irre machen lassen. Was an neuen Tatsachen nötig ist, das muß mit festem Willen und starker Hand geschaffen werden. Aber das polemische Rankenwerk könnte wirklich etwas kunstvoller angeordnet werden, sintemal es doch *nicht allein* den Parteien der Linken zu danken ist, wenn wir bisher noch die demokratische Republik retten konnten.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Dieser Seitenblick nach Weimar und seinem Hinterlande war nötig, weil die dort lagernden Nebel sich erst verziehen müssen, wenn der Blick für die Lage und die voraussichtliche Entwicklung im Osten frei werden soll. Das deutsche Volk hat nach außen keine divergierenden Interessen. Es muß bald dazu kommen, daß man die Einheitlichkeit der Interessen erkennt und das Mißtrauen verabschiedet, das heute zwischen Personen und Parteien steht, die in ihrer außenpolitischen Zielsetzung keine Unterschiede aufweisen. Das könnte etwas viel gesagt erscheinen, und wenn man die Extreme Gräfe und Haase gegeneinanderhält, so wäre es das auch. Aber diese Extreme sind beide Ausstrahlungen des Deliriums der Niederlage, und für das, was Deutschland künftig nach außen zu tun hat, kommen sie nicht in Betracht. Hier entscheiden die durch den jetzigen Zustand begrenzten Möglichkeiten und der gesunde Tatsachensinn, der sich heute schon auch in außenpolitischen Fragen zu regen beginnt.

Nehmen wir heute Abschied vom Osten, so sagen wir mit Ferdinand Freiligrath: *Ade, doch nicht für immer ade!*

Dr. PAUL LENSCH:

Kohlenkrisis und Sozialismus.

FRUEHER glaubte man wohl, daß der Sozialismus aus dem Ueberfluß entspringen werde. Nach der Anschauung von Marx und Engels würde die kapitalistische Welt an ihrem Fett ersticken und gerade daran zugrunde gehen, daß die neuen Produktivkräfte an ihrer allseitigen Entfaltung durch die alten Produktionsverhältnisse gehindert würden. Marx rechnete eine Zeitlang allerdings auch mit der Möglichkeit eines Krieges, eines Weltkrieges, durch den der „Despot des Weltmarktes", England, gestürzt würde. Aber zur Verwirklichung des Sozialismus hatte dieser Krieg keine andere Rolle zu spielen, als die, dem Proletariat die politische Macht in die Hände zu spielen, die es brauche, um die Wirtschaft nach seinem Bilde einzurichten.

Die große Krise, die heute der Kapitalismus durchmacht, ist nicht gekennzeichnet durch den Ueberfluß, sondern durch den Mangel. Und zwar ist dieser Mangel international. Nach dem Satze, daß das Hemd uns näher ist als der Rock, ist es freilich begreiflich, wenn in der deutschen Presse

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lediglich und ausschließlich über das Elend Deutschlands geklagt wird. *Allein diese Klagen geben ein völlig falsches Bild von der wirklichen Weltlage.* Diese einseitigen Schilderungen erwecken den Anschein — und in revanchetollen Krisen sollen sie das auch — als ob die Welt in die beiden Lager von „Siegern" und „Besiegten" zerfalle, von denen das eine voll sei von Uebermut und frecher Laune, das andere von Elend und Verzweiflung. Allein so stehen die Dinge nicht. Es gibt in diesem Kriege nur Besiegte und das graue Elend der „Sieger" tritt mit jedem Tage deutlicher hervor. Sie gleichen hierin völlig dem Blessierten, der da glaubte, nur leicht verwundet zu sein, weil ihn der Schwung des Kampfes noch eine ganze Meile forttrug und er selber noch imstande war, den Verbandsplatz aufzusuchen. Die Schwere seiner Wunde tritt aber erst nach einigen Tagen hervor, wenn er sich niedergelegt hat und der Elan verflogen ist. In dieser Situation befinden sich jetzt die „Sieger". Sie haben sich zur Ruhe niedergestreckt, aber erst jetzt ergreift sie das Wundfieber und erst jetzt bemerken sie, daß ihre Wunden die gleichen sind wie die der „Besiegten".

Ein typisches Beispiel dafür, wie gleichartig die Erscheinungen sind, die der Krieg und der jetzige „Friede" in allen kapitalistischen Ländern hervorgerufen, ist die Kohlenkrisis. Als nach dem Zusammenbruch des 9. November sehr bald in den Kohlenrevieren nie abbrechende Streiks höchst bösartigen Charakters einsetzten, war man nur zu leicht geneigt, hinter ihnen lediglich die Mache der Bolschewisten zu erblicken. Umsonst war der Ruf der Regierung: an die Arbeit! Sozialismus ist Arbeit! Nur die Arbeit kann uns retten! Selbst die schaurig-schönsten Plakate zur Abwehr des Bolschewismus halfen nichts. Der Nervenzusammenbruch, der dem Waffenstillstand folgte und erst jetzt das ganze ungeheure Unglück des Landes erkannte, sah allenthalben nur das deutsche Elend und die deutsche Niederlage und die deutsche Niedertracht, die an alledem schuld sei und das Elend absichtlich und zielbewußt nur noch vergrößere. Den Meldungen über das Ausland, wo hier und da sich ähnliche Erscheinungen bemerkbar machten, stand man verständnis- oder interesselos gegenüber. Das Gebrüll der Spartakisten und Unabhängigen über die Weltrevolution, die die ausländischen Sozialisten aus Sympathie für die deutsche Arbeiterklasse jetzt unfehlbar inszenieren würden, hatte das Verständ-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nis dieser Erscheinungen natürlich nur noch erschwert. Gleichzeitig *wollte* man nicht sehen, man wollte nicht die Gleichartigkeit der Lage im Lager der „Sieger" und der „Besiegten" erkennen. Denn die deutsche Niederlage war ja eine Folge des „Verrats", war ein unbegreifliches Schicksal, für das die Alldeutschen mit der gleichen Erbitterung nach einem „Schuldigen" suchten, wie ihre demokratischen und sozialistischen Gegenfüßler nach einem „Schuldigen" am Weltkriege. Die einen fanden ihren „Schuldigen" in der revolutionären deutschen Arbeiterklasse, der sie nicht „Verbrechen" genug am deutschen Volke nachsagen konnten. Die anderen in den Heerführern und Diplomaten des alten Systems, den Ludendorff, Michaelis, Bethmann Hollweg, die sich für sie ebenfalls in eine Verbrechergarde auflöste. So blieb man beiderseitig an den Vordergrundtatsachen hängen. Das Ergebnis war eine gründliche Vergiftung der politischen Welt, die man auf beiden Seiten als eine „Reinigung der Atmosphäre" laut begrüßte, und eine nicht weniger gründliche Verkennung der wirklichen Sachlage. Zu einer gerechten Beurteilung waren die Dinge noch nicht reif.

Inzwischen freilich bringt die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr Tatsachen mit sich, die geeignet sind, das harte Urteil über die wirtschaftliche Haltung der deutschen Arbeiterklasse seit dem 9. November wesentlich zu ändern. Es sind internationale Symptome, die in ihrer Haltung zutage traten und an denen „Streiklust", „Faulheit", „Verhetzung" einen viel geringeren Anteil haben, als man anzunehmen geneigt ist. Unser Zeitalter ist das des Eisens und der Kohle und an dem Schicksal von Kohle und Eisen mußte es sich erweisen, ob dieser Krieg wirklich der Schicksalskrieg des abendländischen Kapitalismus war oder nur eine banale Rauferei zwischen zwei imperialistischen Cliquen, von denen die siegende sich alle Vorteile verschafft, während die unterlegene alles Unheil zu tragen hat. An dem gleichartigen Charakter der *Kohlen*krisis, d. h. der Krisis in der führenden Industrie des heutigen Weltkapitalismus tritt nun die Gleichartigkeit des Schicksals aller am Kriege beteiligten Länder mit voller Deutlichkeit hervor. Hier ist jeder Unterschied von Siegern und Besiegten ausgelöscht. Der Rückgang in der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, im Arbeitswillen oder der Arbeitslust, dem entsprechend die ganz außerordentliche Abnahme in der Ergiebigkeit der Industrie, Preissteigerungen, Arbeiter-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

unruhen, Streikdrohungen und Streiks, Kämpfe für und wider die Sozialisierung oder, wie man in England sagt, Nationalisierung — alles das stellte sich in dem Lande des angeblichen Siegers, in England, genau so der Sache nach ein — in der Form noch zunächst etwas gemäßigter — wie in Deutschland. Vor mehreren Wochen hatte ich an dieser Stelle die Zustände im englischen Bergwesen an der Hand des Sankeyberichts sowie seine Verbesserungsvorschläge besprochen. Jetzt kündigt der englische Minister Sir Auckland Geddes an, Großbritannien werde in diesem Winter keine Kohlen ausführen, eine Meldung, die für die Welt nicht weniger katastrophal ist, wie für England. England ist der größte Kohlenexporteur der Welt. Ueber 70 Millionen Tonnen Kohle führte es jährlich aus. Im Jahre 1918 betrug der Kohlenexport allein fast ein Siebentel der Gesamtausfuhr Englands. Italien ist völlig und Frankreich zum größten Teil auf englische Kohle angewiesen. Die Ansprüche, die Frankreich auf den Bezug deutscher Kohle erhebt, werden um so dringender sein, je geringer der englische Kohlenzuschuß sein wird. Aber Deutschlands Leistungsfähigkeit bewegt sich innerhalb sehr enger Grenzen und der Spruch: ultra posse nemo obligatur wird selbst durch die Weltrevolution nicht erschüttert werden. So wird der kommende Winter eine kritische Zeit erster Ordnung für „Sieger“ wie für „Besiegte“ werden. Zur Arbeitslosigkeit wird sich die Kälte gesellen, Fabriken werden zum Stillstand kommen und die Folgen jahrelanger Unterernährung werden erst dann voll zum Durchbruch kommen. Amerika wird kaum imstande sein, helfen zu können. Zunächst hat es in seiner Arbeiterschaft, wie gewisse Meldungen jetzt klar erkennen lassen, genau die gleichen Erscheinungen wie Europa. Auch dort ist die Kohlenförderung stark im Sinken. Trotz seiner außerordentlichen Kohlenproduktion — im Jahre 1918 über 600 Millionen Tonnen! — ist bisher Amerika noch nie als nennenswerter Kohlenexporteur auf dem Weltmarkt aufgetreten. Jetzt drängt es sich zwar mit Energie vor, allein der Schiffsraum fehlt zurzeit noch, so daß auch Amerika für absehbare Zeit nicht entlastend in der Weltkohlenkrisis wird auftreten können.

Diese Situation der allgemeinen Not und des Mangels ist es, aus der sich für den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt, also auch für den Sozialismus viel bessere Aussichten ergeben, als einst aus einer Situation des Ueberflusses. Schon

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

vor dem Kriege wies man von technischer Seite auf die ungeheure Verschwendung hin, die in dem heutigen Verbrauch der unvergasten Kohle liege. Die gesamten Feuerungsanlagen für Kohle sind überlebt und rückständig. In Zukunft wird man wohl allgemein zur Vergasung der Kohle und zu anderen neuen Verfahren übergehen. Auch die rationelle Organisation der Produktivkräfte, soweit sie im Wasser liegen, wird gerade durch die internationale Kohlenkatastrophe eine neue und vielleicht international geregelte Durchführung erleben. Die Not und die Entbehrung, nicht der Ueberfluß, wird die Menschen wieder aneinanderführen und zwar um so schneller, je stärker und je internationaler diese Not ist.

An dem Einfluß und der Haltung der arbeitenden Schichten aber wird es liegen, in welcher Richtung sich dieser Aufbau einer gemeinsamen abendländischen Kultur vollziehen wird. Die Demokratie in Deutschland ist noch jung und sie muß den Massen erst in Fleisch und Blut übergehen. Den Ländern der Entente steht der Kampf um die soziale Befreiung der Arbeiterklasse erst noch bevor. Vor allem in Frankreich ist hier noch schlechterdings alles zu leisten. So lange kleinbürgerliche Schwadroneure vom Stile Longuets oder gar Renaudels an der Spitze der Sozialdemokratie stehen, steht es um diesen Kampf allerdings noch sehr schlecht. Diese politische Rückständigkeit der französischen Sozialdemokratie ist freilich nur ein Spiegelbild der industriellen Rückständigkeit Frankreichs und es ist noch nicht sicher, ob in dieser Hinsicht sich die Zeiten ändern werden. Allein Frankreich wird nach dem Kriege schwerlich eine maßgebende Rolle in der Welt spielen. Der Vorkampf der Bewegung ist durch den Krieg zunächst auf England übergegangen. Und hier stehen die Dinge allerdings günstiger. Nicht im subjektiven Sinne. Aber durch den objektiven Zwang der Verhältnisse ist die englische Arbeiterklasse gezwungen, in die große Abrechnung mit ihrer Bourgeoisie einzutreten und dadurch wieder gut zu machen, was sie in allen bisherigen Revolutionen durch die Unterstützung des Hauptbollwerks der Weltreaktion, eben der englischen Bourgeoisie, gesündigt hat. *Für die englische Arbeiterklasse hat das Wort: Wiedergutmachung einen ganz besonderen Sinn.* Von ihrer Haltung wird es in allererster Linie abhängen, ob das heraufziehende Weltreich des Abendlandes einen sozialistisch-demokratischen Grundcharakter tragen wird oder nicht.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

PAUL UMBREIT:

Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes.

ABERMALS hat die Reichsregierung einen neuen Entwurf eines *Betriebsrätegesetzes* aufgestellt und diesmal im „Reichsanzeiger" (Nr. 179) veröffentlicht. Der vorliegende Entwurf nimmt von der in der Reichsverfassung verankerten Schaffung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten (Artikel 165) die Regelung der Materie der *Betriebsräte* als das dringlichste Gesetzgebungsproblem vorweg, um zunächst einmal die neue Stellung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben auch rechtlich zum Ausdruck zu bringen und den über diese Fragen drohenden Arbeitskonflikten den Boden zu entziehen.

Die Betriebsräte stellen eine Weiterbildung der bereits seit 1891 in die Gesetzgebung eingeführten *Arbeiterausschüsse* dar. Diese damals noch freiwilligen, erst mit dem Hilfsdienstgesetz von 1916 zwangsmäßig gewordenen Einrichtungen, die durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 verallgemeinert und erweitert wurden, werden aber nicht etwa bloß umgetauft, sondern auf eine völlig neue, rechtliche Grundlage gestellt und erhalten neben den seitherigen sozialen Aufgaben ganz neue wirtschaftliche Rechte.

Als Arbeitervertretungen kennt der Entwurf die *Betriebsräte*, denen die *Betriebsobmänner* für Kleinbetriebe und in gewissen Fällen tarifliche Vertretungen gleichgestellt werden, die *Abteilungsbetriebsräte* als Sondervertretungen einzelner Betriebszweige, sowie die *Gesamtbetriebsräte* als Zusammenfassung mehrerer Betriebe des gleichen Unternehmens. Die Leiter des Betriebsrates sind der Obmann und Obmannsstellvertreter. Neben diesen sind zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen des Arbeitgebers Vertrauensleute vorgesehen. Obmann, Stellvertreter und Vertrauensmann bilden den *Betriebsausschuß* als engeren Körper für Vertraulich zu behandelnde Angelegenheiten. Als Gesamtvertretung der Betriebsangehörigen (Arbeitnehmer) ist die *Betriebsversammlung* anerkannt und mit wichtigen Funktionen und Entscheidungen betraut.

Die Aufgaben der Betriebsräte sind zunächst *sozialer* Natur. Sie sollen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

des Betriebs dem Arbeitgeber gegenüber wahrnehmen, und zwar

a) in Durchführung und Ueberwachung der schon seither gesetzlich geregelten oder tariflich vereinbarten Arbeitsbedingungen;

b) durch Mitwirkung bei der Regelung bisher ungeregelter Arbeitsbedingungen, insbesondere der Löhne (Akkordfestsetzung, Einführung neuer Löhnungsmethoden) und Arbeitszeit (Verlängerung oder Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, Regelung des Urlaubs);

c) durch Vereinbarung der Arbeitsordnung mit dem Arbeitgeber;

d) durch *Mitbestimmung* bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten;

e) durch Verhütung von Arbeitsstreitigkeiten im Betriebe.

Der Durchführung gesetzlicher oder tariflicher Arbeitsbedingungen sind die von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses oder der zuständigen Schiedsstelle gleichgestellt. Die Mitwirkung bei der Neuregelung von Arbeitsbedingungen ist auch als Ergänzung tarifvertraglicher Regelung gedacht und soll stets im Einvernehmen mit den beteiligten Gewerkschaften erfolgen. Auch eine Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens ist vorgesehen. Die bisher vom Arbeitgeber einseitig erlassenen Arbeitsordnungen und sonstigen Dienstvorschriften für die Arbeitnehmer müssen gemäß den geltenden Tarifverträgen in paritätisches Recht umgewandelt werden. Dies setzt die Mitwirkung des Betriebsrats voraus. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen wird so geregelt, daß dem Betriebsrat von jeder Neueinstellung oder Kündigung Kenntnis gegeben werden soll und diesem ein Einspruchsrecht zuerkannt ist. Können Arbeitgeber und Betriebsrat sich nicht einigen, so kann letzterer den Schlichtungsausschuß anrufen, der endgültig entscheidet. Zur Verhütung von Arbeitskonflikten soll der Betriebsrat zwischen der Arbeitnehmerschaft und dem Arbeitgeber ein gutes Einvernehmen herbeiführen, ohne auf die Wahrung der Koalitionsfreiheit der ersteren zu verzichten. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll er durch Verhandlung auf eine Einigung hinwirken, und falls eine solche nicht zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuß anrufen. Im Falle drohender Arbeitseinstellung soll er im Zusammenwirken mit den Berufsvereinen dafür sorgen, daß die Arbeit nicht eingestellt wird,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ehe dies in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wird. Von der Zweidrittelmehrheit wird abzusehen sein, wenn die Satzungen der Berufsvereine ein anderes Mehrheitsverhältnis vorschreiben.

Ein zweiter Aufgabenkomplex der Betriebsräte besteht in der Förderung der *wirtschaftlichen Betriebszwecke.* Zu ihnen kann man zwar auch die Vereinbarung von Arbeitsbedingungen, die Mitbestimmung bei Einstellungen und Kündigungen und die Verhütung von Arbeitsstreitigkeiten rechnen, aber dort sollten die Betriebsräte vor allem in der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen handeln. Darüber hinaus sollen sie aber auch an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitarbeiten, an der Verwaltung von Betriebswohlfahrtseinrichtungen mitwirken, auf die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren im Betriebe achten, die Gewerbeaufsicht bei dieser Bekämpfung unterstützen und auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und gewerbepolizeilichen Bestimmungen hinwirken, die Betriebsleitung zur Erreichung eines möglichst hohen Standes des Unternehmens und möglichster Wirtschaftlichkeit der Leistungen durch Rat unterstützen und schließlich in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, an den Aufsichtsratssitzungen durch Vertreter mit gleichen Pflichten und Rechten teilnehmen. Mit diesen weiteren Aufgaben ist das Ziel, das die Gewerkschaften früher erstrebt hatten, das *konstitutionelle Arbeitsverhältnis,* weit überschritten. Eine Arbeiterkonstitution setzt die volle Anerkennung der Arbeiterrechte voraus, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie ist erreicht im Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen, die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Betriebsräte bedeuten darüber hinaus eine andere Konstitution, nämlich ein *Mitarbeiterschaftsverhältnis* am Unternehmen, das eine neue Form der Beteiligung darstellt. Dieses Mitarbeiterschaftsverhältnis enthält die Keime zu den verschiedensten gemeinwirtschaftlichen Betriebsformen und bildet daher eine wichtige Etappe auf dem Wege zur *Sozialisierung,* der freilich nicht über die Diktatur des Proletariats führt, sondern über Betriebsdemokratie und Organisation.

Es versteht sich auch, daß die Gewährung so weitgehender Rechte an die Betriebsräte ein hohes Maß von Verantwortung bei den letzteren voraussetzen muß, denn die Leistungsfähig-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

keit der Betriebe darf nicht beeinträchtigt, die Leitung nicht erschwert werden. Es müssen also in den Betriebsräten solche Arbeitnehmervertreter mitarbeiten, die Interesse und Verständnis für das Gedeihen des Betriebes haben und die imstande sind, die Arbeitnehmer im gleichen Sinne erzieherisch zu beeinflussen. Das gilt besonders hinsichtlich der Einführung neuer Arbeitsmethoden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Sozialismus nur durch die Ueberlegenheit seiner Wirtschaftskraft, also seiner Arbeitsleistungen siegen kann. Das erfordert von Arbeitern und Angestellten nicht bloß weitgehende Hingabe an ihr Arbeitswerk, sondern auch Anpassung an vervollkommnete Arbeitsmethoden, die wir nicht anderen Wirtschaftsnationen überlassen können. Wo irgend arbeitssparende und produktionsverbilligende Verfahren bekannt werden, da müssen sie auch zur Anwendung gelangen, nicht etwa bloß im Interesse der Unternehmer, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter. Es ist eine der Aufgaben der Betriebsräte, dafür zu sorgen, daß solche Arbeitsmethoden derartig durchgebildet werden, daß das Wohl der Arbeiter dabei nicht benachteiligt wird. Wo ältere Arbeiter nicht mehr anpassungsfähig sind, da sind jüngere Kräfte dafür anzulernen. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats garantiert dafür, daß die Arbeiter dabei nicht zu Schaden kommen können. Besonders ist es die Aufgabe des Betriebsrats, darauf zu achten, daß durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Betriebe die Unfall- und Erkrankungsgefahren nicht erhöht werden.

Es kann hierbei die Frage entstehen, ob durch eine solche wirtschaftliche Mitarbeit der Betriebsräte der *Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit* nicht verschoben oder gar ausgeschaltet wird. Diese Gefahr wurde ja schon aus den Tarifverträgen und Tarifgemeinschaften und in höherem Grade aus den Arbeitsgemeinschaften befürchtet. Wir teilen diese Furcht nicht. Die Tarifgemeinschaften haben die Zahl der Arbeitskämpfe zwar eingeschränkt, aber die Spannung keineswegs vermindert, sondern eher erhöht. Nur die Formen der Kämpfe sind hier und da andere geworden. Auch die in manchen Berufen schon seit 1914 bestehenden Arbeitsgemeinschaften haben seither keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit aufkommen lassen. Der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht in der alten Kraft weiter und er wird wahrlich nicht dadurch vermindert, daß

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer größere Zugeständnisse machen und ihn als gleichberechtigt anerkennen muß. Der Verkehr zwischen beiden wird nur in neue Formen eingezwängt, beiden ein größeres Maß von Pflichten neben den größeren Rechten auferlegt, aber die eigentlichen gegensätzlichen Interessen werden nicht beseitigt. So wird auch das erweiterte Mitarbeiterschaftsverhältnis der Betriebsräte an der inneren Natur der Lohnarbeit wenig ändern, und selbst die Auffassung, daß das erstere einen Uebergang zum Sozialismus darstellt, dürfte wenig geeignet sein, alle Mauern zwischen Kapital und Arbeit niederzureißen. Der Anteil des Arbeiters am Arbeitsertrag muß nach wie vor erkämpft werden, deshalb brauchen wir auch neben den Betriebsräten noch immer *Gewerkschaften*, die für die Interessen der Arbeiter eintreten und nötigenfalls kämpfen. Und auch die *Sozialisierung* der Betriebe vollzieht sich — vielleicht von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht im Wege friedlicher Verständigung zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung, sondern durch Besitzergreifung im Wege der *politischen Macht:* Aber in den Betriebsräten werden die Arbeitervertreter zur Teilnahme an der Betriebsleitung geschult und die Arbeiter zur Vervollkommnung der Produktion erzogen und es wird ein Geschlecht herangebildet, das fähig ist, die Unternehmer dereinst zu ersetzen, wenn die Stunde der *Expropriation* der Expropriateure schlägt.

Die *Gewerkschaften* haben dem von Rußland eingeführten Rätegedanken lange Zeit skeptisch, ja ablehnend gegenübergestanden. Die russischen Arbeitersowjets sind vorwiegend politische Organe, Instrumente der politischen Diktatur des Proletariats. Wo diese herrschen, da ist für Gewerkschaften im deutschen entwicklungsgeschichtlichen Sinne kein Platz mehr. Die Parole: „Alle Macht den Arbeiterräten" bedeutet in der Tat die völlige Ausschaltung der Gewerkschaften. Die Arbeiterräte der Regierungsvorlage sind etwas anderes als die russischen Sowjets, — es sind Organe *demokratischer Arbeitervertretung*, die sich in die gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse einfügen und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften die Arbeiterinteressen wahrnehmen, sowie an der organischen Neugestaltung der Wirtschaft teilnehmen. Die Betriebsräte sind die elementarste, die breiteste Schicht dieser Vertretungen. In ihnen vollzieht sich der erste Aufstieg der Arbeiter zum verantwortlichen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Mitleiter der Betriebe, die Auslese, die zu den höheren Funktionen der Wirtschaftsräte befähigt. Die Gewerkschaften erblicken in diesen Betriebsräten geeignete Organe, um den Einfluß der Arbeiter in den Betrieben zu verstärken und die wichtige Vorarbeit für den Sozialismus zu leisten. Der *Gewerkschaftskongreß von Nürnberg 1919* beschloß in seinen „*Richtlinien*" unter Ziffer 7: „Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend, bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind *freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte)* zu schaffen, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die *Betriebsdemokratie* durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen."

Man kann sagen, daß der Gesetzentwurf im großen Ganzen den gewerkschaftlichen Erwartungen entspricht. Gegen einzelne Bestimmungen mögen Einwendungen erhoben werden, besonders sind in Angestelltenkreisen Widersprüche gegen die gemeinsamen Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten laut geworden, — aber an der Gesamttendenz des Entwurfs dürfte wenig auszusetzen sein. Die Bildung selbständiger Angestelltenräte würde nicht bloß zu Vergeudung von Zeit und Kraft, sondern auch zu schädlichen Reibungen geführt haben, die dadurch vermieden werden, daß der Gesetzentwurf den Angestellten eine angemessene Vertretung im Betriebsrat, sowie eine gesonderte Vertretung ihrer Interessen in der Angestelltengruppe des Betriebsrats sichert. Die Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten zur Betriebseinheit war notwendig für die Sicherung eines genügenden Einflusses aller Arbeitnehmer gegenüber der Betriebsleitung.

Gegen den Entwurf wird sich sicherlich der Kampf der Ultraräteanhänger richten, der Kommunisten und Unabhängigen, die die Diktatur des Proletariats in die Betriebe hineintragen wollen. Dieser Kampf richtet sich eben so sehr gegen die Regierung wie gegen die Gewerkschaften. Daraus ergibt sich, daß Regierung und Gewerkschaften zusammenstehen müssen in der Verwirklichung des Rätegedankens auf ge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sunder Grundlage der *Betriebsdemokratie.* Diese Verwirklichung bedeutet zugleich die Bewahrung unserer Volkswirtschaft vor neuer Zerrüttung, die ein kommunistisches Räteregiment zweifellos nach sich ziehen würde.

Dr. ERICH TROSS:

Konsument und Produzent im Sozialismus.

DER Konsument ist daran interessiert, daß möglichst viele Güter hergestellt werden, die ihm zu immer vollkommenerer Bedürfnisbefriedigung dienen können. Die in den Produktionsprozeß Eingespannten andererseits wollen an sich in möglichst kurzer Zeit und unter möglichst guten Bedingungen eine möglichst hohe Belohnung für ihre Tätigkeit ernten; an der Produktionsmenge sind sie, wenn nicht ihr Arbeitslohn davon abhängig gemacht wird, oder (nach Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe) inneres Beteiligtsein und soziales Pflichtgefühl den Egoismus korrigiert, oder das allgemeine Konsumenteninteresse auch in ihnen rege ist, also jedenfalls primär als Produzentengruppe nicht interessiert.

Im geschichtlichen Sozialismus sind die Gesichtspunkte der Konsumenten und der in den Produktionsprozeß Eingespannten vereinigt. Die Masse ist mit der Gütermenge nicht zufrieden, die ihr zur Konsumtion zur Verfügung steht; sie sieht jedoch Reichere erschöpfend konsumieren. Andererseits erstrebt die arbeitende Produzentengruppe eine Erleichterung ihrer Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung ihrer Belohnung. Beide Interessentenkreise sind nicht identisch; die mit ihrer Konsumtionsmenge unzufriedene Masse umfaßt viel weitere Kreise, als das zur Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen organisierte Proletariat. Marx hat (im Anklang an Gedanken schon der spätmittelalterlichen Sozialisten) die geniale Synthese der beiden Gesichtspunkte vollzogen, indem er sie sich gegenseitig stützen ließ: die konsumierende, arbeitende Masse ist der Hauptträger des Produktionsprozesses, und gerade deshalb zu jeder Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zum Verzehr einer mög-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lichst großen, ja von ihr erarbeiteten Produktionsmenge berechtigt.

Gedankliche Synthesen, geschichtlich oft von ungeheurer Bedeutung, in einer Hinsicht aber doch Selbsttäuschungen, halten so lange vor, als sich nicht die Dinge hart im Raume stoßen. Heute sind wir so weit. Blicken wir ohne parteipolitische Hellerfärbung auf die Kohlenbergwerke, wo jedenfalls zum Teil infolge des Bestrebens der dort beschäftigten arbeitenden Produzentengruppe, unter möglichst leichten Arbeitsbedingungen möglichst hohen Lohn zu erzielen, zu wenig Kohlen produziert werden und die konsumierende Masse den Nachteil hat. Blicken wir auf die gesamte Industrie, hören wir die unvoreingenommensten Fachleute! Produzenten- und Konsumenteninteresse hat sich geschieden.

Das herkömmliche sozialistische Denken, dem die erwähnte marxistische Synthese ein Axiom ist, steht der Entwicklung selbstverständlich ratlos gegenüber. Schwache Erklärungsversuche werden gemacht. Man will in der Lethargie des Kriegs und der Unterernährung die Ursache der erwähnten Erscheinung sehen. Es ist viel Wahres daran. Doch reicht solches Begreifen bei weitem nicht zu.

Die Revolution gab infolge der marxistischen Synthese dem produzierenden Proletariat die Macht. Moralische Entrüstung darüber, daß das Proletariat seine Macht zur Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen gebraucht, ist unangebracht. Wenn einzelne je auf eigennützige Ausnützung einer Machtstellung verzichtet haben, so werden doch Massen vom egoistischen Interesse unwillkürlich zu entsprechendem Handeln getrieben. Unter dem Sinken der Produktionsmenge leidet aber die konsumierende Masse, die Gesamtheit. Blicken wir den Dingen klar ins Auge: Arbeiterbewegung und Gesamtinteresse, Proletarierklassenwille und wahrer Sozialismus beginnen in einer Hinsicht zu kontrastieren.

Die sozialistische Parteibewegung ist durch diese Auflösung der Synthese, auf der sie beruht, am meisten gefährdet. Wem verdankt sie es, daß ihr weit größere Kreise zustimmen, als das klassenbewußte Proletariat, daß sie auf dem Wege war, die Mehrheit des deutschen Volkes zu vertreten? Dem unbefriedigten Konsumenteninteresse dieser Mehrheit! Wenn das deutsche Volk aber im Winter friert, wenn seine Industrie stilliegt, wenn seine wichtigsten Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, wendet es sich von den Ver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tretern der versagenden Produzentengruppen ab und organisiert seinen Konsumentenwillen in anderer Weise.

Es ist eine Folge der erwähnten marxistischen Synthese, daß man das Volk in Proletariat und Bourgeoisie geteilt sieht. In dieser Scheidung spiegelt sich der Gegensatz zwischen befriedigtem und unbefriedigtem Konsumenteninteresse. Dagegen ist es falsch, der befriedigten Bourgeoisie lediglich das darbende Proletariat entgegenzustellen. Die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Kreise sind im Besitz ihrer Produktionsmittel und ihres Arbeitsertrags und darben nicht selten trotzdem. Auf ihrer Gewinnung beruht der Sieg der deutschen Sozialdemokratie; ihre Gewinnung bleibt Schicksalsfrage der sozialpolitischen Bewegung.

Der Vorschlag ist nur Selbsttäuschung, diesen Alternativen durch die Diktatur des Proletariats zu entgehen. Das russische Beispiel zeigt, daß auch dann die marxistische Synthese zerbricht, daß auch dann die noch mehr als im heutigen Deutschland zur Macht gelangten proletarischen Produzentengruppen das Konsumenteninteresse nicht ausreichend befriedigen und zu wenig produzieren. In Rußland griff man zum Taylorsystem.

Bürgerliche Kreise sind geneigt, in solchem Verhalten des Proletariats Schuld zu sehen. Sie übersehen, daß der Proletarier ja selbst unter der ganzen Entwicklung leidet. Auch in ihm steckt der Konsument, dessen dringendste Bedürfnisse infolge der geringen Produktion unbefriedigt bleiben.

Was ist zu tun? Deutschland hat die Zusammenhänge, geblendet von der Vielfalt der Erscheinungen, noch nicht ganz erkannt. Es würde sich heute noch vom Sozialismus willig zu einem guten Ziele führen lassen. Die Gefahr liegt aber darin, daß der sozialistische Impuls selbst in den Einzelorganismen produzierender Sondergruppen zersplittert bleibt.

Der Ruf nach Brüderlichkeit und Liebe verhallt ungehört. Warum beschreitet man nicht den anderen Weg, das gemeinsame Konsumenteninteresse nach erhöhter Produktion geeignet zu organisieren? Organisation trägt ihre Gesetze und ihren Willen in sich selbst; Produzentenorganisation muß Produzenteninteresse vertreten, Konsumentenorganisation Konsumenteninteresse. Heute ist das Augenmerk des Arbeiters auf Besserung seiner Arbeitsbedingungen eingestellt; für den erhöhten Lohn tauscht er aber gering-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wertigere Produkte anderer Produktionszweige ein, weil diese anderen Gruppen weniger herstellen als zuvor. So schädigt jeder den anderen, und keiner hat Vorteil davon. Jede Gruppe ist aber nur für sich organisiert; das Interesse der konsumierenden Gesamtheit ist in einer den einzelnen packenden und mitreißenden Art nicht zu kräftigem Eigenleben zusammengerafft. Wer kann sich darüber wundern, daß dieses Interesse — ganz selbstverständlich, ohne jede Schuld einzelner — nicht zur Geltung kommen kann?

Die Wirtschaftsräte sollen uns helfen. Das deutsche Volk akzeptiert sie als Mittel zur Erlösung. Der Gedanke ist gut. Man will eine aktivere und stetigere Teilnahme des einzelnen am Wirtschaftsleben erzielen, als es das rein kapitalistische System ermöglicht. Zweifellos zum Vorteil der Produktivität. Aber taucht nicht wieder die alte Gefahr auf? Den Unterbau bilden die Betriebsräte. Werden, ja müssen sie nicht auch wieder die Interessen der Sonderproduzentengruppen zum Nachteil des Gesamtkonsumtionsinteresses vertreten? Das Gesetz ahnt die Gefahr und glaubt sie gebannt, wenn den Räten in ein paar Worten die Wahrung des Gesamtinteresses zur Pflicht gemacht wird. Das wird wenig helfen.

Das Interesse des produzierenden Proletariats muß zweifellos in den Räten stark vertreten sein, wenn die Arbeiterfreude der im Betrieb Beschäftigten rege sein und das Entrechtungsgefühl des Arbeiters dauernd beseitigt werden soll. *Aber man lege den Nachdruck nicht zu sehr auf die Betriebsräte.* Die Bezirks-, Landes- und Reichswirtschaftsräte, die nicht zu bureaukratischen Einrichtungen werden dürfen, sondern in lebendiger Fühlung mit den unteren Räten bleiben müssen, haben den Ausgleich zwischen den Bestrebungen der Einzelwirtschaftsgruppen zu vermitteln und in ihrem Zusammenschluß die Interessen der Gesamtheit, der am Produktionsertrag Interessierten, zu wahren. *Von den Konsumenten gewählte Vertreter müssen in diesen höheren Verbänden den Ausgleich herbeiführen,* bei den einzelnen Berufsvertretern an das auch bei ihnen vorhandene Konsumenteninteresse appellieren und die Einstellung der Wirtschaft in den Dienst der Gesamtheit verbürgen. Sie werden diese Aufgabe besser lösen können, als es Vertreter auch einer sozialistisch beeinflußten Staatsgewalt könnten, die eben

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

doch der Praxis fernerstehen und größerem Mißtrauen begegnen.

Den sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen fallen daneben ungeheure Aufgaben zu. Sie müssen nun die Synthese, die Marx nur gedanklich vollzogen hat, in die Praxis umsetzen. Bürgerliche Parteien können bei der heutigen Sachlage nur kritisieren; lediglich die Sozialdemokratie wäre imstande, die hohe Idee des Sozialismus im Proletariat, dessen Vertrauen sie besitzt, zum Siege zu führen. Aufklärung tut not. Doch wäre zu erwägen, wie das Konsumenteninteresse in der Partei selbst als Gegengewicht gegen die Vertretung der einzelnen Produzentengruppen auf dem Boden der sozialistischen Idee gesammelt werden könnte. So könnte vielleicht der Arbeiter selbst dahin gebracht werden, zu erwägen, durch welche Betriebsorganisation, auch durch welches Lohnsystem die Arbeitsproduktivität zum allgemeinen Vorteil, auch der Arbeiter, hochgesteigert werden könnte. *Man muß das Konsumenteninteresse im Arbeiter wecken.*

Welchen Weg man aber wähle, jedenfalls darf sich der Sozialismus nicht von Einzelproduzentenbestrebungen beherrschen lassen, und muß er, wenn er zum Siege kommen und seine Realisierbarkeit erweisen will, seinen Idealen treu bleiben, durch wahrhaft sozialistische Produktion eine Erhöhung des neu und gerecht zu verteilenden Produktionsertrags herbeiführen, um so jedem einzelnen eine bessere Lebensführung zu ermöglichen.

Dr. HERBERT RUSCHEWEYH:

Vertragshaftung des Unternehmens und Betriebsrätesystem.

DAS hanseatische Oberlandesgericht hat in einem Urteil vom 24. März 1919[1] Folgerungen aus unserer augenblicklichen wirtschaftspolitischen Lage gezogen, die nicht nur den hanseatischen Richter und Anwalt, Reeder und Werftbesitzer angehen, sondern die gründliche Beachtung eines

[1] Mitgeteilt in der „Hanseatischen Gerichtszeitung", 40. Jahrg. Nr. 11 vom 10. Juni 1919.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

jeden Politikers verdienen, und zwar um so mehr, je weiter links, je näher dem Rätesystem er steht.

Dem Urteil liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die Hamburg-Amerika-Linie hatte vor Kriegsausbruch bei der Schiffswerft von Joh. K. Tecklenborg A.-G. in Bremerhaven den Bau zweier Schiffe zum Preise von je 2 813 600 Mark bestellt. Nachdem im Juli 1915 noch ein ergänzender Bauvertrag geschlossen worden war, weigerte sich die Werft schließlich, die beiden Neubauten auf Grund der beiden Verträge fertigzustellen.

Auf die Klage der Hamburg-Amerika-Linie hat das Oberlandesgericht für Recht erkannt, daß die Werft nicht verpflichtet sei, die beiden Neubauten auf Grund des ursprünglichen und Juli 1915 ergänzten Bauvertrages fertigzustellen.

Zur Begründung führt das Gericht aus: Die beklagte Werft war der Ansicht, daß die Folgen des Krieges, Lohnerhöhungen, gesteigerte Werkstoffpreise und Mangel an mancherlei Werkstoffen, sie von der Erfüllung des Bauvertrages befreiten. Diese Verteidigung ist für das Gericht jedoch nicht maßgebend gewesen, weil zum Schutze gegen diese Umstände der Vertrag genügend Sicherungen enthalte. Die Revolution mit ihren Folgeerscheinungen hat das Gericht als die Macht bezeichnet, die die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, auf deren Bestand die abgeschlossenen Bauverträge gegründet waren, in ihrem Wesen so geändert hat, daß eine Erfüllung der Verträge der Werft nach Treu und Glauben nicht zugemutet werden kann, „vor allem auch die Aenderung der Arbeiterverhältnisse und die Verschiebung des Einflusses, den die Arbeiter auf den gewerblichen Betrieb erlangt haben". Die eingeführten Tarifverträge bringen die wesentliche Neuerung, daß gelernte Arbeiter nicht viel mehr erhalten als ungelernte; die Abschaffung der Akkordarbeit vernichtet den Trieb, durch Fleiß mehr zu verdienen; auf Leistungen und Fähigkeiten wird nicht mehr wie bisher Rücksicht genommen; der unbegabte und nicht eifrige Arbeiter erhält genau denselben Lohn, wie der intelligenteste und fleißigste. Dabei ist die Werft in der Wahl und Anstellung ihrer Arbeiter nicht mehr frei, sondern es wird ein weitgehender Zwang ausgeübt. Eine energische Förderung der Arbeit ist somit der Werft versagt; dazu kommt, daß die Arbeiterräte sich in das Bestimmungsrecht über die Betriebsleitung eingemischt haben; die Ar-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

beiter haben das Recht, mitten aus der Arbeit fortzulaufen, um den Arbeiterrat wegen vermeintlicher Beschwerden anzurufen. Dazu kommt ferner die Untersagung der Ueberstundenarbeit. *So läßt sich eine zielbewußte Betriebsleitung überhaupt nicht mehr durchführen*".

Diesen Schwierigkeiten, in die Revolution und Krieg die Werft verstrickt hatten, hatte die Hamburg-Amerika-Linie in weitgehendem Maße durch entgegenkommende Anerbieten Rechnung getragen. Gerade daraus entnimmt das Gericht eine Stütze für seine Ueberzeugung, „daß man billiger- und verständigerweise nur auf Grund eines neu zu schließenden Vertrages die Neubauten zu Ende führen kann. Die gesamten Verhältnisse haben sich derart verändert, daß der Beklagten nicht mehr zugemutet werden kann, die Bauten auf Grund des ursprünglichen Bauvertrages weiterzuführen und nimmt das Gericht als Zäsur die Zeit des Ausbruchs der Revolution". Die gesetzliche Berechtigung zu einem solchen Spruch nimmt das Gericht aus §§ 157, 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches und sagt dazu: „Wenn es auch richtig ist, daß der Richter keinen Rechtssatz schaffen kann, der nicht im Gesetze fußt und nicht einfach ex bono und aequo Härten, die durch den Krieg oder die Revolution geschaffen sind, durch seinen Spruch aus der Welt schaffen kann, so ist ihm doch durch die zitierten Gesetzesbestimmungen ein weiter Spielraum gegeben, um zu einem vernünftigen Resultat zu kommen".

Manche Wendung des Urteils klingt wenig revolutions- und arbeiterfreundlich. Daß aber das Gericht die Tatsachen unseres Wirtschaftslebens im wesentlichen richtig erkannt und gewürdigt hat, bestätigt eine Abmachung des Kriegsausschusses der deutschen Regierung für den Wiederaufbau der Handelsflotte mit dem Kriegsausschuß für die deutschen Werften, „daß die Verträge zwischen den Reedereien und den deutschen Werften in Zukunft auf den Selbstkosten für Material und Lohn nebst entsprechenden Zuschlägen für Geschäfts- und Betriebskosten, Abschreibungen, Verdienst u. dergl. beruhen sollen. Auch über die Lieferzeiten sollen keine bindenden Abmachungen getroffen werden".[2]

[2] Angeführt nach: Benjamin, die deutsche Schiffbauindustrie und die Revolution. „Hansa", deutsche nautische Zeitschrift. 56. Jahrg. Nr. 7 vom 15. Febr. 1919.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Aus den angeführten Zeugnissen ergibt sich, daß diejenigen tatsächlich schon in vielen Betrieben gesiegt haben, die ein weitestgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Betriebsleitung fordern. Demgegenüber steht: Laufende Verträge werden nicht mehr erfüllt, neue können nicht mehr geschlossen werden. Auf Vertragstreue läßt sich nicht mehr bauen, eine in die Zukunft gerichtete planmäßige Wirtschaft ist unmöglich geworden. Aber noch immer beruht Handel und Wandel der zivilisierten Länder auf dem privatrechtlichen Vertrag, der Uebernahme einer Verpflichtung zu einer Leistung und dem Recht des Vertragsgegners, diese Leistung fordern, ihre Erfüllung im Rechtsweg erzwingen oder Schadenersatz verlangen zu können. Ohne weiteres ist klar, daß sich wirtschaftliche Beziehungen nicht knüpfen lassen zwischen solchen Betrieben einerseits, die keine bindenden Vereinbarungen treffen können, und solchen andererseits, die nur mit festen Verträgen arbeiten können und wollen. Dieser Zwiespalt schließt einen erfolgreichen Wettbewerb zwischen unseren Werften und denen der Ententestaaten aus.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Tatsachen denen unbekannt sind, die auf der Reichskonferenz der Betriebsräte kürzlich wieder „volles Mitbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten der Unternehmer“ für die Betriebsräte gefordert haben. Wie man sich aber mit den bereits jetzt zutage tretenden Folgen eines solchen Systems auseinanderzusetzen gedenkt, darüber verlautet kein Wort.

Verkehr und Zusammenwirken unter freien Menschen kann naturnotwendig nicht anders gedacht werden, als auf Grund von Verträgen. Die Natur eines Vertrages aber bringt es mit sich, daß jeder Teil für seine Schuld auch haftet. Für diesen Grundsatz: „Wer mitbestimmen will, muß mithaften“ muß eine Gestaltung gefunden werden, wenn die Forderung nach dem vollen Mitbestimmungsrecht aus einer idealen Utopie ein lebendiges Reformwerk in der Gegenwart werden soll. In Rußland hat die Entwicklung in den Betrieben ihren Weg genommen von der Autokratie des kapitalistischen Unternehmers über die Demokratie des Betriebsrates zur Diktatur des bolschewistischen Leiters. Diese Reihenfolge zeigt unzweideutig, daß es in Rußland nicht gelungen ist, das uneingeschränkte Betriebsrätesystem so auszugestalten, daß eine gedeihliche Wirtschaft zu gleicher

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Zeit möglich war. Will der Arbeitnehmer durch den Betriebsrat zugleich Arbeitgeber werden, so muß er auch dessen enge Fesselung an das Unternehmen für sich durchführen. Er könnte nicht plötzlich mit vierzehntägiger Kündigungsfrist aus dem Betrieb ausscheiden, wenn sich die Konjunktur ungünstig gestaltet, oder wenn er sich der Haftung für einen unvorteilhaften Vertrag entziehen will. Wie jetzt der Aktionär oder Unternehmer mit seinem Kapital persönlich haftet, so müßte nach Einführung voller Demokratie im Betriebe ein jeder Teilnehmer mit seiner Arbeitskraft für den Gemeinbetrieb haften. Im sozialistischen *Zukunfts*staat mag eine solche Organisation möglich sein, dort mag es gelingen, die in dieser Arbeitsordnung drohende Sklaverei dadurch zu vermeiden, daß jeder Volksgenosse so sozial denkt, daß er sich freiwillig mit seiner ganzen Persönlichkeit dem Gemeinwesen verpflichtet fühlt und demgemäß handelt. Bis wir aber einmal zu diesem Ideal herangereift sind, müssen wir uns mit der menschlichen Selbstsucht abfinden und ihr gemäß Wirtschafts- und Rechtsordnung bilden, wenn wir auch unser Ziel darüber nicht aus dem Auge verlieren wollen.

An alle diejenigen, die schon heute das volle Rätesystem in den Betrieben restlos durchführen wollen, und die sich ihrer Verantwortung für die Volksgesamtheit bewußt sind, bleibt also die Frage zu richten: *„Wie wollt ihr die Haftung jedes einzelnen Betriebsteilnehmers für seine Handlungen, die er in Ausübung seines Mitbestimmungsrechtes vornimmt, gestalten?“* Denn bevor nicht eine praktische Lösung dieser Frage gefunden ist, ist es eine lebensfremde Utopie, das volle Mitbestimmungsrecht einräumen zu wollen.

MÜLLER-BRANDENBURG:

Der Kampf um die Seeflanke.[1]

AUS einem „Cannae“, das wir an der Marne schlagen wollten, hatte Joffre für sich mit der Hilfe Gallienis-Maunourys ein Leuthen geschlagen. Den Verlauf der Kämpfe beim Vormarsch, an der Marne und beim Rückzug auf

[1] „Wie es zur Katastrophe kam“, Teil II. Vergleiche den Aufsatz in Nr. 18 der „Glocke“: „Wie es zur Katastrophe kam“. I.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die Aisne habe ich in den Nummern 182, 192 und 220 des „Kriegsecho“ geschildert. Hier soll nur so weit darauf eingegangen werden, als es zum Verständnis des zu sagenden erforderlich ist, wie ich auf den Verlauf der Feldzugereignisse nur so weit eingehe, als dies nötig ist, um der Legendenbildung Abbruch zu tun.

Nachdem wir an der Aisne Front gemacht hatten, nachdem der Versuch Joffres, bei Craonne durchzubrechen, gescheitert war, erstarrte die Front von Noyon bis Verdun allmählich unter heftigen Gefechten und war trotz aller französisch-englischen Angriffe ab 15. September 1914 nicht mehr ins Wanken zu bringen.

Durch den Herantransport ihrer Kolonialtruppen verstärkten Franzosen und Engländer ihre Armeen von Tag zu Tag. Die an sich vorhandene zahlenmäßige Ueberlegenheit wurde durch die ausgedehnteste Mobilisierung und Verstärkung durch Territorialtruppen weiter gesteigert. Wohl war auf deutscher Seite sofort nach Kriegsbeginn mit der Aufstellung von Neuformationen, die der feindlichen Ueberzahl die Stirne bieten sollten, begonnen worden. Doch einmal konnten diese aus Kriegsfreiwilligen und unausgebildeten Ersatzreservisten bestehenden Formationen erst nach mehrmonatiger Ausbildung als feldzugsreif in Frage kommen, das andere Mal aber forderte die Ueberzahl der russischen Armeen gebieterisch immer wieder neue Truppenabgaben für den Osten. So war ein auch nur befriedigender Ausgleich der feindlichen Ueberzahl überhaupt nicht möglich.

Zudem machte sich auf dem Westkriegsschauplatz die Tatsache bemerkbar, daß Frankreich hinter seiner Front ein tadellos arbeitendes engmaschiges Bahnnetz und ein im besten Zustand befindliches Straßennetz besaß und von der Schweizer Grenze über Verdun bis Compiègne über die innere Linie verfügte. Es konnte hierdurch in kürzester Frist auf 150 Kilometer Strecke Truppen in jeder Menge ohne Schwierigkeiten verschieben.

Wesentlich schwieriger lagen die Verhältnisse bei uns. Die Bahnen in Frankreich, die wir in den Händen hatten, konnten zu der Zeit der hier zu schildernden Kämpfe zum größten Teile noch nicht arbeiten, da der Gegner bei seinem Rückzug von der belgischen Grenze nach Süden alle Bahnen auf das gründlichste zerstört hatte, so daß trotz eifrigen Bemühens ihre Wiederherstellung noch nicht hatte vollzogen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

werden können. Auch ein großer Teil der Straßenkunstbauten war zerstört. Dagegen waren die Bahnen in der belgischen Osthälfte wieder verwendungsfähig. Nun hatte uns die Kriegslage die äußere Linie zugeschoben. Infolgedessen mußten Truppenverschiebungen von einem Flügel zum anderen in großem Bogen über die rheinischen Bahnen und durch Belgien bewerkstelligt werden. Von der belgisch-französischen Grenze ab war man auf den Fußmarsch angewiesen. So entstand von einem Flügel zum anderen eine Wegstrecke von rund 500 Kilometer. Das vergegenwärtige man sich, wenn man den jetzt zu schildernden Kämpfen folgt, in denen die deutsche Heeresleitung immer neu sich türmende Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen hatte, um einer Katastrophe zu entgehen. *Es ist zweifellos ein Ruhmesblatt ersten Ranges, was der deutsche Generalstab, die Eisenbahnen und die Truppen in den Kämpfen von Mitte September bis Anfang November im Ringen um die Sicherung der Flanke geleistet haben.*

Gebieterisch lockte der in der Gegend von Noyon freischwebende deutsche Flügel den französischen Oberkommandierenden. Was er zusammenraffen konnte, schleuderte er gegen die Linie Noyon—St. Quentin, damit in die Flanke, wenn es glückte, auch in den Rücken der deutschen Front. Die deutsche Oberste Heeresleitung erkannte die riesige Gefahr, in der die deutschen Armeen in Nordfrankreich sich befanden. Gelang es Joffre, über St. Quentin auf Guise und Hirson zu stoßen, brach alles, was westlich von Verdun stand, in sich zusammen, und es schien zweifelhaft, ob es in solchem Falle gelingen konnte, die Hauptmassen der Armeen noch ins Maastal zu retten. Zweifellos, die Gefahr, die sich da türmte, wurde *rechtzeitig* erkannt, und die Maßnahmen, die man traf, bewährten sich. *Jetzt,* in der Stunde der höchsten Gefahr, als es galt, die Lage zu retten, reißt man Verband auf Verband aus der verstrickten Front Verdun—Basel! Wäre es 14 Tage früher geschehen, hätte man damals aus besagter Front wohlentbehrliche Truppen genommen, — man hätte an der Marne *gesiegt.* Jetzt aber gelang es nur, mit diesen Kräften die Katastrophe zu verhindern. In Eiltransporten rheinabwärts und durch Belgien hindurch warf man die Verbände auf Lille—St. Quentin—Noyon, so den französischen Vernichtungsstoß auffangend. Ich betone nochmals, was Generalstab, Truppen und Eisen-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bahner in diesen Tagen höchster Gefahr geleistet haben, ist über alles Lob erhaben.

Während der Kämpfe um Péronne und Roye bot der Führer der belgischen Armee, König Albert, alles auf, um Antwerpen vor dem Fall zu schützen und die Verbindung der Festung mit der Küste über Gent—Brügge—Ostende offen zu halten. Doch immer stärker machte sich der deutsche Druck gegen die Festung fühlbar, dementsprechend klangen die Hilferufe Alberts an die französisch-englische Heeresleitung immer dringender. Belgiens König hoffte auf den Erfolg der Joffreschen Operationen, die ja in der Zertrümmerung des rechten deutschen Flügels und dem Zurückweisen der Deutschen auf die Maas gipfeln sollten.

Da nun diese Operationen bisher nicht den gewollten Erfolg gehabt hatten, die Lage der belgischen Armee immer gefährdeter wurde, Antwerpen aber als Eckpfeiler im englischen Operationsplan von riesiger Wichtigkeit war, griff — zu *unserem* Nutzen — die englische Regierung ein.

Die englische Armee stand noch in den Stellungen am Chemin des Dames, in die sie in Verfolg der Operationen von der Marne zur Aisne gelangt war. Jetzt erhielt ihr Oberkommandierender, Sir John French, den Befehl, die Armee dort unverzüglich herauszuziehen und nach Westflandern zu werfen, um von dort aus, gestützt auf die Kanalhäfen, die Entsetzung Antwerpens zu betreiben. Zu gleicher Zeit wurde die Einschiffung des neugebildeten IV. Armeekorps von England nach Ostende in die Wege geleitet. Joffre aber war gerade im Begriff, eine neue Armee zu bilden, um nochmals die Umfassung des schwebenden deutschen Flügels zu versuchen. Eile tat not, denn der linke Flügel Castelnaus, der durch Territorialdivisionen geschützt wurde, war bereits durch die Bayern auf Albert und Bapaume zurückgedrängt worden.

Da tritt French mit seiner Forderung auf Ablösung vor. Die „Verteidigung Englands“ erfordert seinen Einsatz in Flandern. Daß Joffre eben im Begriff ist, die neue 10. Armee zu bilden, um mit ihr den entscheidenden Stoß in die deutsche Flanke zu führen, kümmert ihn nicht. Der Brite will nach Flandern, wähnt, Antwerpen retten zu können, will die ganze Küste fest in die Hand bekommen. Erst England, dann Frankreich! — Wird dem Wunsch des Engländers Folge geleistet, ist die Ueberraschung der Deutschen —

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

und darauf kommt es jetzt an — nicht mehr möglich, denn der Vorsprung, den man jetzt hat, geht verloren; Truppen, die für die neuen Operationen bestimmt sind, werden zum Auffüllen des Loches gebraucht, das die Frenchsche Armee am Chemin zurückläßt; die Marschstraßen müssen sich mit der Aufmarschstraße der 10. Armee kreuzen; kurz, Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten bringt der Frenchsche Vorschlag. Die Entscheidungsschlacht droht in die Ferne gerückt, die Zeit kommt näher, wo die jungen deutschen Reservekorps, die laut Agentenmeldung im Reiche in Bildung und Einschweißung begriffen sind, an der Front erscheinen können. So drängt alles auf schnellste Entscheidung. Gelingt die Ueberraschung, und dazu sind zahlreiche Anzeichen vorhanden, ist der Würfel zugunsten Englands und Frankreichs gefallen, und damit auch das Schicksal Antwerpens und der Küste entschieden.

Doch French stimmte den Ansichten Joffres nicht bei, er hielt sich wohl für klüger als die abwägenden französischen Feldherren, und — Frankreich war schon damals auf die Hilfe Englands unbedingt angewiesen, schon damals fest in englischer Hand. So mußte Joffre wider bessere Erkenntnis nachgeben.

Anfang Oktober verschwand die drei Korps starke englische Armee aus der Aisnefront und wurde durch verfügbare französische Kräfte ersetzt. French führte seine Armee, natürlich nicht ohne den Aufmarsch des Generals Maudhuy, der die 10. französische Armee gerade nördlich Amiens zusammenzog, zu stören, in den Raum Hazebrouck— St. Omer—Calais. Zu gleicher Zeit landete in Ostende das IV. englische Korps, in den Mittelmeerhäfen der Republik wurde die indische Lahoredivision ausgeladen, während sich in den Kanalhäfen Englands zwei weitere Divisionen bereitstellten, um auf das Festland übergeführt zu werden. Alle Seewege aber, die von englischen und französischen Kolonien nach Europa führen, waren bedeckt mit Transporten, die weiße und farbige Kolonialtruppen zum Kriegsschauplatz brachten.

Die durch French ins Werk gesetzte Umgruppierung in der französischen Front hatte zur Folge, daß *wir* unseren Aufmarsch zwischen Scarpe und La Basséekanal vollziehen konnten. Als Maudhuy, dessen Aufmarsch durch French gestört worden war, angriff, rannte er vor geschlossene Front. So hatte French uns durch seinen Sieg über den Joffreschen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Willen Luft geschafft und uns vor einer neuen schweren Krise bewahrt. Der deutsche Flügel war bis zum La Basséekanal nach Norden verlängert. Statt zu umklammern, ist die französische 10. Armee überall frontal aufgerannt, wieder ist Joffres Versuch gescheitert, im Blut erstickt.

Während der Donner der Flügelschlacht über den Hügelketten des Artois rollte, sammelte French seine Armee im sicheren Schutz Maudhuys. Er sah sich bereits als feldzugsentscheidender Faktor, als Befreier Antwerpens. Da kam die Nachricht, daß die Deutschen am 9. Oktober Antwerpen zu Fall gebracht hatten, und daß die Reste der belgischen Armee über Brügge—Ostende im Rückzug auf die französischen Kanalhäfen seien. Ein schwerer Schlag! Und doch! Noch hatten die Deutschen eine offene Flanke, noch einmal blühte die Hoffnung auf, in diese einzubrechen. Lille war ja noch in französischer Hand, ein rechter Stützpunkt, ein Sammelplatz, dazu in der deutschen Flanke gelegen. Neue französische Divisionen sind im Anmarsch, die Versammlung der englischen Armee ist fast beendet, und die drei Divisionen des III. deutschen Reservekorps, vor denen die Belgier auf die Yser zurückfallen, können unmöglich dem Ansturm solch starker Kräfte, wie sie French jetzt in der Hand hatte, standhalten. Man hat noch einen großen Trumpf, der soll jetzt ausgespielt werden!

Der deutschen Heeresleitung lag alles daran, den Vormarsch der Engländer so lange wie möglich aufzuhalten. Ihr Vorbrechen mußte so verzögert werden, daß Zeit blieb, genügend Kräfte zum Auffangen des Stoßes bereitzustellen. Die drei Divisionen des III. Reservekorps, die von Antwerpen her die Belgier verfolgten, konnten in so breiter Front, wie sie zur Verfolgung angesetzt waren, den feindlichen Ansturm nicht aufhalten, auch reichte ihr linker Flügel nicht südlicher als Deynze—Thielt.

Zwischen hier und dem La Basséekanal klafft eine breite Lücke. Antwerpen, eben gewonnen, war so noch ein sehr gefährdeter Besitz, die Küste, die man gerade erreichte, ein Wertobjekt, das man nicht leichten Herzens wieder aufgeben konnte. Was hing nicht alles an der Entscheidung, die nun fallen mußte, sowohl für uns, wie für unsere Gegner! So sehen wir denn Mitte Oktober 1914 die Kriegslage im Stadium der stärksten Hochspannung. *Das Ringen um die Seeflanke* begann, es sollte furchtbar werden!

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Als Wetterzeichen erschienen plötzlich vor den englischen Aufmarschgebieten und in der Flanke Maudhuys die Reiter der drei deutschen Kavalleriekorps. Sie sollten die Vorgänge hinter ihrem Rücken verschleiern, Aufklärung über die Lage schaffen, den feindlichen Vormarsch, wenn er einsetzte, stören. Die Reitergeschwader fluteten an Lille vorbei, durch Armentières und Bailleul auf Hazebrouck und warfen hier starke französische Kavalleriekörper über den Haufen. Da kündete breite englische Reiterfront den Vormarsch der Briten an. Mitte Oktober sind Fochs Kräfte in vollem Fluß, um zwischen Lille und Thourout gen Osten vorzubrechen, da brüllt am 18. Oktober vor der ganzen englisch-französischen Front deutsche Artillerie gebieterisch ihr „Halt!“ *Was war geschehen?*

Als sich Anfang Oktober die Lage immer mehr zuspitzte, entschloß sich unsere Oberste Heeresleitung dazu, die jungen Reservekorps, die in der Heimat ausgebildet wurden, an die Front zu werfen. Es war ein gewagtes Unternehmen. Die jungen Truppen bestanden zum größten Teil aus Kriegsfreiwilligen (Studenten, Schülern, Männern aller Berufe und Volksschichten), die nie zuvor eine Waffe in der Hand gehabt hatten und jetzt kaum vier bis sechs Wochen in der Ausbildung waren. Sie wurden z. T. geführt von alten inaktiven Offizieren und solchen des Beurlaubtenstandes, nur wenige von ihnen brachten Feldzugserfahrung mit. Aber der Geist dieses Freiwilligenkorps war von einem Schwung getragen, der nicht überboten werden konnte, er ersetzte vieles, was ihm sonst auch noch fehlen mochte. Diese Tatsache und die Notlage, in der man sich befand, gaben den gewagten Entschluß. *Die Heeresleitung hat ihn nicht zu bereuen gehabt.* Die Kriegsfreiwilligen Deutschlands, im wahren Sinne des Wortes Milizen, haben uns die Seeflanke gesichert und damit die Front im Frankreich!

Unterdessen waren die Engländer und Franzosen aufmarschiert und hatten gerade den Vormarsch aufgenommen, um zwischen Antwerpen und Lille uns den Flügel abzugewinnen. Kronprinz Rupprecht hatte den rechten Flügel seiner Armee indes von Lille bis Menin verlängert. In Ypern aber trafen bereits stärkere englische Truppenkörper ein. Im Houthoulster Walde, nördlich Ypern, stand französische Kavallerie. Von hier bis Dixmuide östlich des Yserkanals waren zwei französische Territorialdivisionen und die Marinedivision der Repu-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

blik aufmarschiert, anschließend hieran bis zur Küste schloß sich die belgische Armee. Im Anmarsch befindlich das IX. französische Korps, die 42. französische Division und das IV. englische Korps. Unter verheißungsvollen Umständen trat man an. Da tauchten am 17. Oktober unerwartet vor der ganzen Front von Menin bis Dixmuide neue unbekannte deutsche Truppen auf und warfen in ungestümem Vorgehen die englisch-französischen Vortruppen über den Haufen. Das furchtbare Ringen um die Seeflanke hatte begonnen. — Die eben zum Angriff angetretene englisch-französische Front sieht sich im Handumdrehen in die Verteidigung geworfen. Westende, St. Pierre Capelle, Handzame, Costemak, Staden, Rumbecke, Roesselare, Moorslede, Rolleghem, Capelle gehen verloren. Mit kräftigen Schlägen treiben die jungen deutschen Truppen die Verbündeten auf die Yser und auf Ypern zurück.

Die Armee des Herzogs von Württemberg will mit ihren Kriegsfreiwilligen nun selbst durchbrechen und auf Calais marschieren. Gelingt dieses, dann ist die belgische Armee im Norden abgeschnitten und die französische Front von Lille bis Albert unhaltbar, die englische Armee als Schlachtfaktor gestrichen. Es steht also viel auf dem Spiel, unbegrenzt sind die Möglichkeiten, wenn der Durchbruch gelingt.

Die Schlacht lodert an der Küste bis Lille tagelang unentschieden auf und ab. Dixmuide und Ypern sind ihre Feuerkerne.

Nur schrittweise wird den Verbündeten von den jungen Regimentern der Boden abgerungen. Da gelingt es dem III. Reservekorps und Teilen des XXII. Reservekorps zwischen Nieuport und Dixmuide die Yser zu überschreiten. Am 30. Oktober wird Ramscapelle gestürmt, Pervyse sieht deutsche Truppen in seinen Mauern und die Verteidiger von Dixmuide können beobachten, wie nördlich der Stadt Kriegsfreiwillige über die Yser vorbrechen. Der nächste Tag muß den Durchbruch bringen, die zermürbten Kräfte der belgischen Armee können das Unheil nicht mehr aufhalten; dann ist der Weg nach Calais für die Deutschen offen, dann umfaßt der Deutsche.

In dieser Not ruft König Albert das Meer zu Hilfe. (Man lese darüber die meisterhafte Schilderung, die Stegemann in seinem Werke bietet.) Die Deutschen müssen über die Yser zurück, denn die See nimmt ihnen den Boden unter

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

den Füßen fort. Die englisch-französische Flanke ist gerettet, weil König Albert sein Land geopfert hat.

Nun versuchte Joffre den Durchbruch von Ypern aus in Richtung Roesselare—Dixmuide. Es war vergebens, nichts wurde erreicht. Auch wir setzen zum *Durchbruch* an; wohl wurden die Engländer geworfen, doch der Durchbruch wurde nicht erzielt. Es gelingt nur noch, den Brückenkopf Dixmuide zu stürmen und damit dem Gegner endgültig über die Yser zu pressen. Auch fällt Bixschoote in unsere Hand, und in harten Kämpfen werden die Ypern beherrschenden Höhen errungen. Dann erstarrte allmählich die Front im Grabenkrieg.

Das Ringen um die Seeflanke war beendet. Zwar hielten wir Ostende—Courtrai und Lille und hatten die Haupthäfen der belgischen Küste in unserer Hand, dafür aber blieb England in gesichertem Besitz der Kanalhäfen *Dünkirchen* und *Calais*, blieb *Herr des Kanals*, eine Tatsache von *entscheidender* Bedeutung, die bei uns vielfach verkannt worden ist. Zu *spät* hatte man versucht, den Durchbruch auf Calais zu vollziehen. Die jungen Korps hatten es nicht geschafft, und Schlieffens große Forderung blieb *unerfüllt*.

Warum erstarb die Yserschlacht in Blut und Schlamm? Die jungen Truppen sind schuld! So liest man es an allen Ecken und Enden. Die Legende ist schon da, die Freiwilligenregimenter sind die Schuldigen, sie, die Milizformationen, sie mußten doch versagen, nicht wahr? *Aber das ist ja gar nicht die Wahrheit!* Nicht die jungen Regimenter sind die Schuldigen, sondern ein Teil der *Offiziere*, die sie führten. Daß zum Beispiel Dixmuide nicht rechtzeitig fiel, ist die Schuld des damaligen Führers einer Reservedivision und des Kommandeurs eines Artillerieregiments, die man ja auch gleich hernach nach hinten schickte, nicht ohne ihnen als Heftpflaster das Eiserne Kreuz zweiter Klasse zu geben. Sinnlos war die Infanterie ohne Artillerievorbereitung immer wieder gegen das starkbefestigte Dixmuide gehetzt worden. Alle Forderungen auf sachgemäße Artillerievorbereitung hatte man in den Wind geschlagen. Ziel- und planlos wurde Artillerie eingesetzt, ihr knapper Munitionsbestand durch taktisch wertlose Schießaufträge vermindert. Damit man nicht sagt, das sei alles nicht wahr, will ich hier einiges erzählen.

Die sinn- und planlose Vorführung der Infanterie ohne Artillerievorbereitung, das immer wieder erfolgte wilde Hinein-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hetzen der Bataillone, ohne die Artilleriewirkung abzuwarten, die völlig geistlose Verwendung der Artillerie, *das* sind die Ursachen, daß die Freiwilligenarmee nur bis zur Yser kam. Nicht die *Truppen*, sondern die *mittlere Führung ist schuld.* Hätte man in der mittleren Führung auch nur einigermaßen mit taktischem Geschick operiert, wäre Dixmuide am 23. Oktober in unserer Hand gewesen. Das aber wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Erfolg des Durchbruchs, denn der Uebergang über die Yser wäre damals leicht geworden. Als Dixmuide am 11. November fiel, war es *zu spät!*

Noch eine ernste Frage drängt sich auf. Warum wurde *auch hier* ohne strategische Reserve operiert?

Als die Freiwilligenarmee antrat, führte man sie in breiter Front, fein säuberlich Division neben Division vor, ohne eine größere Reserve zur Verfügung der Armee bereitzuhalten. Es scheint, daß man aus der Marneschlacht noch nichts gelernt hatte. Man komme nicht und sage, die zu schließende Front war zu groß. Man studiere das Gelände, und man wird finden, daß man wohl in der Lage war, an großen Frontstellen mit geringeren Kräften vorzugehen, dafür eine kräftige Reserve auszuscheiden. Man hat infolge der Geländeverhältnisse im Laufe der Schlacht ja doch Divisionen verschieben müssen, warum also nicht gleich? Am Abend des 20. Oktober mußte Klarheit darüber sein, daß die Hauptmasse der englischen Armee um Ypern stand, daß starke französische und belgische Kräfte um Dixmuide und nördlich davon hielten. Der Eindruck mußte sich verstärken im Laufe der nächsten Tage, daß Dixmuide und Ypern der Brennpunkt waren. Zwischen Merckem und Ypern mit einer kräftigen Reserve am 22. oder 23. über Bixschote—Steenstrate zum Durchbruch angesetzt, und der Erfolg wäre wohl nicht ausgeblieben.

So aber wurde nach Schema F gearbeitet. Es gab nur *ein* Prinzip: Auf! Rann! Drauf! Ist das Strategie?

Und so wiederhole ich, nicht die Truppen sind „schuldig", daß der Durchbruch in der Yserschlacht nicht gelang, sondern die *Truppenführung.* Die Truppen haben sich mit unendlicher Bravour geschlagen, haben riesige Opfer gebracht, sind immer wieder sinnlos ins Feuer gehetzt worden, weshalb man nicht ohne Recht vom *Kindermord in Dixmuide* spricht. Eine halbwegs leistungsfähige Führung hätte mit der Hälfte der Opfer den Durchbruch erzwungen. Solche Führung aber fehlte!

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

IM

DREILÄNDERVERLAG, MÜNCHEN

LEOPOLDSTRASSE 3

erscheint die historisch-politische Bücherei

DOKUMENTE DER MENSCHLICHKEIT

JOH. G. FICHTE:
Die Republik der Deutschen

THOMAS MORUS:
Aus der „Utopia"

JONATHAN SWIFT:
Attacken

JEAN PAUL:
Friedenspredigt

J. J. ROUSSEAU:
Der Gesellschaftsvertrag

THOMAS CAMPANELLA:
Der Sonnenstaat

IMMANUEL KANT:
Zum ewigen Frieden

JOH. G. FICHTE
Neue Welt

WILH. v. HUMBOLDT:
Die Grenzen des Staates

LOUIS BLANC:
Die Organisation der Arbeit

Die Sammlung wird fortgesetzt

PREIS DES EINZELNEN BANDES 1,50 MK.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Als aktuellste Neuerscheinungen empfehlen wir:

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus

von Parvus — Preis kart. Mk. 3,—, geb. Mk. 4,50

Weltkrieg und Angestelltenbewegung

von S. Aufhäuser — Preis kart. Mk. 3,—, geb. Mk. 4,50

Die Rettung aus dem finanziellen Elend

von Wilhelm Keil — Preis 50 Pf.

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft

von Paul Umbreit — Preis 50 Pf.

Wie werden wir wieder reich?

von Erich Kuttner — Preis 20 Pf.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
BERLIN SW 68 LINDENSTRASSE 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 334. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 22 30. August 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch
Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Dr. Paul Lensch . . Die roten Lakaien der Entente.

Victor Schiff . . . . . .Versailles und Luzern.

Müller-Brandenburg . Falkenhayns verfehltes Spiel.

Dr. Paul G. Hübner: Die Verwertung der preußischen Schlösser.

Glossen.

Nummer 21 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

August Winnig . . . . . Blick nach Osten

Dr. Paul Lensch . . Kohlenkrisis und Sozialismus

Paul Umbreit: Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes.

Dr. Erich Troß: Konsument und Produzent im Sozialismus.

Dr. Herbert Ruscheweyh: Vertragshaftung des Unternehmens und Betriebsrätesystem.

Müller-Brandenburg: Der Kampf um die Seeflanke.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

22. Heft 30. August 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Dr. PAUL LENSCH:

Die roten Lakaien der Entente.

„DAS Zwischenspiel des Friedensschlusses", unter dieser Ueberschrift hatten wir Ende Juni den Abschluß des Friedens besprochen, um schon in der Ueberschrift deutlich zu machen, wie bedeutungslos und fast gleichgültig die offizielle Beendigung des Krieges für das weitere Schicksal Europas sei. Monate sind seitdem vergangen und nach wie vor ist vom Frieden keine Rede. Die Ententestaaten haben bisher den Frieden nicht ratifiziert, die Gefangenen nicht zurückgeschickt, die Verkehrsfreiheit nicht wieder hergestellt. Der Krieg im Osten gegen Rußland geht weiter, ohne Aussicht auf ein baldiges Ende. Im Inneren aber schwelt der Brand. Die imperialistischen Kreise der Entente nutzen die Zeit, die ihnen noch bleibt, zu Raub und Eroberung aus und wiederholen damit nur im Großen, was die deutschen Imperialisten nach dem Brester Frieden im Kleinen versucht hatten. Dem Versuch Deutschlands, Kurland in ein deutsches Herzogtum zu verwandeln, steht die Annexion Persiens durch den englischen Imperialismus gegenüber und in der Tat verhält sich der deutsche Imperialismus zum englischen wie Kurland zu Persien. Wer freilich glauben wollte, daß auch das Geschrei der revolutionären Antiimperialisten über diese beiden Arten von Imperialismus im gleichen Verhältnis zueinander stehe, der macht die Erfahrung, daß hier die Dinge sich gerade umgekehrt verhalten. Den englischen Sozialisten ist es wohl noch nie eingefallen, gegen die Eroberung der Welt durch England zu protestieren, zum größten Teil bekümmern sie sich nicht um auswärtige Probleme. Die deutschen Unabhängigen aber sind nie etwas anderes gewesen, als die roten Lakaien der Ententebourgeoisie, vor

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der sie wie dressierte Pudel „schön" machen und nur dann ihre melodienreiche Stimme erheben, wenn ihre Herrin kommandiert: wie spricht der Hund?

In der Tat haben diese Pudel nie gewagt, gegen den Annexionswahnsinn der Ententebourgeoisie auch nur zu knurren. Sie haben ihn beschönigt, ihn verteidigt, gerechtfertigt, wie sie ja auch den Militarismus sofort bezaubernd fanden, sobald er bei der Entente auftrat. Schrieb doch die „Freiheit" erst unlängst voller Entzücken: „Trotzdem die Entente infolge unseres Angriffskriegs zu einem Militarismus gekommen ist, hat dieser Militarismus die Manieren eines gesitteten, freien Volkes beibehalten." Wohlverstanden: beibehalten! Nicht etwa angenommen. Und das schreibt ein sozialistisches Blatt, das sich mit seinem „Radikalismus" brüsten tut, über eine Armee, bei der der Abstand zwischen Offizier und Mann bis in die Zeit vor dem Kriege schroffer war, als in Preußen vor Jena. Die Mannschaften entstammten der Hefe des Volkes und waren demgemäß angesehen. Von den entsetzlichen Schandtaten dieser englischen Soldateska ist die Kriegsgeschichte voll, und wer von dem Einfluß wissen will, den die Käuflichkeit der Offiziersstellen auf den Charakter des britischen Offizierkorps lange Zeit ausgeübt hat, der lese Friedrich Engels nach. Das Schönste aber leistete sich das unabhängige Blatt mit der Bemerkung: *bei der Entente dient der Militarismus dem Volke.* Und diese Lakaien schwatzen von „Weltrevolution", zu der sie die Massen auffordern! Die englische Arbeiterklasse hat als eine ihrer wichtigsten Forderungen die Abschaffung der Wehrpflicht aufgestellt. Jetzt können ihr die englischen Jingoes und Militaristen auseinandersetzen, daß die „revolutionäre" „Freiheit" in Berlin erklärt hat, der englische Militarismus diene — im Gegensatz zum deutschen — dem Volke! Die deutschen Unabhängigen, die alles getan haben, um den deutschen Militarismus zu stürzen, wünschten offenbar im Interesse der Freiheit und der Demokratie die Aufrechterhaltung des Militarismus in England. Genau so, wie ja auch *Karl Kautsky* zwar den deutschen Marinismus stets bis aufs Blut bekämpft hatte, den englischen Marinismus dagegen als die selbstverständlichste Sache von der Welt begrüßte. „Was für Frankreich und Deutschland höchst überflüssig, wenn sie nicht überseeische Eroberungspolitik treiben wollen, ist für England unentbehrlich. Denn seine insulare Lage, die ehedem sein bester

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schutz, solange es seine Lebensmittel und Rohmaterialien selbst erzeugte, drohte ihm nun verhängnisvoll zu werden, seitdem jede erhebliche Beschränkung seines Seeverkehrs es mit Hungersnot bedroht. Deutschland ist in dieser Beziehung weit günstiger dran als England. . . Deutschland müßte gleichzeitig mit England in Krieg und mit allen seinen Nachbarn sein, sollte seine Lebensmittelzufuhr ernstlich bedroht sein. Eine derartige Voraussetzung aber ist ein Unding (!). England ist dagegen auf kolossale Lebensmittelzufuhren angewiesen, die nur zur See stattfinden können. Es müßte daher schon im Interesse seiner Selbsterhaltung darauf bedacht sein, eine jedem Gegner gewachsene Flotte aufzuweisen, selbst wenn es kein Kolonialreich zu schützen hätte." Es ist nicht ohne Reiz, heute derartige Argumente des großen Stubengelehrten aus der Vorkriegszeit auszuschaufeln. Es ist klar, daß diese Beweisführung, die der englischen Bourgeoisie den „marxistischen" Segen für ihren Weltdespotismus gibt, nachträglich die Flottenpolitik des Herrn von Tirpitz rechtfertigt und an ihr nur das tadelnswert finden könnte, daß Herr Tirpitz nicht genug zum Ausbau der deutschen Flotte und vor allem der Unterseeboote getan hat, denn das Kautskysche „Unding" ist durch den Weltkrieg bekanntlich das furchtbarste „Ding" geworden, an dem wir schließlich zusammengebrochen sind. In der Tat: wenn Abhängigkeit von Lebensmittelzufuhren und Rohstoffen wirklich auch für einen Marxisten die Notwendigkeit einer „jedem Gegner gewachsenen Flotte" erweist, dann ist Wettrüsten zu Wasser und zu Lande eine marxistische Forderung und die Forderung nach Abrüstung wird zu einem leeren Geschwätz. Das ist es seinerzeit bei Karl Kautsky bekanntlich denn auch gründlich geworden. Als ich in der Vorkriegszeit in der „Leipziger Volkszeitung" und in der „Neuen Zeit" über Abrüstung und Imperialismus mit Kautsky debattierte, brach seine Argumentation an jener inneren Schwäche seines Standpunktes zusammen, die schon in dem obigen Zitat zutage trat, und die darin bestand, daß Kautsky nicht den Mut hatte, von dem „demokratischen" England die gleiche Abrüstung zur See zu verlangen, wie von Deutschland. So war schon damals die geistige Welt der heutigen Unabhängigen, zu deren Führern sich auch Kautsky zählt, — wenn auch etwas in partibus infidelium — gekennzeichnet durch eine würdelose Liebedienerei vor dem Auslande. Hier

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

kommt die deutsche Bedientenhaftigkeit wieder mal zum Durchbruch.

Denn, daß es sich hier um die Schattenseite einer deutschen Eigentümlichkeit und nicht etwa um die Lichtseite des Marxismus handelt, geht schon daraus hervor, daß die russischen Revolutionäre, die den Zarismus in Rußland gestürzt haben, deswegen nun nicht etwa vor dem Zarismus der Entente kriechen. Die eigenartige Größe und Konsequenz dieser Bewegung liegt vielmehr gerade darin, daß sie gegen den Ententekapitalismus mit derselben Unerbittlichkeit und Logik vorgehen, wie gegen den weiland russischen Kapitalismus, und daß sie demgemäß in den deutschen Unabhängigen nur elende Lakaien sehen, die sich, wie das Zentralorgan der russischen Bolschewisten neulich schrieb, „dazu drängen, die Stiefel der französischen Generale zu lecken, obwohl diese Stiefel mit Arbeiterblut besudelt sind.“ Hier urteilen konsequente Revolutionäre über vorlaute Lakaien, die sich Liebkind machen wollen gleichzeitig bei der Ententebourgeoisie und den russischen Revolutionären, und die daher von beiden Seiten mit Verachtung in die Ecke geschoben werden. In der Tat, Kautsky hat recht, wenn er sagt, daß die „unabhängige“ Sozialdemokratie Deutschlands als Partei einzig in ihrer Art ist.

Dabei könnte sich diese Partei selber sagen, daß der Versailler Frieden nicht von Dauer sein kann, und daß es sich für sie nicht lohnt, sich durch Unterstützung der imperialistischen Raubpolitiker und Militaristen vor der deutschen wie der internationalen Oeffentlichkeit bloßzustellen. Wie sehr diese Schichten einen wirklichen Frieden fürchten, geht aus der Art des Friedensinstruments und ihrer fortgesetzten Friedenssabotage hervor. Speziell in Frankreich ist diese Politik deutlich. Die dortigen militaristischen Kreise fürchten mit Recht, daß eine völlige Abrüstung Deutschlands auch die Frankreichs in kurzer Zeit nach sich ziehen würde. Das heißt: Die französische Offizierskaste stünde bald ebenso vor dem Nichts, wie jetzt die deutsche. Der Zusammenbruch des französischen Militarismus wäre auch für sie der Zusammenbruch und bei der furchtbaren Notlage Frankreichs wäre das von furchtbaren Folgen. Deshalb ist es schon glaublich, wenn immer wieder versichert wird, daß Frankreich ganz und gar nicht die völlige Abrüstung Deutschlands verlange, und daß es hierbei nur dem englischen Diktat folge.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Nur daß darin nicht, wie man in einem Berliner Blatt zuweilen lesen kann, die aufdämmernde Erkenntnis von einer Solidarität französischer und deutscher Interessen zutage träte, sondern lediglich die Erkenntnis der französischen Militaristen von ihrer eigenen Ueberflüssigkeit, wenn erst einmal der deutsche Militarismus völlig beseitigt ist. Wie Bismarck im Reichstage drei Dutzend Sozialdemokraten „konzedieren" wollte, die politisch ungefährlich blieben, aber zum Graulichmachen des Spießbürgertums treffliche Dienste für die Reaktion leisten könnten, so wünschen sich auch die französischen Militaristen einen wohl kontingentierten deutschen Militarismus, zu schwach, um der französischen Bourgeoisie je gefährlich werden zu können, aber just noch stark genug, um den französischen Spießbürger von der Notwendigkeit weiterer Rüstungen zu überzeugen. Wir aber wollen mit dem französischen Volke wie mit allen anderen Völkern in Frieden leben, wir werden an unserem Teile ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus mit allen Mitteln zu verhindern suchen, in der Ueberzeugung, daß gerade dadurch der Sturz der Imperialisten und Militaristen im Auslande am ehesten noch herbeigeführt werden kann.

Wie bankerott dieses militaristische System der Entente schon jetzt geworden ist, kündigt sich im *Elsaß* an. Selbst ein so dunkler Ehrenmann wie Homo-Grumbach, der sich jetzt als Wortführer der elsässischen Arbeiter in der Internationale aufspielt, muß entsetzt eingestehen, daß die Brutalität der französischen Verwaltung alles übersteige, was man für möglich gehalten, und daß die anfänglichen Sympathien für Frankreich einer furchtbaren Enttäuschung Platz gemacht haben. Dabei muß man gestehen, daß die Elsässer gerade während des Krieges durch den deutschen Militarismus bis aufs Blut mißhandelt worden sind, daß gerade ein ehrliebender deutscher Volksstamm, wie der elsässische es ist und stets bleiben wird, durch diese infame Schandwirtschaft direkt zur Verzweiflung getrieben werden mußte und rein gefühlsmäßig den Einmarsch der französischen Bataillone mit einem Uff! der Erleichterung begrüßte. Genau so wie ganz Deutschland im Jahre 1890 das Ende der Bismarckschen Herrschaft mit einem solchen Uff! begrüßte. Bismarck selber, der zähe Freund des Diktaturparagraphen, der ohne Ausnahmegesetze weder in Elsaß-Lothringen noch im übrigen Reich regieren konnte, ist an allererster Stelle verantwortlich

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

für den jetzigen Verlust dieser kerndeutschen Provinz. Sein auf Brutalität und Unterdrückung eingestelltes Regierungsprinzip fand nirgends den Weg zum Herzen des Volkes. Die innere Wiedergewinnung dieses deutschen Volksstammes, die in den Jahrzehnten nach 1871 wohl möglich gewesen wäre, scheiterte an diesem Manne und seiner Politik. Das ist um so schärfer zu betonen, als wir den Rückerwerb des Elsaß im Jahre 1870 an sich keineswegs für einen Fehler, sondern für eine absolut notwendige Voraussetzung für die Aufrichtung des Deutschen Reiches gehalten haben und noch halten. Freilich mußte dann diesem alten Kulturland gegenüber mit einer Kulturpolitik vorgegangen werden und nicht mit diesem bornierten Borussentum, das kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in der Zabernaffäre noch einmal seine abstoßendsten Züge offenbarte. Für das Verhalten des deutschen Militärs während des Krieges vollends ist kein Wort scharf genug. Flammte am 4. August 1914 die nationale Begeisterung im alten Straßburg so hoch auf wie in jeder anderen deutschen Stadt, so hatte im November 1918 der brutale Stumpfsinn des Militarismus sein Werk erfüllt und freudig sank das Land dem fremden Eroberer in die Arme.

Und just dieses Land steht jetzt in bitterer Enttäuschung da! Die Arbeiterbewegung wird niedergeknüttelt. Die Sozialdemokratie, die in Deutschland das Heft in der Hand hat und den Posten des Reichspräsidenten wie des Reichskanzlers aus ihren Reihen besetzen konnte, steht in Frankreich in kläglicher Einflußlosigkeit daneben und kann den ausgesperrten und verzweifelnden Arbeitern und Angestellten, Lehrern und Schaffnern nichts anderes geben als ein paar Phrasen des tönenden Renaudel oder einige Tropfen aus der Phrasengießkanne des redegewaltigen Grumbach. Aber noch ist nicht aller Tage Abend im Elsaß. Die Revolution ist noch nicht zu Ende und im Westen fängt sie erst an. Die Bewegung für eine Autonomie des unglücklichen Landes ist im Steigen begriffen und vielleicht erlebt Frankreich mit seinem Militarismus das gleiche, was Deutschland mit dem seinigen erlebt hat: er half ihm zwar das Land gewinnen, aber ebenso auch wieder verlieren.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:30 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

VICTOR SCHIFF:

Versailles und Luzern.

„BISMARCK und Karl Marx: das sind die zwei großen Besiegten des Weltkrieges!", rief in den Tagen der Luzerner Konferenz der „Figaro", das Leibblatt der französischen reaktionären Bourgeoisie, freudig aus und bestätigte damit nur unfreiwillig die Richtigkeit der deutschen mehrheitssozialistischen Politik.

Wir waren zwar niemals so töricht gewesen, zu behaupten, daß ein *Sieg* Deutschlands auch einen Sieg der Demokratie bedeuten würde, obwohl eine Besiegung des zaristischen Rußlands *an sich* als ein demokratischer Fortschritt erscheinen mußte. Aber wir hatten stets und vergeblich der Internationale zugerufen, daß eine *Niederlage* Deutschlands einer Niederlage des Sozialismus gleichkommen würde. Man hat uns ausgelacht, verhöhnt, beschimpft. Und jetzt, nach Versailles und während Luzern, konnte sich das treueste Organ Clémenceaus, dieses eingefleischten Sozialistenfeindes, diesen triumphierenden und leider gar nicht so falschen Ausspruch leisten.

Es klingt wie ein Hohn, daß die Internationale aus den Schrecknissen dieses Krieges nicht machtvoller und geschlossener denn je hervorgehe. Wenn irgendein Ereignis jemals den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus in der ganzen Welt hätte herbeiführen sollen, so hätte dies der für *alle* Völker an Opfern und Qualen so überreiche Weltkrieg sein müssen. Aber nein: nachdem die deutsche Revolution bereits die *fluch*würdigen Begleit- und Folgeerscheinungen des Bismarckschen Werkes zertrümmert hatte, hat der Versailler Frieden auch das *ehr*würdige an ihm zerstört, nämlich die Einheit des deutschen Volkes: deutsche Länder sind vom Reiche losgerissen oder abgeschnürt, und wenn es einzig nach den Wünschen der französischen Staatsmänner, Diplomaten und vor allem Generäle, in einem Worte: nach den Wünschen des „Figaro" ginge, würde diese Zerstörungsarbeit im Rheinland, in der Pfalz, in Hessen, in Oberschlesien noch vervollständigt und Zentraleuropa in den hilflosen, widersinnigen Zustand der letzten Jahrhunderte zurückgeworfen werden. Bismarck ist in der Tat in Versailles vollständig besiegt worden.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Und Marx? Marx hat in Versailles nicht viel besser abgeschnitten als der Eiserne Kanzler. Denn alle großen und greifbaren Hoffnungen, die unsere Revolution für den Weltsozialismus eröffnet hatte, sind durch die Friedensbedingungen auf lange Zeiten vernichtet worden. Das bahnbrechende Sozialisierungsbeispiel, das Deutschland der ganzen Erde geben konnte, wenn man ihm auch nur halbwegs wirtschaftliche Bewegungs- und Lebensfreiheit eingeräumt hätte, ist durch dessen Erdrosselung unmöglich geworden. Und auch die siegreichen Völker werden unter der Rüstungslast eines fortgesetzten Militarismus in ihren Emanzipationsbestrebungen gehemmt bleiben. Anstatt der Völkerversöhnung, die bei gutem Willen auf seiten der Sieger leicht zu fördern gewesen wäre, ist der Boden mit Völkerhaß gedüngt worden, teils aus grenzenloser Unkenntnis der einfachsten geschichtlichen und geographischen Tatsachen, teils aber auch *absichtlich*, mit geradezu sadistischen Mitteln.

Jeder neue Tag — Persien! — entlarvt den Völkerbund als eine blutige Farce. Und die „Labour Charter", die Klauseln über Arbeiterrecht, war nur eine widerwillige, taktische Verbeugung des triumphierenden Kapitalismus vor den bereits meist schon errungenen Teilerfolgen der Arbeiterschaft.

In jeder Beziehung ist also auch Marx in Versailles besiegt worden — genau wie es seit jeher die deutsche Mehrheitssozialdemokratie prophezeit hatte, während die Unabhängigen in vollständiger Unkenntnis der Vorgeschichte des Krieges und in erbärmlicher Kritiklosigkeit gegenüber den Propagandareden der Lloyd George, Clémenceau, Wilson, Gompers, Albert Thomas, Barnes usw. auf die reinen Absichten der „westlichen Demokratien" zu schwören pflegten.

Hat sich nun irgend jemand eingebildet, daß Marx in Luzern seine Revanche nehmen, daß die Konferenz der Internationale, die Ergebnisse von Versailles insoferne wieder gut machen könnte, als sie, die Internationale, sich als eine lebendige, einheitliche, begeisterungsfähige *Macht* erweisen würde, nach deren Willen Millionen kampfentschlossener Proletarier zum Handeln bereit wären, eine Macht, vor der die Pariser Halbgötter zittern, oder auf die sie zum mindesten weitgehendste Rücksicht nehmen müßten? *Das* wäre wenigstens eine *Hoffnung* für eine nicht allzu ferne Zukunft gewesen, die Hoffnung auf eine gründliche *Revision* des Vertrages von Versailles, die weniger die Erkenntnis der eigenen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Interessen den Ententemachthabern abgerungen hätte, als ihre Angst vor dem ehernen Willen der Internationale.

Ich muß es gestehen: ich war zwar mit nicht besonders großen Hoffnungen nach Luzern gefahren, aber ich kehre zurück skeptischer denn je über die Aussichten einer baldigen Revanche des Sozialismus über die in Versailles siegreichen Gewalten. In der Tat hatte ich die Internationale selbst aufgegeben, als sie das deutsche Volk in den Weimarer Entscheidungen nicht nur gänzlich im Stich gelassen, sondern ihm sogar angeraten hatte, sich zu unterwerfen. Gewiß, die Schuld daran tragen in erster Linie die deutschen Unabhängigen, deren widersinniger Unterzeichnungsrummel jede Aktionsmöglichkeit der Internationale von vornherein sabotiert hatte. Aber wenn es überhaupt eine Gelegenheit für einen entscheidenden Sieg der Internationale über den Pariser kapitalistischen Imperialismus gab, so lag sie in einer Ablehnung der Bedingungen durch Deutschland unter tatkräftiger Unterstützung der Sozialisten aller Länder. Aber die französischen Sozialisten beschränkten sich auf zum Teil (Gruppe Longuet) sehr heftige, zum Teil (Gruppe Renaudel) sehr zahme Proteste, die, ob heftig oder zahm, jedenfalls nur papierene Kundgebungen waren und blieben. Und damit ihre Proteste ja nicht zur Tat wurden, legten ihnen die deutschen Unabhängigen einen ebenso bequemen wie faulen Vorwand in den Mund: Brest-Litowsk! Ach welch jesuitischer Vergleich! Ganz abgesehen von dem eigentlichen Inhalt der beiden Verträge, wie grundverschieden war die Lage der französischen und englischen Sozialisten in den Tagen von Versailles von der Lage der deutschen Sozialdemokratie in den Tagen von Brest-Litowsk! Im Falle Brest-Litowsk war ein Angebot der Sowjetregierung an die Entente, allgemeine Friedensverhandlungen einzuleiten, dem Separatfrieden vorangegangen und gar nicht beantwortet worden; weiter tobte die Schlacht von Nieuport bis Saloniki. In den Tagen von Versailles war das deutsche Volk entschlossen, auch bei einer Ablehnung, keinen einzigen Schuß mehr abzufeuern. Und die Ententesozialisten wußten es. Was riskierten sie, was riskierten ihre Völker bei einer tatkräftigen Unterstützung des deutschen Proletariats in seinem verzweifelten Kampf gegen den Gewaltfrieden? Sie konnten die Niederlage des Sozialismus abwenden, aber hätten es eben in den Kauf nehmen müssen, daß der „Figaro" Hochverrat gebrüllt und ihnen vorgeworfen hätte, sie wollten nicht nur das Werk

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

von Karl Marx, sondern auch das Werk Bismarcks retten. Diese Angst vor der Verleumdung durch die Bourgeois-presse der eigenen Länder, das war der bestimmende Faktor für die Passivität auch derjenigen Ententesozialisten, die noch internationalistisch denken.

Und jetzt, in Luzern, sprach Renaudel zur Begründung seiner Politik gegenüber dem Versailler Frieden, jede Silbe scharf skandierend: „Il faut d'abord sortir de la guerre!" Man müsse zuerst aus dem Krieg herauskommen.

So. Und als *wir* in den Tagen des Friedens von Brest-Litowsk genau mit derselben Begründung uns der Stimme enthielten, in der Hoffnung, daß das Friedensbeispiel bahnbrechend auch auf die Ententeregierungen und -völker wirken und dem Völkermorden im Westen und Süden ein Ende machen könnte, da schrien Renaudel und seine Freunde Verrat der deutschen Sozialdemokratie. Ein Herauskommen aus dem Krieg *damals* hätte der Welt einige Millionen von jungen Menschen, einige Hundert Milliarden Vermögen erhalten. Aber freilich, *damals*, so wie die Dinge lagen, hätte Frankreich noch nicht das deutschsprechende Elsaß nehmen können und deshalb wäre Renaudel seine zauberhafte Formel: „Il faut d'abord sortir de la guerre!" niemals eingefallen. Um so entrüsteter aber gebärdete man sich über das „verräterische" Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Brest-Litowsk.

Jetzt aber, wo am niedergeworfenen, entwaffneten, revolutionierten Deutschland ein tausendfaches Brest-Litowsk in Versailles verübt wurde, da blieben die Freunde Renaudels still in ihrer Ecke sitzen und sannen nach Phrasen, mit denen sie ihren Willen zur Passivität begründen könnten: „Brest-Litowsk . . . Et puis: il faut d'abord sortir de la guerre!"

Wir verkennen dabei keineswegs die Zwangslage, in der sich die Sozialisten der siegreichen Staaten in den Tagen von Versailles befanden, aber wir sind doch zum mindesten berechtigt, zu verlangen, daß man unsere noch viel schlimmere Zwangslage in den Tagen von Brest-Litowsk würdige. Man sollte endlich einmal drüben damit aufhören, immer wieder gerade nur von uns *Taten* zu verlangen, wenn man sich selbst stets nur mit *Worten* begnügt hat.

Die Zwangslage der französischen Sozialisten war insofern schwierig, als das siegreiche Frankreich aus dem Krieg wirtschaftlich ebenso sehr ruiniert und ethnisch noch weit mehr erschöpft hervorgeht, als Deutschland, und weil das fran-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zösische Volk gegen uns einen tiefen Haß empfindet, die es als alleinige Urheber des Krieges ansieht. Dazu kommen noch die vielen unnötigen Grausamkeiten der deutschen Kriegführung, die bei den Hunderttausenden von Betroffenen eine berechtigte Erbitterung hervorgerufen haben. Unter diesen Umständen war es tatsächlich für die französischen Genossen sehr schwer, irgendetwas zu unternehmen, das den Anschein einer Hilfe für Deutschland erweckt hätte.

In Wahrheit aber gab man, indem man Deutschland im Stiche ließ, zugleich den internationalen Sozialismus preis: man sah tatenlos zu, wie neben dem Werke Bismarcks auch das Werk Karl Marx' zugrunde gerichtet wurde. Das erstere langsam, aber auch auf gesünderer, demokratischer, pazifistischer Grundlage wieder aufzubauen, das wird die Aufgabe der Deutschen Republik sein. Das letztere wieder herzustellen, ist die Aufgabe der Internationale. Doch gäbe man sich gefährlichen Illusionen hin, wollte man meinen, daß die Luzerner Konferenz diese Arbeit auch nur mit einem festen Unterbau eingeleitet hat. Gewiß, die persönlichen, zumeist sehr herzlichen Beziehungen, die zwischen den Gegnern von gestern wieder- oder neuaufgenommen wurden, der im allgemeinen sehr versöhnliche Geist, der über der Konferenz schwebte, der gesunde Statutenentwurf, der zur Annahme gelangte, das alles sind sehr günstige Vorzeichen für die Zukunft der Internationale. Aber der entscheidende Schritt, der einzig die Bahn für die Versöhnung der Völker öffnen kann, ist bisher *nicht* geschehen: *die endgültige Klarstellung der Schuldfrage durch die Internationale.* Hierüber stimmen wir gerade mit unseren schärfsten Gegnern, Vandervelde und Renaudel, ganz überein. Erst wenn die Internationale nach einer gründlichen und objektiven Prüfung der gesamten Schuldfrage mit ihrer Autorität erklärt haben wird (wie es, nach unserer Ueberzeugung, wahr ist): „*Alle* kapitalistischen Regierungen Europas sind gleich schuld am großen Weltunglück, *alle* Völker sind Opfer ihrer imperialistischen Regierungen gewesen, *alle* sozialdemokratischen Parteien haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt" — erst dann werden es auch die am schwersten geprüften Völker, wie das französische und das belgische Volk, begreifen und billigen, daß die Internationale den Kampf gegen den Frieden von Versailles anders als durch papierne Resolutionen aufnimmt; erst dann werden auch die Millionen von Menschen in den Westmächten, die es heute noch als Ungerechtigkeit oder

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gar als Hochverrat betrachten, wenn man einen Finger für Deutschland rührt, einsehen, daß die gründliche Revision des Friedensvertrages nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch und vor allem im Interesse der Gerechtigkeit, im Interesse des eigenen Landes und im Interesse des Sozialismus liegt.

Damit wäre *vieles* getan, um die Aktionsunfähigkeit der Internationale zu beseitigen. Damit wäre aber nicht *alles* getan. Eine andere Frage, die in Schwebe bis zum Genfer Kongreß gelassen wurde, ist die der Diktatur des Proletariats. So lange die Internationale nicht entschieden Stellung genommen hat für die Demokratie, gegen das Rätesystem, so lange wird sie auch in ihren Beschlüssen und in ihrem Vorgehen gehemmt bleiben. Die Debatten über die Intervention in Rußland und über den Staatsstreich in Ungarn, die sich in Wirklichkeit in der Hauptsache um die Fragen des Bolschewismus drehten, haben in Luzern einen breiten Raum eingenommen. Dennoch möchte ich darüber nur ein paar Worte sagen, weil dieses Thema sowieso bei jeder Gelegenheit in Deutschland gründlich erörtert wird und weil gerade in Luzern diese Erörterung nicht um einen Schritt weiter gebracht wurde. Außerdem ist es keineswegs ausgeschlossen, daß bis zum Genfer Kongreß, im Februar 1920, die ganze Frage des Bolschewismus nicht mehr aktuell sein wird. Aber nicht minder als die schwebende Schuldfrage wirkte die unentschiedene Frage der Diktatur der Minderheiten lähmend und verwirrend auf die Arbeiten der Konferenz. Heinrich Ströbel sprach in einem Aufsatz der „Weltbühne“ über Luzern ironisch von dem „unnatürlichen Bündnis“ zwischen den deutschen Mehrheitssozialisten und der Richtung Renaudel-Vandervelde in Sachen des Bolschewismus. Wir, für unseren Teil, haben dieses Bündnis nicht gesucht. Auch waren wir es nicht, sondern die Unabhängigen, die im Verein mit anderen Gruppen der Internationale diese Dinge auf die Spitze trieben. Aber es geht nicht an, daß diese Gruppen, für die der Bolschewismus entweder nur ein interessantes, theoretisches Problem bildet, wie bei Mac Donald, oder ein zugkräftiges radikales Wahlagitationsmittel, wie bei Longuet, oder einen ausschließlichen Exportartikel, wie bei Adler, den russischen Sozialrevolutionären und Menschewiki einreden wollen, der Bolschewismus sei gar nicht so schlimm, oder den deutschen Mehrheitssozialisten, die in der bittersten Not ihres Landes die schwere Regierungslast übernehmen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mußten, vorschreiben wollen, nach welchen Grundsätzen und mit welchen Mitteln man einen modernen Staat regieren solle.

Noch ist, dank den deutschen Mehrheitssozialisten, die die Regierung übernahmen, der Jubelruf des „Figaro" verfrüht; noch ist Marx nicht endgültig besiegt aus dem Kriege hervorgegangen. Wenn aber Deutschlands Führung in die Hände der Herren Crispien und Genossen geraten sollte, dann würden die Reaktionäre Europas bald eine neue und vergrößerte Auflage des Falles Bela Kun bejubeln und das Totengeläute des Sozialismus läuten können.

Und vor allem: wollte man wirklich die radikale Weltrevolution herbeiführen, wollte man wirklich den Weltbolschewismus als siegreiches Gegenmittel gegen die Weltreaktion der Entente ausspielen, dann hätte man in den Junitagen Deutschland zur Unterschriftverweigerung ermuntern und es dabei mit allen Kräften unterstützen müssen.

Aber es geht nicht an, daß man in den Tagen von Versailles Deutschland anriet, sich zu unterwerfen, mit der Begründung: „Il faut d'abord sortir de la guerre" und es sodann in Luzern auffordert, die Diktatur des Proletariats einzuführen und als Versuchskarnickel einer Weltrevolution zu dienen, an die man im entscheidenden Augenblicke selbst nicht glauben wollte.

MÜLLER-BRANDENBURG:

Falkenhayns verfehltes Spiel.[1]

DER Donner der französischen Winteroffensive in der Champagne war verhallt. Der Durchbruch, den Joffre versucht hatte, war mißglückt. Die Frühlingssonne Flanderns weckte bei den Truppen die Hoffnung, aus den Gräben herauszukommen, zu großem Schlage anzutreten, der den Krieg entscheiden sollte. Armeebefehle hatten solche Hoffnung genährt. In der Tat, man traf Vorbereitungen, die auf größere Dinge schließen ließen.

Wie war die Gesamtlage? Erschöpft vom Ringen um die Seeflanke war die ganze Front im Westen ab Dezember 1914 fest im Grabenkrieg erstarrt. Aufzuckende Gefechte, wie z. B. das von Nieuport um die Jahreswende, konnten daran nichts ändern. Der erste große Versuch der Franzosen im

[1] „Wie es zur Katastrophe kam", 3. Artikel. Vgl. die beiden ersten Aufsätze in Nr. 18 und 21 der „Glocke".

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Februar—März 1915, den deutschen Wall zu durchbrechen, war gescheitert. Graben auf Graben an der ganzen Westfront. Im Osten war viel Hin und Her gewesen. Hindenburgs Siege hatten den deutschen Boden gesichert, doch hatten Nikolai Nikolajewitschs Erfolge die Truppen des Zaren bis in die Karpathenkämme getragen. Schwer rang die Wehrmacht der Doppelmonarchie und stemmte sich immer wieder gegen die anschlagende braune Flut.

Was sollte nun geschehen? Es wird noch durch die Forschung aufzuklären sein, was Falkenhayn bestimmt hat, zu handeln, wie er es tat. Daß es in höchstem Maße fehlerhaft war, darüber ist man sich heute wohl klar. Statt im Westen die Entscheidung mit allen Mitteln zu versuchen, wie es die Vernunft verlangte, lockte ihn das glanzvolle Angebot des österreichischen Generalstabschefs, des klugen und bescheidenen Conrad von Hötzendorff. Und so trog uns die Hoffnung, als wir in Flandern glaubten, zu großer Schlacht, zur Entscheidung aufgerufen zu werden.

Wir hatten große Vorbereitungen getroffen. Der erste Gasangriff sollte steigen. Daß er gelingen werde, des waren wir gewiß. Vertrauensvoll traten die Truppen im Norden von Ypern am 22. April befehlsgemäß an. Voller Erfolg ward ihnen zuteil. Erheblich waren die Verluste des Feindes, erheblich der Geländegewinn. Jetzt noch zwei Korps zur Verfügung und der Durchbruch ist gelungen! Ypern ist uns sicher, die Höhen vom Kemmel und westlich davon auch, die Front Nieuport—Dixmuide wird abgeschnürt, Dünkirchen ist in Tagen zu erreichen. Die Folgen solches Sieges sind gar nicht abzusehen. Aber Verstärkung müssen wir haben und die — — fehlte! Eine ganze gemischte Brigade (Teile der 43. Reservedivision) hatte Herr von Falkenhayn hinter der angreifenden Front bereitgestellt! Eine gemischte Brigade! Das Ergebnis kann man sich, ohne Stratege zu sein, vorstellen: Wir blieben erschöpft in der erreichten Linie liegen, der Gegner zog schleunigst große Massen von Verstärkungen heran und versuchte uns zurückzuwerfen. Bei Lizerne hatten wir den Yserkanal schon überschritten gehabt. Hier setzte der Engländer mit großen Massen an und warf uns zurück. Bis in den Mai hinein tobte die Schlacht und forderte riesige Opfer, mit Mühe gelang es den Truppen, die Hauptsache des Geländegewinns vom 22. April zu behaupten. Das war keine Glanzleistung der O.H.L.! Eine Leistung der Truppen, ja! Nicht aber der hohen Führung. Das war ein

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

typisches Beispiel der verpaßten Gelegenheit, der Schlacht mit unzureichenden Mitteln.

Warum waren keine Reserven da? Die Frage ist schnell beantwortet. Die O.H.L. machte zur Offensive von Tarnow—Gorlice bereit. Dort winkte, wie er mit Recht glaubte, Herrn Falkenhayn der Lorbeer.[2] Der Lorbeer, den — wenn wir recht unterrichtet sind — ein anderer verdient, nämlich Conrad von Hötzendorff. Falkenhayn sagt von sich, daß er den Gedanken des Durchbruchs von Tarnow—Gorlice gehabt habe, läßt sich darob preisen. Nun, schön und groß war der Erfolg, glänzend die Idee, schöner und größer wäre der Erfolg bei Ypern gewesen, wenn *die* deutschen Truppen die für Galizien bereitgestellt wurden, bei Ypern zum Einsatz gelangt wären. Falkenhayn hätte so vielleicht dem deutschen Volk den Frieden errungen, würde sich heute im Glanze seines Ruhms sonnen können. Aber ihn blendete Conrads Plan, den er für den seinen ausgibt. Man lese doch, was Karl Fr. Nowak in seinem Buche über Conrad von Hötzendorff, „Der Weg zur Katastrophe", über den Plan von Tarnow—Gorlice sagt. Das Buch ist seit einer ganzen Weile schon im deutschen Volk und geht von Hand zu Hand und noch hat kein Maßgebender Stellung dagegen genommen.

Es muß doch viel Wahres darin stehen. Was sagt uns da Nowak von Tarnow—Gorlice?

Im Frühjahr 1915 fährt der österreichische Generalstabschef nach Berlin und trägt Falkenhayn seinen Gedanken, Stoß Gorlice—Krosno—Jaslo vor. Zwei Divisionen will Falkenhayn stellen; die nützen Conrad aber nichts und er reiste „unverrichteter Dinge" ab. Conrad spricht mit dem deutschen Bevollmächtigten bei der österreichischen Leitung, dem General von Cramon, der spricht mit Falkenhayn wieder über die Offensive, die Conrads Geist bewegt. Und: „Der Tor bläst ein — Der Weise spricht". Herr Falkenhayn schickt eine Denkschrift, ist für sofortigen Angriff. Die Denkschrift ist so gehalten, als stände was völlig Neues darin, nur Falkenhaynsche Gedanken. Was Hötzendorff in Berlin sagte, Cramon durch den Fernsprecher rief — das alles weiß Falkenhayn nicht. Hier ist seine Idee! So wird's gemacht,

[2] Die Motive zum Angriff bei Tarnow—Gorlice wird die Forschung noch aufzuklären haben. Wir glauben nicht, daß ihn Herr von Falkenhayn aus freien Stücken unternommen hat. — Redaktion der „Glocke".

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wie ich es ersann. Conrad gab das Schriftstück Falkenhayns seinen Generalen Metzger und Christofori und sagte: „Jetzt wird gemacht, was wir immer gewollt haben. Sie werden es uns wieder nehmen. Aber die Hauptsache, es wird gemacht."

So zu lesen bei Nowak und Herr von Falkenhayn schweigt noch heute! Warum?

Rund heraus! Conrads Idee war von seinem Standpunkt (als österreichischer Generalstabschef) aus glänzend. Wenn Falkenhayn den Ruhm dafür ihm nahm, dann ist Herr von Falkenhayn gerichtet. Er ist es aber auch so. Nicht der Osten, sondern der Westen war der entscheidende Platz. Daß Falkenhayn das im Frühjahr 1915 nicht gesehen hat, hat uns den Krieg gekostet.

Wenn Nowak recht hat, und ich denke, er *hat* recht, sah Falkenhayn noch mehr *nicht*.

Unter Mühsal und Entbehrungen aller Art waren wir, hinter den fliehenden Serben her, im November 1915 bis Kraljevo gelangt. Da rief ein Befehl: „Das ganze Halt!" Wir mußten zurück. Mancher von uns hatte geglaubt, daß wir bei Saloniki die Wogen des Mittelmeeres grüßen würden. Dort standen ja schon Franzosen und Engländer, die Gegner aus Flandern! Aber Falkenhayn dachte anders und wir mußten zurück. Hötzendorff bat, man solle nach Saloniki marschieren. Man wisse nicht, was noch komme und die Flankenlinie Budapest—Belgrad—Sofia—Konstantinopel müsse frei und gesichert sein. Falkenhayn legte auf diese Sicherheit keinen Wert und — der Herbst 1918 hat die Antwort darauf gegeben.

Wozu brauchte uns Falkenhayn? Nicht für die Gedanken Hötzendorffs, mit allen verfügbaren Mitteln Italien niederzuzwingen, durch die Poebene an die Seealpen zu marschieren und so Frankreich zu zwingen, aus der Westfront heraus erhebliche Teile in die Alpen zu werfen. Du lieber Satan, mit solchen Kleinigkeiten befaßt man sich nicht. Nein, Falkenhayn will den Stier bei der Hörnern packen. Er greift Verdun an! Und deshalb brauchte er uns.

Wir griffen Verdun an; der erste Hieb saß gut! Dann aber blieb die Sache stecken, warum? Weil wieder mit unzureichenden Kräften angegriffen worden war. Wieder fehlten im entscheidenden Augenblick die Reserven. Jetzt aber blieb man nicht bei dem Erreichten, man wollte mehr und — trotzdem der Gegner ganze Armeen heranzog, um Verdun

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zu decken — Falkenhayn hetzte eine Division nach der anderen in den Hexenkessel, opferte 225 000 Deutsche und rühmt sich heute, daß diese Opferung den Franzosen das Doppelte gekostet habe. Ist das eine militärwissenschaftliche Rechtfertigung? Wenn sie es ist, ist sie eigentümlich. Die Divisionen, die sich vor Verdun verbluteten, sind während des ganzen Krieges nicht mehr so recht auf die Höhe gekommen. Wichtiger aber ist, daß sie ausgepumpt und verwässert gleich hernach gegen Brussilow nach Wolhynien oder in die Sommeschlacht geworfen worden sind. Was vor Verdun zugrunde gerichtet wurde in dem wilden so opferreichen Ringen um Douaumont, Toter Mann und Höhe 304, das fehlte hernach an der Somme und in Wolhynien. Ist das kräfteschonende Strategie, die wir so nötig hatten? Ein italienischer Feldzug mit deutscher Hilfe hätte Ergebnisse zeitigen können, die den Engländern unter Umständen die Möglichkeit nahmen, die Sommeoffensive zu beginnen. Er hätte uns nicht die Hälfte der Divisionen gekostet, die uns Verdun kostete, und gegen Brussilow hätten uns noch kampfkräftige Divisionen zur Verfügung gestanden. Nein, nein, Verdun war kein Meisterstück, Herr von Falkenhayn, und es war die höchste Zeit, daß Sie abtraten. Das deutsche Volk hat für Ihre Fehler schwer büßen müssen. Sie überließen Ihrem Nachfolger, dem Marschall Hindenburg, eine in höchster Krise stehende Gesamtlage und eine Armee, deren wunderbare Schlagkraft *Sie* zur Auszehrung gebracht haben. An dieser Krankheit ging sie zugrunde. Verdun, Verdun, das Blut der 225 000 nutzlos geopferten Deutschen kommt über Sie, Herr von Falkenhayn!

*

Eine Erwiderung Falkenhayns.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Berlin, den 15. August 1919.

In Nr. 18 der Zeitschrift „Die Glocke" wird in gehässiger Form angedeutet, ich hätte während der Marneschlacht „auf den Generalstabschef Moltke und seine Handlungen eingewirkt", sowie behauptet, ich hätte zu gleicher Zeit einen „Einfluß in der Obersten Heeresleitung" gehabt.

Sowohl die Andeutung als auch die Behauptung widersprechen der Wahrheit. Um Veröffentlichung dieser Richtigstellung bitte ich. *General von Falkenhayn.*"

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Dr. PAUL G. HÜBNER:

Die Verwertung der preußischen Schlösser

I.

DIE Auseinandersetzung, welche den künftigen Besitzstand zwischen Staat und Krone regeln soll, ist in Preußen noch nicht erfolgt. Wenn man nach den bisherigen Eigentumsverhältnissen sich darüber ein Urteil zu bilden sucht, in welchem Umfang voraussichtlich der bisher königliche Besitz dem Staate zufallen wird, so gewinnt man für die Gebäude, welche man als Schlösser zu bezeichnen pflegt, immerhin schon jetzt ein ziemlich klares Bild. Denn man kann nach Analogie der in anderen deutschen Staaten bereits vollzogenen Auseinandersetzungen wohl annehmen, daß außer den Grundstücken und Baulichkeiten, welche Staatseigentum sind und nur in der Nutzung der Krone standen, dem Staat auch diejenigen Schlösser zufallen werden, welche in Preußen zu dem sogenannten Kronfideikommiß gerechnet werden. Zu diesem gehören ganz oder zum Teil das Berliner Stadtschloß, das Kronprinzenpalais, Monbijou, Charlottenburg; in Potsdam der Komplex Sanssouci—Orangerie—Neues Palais—Charlottenhof, das Stadtschloß, das Marmorpalais usw.; in der Provinz z. B. Breslau. Staatseigentum und nur zur Nutzung der Krone überwiesen sind vor allem die Schlösser in den neuen Provinzen: Kiel, Celle, Hannover, Osnabrück, Kassel, Wilhelmshöhe, Homburg, Wiesbaden, Göhrde, Springe; ähnlich liegen die Verhältnisse in Brühl, Engers, Koblenz, Stettin, Liegnitz, Oliva, Königsberg und anderen Besitzungen.

Es ist hier nicht der Ort, eine Liste aller Schlösser zu geben und auf die zum Teil sehr schwierigen Eigentumsverhältnisse bei den einzelnen Objekten einzugehen; aber schon aus dieser flüchtigen Aufzählung wird man ersehen, daß der Staat zur Verfügung voraussichtlich den größten Teil der Gebäude erhalten wird, an die man bei der Bezeichnung „Preußische Schlösser" denkt.

Dem Staate fällt damit ein sehr beträchtlicher Schatz an materiellen und kulturellen Werten zu.

Zwar ist der materielle Wert der Schlösser an sich im Vergleich zu dem übrigen Besitz des Staates gering; um so erheblicher aber ist die Bereicherung der Allgemeinheit in künstlerischer und kultureller Beziehung. Die Pflege der ästhetischen Kultur ist in Preußen bis jetzt zum großen Teil als Aufgabe der Krone betrachtet worden. Und obgleich Schlösser und Gärten immer, soweit möglich, zugänglich gewesen sind, so öffnen sich doch alle die Reservationen der Natur und Kunst, die der Hof im Laufe von Jahrhunderten geschaffen und gepflegt hat, erst jetzt wirklich für die breitere Allgemeinheit. Gerade das, was man als preußische Kunst bezeichnen könnte, war fast nur in den Schlössern zu finden und dem Genuß und der „Verarbeitung"

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

durch die Allgemeinheit entrückt. (Wie unbekannt trotz allem der künstlerische Gehalt der Schlösser war, geht schon daraus hervor, daß der Ausdruck „Preußische Kunst“ vielen und namentlich den Ausländern ein Widerspruch in sich zu sein scheint. Und wie schwierig ein wirkliches, fruchtbares Studium für Künstler und Gelehrte war, zeigt z. B. die Bormannsche Beschreibung des Berliner Stadtschlosses; selbst ihm für das grundlegende Inventar der Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin konnten innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren bei der ständigen Bewohnung „nicht alle Räume des Schlosses in gleichem Maße und auf eine für eingehende Studien ausreichende Zeit zugänglich gemacht werden.“

Auch der materielle Wert der Schlösser übrigens ist unter den augenblicklichen Verhältnissen doch erheblicher, als es zunächst scheint; denn bei dem Mangel an Baustoffen und Material aller Art, bei der außerordentlichen Raumnot andererseits ist jedes vorhandene, gut eingerichtete Gebäude ein kostbares Gut, mit dem nicht verschwenderisch umgegangen werden darf.

Im ganzen ist der Kronbesitz so wertvoll, daß er mit größter Sorgfalt, Vorsicht und Sparsamkeit verwaltet werden muß.

Es wird hier ganz davon abgesehen, daß die jetzige provisorische Verwaltung, ideal gesprochen, die Pflichten eines Treuhänders hat: nämlich, die ihr anvertrauten Güter unversehrt, also auch nicht durch Nutzung geschädigt, dem endgültig Verfügungsberechtigten zu überliefern. Wir geben ohne weiteres zu, daß die augenblickliche Lage so ist, daß peinliche Rechtsbedenken verschwinden müssen, und daß die Schlösser auch jetzt angemessener Verwendung zugeführt werden müssen. Es sind also lediglich wirtschaftliche und kulturpolitische Erwägungen, die sich — seltsamerweise, aber sicher nicht zum Schaden einer gesunden Entwicklung der Dinge — hier zu dem gleichen Bestreben vereinigen: *das Vorhandene möglichst zu schonen, es jedenfalls nicht in übereilter Weise bei der Herrichtung für einen augenblicklichen vorübergehenden Nutzzweck wesentlich zu schädigen oder gar zu vernichten.*

II.

Es ist sehr zu bedauern, daß diese Grundsätze oftmals völlig außer acht gelassen worden sind, als lokale Instanzen in der schwierigen Zeit nach der Revolution die Gebäude zu den verschiedensten Zwecken in Anspruch nahmen.

Die schnelle Demobilisierung zu Ende des vorigen Jahres führte einen ungeheuren Raumbedarf im Innern des Landes herbei; zunächst mußten die Truppen selbst, ihre Geschäftszimmer und das mitgeführte Material untergebracht werden, und weiterhin fehlte es für die Zurückgekehrten an Zivilwohnungen. Daß das plötzlich entstandene Vakuum in den Schlössern alles Obdachsuchende an sich zog, war natürlich. So wurden in der Zeit vom 10. bis 20. November fast alle brauchbaren Schlösser mit militärischer

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schnelligkeit von dem ersten, der am Platze war, besetzt. Breslau und Königsberg wurden in den ersten Tagen von demobilisierenden Truppenteilen belegt, nach Wilhelmshöhe ging die Heeresleitung, und auch in Berlin waren bereits am 20. November Stadtschloß und Marstall, die Palais Unter den Linden und Bellevue von Truppen gefüllt, von den Schlössern am Rhein gar nicht zu reden. Daß die intensive Massenbenutzung der Schlösser durch die an feldmäßige Zustände gewöhnten Soldaten nicht wieder gutzumachende Schädigungen der materiellen Substanz zur Folge hatte, liegt auf der Hand. Als die Verheerungen sich auch auf die kulturellen Werte zu erstrecken drohten, war glücklicherweise schon die Möglichkeit gegeben, hemmend durchzugreifen, besonders Wertvolles zu sichern und über die Schonung des übrigen einigermaßen zu wachen. Unersetzliches ist nicht vernichtet worden; die schwersten Schäden an Kunstwerken, die während der Revolutionszeit in den Schlössern entstanden sind, dürften die Schußverletzungen an den Atlanten der Nordfront des Berliner Schlosses sein. Ferner hat Brühl schon in dieser Zeit durch militärische Benutzung stark gelitten; die Herrichtung des Charlottenburger Schlosses zum Lazarett, durch dessen Baulichkeiten der ästhetische Gesamteindruck von Schloß und Park schwer beeinträchtigt wird und durch dessen Betrieb Gebäude und Inventar dauernd gefährdet werden, ist schon im Sommer 1918 angebahnt worden.

Die Inanspruchnahme der Schlösser für Wohnungslose ist nicht so unmittelbar verheerend, wie die militärische Benutzung, aber doch *wegen ihrer längeren Dauer sehr gefährlich.* Denn durch die Einrichtung von Notwohnungen wird nicht nur die Substanz geschädigt, sondern auch das gesamte Gebäude einer sehr erheblichen Feuersgefahr ausgesetzt. Dank dem verständnisvollen Entgegenkommen der Stadtverwaltungen ist diese Gefahr fast überall abgewandt worden. Meistens war der Ausweg möglich, städtische und sonstige Bureaus mit wenig Publikumverkehr in die Schlösser zu verlegen, und dadurch anderswo entsprechenden Raum für Wohnungen freizumachen. Dies ist in Potsdam, Königswusterhausen, Breslau, Kiel, Königsberg und anderen Orten geschehen.

Es ist sehr zu wünschen, daß das Bestreben, die Schlösser von Notwohnungen freizuhalten, bald auch eine gesetzliche Grundlage erhält. Die Schlösser müssen ebenso, wie alle anderen Gebäude von besonderem Wert, ausdrücklich von den Maßnahmen des Gesetzes über Wohnungsmangel ausgenommen werden. Bekanntlich sind die landesherrlichen Schlösser — wenn auch aus Gründen anderer Art — sogar im Kriegsleistungsgesetz von der Einquartierungspflicht befreit. Gerade in Zeiten der Not, wo schnelle Entschlüsse gefaßt werden müssen, geht es nicht an, Entscheidungen über so hohe Werte, die Gemeingut des ganzen Volkes sind, einem lokalen Wohnungsamt zu überlassen. Die Verfügung über Denkmalsbauten muß den zuständigen Zentralinstanzen vorbehalten blei-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ben, welche von höheren Gesichtspunkten aus die widerstreitenden Interessen gegeneinander abzuwägen imstande sind (Staatskommissar für Wohnungswesen und Landeskunstverwaltung). Es handelt sich hierbei um verhältnismäßig sehr wenige Gebäude; aber gerade weil Deutschland und namentlich Preußen arm an Denkmälern seiner alten Kultur ist, darf man nicht leichten Herzens jetzt jahrhundertelang gesammelte und gehegte Schätze der Vernichtung aussetzen, um einige Notwohnungen zu gewinnen.

III.

Glücklicherweise sind Demobilisierung und Wohnungsnot mehr oder weniger vorübergehende Zustände. Die Truppen werden allmählich aus den Schlössern in die Gebäude zurückkehren, welche für eine Massenbewohnung von vornherein eingerichtet sind, und auch der Mangel an Kleinwohnungen in den Großstädten dürfte sich in absehbarer Zeit beheben lassen. Zugleich werden die Besitzverhältnisse sich geklärt haben, und es wird dann möglich sein, die dauernde und endgültige Verwendung der Schlösser anzubahnen.

In Berlin allerdings, wo der künftige Besitzstand des Staates noch sehr unklar ist und wo sich außerdem die staatlichen Bedürfnisse erst mit der fortschreitenden Neuordnung der Dinge allmählich entwickeln, wäre es ein müßiges Unternehmen, jetzt Pläne für die Verwendung der Gebäude im einzelnen zu machen. Im allgemeinen jedoch wird, wie eingangs gesagt, die spätere staatliche Verwaltung zweifellos der *Qualität* nach es mit den gleichen Objekten zu tun haben, wie die jetzige provisorische. Es ist also wohl möglich, allgemeine *Richtlinien* aufzustellen, *die sich als Folgerungen eben aus der besonderen Beschaffenheit der von der Krone zu übernehmenden Gebäude ergeben.*

Für eine nur von sachlichen Erwägungen beeinflußte Entscheidung über die Verwertung der Schlösser scheint die Bahn frei zu sein. Dem ist aber nicht so. Denn die Grundanschauungen wirken fort, aus welchen die Uebergriffe bei den Notstandsmaßnahmen — denen an sich wirklich dringende Bedürfnisse zugrunde lagen — entsprungen sind.

Es ist dies, um nur das scheinbar Sachlichste hervorzuheben, vor allem die Ueberschätzung der militärischen oder sonstigen materiellen „Notwendigkeiten". Die Ueberzeugung, daß vor solchen Notwendigkeiten alle anderen Rücksichten verschwinden müßten, ist ein Grundpfeiler der Gedankenwelt des Krieges. Zwar haben die Wendepunkte und das Ende dieses Krieges von neuem gezeigt, daß diese Anschauung unrichtig ist, und daß auch andere, nicht militärisch faßbare Momente ihre Bedeutung haben. Ferner sind wir tatsächlich durch den materiellen Zusammenbruch auf die Wurzeln unserer Existenz, die intellektuelle und moralische Tüchtigkeit, zurückgeschnitten. Aber die innere Umstellung geht langsam, und statt im Rahmen einer zielbewußten Kulturpolitik die intensive

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ausnutzung unserer Kulturgüter vorzubereiten, will man uns zwingen, auch noch die wenigen für den Aufbau unserer geistigen Kultur gebliebenen Hilfsmittel praktischen Zwecken zu opfern.

Die Bedeutung des Geistigen soll nicht überschätzt werden. Die Gewalt der materiellen Gründe ist zwingend genug. Aber trotzdem oder vielleicht gerade deshalb muß auch hier der erste Schritt aus der Verwahrlosung des Krieges heraus der sein, den rein geistigen Dingen wieder den gebührenden Platz in unserer Wertschätzung einzuräumen.

Wir sind die Verwalter eines nationalen Gutes, welches wir ungeschmälert in seinem inneren Wert folgenden, glücklicheren Generationen hinterlassen müssen. Und wir können uns in dieser Pflicht nicht durch die Rücksicht auf augenblickliche, uns unabweisbar und durch Aufopferung ideeller Werte stillbar scheinenden Bedürfnisse beirren lassen.

Es könnte überflüssig scheinen, wenn wir hier auf die selbstverständliche Pflicht einer staatlichen Verwaltung — wenigstens einer solchen, die diesen Namen verdienen will — hinweisen: *für lange nachwirkende Entscheidungen die Distanz von der jeweiligen Gegenwart zu gewinnen.* Gerade aber wenn die Gegenwart so provisorisch ist wie die unsrige, scheint die Gewinnung der Distanz manchmal schwierig zu sein. Und wer die Ereignisse verfolgt hat, wird gesehen haben, wie in dem Streit um die Schlösser der Kampf der Interessen geradezu programmatisch ausgetragen wird, und mit welcher Erbitterung er bereits bei einigen Objekten geführt worden ist.

Als charakteristische Probe dafür, welche Stimmung stellenweise herrscht, möchte ich nur den Bericht über die Stadtverordnetenversammlung einer Provinzhauptstadt anführen, in welcher über die Einrichtung von Notwohnungen im dortigen Schloß verhandelt wurde. Das Schloß ist mit seiner Inneneinrichtung das in seiner Einheitlichkeit besterhaltene, künstlerisch wohl auch bedeutendste Provinzschloß; das Finanzministerium hatte infolgedessen der Einrichtung von Notwohnungen nicht zugestimmt. Darüber heißt es in dem Bericht:

„Im übrigen ist das Verhalten der Regierung ein Schlag ins Gesicht des Selbstverwaltungsprinzips, das doch wenigstens die sozialistischen Mitglieder in der Regierung hochhalten müssen. Wenn diese Konservierung von Staatsgut weiter betrieben wird, dann muß man allerdings den guten Willen der Regierung zur Besserung der Verhältnisse in Zweifel ziehen. Dann kann uns aber auch die ganze Regierung gestohlen werden!

Zur Selbstverwaltung gehört es, daß eine Stadt auch entscheiden kann über leerstehende Gebäude, auch wenn sie dem Staat gehören. Daß das Wort der Bevölkerung mehr gilt als der Rat eines Beamten, der aus ehrfürchtigem Schauer vor überlebten Zeiterscheinungen einer Stadt — der lebendigen Gegenwart — Schwierigkeiten macht.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Man sagt: die kostbaren Möbel, der Kunstwert! Schön; aber nicht in allen Räumen stehen Kostbarkeiten, und die militärischen Gebäude sind sogar meist ein Muster nüchternster Innenausrüstung! Aber selbst, wenn einige Möbel und Bilder in die Rumpelkammer oder ins Museum wandern müßten, schadet es nichts. Die Bedürfnisse der Zeit stehen höher als der Schutz von Gegenständen und Gebäuden, die die Nachwelt höchstens daran erinnern können, daß es eine Periode gab, die so verrückt war, einzelnen Menschen den unerhörtesten Luxus zu gestatten, zu erlauben, daß diesen einige Dutzend prunkvoller Gebäude zur Verfügung standen, die sie nur alle paar Jahre besuchen konnten! Weg mit dem Plunder — schützt nur das wirklich künstlerisch Wertvolle! Dann werden Räume frei."

Uebrigens hat die Stadt auch hier nach eingehender Prüfung der Sachlage und allerdings erst nach längeren Verhandlungen sich entschlossen, die Notstandsmaßnahmen möglichst schnell zu beseitigen. Zu diesem Entschluß hat vor allem die Erwägung beigetragen, daß das materielle Risiko, welches die Einrichtung der Notwohnungen mit sich brachte, allzu hoch im Verhältnis zum Gewinn war.

IV.

Es ist überhaupt ein glücklicher Umstand, daß in unserer Frage materielle und ideelle Interessen letzten Endes zu demselben Ziel hinstreben.

Die meisten Pläne für eine allzu praktische Verwertung der Schlösser führen bei weiterer Verfolgung auf große materielle Schwierigkeiten; denn mit der oberflächlichen oder tendenziösen Ueberschätzung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten verbindet sich oft eine oberflächliche Beurteilung der materiellen Grundlagen eines Planes. Sonst könnte z. B. nicht vorgeschlagen werden, aus Schlössern Krankenhäuser zu machen. Ein altes Gebäude, welches der modernen Einrichtungen entbehrt, und oft sehr unzweckmäßig und umständlich für die persönlichen Zwecke weniger Menschen eingerichtet worden ist, kann zwar als „Schloß" begehrenswert erscheinen, es muß aber einem Umbau bis auf den Mauerkern unterzogen werden, um einen modernen Massenbetrieb, für den gute hygienische Einrichtungen Voraussetzung sind, beherbergen zu können. Und auch dann bleibt das Gebäude unzweckmäßig und auf die Dauer kostspieliger als ein Neubau. Sogar für solche Gebäude gilt das, die schon in ihrer jetzigen Zweckbestimmung den Keim für eine Verwertung zu humanitären Zwecken zu haben scheinen und die ihrer Lage nach auch dafür verwendet werden müssen. Es scheint z. B. sehr vernünftig und praktisch leicht durchführbar, die ehemals königlichen Jagdschlösser Grunewald, Stern, Hubertusstock, Göhrde, Letzlingen, Springe, die in schöner waldreicher Umgebung liegen und von jeher zur Erholung bestimmt waren, als

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Lungenheilstätten zu verwerten. Der Plan ist eingehend verfolgt worden; nach sachgemäßer Prüfung durch Aerzte und Baubeamte hat sich jedoch nicht ein einziges Schloß als geeignet erwiesen. Grunewald ist ungesund gelegen, ebenso die alte Wasserburg Letzlingen, Hubertusstock ist 10 Kilometer von der nächsten Bahnstation entfernt, Springe hat nicht einmal Wasserleitung. Die Jagdschlösser wurden selten und nur kurze Zeit bewohnt, und da war es möglich, die Mängel der Einrichtung unter Aufbietung eines großen Apparates von Menschen und Material für diese Tage auszugleichen oder wenigstens erträglich zu machen.

Dasselbe gilt für die meisten Stadtschlösser. Es sind große Bauten, stückweise entstanden, nach außen repräsentabel, im Innern aber oft ohne Heizungs- und Beleuchtungsmöglichkeit. Wer auch nur oberflächlich die Schlösser in Breslau und Hannover kennt, wird schon, wenn er sich den Grundriß vergegenwärtigt, einsehen, daß eine praktische Verwertung für irgendeinen Massenbetrieb unmöglich ist. Lehrreich ist es, das Schloß in Celle zu besichtigen, das während des Krieges als Offiziersgefangenenlager gedient hat, oder das in Schwedt, in welchem ein Lazarett eingerichtet ist. Beides sind große und verhältnismäßig praktische Gebäude mit geschlossenem, einfach gegliedertem Grundriß und einfach gestalteten Räumen; aber man sieht, daß sie mit Zuhilfenahme zahlreicher behelfsmäßiger Einrichtungen eben gerade für Kriegsansprüche ausreichten, und daß eine dauernde Benutzung als Krankenhaus oder ähnlich einen radikalen Um- und Ausbau voraussetzen würde. Wer das alte Schloß in Berlin durchwandert, kommt zu demselben Ergebnis; es ist zwar für eine moderne Bewohnung eingerichtet, aber gerade dadurch sind für ganz persönliche und bestimmte Zwecke in den Wohnräumen eine solche Menge von verwickelten Einbauten entstanden, daß auch hier wieder ein Millionenumbau nötig wäre, um auch nur den eigentlichen Raumgehalt wieder zu gewinnen. Man braucht kaum noch auf die Schwierigkeit der Beheizung der hohen Räume in den Schlössern einzugehen, die in unserem Klima ein sehr bedeutender Faktor bei der Kostenberechnung ist; in südlichen Ländern, die wegen ihrer Armut den Vorrat an alten Gebäuden möglichst verwerten müssen, ist man, trotzdem die Frage der Erwärmung dort keine große Rolle spielt, wegen der großen dauernden Unterhaltungskosten längst dazu übergegangen, für moderne Nutzzwecke Neubauten zu errichten. Wir stehen also vor der bedauerlichen Tatsache, *daß es fast immer unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde, die Schlösser zur Aufnahme moderner Massenbetriebe herzurichten.*

Man muß sich also des Gedankens entschlagen, als würden durch den Uebergang der Schlösser an den Staat eine Menge von Gebäuden frei für die zahllosen und dringenden Zwecke der sozialen Fürsorge.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Urheber und Verfechter gemeinnütziger Pläne mehr Rücksicht auf die geschilderten Schwierig-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

keiten nähmen. Um nicht vergebliche Hoffnungen und unnötige Verstimmungen zu erzeugen, wäre es gut, erst Klarheit über die materiellen und finanziellen Erfordernisse zu schaffen, ehe solche Pläne. — die ja übrigens leicht zum Gegenstand politischer Agitation werden können — in der Oeffentlichkeit besprochen werden.

Es soll damit nun nicht der Eindruck erweckt werden, daß auch die Schlösser, bei denen keine Denkmalswerte zu schonen sind, leerstehen müßten; es wird sich im Gegenteil mancher gute Plan realisieren lassen. Es ist z. B. möglich gewesen, das Jagdschloß bei Springe mit geringen Kosten als Erholungsheim für Großstadtschulkinder einzurichten. *Aber genau so wie hier, wo nach genauer Prüfung des Gegebenen* (und nachdem mehrere andere Pläne sich als undurchführbar erwiesen hatten), *ein Verwendungszweck gefunden worden ist, der sich der ländlichen Primitivität anpaßt und sie sogar für seine Zwecke ausnutzt, müssen für andere Nutzbauten Bestimmungen gefunden werden, die sich den vorhandenen Verhältnissen anpassen und womöglich aus ihnen erwachsen.*

Dazu ist natürlich reifliche Ueberlegung und genaue Sachkenntnis im einzelnen erforderlich. *Nichts aber wäre unvernünftiger, als für irgendwelche gerade aufgetauchten Pläne aus angeblichen Sparsamkeitsrücksichten oder aus Gründen der Repräsentation die Schlösser mit Gewalt umzugestalten und damit Vorhandenes zu zerstören und Unpraktisches zu schaffen.*

V.

Dies gilt in noch höherem Maße von den Gebäuden, die ausschließlich oder vorwiegend nach ihrem kulturellen Wert beurteilt werden müssen. Hier ist es oft nicht möglich, das Für und Wider in Zahlen zu fassen und so das Problem auf eine Rechenaufgabe zu reduzieren, und hier stehen wir in der Tat oft vor den schwersten Entscheidungen.

Daß solche Baulichkeiten und Räume, deren Hauptwert in ihrer unversehrten Existenz besteht, weiterhin für die Allgemeinheit erhalten werden müssen, bedarf keiner Erörterung. Es ist dies ein nobile officium, welches der Staat von der Krone unverändert übernimmt. Die „Verwertung“ solcher Gebäude muß vor allem darin bestehen, daß sie möglichst allgemein bekannt und zugänglich gemacht werden. Hierzu gehören z. B. das Stadtschloß in Berlin, Charlottenburg; in und bei Potsdam: Sanssouci, Orangerie, Neues Palais, Pfaueninsel; die Schlösser in Kassel, das Schloß in Brühl und andere.

Eine zweite Kategorie sind die Bauten, bei denen ein starkes Denkmalsinteresse vorhanden und bei der Verwertung in erster Linie in Betracht zu ziehen ist. Typische Beispiele sind das Stadtschloß in Potsdam, die Schlösser in Breslau oder in Hannover. Daß hier trotz mancher Bedenken an eine nutzbringende Verwertung gedacht werden muß, ist außer Zweifel. Es ist Aufgabe der Ver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

waltung, die Benutzung überhaupt nur so weit anzubahnen, als wesentliche künstlerische Werte nicht gefährdet werden, Aufgabe der staatlichen Denkmalspflege, die Grenzen der praktischen Ausnutzung von vornherein genau zu bezeichnen und dauernd darüber zu wachen, daß sie nicht überschritten werden. Diese Aufgabe scheint nicht allzu schwer, denn es sind meistens ganze Bauteile, die von der Benutzung ausgeschlossen werden; in Potsdam z. B. der Südflügel mit den Prunkräumen, in Breslau der Mitteltrakt mit den Zimmern Friedrichs des Großen usw. Trotzdem ergeben sich aus der Kollision der materiellen und ideellen Interessen allerlei Probleme, und die Abwägung der Interessengruppen gegeneinander ist nicht immer ganz einfach.

Weit schwieriger noch ist die Entscheidung darüber, wie weit die Gefährdung ideeller Werte zugunsten von materiellen Vorteilen gehen darf bei solchen Bauten, die in besseren Zeiten der ersten Gattung eingeordnet werden würden.

Denn auch die „Verwertung" dieser Gebäude — dazu zwingt die enorme Last der baulichen Unterhaltung und letzten Endes die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Staates — muß im Auge behalten werden. Es erscheint ratsam, eine vernünftige Verwertung schon jetzt anzubahnen, damit nicht die Not eines Tages zu übereilten Entschlüssen und schlimmen Eingriffen Anlaß gibt. Hier eröffnen sich die allerschwierigsten kulturellen und künstlerischen Probleme, und schwerwiegende Entscheidungen müssen getroffen werden. Der künstlerisch Interessierte würde sie, obgleich auch hier oft ganze Bauteile bisher lediglich Nutzzwecken gedient haben, am liebsten völlig unversehrt im ganzen „konserviert" sehen. Doch ist einerseits der Nutzwert und andererseits die Last der baulichen Unterhaltung so bedeutend, daß an eine Verwertung gedacht werden muß. Sie sofort in Angriff zu nehmen, dazu zwingt die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Staates und die Erwägung, daß vielleicht die Not eines Tages zu übereilten Entschlüssen und schlimmeren Eingriffen Anlaß geben könnte. Auch in glücklicheren Zeiten wäre es kaum möglich gewesen, diese großen Gebäude dauernd ungenützt zu lassen; es gibt eben auch nach dieser Seite materielle Unmöglichkeiten. Und man wird hier nicht den Vorwurf mangelnder Distanz zu der kärglichen Gegenwart erheben, denn entscheidend für das Urteil ist die Erwägung, daß es auch für den ästhetischen und erzieherischen Wert eines Bauwerks vorteilhafter ist, wenn es von materiellem Leben ausgefüllt ist, als wenn es ein Mumiendasein fristet (ganz abgesehen von der besseren Pflege, der leichteren Unterbringung der Unterhaltungskosten usw.).

Die Schlösser waren sogar als Ganzes für einen Nutzzweck bestimmt. Die ursprüngliche Zweckbestimmung ist zwar verschwunden, und auch eine ähnliche wird sich in absehbarer Zeit nicht finden,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die diese Schlösser auszufüllen imstande wäre. Diese Diskrepanz zu überwinden, ist nun die Aufgabe.

Beharren wir jedoch bei unserem Grundsatz: Ermittlung der Verwendungszwecke, bei denen das Vorhandene möglichst zweckmäßig ausgenutzt und entsprechend seiner Eigenart weiter verwandt wird, so wird es auch hier möglich sein, gangbare Wege zu finden. Aber nirgends muß so wie hier allerpeinlichste Sachlichkeit (ohne Seitenblicke auf augenblickliche politische Situationen) maßgebend sein.

Es liegt in der Sache selbst, daß bei der Verwendung der sogenannten Denkmalsbauten zuerst an die Zwecke der Kunst und Wissenschaft gedacht wird. Und nichts ist leichter in unserer bildungsfrohen Zeit, als glänzende Pläne für kulturelle Unternehmungen aller Art zu machen und sie in einem Schloß zu lokalisieren. Aber dieselbe klare Sachlichkeit, aus der wir die Rücksichtnahme auf ideelle Interessen bei der Befriedigung materieller Bedürfnisse als Forderung hergeleitet haben, muß sich bei der Beurteilung kultureller Pläne darin äußern, daß auch hier die materiellen Grundlagen gebührend berücksichtigt werden. Man wird sich des Gedankens nicht erwehren, daß durch solche materielle Beschränktheit im allgemeinen eine wesentliche Gesundung z. B. unseres künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens bewirkt wird. Denn es läßt sich wohl voraussehen, daß mit dem Krieg eine Periode unseres kulturellen Lebens den Abschluß gefunden hat, wo die materielle Hypertrophie oftmals der Ideenlosigkeit die Mittel gegeben hat, sich hinter glänzender Aufmachung zu verbergen. Nur Unternehmungen, die von sparsamster Sachlichkeit getragen sind, werden künftig ihre Daseinsberechtigung erweisen können. —

Wir haben nunmehr die allgemeinen Richtlinien angegeben, nach denen die „Verwertung" aller Schlösser, auch derjenigen, welche wir als Nationaldenkmäler zu erhalten verpflichtet sind, gehandelt werden muß.

Statt aller weiteren Ausführungen darf ich auf einen Einzelfall eingehen, nämlich die von der Kölner Regierung geplante Verwertung des Schlosses in Brühl. Die Stellungnahme des rheinischen Provinzialkonservators zu diesen Plänen scheint in der vorsichtigen und gerechten Abwägung der widerstreitenden Interessen so vorbildlich, daß die wichtigsten Stellen aus seinem ausführlichen Gutachten wohl hier wiedergegeben werden dürfen.

„Die Regierung hat sich dahin ausgesprochen, daß sie selbst, da das Eigentum des Staates am Schloß bestehen bleiben dürfte, die Verwendung des Schlosses in die Hand nehmen müsse, und zwar in der Weise, daß die Einkünfte die Unkosten deckten. Das ließe sich nach ihrer Auffassung unschwer erreichen, wenn diejenigen Teile, die einen Kunstwert nicht besitzen, in Wohnungen umgewandelt würden, die Prunkräume des Erdgeschosses dagegen nach vollständiger Instandsetzung dem Besuche des Publikums ge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

öffnet würden. Ferner ist in Erwägung genommen worden, einen Teil der Erdgeschoßräume zur Errichtung einer Restauration, auch mit Sitzplätzen im Freien, herzurichten. Dafür käme nur die Südseite des Erdgeschosses mit der davorliegenden großen Parkterrasse in Frage.

Vom Standpunkt der Denkmalspflege habe ich nicht unerhebliche Bedenken gegen eine so weitgehende praktische Ausnutzung des eigentlichen Schloßbaues. Der kunstgeschichtliche und künstlerische Wert des Brühler Schlosses ist so hoch anzuschlagen, daß, wenn überhaupt in einem Falle, die sorgsamste Erhaltung als Nationaldenkmal als eine unabweisbare und dringliche Forderung von der Denkmalspflege gestellt werden muß, und daß die Gründe hierfür bei allen Erwägungen und Verhandlungen über praktische Ausnutzung mit in vorderste Linie zu stellen sein werden. Wenn irgendein Teil des rheinischen Krongutes darauf Anspruch erheben kann, so ist es Schloß Brühl. Ein Beiseiteschieben dieses Grundsatzes würde eine schwere Mißachtung und ein starker Rückschritt in den kulturellen Bestrebungen des Heimatschutzes in weitestem Sinne bedeuten. Jener Grundsatz praktischer Verwendung ist selbstverständlich in vollem Umfang anzuerkennen für diejenigen Teile, denen ein besonders großer Denkmalswert nicht innewohnt, aber keinesfalls auch für diejenigen Teile, deren praktische Benutzung eine schädigende Einwirkung auf die Erhaltung der kunstgeschichtlich besten Teile bedeuten würde. In diesem Sinne erscheint es mir in höchstem Maße bedenklich, die Erdgeschoßräume des Südflügels zu einem Restaurationsbetrieb in Verbindung mit der davorliegenden Parkterrasse zu verwenden. Die Räume haben sehr wertvolle Stuckdecken, sehr gute Bilder über den Kaminen, einzelne hervorragende und ziemlich gebrechliche bayerische Fayenceöfen u. a. m. Wenn hier ein Restaurationsbetrieb keine Schädigungen herbeiführen soll, so müßte an erster Stelle ein unbedingtes Rauchverbot eintreten. Das Restaurant könnte nur einen sehr geringen Umfang haben, die Wirtschaftsräume werden, soweit ich die Lage zurzeit übersehe, recht schwer zu beschaffen sein. Es käme also auf einen Restaurationsbetrieb hinaus, der nur einem sehr kleinen, besonders leistungsfähigen Publikum dienen würde, und das dürfte den sozialen Bestrebungen, die hier wesentlich mitsprechen, in keinem Falle entsprechen. Andererseits aber würde ein größerer und einfacherer Wirtschaftsbetrieb zweifellos die Ausstattung dieser Räume schwer beeinträchtigen und mit der Zeit dem Ruin entgegenführen.

Als Beispiel möchte ich auf Schloß Benrath hinweisen, dessen schöne Kellerräume, die ohne Schädigung des Eindruckes von außen zugänglich gemacht werden können, als Restaurant eingerichtet werden sollen. Hier würde die Denkmalspflege meines Erachtens keine Bedenken haben können, zumal da nicht an einen Wirtschaftsbetrieb im Freien gedacht ist. Bei Brühl aber muß man sich ver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gegenwärtigen, daß selbst in dem Falle, daß die Kellerräume der hohen Terrasse sich für Restaurationszwecke eignen, die Anlage umfänglicher Sitzplätze im Freien das zwischen den Terrassenflügeln gelegene Blumenparterre wohl beseitigen müßte. Es würde damit die feinste und ausgeglichenste französische Gartenanlage in der Rheinprovinz schwere Einbuße erleiden, und darüber hinaus würde ein großer Restaurationsbetrieb bei den Formen, die er in unseren Grostßädten leider anzunehmen pflegt, die vornehme Wirkung und damit auch die erzieherischen Werte auf das stärkste schädigen, wenn nicht vernichten. Jedenfalls würde derjenige, der hier einen etwas feineren Genuß sucht, an den Sonntagen sich diese Erholung in Brühl nicht verschaffen können.

Was sodann die Benutzung des zweiten Obergeschosses in der Form von Mietwohnungen angeht, so dürften auch hier nicht unerhebliche Bedenken vorliegen. Eines der wesentlichsten ist die Feuergefährlichkeit derartiger alter Bauten. Die Zugänglichkeit über die beiden Nebentreppen ist ja möglich, aber die ganze Grundrißanordnung mit den ineinandergehenden Zimmern ohne Korridore, der Mangel an moderner Einrichtung, würde diese Wohnungen wohl nicht zu einem sehr ertragreichen Objekt machen. Endlich würde eine derartige Benutzung auch insofern von Schaden sein können, als infolge der Vernachlässigung des Schlosses am Anfang des 19. Jahrhunderts unter Umständen die Decken in schlechter Verfassung sind. Es haben hier in früheren Jahrzehnten bei den Haupträumen starke Auswechslungen der Balkenlagen vorgenommen werden müssen. Das ist aber meines Wissens bei den beiden Seitenflügeln nicht geschehen. Größere Belastungen und Bewegungen in den Räumen des zweiten Obergeschosses würden also unter Umständen geeignet sein, namentlich die wundervoll bemalten Stuckdecken im Südflügel zu schädigen.

Auf der anderen Seite würde die Denkmalspflege naturgemäß kein Bedenken haben, es vielmehr im Sinne einer ordentlichen Unterhaltung des Schlosses nur begrüßen, wenn diejenigen Teile, die keine reichere Ausstattung zeigen, nutzbar gemacht werden könnten.

Ich darf nochmals ausdrücklich betonen, daß die erzieherischen und kulturellen Aufgaben, die ein so wertvolles Baudenkmal mit seiner Umgebung hat, nicht zu gering angeschlagen werden sollten. Diese Ziele und Aufgaben würden nur zu leicht durchkreuzt werden, wenn die Staatsregierung angesichts der außerordentlichen Kunstwerte von Brühl unter zu starker Betonung der rein wirtschaftlichen Momente bei der praktischen Benutzung vorgehen wollte."

Es braucht wohl nach den bisherigen Ausführungen nicht erst gesagt zu werden, daß der Standpunkt des Provinzialkonservators im Gegensatz zu den Plänen der Regierung unbedingt gebilligt werden muß, und daß sich nur unter den von ihm angedeuteten Voraussetzungen weitere Maßnahmen der Verwaltung entwickeln können.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Mehr läßt sich auch hier im Augenblick nicht sagen; (denn, wie bereits erörtert, für das Ganze sind noch nicht einmal die Eigentumsverhältnisse geklärt). Selbst bei dem Berliner Stadtschloß, das wohl im Mittelpunkt des Interesses steht, kann man nur Möglichkeiten andeuten.

Vergegenwärtigt man sich die Art und Menge der in ihm enthaltenen Räume, so kommt man zu dem Schluß, daß der größte Teil des Baues, namentlich die oberen Stockwerke, im wesentlichen so, wie sie sind, erhalten bleiben müssen. Immerhin aber sind in diesen Stockwerken auch Zimmerfluchten vorhanden, denen gar kein Denkmalswert innewohnt, und deren Wert nur in dem kostbaren Material der Ausstattung besteht. Ihre Zugänglichkeit ist sehr umständlich, und es ist oft schlechterdings unmöglich, sie zu Sonderzwecken zu verwenden. Läßt man sie in ihrem jetzigen Zustand, so werden sie als dürftige Stellen zwischen dem Glanz und der Vornehmheit der sie umgebenden Räume wirken. Was soll mit ihnen geschehen? Nichts liegt näher, als sie mit Kunstwerken auszustatten, die der Würde des übrigen entsprechen, sei es mit Bildwerken und Gemälden, oder mit Möbeln und anderen Gegenständen des Kunstgewerbes. Die Gedanken des Museums der Meisterwerke, des Museums preußischer Kunst, eines Kunstgewerbemuseums tauchen hier auf, die jedes auf seine Art verschiedene Möglichkeiten haben, sich an das Vorhandene anzupassen. Alle jedoch liegen in der Linie der gleichen Entwicklung, die bereits ein anderes großes Residenzschloß genommen hat, der Louvre.

Noch ein Gedankengang darf angedeutet werden: Aus der Zeit namentlich Friedrich Wilhelms III. sind in den Schlössern zahlreiche Ausstattungsgegenstände aller Art vorhanden, die, wenn überhaupt irgendetwas aus dem Bestand der königlichen Gebäude kunsterzieherische Wirkungen ausüben werden. Die künstlerische Gesinnung solcher Denkmäler einer vornehmen Bürgerlichkeit wird unserem sich auf ähnlichen wirtschaftlichen Grundlagen voraussichtlich entwickelnden Kunstgewerbe Anregungen geben können. Man könnte die künstlerischen Dokumente dieser Gesinnung in besonderer Weise — etwa gelegentlich der von anderer Seite angeregten modernen Ausstellung gleicher Tendenz — zur Geltung bringen. Dies würde ein sichtbarer Beweis dafür sein, daß die staatliche Kunstpflege nunmehr in bewußtem Gegensatz zu den Abwegen der letzten Jahrhunderthälfte die Qualitäten würdigt, die unsere künstlerische Arbeit künftig allein erstreben muß: Sachlichkeit und Vertiefung. Und in einer solchen Eingliederung in das allgemeine kulturpolitische Programm scheint die beste „Verwertung“ der Schlösser zu liegen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Glossen.

Trotz alledem!

Als ich meine Glossen zur Ratifizierung schrieb, da wußte ich, daß sie einige Beachtung finden würden. Ich wußte auch, daß ich manche kritische Aeußerung hören würde. Wollte ich mich davon abhalten lassen, es wäre die gute Hälfte meiner Aufsätze ungeschrieben geblieben. Würde ich jemals aus Menschenfurcht etwas ungeschrieben lassen, was zu schreiben Ueberzeugung und Gewissen mir gebieten, ich würde die Feder für immer fortwerfen und mich nicht mehr berufen fühlen. Falls Herr Georg Landsberg also glaubt, mich mit seinen Ungezogenheiten zu schrecken, so mag er *diesen* Glauben getrost aufgeben. „Ich bewundere Ihren Mut," schrieb mir ein Parteigenosse zu meinen Glossen, „aber ich befürchte, es wird Ihnen nicht gut bekommen." Ich frage den Teufel nach der Bekömmlichkeit, aber ich frage in jedem Falle nach der Wahrheit.

Dieser Herr Georg Landsberg wirft mich zu den Antisemiten! Er hat allerdings keine Schuld daran, daß ich's nicht bin — auch in dieser Zeit nicht geworden bin, wo 90 von 100 aller Genossen sich gestehen, daß es ihnen allmählich doch auf die Nerven fällt. Gäbe es nicht so ausgezeichnete Vertreter des nationalen Gedankens in der Partei, wie z. B. Otto Landsberg es ist und wie Ludwig Frank es war — es gibt ihrer Stammesgenossen viele, die die ganze Partei längst verantisemitet hätten.

Die Herren Georg Landsberg irren, wenn sie glauben, hier hülfen Proteste. Möglich, daß mit Protesten noch einiges zu helfen ist — nur müssen sie dann nach einer anderen Seite gehen. Die Herren Georg Landsberg müssen sich an diejenigen unter ihren Stammesgenossen wenden, die heute hysterisch aufschreien, wenn ein deutscher Sozialdemokrat vom Vaterlande spricht; die, wie Agenten der Entente es nicht besser vermöchten, die deutsche Schuld am Weltkrieg „feststellen;" die dem betrogenen deutschen Volk den Betrug vom Frieden der Gerechtigkeit und vom Völkerbund als Heilswahrheiten aufzuschwatzen beflissen sind. Wenn die Herren Georg Landsberg *diesen* Leuten so laut wie möglich in die Ohren schrien: Zügelt Eure Anmaßung! und wenn sie der deutschen Welt mit Wort und Tat bewiesen, daß sie anders dächten, daß sie die Schmach dieser Tage brennend wie wir empfinden — dann könnten Proteste — vielleicht! — noch einiges helfen.

Ein so kluger Politiker wie Ernst Heilmann weiß besser als die Herren Georg Landsberg, was die Stunde fordert, und seine Stammesgenossen sollten ihm Dank wissen. Auch er glaubt allerdings, man müsse mir widersprechen, aber er verweist gleichzeitig auf die ernste Tatsache, die im Grunde doch *mir* recht gibt, wenn ich den jüdischen Parteimitgliedern rate, ihre abweichende

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Meinung in nationalen Fragen aus Taktgefühl und im Interesse der Partei für sich zu behalten.

Das nämlich ist des Pudels Kern. Ich weiß mich von jeder antisemitischen Regung frei und bin weit davon entfernt, aus der Tatsache, daß so viele jüdische Politiker unserer Zeit kein Verständnis für unsere nationalen Gefühle haben, ein Verdammungsurteil über diese Leute zu extrahieren. Ich bemühe mich im Gegenteil, diese Erscheinung aus den gegebenen Tatsachen sachlich zu erklären. Es ist möglich, daß mein Erklärungsversuch nicht in allen Fällen zutrifft. Ich bin kein Rassentheoretiker und habe nicht die Absicht, einer zu werden. Aber die Erklärung dieser unbezweifelbaren Erscheinung ist auch gar nicht *meine* Sache. Mir liegt nur daran, *den* jüdischen Parteimitgliedern, auf die ich in meinen Glossen abzielte, in wohlmeinendster Art zu verstehen zu geben, daß ihr Verhalten unklug und taktlos ist, und daß sie aus vielen und guten Gründen — auch im Interesse unserer Partei — gut täten, wenn sie sich in nationalen Fragen jene Zurückhaltung auferlegten, die, wie ich noch einmal betone, schon aus Gründen des politischen Taktes eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Winnig.

* * *

Aber, wenn ich auch an die Zukunft des Kommunismus glaube, wenn ich auch glaube, daß die heutige Gesellschaft bereits mit voller kommunistischer Flut steuert, so halte ich doch die Aufhebung des Grund- und Kapitaleigentums nicht für so nahe bevorstehend. Die entgegengesetzten nationalökonomischen und rechtlichen Ueberzeugungen, die Menge der mit dem Grund- und Kapitaleigentum verbundenen Interessen, die intellektuellen und sittlichen Zustände sowohl der herrschenden besitzenden, wie der dienenden arbeitenden Klassen scheinen mir noch für viele Dezennien den Sturz einer so fest wurzelnden Institution unmöglich zu machen.

Rodbertus.

*

Edles und Schönes hat der gemeine Sinn der Menschen alle Zeiten nicht lange ertragen; aber mit Dummheit, Häßlichem und Schlechtem schleppen sie sich geduldig Jahrhunderte und Jahrtausende lang.

Johannes Scherr.

*

Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre", die „Umstürzler" wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand.

Karl Marx.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsche Stimmen

Wochenschrift • Herausgeben Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

• Berlin M 66 •

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage:

KARL MARX

Sein Leben und seine Lehre

Eine volkstümliche Einführung
in den Marxismus

von

M. BEER

Verfasser der „Geschichte des Sozialismus in England".

Mit 8 Heliogravüren:
Karl Marx, Karl Marx' Geburtshaus, G. W. F. Hegel, Friedrich Engels, Jenny von Westphalen, Eleanor Marx-Aveling, Faksimile-Seite vom Kommunistischen Manifest, Karl Marx' Grabstätte.

Preis 5,50 Mk.

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68 Lindenstraße 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 224. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 23 6. September 1919

Die Glocke

Herausgegeben von

Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—. Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Erwin Barth . . . . . Die Diktatur der Mitte.

Dr. Paul Lensch . . Die Krisis der Parteiideologie.

R. Kunze (Tokio): Sozialdemokratie und auswärtige Politik.

Paul Göhre: Erinnerungen an Friedrich Naumann.

Glossen.

Nummer 22 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Dr. Paul Lensch . . Die roten Lakaien der Entente.

Victor Schiff . . . . . .Versailles und Luzern.

Müller-Brandenburg . Falkenhayns verfehltes Spiel.

Dr. Paul G. Hübner: Die Verwertung der preußischen Schlösser.

Glossen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

23. Heft 6. September 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ERWIN BARTH:

Die Diktatur der Mitte.

ES ist an dieser Stelle wohl überflüssig, lange Ausführungen zur gegenwärtigen inneren Situation Deutschlands zu machen. Wir wissen alle zur Genüge, daß wir seit den Tagen der Revolution von Tag zu Tag ärmer geworden sind, daß das Ausland kein Vertrauen mehr zu Deutschland hat, daß alle guten Geister vom deutschen Volke abgerückt zu sein scheinen, daß die völlige Auflösung aller Organisationsbande sichtbar ist, daß die moralische Verwilderung von Tag zu Tag fortschreitet, daß Arbeitsunlust und Unehrlichkeit in politischen wie in wirtschaftlichen Dingen die Szene beherrschen. Das ganze Volk, von denen am weitesten links bis zu denen am weitesten rechts, fühlt die Unmöglichkeit, in den bisherigen Bahnen fortzuwursteln. Es gibt *keinen* Menschen in Deutschland, der mit den Zuständen zufrieden ist, und *jeder* hat recht mit seiner Unzufriedenheit.

Heute, wo wir am Abschluß einer über neun Monate währenden revolutionären Entwicklungsreihe stehen, ist uns manches klar geworden, was wir vordem nicht mit gleicher Schärfe sehen konnten. Heute können wir viel sicherer als zu irgendeiner Zeit vorher die Fehler kennen, die zu den heillosen Zuständen in Deutschland geführt haben, und den Weg anzeigen, auf dem allein die Rettung unseres Volkes aus seiner großen Not geschehen kann.

Wir Sozialdemokraten haben die soziale Revolution als Ausfluß der ökonomischen Entwicklung niemals anders aufgefaßt als den Abschluß einer *nach oben* gerichteten Entwicklungsreihe. Zu dem Zeitpunkt, an dem die wirtschaftliche Entwicklung technisch wie geistig zu solcher Vollkommenheit gelangt ist und der Wirtschaftskörper zu solchem

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Reichtum, daß die alleinige Nutznießerschaft einer kleinen Gruppe von Menschen an den Arbeitsüberschüssen von der Gesamtheit des Volkes nicht mehr ertragen werden kann, würde die soziale Revolution, die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Wirtschaft, erfolgen müssen. Die Wirtschaft hätte nach den Gesichtspunkten der *Allgemeininteressen* weiter geführt werden müssen.

Waren am 9. November die Vorbedingungen zu dieser sozialen Revolution gegeben? *Nein!* Die Revolution am 9. November war nicht der Abschluß einer positiven Entwicklungslinie der deutschen Wirtschaft, sondern der Abschluß einer *nach unten* sinkenden. Sie war das Ergebnis einer jahrelangen Kraftzermürbung und Erschöpfung eines Volkes. Sie war nicht die soziale Revolution, sondern nichts anderes als die Flucht der bisherigen Herrschaftsführer vor dem Untergang. Das Volk hat am 9. November nicht die Herrschaft an sich gerissen, sondern es hat nichts getan, als die Zügel der Regierung, die auf den Boden gefallen waren, aufzuheben.

Dennoch hat man die Revolution des 9. November als die soziale Revolution angesprochen, und die breite Masse der Bevölkerung hat nun dumpf und stürmisch nach dem Sozialismus verlangt, der nicht gegeben werden konnte, weil nichts zu sozialisieren war als die Armut, und der Sozialismus der Armut nicht die Befriedigung bringen konnte und uns nicht aus dem Elend, in dem wir bis über die Ohren saßen, rasch und gründlich herausziehen konnte.

In allen Maßnahmen, die von oben und von unten her, die in der ganzen Revolutionszeit bis heute getroffen worden sind, spiegelt sich die Ohnmacht wieder, mit theoretischen Sätzen die starke Wirtschaftsnot eines Volkes zu ersticken.

Es soll hier kein Zweifel an der ehrlichen Ueberzeugung, an dem guten Willen, an dem uneigennützigen Geist derer geäußert werden, die von oben und unten und mit Hilfe verschiedener Parteiprogramme und mit mehr oder minder klaren Postulaten sich an der Rettung unseres Volkes versucht haben. Es soll nur konstatiert werden, daß alle guten Absichten *nichts genützt* haben, und daß alle Arbeit und Emsigkeit verlorene Liebesmüh gewesen ist, daß die Not des deutschen Volkes sich *verschlimmert* hat.

In einer Zeit geordneter Wirtschaftsentwicklung und ruhiger Tätigkeit der Staatsmaschine waren die Parteien und

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die Parlamente notwendige Erscheinungen für den Ausgleich der verschiedenartigen Interessen und für die systematische Verbesserung der Lage des Gesamtvolkes. Was dabei an Fehlern unterlaufen ist, steht heute nicht zur Debatte. Ich will nur diese Dinge in den Satz zusammenfassen: Früher war in Deutschland *die Arbeit* und die Tätigkeit für die Bedürfnisse des Volkes das Tonangebende, und die politische Diskussion ging nebenher als die nützliche Anregung; heute aber ist *die politische Diskussion* die Hauptsache geworden, und die Arbeit leidet darunter.

Damit sind wir mitten drin im Grundübel unserer fürchterlichen Not. Es wird geredet und geredet in Deutschland, und man kommt vor lauter Reden zu keiner positiven Handlung. Das Volk ist zerrissen in ein Dutzend Parteien, von denen jede einzelne behauptet, das ganz allein richtige Programm für den Neubau Deutschlands zu besitzen. In Wirklichkeit sind sie *alle kopflos*. In anarchischen Zuständen, in denen wir uns nach dem Eingeständnis wohl aller Menschen befinden, helfen schöne Diskussionen und wohlgemeinte Berge gedruckten Papieres nicht mehr. In einer solchen Zeit bedarf es des entschlossenen Willens, einer einheitlichen Führung, um das Volk wieder mit Vertrauen zu seiner Zukunft zu erfüllen.

Die Linksparteien glauben mit dem System der *Räteherrschaft* Deutschland reibungslos aus dem Chaos herausführen zu können. Daran glaube ich nicht! Ich will hier gar keine Anspielungen auf Rußland und Ungarn machen, ich will mich vielmehr darüber dahin zusammenfassen, daß auch die Räteherrschaft vom ersten Tage an wieder Kampfobjekt der Parteien sein würde, und daß das Räteparlament reden und reden würde und den Knoten doch nicht lösen könnte, ohne vorher durch monatelange Versammlungsdiskussionen den Karren noch tiefer in den Dreck gefahren zu haben. Die letzte Rettung wäre, nachdem man in ewig dauernden Diskussionen die Unmöglichkeit zu einer raschen Rettung eingesehen hätte, wenn ein entschlossener Mann aufspränge und durch die Tat, *durch die Diktatur* den Redereien ein Ende machte. Diese Diktatur würde einsetzen, nachdem weitere schwerste Schädigungen der Volkskraft eingetreten sind, nachdem sich zu den Hunderttausenden an Unterernährung bereits Gestorbenen weitere Hunderttausende gesellt

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hätten und nachdem blutige Kämpfe weitere große Menschenziffern ausgelöscht hätten.

Die *Rechtsparteien* sehen in dem brodelnden Hin und Her der deutschen Wirtschaft und in ihrer Verzweiflung über die starke Lockerung der Bande einer vernünftigen Ordnung in der Militärdiktatur und in der Wiedereinsetzung der früheren Herrschaftsverhältnisse wirtschaftlicher und politischer Art das Heilmittel. Bei dem starken Mißtrauen, das namentlich in den Schichten der unteren produktiven Stände gegen die Monarchie und die schrankenlose kapitalistische Wirtschaft besteht, würde eine Systemänderung nach dieser Richtung Kampf und Blut kosten und eine weitere Schwächung der deutschen Volkskraft. Die Diktatur von rechts wäre genau so eine Einseitigkeit wie die Diktatur von links, sie wäre parteimäßig abgestempelt und würde die Selbstzerfleischung des deutschen Volkes nicht beseitigen können.

Was will ich also mit meiner *„Diktatur der Mitte"?* Um es auf eine kurze Formel zu bringen: *Ich sehe die Rettung unseres Volkes nur darin, daß sich alle wahrhaften Freunde des Volkes, gleichviel welcher Parteirichtung, gleichviel welcher sozialen Stellung, mit einem energischen Ruck frei machen von den lästigen Parteirücksichten. Ich will, daß diese Fesseln, die weite Kreise des Volkes immer zu einer einseitigen Behandlung der Rettungsaktion zwingen, über Bord geworfen werden, daß alle Männer, die positiv mitwirken wollen an einem Aufbau unserer Wirtschaft, an dem das Leben unseres Volkes hängt, sich geschlossen auf einer Linie finden, auf der einseitige Interessen, persönliche Sondervorteile und soziales Unrecht keinen Platz haben sollen. Ich will, daß die Führung dafür straff in eine Hand gelegt wird und solange darin bleibt, bis Ordnung und Ruhe wieder eingekehrt sind.*

Von ehrlichen Menschen sind politische Parteien nie anders verstanden worden denn als *Werkzeuge* zur Verbesserung der Gesamtlage des Volkes. Parteien sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, der Zweck ist die Volkswohlfahrt, und wenn das Mittel zu gegebener Zeit ein anderes sein muß, um dem Volk Rettung zu bringen, so muß die Partei zurücktreten. Parteien, die je geglaubt haben, in erster Linie um ihrer Organisation willen zu bestehen, *sollen verschwinden, besser heute als morgen.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wir gehören zusammen, sind durch Blutsbande unlösbar verknüpft. Wir als Einzelne gehen mit unserem Volk zugrunde oder blühen mit ihm auf. Und darum muß in unserem eigenen Interesse die Sorge für die Gesamtheit des Volkes uns am *höchsten* stehen.

Was das Volk in dieser Zeit bitterster Not und steigenden Elends braucht, ist gesteigerte Arbeitsleistung und eine Verteilung der Lebensgüter in der Weise, daß auch der Aermste und Letzte, der die Notwendigkeit des Aufstiegs unseres Volkes durch sein Verhalten bejaht, die Möglichkeit, sich satt zu essen besitzt. Das heißt, daß mit rücksichtsloser Energie, und *wenn es sein muß, mit brutaler Gewalt* gegen alle diejenigen vorgegangen werden muß, die jetzt noch glauben, nicht positiv am Aufbau der Volkskraft mittun zu brauchen. Die schwere Vergeudung an wirtschaftlichen Gütern durch grenzenlosen Luxusverbrauch auf der einen Seite und durch Untätigkeit auf der anderen Seite muß jetzt aufhören. *Die erste Aufgabe ist, nicht Lebensgüter zu zerstören, sondern solche neu zu schaffen!* Wer verbraucht, ohne entsprechend zu produzieren, wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist, der ist ein Parasit, ein Schädling an der Volkskraft; und ihm gegenüber muß verfahren werden, wie es der Gärtner mit den Schädlingen seiner Pflanzen tut: sie müssen unschädlich gemacht werden. Die Gesellschaft hat kein Interesse an solchen Menschen, die ihre Werte verzehren; sie hat Interesse, *höchstes Interesse an denen, die Werte neu erzeugen.* Denen muß Schutz werden. Für diese muß alles nur Erreichbare beschafft werden. Und es kann vieles für sie gemacht werden, wenn entschlossen und scharf zugepackt wird.

Dazu reicht jetzt, wo der Mann im Wasser liegt und um sein Leben ringt, nicht mehr ein vielköpfiger Beratungskörper aus, der redet und redet und sich die Köpfe zerbricht, wie man die Rettungsaktion anzupacken habe, sondern ein entschlossener Wille, der all die schwankenden Gestalten auf die Seite drückt und mutig ohne Zögern ans Werk geht. *Dieser Mann* — ich betone nochmals, nicht ein vielköpfiges, in unzählige Kompetenzen verstricktes und nicht zur Aktion kommendes Beratungsungeheuer — muß als Führer an die Spitze gesetzt werden. Es muß ein Mann sein mit *glühendem Herzen* für sein Volk, der mit dieser Liebe die *starke Faust*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

verbindet, die schonungslos jeden, aber auch jeden trifft, der sich am Gemeinwohl versündigt.

Noch ist's Zeit. Es ist die letzte Stunde allerdings zur Besinnung. Die Verzweiflung und das Elend, in das unser Volk immer tiefer hineinsinkt, hat die Parteigegensätze aufs äußerste getrieben. Und die Zeit des Umschlages ist nicht mehr fern. Dann aber wird es die Diktatur der einen Seite sein, die angefüllt ist mit der ganzen Verbitterung über die Unentschlossenheit der deutschen Volksführung und die dadurch in eine einseitige Betrachtung der Dinge hineingezogen worden ist. Die Diktatur der Mitte soll sich freihalten von Parteibedürfnissen, soll nur das Volk selbst und seine Bedürfnisse in allen Handlungen vor Augen haben und soll dadurch den geschwundenen Glauben des Volkes an eine glückliche Zukunft wieder erzeugen.

Der Mann, der die Zügel jetzt an sich nehmen muß, hat sich freizuhalten von jeder einseitigen Vorliebe für diesen oder jenen. Er muß durch seine Taten sich erzwingen, daß nach Möglichkeit jede arbeitsfähige Kraft sich an der Rettung beteiligt, und daß alles Privatvermögen sich in den Dienst des Aufbaus, in den Dienst des Volkes zu stellen hat.

Ich rede als Sozialdemokrat so. Als ein Mann, der wohl weiß, was in den Parteien an guten Kräften wach gerufen wird. Der Ideeninhalt der einzelnen Parteien bleibt immer bestehen, auch wenn die äußere Form zeitweilig leidet oder sich umgestaltet. Ich bekenne mich zum Sozialismus, darum will ich, daß zunächst die neue Kräftigung unserer Wirtschaft erreicht wird, daß die Anarchie, das brodelnde Durcheinander in der deutschen Wirtschaft zunächst verschwindet, und daß zunächst alle Voraussetzungen für die Sozialisierung der Gesellschaft erzeugt werden. Ich habe den Glauben, daß mein Vorschlag einer vorübergehenden Diktatur der Mitte in ehrlichem, entschlossenem und überzeugtem Sinne der Förderung der gemeinsamen Volksinteressen dienlich ist.

Nur hört jetzt auf zu reden!

Jetzt muß gehandelt werden, weil gerettet werden muß!

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Dr. PAUL LENSCH:

Die Krisis der Parteiideologie.

IN einem Briefe an das Königsberger Parteiblatt hat *August Winnig* einige Bemerkungen über Sozialdemokratie und Revolution gemacht, die, soweit sie vorliegen, uns recht bedeutsam und zutreffend zu sein scheinen, und die daher von der Berliner „Freiheit", der „Leipziger Volkszeitung" und dem diesen Blättern in vieler Hinsicht sehr nahestehenden „Berliner Tageblatt" mehr oder weniger scharf gerügt werden. Doch haben wir nicht die Absicht, Winnig gegen diese komischen Leute zu verteidigen. Das ist nicht nötig. Wohl aber geben uns seine Bemerkungen erwünschten Anlaß zu einigen Feststellungen über den geistigen Zusammenbruch, der sich durch die Revolution in der Sozialdemokratie vollzogen hat.

Winnig schreibt:

„Ich habe die Revolution nicht gewollt, und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt. Wir haben im Gegenteil vier Jahre gegen die Revolution in Wort und Schrift gekämpft, nicht weil wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären (es ist unnötig, das zu sagen), sondern weil wir wußten, daß die Revolution unseren militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten und uns der Rachsucht und Raubgier der haßerfüllten Feinde ausliefern würde. Das ist die Wahrheit, *und darum sollten wir heute nicht so tun, als wenn wir die Revolution gewollt hätten.* Die Abrechnung mit dem alten Regime, die ganze und zornige Abrechnung wäre nach beendetem Friedensschluß doch gekommen, wir hätten sie vornehmen können, ohne unser Land den übermütigen Siegern auszuliefern. Wir hätten dann auch den Vorteil gehabt, uns auf zielbewußte und disziplinierte Massen stützen zu können, und hätten nicht zu besorgen brauchen, daß die Revolution zu einer Gelegenheit für Wahnsinnige und Verbrecher wurde. . .

Ich will Ihnen nur meine Meinung schreiben, warum die Revolution unsere Hoffnungen enttäuschen mußte. Weil die Revolution zu einer Zeit erfolgte, wo große Massen des Volkes den moralischen Halt verloren hatten, lief sie Gefahr, ihr Ziel aus dem Auge zu verlieren und die ganze

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:31 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Staats- und Wirtschaftsordnung zu zertrümmern. Sie wissen selbst, wie nah diese Gefahr zeitweilig gewesen ist, und daß sie auch heute noch nicht als überwunden gelten kann. Aber je größer diese Gefahr wurde, um so größer wurde für uns, die wir dieser Gefahr wehren wollten, der Zwang, mit allen denjenigen gemeinsam zu handeln, die der Entartung der Revolution widerstrebten. Die Regierung rief auf zur Verteidigung. Aber wer folgte ihrem Ruf? Zu einem erheblichen Teile waren es Angehörige der besitzenden Klassen und, soweit sie politisch dachten, der nichtsozialistischen Parteien. Die Arbeiterschaft hielt sich zurück. Diese Entwicklung aber bestimmte nun ihrerseits auch die Politik der Regierung. Weil die Hilfe des Bürgertums bei der Aufrechterhaltung der staatlichen und ökonomischen Ordnung unentbehrlich war, konnte die Regierung nicht eine rein sozialdemokratische Politik treiben, sondern mußte auf die Ansprüche der übrigen Bevölkerung eine gewisse Rücksicht nehmen."

Wir begrüßen es, daß Winnig ausspricht, daß die Partei die Revolution nicht gewollt habe, selbst auf die Gefahr hin, bei den Herren Clémenceau, Tardieu und ihren sozialistischen Bedienten vom Schlage eines Renaudel eine schlechte Note wegen noch nicht genügender „Besserung" ins Führungsattest zu bekommen. Die Partei hat die Revolution so wenig gewollt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sogar noch mehrere Tage nach ihrem Ausbruch in Kiel gar nicht begriff, daß die Revolution da sei: Noch am Mittwoch vor dem 9. November, der auf einen Sonnabend fiel, lehnte die Fraktion den Antrag, der Regierung ein Ultimatum zu stellen, ab. Zwei Tage nach Ausbruch der Revolution in Kiel! Sie dachte nicht an eine Beseitigung der Dynastie, sondern nur an eine Beseitigung des Kaisers und des Kronprinzen und an die Einsetzung einer Regentschaft. Als dann die Revolution auch in Berlin eintraf, hat freilich die Partei schnell zugegriffen und gerettet, was noch zu retten war. Aber das bleibt Tatsache, was ich an dieser Stelle mehr als einmal ausgesprochen habe und was jetzt auch August Winnig bestätigt: die Partei ist durch den Ausbruch der Revolution überrascht worden, genau so wie sie am 4. August durch den Ausbruch des Krieges überrascht worden war. Und aus diesem Grunde ist es nicht bloß falsch, sondern irreführend und daher für die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Partei gefährlich, wenn sie sich so hinstellt, als habe sie die Revolution gewollt. Solche Redensarten entstammen lediglich der Furcht vor der „unabhängigen" Konkurrenzfirma, deren smarte Vertreter sich allerdings mit ihrer Revolutionsmacherei — man denke an so vorlaute Zwerge wie Barth oder Ledebour — gar fürchterlich brüsten taten. Die Mehrheit der Partei hatte schon jahrelang vor dem Kriege jeden Gedanken an die Möglichkeit einer Revolution abgelegt und gerade die Männer, die die Revolution nachher an den ersten Platz gestellt hat, Ebert und Scheidemann, gehörten mit zu den Hauptvertretern dieser Ansicht. Das soll natürlich kein Tadel sein, wie es denn keine größere Spießbürgerei geben kann, als die Klage Ledebours, Ebert und Scheidemann hätten ihm „seine" Revolution gestohlen. Wohl aber ist es ein Mahnruf an die Partei zur Ehrlichkeit gegen sich selber. Ohne diese Ehrlichkeit ist ein Wiedererstehen der Partei und ein Ausbau der sozialistischen Gedankenwelt eine innere Unmöglichkeit.

Daß die deutsche Sozialdemokratie vor den Scherben ihrer Ideologie steht, habe ich in meiner Schrift: Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie (Verlag S. Fischer, Berlin 1919) auseinandergesetzt. Dieses innere Jena wird freilich seltsam kontrastiert von dem äußeren Sedan, das sie am 9. November erlebt hat, und dieser äußere Erfolg ist es, der den inneren Zusammenbruch für die Meisten verdeckt. Man erblickt in dem Erfolg gern die geschichtliche Bestätigung der Richtigkeit der alten „sieggekrönten Taktik" und eine Art Belohnung für die bisherige „unentwegte" Haltung. Allein, wer näher zusieht, bemerkt bald, daß nichts von diesen freundlichen Illusionen zutrifft.

Es ist auszusprechen, daß der 9. November den Zusammenbruch des alten Systems bedeutet nicht bloß im materiellen, sondern ebenso auch im moralischen Sinn. Und *zu diesem alten Deutschland gehört die Sozialdemokratie mit ihrer Vorstellungswelt genau so, wie der Militarismus oder das Zentrum oder das Junkertum gehört.* Es ist richtig, daß die sozialdemokratische Partei mit allen diesen Mächten in scharfem Gegensatz stand, aber deshalb bildete sie mit ihnen nicht weniger eine organische Einheit, wie auch im Magnetstab der Gegenpol mit dem Pol eine Einheit bildet und nur so lange vorhanden ist wie auch jener existiert. Die Ideologie

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der deutschen Sozialdemokratie blieb schlechterdings in den wirtschaftlichen und geistigen Verhältnissen des alten Systems befangen. Sobald sie diese Schranken zu überspringen versuchte, gelangte sie entweder in die dünne Luft, die bei Kautsky am „Tage nach der Revolution" und im Ballodschen „Sozialstaat" wehte, oder in die komischen Konstruktionen Ledebourscher Phantasie über die „Vereinigten Staaten Europas", die einen Bund gegen die amerikanische Union zu bilden hätten. Und da die Partei vor dem Kriege bekanntlich ganz exemplarisch „realpolitisch" geworden war, so dachte sie an das spekulative Ueberspringen jener Schranken immer weniger und richtete sich gedanklich auf eine zunächst unbemessene Fortdauer zum wenigsten der Grundlagen des alten Deutschland ein. Stimmen, die auf das nahende Ende dieses Systems und der Friedenszeit hinwiesen, wurden nicht beachtet oder als „anarcho-syndikalistisch" verlacht. An einen kommenden Krieg dachte man nicht. Noch ein Jahr vor dem Marokkokonflikt und vier Jahre vor dem Weltkrieg, am 9. Dezember 1910 erklärte noch Scheidemann: „Vierzig Jahre sind ins Land gegangen, seitdem im Herzen Europas der letzte kriegerische Schuß gefallen ist, und ich meine, wir sind jetzt weiter davon entfernt als je zuvor, daß wir irgendwie in kriegerische Entwicklungen hineingeraten können." Und noch am 3. August 1914 wiederholte Eduard David in der Reichstagsfraktion bei seiner Befürwortung der Kreditbewilligung das Geständnis, man habe mit dem Ausbruch eines Krieges in Europa nicht mehr gerechnet. Ich erwähne das gewiß nicht, um diesen Politikern einen Vorwurf zu machen, sondern lediglich, um zu konstatieren, daß die alte deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Gedankenwelt völlig in der Zeit des Voraugust eingespannt blieb und nur auf dem Wege einer langsamen „evolutionistischen", katastrophenlosen Entwicklung ihre Ueberwindung erwartete.

Daraus erklärt sich sowohl ihre Ueberraschung durch den Krieg am 4. August wie durch die Revolution am 9. November wie schließlich die totale theoretische Verlotterung, der sie anheimgefallen ist, und die gerade jetzt, wo sie im Regiment sitzt, doppelt verhängnisvoll wirkt. Die Partei lebt zurzeit geistig von der Hand in den Mund. Man vergleiche die unsagbare Haltung der Parteipresse, die vollkommen im alten Schlendrian weiter trabt und ihre Hauptaufgabe weniger in der sachlichen Bekämpfung als im Niederkonkurrieren

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

der Unabhängigen erblickt. Man lese folgende Notiz, die unlängst im „Vorwärts“ stand und dann die Provinzpresse durchlief:

„Sehn Sie, das ist ein Geschäft . . .“

Ludendorff läßt sein Buch über den Zusammenbruch auch ins Englische und Französische übertragen. Er erhielt dafür nach englischen Meldungen die Kleinigkeit von 10 000 bis 12 000 Pfund Sterling, das macht bei den heutigen Währungsverhältnissen 700 000 bis 900 000 Mark. Es gibt doch nichts Rentableres als einen verlorenen Krieg!“

Nun sind bekanntlich nach dem Versailler „Frieden“ deutsche Bücher in der Entente Freiwild. Sie können ohne weiteres übersetzt und nachgedruckt werden. Sachlich ist also diese „nach englischen Meldungen“ in die Welt gesetzte Ente nur wert, daß man ihr den Hals abdreht. Aber davon abgesehen, so darf eine Partei, deren Presse derartig unanständiger Notizen fähig ist, sich nicht wundern, daß der Schlußsatz: Es gibt doch nichts Rentableres als einen verlorenen Krieg! *auf sie selber angewandt* wird. Man mag politisch zu Ludendorff stehen wie man will, aber es ist für die moralische wie intellektuelle Beschaffenheit einer Partei ein schlechtes Zeichen, wenn sie, lediglich um den Instinkten der Massen zu schmeicheln und um sich an der „unabhängigen“ Konkurrenz nicht an „Radikalismus“ übertreffen zu lassen, zu derartigen Nichtswürdigkeiten greift.

Diese Furcht vor der Kritik und der Demagogie der Unabhängigen ist der beste Beweis für die politische Ratlosigkeit der Partei und ihrer Presse. Die Anschauungswelt der Unabhängigen ragt wie eine Fossilie aus den Zeiten des Vorauguſt hinein in unsere Tage. In ihr haben sich die charakteristischen Kennzeichen der alten Sozialdemokratie am getreulichsten konserviert, sintemal die Unabhängigen niemals aus ihren Konventikeln in die frische Luft des öffentlichen Lebens sich herausgewagt haben. Die Mehrheitssozialdemokratie ist freilich dazu gründlich gezwungen worden, und die Folge davon ist der starke Verwitterungsprozeß, dessen Merkmale ihre Ideologie bereits aufweist. Allein gerade weil sie diese Umwandlung selber kaum spürt, und unter den bekannten Deklamationen: wir bleiben, was wir sind und wir sind, was wir waren! ableugnet, jedenfalls aber zu dem

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Neubau einer theoretischen Anschauung noch nicht gekommen ist, steht sie mit so rührender Hilflosigkeit den gesinnungstüchtigen und „ziebewußten" Bravaden der Unabhängigen gegenüber, aus denen ein so starkes Echo aus der alten, trauten Gedankenwelt hervorklingt.

Eine neue Ideologie wird die deutsche Sozialdemokratie freilich erhalten, aber sie kann nur das Ergebnis der weiteren Zersetzung ihres alten Gedankenbildes, sowie der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsformen des Abendlandes sein. Des Abendlandes! Denn es versteht sich, daß diese geistige Umwälzung an internationale Bedingungen geknüpft ist. Noch stehen die Pfeiler des alten Regimes in den Ententeländern, wenn auch schon stark unterwaschen, aufrecht. Der Auflösungsprozeß dürfte aber auch dort bald ein schnelleres Tempo einschlagen. Die kommenden Jahre werden schwere soziale Unruhen in den Herrenländern des alten Kapitalismus heraufführen und damit die Vereinheitlichung der sozialen Bedingungen in allen diesen Ländern vergrößern. In diesen Kämpfen wird eine neue Ideologie des Sozialismus heranreifen, die den veränderten Bedingungen der neuen Klassen oder Gesellschaftsschichten entsprechen wird, die sich dann entwickelt haben mögen. Ob die strenge Absonderung des Proletariats von den übrigen Klassen der Gesellschaft, wie sie für die Zeiten des Voraugust so kennzeichnend war, dann noch bestehen wird, erscheint zweifelhaft. Diese Absonderung ist ja jetzt schon in der Auflösung begriffen. Man begreift aber, eine wie tiefgreifende Wirkung eine derartige soziologische Veränderung auf die sozialistische Gedankenwelt ausüben muß.

So stehen wir mitten im Uebergang. Unsere Aufgabe ist es, der neuen geistigen Welt die Wege zu bereiten und die Revolution, die sich in den Dingen vollzieht, allmählich auch in den Köpfen zum Bewußtsein zu bringen. Denn hier steht noch das meiste auf dem alten Fleck und just die lautesten Komödianten der Revolution sind die lächerlichsten Marionetten der Vergangenheit.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

R. KUNZE (Tokio):

Sozialdemokratie und auswärtige Politik.[1]

WORAN ist das Reich Kaiser Wilhelm II. zusammengebrochen? An seiner fehlerhaften auswärtigen Politik. Und woran wird die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie auf ihren bisherigen Wegen nicht einlenkt, aller Voraussicht nach mit ihren berechtigtsten Bestrebungen scheitern? An ihrem Verhältnis zur auswärtigen Politik.

Der Fehler der auswärtigen Politik aller Nachfolger Bismarcks besteht darin, daß sie nicht klar zwischen den Begriffen Politik und Wirtschaft zu unterscheiden wußten. Sie erkannten nicht, daß auswärtige Politik und Außenwirtschaft zwei völlig getrennte Gebiete darstellen, deren Auseinanderhaltung für die Leitung jedes Staatswesens eine gebieterische Notwendigkeit ist. Aber sie und ihre untergeordneten Organe haben es niemals verstanden, sich von den Wünschen des Großkapitals und der Großindustrie unabhängig zu halten, und haben deshalb auf den verschiedensten Gebieten die politischen Interessen des Reiches den wirtschaftlichen Interessen Einzelner zum Opfer gebracht. Damit aber haben sie immer wieder den schwersten Fehler begangen, den ein Staatsmann überhaupt begehen kann. Denn es müssen zwar immer und immer wieder wirtschaftliche Interessen den politischen Zwecken zum Opfer gebracht werden; niemals aber und unter keinen Umständen dürfen wichtigere politische Ziele noch so großen Interessen wirtschaftlicher Natur hintangestellt und zum Opfer gebracht werden. Die politischen Interessen bilden die Grundlage, auf der das gesamte Staatswesen aufgebaut ist. Sie müssen, wenn irgendetwas, dem Staatslenker heilig sein, weil auf ihnen das Heil des ganzen Volkes und aller seiner einzelnen Angehörigen beruht.

Politik und Wirtschaft verhalten sich zueinander wie die Wurzeln und Aeste eines Baumes. Die Wurzel, die mit allen

[1] Dieser Aufsatz eines Auslandsdeutschen, der über 20 Jahre im fernen Osten gelebt hat, betrachtet die Fragen der Auslandspolitik von einem ganz anderen Gesichtspunkt, als wir Sozialdemokraten zu tun gewohnt sind. Um so mehr kann er zum Nachdenken anregen.
Red. der „Glocke."

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ihren Verästelungen und Fasern unter der Erde nicht viel weniger Umfang und Ausdehnung hat, als der Stamm mit seinen Aesten und Zweigen über der Erde, nährt und trägt den ganzen Baum. Durch sie wird er an der Stelle der Erdkugel verankert, an der ihn das Schicksal nun einmal für die Dauer seines Lebens befestigt hat. Die Wurzel gräbt sich tief in den Erdboden ein, sie klammert sich fest an Felsen an oder windet sich schlangenhaft um sie herum oder sprengt sie, wo es nottut, mitten durch. Und sie schickt ihre Ausläufer bis zu den kleinsten Fäserchen durch alle benachbarten Erdschichten hindurch, aus denen Feuchtigkeit und Nährstoffe aufzusaugen sind; namentlich auch an solche Stellen, zu denen die Nachbarstämme ihre Ausläufer und Wurzelfasern vorschicken, und wo sich alsbald ein erbitterter Wettkampf um die Feuchtigkeit und die Nährstoffe entspinnt. Die Aeste und Zweige dagegen tragen die Blätter, die den Sonnenschein einatmen, sowie die Blüten, die Organe der Fortpflanzung, und die Früchte, die Nachkommen, in denen der Baum für die Ewigkeit fortlebt. Die Blätter haben also einen kleinen Anteil an der Ernährung des Baumes, die aber in erster Linie den Wurzeln unter der Erde obliegt. Darüber hinaus haben die Wurzeln für sich allein die wichtige Aufgabe des Tragens und Verankerns im Erdboden zu erfüllen. Ist die Wurzel nicht hinreichend im Erdboden befestigt, dann muß der Baum aus Mangel an Nahrung verdorren oder beim ersten stärkeren Sturm zusammenbrechen. Wenn das Gezweige des Baumes allzu üppig wuchert oder überreichlich Früchte trägt, dann kann die Wurzel den Baum nicht mehr genügend ernähren, und er muß absterben in aller seiner Fülle. Darum muß der Gärtner sorgsam die Aeste und Zweige beschneiden, damit sie nicht das Uebergewicht über die Wurzel erlangen. Und er würde Raubbau schlimmster Art treiben, wenn er gierig nur immer mehr Blätter, Blüten und Früchte zu ziehen strebte, die offen im Sonnenschein prangen, und darüber verabsäumte, die tragenden und nährenden Wurzeln zu pflegen, die im Dunkel der Erde verborgen sind.

Genau das Gleiche wie vom Baum aber gilt von den Völkern der Erde. Anders als der einzelne Mensch und das Tier, die sich frei von der Stelle bewegen können, ist das Volk gleich dem Baum an einer bestimmten Stelle der Erdkugel festgewachsen, solange sein Dasein währt.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Auch das Volk hat Wurzeln, die es nähren und an seiner Bodenfläche fest verankern: seine politischen oder Machtbeziehungen. Und das Volk hat auch wie der Baum seine Aeste und Zweige, an denen die Blätter, mit denen es atmet, und die Blüten und Früchte, in denen es sich fortpflanzt, hängen: nämlich seine Wirtschaftsbeziehungen. Erlangen die Wirtschaftsverhältnisse eines Volkes das Uebergewicht über seine politische Sicherung durch Machtmittel, dann verwahrlost das Volk im Innern und darbt bei aller scheinbar so üppigen Fülle. Werden in solchem Fall die wirtschaftlichen Interessen nicht so weit beschnitten, daß die Machtbeziehungen sie tragen und das Volk gesund ernähren können, oder werden dann die politischen Beziehungen nicht sorglich verbessert, dann kann sich das Volk an der „angestammten" Stelle der Erde nicht erhalten: entweder wird es verdrängt und muß als Volk verkommen, oder die Bodenfläche wird ihm verkleinert, oder es muß mitsamt seiner Bodenfläche in einem anderen Volk aufgehen. Das ist so der Lauf der Welt gewesen, solange es eine Menschheitsgeschichte gegeben hat.

In der Verkennung dieser einfachen Grundtatsachen beruht die Ursache für den furchtbaren Zusammenbruch des Reiches Kaiser Wilhelm II. Selbst, wenn der Weltkrieg mit einem glänzenden Siege geendet hätte, würde diese Ursache, wenn sie fortbestehen blieb, früher oder später zu ähnlichen Zuständen geführt haben, wie sie uns heute in die entsetzten Augen starren. Die sogenannte Weltpolitik der Nachfolger Bismarcks war in Wirklichkeit nichts anderes, als eine einseitige Pflege vermeintlicher weltwirtschaftlicher Interessen des deutschen Volkes, über denen die politische Sicherung, das heißt die Pflege der Machtbeziehungen, verabsäumt wurde. An und für sich war in dem Jahrzehnt vor 1914 die politische Stellung der europäischen Mächte zueinander durchaus keine ungewöhnliche, und wofern nur der obige Grundfehler der deutschen Politik klar erkannt und vermieden worden wäre, bestand gar kein Anlaß zu Gefahr und Sorge für das Deutsche Reich. Sehr viel gefährlicher als im Frühjahr 1914 war die außenpolitische Lage zum Beispiel im Frühjahr 1870 für Preußen und seine deutschen Verbündeten. Wäre damals an Bismarcks Stelle ein Bethmann Hollweg Kanzler des Norddeutschen Bundes gewesen, so hätten wir damals unfehlbar eine Koalition von

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Oesterreich-Ungarn, Italien und Frankreich gegen die deutschen Staaten erlebt, der Bethmanns grundsätzliche Russenfeindschaft vermutlich auch noch das Zarenreich angegliedert haben würde. Aber Bismarcks staatsmännische Kunst verstand es, durch seine politischen Beziehungen zu Rußland Oesterreich-Ungarn in Schach zu halten, obwohl dieses erst vier Jahre vorher besiegt worden war und sein Reichskanzler, Graf Beust, ein erbitterter Feind Preußens, sich tief in Bündnisverhandlungen mit Frankreich eingelassen hatte; und durch seine politischen Beziehungen zu Spanien hatte Bismarck es verstanden, mit Hilfe der römischen Frage Italien einem Bündnis mit Frankreich fernzuhalten, obwohl Viktor Emanuel ein begeisterter Anhänger Napoleons III. war, dem er so gut wie alles verdankte. Solche politischen Beziehungen des Deutschen Reiches sind unter den Nachfolgern Bismarcks, dank ihrer Ueberschätzung der wirtschaftlichen Interessen, nie mehr gepflegt worden. Es sei zugegeben, daß das Deutsche Reich zweifellos starke wirtschaftliche Interessen in Marokko, in China, in der Türkei und in der Rohstoffversorgung aus seinen Kolonien und aus dem Ausland hatte. Aber diese wirtschaftlichen Interessen gaben der Reichsregierung niemals ein Recht, um ihretwillen die unendlich wichtigeren politischen Beziehungen zu Frankreich, zu Japan, zu Rußland und zu England mutwillig zu zerstören. Das aber hatten die Nachfolger Bismarcks getan. Während Bismarck die Besetzung von Tunis durch Frankreich begünstigte, weil „Erfolge Frankreichs auf diesem und ähnlichen Gebieten für das Deutsche Reich in dem Maße ein Vorteil sind, als sie dazu beitragen, Frankreich zufrieden zu machen; die Aufrechterhaltung des Friedens aber wird nie besser gewährleistet werden als durch Befriedigung derjenigen, welche unsere Gegner waren aus Gründen, die der Vergangenheit angehören", haben sich seine Nachfolger der französischen Durchdringung Marokkos mit aller Kraft widersetzt und damit den englischen Plan gelingen lassen, an dem Feilschen über Marokko die ganze Revancheleidenschaft des französischen Volkes neu wieder aufzupeitschen. Um der wirtschaftlichen Beziehungen zu China willen haben ferner Bismarcks Nachfolger Japan fortgesetzt schwer geschädigt oder gekränkt, so im Frieden von Schimonosseki, durch die Besetzung von Tsingtau, bei der Durchführung des Jangtsevertrags von 1901, beim Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

von 1902 und schließlich im russisch-japanischen Krieg von 1904 bis 1905, und sie haben jedenfalls diesen uns von der Natur bestimmten Bundesgenossen, der durch sein bloßes Dasein schon dazu beitrug, den russischen Druck auf unsere Ostgrenze und den Druck der englischen Seemacht auf unsere Nordseeküste abzuschwächen, in keiner Weise zu stärken oder an uns heranzuziehen versucht. Ebenso hat sich das Deutsche Reich, einzig und allein um seiner wirtschaftlichen Interessen in der Türkei willen, ausgesprochen als Beschützer und Schirmherr vor das Türkische Reich gestellt und dadurch die ganze Wucht des allslavischen Ansturms gegen die deutsche Grenze gelenkt, anstatt, wie es Bismarck bis 1890 tat, den Schutz der Türkei den in erster Linie beteiligten Westmächten England und Frankreich neben Oesterreich-Ungarn zu überlassen. Und um unserer wirtschaftlichen Seeinteressen willen, die für sich allein schon mit der Zeit eine Gefahr für den englischen Außenhandel bildeten, bauten wir unsere Kriegsflotte, die nach den Aussprüchen glaubwürdiger Fachmänner 1914 schlagfertig genug war, die englische Flotte zu vernichten, also gleichfalls eine ernstliche Gefahr für England bedeutete. Und neben der Belastung mit diesen hochgefährlichen Wirtschaftsinteressen fehlte jegliche politische Sicherung, abgesehen von den höchst zweifelhaften „Macht"beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Italien, der Türkei, China und allenfalls noch Mexiko. Unter allen Umständen hätten durch starkes Beschneiden der allzu üppig wuchernden Wirtschaftsinteressen oder durch gründliche Verbesserung der politischen Beziehungen ein oder besser zwei Mächte aus der feindlichen Koalition herausgenommen werden müssen. Da nichts dergleichen geschah, darf sich niemand darüber wundern, daß der nicht fest genug im Erdboden verwurzelte deutsche Baum im Sturm des Weltkriegs zusammenbrach. Selbst wenn der Weltkrieg mit einem glänzenden Siege geendet hätte, war und blieb eine Politik, die deutschen Soldaten zu scherzen erlaubte: „Hier werden Kriegserklärungen angenommen!", ein furchtbarer Frevel am deutschen Volk.

Der Urteilsspruch des Weltkrieges hat wieder einmal entschieden, daß kein Volk ungestraft vermeintlichen Wirtschaftsinteressen seine politischen Interessen opfern darf. Zugleich predigt er dem deutschen Volk aufs eindringlichste die ernste Lehre, wohin es geführt hat, daß Bismarcks Nachfolger

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mutwillig ohne ersichtlichen Grund von dem bewährten Friedenssystem des großen Meisters abgegangen sind. Denn Bismarcks gesamte auswärtige Politik als Kanzler des Deutschen Reiches verfolgte bekanntlich den einzigen Zweck, den Weltfrieden zu bewahren und das Unglück eines Krieges, zumal eines Weltkrieges, von seinem Volke fernzuhalten. Seinem System ist es zu verdanken, daß nicht nur die zwei Jahrzehnte hindurch, die er an der Spitze des Deutschen Reiches stand, der Friede dauernd erhalten geblieben ist; auch nach seinem Rücktritt erwies sich sein Werk, trotzdem seine Nachfolger Stein auf Stein davon abtrugen, als dauerhaft und haltbar genug, noch zwei weitere Jahrzehnte lang den Weltfrieden zu sichern. Die Grundlagen und Pfeiler, auf denen sein System aufgebaut war, hat Bismarck selbst, soweit er von seinem weltweit dem Ausland sichtbaren Standpunkt aus das durfte, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit und Klarheit seinem Volk in seinen hinterlassenen Schriften dargestellt, einer wundervollen politischen Bibel, wie sie kein anderes Volk besitzt. Obwohl aber jede Zeile seiner hinterlassenen Schriften überzeugend dartut, daß die Erhaltung des Weltfriedens das A und O seiner Staatskunst gewesen ist, wird er und sein Werk gerade von der deutschen Sozialdemokratie aufs bitterste bekämpft, die sich die Erlangung des ewigen Friedens zum außenpolitischen Ziel gesetzt hat. Das ist seltsam, denn hinsichtlich der Ziele besteht zwischen der Bismarckschen und der sozialdemokratischen Außenpolitik überhaupt kein erkennbarer Unterschied. Beide sind Ausstrahlungen desselben deutschen Geistes, der als Endziel aller Politik immer nur die Erhaltung des Friedens will. Nur in den Mitteln weicht die auswärtige Politik Bismarcks von der der Sozialdemokratie ab. Während sich Bismarck von den Erfahrungen der Geschichte leiten läßt und den Weltfrieden auf dem in der geschichtlichen Erfahrung allein begründeten Weg der Sicherung durch machtpolitische Beziehungen zu erhalten versucht, hat die Sozialdemokratie bisher noch keinen sicheren Weg anzugeben vermocht, auf dem sie den von ihr wie von jedem denkenden Deutschen angestrebten ewigen Frieden zu verwirklichen denkt. Sie spricht zwar von einer Umwandlung des inneren Sinnes der Menschen und Völker, die mit der Zeit von selbst zu einer Menschheitsverbrüderung führen muß; aber sie wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die Gegenwart von einer solchen Menschheitsverbrüderung noch weltenweit entfernt ist, und daß erst eine jahrzehnte-, wo nicht jahrhundertelange geistige Arbeit vorhergegangen sein muß, ehe diese Umwandlung des inneren Sinnes die Verbrüderung aller Menschen und Völker herbeiführen kann.

Wie denkt sich nun die Sozialdemokratie die auswärtige Politik des Deutschen Reiches bis zu dem Tage, an dem die Welt für den ewigen Frieden reif geworden ist? Will sie bis dahin auf jede deutsche auswärtige Politik verzichten? Dann würde sie den Jammer verewigen, den wir seit dem Anfang der Waffenstillstandszeit durchmachen, und das deutsche Volk zum willen- und rechtlosen Sklaven, ja zum Haustier, der Nachbarvölker erniedrigen. Denn deren Verhalten gegenüber dem Waffenstillstand und dem Versailler Frieden wie gegenüber dem Weltsympathiestreik vom 21. Juli beweist, daß sie von keiner Verbrüderung mit uns wissen wollen und durchaus gewillt sind, uns bis aufs Blut auszupressen und auszusaugen, solange wir ihrer Macht keine Macht unsererseits entgegenzusetzen haben. Wenn aber die deutsche Sozialdemokratie das will, dann kann sie schon heute gewiß sein, daß ihr Werk notwendig scheitern muß. Denn ein Verzicht auf jede auswärtige Politik hält für immer die nationalgesinnten Kreise von ihr fern und macht es ihr dauernd unmöglich, zur deutschen Mehrheitspartei zu werden. Hat sie aber nicht die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, so bleibt sie dauernd auf den Bund mit ihren Todfeinden, dem römischen Zentrum und dem internationalen Großkapital, angewiesen. Mit diesen kann sie ja wie bisher weiter Kompromisse schließen; deren Ergebnis wird aber in der Zukunft noch weniger erfreulich sein, als in der Vergangenheit und immer mehr enttäuschte Anhänger aus ihren Reihen vertreiben.

Will sie sich aber durch solche Erfahrungen belehren lassen und anfangen, deutsche auswärtige Politik zu treiben, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als daß sie auf das bewährte Bismarcksche System zurückgreift, das heißt den Weltfrieden mit Hilfe machtpolitischer Beziehungen zu verwirklichen sucht. Dann muß sie zu einer nationalen Partei werden, wie die englische und die französische Sozialdemokratie nationale Parteien sind, und muß anfangen, deutsch

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zu denken und zu fühlen, die Freude an allem Schönen und Großen der deutschen Geschichte in die Herzen ihrer heranwachsenden Jugend senken und das Deutsche Reich wieder stark machen, damit es der machtpolitische Träger des Gedankens vom ewigen Frieden wird.

PAUL GÖHRE:

Erinnerungen an Friedrich Naumann.

WO immer Naumann erschien, fiel er sofort auf. Wahrlich nicht nur durch seine mächtige Gestalt. Er gehörte zu den Menschen, von denen, noch bevor er den Mund auftat, eine starke geistige Kraft ausging. Das war schon von Jugend her so.

Ich kannte ihn, der nur drei Jahre älter war als ich, von meinem vierzehnten Lebensjahre an. Wir waren beide Schüler der Fürstenschule in Meißen. Er Primaner, ich Tertianer. Er hob sich hoch ab von allen seinen Klassengenossen. Er war schon damals von lebhaftestem, fast unrastigem Temperament, ein anregender, wenn auch nicht bequemer, weil oft sarkastischer Kamerad für seine Klassen- und Stubengenossen. Er führte den bezeichnenden Spitznamen Bilderstürmer. Ich stand damals noch in keiner engen Beziehung mit ihm; das verhinderte schon der große Klassenunterschied. Aber eine Sache ist mir noch in lebhaftester Erinnerung. Das war am Tage, wo die Nachricht vom Attentat Hödels auf den alten Kaiser Wilhelm auf die Schule, die ein Internat war, drang. Die ganze Schule war in Aufregung und Wut, denn unsere ganze Erziehung stand unter dem Zeichen des großen politischen Aufschwungs von 1870/71 her. Der erregteste von allen war Naumann. Er diskutierte ungestüm mit einigen Arbeitern, die irgendwie auf der Schule beschäftigt und offenbar (es ist mir das erst später klar geworden) irgendwieweit schon sozialistisch gerichtet waren. Zwischen ihm und ihnen kam es damals fast zu Handgreiflichkeiten. Ich glaube, an diesem Tage hat Naumann seine erste wirklich politische Rede gehalten.

Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind wir dann einander näher gekommen. Ich war Student der Theologie in Leipzig, schon in späteren Semestern. Wir hatten

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

einen Verein gegründet, in dem wir uns mit sozialen Fragen vom religiösen Standpunkt aus beschäftigten — ein kleiner Vorläufer des späteren Evangelisch-sozialen Kongresses. Naumann, längst Kandidat der Theologie, kam aus Hamburg zurück, wo er zwei Jahre als Aushelfer im Rauhen Hause unter Wichern tätig gewesen. Dieser Wichern, der heutigen Generation ein fast Unbekannter, hat auf Naumann den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt. Auch er ist ein weit überdurchschnittlicher Mensch gewesen. Eine Feuerseele wie Naumann, mit einem Herzen voll ehrlich erbarmender Liebe zu allen Aermsten der Armen und zugleich von starkem Willen zum Handeln, aber ohne irgendwelche größere ökonomische und sozialpolitische Schulung, die ja damals selbst unter den geistig Höchststehenden noch eine Rarität war — wurde er der Schöpfer der Inneren Mission in Deutschland. Sie ist heute stark in den Hintergrund getreten, damals war sie eine Leistung von gewaltiger Kraft, die erste Form organisierter öffentlicher Beschäftigung der „Gebildeten“ und „Besitzenden“ mit den Nöten der Armen, der Arbeiter, der „Proletarier“. Namentlich Kinder, Kranke, Gefallene, Verwahrloste und Arbeitslose waren das Objekt seines Wirkens. Er stampfte für sie immer neue Anstalten aus dem Boden. Die bedeutendste war das Rauhe Haus, das noch jetzt als Erziehungsanstalt existiert. Dort wohnte auch Wichern, und unter seinen Augen, in engster Fühlung mit ihm, hat Naumann zwei Jahre gewirkt. Als er zurückkam, war der ganze spätere Naumann in nuce fertig. Zu dem glühend nationalen Grundzug, den die Fürstenschule in ihm entwickelte, zu dem religiösen Erfülltsein, das die Universität in ihm wissenschaftlich vertieft, war der Wille zum sozialen Handeln getreten. In unserem Leipziger Verein war er bald ein Mittelpunkt unseres engsten Kreises. Merkwürdig für ihn und uns war nur das eine: wir haben uns damals noch kaum je mit der Sozialdemokratie beschäftigt. Sie lag uns noch weltweit fern; kaum daß wir die einfachsten und oberflächlichsten Begriffe von ihr hatten. Der einzelne Arbeiter, nicht die Arbeiterschaft, stand damals ganz allein im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns; ihm, namentlich geistig und religiös, zu helfen war unser einziges Bestreben. Als Naumann nach einem Semester von Leipzig wegging, um in Langenberg bei Hohenstein-Ernstthal Pfarrer einer armen erzgebirgischen Heimarbeitergemeinde zu werden, war der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Grund zu unserer ganzen weiteren gemeinsamen Arbeit gelegt.

Ich habe ihn dann öfter in seinem neuen Wirkungsorte aufgesucht, und der Eindruck war immer wieder: anders, ganz anders als die anderen! Das Pfarrhaus dieses Junggesellen hatte mehr einen römisch-katholischen als protestantischen Anstrich. Es war von asketischer Einfachheit. Wie überhaupt Naumanns Lebensführung bis zu seinem Ende den Charakter schlichtester Einfachheit gehabt hat. Auf Gelderwerb hat er nie irgendwelche Mühe verwendet. Er war mit dem wenigsten zufrieden. Das ist um so verwunderlicher gewesen, als er ein Mann feinster ästhetischer Durchbildung war. Sein Kunstgefühl war schon in jungen Jahren auf das stärkste entwickelt. Wie er ein Meister des Worts war, war er auch ein Meister des Stifts. Und er hatte, wie in der Rede und in der Schrift, so auch als Zeichner einen ganz ausgesprochenen eigenartigen Zug: die Wirklichkeit war es, von der er immer ausging, die er auch zeichnend zu erfassen versuchte. Einmal saß ich vor seinem netten, kleinen, lauschigen Pfarrhaus in Langenberg, um es in meinem Skizzenbuch mir zur Erinnerung zu verewigen. Inzwischen hatte er mich sitzen sehen und im Hause selbst es aus der Erinnerung gezeichnet, und als wir die beiden Zeichnungen verglichen, war ich aufs äußerste überrascht von der Klarheit und Sicherheit, mit der er alles Charakteristische des Hauses mit wenig Strichen in seiner Federzeichnung festgehalten hatte. So leicht er durch den Bilder- und Gedankenreichtum seiner Sprache den Eindruck eines Romantikers machte, so fest war er im Grunde Realist, und wollte es, ganz bewußt, sein. Dieser Zug hat den Theologen und Jünger der Inneren Mission dann auch rasch tief in alle Sozialwissenschaft hineingeführt, deren Beherrscher er schließlich gewesen ist. Der Aufenthalt in Langenberg war die erste Station auf diesem Wege: mit fast selbstvergessener Hingabe bohrte er sich in das Leben seiner armen Gemeindeglieder hinein, suchte es zu verstehen, es mit zu erleben und mitlebend es ihnen zu erleichtern. Er griff dabei zu Mitteln, die den damaligen Theologen noch ganz fern lagen; und alle Mittel waren der Lebensart und Psyche seiner Leute angepaßt. Bekannt ist die Naturfreudigkeit der einfachen Menschen jener Gegend. Die Natur war das einzige, was sich ihnen unentgeltlich zum Genusse bot. Den Sonntag brachten sie daher alle, die es konnten, „draußen", „im

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Freien“ zu. So ging Naumann mit ihnen ins Freie, und wurde der Schöpfer der Volksfeste, die dann lange Zeit weithin in Schwung kamen. Sein Ruf reichte bald schon weit durchs Land. Auch in der Chemnitzer sozialdemokratischen Arbeiterschaft erzählte man sich schon gelegentlich von ihm. Und eines Sonntags im Sommer 1890 sind wir einmal (ich war damals in einer Kappeler Fabrik Fabrikarbeiter) frühmorgens von dort aufgebrochen, um zu einem solchen Naumannschen Waldfest zu gehen. Aber wir kamen nicht bis dahin. Irgendwo blieben wir in einer anderen, wohl heimlichen sozialdemokratischen Versammlung (es bestand damals noch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie) hängen.

Im Jahre 1892 trafen wir dann im Evangelisch-sozialen Kongreß zu neuer gemeinsamer Arbeit zusammen. Naumann war inzwischen als Geistlicher für Innere Mission nach Frankfurt am Main berufen; ich war der Generalsekretär des ein Jahr zuvor entstandenen Evangelisch-sozialen Kongresses geworden. Auch dieser Kongreß lebt heute noch; aber auch er ist, namentlich seit dem Kriege, stark in den Hintergrund getreten. Ob er noch einmal wieder mehr hervortreten wird, ist noch zweifelhaft. Damals aber hat er seine große Bedeutung für die Ausbreitung und Entwicklung des sozialen Gedankens unter den „Gebildeten“ Deutschlands gehabt. Seine Träger waren die Führer aller kirchlich-protestantischen Richtungen von Stöcker bis Harnack. Rasch trat damals der junge Naumann als Ebenbürtiger neben sie. Charakteristisch war sein erstes Auftreten auf einem dieser Kongresse als Redner über Christentum und Familie. Er begann seinen Vortrag vor seinen meist theologischen Zuhörern mit der Erklärung, daß der erste Zweck der Ehe die Kindererzeugung sei — ein für uns Heutigen ganz selbstverständlicher Gedanke, der aber damals und vor diesem Kreise wie eine Bombe einschlug. Bald war Naumann der Mittelpunkt aller Jungen auf diesem Kongreß, die inzwischen befruchtet von der Sozialdemokratie, ein ganz neues, eben das soziale Element, rücksichtslos in den Vordergrund aller Erörterungen drängten und schon eine starke Annäherung an die Sozialdemokratie an den Tag legten. Und aus diesem Kreise wuchs dann rasch das heraus, was Naumanns Namen über ganz Deutschland bekannt machte: die nationalsoziale Bewegung. Ihr Führer war Naumann, ihr Theoretiker und auch — ihr Totengräber. Nau-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mann hatte sich damals, gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts, auf die Höhe seiner ganzen Kraft emporgeschwungen. Er war ein souveräner Redner geworden, in Volksversammlungen sowohl wie vor wissenschaftlichen Kreisen. Er war von jeher ein rastloser geistiger Arbeiter gewesen, dem keine Sache der Welt uninteressant blieb. Er versuchte alles in sich zu einem Ganzen zu verarbeiten, es seinen Zwecken dienstbar zu machen. Dabei verfügte er über ein geradezu phänomenales Gedächtnis. Und alles, was dieser rastlose Denker nun schon besaß, bot er damals seinen Zuhörern in einer Form, die alle aufs äußerste fesselte. Man hat gesagt, daß Naumann mehr Künstler als alles andere war. Das stimmt und stimmt nicht. Er war gewiß einer der wenigen Politiker unserer Zeit, die die Politik, die er trieb, mit künstlerischer Gestaltungskraft zum Ausdruck brachte. Für ihn selbst aber war dieses künstlerische Gestalten politischer Gedanken immer nur Mittel zum Zweck; und Zweck waren allein diese politischen Gedanken selbst, die Beeinflussung der Zeitgenossen, die politische Tat erzeugt durch das politische Wort. Sein höchster Ehrgeiz war — ich weiß es aus manchem intimsten Gespräch — die Schaffung einer neuen, starken, das deutsche Volk zu vergeistigter Kraft und Macht, zu Glück und Glanz emporreißenden Partei. Für dieses Ziel war er, im Rahmen unserer damaligen jungen nationalsozialen Gruppe, der der ganze politische Himmel voller Zukunftsgeigen hing, in rastloser Arbeit tätig. Seine Gesundheit war schon damals äußerst gefährdet. Sein Arzt gab ihm schon damals nur noch eine Lebenszeit von vier bis fünf Jahren. Er kehrte sich nicht an dessen Warnungen. Um so hingerissener und hinreißender arbeitete er. Er allein verstand es auch, immer und immer wieder das nötige Geld für die Bewegung herbeizuschaffen. Gerade das fehlte ihr immer wieder. Sie stützte sich ja — leider — nicht auf eine besondere Klasse oder soziale Schicht. Sie hatte vielmehr zur Gefolgschaft die Enthusiastischsten aus allen Schichten, mit Ausnahme der Arbeiterschaft. Sie hatte gegen sich alle alten Parteien, die sie entweder gering schätzten oder als künftige Gegner bekämpften. Von keiner Seite kam Hilfe, als nur von einzelnen Wohlmeinenden. Was mir niemals möglich war, gelang Naumann immer wieder: von solchen Einzelnen oft große Summen flüssig zu machen. Aber es waren doch schwere Sorgenzeiten, die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

uns heimsuchten. Und oft saßen wir grübelnd zusammen, um zu überlegen, wovon die Bewegung morgen leben würde. Am freundlichsten standen wir zur Sozialdemokratie, und diese zu uns. Die Kämpfe, die wir mit ihr damals ausfochten, waren herrlich, standen auf einem ganz hohen Niveau. Wir waren wohl die erste politische Gruppe in Deutschland, die die Sozialdemokratie nicht mehr als minderwertige Partei, sondern als gleichberechtigte ansahen und brüderlich ihr entgegenkamen. Diese erkannte unsere Ehrlichkeit an, und so ergab sich eine ganz neue Atmosphäre der gegenseitigen Auseinandersetzung. Andererseits trug diese Tatsache uns doppelt und dreifach den Haß, namentlich des Industriekapitals, aber auch des Junkertums ein; der bekannte Freiherr von Stumm aus dem Saarland machte es sich schließlich geradezu zu einer Lebensaufgabe, uns Nationalsoziale politisch und sozial unmöglich und lebensunfähig zu machen. Das erhöhte nur unsere und vor allem Naumanns Sorgen. Um so rastloser suchte er Anhänger zu gewinnen, und er nahm sie, woher sie kamen. Naumann ist nie in seinem Leben ein guter Menschenkenner gewesen; dazu war er, von seiner theologischen Vergangenheit her, viel zu sehr Optimist und viel zu sehr sachlicher Mensch. Er lebte ganz in der Sache, die er verfocht, und erwartete das Gleiche von jedem, der sich hinter oder neben ihn stellte. Er ließ ihn selbstverständlich gewähren und vertraute der immanenten Konsequenz der Dinge. So sammelte sich, von ihm hingerissen, um ihn die allerheterogenste Gesellschaft. Sie unter einen politischen Hut zu bringen, zu einer politischen Gesinnungsgemeinschaft zusammenzuschweißen, stellte sich immer mehr als unmögliche Leistung heraus, besonders, da eigentliche organisierte Massen mit eigenem Klasseninteresse nicht zuwuchsen. Und als daher der letzte Schritt zu einer eigenen politischen Partei getan wurde, war das notwendig auch ihr Anfang vom Ende. Die Gruppe brach rasch in ihre Urbestandteile auseinander. Trotzdem blieb zwischen den Intimen bis in diese Tage das alte, enge, persönliche Band. Und wieder war es Naumann, der dafür sorgte, daß es geknüpft blieb. Mindestens einmal im Jahr *mußte* dieser Kreis behaglich mit ihm zusammenkommen.

Naumann ist dann, vor etwa 15 Jahren über die Gruppe Barth zur demokratischen Partei gegangen. Erst nach langem inneren Kampf und Ueberlegen. Oefter war er damals bei

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mir in Zehlendorf, um mit mir immer wieder die Frage zu erörtern, ob er auch Sozialdemokrat werden solle oder nicht. Ich habe ihm abgeraten, mit gutem Gewissen, aus vielen Gründen. Er war ein bis in seine Gefühlstiefen hinein festverankerter Monarchist. Jahre zuvor, noch in der nationalsozialen Zeit, hatten wir einmal ein Gespräch miteinander über den Kaiser. Ich erklärte, daß, wenn der Kaiser sich dem Aufstieg der Arbeiterklasse dauernd widersetzen würde, die Politik gegen ihn und über seinen Kopf hinweg gemacht werden müßte; Naumann erwiderte darauf, daß er lieber auf alle Politik verzichten würde, als je gegen den Kaiser Politik zu machen. Er hätte sich auch aus vielen anderen Gründen nicht in den rein proletarischen Rahmen der Partei hineingefunden. Er brauchte ungehemmte Bewegungsmöglichkeit, die Freiheit, eigene Wege zu gehen. Ich riet ihm daher, außerhalb der Sozialdemokratie der mühsam aufsteigenden Arbeiterklasse nie zu vergessen. Ihr in seiner Art bei ihren Gegnern Verständnis und Bahn zu brechen, Geist von ihrem Geist diesen einzuflößen. Damit bliebe er sich selbst und seinem bisherigen Lebenswerk getreu. Er stimmte schließlich zu, daß das für ihn das Richtige sei, und hat treulich in diesem Geiste gearbeitet. Die bürgerliche Demokratie von heute hat, dank vor allem seinem Wirken, ein gänzlich anderes Gesicht als noch vor zwanzig Jahren. Die enge Nachbarschaft, in der sie zur Sozialdemokratie steht, ist mit ein Werk Naumanns, und nicht ohne Naumanns Wirken war es möglich, daß der 9. November 1918 beim Bürgertum von heute die Aufnahme fand, die wir alle erlebt haben.

Der Weg, den Naumann nach dem Zusammenbruch der nationalsozialen Bewegung gegangen ist, war der der Entwicklung von einer deutschen zu einer europäischen Persönlichkeit. Das gilt nicht bloß im politischen und sozialen, sondern auch im direkt physischen Sinn. Der Mann war schließlich selten mehr daheim, oft, sehr oft auf Reisen. In ganz Europa und allen seinen Winkeln war er zu Hause. Mit allen tüchtigen Geistern hatte er Fühlung, von allen empfing er neue Bereicherung, allen war er ein Anreger, auch wenn sie ihm widersprechen mußten, was häufig genug geschah. Im Weltkrieg sah er, der deutsche Mensch, seine kühnsten Träume reifen. Mitteleuropa von Hamburg bis zum Persischen Golf sah er im Geiste erstehn, und sah es schließlich — auch zusammenbrechen. An diesem Zusammenbruch

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ist er im Grunde wohl auch gestorben. Als ich ihn nach dem 9. November zum ersten Male wiedersah, war ich aufs tiefste erschrocken über die Veränderung, die mit ihm vorgegangen war. Wir sprachen nicht viel von all den eben erlebten Vorgängen: es hatte ja doch keinen Zweck. Doch fühlte er sich noch stark genug, um mit seinem Volke wieder von vorn anzufangen. Nun hat die Kraft des Hünen doch dazu nicht ausgereicht. Und nun er ins Grab sank, sieht der Freund aus der Jugendzeit ihn im Geiste vor sich stellen, wie er war: einer der glühendsten Geister unter unseren Zeitgenossen, ein lauterer, ganz sachlicher Mensch, schlicht und bedürfnislos, sprühend von Geist, ein Meister des Worts, ein großer Anreger, ein ehrlicher Freund des Volkes, und einer der ersten unter den „Gebildeten", der einst der verfolgten Arbeiterklasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen sich mit Erfolg bemüht hat.

Glossen.

Volkshochschulen und Arbeiterschaft.

Zu dem Problem der Volkshochschulen haben nacheinander schon eine ganze Anzahl Beteiligte, meistens aber nur Akademiker, Stellung genommen, aber so weit es sich übersehen läßt, immer für die jetzige Zeit nichts Passendes gefunden. Zu bedauern ist bei dieser ganzen Bewegung, daß die *Arbeiterschaft,* für die hauptsächlich die Volkshochschule in Betracht kommt, sich an diesen Auseinandersetzungen so wenig beteiligt, größtenteils auch nicht beteiligen konnte, da sie eben in *der Allgemeinbildung soweit hintenan gehalten wurde, daß es ihr unmöglich ist, ihre Gedanken zu Papier zu bringen.* Und hier ist die Stelle, wo der Hebel zuerst angesetzt werden muß.

Die bestehenden Volkshochschulen und Volkshochschulvereine haben das Ziel, welches sie sich gesetzt hatten, niemals erreicht, noch werden sie es jemals erreichen. Alle Vorträge und Veranstaltungen haben dem *gesamten* Volke nichts genutzt, da der größere Teil des Volkes, die Arbeiter- und Beamtenschaft, ihnen nicht folgen konnte.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Vorträge oder besser Vorlesungen stellen an die Zuhörer in geistiger Beziehung sehr hohe Ansprüche. Diese Fähigkeiten besitzen aber unsere Arbeiter und die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Beamten nicht, und sie verstehen daher auch den Sinn dieser Vorträge nicht. Von diesen Vorträgen bleibt bei ihnen nichts zurück, sollte aber dennoch einiges wirklich in den Gedanken der Zuhörer zurückbleiben, so werden sie meistens nicht in der Lage sein, dieses Zurückgebliebene folgerichtig zu verwerten.

Auch die Themen, die in den bisherigen Volkshochschulen zum Vortrag gestellt wurden, waren meistens solche, die den Arbeiter recht wenig oder gar nicht interessierten. Die „Geschichte der Aegypter" und „Sterne und Himmelskunde" sind gewiß an und für sich sehr schön, aber die Beschäftigung damit hat doch für die Arbeiter wenig Zweck, da er diese Kenntnisse doch nicht in seinen Kollegenkreisen verwerten kann.

Aber auch die ganze Bewegung, die sich augenblicklich wieder um die Bildung des Volkes bemüht, trifft für die heutigen Verhältnisse nicht das Richtige. Die Bewegung läuft darauf hinaus, eine Volkshochschule zu errichten, die es unserer Jugend ermöglichen soll, sich weiter auszubilden, um an der höheren Bildung teilnehmen zu können. Ueber diese Bewegung möchte ich hier nicht sprechen, sondern diese den Fachleuten überlassen. Aber eine andere, für die heutigen Verhältnisse sofort zu erfüllende Notwendigkeit ist eine Schule, in der unsere Arbeiter und Beamten, die jetzt mit der Führung unserer Klassengenossen beauftragt sind und noch werden, mit den allgemeinen heutigen Verhältnissen und deren Entwicklungsgang vertraut gemacht werden. Denn die Aufklärung unter der gesamten Arbeiter- und Beamtenschaft muß so Platz greifen, daß erst einmal so schnell wie möglich Ruhe und Ordnung im Wirtschaftsleben eintritt.

Daher ist es notwendig, Schulen zu errichten, die gewissermaßen als *Vorschulen* für die Volkshochschulen in Betracht kommen. Später, wenn erst unsere jetzige Jugend in Volks- und Fortbildungsschulen usw. die nötige Vorbildung erhalten hat, können die für die jetzige Arbeiterschaft errichteten Vorschulen in Wegfall kommen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

In diesen Vorschulen muß nach einem gewissen festgesetzten Grundsatz unterrichtet werden, so daß auch wirklich etwas Ersprießliches dabei herauskommt.

Der Unterrichtsstoff muß so gehalten sein, daß die betreffenden Schüler ihn voll und ganz verstehen; dann muß er auch dem Denkvermögen der Schüler angepaßt und den heutigen Verhältnissen entsprechend sein.

Als Unterrichtsthemen würden hier hauptsächlich in Frage kommen: 1. Rede- und Aufsatztechnik, 2. Gewerkschaftliches, 3. Sozialgesetzgebung, 4. Volkswirtschaftslehre und 5. Staatsbürgerkunde, darunter in der Hauptsache „Politische Zeitströmungen" Bolschewismus, Kommunismus, Rätesystem, Demokratie usw.

Das Thema *Rede- und Aufsatztechnik* gibt dem Schüler die Möglichkeit, die Gedanken richtig wiederzugeben.

Unter *Gewerkschaftliches* müssen die einzelnen Strömungen in der Arbeiterschaft klargelegt und die Gewerkschaften nach Aufbau, Geschichte und Charakter beleuchtet werden.

Die *Sozialgesetzgebung* soll den Schülern klargelegt und die Forderungen der Arbeiter auf diesem Gebiete begründet werden. Das Gebiet *Volkswirtschaftslehre* macht den Schüler mit den Grundzügen der Nationalökonomie vertraut. Unter *Staatsbürgerkunde* sollen die politischen Zeitströmungen, wie Demokratie, Bolschewismus, Kommunismus, Rätesystem erläutert werden.

Die Unterrichtsmethode muß in *rein elementarer Weise,* anschließend an den Volks- und Fortbildungsschulunterricht, geführt werden. Dieser, in gemeinverständlicher Weise geführte Unterricht bringt den Schüler zu der Erkenntnis, daß nicht das Gefühl, sondern der Verstand in öffentlichen Fragen zu entscheiden hat. Der Lehrstoff muß in einer der nächsten Unterrichtsstunden im Zusammenhang wiederholt und von dem Schüler in einer häuslichen Arbeit ausgearbeitet, oder in einem freien Vortrage wiedergegeben werden. Hierzu werden vom Lehrer während des Unterrichts Stichworte und Leitsätze diktiert.

Ist der Gedankengang der Schüler auf diese Weise zum selbsttätigen Denken in einem etwa dreimonatigen Unterricht angeregt worden, dann können im Anschluß hieran kurze Vorträge und

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Vorlesungen folgen, und dann werden die Schüler dem Vortragenden folgen können.

Aber auch so müssen die Schüler noch bei ihrer Zusammensetzung zum Unterricht vorher auf ihre Allgemeinbildung hin geprüft werden, und zwar durch Einreichung eines kurz verfaßten selbstgeschriebenen Lebenslaufes.

Auch muß der Unterricht geteilt, an Vor- und Nachmittagen stattfinden, damit durch die Wechselschicht in der Berufsarbeit keine Störung im Unterricht eintritt.

Als Schüler kämen vorerst die in der Arbeiter- und Beamtenschaft tätigen Funktionäre in Betracht.

Für diejenigen Volksschichten mit einer höheren Allgemeinbildung, wie Volksschullehrer, Postsekretäre usw., würde das Thema Rede- und Aufsatztechnik ausfallen können, aber die anderen Gegenstände müßten auch ihnen gelehrt werden. Die Unterrichtsmethode ergibt sich hier ganz von selbst, sobald Lehrer und Schüler sich näher kennen gelernt haben, was beim geregelten Unterricht bald der Fall sein wird.

Unter diesen Gesichtspunkten ist hier in Dortmund eine Arbeiterbildungsschule unter dem Namen „Zentrale für Arbeiterbildung“ bereits am 1. August d. J. eröffnet worden.

Der Gang des Unterrichts ist sehr günstig, Lehrer wie Schüler haben sich schon sehr gut zusammengefunden, auch sind die Nachwirkungen des Unterrichts in der Arbeiterschaft schon deutlich zu erkennen.

Werden allenthalben im Deutschen Reiche solche und ähnliche Schulen ins Leben gerufen, so können wir sicher sein, daß es im Wirtschaftsleben bald besser gehen wird, zum Segen des deutschen Vaterlandes und des ganzen deutschen Volkes.

Theodor Schmidt, Dortmund,
Arbeiter auf der Dortmunder Union.

* * *

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Spartakus vom Kurfürstendamm.

Ich nenne Spartakismus jene Massenpsychose, im Verlaufe dessen latente Energien der Masse von einer Phrase dirigiert werden. Die Phrase, das Zufällige — insofern bei einer elektrischen Entladung Stelle der Entladung und Material des Entladers nebensächlich, zufällig ist — wird zur Hauptsache, bei deren lautem Knall man vergißt, sich über die eigentlichen, die das Geschehen bestimmenden Energien Rechenschaft zu geben; dadurch entsteht ein tragischer Irrtum, durch den die, welche sich als Vorkämpfer einer Idee gebärden, ungeschickte Handhaber unverstandener, daher falsch geleiteter Kräfte, zu Janitscharen roher Gewalt werden.

Es war von vornherein klar, daß die deutsche Arbeiterschaft von dieser Psychose nicht allzu lange gefangen gehalten werden konnte. Nicht allzu lange — im Vergleiche mit Rußland. Zu alt war bereits die Vergangenheit ihrer Organisation, zu tief bereits ihr sozialer Blick, zu innig und bewährt ihr Verhältnis zu ihren berufenen Führern, als daß dieses sinnlose Wüten der Kräfte hätte von langer Dauer sein können. Verhältnismäßig rasch vollzieht sich, wie wir glauben dürfen, die Konstellation dieser Kräfte in die Bahnen des Zweckmäßigen mit dem Ziele des Möglichen.

Anders liegen die Verhältnisse bei jener Schicht der deutschen Bevölkerung, welche jetzt zum ersten Male in das Gewoge des Klassenkampfes geschleudert wurde, dem Bürgertum. Aus den muffigen, aber immerhin weichen Polstern des Mittelstandes vertrieben, sieht es sich auf dem ungewohnten und vor allem unbehaglichen Platze des Existenzkampfes. Aber anstatt sich vor allem über die Methoden ihrer Kampfart klar zu werden, und die Konsequenzen aus ihrer schlechten Organisation zu ziehen, verachten sie Methode und Organisation und werden — eigentlich viel rascher und selbstverständlicher als die Arbeiterklasse — Spartakisten. Eine der Phrasen, welche die Energien dieses Spartakisten zur Entladung bringt, ist die des Antisemitismus. Dazu kommt noch, daß der Antisemitismus nie hätte den Umfang erreichen können, könnte er nicht gewissen reaktionären Kreisen und solchen, die neben dem Glück ihres Besitzes den Zufall, daß sie keine Juden sind, geschickt ausnützen, höchst erwünschte Vorspanndienste leisten.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Das Unlogische — das ist allerdings das Merkmal jeder Psychose — von der ganzen Klasse der Nutznießer einer Gesellschaftsordnung eine ganz gewisse Gruppe herauszugreifen und mit dem Hasse zu verfolgen, anstatt die ganze Klasse ohne Unterschied ihrer konfessionellen Gruppen und das System, das sie ermöglichte und schützte, kritisch zu betrachten, dieses Unlogische berührt peinlich bei einer Bevölkerungsschicht, welche sich rühmt, der eigentliche Träger deutscher Kultur zu sein. Als jene andern Spartakisten mit Gewehr und Handgranaten Unordnung anrichteten, schrien die bürgerlichen Spartakisten von heute, die vom Kurfürstendamm, Zeter und Mordio, die Kultur sei in Gefahr. Und doch, — waren sie auch radikaler, so waren sie doch viel weniger gemeingefährlich als ihre bürgerlichen Kampfgenossen. Denn all ihre Irrtümer kann man zusammenfassen als den Irrtum der Methode, und jeder Historiker, der die Geschichte dieses verlorenen Krieges zu schreiben hat, muß der Bewegung von diesem Standpunkt aus gerecht werden. Bei der Spartakusbewegung der bürgerlichen antisemitischen Kreise kann man von Irrtümern nicht reden. Es handelt sich bei ihnen nur um die Bemäntelung rohen, ungerechten Hasses mit Schlagwörtern aus dem politischen Leben. Ueber die traurige, wirtschaftliche Lage geht man auf die Suche nach einem Sündenbock. So war es auch immer in Rußland und Polen, und dort den Machthabern des Zarismus als bewährtes Ablenkungsmittel beliebt. Wir meinten immer, derlei nur in den kulturell tiefstehenden Ländern für möglich zu halten, und hielten uns in Deutschland für „bessere Menschen".

Trotzdem ist es klar, daß die antisemitische Bewegung ebenso wie die bolschewistische in Deutschland keinen Fuß fassen kann. Mit jedem neuen Tage des Friedens, der dieses unglückliche Land von dem vierjährigen Schauspiel der Menschheitstragödie weiter entfernt, werden immer mehr die echten Elemente seiner Kultur zu Worte kommen. Diese werden dann aufhören, den Krieg gegen Menschen auf ihren Schild zu heben, ihn nur gelten lassen als das Durchdringen der All-Einen-Idee — der des Guten — gegen ihr direktes Gegenteil und — dort, wo es sich um die Ueberleitung in die Welt der Tatsachen handelt — gegen die ihr nicht adäquaten Systeme.

Ignaz Maybaum.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

VORANZEIGE!

Demnächst erscheint in unserm Verlage als Fortsetzung der Sammlung

„Flugschriften der Revolution"

Nr. 5

Offizier und Republik

Von

Müller-Brandenburg

Preis Mk. 1,25

Der Verfasser kämpft in dieser Schrift für den Gedanken, daß die Wehrmacht der Republik nur dann ein Instrument der Republik sein kann, wenn sie getragen ist von dem Geist, der aus der Verfassung des Deutschen Reiches weht.

Bisher sind erschienen:

Nr. 1.

Die Rettung aus dem finanziellen Elend

Von **Wilhelm Keil** — Preis Mk. 0,50

Nr. 2

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft

Von **Paul Umbreit** — Preis Mk. 0,50

Nr. 3

Die Reform des deutschen Strafrechts

Von Rechtsanwalt **Dr. Hugo Heinemann** — Preis Mk. 0,50

Nr. 4

Verbrechen und Strafe im neuen Deutschland

Von **Hans Hyan** — Preis Mk. 1,—

Weitere Hefte in Vorbereitung

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68 **Lindenstr. 114**

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Als aktuellste Neuerscheinungen empfehlen wir:

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus

von Parvus — Preis kart. Mk. 3,—, geb. Mk. 4,50

Weltkrieg und Angestelltenbewegung

von S. Aufhäuser — Preis kart. Mk. 3,—, geb. Mk. 4,50

Die Rettung aus dem finanziellen Elend

von Wilhelm Keil — Preis 50 Pf.

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft

von Paul Umbreit — Preis 50 Pf.

Wie werden wir wieder reich?

von Erich Kuttner — Preis 20 Pf.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
BERLIN SW 68 LINDENSTRASSE 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218. 1448—1450.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 24 13. September 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Dr. Paul Lensch . . . . . Französische Politik.

Erich Kuttner . . . . . Keine Diktaturgelüste!

Carl Lindow: Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit.

Müller-Brandenburg: Die Ueberschätzung der eigenen Kraft.

Dr. Werner Peiser: Weltökonomie — nicht Nationalökonomie.

Glossen.

Nummer 23 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Erwin Barth . . . . . Die Diktatur der Mitte.

Dr. Paul Lensch . . Die Krisis der Parteiideologie.

R. Kunze (Tokio): Sozialdemokratie und auswärtige Politik.

Paul Göhre: Erinnerungen an Friedrich Naumann.

Glossen.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:32 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

24. Heft 13. September 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Dr. PAUL LENSCH:

Französische Politik.

DIE Ententemächte denken nicht daran, den Versailler Frieden „schon“ zu ratifizieren. Es wiederholt sich das gleiche Schauspiel wie beim Waffenstillstand, der von Deutschland mit hastiger Eile unterzeichnet wurde, den Ententemächten aber nur eine erwünschte Gelegenheitsfrist bot, das erlegte Wild so recht con amore zu schinden. Damals fragte man sich: weshalb verlängert die Entente die Uebergangszeit zwischen Krieg und Frieden mit so raffinierter Tücke? Und jetzt kann man die gleiche Frage stellen: weshalb schiebt die Entente die Anerkennung des von ihr selber diktierten Friedens immer weiter hinaus?

Die Frage ist um so berechtigter, als doch ohne Frage auch in den Ententeländern weite Kreise nach der Wiederherstellung „normaler“ Verhältnisse dringend verlangen. Auf der anderen Seite stehen freilich auch Schichten, die vorzüglich im Trüben zu fischen verstehen, denen vor dem Tage graut, an dem die trüben Kriegsfluten sich verlaufen und wo die Völker ohne Stacheldraht und Zensur wieder miteinander zu verkehren in der Lage sind. Es sind die Kriegshetzer in jeder Form, die Revanchepolitiker besonders in Frankreich, die seit 1871 ihr ganzes Sinnen und Trachten auf den Krieg gegen Deutschland eingestellt haben und die jetzt am Ziele ihrer Wünsche stehen. Clémenceau soll am Tage der Friedensunterzeichnung in Versailles zu einem seiner Vertrauten gesagt haben: diesen Tag habe ich seit 1871 ersehnt. In der Tat haben die Leute vom Schlage Clémenceaus alles getan, um Frankreich in die Lage zu versetzen, in der es sich jetzt befindet, sie haben systematisch die Haß- und Revanchegefühle im französischen Volke wachgehalten, jede Möglichkeit der Aussöhnung oder auch nur der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Annäherung schroff und höhnisch abgewiesen, sie haben lieber dem blutigen Zarismus die Füße geküßt und durch die ständige Bedrohung mit dem Zweifrontenkrieg, die sie mit dieser Politik über Deutschland verhängten, lieber die Voraussetzungen für das furchtbare Erstarken des deutschen Militarismus geschaffen, als daß sie mit ihrem Nachbar ein erträgliches Verhältnis erstrebt hätten. Seit Jahrzehnten ist der geheime Gedanke jeder französischen Politik gewesen: wann sind wir soweit? Wenn jetzt daher die Herren Clémenceau, Poincaré usw. über die verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs fahren, so mögen sie beim Anblick dieser Einöden sich an ihre Brust schlagen und sagen: nostra culpa, nostra maxima culpa, oder, um im Bereich der französischen Klassiker zu bleiben: tu l'as voulu, George Dandin! In der Tat gehört eine große Portion Naivität dazu, viereinhalb Jahrzehnte den Revanchekrieg zu propagieren, und dann, wenn er da ist mit allen seinen Schrecken, Zeter und Mordio zu schreien. Das Unglück für Frankreich war, daß es Kriegsschauplatz wurde und dadurch allerdings ein Maß von Elend durchzukosten hatte, das erschütternd war, das aber keineswegs durch die „deutsche Barbarei", sondern durch das Wesen des Weltkriegs erklärt wird. Wo die Ententetruppen deutschen Boden berührten, haben sie — Ostpreußen! — bekanntlich entsetzlich gehaust, und daß die Franzosen sich genau so oder schlimmer aufgeführt hätten, wenn sie je in die Lage gekommen wären, im Kriege in Deutschland einzubrechen, daran besteht nirgends der geringste Zweifel. Der bekannte Graf Gobineau, der seine Landsleute gut kannte, schrieb in dem kleinen Büchlein: Frankreichs Schicksale im Jahre 1870, das freilich bisher in Frankreich nicht erschienen ist, im Anschluß an die Beschießung des offenen Saarbrücken durch die Franzosen zu Beginn des deutsch-französischen Krieges: „Es leidet keinen Zweifel: hätte sich das Kriegsglück nach dem Anfang bei Saarbrücken für uns erklärt, so würden wir Deutschland mit unseren Mitrailleusen und Haubitzen durchzogen und ohne die leisesten Gewissensbedenken nach rechts und links geschossen haben, und wenn die Deutschen unter dem Vorwand, offene Städte müßten verschont oder alte und neue Kunstdenkmäler unberührt bleiben, uns zu hindern versucht hätten, in diesem Punkt nach Lust und Laune zu handeln, so hätten wir das im höchsten Maße lächerlich und widersinnig gefunden."

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

So ein Franzose über Franzosen. Diesmal waren die Lose anders gefallen und die Folge war, daß die französischen Chauvinisten sich darauf beschränken mußten, über Kriegsgreuel zu klagen, statt sie selber in Feindesland auszuüben. Wir wissen es wohl, daß das französische Volk in seiner breiten Masse den Revanchepolitikern kühl gegenüberstand und ihrer vergifteten Phraseologie immer weniger Gehör schenkte. Durch den Krieg jedoch war ein Wandel eingetreten. Die systematische Verhetzung war nicht spurlos vorübergegangen. Allein die Friedenssonne scheint jetzt auf ein Leichenfeld. Frankreich hat zwar Elsaß-Lothringen wieder annektieren können, allein nur um den Preis des völligen Zusammenbruchs. Und gerade aus diesem Grunde wird Frankreich die deutschen Gebiete niemals innerlich assimilieren. Es ist ein wirtschaftlich und nach der deutschen Revolution, auch politisch rückständiges Land. Deshalb wird dem unglücklichen Opfer der Revanchehetzer, als das man jetzt Frankreich bezeichnen kann, nicht einmal aus dem endlich erreichten Hauptziel seiner Politik von fünf Jahrzehnten etwas anderes erblühen als neue Schwierigkeiten und endlose Unruhen. Die Anfänge sind ja schon deutlich.

Das ist die Situation, der Frankreich gegenübersteht. Sie ist in ihrer Furchtbarkeit den gerissenen führenden Politikern Frankreichs natürlich völlig klar. Gerade deshalb sucht man die Volksmassen durch rauschende Siegesfeste über sie hinwegzutäuschen, deshalb auch schiebt man die Ratifikation des Friedens möglichst weit hinaus und sucht in der Zwischenzeit nach neuen Konflikten mit Deutschland, um die vergiftete Atmosphäre so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Ein solcher Konflikt schien sich in dem Vorstoß der Entente gegen den Artikel 61 der Reichsverfassung, betreffend den Anschluß Deutsch-Oesterreichs, darzubieten. Die Sache selber bot zu einer politischen Beunruhigung für Frankreich nicht den geringsten Anlaß. Jedermann, der es wissen wollte, wußte, daß Deutschland nicht daran dachte, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs etwa gegen den Willen des Völkerbundes zu betreiben. Wenn Clémenceau trotzdem eine Sprache in seiner Note anschlug, die selbst der deutschen Regierung zu unverschämt war, und die sie deshalb mit einer derben Wendung zurückwies, so wird man hinter dieser Politik nichts anderes zu suchen haben, als Wahlmache, sowie das Eingeständnis, daß die Stellung Frankreichs inner-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

halb der Entente dringend einer Auffrischung bedurfte. Die Wahlen stehen in Frankreich vor der Tür. Ihr Ausgang wird zu einem wesentlichen Teile von der Regierung bestimmt. Die Kreise der Hochfinanz und der großen Bourgeoisie fürchten einen in sozialer Hinsicht gefährlichen Wahlausfall. Sie zittern vor neuen Steuern. Sie zittern um ihre Kriegsgewinne. Clémenceau ist ihnen da der rechte Mann. Er ist besonders in Fragen der Sozialpolitik ein zuverlässiger Reaktionär und bei den Arbeitern wegen der Metzeleien, die er vom französischen Militär unter streikenden Arbeitern schon in Friedenszeiten hatte anrichten lassen, gründlich verhaßt. Um so nötiger war es, die Stellung dieses „siegreichen" Bankerotteurs noch einmal zu heben und durch ein möglichst flegelhaftes Benehmen gegen Deutschland bei der patriotischen Hurrakanaille gutes Wetter zu machen. Wie groß die innere Notlage Clémenceaus bereits ist, geht daraus hervor, daß er nicht davor zurückscheute, die vorübergehende geringe Aufbesserung seiner Position als Wahlmacher, die ihm sein Coup verschaffte, um den Preis einer zukünftigen aber sehr großen Schädigung des französischen Ansehens in der Welt zu erringen. Denn es ist klar, daß die zynische Niedertrampelung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie sie hier die französische Politik aufs neue bekundete, auf die Dauer nur geeignet ist, den Ruf Frankreichs allenthalben aufs tiefste zu schädigen. Man deklamiert nicht ungestraft jahrelang die schönsten Vokabeln des Völkerrechts und der internationalen Moral, um sie in dem Augenblick, wenn es darauf ankommt, nach ihnen zu handeln, allesamt zu vergessen. Das hat Frankreich in der Frage Elsaß-Lothringen getan, wo es einen millionenstarken deutschen Volksstamm kurzerhand — wie eine Hammelherde, pflegte man sonst zu sagen — in Franzosen verwandelte, das gleiche bei der Festlegung unserer Ostgrenze, wo es Deutsche in Polen verwandelte, und das gleiche zum dritten Male im Süden, wo es Deutsche verhindert, sich an Deutschland anzuschließen. Aus alledem spricht die wahnsinnige Angst der französischen Regierungsclique vor Deutschland. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß die französischen Revanchepolitiker, die heute noch die Regierung in Paris bilden, auf die Provozierung eines neuen Krieges mit Deutschland ausgehen, wenn eben dieser Gedanke nicht wahnwitzig wäre. Aber die ganze französische

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Politik ist wahnwitzig, weil sie die Politik von Bankerotteuren ist. So lange sich das französische Volk von dieser Clique nicht befreit hat, ist an einem wirklichen Friedenszustand zwischen dem imperialistischen Frankreich und dem revolutionären Deutschland und an einem Wiederaufbau der Wirtschaft diesseits wie jenseits des Rheins nicht zu denken.

Allein man wird von Frankreich nicht mehr die Initiative zu weltpolitischen oder auch nur europäischen Entscheidungen erwarten dürfen. Dazu ist die Nation zu sehr herunter. Das „Schmollen des gallischen Hahnes", das noch für Marx und Engels die Ankündigung neuer europäischer Revolutionen darstellte, werden wir schwerlich noch in diesem Sinne zu hören bekommen. Die Entscheidung über die Geschicke Europas liegt in England, und zwar in den Händen der englischen Arbeiter. Wie senil und müde Frankreich geworden, das geht am besten aus den Reden seiner Sozialisten zum Friedensvertrage hervor. Herr Thomas bedauerte, daß das linke Rheinufer mit Koblenz, Köln und Mainz nicht für alle Zeiten besetzt bleiben soll, und man war schon ganz entzückt in Deutschland, daß er überhaupt von der Möglichkeit künftiger Handelsbeziehungen zu Deutschland sprach. Die Rücksicht, die Herr Thomas seinem Mandat zur Kammer schuldig zu sein glaubt, und das er schwer nur retten kann, wenn er es mit dem Wahlmacher, seinem Freunde Clémenceau, gar zu sehr verdirbt, wurde in dieser Friedensrede deutlich erkennbar. Renaudel auf der anderen Seite präpariert sich zum Eintritt in ein künftiges Ministerium Briand. Nein, von diesen „Sozialisten" alias Strebern und Kleinbürgern ist eine Aktion zur Befreiung Frankreichs vom Joch der Imperialisten und Eroberungspolitiker nicht zu erwarten.

ERICH KUTTNER:

Keine Diktaturgelüste!

WIR leben in einer wundergläubigen Zeit. Und das ist *kein* Wunder. Je weniger reale Auswege sich dem Menschen in verzweifelter Situation eröffnen, je dorniger und steiler die sichtbaren Rettungspfade sind, desto intensiver beginnt er auf das Wunder zu hoffen, das ihm mit einem Schlage und ohne eigene Anstrengung allen Fährlichkeiten entreißt. So klammerte sich selbst ein Ludendorff noch bis zum letzten

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Moment an sein „Soldatenglück", so sehen die gläubigen Kommunistenseelen beim Worte „Weltrevolution" die verheerten Gefilde Europas wieder grünen, so glauben zahlreiche — und keineswegs unintelligente — Elemente, daß uns nur der geniale Mann fehle, der mit einem blitzartigen Einfall, einem geisteskühnen Projekt uns den Weg aus allen Irrnissen weist.

Das einzige, was diese Kreise nicht glauben und nicht glauben wollen, das ist die nicht wegzubringende Tatsache, daß uns kein noch so gescheiter Gedanke von dem Zwang befreit, in *unsagbar nüchterner und geduldiger Arbeit* uns Schritt für Schritt wieder voranzubringen. Wie der verkrachte Spekulant zwar begierig hinhorcht, wo von neuen Spekulationsmöglichkeiten geredet wird, aber dem Manne ärgerlich den Rücken dreht, der ihm rät, fleißig zu arbeiten und sparsam zu leben, — so wendet sich das wunderbedürftige Publikum enttäuscht von unserer schmerzlichen Erkenntnis ab, in der es nur Geistlosigkeit und Gedankenarmut sieht, und sammelt sich um die Leute, die eben das neuste, allein helfende Rezept verkünden. Kein Schlagwort, um das sich nicht sofort eine Gemeinde schart.

So wird wohl auch das Schlagwort von der *„Diktatur der Mitte"*, das Genosse *Erwin Barth* in die Diskussion geworfen hat (vgl. „Glocke" Nr. 23), seinen Anhang finden. An sich wird das nicht mehr schaden, als wenn irgendein Parteizirkel auf „Oestliche Orientierung" oder „Kontinentalpolitik" schwört; sollte aber diese Meinung mehr werden als die geistige Spielerei eines kleinen Kreises, dann sehe ich allerdings in ihr eine *Gefahr*, die bekämpft werden muß.

Wie jedes Schlagwort, so birgt auch das Wort von der „Diktatur der Mitte" die Gefahr in sich, daß es ohne genaue Betrachtung seines *Sinnes* aufgenommen wird. Trotzdem ist nichts notwendiger, als diesem Worte einmal auf den Grund zu gehen.

Was heißt „Diktatur der Mitte"? — Die Mitte übt bekanntlich *schon jetzt die Herrschaft* aus, die Barthsche Forderung kann also nur so verstanden werden, daß die Mitte ihre Herrschaft auf *andere Grundlage* stellt, ihr eine *andere Form* gibt.

Die Herrschaft der Mittelparteien beruht auf der Grundlage der *Demokratie*. Welche Gründe können sie veranlassen, aus freien Stücken diese Grundlage preiszugeben?

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Demokratie ist sicher nicht die bequemste und einfachste Regierungsform. Sie bedeutet ein Regieren unter fortwährender *Kontrolle*, in ständiger *geistiger Konkurrenz* mit der Opposition. Mitunter treten die negativen Seiten der Demokratie so stark hervor, daß sie wirklich regierungsunfähig wird; wenn nämlich ein in demokratischem Sinne *unreifes* Volk oder Parlament *keine arbeitsfähige Mehrheit* aus sich heraus zustandebringt, oder wenn es einer skrupellosen Opposition gelingt, durch *Obstruktion* jede Arbeit unmöglich zu machen, oder wenn beim Zweikammersystem zwei gleichberechtigte Parlamente in wildem Kampf gegenseitig ihre Tätigkeit lähmen, dann ist freilich nötig, einen Ausweg aus solchen Kalamitäten zu suchen.

Aber *keine dieser Voraussetzungen* trifft bei uns zu. Wir haben eine breite und glatt arbeitende Regierungsmehrheit, die Opposition rechts und links ist viel zu schwach, um durch Obstruktion gefährlich zu werden, Nationalversammlung und Staatenausschuß sind homogen zusammengesetzt. Die demokratische Arbeit funktioniert bei uns so gut, daß die Opposition über nichts so sehr zetert, als über die „*Gesetzesmacherei im Geschwindschritt*".

Ein faktischer, wenn auch *moralisch verwerflicher* Grund für eine demokratische Regierungsmehrheit, die Demokratie preiszugeben, könnte ferner noch sein, wenn sie unter der Fortdauer der Demokratie um den *Bestand* ihrer Herrschaft fürchtet. Aber selbst dieser Grund liegt bei uns nicht vor. Es ist richtig, daß unter den jetzigen Schwierigkeiten eine Regierung unweigerlich auch Fehler begehen muß, es ist ebenso richtig, daß diese Fehler den nur von der Agitation lebenden Oppositionsparteien rechts und links Wind in die Segel blasen: Aber wer glaubt im Ernste an Neuwahlen, die uns eine *deutschnationale* oder eine *unabhängige Mehrheit* bescheren könnten? Die Opposition der Linken zählt in der Nationalversammlung 22, die der Rechten 54 Sitze. Auch ein Wahlwunder ersten Ranges könnte keine dieser Gruppen über Nacht zur Mehrheit machen. Die Mitte ist so stark, daß sie einen Mandatsverlust in Ruhe ertragen kann, zumal dieser Mandatsverlust sich nach links und rechts verteilen und damit seine politische Wirkung größtenteils aufheben würde.

Als einziger Vorteil, den uns die Barthsche „Diktatur der Mitte" bescheren würde, bliebe also der Umstand, daß sie die *kleinen technischen Schwierigkeiten*, die im Wesen der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Demokratie liegen, die Notwendigkeiten der Beratungen und der Kompromisse zwischen den herrschenden Parteien, sowie die Kritik der Opposition aus dem politischen Leben ausschalten würde. Ist dieser Vorteil wert, durch die *ungeheuren Nachteile* erkauft zu werden, die mit einer Diktatur untrennbar verbunden sind?

Die Antwort auf diese Frage ist ein glattes: *Nein.* Zunächst würde die Diktatur den jetzigen Mehrheitsparteien die *moralische Grundlage* ihrer Herrschaft mit einem Schlage unter den Füßen wegziehen. Die jetzige Regierung hat ihren inneren Halt dadurch, daß sie *die Demokratie gegen alle Diktaturgelüste von rechts und links schützt.* Sie selbst zur Diktatur erheben, heißt sie ihrer besten moralischen Stütze berauben.

Aber die Folgewirkungen einer „Diktatur der Mitte" würden noch viel tiefer gehen. Mit Recht erblickt Barth den Kern alles Uebels in der *grenzenlosen geistigen Verwahrlosung,* in die fünf Jahre des Krieges und der Unruhe das deutsche Volk hineingerissen haben. Der Aufbau unseres Volkes wird uns deswegen so schwer, weil zu allen Institutionen das *gute Menschenmaterial* fehlt, ohne das auch die besten Einrichtungen nichts wert sind. Das Volk ist in allen seinen Schichten moralisch herabgesunken. Die Bourgeosie sucht den Schiebergewinn statt des Gewinnes durch Steigerung der Produktivität, die Arbeiterschaft treibt kraßegoistische Lohnpolitik ohne Rücksicht auf allgemeine Interessen. Mit Recht verweist *Karl Kautsky* gegenüber dem jetzigen Seelenzustand des Proletariats in seinem neuen Buche „Terrorismus und Kommunismus" auf das Beispiel der Arbeiter der Pariser Kommune von 1871, die aus Idealismus für die Kommune ihre Löhne *herabsetzten.* Der russische Bolschewismus, der deutsche Spartakismus haben bisher kein Gegenbeispiel solcher idealen Opferbereitschaft erstehen lassen. Im Gegenteil, ihre Gefährlichkeit und ihr wirtschaftliches Scheitern beruhen gerade darauf, daß die kommunistischen Ideen von den ungeschulten Massen, die statt der früheren Arbeiterelite in den Vordergrund treten, nur im *alleregoistischsten* Sinne begriffen werden. Typisch dafür ist der kleine, durch den Münchener Geiselmord aufgedeckte Fall aus der Münchener Räterepublik, wo die „Massen" ungestüm den Freispruch eines Matrosen verlangen, der mit dem Revolver in der Hand reichen Leuten Gelder abgepreßt

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hat. Er hat nur in ihrem Geiste des zur Räubermoral erniedrigten Kommunismus gehandelt.

Aber läßt sich der moralische Verfall eines Volkes durch die *Diktatur* irgendwelcher Richtungen aufhalten? Die Diktatur hat sich *noch niemals als ein Mittel zur geistigen Erziehung* erwiesen, sie ist ihrer Natur nach *ein Mittel zur geistigen Korrumpierung*. Das liegt *in ihrem Wesen* begründet, in der Uebertragung ungemessener und unkontrollierbarer Gewalt auf einzelne Stellen. Die Diktatur verdirbt mit der Zeit unweigerlich die Menschen, die sie ausüben, mögen es selbst die stärksten und lautersten Charaktere sein. Die Behaglichkeit, keinen Widerspruch und keine Kritik dulden zu müssen, ist zu verlockend, als daß die menschliche Natur ihr auf die Dauer widerstehen könnte.

Doch nicht nur die Regierenden, auch die *Opposition* wird durch die Diktatur korrumpiert. Unter der Demokratie trägt auch die Opposition eine *Mitverantwortung* für das Geschehende. Es ist durchaus nicht gleichgültig, in welcher Art sie Opposition macht. Unter der Diktatur ist sie *aller Verantwortung ledig*. Mitunter ist ihr das das *Angenehmste*, was ihr geschehen kann. Indem man sie gar nicht zu Worte kommen läßt, entfallen auch alle Momente, die sie spalten oder schwächen könnten. Die österreichische Sozialdemokratie zum Beispiel verdankt ihre jetzige Geschlossenheit letzten Endes der k. und k. Kriegsdiktatur. Weil man sie nicht über Kriegskredite abstimmen ließ, blieb sie von dem Streit um die Kredite verschont, der die deutsche Sozialdemokratie gespalten hat. Sie hat diese Abnahme der Verantwortung nicht gewünscht. Den unverantwortlichen Hetzern unserer jetzigen Opposition aber könnte *gar nichts Lieberes geschehen*, als wenn man sie von der letzten Verantwortung befreite, die eine demokratische Opposition in sich schließt.

Die Diktatur würde uns aber nur noch tiefer in den moralischen Niedergang hineintreiben. Aber, ruft Barth, die Erziehung des Volkes durch die Demokratie macht doch *so verzweifelt langsame Fortschritte*, und wir wollen doch bereits im kommenden Winter noch leben können und über die sich auftürmenden Schwierigkeiten hinwegkommen. Wir können nicht warten, bis die Erziehungsfrüchte der Demokratie zu reifen beginnen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Das ist im Grunde dieselbe falsche Politik, mit der das alte System das Kriegselend so verderblich hat anschwellen lassen. Die alte Regierung hat während des Krieges auch immer nur die eine Kalkulation gehabt: „Wie kommen wir über den *nächsten Kriegswinter* hinweg?" Dieses nächstliegende Ziel wurde mit *immer größerem Raubbau* an Volkskraft und Volksvermögen erkauft, um den Preis immer größer werdender Schwierigkeiten für die Zukunft, Schwierigkeiten, die uns jetzt über den Kopf zu wachsen drohen.

Möglich, daß die Diktatur der Mitte uns noch einmal über den jetzigen Winter hinweghilft. Aber mit dem Erfolg, daß wir alsdann vor *noch größeren Schwierigkeiten* stehen werden. Die Diktatur wird gezwungen sein, sich *in Permanenz* zu erklären. Auch an einer Diktatur der Mitte würde wahr werden, was *Kautsky* in seinem zitierten Buch (Seite 150) warnend den Fürsprechern einer Diktatur des Proletariats zuruft:

> „Augenblicklich wird eine Diktatur propagiert, die nur kurz dauernd und ohne Gewalttätigkeit wirken soll. Das ist *die schlimmste aller Illusionen.* In einem Lande, in dem bereits alle Klassen zu regem politischen Leben erwacht sind, kann keine Partei, die eine Diktatur üben will, ohne *Gewalttätigkeit* auskommen. Wie friedfertig ihre Ansichten sein mögen, wie groß ihr Wille, durch die Diktatur nur die Kraft zu positiver Arbeit zu gewinnen, es wird bald, nachdem sie ihr Regime angetreten, von ihrem diktatorischem Gehaben *nichts übrig bleiben als die Gewalttätigkeit.*"

Gewalttätigkeit aber bedeutet die *Verneinung jeder moralischen Erziehung*, die Verneinung jedes geistigen Aufstiegs. Ein geistig vorgeschrittenes Volk hat nur eine große Erziehung und Lehrmeisterin: die *Demokratie.* Verzicht auf Demokratie heißt Verzicht auf geistige Wiedergesundung, heißt Verzicht auf jede materielle Fortentwicklung, die von *Dauer* sein kann; denn jede Diktatur verabsäumt, die Grundlage alles Aufstiegs fortzubilden, die geistige Schaffenskraft des Volkes. Nichts wäre für uns verderblicher, als wollten wir uns durch die Ungeduld derer, denen die Erziehungsarbeit der Demokratie zu langsam geht, zu verhängnisvollen Fehlern fortreißen lassen. Alle politischen Sünden rächen sich, am meisten Sünden gegen den Geist der Demokratie.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

CARL LINDOW:

Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit.

VOR einiger Zeit feierten einige bürgerliche Blätter einen Sieg der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Kurz nach Ausbruch der Revolution habe es den Anschein gehabt, als würde die Springflut den festen Bau unserer wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen zerstören. Aber wider Erwarten seien die Gewerkschaften aus diesem Sturm heil hervorgegangen. Auf allen Tagungen hätten die Oppositionsredner schließlich doch zur Einigkeit aufgerufen, und ihr Anhang sei diesem Ruf gefolgt.

Dieser Schlußstrich kam zu früh. Was wir bisher erlebten, war nur Geplänkel, die eigentliche Schlacht steht noch bevor. Die Hauptrufer im Streite sind die Kommunisten. Sie waren vor allem, wenn auch nicht allein, die Organisatoren des vor der Revolution und vor dem Kriege von blau bis gelb in allen Farben schillernden wirtschaftlichen und geistigen Lumpenproletariats. Dem Kongreß des Spartakusbundes, der Ende Dezember vorigen Jahres in Berlin tagte, lagen zwei Resolutionen vor, von denen eine die Tarife als Sklavenverträge ablehnte, während die zweite die *sofortige Vernichtung der Gewerkschaften* verlangte. Rosa Luxemburg sorgte für ein erstklassiges Begräbnis der Anträge, aber der gewerkschaftsfeindliche „Geist" — man verzeihe — lebte weiter. Die Unabhängigen waren in den ersten Revolutionsmonaten der Schwanz der Spartakisten, und sie waren es, die die Scheu vor der Beitragsleistung in die lapidare Formel brachten: Nieder mit den Gewerkschaftsbonzen, sie sind *Arbeiterverräter!* Ich nehme es den Leutchen nicht übel, daß sie mich Bonze nennen — sie können nicht aus ihrer chinesischen Haut heraus — und da meine Frau es nicht gern sieht, daß ich mich ärgere, läßt mich sogar der „Arbeiterverräter" kalt. Für meine feiner organisierten Kollegen habe ich einen Trost, den ich ihnen nicht vorenthalten will. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins, die 1874 in Hannover stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. hieß:

„Die Generalversammlung erklärt, daß alle diejenigen *Verräter der Arbeiterklasse* sind, welche — meist aus

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

eigennützigen Absichten — fortfahren, die Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund der Bewegung zu drängen."

Als ich auf dem Verbandstag der Transportarbeiter einen alten Kollegen fragte, wie ihm die Rede des Oppositionsredners gefallen habe, antwortete er mir gutmütig lächelnd: „Das imponiert mir nicht, so dumm bin ich auch schon einmal gewesen." Er gehörte früher zu den „Jungen". Es ist eben alles schon einmal dagewesen. Im Jahre 1874 hießen die „eigennützigen Arbeiterverräter" Liebknecht, Bebel, York usw., heute geht die Zahl der Arbeiterverräter in die Millionen, so daß ich es mir ersparen darf, Namen zu nennen.

Die U.S.P., diese fleischgewordene Halbheit, lenkte in der Gewerkschaftsfrage wenigstens *offiziell* ein. Anders die Kommunisten, die, in logischer Folge ihrer politischen Lehre, die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen müssen. In Hamburg (und auch in anderen Orten) verlangen die in der K.P.D. organisierten Arbeiter, daß sie ihre Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei von der Verpflichtung entbinden soll, einer Gewerkschaft anzugehören. Verschiedene Arbeitergruppen, so die Bauarbeiter, Hafenarbeiter u. a., haben diesen Anspruch abgelehnt und verlangen, daß ihre Berufskollegen der Gewerkschaftsorganisation beitreten oder aber die Folgen tragen müssen. Das Hamburger Gewerkschaftskartell ist dieser Auffassung beigetreten. Sächsische Parteiblätter konnten darauf dieser Tage eine Klage der Kommunisten wiedergeben über den — Terror der Gewerkschaften. Diese Klage macht sich gut in dem Munde der Leute, denen das Maschinengewehr ihr Gott, die Handgranaten die Propheten sind. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die ernsthaften Kommunisten ehrlich glauben, ohne Gewerkschaften auskommen zu können, die Mehrzahl aber nennt sich Kommunist, um die wenigen Beitragsgroschen zur Gewerkschaft zu sparen.

Immerhin sind diese Leute der Gewerkschaft weniger unangenehm als *die* Kommunisten, die den Gewerkschaften angehören, *um deren Arbeit zu sabotieren.* Die Aufforderung der Kommunistischen Partei an ihre Gläubigen, den Gewerkschaften fern zu bleiben, oder aus ihnen auszutreten, ist für unsere Organisationen harmlos. Die betrogenen Anhänger der komischen Weltverbesserer haben die Folgen zu tragen, die Gewerkschaften kommen über die geringe Einbuße hinweg. Da festgestellt worden ist, daß sich kommu-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nistische Führer für die Anzettelung von Streiks haben bezahlen lassen, kann das Ausscheiden solcher Elemente nur freudig begrüßt werden. Wir haben daher nichts gegen den Rat einzuwenden, den der „Kämpfer", das Chemnitzer Organ der K.P.D., am 13. August als eine Entschließung der Kommunistischen Partei Mitteldeutschlands mitgeteilt hat:

„Mitglieder der K.P.D. dürfen weder bürgerlichen Parlamenten, noch den von der Regierung anerkannten Räten angehören. Kommunisten, die in diesen gegenrevolutionären Einrichtungen wirken, haben sofort ihr Mandat niederzulegen, andernfalls sind sie aus der Partei auszuschließen. Konsequent dieser Auffassung propagiert die K.P.D. den Austritt aus den Gewerkschaften."

Am nächsten Tage unterstrich der „Kämpfer" diese Aufforderung noch einmal: „Wer an den alten Gewerkschaften und Parteiorganisationen festhält, ist ein Gegner der proletarischen Diktatur."

Gefährlicher ist der Plan, den der kommunistische Redakteur der „Handlungsgehilfenzeitung", Paul Lange, in der „Kommunistischen Rätekorrespondenz" entwickelt hat. Nach ihm sollen die Kommunisten versuchen, ganze Ortsgruppen, Industriebezirke oder Branchen von den Zentralverbänden loszureißen. Hier beginnt die Gewerkschaftspolitik der Kommunisten gemeingefährlich zu werden. Dagegen hilft nur der rechtzeitige Ausschluß aus der Organisation. Der „Deutsche Bauarbeiterverband" hat diese Notwendigkeit erkannt. Wie andere Gewerkschaftstagungen hatte sich auch der Verbandstag der Bauarbeiter mit Anträgen auf Ausschluß der leitenden Verbandsangestellten und solcher Kollegen, die der „Noskegarde" angehörten, zu beschäftigen. Diese Anträge wurden ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Jetzt sieht sich der Verbandsvorstand gezwungen, in einem Aufruf „gegen die Umtriebe in unserem Verband" Stellung zu nehmen. Es heißt darin:

„Radikale Agitatoren arbeiten auf einen Zusammenschluß der Opposition im Verbande und damit letzten Endes auf die *Sprengung des Verbandes* hin. Man schließt Mitglieder . . . wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Verband aus und weigert sich, . . . derartige Beschlüsse wieder aufzuheben. Man maßregelt ehemalige Angehörige der Reichs-, Sicherheits- oder Einwohnerwehren auf den Arbeitsstellen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

und schädigt damit den Verband, indem man ihn zwingt, den Gemaßregelten die statutarische Unterstützung zu zahlen. Man beschließt Mißtrauensresolutionen gegen die vom Verbandstag mit übergroßer Mehrheit eingesetzte Verbandsleitung. Man droht ferner mit der *Einstellung der Beitragszahlung*, wenn der Verbandsvorstand nicht gegen Statut und Verbandstagsbeschlüsse handeln will, und ein Verein hat sogar schon den *Rücktritt des Verbandsvorstandes* gefordert, weil er erklärt hat, daß er . . . alle Kollegen aus dem Verbande ausschließen müsse, die Verbandsmitglieder wegen ihrer politischen Gesinnuung oder Betätigung maßregeln."

Der Aufruf erklärt dann weiter, daß jeder, der gegen die Beschlüsse und das Statut verstoße und trotz Mahnung den Beschlüssen nicht nachkomme, sich außerhalb des Verbandes stelle. Wenn es sich um ganze Vereine handle, würden sie aufgelöst und die verbandstreuen Mitglieder in neuen Vereinen wieder zusammengefaßt.

Ich habe diesen Aufruf so ausführlich wiedergegeben, weil er zeigt, wie weit die Sache gediehen ist. *Der Beschluß ist nur freudig zu begrüßen.* Was die Organisationen an Breite verlieren, werden sie an Festigkeit gewinnen. Heute gleichen einige große Organisationen bereits den berühmten „roten Armeen", die beim ersten Schuß auseinanderliefen, bis ein Diktator sie mit eiserner Faust zusammenfaßte, ohne das naturnotwendige Ende abwenden zu können. Diesen Diktator haben die destruktiven Elemente in allen Organisationen natürlich auch schon bei der Hand. Es gilt diesen Burschen das Handwerk zu legen und aus dem Heerhaufen eine auf freiwilliger Disziplin ruhende Demokratie zu machen, die *jedem* Angehörigen die *nämlichen* Rechte verbürgt.

Mit Recht hebt der „Vorwärts" hervor, daß der Bauarbeiterverband nicht die einzige Organisation ist, die mit solchen zerstörenden Bestrebungen zu kämpfen hat. Im *Deutschen Transportarbeiterverband* hat die Ortsverwaltung Braunschweig sich den traurigen Ruhm erworben, die Quertreiber zu sammeln. In einem, nach der Abhaltung des Verbandstages an alle Mitgliedschaften versandten anonymem Rundschreiben wird die Beseitigung des Verbandsvorstandes gefordert und mit der Beitragssperre geliebäugelt. Uebrigens hatte die Ortsverwaltuung Gotha des Transportarbeiterver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bandes schon früher einmal einen solchen Beschluß gefaßt und mit der Selbständigmachung gedroht. Nach dem Braunschweiger Plan soll Berlin die Zentrale der Sprengaktion werden. Bezeichnend ist, daß die über 100 000 Mitglieder starke Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes noch immer keine Stellung zu dem Anschlag auf den Verband genommen hat und ihn vor den Mitgliedern geheim hält. Dafür wird aber in kleinen Kreisen heftig für die *Betriebs*organisation gewühlt. Besonders sind es die Konsumvereinsarbeiter, die für diese Dummheit gewonnen werden sollen. Auch der *Fabrikarbeiterverband* mußte sich kürzlich mit solchen Machinationen unter den Arbeitern in den Seifenfabriken und Margarinefabriken beschäftigen. Diese Betriebsorganisationen würden auf gewerkschaftlichem Gebiet den gleichen Ruhm gewinnen, wie die Räterepubliken Bremen, Cuxhaven und Braunschweig seligen Angedenkens — Neukölln natürlich nicht zu vergessen — auf dem politischen. Wie aber trotz allen trüben Erfahrungen der „reine" Rätegedanke — als ob die politischen Räte jemals von dem vergossenen Blut wieder rein werden könnten — die Arbeiter noch immer auf den Leim politischer Scharlatane lockt, so besteht auch die Gefahr, daß die meistens das Licht der Oeffentlichkeit scheuende Wühlarbeit für die sogenannte Betriebsorganisation der Gewerkschaften Verwirrung und Unheil bringen kann.

Viel wird in dieser Zersplitterungsfrage von dem Verhalten der Unabhängigen abhängen — wenn man nur wüßte, wo der Unabhängige aufhört und der Kommunist anfängt. Die Berliner „Freiheit" bemühte sich in ihren Ausgaben vom 2. und 5. September die Unabhängigen von der Schuld an den Zerstörungsversuchen reinzuwaschen und verurteilte die Syndikalisten und Kommunisten ob ihrer Kurzsichtigkeit, die Opposition „gegen die Vorständepolitik" zu schwächen. „Starke Gewerkschaften sind heute notwendiger denn je", gesteht die „Freiheit", obwohl sie sonst immer nur *alle* Macht für die Arbeiterräte verlangt. Unter einer starken Gewerkschaft versteht das Blatt eine Organisation, „die nicht nur reich an Mitgliedern, sondern deren Leitung auch den Willen und die Kraft hat, die revolutionäre Situation so gut wie möglich zugunsten des Proletariats auszunützen."

Ich bin ebenfalls der Meinung, daß ein Bauarbeiterverband mit 300 000 von ruhiger Vernunft beherrschten und ge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

werkschaftlicher Disziplin geleiteten Klassenkämpfern stärker ist, als ein Bauarbeiterverband mit 400 000 *Mitgliedern*, von denen 100 000 von „glühender Leidenschaft" Verwirrte jede *planmäßige* Aktion unmöglich machen, weil schließlich ein Narr mehr Unheil stiften kann, als 100 Kluge gut zu machen vermögen. Hat man so die Kraft der Organisation gelähmt, dann war es die „Vorstandspolitik", die nicht den „Willen und die Kraft hatte, die revolutionäre Situation zugunsten der Arbeiter auszunutzen." Es ist dasselbe unehrliche Spiel wie in der Politik. Acht Monate lang haben die Schützlinge der „Freiheit" durch Putsche, blödsinnige Streiks usw. die Regierung von positiver Arbeit abgehalten, im neunten Monat schmäht man sie, weil das Proletariat angeblich mit leeren Händen dasteht.

In dem zweiten Artikel der „Freiheit" wird auch auf den bevorstehenden Verbandstag der Metallarbeiter hingewiesen. Der *Metallarbeiterverband* werde demnächst „eine Probe aufs Exempel zu machen haben." In der Tat wird dieser Verbandstag Klarheit darüber schaffen müssen, wie weit die Unabhängigen die Verantwortung für die Zersplitterung der Gewerkschaften auf sich laden wollen. Sie sind schon jetzt schwer genug damit belastet. So sind die Führer des von der Sektion Binnenschiffahrt im Transportarbeiterverband bereits abgesplitterten Verbandes der Binnenschiffer waschechte Unabhängige, während andere Unabhängige diese Zerstörungsarbeit scharf verurteilen. Vielleicht hat Däumig an dieses Beispiel gedacht, als er auf dem — natürlich „revolutionären" — Betriebsrätekongreß in Halle betonte, daß sich binnen kurzem in der Gewerkschaftsfrage die Geister der Unabhängigen scheiden müßten.

Der Metallarbeiterverband war an Zahl schon immer die größte Gewerkschaft. In der Praxis lag jedoch die Sache anders, weil die im Beruf vorhandene gewaltige Anzahl der Gelben und Blauen es der Organisation nicht gestattete, gegen die Kühnemänner mit dem Nachdruck aufzutreten, wie die Verbandsleitung es gern getan hätte. Die ehemals gelben und blauen Metallarbeiter, die Denunzianten ihrer freigewerkschaftlich organisierten Kollegen, tragen heute den roten Domino und ihre Sprache ist revolutionär geworden — sonst aber sind sie die alten Schädlinge der Arbeiterbewegung geblieben. Deshalb muß man für die Zukunft des Metallarbeiterverbandes fürchten. Wahrscheinlich haben die An-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hänger der U.S.P. auf dem Verbandstag die Mehrheit, und wenn sie alle vom Schlage der Berliner Unabhängigen sind, ist es um die stolze Organisation geschehen, denn die Berliner Arbeiter nehmen zwar ein Mitgliedsbuch von der U.S.P.D., aber die „Gedanken" von den unverfälschten Kommunisten. Deshalb gibt es in Berlin wohl noch ein Nebeneinanderarbeiten — ein Zusammenarbeiten aber schon lange nicht mehr.

Von Kiel ging die Revolution aus. In Kiel werden die Metallarbeiter tagen — hoffentlich datiert nicht von Kiel der Anfang vom Ende der Einigkeit im Metallarbeiterverband, hoffentlich erfolgt dort nicht ein neuer schwerer Schlag gegen die Revolution.

Und hoffentlich bauen die anderen Gewerkschaften vor und machen mit den offenen und heimlichen Feinden der Gewerkschaftsbewegung, den Helfershelfern des Unternehmertums, kurzen Prozeß. Eine Operation ist meist schmerzlich, aber nur zu oft die einzige Rettung vor Siechtum und qualvollem Tod.

MÜLLER-BRANDENBURG:

Die Ueberschätzung der eigenen Kraft.[1]

ES gibt kaum etwas sündhafteres für den Feldherrn, als den Gegner zu unterschätzen. An der Unterschätzung seiner Gegner ist Napoleon I., eines der größten militärischen Genies aller Zeiten, zugrundegegangen. An diesem sündhaften Fehler ging Ludendorff zugrunde und riß das deutsche Volk mit in die Schlucht der Katastrophe. Ludendorffs Schicksal ist überaus tragisch, aber durch und durch selbstverschuldet. Wenn ihn heute der Haß weiter Volksschichten verfolgt, dann hat das seine Gründe. Hat Ludendorff mit Napoleon manches gemein, so ist doch ein riesiger Unterschied da. Nie war Napoleon größer denn im Unglück, ein Zeichen seiner überragenden Persönlichkeit. Als die Katastrophe von 1918 kam, da zeigte Ludendorff keine Größe. Das Volk fühlt das, ohne daß ihm dies klar zum Bewußtsein

[1] „Wie es zum Zusammenbruch kam", Teil 4. Vergl. die Nummern 22, 21 und 18 der „Glocke". Die Aufsatzreihe ist natürlich *vor* dem Erscheinen des Buches Ludendorffs geschrieben.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

kommt, instinktiv und darum haßt es den Mann, der in den Tagen der Siege es führte. Selbst, daß Ludendorff sich nicht an das Vorbild des großen Moltke hielt, der 1870 *nur* Generalstabschef war und Politik Politik sein ließ, selbst daß Ludendorff verschleierter Diktator Deutschlands war, das Volk würde ihm alles verziehen haben, würde in ihm nur den glanzvollen, genialen Führer und Feldherrn gesehen haben, wenn er im Unglückssturm nicht zusammengebrochen wäre. *Alle* durften die Nerven verlieren, nur *der* Mann nicht, der *alles* an sich gerissen hatte, in dessen Hand das Schicksal unseres Volkes lag. Weil aber gerade *er* die Nerven verlor, deshalb haßt ihn heute die Mehrheit des Volkes so tief und ehrlich. Man vergesse das nicht, wenn man über diese Dinge urteilen will. Es kann kein Zweifel sein und ist von mir in meiner Schrift „Irrungen und Wirrungen“[2] nachgewiesen worden, schwerste Schuld an unserem Zusammenbruch trägt unsere unselige Außenpolitik. Es gehört aber nicht hierher, über diese Dinge zu reden, wir haben uns hier nur mit den militärischen Fragen zu befassen. Allerdings, so viel diese Fragen sich mit denen der Außenpolitik berühren, müssen wir sie streifen. Als — infolge unserer unseligen Außenpolitik — Rumänien uns im Sommer 1916 den Krieg erklärte, ging ein tiefes Erschrecken durch die Gräben. „Viele Hunde sind des Hasen Tod.“ Das erkannte jedermann und es war ein Glück, daß Falkenhayn, der *alles* Vertrauen infolge seiner Kriegsführung verloren hatte, ging und der glänzende Doppelstern Hindenburg-Ludendorff wegweisend an die Spitze der fechtenden Heerscharen trat. Und doch, selbst die schnellen, wuchtigen Schläge, die die Rumänen niederwarfen, lösten immer wieder das Empfinden aus: „Wir siegen uns tot!“ Dann kam eine Zeit der Hochspannung. Wer im Frühjahr 1917 im Westen stand, der wird sich des Alpdrucks entsinnen, der auf den Gemütern lastete, als die Nachrichten immer schärfer zur Gewißheit werden ließen, daß Franzosen und Engländer zum entscheidenden Schlage gemeinsam antreten würden. Die Sommeschlacht hatte einen Vorgeschmack der kommenden Dinge gegeben. Die durch diese Schlacht entstandene Einbuchtung war drohende Mahnung. Da — im entscheidenden Augenblick — riß Hindenburg die Front Arras—Aisne auf

[2] Verlag Politik, Berlin 1918.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

die Siegfriedstellung zurück. Ein strategisches Meisterstück, das den Ententegeneralstäben gründlich ihre Pläne verdarb. Die Schlacht bei Arras, die Doppelschlacht Aisne—Champagne und die bei Ypern, sie alle konnten das nicht wettmachen, und glanzvoll strahlt aus jenen Tagen die Hingabe und Opferwilligkeit der furchtbar ringenden deutschen Divisionen, die — aller Uebermacht zum Trotz — wunderbar ihrer Aufgabe gerecht wurden. Dieser Sommer im Westen 1917 ist wohl der Höhepunkt der Leiden und der Hingabe der deutschen Regimenter gewesen. Nur wer es erlebt hat, welche Fülle von Pflichterfüllung und restlosem Sichhingeben, unbekümmert um die Folgen, in diesen Monaten in den Kompagnien und Batterien herrschte, kann gerecht beurteilen, welche moralische Kraft das deutsche Volk aufzubringen in der Lage ist.

Diese ungeheure Leistung hat wohl die Oberste Heeresleitung dahin gebracht, dem Glauben zu frönen, man könne der ausgepumpten Armee *noch mehr* zumuten. Deshalb wohl ging man das Jahr darauf selbst zum Angriff vor. Militärisch wäre dagegen nichts zu sagen — wenn nicht so *unbegreifliche* Fehler gemacht worden wären.

Der Wahnsinn des Annexionsgedankens hat die Oberste Heeresleitung in seinen Bannkreis gezogen. Er hat sie dazu verleitet, halb Rußland zu besetzen. Mir sind zurzeit die Zahlen nicht zur Hand, wieviel hunderttausend Mann zu Frühjahr 1918 auf dem Ostkriegsschauplatz standen. Alle diese Männer fehlten hernach im Westen. Größenwahn und die Sucht nach Kurfürstenhüten und was dergleichen Dinge mehr sind, regierten die Stunde. Die *uralte* militärische Weisheit, daß man zur Entscheidung *nie* stark genug sein kann, wurde vergessen. Die Folgen sind uns furchtbar geworden, die Unterschätzung des Gegners hat sich entsetzlich gerächt.

Im März 1918 hatten die Amerikaner 300 000 Mann in Frankreich stehen. Wenn man in der Front bei Gelegenheit gegenüber den höheren Herren mal ein ernstes Wort über die Amerikaner sagte, gab's ein mitleidiges Achselzucken. „Haben Sie etwa vor *der* Gesellschaft Angst?“ fragte mich eines Tages ein Generalstäbler. „Von Angst kann keine Rede sein, Herr Oberstleutnant, aber die amerikanische Armee ist eine Gefahr für uns“, war meine Antwort. Mitleidiges Lächeln und dann halb wohlwollend, halb bedauernd: „Na, Ihnen scheint der Frontdienst allmählich ooch zuzu-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

setzen." Da man gegenüber solchen Taktlosigkeiten als Untergebener machtlos war, schwieg man. Ob mir der Frontdienst „ooch zugesetzt" hat, darüber darf man getrost *jeden* der prachtvollen Leute meiner Batterie 8/601 vernehmen, die werden alle darüber aussagen können, ob ihr Führer „Angst" gehabt hat. Bei manchen Herren der hohen Stäbe war es allmählich Sitte geworden, Besorgnisse der Führer der Front als Ausflüsse von Angstzuständen zu kennzeichnen. Doch das nur nebenbei.

Bei der Obersten Heeresleitung hatte man vor den Amerikanern anscheinend *gar keine* Angst. Die ließ man munter über den großen Teich kommen und in solchen Haufen, daß die 300 000 Mann aus dem März im Oktober auf 1 700 000 Köpfe angewachsen waren! In Nr. 116 des „Militärwochenblattes" habe ich die Frage gestellt, weshalb die U-Boote der Marine diese ungeheuren Truppentransporte zugelassen haben. Ging die Versenkung über unsere Kraft? Oder hatten die U-Bootkommandanten Befehl, alles abzusaufen, nur keine amerikanischen Truppentransporte? War Ludendorff über die eingehenden Antransporte richtig orientiert? Bis jetzt sind diese doch wohl sehr klaren und auch sehr schwerwiegenden Fragen *nicht* beantwortet worden. Man erlaube mir, daß ich das als eigentümlich kennzeichne. *Da scheint doch wohl etwas nicht ganz zu stimmen!* Die amerikanische Armee, die man da hat quietschvergnügt über den Ozean gondeln lassen, hat uns den Todesstoß gegeben. Wir Feldgraue haben das Recht, Antwort auf unsere Frage zu erhalten. *Wer hat schuld, daß dieser Antransport möglich wurde, die Oberste Heeresleitung oder die U-Bootkommandanten?* Ich kann mir nicht vorstellen, daß die letzteren die Schuldigen sind. U. A. w. g. Doch nun zu den operativen Vorgängen des Jahres 1918.

Noch einmal traten Deutschlands Söhne an und vollbrachten Leistungen, wie sie nicht gesehen worden waren bis zu diesem Augenblick, wie sie nicht wieder von anderen Völkern erreicht worden sind. Man halte sich — wenn man die deutsche Leistung richtig würdigen will, stets vor Augen, daß es der Entente trotz ihrer vielfachen Ueberlegenheit, trotz der Zermürbung der deutschen Armeen, trotzdem die Entente immer neue, völlig frische Kräfte ins Gefecht werfen konnte, nicht gelungen ist, Erfolge wie die auf der Linie St. Quentin—Amiens oder Aisne—Marne im Frühjahr—Som-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

mer 1918 zu erzielen. Kein Zweifel, nie hat eine Armee mehr Opfersinn, mehr Schneid, mehr kriegerische Größe und mehr militärische Fähigkeit wie die unsere entwickelt. Um so tragischer der Zusammenbruch. Um so notwendiger, Klarheit zu schaffen über seine Ursachen.

Der große Märzstoß aus Gegend St. Quentin auf Amiens war geglückt. Jedoch, das, was die Oberste Heeresleitung hatte erreichen wollen, die Trennung der französischen und englischen Armee war nicht erzielt worden. Aus der Fülle der Reserven hatte Foch eine Barre vor Amiens gelegt. Die war nach Angaben der Obersten Heeresleitung mit den zur Verfügung stehenden Truppen nicht ohne weiteres zu überrennen. Der Stoß bei Arras blieb stecken. Jetzt kam der Hieb bei Armentières; auch er hatte nicht den gewünschten Erfolg, trotz guter Leistungen der Truppen. Dann kam der Hieb am Chemin des Dames. Er trug uns wieder an die Marne. Der auf Compiègne folgt und dann kam — Reims und versagte. Wir waren fertig!

Mit ausgepumpter Armee hat man 1918 im Frühjahr das getan, was ich im Frühjahr 1915 der Obersten Heeresleitung mir vorzuschlagen erlaubt hatte, damals, als die Armee noch auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit war. Wenn wir 1918 bis Amiens gelangen konnten, dann ist wohl die Behauptung berechtigt, wir wären drei Jahre vorher bis zum Meere gelangt und hätten den Krieg entschieden. Was ich 1915 als Voraktion vorgeschlagen hatte, die Angriffe nördlich und südlich der Haupteinbruchstelle zur Bindung der feindlichen Kräfte, das geschah 1918 hernach. Sollte der Hieb bei Armentières nur ablenken? Nein, wir sollten durch! Hatten die Nordfront der Engländer von Ypern bis zum Meere abzuschneiden, sonst war der Angriff Unsinn. Der Chemin des Dames brachte wohl einen nicht erwarteten Erfolg und — gleich ist Paris als strategisches Ziel wieder im Vordergrund, vergißt man den Kanal! Man wird sagen, das sei nicht der Fall. Dann aber sei die Frage gestattet, weshalb dann die Schlacht um Compiègne, weshalb dafür solches Blut, solche Menge Munition *geopfert?* Die Front an der Marne war in der Form, in der sie nach der Schlacht lief, auf die Dauer unhaltbar, unhaltbar allein der rückwärtigen Verbindungen wegen. Weshalb nahm man sie nicht auf die Vesle zurück? Weshalb der Stoß auf Compiègne, weshalb das Unfaßbare — Reims? Vom Augenblick des

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Hiebs am Chemin ab war der Kanal vergessen, Paris—Troyes faszinierte, der Hoffnung bietet sich Raum, Verdun zu bekommen. Was war der Erfolg? Unsere Front dehnte sich immer mehr aus, wurde immer länger. Immer mehr Divisionen wurden nötig, allein die Front zu decken, wurden dementsprechend für die Entscheidung, als Stoßkraft, in Ausfall gebracht. Wir in der Front fühlten das alles, und ich habe mit manchem älteren Offizier in jenen Tagen darüber gesprochen, die Frage gestellt: worauf soll das hinauslaufen? Was soll das für einen Zweck haben? Und mancher hat gesagt, er verstände das auch nicht. Selbst Führer von Regimentern fragten wie ich. Was auf der Linie Noyon—Verdun geschah, das war kein strategisches Meisterstück! Der Stoß am Chemin läßt sich als Ablenkung noch verteidigen. Als die wirksam wurde, kam *alles* darauf an, nunmehr mit *allen* Mitteln auf die See zu durchzubrechen. Koste es, was es wollte. Selbst Compiègne war noch zu verstehen, aber Reims?

Die Folgen liegen vor aller Augen. Was uns Compiègne und Reims gekostet hatten, das fehlte hernach am Westschenkel des Marnebogens. Als dort das Unglück geschah, war noch lange nicht alles verloren, wenn man schnell — ohne jeden Aufenthalt — wie 1914 auf die Vesle oder Aisne zurückgegangen wäre. Aber das Material, das man im Marnebogen schon stecken hatte! O je, das beweist ja, daß man das strategische Ziel aus dem Auge verloren hatte.

Die Front kam ins Wanken! Und nun verbiß man sich in hartnäckige Verteidigung. Eine Frage! Im Frühjahr 1917 fand man den großzügigen Entschluß und ging ohne Zögern auf die Hindenburglinie zurück. Weshalb fand man, als die Lage sich zuspitzte, nicht den Entschluß, im August auf die Linie Antwerpen—Givet—Verdun zurückzufallen? In Flandern selbst — wenn es sein mußte — auf die Gette? Wo war die Großzügigkeit in der Führung, die Großzügigkeit, die man im Osten so oft bewiesen, im Westen im Frühjahr 1917 entwickelt hatte? Mußte man nicht opfern in dem Augenblick, wo alles auf dem Spiele stand? Selbst *sehr* viel opfern?

Die Kräfte, die man zum Hieb am Chemin bereitstellte, hätte man am Kemmel (Armentières) zur Verfügung halten

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sollen, dann hätte man Cassel gehabt, damit die Front Nieuport—Ypern aus den Angeln gehoben. Calais wäre mehr als bedroht gewesen. Die Kräfte, die man bei Compiègne und bei Reims einsetzte, hätten dann gleich hernach mit allen Mitteln auf Amiens angesetzt werden müssen. *So* gearbeitet, der Zusammenbruch der Front des Gegners vom Meere bis Noyon wäre die Folge gewesen. Aber der Marnebogen hatte es der Obersten Heeresleitung angetan, er verursachte Compiègne, verursachte Reims, verursachte — strategisch gesehen — den Zusammenbruch.

* * *

Damit schließe ich diese Aufsatzfolge, die die Grundlage meines Buches „Von der Marne zur Marne, Antwort an Oberst Bauer" geworden ist. Das Buch wird demnächst im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheinen. Es belegt die hier aufgestellten Behauptungen durch eingehende Beweise.

Dr. WERNER PEISER:

Weltökonomie – nicht Nationalökonomie.

DAS Problem der Revolution ist letzten Endes ein Problem der Wirtschaft. Mögen politische Unterdrückung, militärische Lasten, moralische Demütigungen usw. auch Imponderabilien von nicht zu unterschätzender Tragweite sein, so sind doch ökonomische Faktoren immer die letzten und ursprünglichsten Ursachen einer revolutionären Erhebung. Ist dies schon bei bürgerlichen Revolutionen der Fall, so erst recht bei proletarischen. Das *Feuerbach*sche Wort: „Der Mensch ist, was er ißt" mag zwar wie eine Verzerrung der Tatsachen klingen und hat auch einen zweifellos gewollt zynischen Beiklang, ist aber doch geeignet, Menschliches, Allzumenschliches in seinen Urfaktoren zu enthüllen.

Betrachten wir die Wirtschaftsformen der Menschheitsepoche, soweit sie in den Bereich des historisch Erkennbaren getreten ist, so lassen sich vornehmlich drei Perioden unterscheiden: Die der *Stadtwirtschaft,* die der *Naturalwirtschaft* und die der *Volkswirtschaft.* In der ersten Epoche spielt sich hauptsächlich das Staatsleben des *Altertums* ab. Obwohl das griechische und insbesondere das spätrömische Altertum, vornehmlich die Zeit der römischen Kaiser, bereits stark kapitalistischen Einschlag trägt, kann doch von einem volks- oder gar weltwirtschaftlichen Ausbau kaum die Rede sein. Der Güteraustausch zwischen Rom und seinen von

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ihm abhängigen Provinzen geschieht nicht in Form freier Verträge freier Kontrahenten, sondern vielmehr in Form übelster Ausbeutung durch die in die Provinzen entsandten Prokonsuln und Proprätoren, die ihre Hauptaufgabe nicht etwa in einer wirtschaftlich ersprießlichen Verwaltung der ihnen anvertrauten Länder erblicken, sondern das Land in zweierlei Hinsicht auszubeuten suchen: für den Geldsäckel Roms und für ihre eigenen Taschen. Ihnen dafür den Namen großer Feldherren und tüchtiger Verwaltungsbeamter beizulegen, blieb der bürgerlichen Nachwelt vorbehalten. Von kritisch blickenden Römern, wie namentlich *Cicero,* wurde schon damals der räuberische Charakter jener Konsuln und Prätoren erkannt, und während der Name eines *Cäsar* noch heute in dem militaristisch infizierten Europa einen guten Klang hat, ist der Name des *Verres* dank Cicero längst in die Reihe der großen und doch ungenialen Verbrecher verzeichnet.

Hellas und Rom stürzen, und mit ihnen versinkt die Welt des Altertums, um nur noch Trümmer von historischem Interesse zu hinterlassen. Die Barbarenhorden germanischen Stammes, die sich in den einst von Rom beherrschten und ausgebeuteten Landen ausbreiten, bringen eine neue Kultur mit sich, und mit ihnen beginnt das System der *Naturalwirtschaft* sich über Europa auszubreiten. Die Naturalwirtschaft hat einen gänzlich anderen Charakter aufzuweisen als die Stadtwirtschaft. Mit dieser hat sie die Abschließung der weiter belegenen Länder von Wirtschaftsverträgen gemeinsam. Was sie aber von ihr unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie auf das Geld als Wertmesser gänzlich oder fast gänzlich Verzicht leistet und statt dessen — wie ihr Name besagt — den wirtschaftlichen Austausch lediglich mit Naturprodukten herbeiführt und unterhält.

Betrachten wir das Staatensystem des Mittelalters, das vorwiegend mit dem Naturalsystem zusammenfällt, so finden wir eine neue Erscheinungsform der ökonomischen Ausbeutung von Menschen durch Menschen. An Stelle des Sklaven, dessen Vorhandensein und wirtschaftliche Ausnützung selbst von Aristoteles für eine selbstverständliche Notwendigkeit gehalten wurde, tritt mehr und mehr im Mittelalter das Hörigenverhältnis, die schwächere Form der wirtschaftlichen Ausbeutung. Es hieße in den Fehler der ideologischen Geschichtsbetrachtung verfallen, wollten wir die Naturalwirtschaft als eine Folge der Vasallität, des Hörigensystems, der Kleinstaaterei usw. ansehen; vielmehr müssen wir selbstverständlich auf Grund des historischen Materialismus in umgekehrter Betrachtung die staatlichen Erscheinungen als eine Folge der wirtschaftlichen, nämlich eben der Naturalwirtschaft, betrachten. Sie ist der ökonomische Unterbau, auf dem sich — um das bekannte *Marx*-Wort in der Einleitung zur „Kritik der politischen Oekonomie" zu zitieren — der politische, rechtliche und moralische Ueberbau der ganzen Gesellschaft erhebt.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Naturgemäß konnte die Naturalwirtschaft gesteigerten Ansprüchen der Menschen auf die Dauer nicht genügen. Sie ist im allgemeinen auf die Befriedigung menschlicher Durchschnittsbedürfnisse eingestellt, sie ist die gegebene Form, in der Völker, die noch auf primitiven Stufen der Entwicklung stehen, in Beziehung zueinander treten. Die Naturalwirtschaft vornehmlich ist dasjenige Wirtschaftssystem, das auch heute noch bei vielen wilden Stämmen — insbesondere im zentralen Afrika — in Blüte steht, während die vorgeschrittenen Randvölker bereits die Bedeutung des Geldes als Wertmesser erkannt haben und zu einem, wenn auch noch recht wenig ausgebildeten Münzwesen vorgeschritten sind. Aus diesem Grunde mußte die Naturalwirtschaft bereits in sich die Keime einer neuen Wirtschaftsform entstehen lassen, wie sie insbesondere durch die Entdeckung Amerikas, durch das Aufblühen des Städtewesens, durch die Verdrängung der Ritter und Entstehung eines typisch-bürgerlichen Charakters innerhalb der Stadtmauern bedingt und gefördert wurden. Die neue Wirtschaftsform, die sich noch auf dem Boden der alten entwickelte, bis sie allmählich diese zersprengte, ist das System der *Volkswirtschaft*.

Sie ist ein echtes Kind des kapitalistischen Zeitalters. Dieses hat im Gegensatz zu der vergangenen Epoche des Naturalsystems kein unmittelbares Interesse an der Bedürfnisbefriedigung des einzelnen Bürgers, sondern sein spezifisches Interesse ist die möglichst erfolgreiche Ausbeutung von Menschen und Institutionen zum Zwecke einer möglichst hohen Gewinnerzielung. So kann es vorkommen — und läßt sich durch zahlreiche Beispiele aus der Praxis beweisen —, daß in einem Lande Ueberfluß an Nahrungsmitteln herrscht, diese aber, um die Preise, welche die anderen Länder hierfür zahlen, nicht sinken zu lassen, in ungeheuren Massen vernichtet werden, so daß die Bevölkerung trotz des offenkundig vorhandenen Ueberflusses buchstäblich Hunger leidet, ein Fall, wie ihn insbesondere die Wirtschaftsgeschichte *Irlands* aufzuweisen hat. An Stelle des Individuums, des Bürgers, des Handeltreibenden tritt im kapitalistischen System die unkörperliche Gesellschaft, diese jedoch noch nicht als staatlich organisierte Vielheit von Individuen zum Zwecke gemeinsamer Kulturförderung, sondern Gesellschaft noch lediglich im Sinne der Aktiengesellschaft, der G. m. b. H. und — als erste Folge sozialer Ausflüsse des ausgehenden 19. Jahrhunderts — der Genossenschaften. Diese Art von Gesellschaften sind die typische Form, in der sich die Volkswirtschaft des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts abspielt.

Nach der von *Hegel* zum erstenmal verwandten und von *Marx* insbesondere zur Betrachtung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens der Gesellschaft ausgebeuteten Methode der *Dialektik* ist zu untersuchen, ob nicht diese typische Form des zwanzigsten Jahrhunderts bereits die Keime zu einer weiteren Entwicklung in sich trägt. Von bürgerlichen Oekonomen wird die Nationalökonomie

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

oder Volkswirtschaftslehre, wie sie das kapitalistische Zeitalter hervorgebracht hat, vielfach bereits als die typische Ausdrucksform der Weltwirtschaft bezeichnet. Von sozialistischem Gesichtspunkte aus ist diese Bezeichnung irrig. Suchen wir die Theoretiker der bürgerlichen Volkswirtschaft mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Höchst geistreich definiert Franz *Oppenheimer* die Nationalökonomie als „die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft der Wirtschaftsgesellschaft". Ist sie das nun wirklich, oder ist nicht Oppenheimer vielmehr in den Fehler verfallen, eine Forderung für eine Tatsache hinzustellen, jene mit dieser zu verwechseln? Unter einer Gesellschaftswirtschaft ist eine Wirtschaft zu verstehen, deren Träger nicht Einzelpersonen sind, sondern die von der Gesellschaft als solcher geführt wird. Läßt sich nun etwa der Beweis erbringen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem der vorrevolutionären Epoche tatsächlich von der Gesellschaft als solcher getragen worden ist? In Wirklichkeit lagen die Dinge doch so, daß die Produktion von einem ungeheuren Teil des Proletariats getragen wurde, während diesem der Nutzen der Produktion nicht zugute kam, vielmehr ihm die Konsumtion der produzierten Güter in jeder nur denkbaren Weise verkürzt und beschnitten wurde. Die oben näher bezeichneten Gesellschaften, welche die Produktion zu vergeben hatten, sorgten auf das peinlichste dafür, daß dem Arbeiter nur ein Teil, und meist nur ein recht geringer, der produzierten Güter zugute kam, während der größere Teil der Kapitalien dem vorhandenen Kapital akkumuliert und so zum Träger erneuter Ausbeutung wurde. Von einer Gesellschaftswirtschaft kann aber wohl dann erst die Rede sein, wenn wirklich die ganze Gesellschaft zugleich *Träger* und *Nutznießer* der Produktion ist, nicht aber, so lange der eine Teil der Gesellschaft Träger der Produktion ist, während sich ihre Nutznießer im wesentlichen aus einem anderen Teil, aus anderen Gesellschaftsschichten rekrutieren.

Wie steht es mit dem zweiten Teil der Oppenheimerschen Definition? Volkswirtschaft soll die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft der Wirtschaftsgesellschaft sein. Die Widerlegung der ersten Hälfte seiner Ausführungen umschließt bereits die des Begriffes „Wirtschaftsgesellschaft". Unter einer Wirtschaftsgesellschaft kann doch nur eine beliebig große Anzahl von zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossenen Individuen zu verstehen sein, die in dieser Gesamtheit eine Wirtschaft, d. h. einen einheitlichen Körper bilden. Solange aber die Wirtschaft in Arbeitnehmer und Arbeitgeber in kapitalistischem Sinne, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in — nach *Marx* — Expropriierte und Expropriateure zerfällt, solange kann doch nicht wohl von einer Wirtschaftsgesellschaft die Rede sein. Solange aber dies nicht möglich ist, ist nicht nur nicht von einer Volkswirtschaft die Rede, geschweige denn, daß wir von einer Weltwirtschaft reden könnten.

Hier läßt sich der Einwand erheben, daß die vorkriegerische

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Periode einen regen Austausch der wirtschaftlichen Güter innerhalb und außerhalb Europas gekannt hatte, und daß tatsächlich fast die ganze Welt — soweit wir sie mit dem Begriff der Zivilisation bezeichnen — in den Handel mit einbegriffen war. Doch auch dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Von einer wahren Weltwirtschaft kann nur dann die Rede sein, wenn sich nationale und internationale Interessen miteinander decken, d. h. wenn nicht der Gesichtspunkt möglichst großer Uebervorteilung des fremdstaatlichen Kontrahenten maßgebend für die Anknüpfung von Handelsbeziehungen ist, sondern wenn die gesamte Wirtschaft hüben und drüben lediglich unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung der gesamten Bevölkerung erfolgt. Daß in der vorrevolutionären Epoche dieser Gesichtspunkt nur in den seltensten Fällen ausschlaggebend oder auch nur mitsprechend gewesen ist, bedarf wohl keines besonderen Beweises. Bei der planlosen, also im besten Sinne des Wortes anarchischen Produktionsweise der kapitalistischen Aera lag allen Handelsbeziehungen internationaler Art nicht die Bedürfnisbefriedigung eines einzelnen — über die man ja überhaupt nicht informiert war — zugrunde, sondern lediglich der Gesichtspunkt des Unternehmergewinns. Gerade im internationalen Güteraustausch zeigte das Kapital seinen doppelten Charakter: es zeigte sich national, sobald seine Interessen durch die auswärtigen Konkurrenten bedroht zu sein schienen — dieser „nationalen Gesinnung" entsprangen die endlosen Steuern, Zölle usw., mit denen sämtliche Gegenstände des Verbrauchs bis zur Unerträglichkeit belastet wurden, ein Ausfluß dieser nationalen Gesinnung war ferner der Umschwung der konservativen Partei im Jahre 1879, die bis dahin freihändlerisch gewesen war, von damals an aber rein schutzzöllnerisch auftrat — und das Kapital zeigte sofort einen internationalen Charakter, wenn es hierbei besser seinen Ausbeutungsinteressen dienen zu können glaubte. So stellten sich die vorrevolutionären Handelsbeziehungen der Länder untereinander weniger als ein Warenaustausch im Interesse der breiten Schichten der Konsumenten dar, als vielmehr als ein gegenseitiges Sichbelauern, ein Spähen nach Schwächen und Blößen des Gegners, um diesen an einer möglichst verwundbaren Stelle zu packen und zu übervorteilen, nicht etwa, was noch einigermaßen versöhnend gewirkt hätte, im Interesse der Konsumentenschichten des eigenen Landes, als vielmehr lediglich im Interesse des einzelnen Unternehmers oder der von ihm repräsentierten Gesellschaft.

Bei dieser Art von Wirtschaft von Weltwirtschaft sprechen zu wollen, bleibe den bürgerlichen Oekonomen überlassen. Wir Sozialisten denken nicht daran, uns mit dem gegebenen System abzufinden, sondern mit Hilfe der wirtschaftlichen Errungenschaften der Novemberrevolution ist es unsere Aufgabe, jetzt erst auf Herbeiführung einer wahren Weltwirtschaft hin zu arbeiten.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Die Revolution vom 9. November hat neben den politischen Rechten — deren Betrachtung nicht Aufgabe dieser Zeilen ist — dem Proletariat bedeutende ökonomische Vorteile gebracht, die sich am besten unter der Bezeichnung der „wirtschaftlichen Demokratie" zusammenfassen lassen. Die wirtschaftliche Demokratie, die verfassungsmäßig festgesetzt ist und nur durch eine Verfassungsänderung wieder beseitigt werden könnte, hat zunächst nur nationales Interesse. Es entspricht dies ganz der *Marx*schen Auffassung, daß der proletarische Klassenkampf zunächst in nationalen Schranken zu führen sei, bis er die nationalen Eierschalen von sich streift und sich zur internationalen Vereinigung auswächst. So darf von dem internationalen Proletariat die durch ihre deutschen Kampfgenossen errungene wirtschaftliche Demokratie nicht unterschätzt werden. Mit der Einführung der Arbeiter- und Betriebsräte als staatlich anerkannter und mit rechtlichen Garantien versehener Faktoren ist die überragende Macht des Unternehmertums ausgeschaltet und der Arbeiterschaft ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht im besten Sinne des Wortes eingeräumt worden. Diese bereits gewonnenen Erfolge können nicht durch Streiks, gewaltsame Erhebungen usw. weiter ausgebaut werden, sondern lediglich durch tätige Mitarbeit des Proletariats an der Volkswirtschaft durch Hebung der nationalen Produktion, die allein geeignet ist, nach Ausschaltung des überragenden Machteinflusses des nationalen Unternehmertums internationale Beziehungen anzuknüpfen. Hier, an dieser Stelle, liegt der Keim, aus dem die heutige nationale Volkswirtschaft sich zu einer internationalen Weltwirtschaft aufwärts entwickeln kann. In dem Augenblick, in dem nicht mehr der einzelne Unternehmer allein mitbestimmend ist für die Führung und Ausdehnung des Unternehmens, für die Anknüpfung von Beziehungen mit dem Auslande usw., in demselben Augenblick ist auch sein Einfluß gebrochen, internationale Beziehungen im privatkapitalistischen Interesse anzuknüpfen. Zwar ist der Betriebsrat verfassungsmäßig nicht in der Lage, entscheidenden Einfluß auf die Unternehmungen des Arbeitgebers von vornherein zu gewinnen. Durch die Art aber, in der er sich dem Unternehmen einfügt, durch das Verständnis, das er im Zusammenarbeiten mit dem Unternehmer beweist, wird er sich ganz von selbst einen Einblick in die Geschäftsgebarung und einen Einfluß zu erwerben wissen, der ihn nicht nur dem Arbeiter, sondern mit der Zeit auch dem Arbeitgeber unentbehrlich macht. Was ich hier erwarte, ist nicht die alte Utopie bürgerlicher Schwärmer von der Versöhnung von Kapital und Arbeit, sondern ist die rein verstandesgemäße Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens beider in einem demokratischen Wirtschaftswesen, welches den Ausgleich, die Identifizierung von Kapital und Arbeit sich zur Aufgabe stellt, und in dem einst Kapital Arbeit und Arbeit Kapital sein wird. Indem aber der deutsche Proletarier auf diese Weise seiner eigenen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ausbeutung durch die nationale Volkswirtschaft erfolgreichen Widerstand leistet, hilft er hierdurch seinen Genossen in den anderen Ländern, deren Unternehmer, soweit sie noch selbstherrlich zu schalten berechtigt sind, zum Abschluß andersartiger, von sozialen Gesichtspunkten getragener Arbeits- und Handelsverträge zwingen. Das Proletariat in den Ländern kapitalistischer Wirtschaftsstruktur wird auf diese Weise besser revolutioniert, als durch die Entsendung fremder Agitatoren, die vielleicht in der Lage sind, durch Aufklärung der Massen, Aufpeitschung der Leidenschaften und dergleichen einzelne revolutionäre Erhebungen herbeizuführen, die aber gerade hierdurch dem proletarischen Interesse auf das schärfste zuwiderhandeln, weil das international versippte Unternehmertum nicht nur derartige örtliche Aufstände leicht niederzuwerfen imstande ist, sondern weil es sich es nicht nehmen lassen wird, aus der Niederwerfung in Form neuer, schwerer Unterdrückung Vorteile zu ziehen. Lediglich die planmäßige, durch das siegreiche Proletariat des einen Landes bedingte Revolutionierung des Proletariats der anderen Länder ist imstande, auch dieses zu revolutionieren, indem es mehr und mehr darauf hingewiesen wird, Front gegen seine wirtschaftlichen Ausbeuter zu machen.

Der hier aufgestellten Forderung, die nationale Volkswirtschaft durch eine internationale Weltwirtschaft zu ersetzen, könnte ein Einwand begegnen, welcher der Berechtigung nicht ganz zu entbehren scheint: der Einwand nämlich von der verschiedenartigen wirtschaftlichen Gestaltung der Länder und der ungleichmäßigen Vorgerücktheit ihrer kapitalistischen oder bereits sozialistischen Wirtschaftsstruktur. Wenn wir die heutigen Uebergangserscheinungen betrachten, in denen in den einzelnen Ländern ein heißer Kampf zwischen Kapital und Arbeit entstanden ist, welcher zum Teil zum Siege der Arbeit geführt hat, während in anderen Ländern, wie in Ungarn, noch ein heißes Ringen zwischen beiden natürlichen Feinden stattfindet, dessen Ausgang heute noch ungewiß ist, so hat dieser Einwand zweifellos eine gewisse Berechtigung. Dazu kommt folgende Erwägung: Einzelne Länder, wie insbesondere Deutschland, sind vorwiegend industriellen Charakters, während andere Länder, wie vornehmlich Rußland, agrarischer Natur sind. Hinzu kommt die verschiedenartige politische Ausgestaltung als Ausfluß der jeweiligen Wirtschaftsformen, die in Rußland zum Bolschewismus, in Deutschland zur uneingeschränkten Demokratie geführt hat, während die westlichen Länder, von revolutionären Erhebungen wesentlich unberührt, die für ihre Wirtschaftsreife typische Staatsform des kapitalistischen Parlamentarismus aufweisen. Es ist allerdings zuzugeben, daß einer Weltwirtschaft hier eine Fülle von Schwierigkeiten entgegenstehen, an der sie, falls man ihnen nicht alle Sorgfalt zuwendet, nur zu leicht zum Scheitern verurteilt sein könnte.

Aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Naturgemäß ist der Wirtschaftsaustausch zwischen Ländern, die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ungefähr die gleiche wirtschaftliche und politische Verfassung aufzuweisen haben, ein wesentlich leichterer, als der zwischen Ländern so verschiedenartiger Struktur, wie sie die heutigen Staaten Europas aufweisen. Vergegenwärtigen wir uns einmal die Möglichkeit eines Güteraustauschs zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem monarchistischen Italien. Wieder ruht die Hoffnung auf eine Ueberwindung der Schwierigkeiten lediglich auf dem Proletariat, und zwar ist die Einführung einer Weltwirtschaft etwa in folgenden Bahnen zu denken: Das Proletariat des wirtschaftlich vorgeschrittensten Landes — man darf hierbei trotz der Diktatur des Proletariats, die sich längst als eine Diktatur über das Proletariat herausgestellt hat, nicht an Rußland denken — kontrolliert die Produktion und die Konsumtion des eigenen Landes und stellt mit dem Proletariat der ökonomisch unreiferen Länder Beziehungen her, deren Aufgabe es ist, einigermaßen zutreffend die Bedürfnisse beider Länder — sei es statistisch, sei es auf anderem Wege — festzulegen. Hierauf erfolgt eine Verständigung über die durch die Natur gebotenen Ausgleichsmöglichkeiten dergestalt, daß die in dem einen Lande vorhandenen und nicht gebrauchten, in dem anderen Lande gebrauchten, aber nicht vorhandenen Güter zum Gegenstand eines Austausches gemacht werden. Solange auch nur in einem der beiden Länder die Produktion nicht auf völlig sozialistischer Grundlage beruht, wird man bei diesem Austausch nicht des Geldes als Wertmesser entbehren können, während doch gleichzeitig durch diese Art von internationaler Verständigung die beste Vorbedingung für eine Schaffung rein sozialistischer Austauschformen gegeben wird. Sodann wird die Arbeiterschaft des ökonomisch vorgeschritteneren Landes an die nächste, die ungleich schwerere Aufgabe herantreten, nämlich an die Lieferung von Gütern, für die keine Austauschgüter unmittelbar vorhanden sind. Doch auch diese Schwierigkeiten dürften leichter zu beheben sein und, falls einmal hierbei Konflikte entstehen, dürften diese keinesfalls zum Kriege führen, wie sie eine rein kapitalistische Epoche kannte und billigte.

Die Frage der allmählichen Ueberführung der nationalen Volkswirtschaft in einer übernationale — diese Bezeichnung erscheint mir besser als internationale — Weltwirtschaft dürfte das Problem der Oekonomie der nächsten Jahrzehnte sein. Natürlich ist es viel zu umfassend und schwierig, um in einigen kurzen Ausführungen, wie sie mir möglich waren, seine Lösung zu finden. Es konnte lediglich die Aufgabe dieser Zeilen sein, auf das Problem als solches hinzuweisen. Jedenfalls winkt der internationalen und der durch die Gewinnung der wirtschaftlichen Demokratie gestärkten deutschen Arbeiterschaft in erster Linie hier eine Aufgabe, deren Lösung gleichzeitig eine Lösung des sozialistischen Problems überhaupt darstellt, und deshalb sollte man sich in Theorie wie Praxis trotz der nicht zu verkennenden Schwierigkeiten nicht länger scheuen, an die Erfüllung dieser Aufgabe heranzutreten.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Glossen.

Ruhig doch!

Fast ganz Berlin war an diesem nebeligen, nassen Dezembersonntag auf den Beinen: Kommunisten und Unabhängige folgten den elf Matrosensärgen, den elf Opfern des Abenteurers Dorrenbach. Mehrheitssozialisten hatten sich zu einer Kundgebung von nie dagewesener Größe auf dem Platze vor dem Reichstagsgebäude zusammengefunden, den etliche tausend Demokraten nach ihrer Demonstration soeben geräumt hatten. Ein endloser Zug nahm sodann den Weg durch das Brandenburger Tor zur Wilhelmstraße, und gerade beim Einbiegen in die Wilhelmstraße traf er mit dem Zuge der Demokraten zusammen. Bald war die Wilhelmstraße in ihrer ganzen Breite, einschließlich der Bürgersteige, ein einzig schwarzer, langsam vorwärtsflutender Strom, aus dem nebst vielen Tafeln auch zahlreiche rote und schwarz-rot-goldene Fahnen, wie losgerissene Bojen tanzend, emporragten. Und nach anfänglicher Scheidung waren bald die beiden Züge insofern zusammengeschmolzen, als der weitaus mächtigere der Sozialisten den der Demokraten verschlungen hatte. Und so ging es Schritt für Schritt vorwärts, mit „Hoch"- und „Nieder"-Rufen, die sich von vorne nach hinten fortpflanzten, in die man vertrauensselig mit einstimmte, ohne zu wissen, auf wen und auf was sie sich bezogen. Je mehr sich unsere Reihe dem Reichskanzlerpalais näherte, desto schneckenhafter wurde das Tempo, desto lauter und konfuser das Geheul der Masse. Vom Balkon des linksliegenden Palais Leopold sprachen abwechselnd Zivilisten und Soldaten, mit aufgeregten Gesten, und nur aus der Tatsache, daß der Zug um einige fünfzehn Schritte vorwärts rutschte, konnte man entnehmen, daß eine kurze Redepause eingetreten war.

Als wir nun vor dem Reichskanzlerpalais standen, entstand links von uns eine kleine Bewegung unter den Menschen. Rufe wurden laut: „Naumann! Naumann soll sprechen!" Da erblickte ich ihn, zwei Schritte vor mir, hoch, breit, blaß, müde, unterernährt. Mit einer breiten Geste nahm er seinen großen, schwarzen Filzhut ab und begann mit seiner klangvollen, immer etwas pastorenhaften Stimme zu reden: „Vor dieser berühmten Stätte . . ." Auf dem Balkon des Palais Leopold hatte indessen ein junger Soldat eine kleine Ansprache begonnen. Was er sagte, konnte man wegen des Lärms und trotz der geringen Entfernung nicht verstehen. Irgendein aufgeregter, gutgemeinter Quatsch. Aus den Reihen neben Naumann wurden Rufe laut: „Ruhig! Es wird gesprochen!" Der alte Demokrat war mit diesen Bemühungen, „Silentium" während seiner Rede zu verschaffen, durchaus einverstanden und hielt inne. Aber der Soldat sprach und gestikulierte weiter. Schließlich begann Naumann von neuem: „Von dieser berühmten Stätte, von

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wo aus die Geschicke unseres Volkes in diesen schweren Stunden geleitet werden, will ich, im Namen der bürgerlichen Demokratie . . ." Weiter kam er nicht. Einige junge Arbeiter und Soldaten, unmittelbar vor ihm, hatten sich mit drohenden Fäusten umgedreht und riefen ihm wütend zu: „Ruhig doch! . . . Hören Sie denn nicht? . . . *Der da oben* spricht ja! . . . Schweigen Sie nun endlich!"

Der gute Naumann war derart verdutzt, daß er die Sprache verlor. Ein bitteres Lächeln umzog dann seine Lippen. Er dachte wohl: „Das ist der Ruhm! Das ganze politische Deutschland schweigt in Ehrfurcht, wenn es deinen Namen hört. Der ganze Reichstagssaal füllt sich, wenn das Megaphon verkündet, daß du sprichst. — In allen fünf Erdteilen wird dein „Mitteleuropa" besprochen. Und hier wirst du von deinen Volksgenossen zum Schweigen gebracht, weil drüben ein Knirps dumme Reden hält."

Der Name Naumann wird für mich stets mit dieser Episode verknüpft bleiben, die ja gewiß in der Geschichte nicht einzig dasteht. Schon der gerechte Aristides mußte einst einem Analphabeten, auf dessen Wunsch, das eigene Verbannungsurteil aufschreiben helfen. Und was wir jetzt in der deutschen Arbeiterbewegung täglich erleben, erinnert mich ebenfalls immer an diese kleine Naumann-Geschichte vom großen Demonstrationssonntag. Heute wird zum Beispiel der Name Kautsky in radikalen Versammlungen niedergebrüllt, jeder unbekannte Schreier, der die Räteherrschaft preist, wird bejubelt. Und ich meine, wenn der Schatten von Karl Marx oder Lassalle in die Diskussion einer Pankower Versammlung eingriffe, würde er mit den Worten zum Schweigen gebracht werden: „Ruhig doch! Crispien spricht!"

Victor Schiff.

* * *

Menschen, seid menschlich! Dieses ist eure erste Verpflichtung. Mäßigkeit und Arbeit sind die wahren Aerzte des Menschen; die Arbeit reizt den Appetit, und die Mäßigkeit verhindert die mißbräuchliche Befriedigung desselben. *Rousseau.*

*

Wohin wir blicken: rascher, überraschender Wechsel. Ueberall Revolution. Auf wissenschaftlichem, ökonomischem, politischem Gebiet rücksichtsloser Bruch mit dem Alten, Zertrümmern der alten Dogmen, Theorien, Systeme, Formen, Autoritäten . . . wer darf da von Festigkeit des Bestehenden reden? Wer kann dem Augenblick gebieten, zu verweilen? Was war, ist nicht mehr, und was ist, wird bald nicht mehr sein. *Wilhelm Liebknecht.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Deutsche Stimmen

Wochenschrift • Herausgeber Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

• Berlin SW 68 •

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google
Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im gegenwärtigen Augenblick von aktueller Bedeutung!

PARVUS:

Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus

Preis kartoniert Mk. **3.—**, gebunden Mk. **4.50**

In diesem Neudruck seines Buches führt Parvus den Beweis, daß die Verstaatlichung der Banken nicht nur geeignet ist, das Wirtschaftsleben erheblich zu fördern, sondern auch zum mächtigen Hebel des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens zu werden.

Die erste Auflage
war in kurzer Zeit vergriffen. Wir
empfehlen rasch zu bestellen.

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 334. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:33 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

5. Jahrg. 1. Band № 25 20. September 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch.
Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig.

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—, Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Parvus . . . . . Woher kommt die Gefahr?
Dr. Paul Lensch . . . . Karrikatur statt Korrektur.
Müller-Brandenburg . . . . Doch mit Frankreich!
Richard Bernstein . . . . Am Grabe Oesterreichs.
R. G. Haebler . . . . . Marx und Goethe.
Dr. Springer: Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung.

Nummer 24 der „Glocke" hatte folgenden Inhalt:

Dr. Paul Lensch . . . . . Französische Politik.
Erich Kuttner . . . . . Keine Diktaturgelüste!
Carl Lindow: Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit.
Müller-Brandenburg: Die Ueberschätzung der eigenen Kraft.
Dr. Werner Peiser: Weltökonomie — nicht Nationalökonomie.
Glossen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

25. Heft 20. September 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

PARVUS:

Woher kommt die Gefahr?

DIE Monarchisten sind uns nicht gefährlich. Die Träger der Krone haben selbst ihrem Gottesgnadentum den letzten moralischen Halt entzogen, da sie nicht den Mut hatten, die Monarchie als nationales Prinzip, für das die Person des Monarchen einsteht, zu verteidigen, dieses Prinzip vielmehr preisgaben, und nur noch aus ihrem Versteck im Auslande Vermögensansprüche gegen das Reich erheben, wie ein entlassener Diener, der auf Herausgabe seiner Habseligkeiten klagt, die er bei seinem etwas plötzlichen Sturz die Treppe hinunter nicht hat mitnehmen können. *Die Armee*, auf die sich die Macht der Monarchie stützte, ist aufgelöst. Die Siegestradition, aus der sie ihre große moralische Kraft schöpfte, ist durch die furchtbare Niederlage aus dem Bewußtsein ausgeschaltet worden. Der Zweck selbst der Armee, der militärische Schutz des Vaterlandes, ist unterdrückt worden. Mit dem militärischen Zweck und der Siegestradition der Armee ist eine Ideologie zugrunde gegangen, die die ganze Kultur des Landes beherrschte und deren geistiger Träger der *Mittelstand* war. Dieser Mittelstand ist überdies durch den Krieg wirtschaftlich aufgerieben, durch die Niederlage geistig wirr geworden. Der Philister ist rabiat geworden und geht unter die Revolutionäre. Hier gibt er einen Faktor ab, mit dem allerdings zu rechnen ist. Denn er wirkt auflösend. Er stiftet Unheil in der Revolution, aber einen Halt für die Wiederaufrichtung der Monarchie kann er nicht mehr bieten.

Die führenden Gruppen des *heimischen Kapitalismus* sind durch die Niederlage zerschmettert, durch den Friedensvertrag in fremde Bande gelegt worden. Sie suchen Anschluß nach außen und nach innen. Sie haben diesen Anschluß noch

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

nicht gefunden. Bis dahin ist ihr Widerstand ungefährlich und jedenfalls leicht zu brechen.

Die einzige Volksschicht, aus der ein starker Widerstand gegen die Sozialdemokratie erwachsen kann, ist die *Landbevölkerung*.

Vorläufig beherrschen die *Industriearbeiter* die Situation. Aber sie stehen sich selbst im Wege. Nicht der Widerstand der besitzenden Klassen, sondern die Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterklasse selbst hindert diese daran, ihre Machtstellung voll auszunützen. Der Kampf um die revolutionäre Methode bringt das Proletariat um einen großen Teil seiner revolutionären Macht. Dabei erinnern die Anhänger der gewaltsamen Methoden an jemand, dem Tür und Tor offenstehen und der sich einbildet, unbedingt durch zerbrochene Scheiben einsteigen zu müssen. Nur durch das Fenster und nur mit dem Brecheisen in der Hand — während der große Eingang sperrangelweit geöffnet ist! Die deutschen Arbeiter brauchen sich bloß voll zusammenzuschließen, und sie gelangen in den vollen Besitz der Staatsgewalt.

Das ist so evident, daß die Herrschaft oder wenigstens die politische Führung einer geschlossenen und disziplinierten sozialistischen Arbeiterpartei von allen demokratischen Elementen in Deutschland herbeigesehnt wird, da es der einzige Weg ist, eine starke Staatsgewalt, eine im Volke fest verankerte Regierung zu bilden, ohne die das Land aus dem Chaos der Zerstörung und Auflösung nicht herausgebracht werden kann.

Neben der Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse steht ihr aber noch im Wege ihre Unschlüssigkeit vor dem Problem, das Arbeiterinteresse zu einem *nationalen* Interesse zu erweitern und zu erheben. Jede herrschende Klasse ist bestrebt, ihr Interesse als das leitende Interesse der Allgemeinheit hinzustellen. So hat auch die Kapitalistenklasse sich niemals auf den nackten Gewaltstandpunkt gestellt, sie habe die Macht und wolle deshalb herrschen, sondern sie hat behauptet, sie sei es, die den Massen Brot und Arbeit gebe, sie sei die Trägerin der Industrie, auf ihr beruhe die Macht des Staates. Das war auch bis zu einem gewissen Grade richtig, nur daß die Kapitalistenklasse alle diese Momente zugleich zu Mitteln der Volksausbeutung machte. Die Herrschaft der Arbeiterklasse könnte nicht von langer Dauer sein, wenn sie darauf hinausginge, alle anderen Volks-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schichten niederzudrücken und die bürgerliche Kultur niederzutrampeln. Die herrschende Arbeiterklasse muß vielmehr eine Staatspolitik verfolgen, bei der das Arbeiterinteresse auf das innigste mit den Interessen aller anderen Schichten des werktätigen Volkes verbunden erscheint, sie muß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes noch weit über das kapitalistische Maß hinausbringen.

Eine der ersten Sorgen der sozialdemokratischen Regierung muß es aber sein, die *einheimische Landwirtschaft* zu fördern.

Man braucht nach diesem Krieg nicht erst die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft hervorzuheben. Der Friedensvertrag und die Erklärungen der Entente lassen es auch außer Zweifel, daß man auf jener Seite entschlossen ist, die Lebensmittelversorgung andauernd als Mittel des Druckes und der Knechtung Deutschlands zu gebrauchen. Das kann um so leichter durchgeführt werden, als Deutschland seiner Handelsflotte beraubt worden ist, währenddem ihm auf der anderen Seite *Weltkonzerne* gegenüberstehen, die den Weltgetreidehandel, die Weltschiffahrt und den Weltgeldmarkt kontrollieren.

Zu diesen wirtschaftlichen Erwägungen kommt der politische Grund, daß der Gegensatz zu der Landbevölkerung allein nur imstande wäre, die Errungenschaften der Revolution zu gefährden. Dieser Gegensatz muß aber verschwinden, wenn die Landbevölkerung sieht, daß durch das sozialdemokratische Regime ihre Interessen nicht geschädigt, sondern gefördert werden. Das ist der springende Punkt.

Auf den *Arbeiterorganisationen* und den *landwirtschaftlichen Genossenschaften* beruht die Zukunft Deutschlands.

Dr. PAUL LENSCH:

Karrikatur statt Korrektur.

DIE Reichskonferenz der „Unabhängigen" zeigt deutlich den Zersetzungsprozeß, den diese Partei durchmacht. Sie unterscheidet sich damit freilich von keiner anderen; denn sie sind alle in schneller Umwandlung begriffen, wenn auch ihre Führer noch so feierlich beteuern: wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind. Allein bei den Unabhängigen kann dieser Prozeß besonderes Interesse beanspruchen. Sie haben ihre Partei erst in der Revolution ge-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gründet und dabei sogar die alte Sozialdemokratie gespalten mit der Begründung, daß sie das Arkanum für die Rettung der Nation besäßen und freie Hand für ihre segenbringende Taktik brauchten. Allein sehr bald zeigte sich, daß von alledem keine Rede war. Die Revolution erwies sich auch diesmal — ähnlich wie 1792 — als eine Erscheinung, die die psychologischen Hemmungen beseitigt und, wie sie eine Hochkonjunktur für Irrsinnige und Verbrecher schafft, so auch in der Politik jedem „revolutionären" Kiek-in-die-Welt einen Freibrief zur Aufstellung knabenhafter „Sozialtheorien" ausstellt. Es versteht sich nun, daß die Irrsinnigen, Verbrecher und Kiek-in-die-Welts sich besonders leicht in einer Partei sammeln, die alle disziplinären Schranken niedergerissen hat und das „freie Selbstbestimmungsrecht" des einzelnen auf ihre Fahne schreibt.

Die „Unabhängigen" sind eine derartige Partei, wobei gar nicht geleugnet werden soll, daß das Gros ihrer Anhänger natürlich weder aus Irrsinnigen noch Verbrechern noch aus naseweisen Däumlings, sondern aus ehrlichen Arbeitern besteht, aber leider geben die letzteren Elemente in ihr nicht den Ton an. Und auch die älteren Akademiker, die von der Sozialdemokratie her kamen, fühlen, daß sie innerhalb ihrer Partei stetig mehr den Boden unter den Füßen verlieren. Die Haase, Kautsky, Hilferding usw. dürfen sich freilich nicht darüber beschweren, daß ihre eigenen Anhänger immer weniger von ihnen wissen wollen. Sie ernten jetzt nur die Früchte ihrer Taten und fast scheint es so, als wolle die Weisheit des alten Sallust, wonach Reiche durch die gleichen Mittel aufrecht erhalten werden, durch die sie gegründet sind, sich in einer wahrhaft barocken Weise auch auf Parteien anwenden lassen. Die Mittel, mit denen die „unabhängige" Sozialdemokratie gegründet worden ist, waren die Organisationszerreißung und bisher hat der Hauptteil ihrer Tätigkeit darin bestanden, die Organisationszerreißung fortzusetzen: an den Gewerkschaften, an der Internationale, schließlich und vor allem an sich selber. Auf der Reichskonferenz war man beim letzten Akt der Tragödie angekommen und unter dem Stichwort: Parlamentarismus oder Diktatur? betrieb man nichts weiter als die Selbstzerfleischung. Der Parteiveteran Dr. Kurt Geyer, der sogar schon wahlberechtigt ist, wie seine Freunde glaubhaft versichern, vertrat das revolutionäre Prinzip und die Diktatur, während

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Karl Kautsky, gegen den er forsch zu Felde zog, es vorgezogen hatte, erst gar nicht zu erscheinen. Es heißt, er habe sich voller Verzweiflung über die Entwicklung der in erster Linie von ihm inaugurierten Parteirichtung ins Ausland begeben.

In der Tat: selten rächte sich schneller und schlimmer ein politisches Verbrechen, als sich die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie an ihren Urhebern gerächt hat. Im Sommer 1915 erschien in der „Leipziger Volkszeitung" der Aufruf: Das Gebot der Stunde, der das Signal zur Parteispaltung gab, unterzeichnet von Bernstein, Haase und Kautsky. Heute ist der Erste reumütig in den Schoß der Mutterpartei zurückgekehrt, der Letzte hat, ein Pendant zu Ludendorff, den Zusammenbruch angemeldet und schreibt jetzt Bücher zur eigenen Rechtfertigung, der Mittelste schließlich ist ein Heerführer, dessen Armee täglich mehr dahinschmilzt und dessen Name kein Echo weckt in der Brust seiner Parteifreunde. Er muß froh sein, wenn man ihn noch ruhig anhört. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, und so sicher sich die „Frucht" dieser drei als eine taube Nuß erwiesen hat, so sicher sind sie selber, die ausgezogen waren, die Sozialdemokratie mit politischem Geiste zu erfüllen, unpolitische Köpfe.

Damit ist nicht im entferntesten gesagt, daß die Haltung der Sozialdemokratie im Weltkriege etwa stets einwandfrei gewesen wäre! Ich selber habe an ihrer Haltung sehr oft und sehr viel auszusetzen gehabt und habe das ausführlich begründet. Allein die Haltung der „Unabhängigen" bot in ihrer Opposition zur Haltung der Partei nicht etwa eine Korrektur, sondern nur eine Karrikatur. Und so kam es, daß die Losungen, die die Partei ausgab, von den Unabhängigen nicht ehrlich gebessert, sondern immer nur platt und geistlos ins Gegenteil verdreht wurden. Behauptete beispielsweise die Partei, der Krieg sei ein deutscher Verteidigungskrieg, deshalb seien die Kredite zu bewilligen, so sagten die Unabhängigen, der Krieg sei ein deutscher Angriffskrieg, und deshalb seien die Kredite abzulehnen. In Wahrheit war der Krieg weder das eine noch das andere, sondern er war eine Revolution, und die Frage der Kredite mußte von dieser Perspektive aus sehr ernsthaft geprüft und beantwortet werden. Erklärte die Partei, die Entente habe schuld am Kriege und schrieb Eduard David eine besondere

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schrift, um dieses zu beweisen, so erklärten die Unabhängigen, Deutschland habe schuld und deshalb sei sein Unglück nur die gerechte Strafe für seine Verbrechen. In Wahrheit hatte weder Deutschland noch die Entente „schuld", sondern die Weltrevolution von 1914 war der Zusammenbruch des anarchischen Privatkapitalismus. Die Partei erklärte sich für die Demokratie gegen die Diktatur; Grund genug für die Unabhängigen, sich für die Diktatur gegen die Demokratie zu erklären. Aber auch hier waren sie nur die Düpes einer falschen Formulierung. Denn nie und nirgends bildeten Demokratie und Diktatur die antithetischen Gegensätze, die die Partei, um ihren Mangel an revolutionärer Energie in den ersten Monaten der Revolution zu beschönigen, aus ihnen gemacht hatte. Und genau so verhält es sich mit dem allerneuesten Schlagwort: Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus. Der Parlamentarismus ist niemals das Ideal der Sozialdemokratie gewesen, und daß Sozialisten im Grunde Gegner des parlamentarischen Systems sind, das ist während des Krieges an dieser Stelle oft genug ausgesprochen und nachgewiesen worden. Regieren in Verwalten auflösen, das ist im Kerne das Ziel des Sozialismus, und hier klärt sich auch die Stellung des Marxisten zum Staate. Aber die Unabhängigen, über deren „simplistisches" Denken schon Haase auf der Reichskonferenz klagte, konnten auch hier nur das glatte Gegenteil von Parlamentarismus der Mehrheitspartei entgegenstellen und so sind denn die Kurt Geyer und die anderen Peter Simpel glücklich beim Antiparlamentarismus angelangt. Selbst den Rätegedanken, den einzigen Gedanken, den die Revolution zum Leben gebracht und den die Sozialdemokratie noch im Januar und Februar durch „Vorwärts" und Wolffs Bureau als absolut aussichtslos bezeichnet hatte, haben die „Unabhängigen" bis in die absurde Unmöglichkeit hinein verballhornt.

So stehen Sozialdemokratie und „Unabhängige" einander keineswegs wie Recht und Unrecht gegenüber, oder wie richtig und falsch. Eher könnte man sagen, sie seien Pol und Gegenpol der gleichen Konfusion. Die Probe auf die Richtigkeit der Parteitaktik vom 4. August war die Aufrechterhaltung der Parteieinheit. Diese Probe hat die Partei bekanntlich nicht bestanden. Aber die Probe auf die Richtigkeit der Parteizerreißung, wie sie die Bernstein, Haase und Kautsky betrieben, war der Sieg der neuen „unabhängigen"

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Partei. Und diese Probe haben die „Unabhängigen“ noch weniger bestanden. Beide Parteien stehen vor einem Trümmerhaufen, aus dem keiner einen Ausweg weiß. Die letzte Reichskonferenz der Unabhängigen beweist, wie stark bereits die Richtung ist, die trotz aller Mitgliederziffern — Dittmann meldete von mehr als 700 000! — die Hoffnungslosigkeit der Partei erkennt und einen Ausweg nach links sucht. Hierin kommt nur das Entwicklungsgesetz dieser Partei zum Ausdruck, die im Umsturz alles Bestehenden glaubte, an veralteten Formeln aus der Vorkriegszeit festhalten zu dürfen und die nun in ihrer Ideologie ganz logisch immer weiter rückwärts getrieben wird und nunmehr beim Antiparlamentarismus, das heißt bei vormarxistischen Anschauungsformen, angelangt ist. Sie stellt sich damit willkürlich außerhalb des Flusses der geschichtlichen Tatsachen und ist auf dem besten Wege, zur einflußlosen Sekte zu erstarren. Das besagt natürlich nicht, daß sie wirkungslos wäre. Man wird im Gegenteil damit rechnen müssen, daß sie dem Bildungs- und Erziehungsprozeß, dem die deutsche Arbeiterklasse durch die revolutionäre Entwicklung unterworfen wird, noch große Hemmnisse in den Weg schleudern kann. Um so notwendiger ist es, daß die Mehrheitspartei sich dem schulenden Einfluß der Wirklichkeit aussetzt und die Parteischeuklappen, von denen sich die Unabhängigen nicht trennen können, absolut beiseite wirft.

MÜLLER-BRANDENBURG:

Doch mit Frankreich![1]

IN Nr. 23 der „Glocke“ hat R. Kunze (Tokio) einen trefflichen Aufsatz über „Sozialdemokratie und auswärtige Politik“ geschrieben, der mir Veranlassung gibt, diese Frage, die von einer ungeheueren Bedeutung ist, noch von einer

[1] Genosse Müller-Brandenburg verficht in diesem Aufsatz das bekannte Programm der Kontinentalpolitiker. Aber ohne die Demagogie der Kaliskisekte und mit der richtigen Erkenntnis, daß für ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs die Revision des Versailler Friedens die notwendige Voraussetzung ist. In diesem Sinne mag auch der hier gespendete Beitrag als Material zur Orientierung unserer Außenpolitik dienen. Redaktion der „Glocke“.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

anderen Seite zu beleuchten. Man sagt wohl nicht zuviel, wenn man behauptet, daß eine richtige Führung der Außenpolitik für die Zukunft der Nation von geradezu ausschlaggebendster Bedeutung ist, und daß es die Pflicht eines jeden Sozialisten sei, sich mit den Fragen der Außenpolitik auf das eingehendste zu beschäftigen. Das Ziel, das jede sozialistische Außenpolitik verfolgen muß, ist das des gerechten Ausgleichs der Interessen der Völker, die Völkerverbrüderung, die Vermeidung des Krieges. *Dieses Ziel muß bedingungslos fest im Auge behalten werden, was aber nicht dazu führen darf, in Ideologie zu verfallen, indem an der brutalen Wirklichkeit vorbei gegangen wird.* Die Außenpolitik des alten Systems ist nicht zuletzt deshalb zusammengebrochen, weil sie Phantasien nachjagte, weil sie die realen Grundlagen verachtete und deshalb falsch handelte.

Unser Ziel ist die internationale Völkergemeinschaft. Diese wird aber, das muß ganz offen ausgesprochen werden, solange unmöglich sein, als die Völker zu ihr nicht reif sind. Jeder Sozialist hat die Pflicht, mitzuwirken, daß die Völker zu solcher Reife erzogen werden, wobei vor allen Dingen der Gedanke in den Vordergrund zu stellen ist, daß die Achtung vor fremden Interessen und Gefühlen, kurz, die *Achtung vor fremdem Volkstum oberste Richtschnur des Handelns sein muß.* Ueben wir solche Achtung, dann können wir mit Recht beanspruchen, daß sie auch uns werde! Kein Zweifel, es ist ein dornenvoller Weg bis zu diesem Ziel, aber er *muß* beschritten werden, auch auf die Gefahr hin, von den eigenen Volksgenossen als Kriecher vor dem Auslande beschimpft zu werden. Wir müssen uns aber dabei hüten, wenn wir diesen Weg gehen, würdelos zu sein; dürfen uns nicht wegwerfen und uns jedem fremden Ansinnen beugen. Täten wir solches, würden wir nie unser Ziel erreichen, würden wir selbst das erste und größte Hemmnis auf dem Wege wahrer völliger Verständigung sein.

Wir fragen nun, was geschieht bis zum Erreichen des Zieles? Was ist der rechte Weg zum Erreichen des Zieles? Da erlaube ich mir folgende Ansicht zu vertreten: *Solange das deutsche und französische Volk sich in wildem Haß einander gegenüberstehen, solange ist an Weltfrieden nicht zu denken;* solange die Völker Europas nicht ihre gemeinschaftlichen Interessen erkannt haben, solange es nicht möglich ist, in Europa das Banner der Verständigung auf-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zurollen, solange kein Frieden auf Dauer, solange werden europäische Völker durch das angelsächsische Großkapital gegeneinander ausgespielt, in erster Linie das deutsche und das französische Volk. Daher: *wer den Weltfrieden will, muß unbedingt am deutsch-französischen Ausgleich arbeiten.* Dieser Ausgleich, würde er erreicht, wäre die erste Stufe der Pyramide, auf deren Spitze die goldene Kugel des Weltfriedens schwebt. Der Friede von Versailles in seiner jetzigen Form setzt solcher Gemeinschaft ein fast unüberwindlich erscheinendes Hindernis entgegen. Dieder Friede hat nicht ausgeglichen, sondern hat neue, tiefe Wunden geschlagen, die sehr lange offen bleiben werden und selbst vernarbt stets schwerste Schmerzen bereiten. Nicht nur beim deutschen Volk, auch bei anderen Völkern Europas. Das allen Völkern Europas klar zu machen, in erster Linie den Franzosen, ist jedes Deutschen Pflicht. Das geschieht aber nicht, indem man wieder Haß gegen Frankreich predigt und herausfordernde Reden hält; solch Beginnen reißt uns nur in neue Blutbahnen hinein, bringt das Gegenteil des gewünschten Erfolges. Auch in Frankreich beginnt die Erkenntnis zu dämmern, daß der Friede von Versailles kein Meisterstück war und wir Deutschen müssen objektiv genug sein, anzuerkennen, daß nicht nur wir durch den Frieden von Versailles und durch den Weltkrieg als solche aufs schwerste getroffen sind, sondern auch Frankreich. Es wird ein interessantes Problem der Geschichte sein, einmal festzustellen, wer die Haupttriebfeder dieses Friedens gewesen ist und ich glaube bereits heute nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß dieser Friede vielmehr in London, denn in Paris das Licht der Welt erblickt hat. Frankreich liegt mindestens ebenso danieder wie wir, es hat fast so viel Opfer gebracht als 40-Millionen-Volk wie wir als solches von 70 Millionen. Wir verlieren manches Stück prachtvolles Land, manches deutsche Herz, der Franzose hat Land verloren, insgesamt zusammengeschlossen ein Gebiet, das mindestens den Flächenraum vom Freistaat Sachsen einnimmt, ich meine das zerstörte Gebiet. Man geht dort an den Aufbau, das ist schon richtig, aber man wird sich doch nicht darüber täuschen, daß dieses Gebiet auf viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, als wertlos für die französische Volkswirtschaft angesprochen werden muß. Von Basel bis zum Meer zieht sich ein reichlich 50 Kilometer breiter Streifen quer durch

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Frankreich, der vorläufig bar jeder Kulturmöglichkeit ist, an vielen Stellen ist er 100 und mehr Kilometer breit.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Regierung Frankreichs, wie sie heute ist, nicht ewig bleibt, auch Tiger Clémenceaus Tage, wie die seiner Angstpolitik, werden gezählt sein, und die bevorstehenden französischen Wahlen können Ueberraschungen bringen. Es gilt jetzt, darauf zu achten, sich bietende Gelegenheiten klar zu erfassen und richtig auszunutzen. Schon beginnt im französischen Volk die Erkenntnis der Sinnlosigkeit weiterer völlig ablehnender, haßerfüllter Kampfstellung gegen alles Deutsche. Wollen wir diese Erkenntnis mit Bewußtsein mißachten und mit Füßen treten oder wollen wir diese Erkenntnis begrüßen als ein Zeichen kommender Einsicht?

Es gilt jetzt auch, darauf zu achten, daß England seine Jahrhunderte alte Politik des Ausspielens der europäischen Festlandvölker gegeneinander nicht weiter fortsetzen kann. Es wird unsere Aufgabe sein, darauf aufmerksam zu machen, daß Paris durch Quälerei und Drangsalierung von Deutschland schließlich nur eine unendliche Fülle von Haß erzeugen würde, der sich in mehr oder weniger langer Zeit blutig entladen müßte. Frankreich aber wird sehr bald mit englischen Interessen in Gegensatz geraten, logischerweise. Die Franzosen wollen es jetzt noch nicht wahr haben, treiben in dieser Frage, etwa so ungefähr wie Wilhelm II., im Fahrwasser englischer Suggestion. Da liegt die Gefahr, daß sie erst erkennen, wenn es zu spät ist. Frankreichs Kolonialmacht hat sich vermehrt, und das ist England nicht angenehm. In Europa ist Frankreich die ausschlaggebende Macht geworden und tritt damit in einen gewissen Gegensatz zu England, das jetzt einen Festlandsdegen wider die maßgebende Festlandsmacht suchen wird, da es diese jahrhundertelange politische Tradition nicht verläßt. Dieser neue Englanddegen ist aber logischerweise Deutschland. Kann das Frankreich genehm sein? Man sollte sich auch in Paris nicht darüber täuschen, daß das deutsche Volk immer noch ein Volk von 60 Millionen Seelen ist, und daß es in zwei bis drei Jahrzehnten wieder ein Achtung gebietender Faktor sein kann. Die Franzosen wissen aus eigenem Erleben seit 1870, was ein Volk leisten kann, wenn es will. Sie sind doch wohl auch zu klug, den Deutschen nicht für unfähig zu halten, das gleiche zu vollbringen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Soll nun, so fragen wir, solches geschehen, damit nach der Erstarkung Deutschlands Deutsche und Franzosen in das unsagbare Elend eines neuen Krieges getrieben werden? Gewiß, in Paris rechnet man heute als Gegengewicht mit den Polen. Man vergesse dort an der Seine aber nicht, daß die Polen erstens einmal beweisen müssen, daß sie überhaupt fähig sind, ein leistungsfähiges Staatswesen aufzubauen, daß zweitens Polen und Rußland naturgemäß in scharfen Gegensatz treten müssen, wenn erst einmal die Dinge in Osteuropa zur Klärung gekommen sind. Solcher Gegensatz bringt aber Rußland neben anderen hier nicht zur Erörterung stehenden Dingen an die Seite Deutschlands. Was wäre die Folge solcher hier angedeuteter Entwicklung? Die Folge wäre, in wenigen Jahren eine Anzahl sich ausgleichender Bündnisse, die, wir haben es ja jetzt eben erlebt, letzten Endes zu blutigen Zusammenstößen führen und Europas Völker wieder gegeneinander ins Gewehr treten lassen würden.

Das ist aber ein Ziel, das niemand wünschen kann. Eine Möglichkeit, die mit allen Mitteln von allen denkenden Männern der großen europäischen Völker verhindert werden müßte. Man lasse doch einmal alle Illusionen beiseite, stelle sich auf den Boden der Tatsachen und denke über die Möglichkeiten nach, die sich aus solchem ergeben können. Wer ohne Voreingenommenheit die Dinge betrachtet, der muß zu der Erkenntnis gelangen, daß das Werk von Versailles die Keime neuer blutiger Konflikte in sich trägt. An solchen Konflikten haben aber die Völker Europas, in erster Linie die Deutschen und Franzosen, kein Interesse.

Allerdings, die Katastrophe des November 1918 hat im Auslande den Glauben reifen lassen, daß die Deutschen für alle Zeiten erledigt seien. Diesen Wahn aber gilt es zu zerstreuen, denn er ist gefährlich und aus ihm kann blutige Saat sprießen, weshalb wir dahin zu arbeiten haben, daß die Konflikte aus dem Wege geräumt werden, ehe es zu spät ist, eine Arbeit, zu der in erster Linie die Sozialisten berufen sind. Alle europäischen Völker müssen da mitwirken, die Lage in Europa zu stabilisieren, daß zwischen Deutschen, Polen, Russen und Franzosen ein erträgliches Nebeneinanderleben möglich ist, dann ist der erste wirkliche Schritt zum Völkerfrieden getan; aber keinen Augenblick

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

früher. Man gebe sich im Punkte Völkerbund doch gar keinen Illusionen hin. Wir sind durch außenpolitische Illusionen in den Weltkrieg getrieben worden, nachdem wir die Bahnen Bismarckscher Realpolitik verlassen hatten. Soll das wieder so werden? Man mag sagen, was hier geschrieben steht, sind ja auch Illusionen über Frankreich. Gemach, das wird sich doch erst wohl zeigen müssen. Wenn wir nur so klug sein wollten, die Psyche der Franzosen etwas mehr zu verstehen. Deshalb brauchen wir keinen krummen Buckel zu machen und Paris als den Sitz der diktatorischen Allmacht über Deutschland zu betrachten. Frankreich wird durch den Gang der Entwicklung gezwungen werden, nicht mehr lange das heiße Liebeswerben des englischen und amerikanischen Bundesgenossen zu hören. Der Gegensatz zwischen ihm und England bahnt sich schon an. Ob Italien und Frankreich reibungslos so nebeneinander hergehen, steht dahin und so wird auch die Zeit kommen, wo der Franzose mit sich reden lassen wird. Bereiten wir die Zeit vor, damit wir dann bereit sind zu Nutz und Segen beider Völker, zum Nutzen und Segen Europas. *Erst wenn Deutsche und Franzosen einst vereint marschieren, ist der Weg zum Völkerfrieden gefunden, nicht eher!* Dies Ziel aber wird nur erreicht, wenn wir eine kluge, weitsichtige doch vorsichtige Außenpolitik treiben, den Boden der Wirklichkeit nicht verlassen, selbstbewußt und ruhig handeln, aber mit ehrlichem Willen friedlichen Ausgleich erstreben. Der Haß des Weltkrieges schwebt und webt noch in allen Völkern des europäischen Festlandes. Soll der Haß ewig regieren? Es ist kein Zeichen menschlicher Größe und sittlicher Reife, den Haß zur Triebfeder des Handelns zu machen. In allen Völkern spinnen sich Fäden zum Ausgleich, in Frankreich und Deutschland besonders stark. Diese Fäden in den beiden größten Kulturvölkern der Erde sind von besonderer Bedeutung; sorgen wir, daß diese Fäden dereinst verknüpft werden, es wäre ein wahrer Fortschritt der Kultur. Wenn deutsche und französische Außenpolitik dieses erreichen, dann ist ein großes Werk geschehen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

RICHARD BERNSTEIN:

Am Grabe Oesterreichs.

OFT genug haben wir österreichischen Sozialdemokraten, Viktor Adler an der Spitze, in verwichenen Zeiten den Zerfall und das Verschwinden der Habsburger Monarchie gewünscht; die allermeisten nicht gerade aus deutschnationalen Gründen, denn bis auf die jüdisch-deutschen, also schon nicht sehr nationalgesinnten Minderheiten im Tschechischen, hatten die Deutschösterreicher ja nicht über irgendwelche Benachteiligung ihres Volkstums zu klagen. Und die Deutschen in Ungarn, denen es unter der magyarischen Gewaltherrschaft wirklich schlecht ging, die waren viel zu weit weg von Deutschland, als daß sie an eine Vereinigung hätten denken können; auch lagen ja die slawischen und magyarischen Gebiete karpathengleich dazwischen. Bei den Deutschnationalen aber war längst an die Stelle der Schönererschen „Preußenseuchelei" — („Wir schielen nicht, wir schauen, wir schauen frei und frank, wir schauen voll Vertrauen ins deutsche Vaterland") — die K. H. Wolfsche „Realpolitik" getreten, die eine Hauptstütze im Offizierkorps fand und schließlich auch die Christlich-Sozialen für den Gedanken gewann, Deutschlands Türkeipolitik durch Oesterreichs Waffen zu stützen und nach dem vorausgeahnten Erhaltungskrieg das für Deutschlands Hilfe dankbare Oesterreich deutsch werden zu sehen.

Die Sozialdemokraten aber, die immer wieder auf den Nationalitätenstreit stießen und schließlich ihm die eigene, früher nationslose allösterreichische Partei zum Opfer fallen sahen, deren Forderung nach dem völkerversöhnenden Neuaufbau auf Grund der Selbstregierung der Nationen trotz aller Propaganda der Erfüllung nicht einen Schritt näherrücken wollte, die riefen oft in ihrer Verzweiflung ob der nationalistischen und klerikalen Bastionen, die nicht zu erschüttern waren: Wenns doch nur endlich aus wäre mit diesem Oesterreich!

Und dabei sagten *wir* uns, es könne uns ja nichts geschehen, *wir* kämen dann selbstverständlich zu Deutschland, und die anderen mochten dann sehen, wo sie blieben. Nur der Dr. Renner redete und schrieb unablässig bis zum bitteren

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ende für das neue Oesterreich und mußte dafür so manchen Spott ernten.

Freilich, so wie es gekommen ist, so hat es keiner von uns gedacht, noch gewünscht.

Das arme Deutschösterreich, das nun nicht einmal diesen Namen führen darf, ist beschränkt auf die Alpenländer Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten (mit fürchterlichen Abstrichen) und das bißchen Nordtirol bis zum Brenner; Voralbergs Bürgerliche streben vermögenssteuerscheu zur Schweiz. Die dreieinhalb Millionen Deutscher in den Sudetenländern, wovon der größte Teil in geschlossenem Siedlungsgebiet, der wirtschaftlich und kulturell am höchsten stehende Teil des einstigen Reiches, sind der tschechoslowakischen Fremdherrschaft, Hunderttausende kerndeutscher Menschen in Tirol der italienischen, in Südsteiermark und Kärnten der südslawischen ausgeliefert. Zwar kommt der größere Teil von Deutsch-Westungarn zu Deutschösterreich, aber die Siebenbürger Sachsen, die schwäbischen Kolonisten in Ungarn und der Bukowina fallen an Rumänien, die Deutschen im Banat, wo so viele reichsdeutsche Soldaten auf ihren Zügen gegen den Balkan Gastfreundschaft genossen, kommen unter serbische oder rumänische Herrschaft, die deutschen Siedler in Galizien werden der bekannten polnischen Toleranz ausgeliefert, Preßburg ist ein tschechischer Brückenkopf und selbst von Niederösterreich ist ein ganzer Streifen abgerissen.

Deutschösterreich wird ein Alpengarten mit sechs Millionen Menschen, wovon in der Hauptstadt allein zwei wohnen, die dem Schicksal Pompejis entgegengehen, wenn es nicht bald amerikanischer Barmherzigkeit, Energie und Unternehmungslust gelingt, aus Wien den großen Handelsplatz für den Südosten zu machen, was irgendeine *Wirtschaftsföderation* unter den neuen Staaten voraussetzt. Wird es aber bald zu dieser kommen, wenn Tschechen und Polen wegen Teschen, Serben und Rumänen wegen des Banats, Südslawen und Italiener wegen Fiumes und Dalmatiens einander mit der Hand am Schwert gegenüberstehen?

Deutschösterreich kann sich nicht selbst ernähren, und das dazu geschlagene Westungarn wird das nicht ausgleichen können. Außerdem sperren sich die klerikalen Provinzen gegen das rote Wien ab. Deutschösterreich hat fast keine Kohle, die haben die Tschechen und Polen; die Kohlenskla-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

verei wird ihm auch verbieten, sein steirisches Eisen teuer zu verkaufen. Für die Kriegsschuld der Habsburger Monarchie haftbar gemacht, ist es mit wahnwitzig ausgedachten finanziellen Lasten bepackt, seine Bergbahnen arbeiten von jeher mit Defizit, und die Krone gilt in der Schweiz sieben Centimes, selbst in der Tschechoslowakei kaum 45 Heller und in Deutschland 42 Pfennig. Vollkommen vom Erbarmen der Sieger abhängig, liegt das schöne Land mit dem unheimlich großen Wien, wo zwischen dem Prunk der Ringstraße, der Schönheit der Parks und der Anmut der Wiener Waldberge ein grenzenloses Elend nistet, als ein Bild des Jammers da . . . durch den wortbrüchigen Herrscherwahn der Cäsaren von Paris abgesperrt von dem deutschen Reich, in dessen weiten Grenzen und dank dessen nicht dauernd zerstörbarer innerer Kraft es sich doch wieder aufzurichten hoffte. An Exportmöglichkeiten hat es nur Holz und Holzwaren, Papier, Literatur und die überzähligen Intelligenzler...

Und während die Kriegsgewinnler im Ententezug ihre Millionen ungehindert nach der Schweiz bringen, kreisen schon die Aasgeier der Reaktion über dem zuckenden Leibe Deutschösterreichs und spekuliert man schon auf die Wiedereinsetzung der in Schmach und Schande versunkenen Monarchie. Zu gleicher Zeit aber verhetzen die Kommunisten, Leute aus so ziemlich allen Ländern der Niederlage, das verzweifelnde Volk immerzu. Die absolute Preß- und Versammlungsfreiheit der Republik Deutschösterreich gibt ihnen die Möglichkeit, ganz nach dem Belieben ihrer Verantwortungslosigkeit auf einen Zustand hinzusteuern, der den Machthabern des „demokratischen" Westens den willkommenen Vorwand geben würde, die Zweimillionenstadt dem Hungertod zu überliefern.

* *
*

Aber auch in dem Siegerstaat der C.S.R., der Tschechoslowakischen Republik, sieht es traurig aus. Die Kriege, in die sie sich aus unersättlicher Ländergier gegen Polen und Ungarn stürzte, die Militäraufgebote zur Aufrichtung und Aufrechterhaltung der Herrschaft über die deutschen Gebiete und über die Slowakei, in der sich das tschechische Militär rasch grenzenlos verhaßt gemacht hat, die Heranziehung der von der Entente gegen glatte Bezahlung tadellos ausgerüste-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

ten tschechischen Legionen — viele Deutsche sind ihnen beigetreten, um nur nach Hause zu gelangen —, all das hat dem neuen Staat ungeheure Lasten aufgebürdet. Einen Teil der österreichischen Staatsschulden muß er auch übernehmen. Die Eisenbahnwagen arbeiten für die Fronten und können nicht die auf den Schächten aufgehäufte Kohle der Industrie und den Gemeinden zuführen; riesige Arbeitslosigkeit, dabei altösterreichische Korruption und Schlamperei. Die Rationierung steht fast vollständig auf dem Papier, auf die Karten gibt es nur selten etwas außer Brot und Zucker, im freien Handel und in den Gast- und Kaffeehäusern ist alles wie einst zu haben, nur zehnmal so teuer. Paßt einem zum Beispiel das Gemeindebrot nicht, so kauft er sich ein weißes für 15 Kronen. Infolge der Zurückbehaltung der Hälfte der jetzt zur Abstempelung eingelieferten Banknoten ist zu wenig Geld unter den Leuten. Die praktisch herrschende Militärgewalt hat die politische Freiheit auch der tschechischen Arbeiter, unter denen eine starke Gärung mit linksradikalen Tendenzen herrscht, eingeschränkt. Die Deutschen aber, unter denen die Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, stehen diesem Staat, der ihnen die Selbstverwaltung und die Mitentscheidung versagt, und der sie mit tausend Maßnahmen kränkt, mit verschränkten Armen, doch mit bitterem Zorn gegenüber. In ihrem Staat sind tatsächlich die Tschechen in der Minderheit gegenüber der Gesamtheit der einbezogenen Deutschen, Slowaken, Ukrainer, Polen und Magyaren, wie im alten Oesterreich die Deutschen. Darum wird in der neuen Tschechoslowakei der Kampf für die Umwandlung in eine Föderation freier Völker einsetzen; er wird aber weit stärker geführt werden, weil die Tschechen wirklich herrschen, während die deutsche Herrschaft im alten Oesterreich nur ein Popanz aus alten Zeiten war. Das von modernen und guten Absichten beseelte, aber mit dem Fluch seiner Entstehung aus Gewalt und nationalistischer Beschränktheit belastete Regime Masaryk-Tusar hat den schwersten Stand gegenüber der Pogromhetze, in der sich antidemokratische Reaktionstendenzen und nationalistische Ablenkungswünsche von der Erkenntnis der glorreichen Aspirationen, die das Elend verschulden, treffen. Vor lauter Außenpolitik und Imperialismus kommt man nicht dazu, die inneren Dinge anzupacken. Und inzwischen stürzt auch die tschechoslowakische Valuta ins Grundlose.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Von Polen, Galizien und Südslawien dringen keine Nachrichten herüber. Diese Länder waren dem Westösterreicher, dem Deutschen wie dem Tschechen, immer fremd und gleichgültig. Von den Südslawen hat er nur gewußt, daß sie 1848 die Revolution niederwarfen und 1918 haben sie die flüchtenden Massen der Isonzoarmee systematisch bis aufs Hemd ausgeplündert. Jetzt martern sie die Deutschen, die die Selbstbestimmungsfanatiker von St. Germain ihnen ausgeliefert haben. Und in Polen herrschen dieselben Pfaffen und Junker, die immer im Wiener Reichsrat die getreuesten Stützen der Regierung waren, „gegen dem" (wie das k. k. Amtsdeutsch sagte), daß die Regierung ihnen die Herrschaft in Galizien garantierte. Die 20 Milliarden „Gründungskosten", mit denen Polen anfängt, dazu die Kosten seiner Kriege gegen Litauen, Sowjetrußland, die Tschechen und Deutschland sind auch eine schöne Morgengabe, und Polen dürfte auch künftighin zur Hebung der Dividenden der Auswandererreedereien kräftig beitragen.

Die Deutschen im früheren Oesterreich aber sind in aller Gedrücktheit von zwei Dingen durchaus überzeugt und diese Gewißheit hält sie aufrecht: daß dieser Friedensvertrag nicht lange so bleiben, und daß Deutschland sich in einer nicht fernen Zeit wieder heraufgearbeitet haben wird.

R. G. HAEBLER:

Marx und Goethe.

FÜR diejenigen, welche aus der Welt des sogenannten Bürgertums in die Welt des Proletariats kommen, und dazu gehören infolge der Revolution viele Männer und Frauen, ist eine ungemein schwierige, geistige Umstellung notwendig, sobald sie in die Praxis des sozialistischen Parteilebens eintreten oder sich irgendwie historisch einfühlend mit der besonderen Art proletarischen Denkens und Fühlens und Wollens beschäftigen: die Ueberwindung der *„bürgerlichen Ideologie"*. Ich möchte gleich betonen, daß ich hierunter nicht die einfache und im Grunde selbstverständliche, weil ja bei diesen Menschen bereits vollzogene, *Umwertung des Begriffs „Privatkapitalismus"* verstehe; sie wären ja nicht

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Sozialisten geworden, wenn sie nicht die Ueberzeugung von der Minderwertigkeit kapitalistischer Wirtschaftsordnung hätten; ja, sie bezeugen gerade mit dieser parteipolitischen Einstellung, insbesondere auch nach außen hin, daß sie an Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Wirtschaftsordnung gesetzt wissen wollen. Es kann übrigens hier um so weniger von dieser Umstellung der Vorstellungen, von einer solchen, rein volkswirtschaftlich bedingten Umwertung bürgerlicher Bewußtseinsinhalte als von etwas „Schwierigem" die Rede sein, weil dies in einer Zeit geschieht, in der gewisse *soziale Forderungen* Gemeingut *jedes* politischen, selbst des konservativen Denkens geworden sind und als *sittliche Forderungen schlechthin* allgemein anerkannt werden wie etwa zu seiner Zeit die Abschaffung des Sklavenhandels. Vielmehr ist die Rede von der ungleich schwierigeren *Umwertung gewisser Grundeinstellungen des gesamten Denkens und Fühlens gegenüber dem, was man gemeinhin „moderne Kultur" zu nennen pflegt.* Es handelt sich im Grunde hierbei um nichts weniger als um ein ganz neues, ganz anderes Weltbild, das es hier für viele zu schaffen gilt.

Zum Verstehen können wir nur gelangen dadurch, daß wir versuchen, zunächst rein entwicklungsgeschichtlich, uns in die *Voraussetzungen proletarischen Denkens* hineinzuarbeiten, um von hier aus, vom Schwerpunkt aller Dinge, zu den Einzelstellungen zu gelangen.

Die *Weltanschauung des Proletariats* hat, wie jede Weltanschauung, ihren Ursprung in dem dem Einzelmenschen oder seinem Stand zugedachten *Verhältnis zwischen Mensch und Arbeit,* also theoretisch ausgesprochen: in dem Arbeitsbegriff. Die proletarische Weltanschauung ist demnach nichts anderes als eine Auswirkung des proletarischen Arbeitsbegriffes auf die verschiedenen Erscheinungen der ihn umgebenden Welt. Dieser Arbeitsbegriff, oder besser gesagt, seine Bildung, ist nun seinerseits wieder bedingt: einerseits *erlebnishaft* aus der *kapitalistischen Entwicklung* des 19. Jahrhunderts, andererseits *logisch und bewußt* aus der *Gedankenwelt des Marxismus,* wobei man selbstverständlich wie bei allem Leben Ursache und Wirkung je nach dem Standpunkt der Betrachtung vertauschen kann. An der Richtigkeit der *Entwicklung* dieser Weltanschauung als Ganzes ändert das nichts.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Um diesen Vorgang grundsätzlich und insbesondere in seiner rein menschlichen Bedeutung besser zu verstehen, untersuchen wir in aller Kürze die *Entwicklung des Arbeitsbegriffes überhaupt.* Der *Bauer* ist mit seiner Arbeit, auch dort, wo sie härter und mühsamer ist als die des Fabrikarbeiters, in einem — ihm nicht bewußten — *Zusammenhang mit der Natur.* Ich habe nun allerdings in meinem Aufsatz: „Der Arbeitsbegriff des Sozialismus", in Heft 3 dieser Zeitschrift versucht, die religiös-geschichtliche Seite der Anschauung, daß die Arbeit ein Fluch sei, kurz zu umreißen, um zu zeigen, daß wir nur durch die grundsätzliche Ueberwindung dieses Fluchcharakters zu einem grundsätzlichen neuen und besseren Arbeitsbegriff — dem sozialistischen — gelangen können; und habe hierbei auch auf die landwirtschaftliche Herkunft dieser Auffassung hingewiesen. Indessen ist *hier* es nun notwendig, auf eine gewissermaßen doppelte Funktion des Begriffes Arbeit hinzuweisen, nämlich die Einstellung des Menschen auf die Arbeit überhaupt und zweitens auf die Einstellung des Menschen auf seine, ihm eigentümliche Arbeit. Es ist der Unterschied zwischen *Arbeit als objektiver* und *subjektiver Tatsache.* Und hier nun, sobald wir den Zusammenhang zwischen Arbeit und Arbeits*art* untersuchen, erhalten wir eine *Abstufung des Fluchcharakters,* der um so geringer ist als die menschliche Arbeit noch zusammenhängt mit der Gottnähe, dem Paradies, wo alle Arbeit von Gott getan wird, und der um so stärker und teuflischer wird, je mehr die menschliche Arbeit sich von Gott, von der Naturnähe abwendet und sich löst von den Zusammenhängen mit dem All: wo Arbeit als Arbeit ihren Sinn *in sich selbst* findet und deshalb Götze wird, dem — in seiner Versinnbildlichung als Kapitalismus — das Leben geopfert wird. Es scheint nun hierbei ein Grundgesetz des Zusammenhangs zwischen Mensch und Arbeit zu sein, daß, je näher das Werk der Natur steht, um so mehr der Mensch gewissermaßen zusammenwächst mit seinen Arbeitshandlungen. Das gilt auch noch für den *Handwerker;* bestimmt für den Handwerker des Mittelalters. Dieser ist innerhalb seiner Arbeit noch „Mensch"; er ist Schöpfer, denn er schafft ein Werk. In seinem Schaffen lebt zwar nicht mehr die Naturnähe, das Göttliche des Ackerbauers; aber noch ist seine Tätigkeit eine sittliche Handlung, die ihm im Werk anschaulich ins Bewußtsein tritt. Der *Arbeiter* des 19. Jahr-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hunderts dagegen empfindet in seiner Arbeit nichts mehr von Naturnähe, von einem Göttlichen; er empfindet aber auch seine Arbeit nicht mehr als Werk, als Schöpfung, nicht als etwas Sittliches, vor allem nicht als sittliche Tat. Vor der Maschine und innerhalb einer sich auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Maschine aufbauenden kapitalistischen Ordnung ist er als Mensch nichts; wesentlich ist nur seine Arbeitskraft. Die Maschine hat den Menschen im Arbeiter getötet. Das ist letzten Endes der Grund dafür, daß beim Aufkommen des Maschinenzeitalters revolutionäre Arbeiter die Maschinen in Haßausbrüchen zerstörten. Und selbst wenn man eine solche Begründung jener Vorgänge nicht gelten lassen will: an der Tatsache der Entseelung der Arbeit durch die Industrie ändert dies nichts und so ist auf jeden Fall jener brutale Haß gegen das Ding Maschine ein tiefes Sinnbild für diesen geistigen Vorgang. Denn der Mensch, auch der als reiner Materialist sich gebende Mensch, kann diese Trennung des Ich von seinem Sein nicht ertragen. Es ist in ihm ein Gebot, das diese furchtbare Trennung des Ich in Mensch und Arbeitskraft als etwas teuflisches erkennen läßt. Der Proletarier mußte deshalb nach einem Etwas suchen, das diesen Zwiespalt in seiner Seele überbrücken könne. *Er suchte einen neuen Glauben.*

In der *kirchlich-religiösen Ueberlieferung und Organisation* fand er ihn nicht, konnte ihn nicht finden. Es ist eine tiefe Tragik des Christentums als des ethischen Sozialismus, daß es diesen Zwiespalt nicht rechtzeitig erkannt hat. Die *Weltanschauung des kirchlichen Christentums* hatte sich nicht so entwickelt wie die allgemeine Kulturentwicklung fortgeschritten war, sondern war stehen geblieben in einem Bewußtseinsinhalt, der ganz aus Werten floß, die wohl für die herrschenden Gesellschaftsschichten Tragfähigkeit hatten, nicht aber für den von der Natur und — aus hier nicht näher zu erörternden Gründen — von der Geisteskultur losgelösten Proletarier. So mußte die christliche Kirche als religiöse Kraft aus dem Denken und Wollen der Proletarier ausscheiden. Dieser Prozeß wurde noch unterstützt durch die Blindheit der führenden Kreise der christlichen Kirchen gegenüber der Kulturentwicklung im allgemeinen und der wirtschaftspolitischen Entwicklung im besonderen. Es ist bezeichnend, daß trotzdem im *Fühlen* des größten Teiles der Arbeiterschaft die sittlich-religiösen Werte des Christen-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

tums blieben; oft reiner und absoluter erkannt als von Kirchenleuten. Aber *als bindendes Gemeinschaftsideal kam die Kirche für den Proletarier nicht mehr in Betracht;* es ist, nebenbei bemerkt, interessant, daß allmählich immer weitere Kreise der christlichen Kirche diese Zusammenhänge zu erkennen scheinen und sich nicht scheuen, ein nostra culpa, nostra maxima culpa auszusprechen.

In dem gleichen Sinne wie die organisierte Religion versagte, mußten auch die Bildungsmächte der Gesellschaft versagen. *Die deutsche Bildung,* so wie sie heute noch im allgemeinen gilt, ist das Ergebnis einer aus drei Quellen gespeisten sittlich-ästhetischen Einstellung: aus Reformation, klassischem Idealismus und Romantik. Alle drei Grundelemente nun sind grundsätzlich auf einer Weltanschauung aufgebaut, welche den Zusammenhang des Menschen mit der Natur, mit einer über das menschlich Erreichbare hinauswirkenden Kraft, also mit Gott, als wesentlichen Bestandteil in sich trägt. Innerhalb dieser deutschen Bildung ist diese communio auf die eine oder andere Art immer deutlich in Erscheinung getreten. Luther, Goethe und Novalis sind hier durchaus wesensgleiche Erscheinungen und Träger dieser Bildung. Es ist klar, daß diese idealistische Welt, diese von sittlich-ästhetischen Bewußtseinsinhalten erfüllte Welt dem Proletarier in seinem Zwiespalt nichts geben konnte: nichts, das er als etwas Tatsächliches, als etwas Wirkliches und Wirkendes hätte empfinden können. Diese ganze Welt der deutschen Religion und Bildung sagte ihm nichts wesentliches, das heißt seinem Wesen entsprechendes. *Und so mußte innerhalb des Proletariertums diese ganze, mit wesensfremden Bewußtseinsinhalten erfüllte Welt instinktiv eine Ablehnung erfahren:* sie wurde deshalb, fast verächtlich — weil der Mensch nur vor dem Achtung haben kann, was er als wesentlich empfindet — als „bürgerliche Ideologie" bezeichnet.

Es gibt in der Natur keinen leeren Raum: auch im seelischen Leben nicht. Es gibt keine Bewußtseinsleere im geistigen Leben der Gesellschaft. So wie dort, wo sich in der Natur ein leerer Raum bildet, sofort alles angrenzende hineinstürzen müßte, wenn die Schranken fallen, so mußte auch diese *Bewußtseinsleere in der proletarischen Mentalität* sich füllen und zwar mit dem hier Angrenzenden. Und das war die *Naturwissenschaft.*

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wir haben oben kurz bemerkt, wie die Maschine und damit der Kapitalismus die neue Gesellschaftsordnung und damit das Proletariat schufen. Im engen Zusammenhang hiermit stand nun das Aufkommen der modernen Naturwissenschaft. Es ist nun ganz deutlich zu erkennen, wie der neue Stand, das Proletariat, sich auch des „neuen Glaubens" bemächtigte. *Die moderne Wissenschaft,* insbesondere soweit sie exakte, biologische Naturwissenschaft und, damit im Zusammenhang, soziale Geschichtswissenschaft war, *trat für den Proletarier an die Stelle, an der bei den alten Ständen Christentum und deutsche Allgemeinbildung standen.* Die Wissenschaft wurde der Glaube des Proletariats; insbesondere die Wissenschaft als unwiderlegliche Tatsachenerkenntnis, als Wahrheit in sozialen, volkswirtschaftlichen Erscheinungen und da wieder ganz besonders in der Prägung von Karl Marx. Dies gab der proletarischen Bewegung ihre innere geistige Kraft. Sie war der religiöse und sittliche Impuls, der dem Proletariat die Einheit des Innen und Außen schuf: die geschlossene Weltanschauung. Damit klang Idee und Wirklichkeit in einem ganz reinen Akkord zusammen; und dies allein, diese Einheit, diese Synthese zwischen Theorie und Praxis, zwischen Glaube und Leben war es, was dem Proletariat die Macht gab, in verhältnismäßig wenig Jahrzehnten sich durchzusetzen.

Es ist nun etwas merkwürdiges: sobald wir einmal die innere und äußere Tragweite dieser Erkenntnis ganz durchgedacht haben, stehen wir vor der Tatsache, daß auch hier — *in durchaus ernstem Sinne* — wir eine Ideologie besitzen: *die proletarische Ideologie.* Denn das, was die proletarischen Massen zusammenhielt, ist eben die Idee, nicht das Materielle. Wir können das heute, im entgegengesetzten Sinne, ganz deutlich erkennen (und es zeigen sich dabei dem genaueren Kenner der modernen Kulturkrise sehr interessante Zusammenhänge). Das, was das Proletariat heute leider spaltet, ist nicht das Materielle, sondern eine Ideologie. Auch hier liegen vielleicht die Wurzeln tiefer, als man gemeinhin annimmt. Genau so wie in der modernen Naturwissenschaft der alleinseligmachende Glaube an die absolute Richtigkeit der letzten Theoreme geschwunden ist, genau so ist der Glaube an die alleinseligmachende Richtigkeit der bisher gepredigten sozialistischen Demokratie erschüttert. Der Gedanke des Rätesystems ist eine solche erschütternde

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ideologie, der Bolschewismus ist überhaupt nichts anderes als eine, aus dem Chaos der russischen Seele entsprungene grandiose, aber darum auch realpolitisch gefährliche Ideologie.

Es scheint nun, entwicklungsgeschichtlich betrachtet, wahrscheinlich, daß diese Krise lediglich ein letztes Ringen der bürgerlichen Ideologie mit der proletarischen Ideologie darstellt. Und hier nun ist der Punkt, wo wir wieder zurückkehren können zu dem eingangs gesagten. Durch die in größerer Menge in die sozialistischen Parteien einströmenden Bürgerlichen, Beamten, Angestellten, Lehrer, Künstler, kommt auch in den bisher geschlossenen, aus der rein proletarischen Atmosphäre entstandenen, vorwiegend materialistisch betonten Bewußtseinsinhalt dieser Parteien ein Zuströmen von idealistischer Intelligenz — wobei natürlich hier idealistisch und materialistisch als philosophische Grundeinstellung zu verstehen ist. Es mag nun die Frage aufgeworfen werden, und die Leser dieser Zeitschrift wissen ja auch, daß dem so ist: *muß das klassenbewußte Proletariat nicht verlangen, um der absoluten Reinheit seiner Weltanschauung willen, daß diese einströmenden Elemente nicht nur umlernen in ihrer Stellung zum Kapitalismus,* — was selbstverständlich ist — *sondern auch in ihrer Ideologie?* Der Theoretiker wird darauf antworten: die beiden Dinge können gar nicht getrennt werden; der Sozialist kann nur eine proletarische Ideologie haben. In Wahrheit liegen die Dinge nicht so einfach. Der Mensch denkt nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Gefühl, auch dann, wenn er es nicht weiß und nicht will. Es wird sich gar nicht vermeiden lassen, daß in Zukunft in der Erörterung sozialistischer und kultureller Probleme vom sozialistischen Standpunkt aus gewisse Forderungen in einem Geiste erhoben und besprochen werden, der sich nicht ohne weiteres deckt mit den Bewußtseinsinhalten der proletarischen Ideologie. Und das ist gut so. Denn dadurch wird etwas entstehen können, nach dem Rousseau und die französische Revolution so sehr gestrebt haben und was der tiefste Sinn einer jeden Revolution ist: das Bewußtsein des Menschen *im* Menschen. Die Rückkehr zur Natur, die Rückkehr zu Gott. Das ist es, was in der proletarischen Ideologie bisher gefehlt hat, was sie zwar hervorragend machte als Kampforganisation, das sie aber bitter notwendig braucht zum

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Aufbau: Gott. Ich brauche aber dabei nicht zu betonen, daß hier kein Gott im Sinne irgendeines dogmatischen Bekenntnisses gemeint ist, sondern die Kraft, die den Menschen über das Tier erheben will.

Die proletarische Ideologie hatte ihre, man ist versucht zu sagen fast metaphysische Grundkraft im *Klassenbewußtsein.* Dies war das Surrogat für das Menschenbewußtsein, wonach es im Grunde strebte. Aber das ist, ich möchte nicht sagen das Verhängnis, sondern lediglich die hemmende Tatsache, die aus der rein materialistischen Grundeinstellung sich ergeben mußte, daß das Proletariat diesen höheren, diesen göttlichen Begriff nicht finden konnte, weil seine Ideologie zu einseitig verknüpft war mit den Erscheinungen des Wirtschaftslebens allein. Und hier nun — da ist die proletarische Ideologie ganz ein Kind ihrer Zeit wie die bürgerliche auch — mußte sich als Einheit das Klassenbewußtsein einstellen und damit die geforderte Ueberwindung der Klasse rein materialistisch, aber eben darum auch ganz dogmatisch durch eine Entwicklung des ungeistigen Wirtschaftslebens eo ipso begründet erscheinen. Das ist natürlich richtig, solange es sich um den rein wirtschaftlichen Vorgang handelt. Marx hat hier ganz klar und deutlich gesehen und sein Materialismus ist durchaus richtig. Aber Marx zeigt nur die Wirtschaft und den Menschen als Arbeitskraft und nicht das Leben und den Menschen als Menschen. Mit anderen Worten: den Menschen als Ware abzuschaffen, dazu dient eine ökonomische Entwicklung, die zum Sozialismus und letztens zum Kommunismus führt. Aber damit habe ich noch nicht das *„menschenwürdige Dasein"* geschaffen. Damit ist lediglich etwas *Negatives* geleistet, nämlich die Entkleidung des Menschen als auszubeutende Arbeitskraft; aber dann steht noch erst der Mensch nackt da: es fehlt das *Positive,* das, was den Menschen *höher* hebt, was ihn erst eigentlich zum „Mensch" macht. Und dieses Höhere, dieses Vergeistigende kann mit der ökonomisch-materialistischen Ideologie des Proletariats nicht geschaffen werden, so wenig wie es ohne diese Ideologie, allein durch das Ethos der bürgerlichen Weltanschauung geschaffen wird. Sondern hier wird es nötig sein, daß *die beiden Ideologien sich in einer höheren* finden: in einer Ideenwelt, die den Tatsachen des modernen Wirtschaftslebens als Sozialismus gerecht wird, ebenso wie sie grundsätzlich darüber

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hinausgreift und Idealismus ist, der aus der deutschen Bildung wertvolle Bestandteile enthält. Wenn wir diese Synthese, diese Verschmelzung mit zwei Namen verdeutlichen wollen, die sinnbildlicher Art sind, dann nennen wir *Goethe* und *Marx*. Dieser Vorgang als ganzes schaffen kann freilich nur eine Philosophie, von der ich überzeugt bin, daß sie gedacht werden wird; sie jetzt schon vorzubereiten, scheint mir eine Aufgabe derer zu sein, die von der bürgerlichen Ideologie kommen, ihre Schwächen kennen und darum sich in das Studium der proletarischen Ideologie vertieft haben: nicht um hier stehen und stecken zu bleiben, sondern um von hier aus auf dem sicheren Grund der Marxschen Wirtschaftslehre eine *neue* Erziehung und Bildung zu schaffen.

Dr. SPRINGER:

Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung.

Der große Rat des Kantons Basel-Stadt hat in erster Lesung einen Antrag angenommen, der folgendes besagt: „Die Abtreibung bleibt straflos, wenn sie bei ehelicher Schwangerschaft im gegenseitigen Einverständnis der Ehegatten, bei außerehelicher Schwangerschaft mit Einwilligung der Schwangeren erfolgt, vorausgesetzt, daß die Frucht nicht älter als drei Monate ist und ihre Entfernung aus dem Mutterleibe durch einen patentierten Arzt vorgenommen wird.“ Dieser Antrag hat zwar noch keine Gesetzeskraft erlangt, da eine zweite Lesung dazu notwendig ist, immerhin ist aber die straffreie Unterbrechung der Schwangerschaft in Basel-Stadt und damit zum erstenmal in einem Land deutscher Zunge in den Bereich einer nahen Wirklichkeit gerückt. Es ist bekannt, daß die deutsche Strafgesetzgebung, und ähnlich die schweizerische, die Abtreibung mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestrafte, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, und daß bis heute, selbst für die aus Gesundheitsgründen notwendigen Fälle, bei denen das Weiterbestehen der Schwangerschaft Lebensgefahr für die Frau bedeutet, eine Straffreiheit im Gesetz nicht be-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sonders niedergelegt ist. Es ist weiter bekannt, daß auch der Versuch strafbar ist, selbst ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Glaubt eine Frau z. B. schwanger zu sein und nimmt sie ein harmloses Mittel, etwa Salz oder Zucker, in der Absicht, damit sich die Leibesfrucht zu entfernen, so wird sie selbst dann bestraft, wenn sie gar nicht schwanger war, — wenigstens entschied so das Reichsgericht.

Die hervorragendsten Vertreter der medizinischen Wissenschaft stehen auf dem Standpunkt, daß für die Abtreibung nur *rein medizinische* Gesichtspunkte maßgebend sein dürften, alle anderen Motive, insbesondere auch die sozialer Natur, werden strikt abgelehnt. Der Standpunkt ist zurzeit der, daß eine Abtreibung nur erlaubt ist bei lebensgefährlicher Erkrankung der Frau, z. B. schwere Herz- oder Nierenerkrankung, floride Tuberkulose und auch dann nur, wenn anzunehmen ist, daß durch die Entfernung der Leibesfrucht das Leben der Frau noch zu retten ist, sonst ist das Leben des Kindes das wichtigere. Die Abtreibung soll nur nach vorangegangener Beratung und übereinstimmendem Urteil zweier Aerzte, möglichst eines Spezialisten für innere Krankheiten und eines für Geburtshilfe, erfolgen; tatsächlich wird hiergegen aber noch sehr oft verstoßen.

Im Gegensatz hierzu stehen *soziale Gründe,* die auch für den Baseler Gesetzentwurf maßgebend waren. Man geht von der Tatsache aus, daß in den sozial am schlechtesten gestellten Kreisen die häufigsten Geburten vorkommen, mit steigender Geburtenzahl auch die Säuglingssterblichkeit zunimmt, so daß die häufigen Schwangerschaften die wirtschaftlich Schwachen schwer belasten durch die Kosten für Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Aufzucht der Kinder und durch den Lohnausfall, vor allem aber auch durch die Gefährdung der Gesundheit, ohne daß der Allgemeinheit tatsächlich ein großer Dienst geleistet würde, da ja ein großer Prozentsatz der Kinder wieder stirbt, ohne in das reproduktionsfähige Alter zu gelangen. Man weist darauf hin, wie die zunehmende Geburtenzahl die sozial tieferstehenden Schichten der Bevölkerung am Aufsteigen hindert, wie sie weiter sozialhygienisch im ungünstigen Sinne wirkt, indem die Aufzucht der übrigen Kinder, sowie die Beachtung der Hygiene des täglichen Lebens im Arbeiterhaushalt erschwert wird, ganz abgesehen davon,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

daß die Arbeiterfrau den größten Teil ihres Lebens der Sklave ihrer Kinder wäre und von den Annehmlichkeiten des Lebens fast ausgeschlossen bliebe und dazu noch einer erhöhten Lebensgefahr stets ausgesetzt wäre. Man weist weiter darauf hin, daß das Verbot der Abtreibung auch nur die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung treffe, da den höher stehenden Kreisen leichter die Mittel zur Verhütung der Konzeption zur Verfügung ständen und sich in diesen Kreisen das Ein- oder Zweikindersystem herausgebildet habe. Endlich führt man auch moralische Gründe ins Feld und betrachtet es als unmoralisch, mehr Kinder in die Welt zu setzen, als man ernähren und aufziehen kann, und schließlich bedeute das Verbot der Abtreibung eine ganz gewaltige unzulässige Einschränkung der persönlichen Freiheit und des Verfügungsrechts des Menschen über seinen Körper. Gerade diese letzte Einwendung wird sehr häufig gemacht.

Ohne Zweifel ist an allen diesen Einwendungen etwas Wahres, insbesondere was die Unterschiede zwischen den sozial schwachen und den besser gestellten Kreisen angeht; mag es auch noch so sehr berechtigt sein, daß für den Mediziner nur rein gesundheitliche Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen, es ist ebenso wahr, daß diese Frage nicht nur vom medizinischen Standpunkt, sondern auch von einem ethischen betrachtet werden muß, und daß dann sehr vieles in dem oben skizzierten Sinne spricht. Es ist noch fraglich, ob der Standpunkt der Vertreter der medizinischen Wissenschaft tatsächlich gesundheitsfördernd ist, ob ihre Haltung nicht viel mehr einer Vogel-Strauß-Politik ähnelt, die nicht sehen will, daß trotz des Verbotes und jetzt nach dem Kriege in steigender Zahl Abtreibungen tagtäglich mit Erfolg ausgeführt werden, man die Zahl der Aborte jährlich auf eine nicht viel geringere Zahl als die der Geburten schätzen darf, die gesundheitliche Schädigung der Frau aber durch die unsachgemäße Behandlung eine ganz gewaltige ist, und der Verlust an Volkskraft statistisch kaum erfaßt werden kann. Andererseits aber ist nicht zu leugnen, und darüber sind sich sehr viele einig, daß die Einhaltung des strengen wissenschaftlichen Standpunktes deshalb unbedingt geboten erscheint, weil sein Verlassen der Willkür Tür und Tor öffnet und keinerlei Grenzen mehr vorhanden sind, innerhalb der die Abtreibung noch erlaubt oder schon verboten ist.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Wie ich schon oben betonte, ist es selbstverständlich, daß ein Unterschied in der Behandlung dieser Frage zwischen Reich und Arm nicht gemacht werden darf und daß dem einen nicht mehr erlaubt und keine anderen Mittel zur Verfügung gestellt werden dürfen, wie dem anderen. Die Radikalen behaupten nun, Grenzen sollen überhaupt nicht vorhanden sein, ein jeder dürfe über seinen Körper und über die Zahl seiner Kinder verfügen, wie er will; der freie Wille der Eltern regele die Zahl der Schwangerschaften und Geburten. Auch der Standpunkt, der Staat brauche Menschen, um bestehen und blühen zu können, sei nicht stichhaltig, denn die Menschen seien nicht des Staates wegen da, sondern der Staat der Menschen wegen; überdies entspreche das Verbot der Abtreibung nur den bürgerlichen Interessen, die bürgerliche Wirtschaftsordnung bedürfe eine zahlreiche Nachkommenschaft, um Krieg führen zu können und um eine möglichst große Reservearmee der Industrie- und Landarbeiter zu haben. Es erscheint notwendig, diesem Standpunkt, der in den letzten Wochen öfters in radikalen Blättern zu finden war, entgegenzutreten, denn in Wirklichkeit bedeutet er nur ein nicht einmal geschicktes Operieren mit Schlagwörtern und ist gerade mit den Ideen des Sozialismus nicht vereinbar, so bestechend die Einwendungen zunächst auch scheinen. Mit dem gleichen Recht, mit dem man behaupten kann, der Obrigkeitsstaat bedürfe der Menschen, um Krieg zu führen, und eine zahlreiche Nachkommenschaft diene nur bürgerlichen Interessen, kann erklärt werden, der demokratische und erst recht der sozialistische Staat bedarf der Menschen, sogar recht vieler Menschen, um seine Kulturaufgaben zu erfüllen. Ohne Zweifel hat sich die Stellung des Individuums zum Staat wesentlich geändert. Der Staat ist nicht mehr der Vertreter des Obrigkeitsgedankens und das Individuum nur der Untertan, der Staat vertritt nicht mehr nur Wirtschafts- und Machtinteressen, der Staat der Zukunft, wie wir ihn jetzt aufrichten wollen, ist der Repräsentant der Kulturgemeinschaft und das Erwerbsleben des Volkes, die notwendige Basis, auf der die Aufgaben der Gemeinschaft erfüllt werden können. Der kapitalistische Staat hätte unter Umständen mit weit

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

weniger Menschen auskommen können, indem er ihre Arbeitskraft und Gesundheit noch weit schärfer angespannt und ausgesaugt hätte, indem er rücksichtslos über das persönliche Wohl des Individuums hinweggeschritten wäre; im kapitalistischen Staat reichte die Arbeitskraft eines Mannes nicht aus, um seine Familie zu ernähren, Frau und Kinder mußten mithelfen. In der Kulturgemeinschaft soll das Individuum keine Frondienste leisten, nach Maßgabe seiner Kraft und seiner Fähigkeiten soll jeder verwendet werden, und die Gesundheit des Individuums, das höchste Gut des Menschen, muß weitgehend geschont und gepflegt werden; die Arbeit des Mannes soll allein ausreichen, seine Familie zu ernähren. Die wirtschaftliche Arbeit wird daher in der Volksgemeinschaft, selbst bei ihrer veränderten Bedeutung, nicht weniger Menschen fordern, sondern mehr, aber die Lebensbedingungen werden besser sein, so daß das Leben lebenswerter erscheint. Immer aber wird dazu, und in unserem daniederliegenden Heimatland besonders, eine Anspannung aller Kräfte für die Allgemeinheit erforderlich sein, eine Unterordnung der Interessen des Einzelnen unter die der Gesamtheit, unter die des Staates. Diese Forderung aber enthält eine ganz wesentliche Einschränkung der persönlichen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts des Einzelnen. Denken wir nur an die an offener Tuberkulose leidenden Menschen, die ihre ganze Umgebung verseuchen und krank machen und auf diese Weise die Gemeinschaft schwer schädigen, so daß eine Absonderung unbedingt erforderlich wird; denken wir weiter an Geschlechts- und andere Volkskrankheiten, und man wird einsehen, daß das Recht der Gesamtheit des Volkes auf Gesundheit gerade vom sozialistischen Standpunkt aus sicherlich über das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen über seinen Körper den Sieg davontragen muß.

Nicht anders aber ist es in der Frage der Abtreibung. Das Recht der Gesamtheit auf Weiterbestehen und Blühen des Staates darf nicht untergraben werden durch Momente rein egoistischer Natur; darüber gibt sich wohl niemand einem Zweifel hin, daß die weitaus größte Zahl der Schwangerschaften nicht einem Zeu-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gungsakt, mit der Absicht, ein Kind zu erzeugen, entspringt, vielmehr, wenn man so sagen darf, einem Versehen. Die straffreie Unterbrechung der Schwangerschaft ohne jede Indikation bedeutet daher, vor allem unter den augenblicklichen Verhältnissen, eine so wesentliche, beabsichtigte Herabsetzung der Geburtenzahl, daß das Weiterbestehen der Gemeinschaft auf das schärfste gefährdet wird. Man wende nicht ein, daß die Gefährlichkeit der künstlichen Abtreibung allein schon dem Ueberhandnehmen einen Riegel vorschiebe; ein unter aseptischen Kautelen vorgenommener künstlicher Abort ist nicht gefährlicher, als die Geburt, vielleicht sogar weniger und die hohe Zahl der Erkrankungs- und Sterbefälle bei Aborten nur eine Folge der auf alle mögliche Weise versuchten, mit unlauteren Mitteln und von nicht sachkundigen Personen ausgeführten Abtreibungen. Theoretisch sicherlich kann das Recht keinem bestritten werden — religiöse Erwägungen bleiben absichtlich ausgeschaltet — die Zahl seiner Kinder selbst festzulegen, aber dieses Recht setzt eine ganze Reihe von Bedingungen voraus, die heute nicht vorhanden sind. Zum mindesten müßte die Liebe zum Kind im Volke gestärkt sein, es müßte insbesondere die Geburtenfreudigkeit der Frauen, die vollkommen daniederliegt, in allen Kreisen, und besonders in den wirtschaftlich besser gestellten Kreisen bedeutend zunehmen — auf je 1000 Frauen zwischen 17—50 Jahren kamen in Bayern in den Jahren 1866—75 153 geborene Kinder, 1915 noch 110. 1917, infolge der Wirkung des Krieges, nur noch 60 —, es müßten eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen eingeführt sein, die im Sinne einer erleichterten Kinderaufzucht wirken und auf diese Weise der beabsichtigten Einschränkung der Kinderzahl entgegengetreten werden; vor allem aber müßte das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft wesentlich gestärkt sein, bevor daran gedacht werden könnte, das volle freie Recht über den Körper und über Schwangerschaften und Geburten in die Tat umzusetzen. Auf der anderen Seite aber übernimmt der Staat, und das hat der Obrigkeitsstaat gar nicht oder viel zu wenig getan, wenn er verlangt, daß die Mitglieder der Gemeinschaft im

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

allgemeinen Interesse auf ein ihnen zustehendes Recht verzichten, die *Pflicht* für die Folgen, das sind Schwangerschaft, Geburt und Aufzucht der Kinder, *mitzusorgen;* alles, was in seinen Kräften steht, muß er tun, um die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und ihnen in ihren schweren Pflichten zu helfen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist die Aufzucht der Kinder keine Privatsache mehr, sie ist eine Aufgabe der Allgemeinheit; ihre erste Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß die Beschwerden und Entbehrungen, die die Frauen im Interesse der Allgemeinheit durch die Schwangerschaft auf sich nehmen, nicht vergebens sind, daß das Kind gesund in das reproduktionsfähige Alter gelangt, die Frau selbst aber möglichst lange ihrem Kinde erhalten bleibt. Es würde zu weit führen, alle Aufgaben aufzuzählen, die in diesem Sinne zu erfüllen sind, sie umfassen nahezu das ganze Gebiet der sozialen Hygiene, vornehmlich aber die Wöchnerinnen- und Säuglings-, die Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge, das Wohnungsproblem, nicht weniger aber die Frage der Frauenarbeit, sie umfaßt aber auch die Frage des unehelichen Kindes und dessen vollkommene Gleichstellung mit dem ehelichen.

Wird durch alle diese Maßnahmen die größte Anzahl der Einwände aus der Welt geschafft, die für das Recht der straffreien Abtreibung angeführt werden, bleibt sicherlich eine ganze Reihe von Fällen bestehen, bei denen ohne Vorliegen gesundheitlicher Indikationen nur rein *soziale* Gründe eine Unterbrechung der Schwangerschaft erwünscht erscheinen lassen. Es hat sich zwar herausgestellt, daß die steigende Säuglingssterblichkeit bei größerer Kinderzahl kein biologisches Gesetz darstellt, sondern ebenfalls nur durch soziale Verhältnisse bedingt ist und durch geeignete Fürsorgemaßnahmen eine bedeutende Besserung geschafft werden kann, aber tatsächlich bleiben auch dann zahlreiche Fälle bestehen, wo eine Unterbrechung der Schwangerschaft aus sozialen Gründen ratsam wäre. Für diese Fälle müßte nun auch tatsächlich eine Abtreibung erlaubt sein. Eventuell wäre die Beurteilung der Notwendigkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft nicht den Eltern,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

auch nicht dem Arzt zu überlassen, vielmehr einem kleinen Ausschuß der Volksgemeinschaft, einem kleinen „Gerichtshof“ von drei bis fünf Mitgliedern, darunter ein beamteter Arzt und ein beamteter Jurist, der auf Grundlage der Bestimmungen eines noch zu schaffenden Gesetzes sein Urteil darüber abzugeben habe, ob in dem vorliegenden Falle eine Abtreibung notwendig ist oder nicht. Ich würde es für möglich halten, daß dieses kleine Kollegium wohl in der Lage wäre, soziale Verhältnisse eingehend zu prüfen und bei seiner Entscheidung diese mitsprechen zu lassen. Erst wenn auf diese Weise den sozialen Verhältnissen Rechnung getragen würde, würde die große Zahl der Unglücklichen abnehmen, die aus Verzweiflung immer wieder alle untauglichen Mittel versuchen, um ihre Leibesfrucht zu beseitigen, die so häufig üblen Existenzen in die Hand fallen, die die Abtreibung gewerbsmäßig betreiben, ohne Sachkenntnis zu besitzen und deren unsachgemäße Behandlung diese Unglücklichen so häufig zum Opfer fallen; dann erst wäre es auch möglich, für alle Fälle von Abtreibungen eine Anzeigepflicht einzuführen, wie sie von den Vertretern der Medizin gefordert wird, und dann wäre es erst richtig, die übrigen Fälle von Abtreibungen im Interesse der Allgemeinheit zu bestrafen. Dann wäre es aber auch erst möglich, gerade im Interesse der Rassenhygiene und der gesundheitlichen Aufzucht des Volkes eine Auslese in der Weise zu treffen, daß Frauen und Männer, die an gewissen krankhaften, vererbbaren Zuständen leiden und heiraten wollen, dauernd unfruchtbar gemacht werden. Schließlich könnte dann auch die Frage der die Schwangerschaft verhütenden Mittel gelöst werden, indem diese von dieser Kommission auch ausgegeben werden dürfen, falls soziale Gründe den Eintritt einer Schwangerschaft unerwünscht erscheinen lassen. Die Einführung einer gewissen sozialen Indikationsstellung würde sicherlich in sozialhygienisch günstigem Sinne wirken; die Zahl der Aborte dürfte wahrscheinlich sogar eingeschränkt werden, auf keinen Fall aber zunehmen; sie würden, da unter sachkundiger Aufsicht ausgeführt, ohne wesentliche Gesundheitsschädigung vorübergehen und die Zahl der Sterbefälle dürfte verringert werden, so daß also die Volkskraft und das Nationalvermögen gestärkt werden würde.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke von

Karl Kautsky

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von **Karl Kautsky.** 8. Tausend. Preis gebunden M. 9.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von **Karl Kautsky.** Dritte unveränderte Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.** Preis gebunden M. 6.—

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation.** Preis gebunden M. 6.—

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von **Karl Kautsky.** Sechzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Das Erfurter Programm. Von **Karl Kautsky.** Vierzehnte Auflage. Preis gebunden M. 5.50.

Thomas More und seine Utopie. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis gebunden M. 6.—

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von **Karl Kautsky.** 9. Tausend. Preis gebunden M. 5.50.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von **Karl Kautsky.** Preis gebunden M. 5.50.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von **Karl Kautsky.** Dritte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Parlamentarismus und Demokratie. Von **Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis kartoniert M. 1.20.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 1.20.

Die Befreiung der Nationen. Von **Karl Kautsky.** Vierte Auflage. Preis M. 1.20.

Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Elsaß-Lothringen. Eine historische Studie von **Karl Kautsky.** Preis M. 2.50.

Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Neuerscheinung

Fünftes Heft der „Flugschriften der Revolution"

Der Kampf um den Geist des Heeres ist sicher eine der brennendsten inneren Fragen der deutschen Gegenwart.

Die Schrift von

Müller-Brandenburg:

Offizier und Republik

Preis 1,25 Mk.

nimmt Stellung im republikanisch freiheitlichen Sinne und ist eine kenntnisreiche Auseinandersetzung mit der militärischen Reaktion.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68 **Lindenstr. 114**

(Postscheck-Konto 275 76)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Jahrg. 1. Band № 26 27. September 1919

Die Glocke

Herausgegeben von Parvus

50 Pfennig

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch

Ständige Mitarbeiter: Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—. Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

Parvus . . . . . Die Reichswehr.

August Winnig . . . . . Der baltische Knoten.

Dr. Paul Lensch . . . . Die Rache für Königgrätz.

Dr. Max Quarck . . . Schulkämpfe und Verfassung.

Guido Knörzer: Zivildienstpflicht statt Militärdienstpflicht.

Dr. J. P. Buß: Novemberbuben und junge Sozialisten.

Glossen.

Nummer 25 der „Glocke“ hatte folgenden Inhalt:

Parvus . . . . . Woher kommt die Gefahr?

Dr. Paul Lensch . . . . Karrikatur statt Korrektur.

Müller-Brandenburg . . . . Doch mit Frankreich!

Richard Bernstein . . . . Am Grabe Oesterreichs.

R. G. Haebler . . . . . Marx und Goethe.

Dr. Springer: Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

DIE GLOCKE

26. Heft 27. September 1919 5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

PARVUS:

Die Reichswehr.

DIE Reichswehr — sagte Noske — würde auseinanderspringen wie Glas, das man an die Wand wirft, wenn sie den Versuch machen wollte, das alte Regime wieder herzustellen.

Das klingt sehr tröstlich, aber die Aeußerung mutet mich doch seltsam an, denn ich kann mir nicht vorstellen, was denn unser Reichswehrminister mit einem Werkzeug aus Glas unternehmen will.

Außerdem glaube ich, daß wir schon Scherben genug im Lande haben und nichts mehr an die Wand zu werfen brauchen.

Es soll *keinen Konflikt* geben zwischen der Reichswehr und dem republikanischen Volke, es soll vielmehr zwischen beiden ein *inniger Zusammenhang* hergestellt werden. Geschieht das nicht, so verliert die Reichswehr ihren moralischen Halt, das Volk den Rest seiner militärischen Wehrkraft. Wir dürfen dieses winzige, was von der alten deutschen Wehrmacht übrig geblieben ist, nicht preisgeben.

Das Schicksal Deutschlands liegt in den Händen des Völkerbundes. Wir denken auch nicht mehr an militärische Revanche. Das wäre unter den gegebenen Weltverhältnissen eine hirnverbrannte Donquichotterie. Deshalb verzichtet das deutsche Volk keineswegs auf seine Einigung. Soviel nationalen Sinn, als die Polen oder Serben, besitzt das deutsche Kulturvolk mindestens. Aber die Wiedervereinigung der gewaltsam zerrissenen deutschen Nation kann nur noch stattfinden durch Einigung Europas und der ganzen zivilisierten Welt, also nur noch innerhalb des Völkerbundes. Soviel ist klar.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:34 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Nicht minder klar ist aber auch, daß der hinkende Völkerbund, wie er von den Imperialisten der Entente geschaffen wurde, nicht genug Autorität besitzt, um in seiner eigenen Mitte die Raubgelüste zu züchtigen und Deutschland vor den Uebergriffen der Randstaaten zu schützen, mit denen man es umgeben hat. Darum muß das, was uns die Sieger selbst an eigenem militärischen Schutz zugebilligt haben, auf das sorgfältigste gepflegt werden.

Komplizierter, als der Grenzschutz, ist die Aufgabe, die der Reichswehr im Inlande zufällt.

Der Krieg, der Friede, die Revolution haben chaotische Zustände geschaffen. Es braucht die ganze geistige bzw. moralische Energie des deutschen Volkes, um sich aus dem Elend emporzuarbeiten. Kein Prophet, kein Held, kein Heiliger kann helfen! Auch für einen Militäranwärter, der seine Zivilversorgung in der Politik sucht, wäre das Problem zu schwer. Es ist von einem einzelnen überhaupt nicht zu lösen, es braucht die Mitwirkung aller. Deutschland macht einen stürmischen Entwicklungsprozeß durch, der von sozialen Kämpfen erfüllt ist, die geistigen Kräfte der Nation auf das höchste anspannt und mit einer *nationalen Wiedergeburt* abschließen wird. Dieser Prozeß der gewaltigen sozialen und kulturellen Umbildung ist von Zersetzungs- und Korruptionserscheinungen begleitet, die der Krieg üppig ins Kraut hat schießen lassen. Deklassierte, geistig Verlumpte und einfache Lumpen, die Raubritter von gestern und die Glücksritter von heute, Abenteuerer, Phantasten, das alles drängt durcheinander, drängt sich vor und benützt die Revolution, die Unsicherheit der sozialen Verhältnisse, die Bedrängnisse des Friedensvertrages, das schwankende Gleichgewicht der noch nicht genügend stabilisierten Regierung, um, mit welchen Mitteln auch, zur Macht zu gelangen. Diese störenden Kräfte, die Deutschland unter die Herrschaft kleiner Cliquen bringen wollen, die dem Willen des Volkes Handgranaten entgegensetzen, zurückzuhalten, fällt der Reichswehr zu.

Das deutsche Volk leitet nunmehr selbst seine Geschicke. Es wird sich aus eigener Kraft emporarbeiten durch Anspannung jener nationalen Fähigkeiten, die ihm auch bisher seine glorreiche Stellung inmitten der zivilisierten Völker sicherten. Der Kampf wird von der Industrie, der Wissenschaft, der

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Kunst ausgefochten werden. Aber gegen die Maschinengewehre bewaffneter Banden, gegen die Verschwörer und Staatsstreichler, die Deutschland kommandieren wollen, die dem deutschen Volke, einerlei ob im Interesse des alten oder des allerneusten Regimes, ihren Willen aufzwingen wollen, brauchen wir die Reichswehr.

Wir brauchen die Reichswehr sowohl gegen den anarchistischen wie gegen den monarchistischen Putschismus.

Die Reichswehr soll auf der Wacht der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes stehen.

Sie kann aber diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, darum nur, wenn sie, wie dieses, *republikanisch* gesinnt ist.

Sollte aber die Reichswehr anders gesinnt sein, wie das Volk, wo sollte sie dann den ideellen Antrieb zu ihrer Wachsamkeit hernehmen? Dann würde sie unter das Niveau von Polizeimannschaften herabsinken. Dann würden es nur Pinkertons sein, die, weil man sie gut bezahlt, das Eigentum anderer beschützen und, je nach dem erteilten Auftrag, Verbrecher verfolgen oder selbst Verbrechen begehen. Mit Pinkertons läßt sich ein Land weder verteidigen noch regieren.

Darum genügt uns nicht, wenn *Noske* uns vertröstet, das deutsche Volk sei stark genug, sich eines etwaigen Anschlags seitens der Reichswehr zu erwehren. Wir wollen solche Zustände nicht. Nicht als einen ungefährlichen Feind, sondern als tatkräftigen Freund wollen wir die Reichswehr im deutschen Hause haben. Die Reichswehr muß aus voller Ueberzeugung auf dem Boden des republikanischen Deutschlands stehen, sonst wird sie *nach keiner Richtung* ihren Aufgaben gerecht werden können.

Darum wollen wir mit dem Appell an das revolutionäre Volk nicht erst warten, bis es gilt, Gläser zu zerschlagen. Wir wenden uns vielmehr schon jetzt warnend an das Volk, um solchen Möglichkeiten vorzubeugen.

Wir wollen eine durch und durch republikanische Reichswehr.

Die monarchisch gesinnten Offiziere in der Reichswehr müssen mit sich ins Klare kommen. Kann man es wirklich als gerader Mann fertig bringen, in einer republikanischen Armee, unter einer republikanischen Regierung seiner monarchischen Gesinnung nachzuleben? Kein Dienst erfordert

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

so die ganze Persönlichkeit, als der Militärdienst. Wie soll man da diesen inneren Zwiespalt in sich herumtragen? Wie soll man als Monarchist eine Regierung unterstützen, die bestrebt ist, alle Spuren des monarchischen Regimes auszumerzen, wie soll man seine Persönlichkeit für eine Regierung einsetzen, die man lieber heute als morgen gestürzt sehen möchte? Es kann da nur ein Entweder—Oder geben: entweder man stellt sich ganz auf den Boden der neuen Verhältnisse, oder man tritt zurück.

Auch die Regierung wird auf die Dauer diesen Widerspruch im Offizierkorps nicht überbrücken können.

Man komme mir nicht mit dem Einwand der Meinungsfreiheit. Es handelt sich nicht um persönliche Meinungsfreiheit, sondern um politische bzw. militärische Zweckmäßigkeit. Es steht jedem frei, zu denken und zu glauben, was er will — aber jemand, der, wie ein gewisser österreichischer General, an Gespenster glaubte, sollte man nicht zum Armeekommandeur machen, oder jemand, der unbedingt darauf bestehen will, daß die Sonne sich um die Erde bewegt, nicht mit dem geographischen Unterricht beauftragen.

Die Reichswehr muß Vertrauen zum Volke haben, das Volk Vertrauen zur Reichswehr.

Wir wollen, daß die Reichswehr nicht ein gläsernes Werkzeug, sondern eine Waffe aus Stahl werden soll.

AUGUST WINNIG:

Der baltische Knoten.

MIT nicht unberechtigter Sorge verfolgt man in Deutschland die Vorgänge in Kurland und Litauen. Die Weigerung der deutschen Soldaten, das Land zu räumen, ist geeignet, eine neue unangenehme Situation zu schaffen und den Auslandskurs der deutschen Politik zu verwirren.

Ob die deutschen Soldaten mit Recht oder Unrecht auf ihrer Ansiedlung bestehen, ist heute wirklich gleichgültig. Denn was bedeutet heute Recht, wenn es auf deutscher Seite steht? Und was kommt es der anderen Seite auf ein Unrecht weniger oder mehr an? Das alles ist so gleich-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gültig. Lediglich der geschichtlichen Wahrheit wegen sei auch hier noch einmal kurz rekapituliert, wie die Sachlage in diesem Falle ist.

Die lettländische Regierung hat in einem Vertrage vom 29. Dezember 1918 den fremden Staatsangehörigen, die sich an dem Kampfe um die Befreiung Livlands und Kurlands beteiligen, das lettländische Staatsbürgerrecht versprochen. Damit war den dort kämpfenden Soldaten zugleich das Recht des Landerwerbs vertraglich versprochen worden. Denn in dem Augenblick, wo einer von ihnen lettländischer Staatsbürger wurde, hatte er auch, wie jeder Staatsbürger, das Recht auf Landerwerb nach Maßgabe der Landesgesetze. Dies Recht der deutschen Soldaten kann gar nicht bestritten werden. Aber dies Ansiedlungsrecht ist vielfach so aufgefaßt worden, als stünde den Soldaten ein vertragliches Recht auf kostenlose Landzuweisung durch die lettländsche Regierung zu. Das ist nicht der Fall. Wohl aber hat die lettländische Regierung in der Zeit ihrer höchsten Not eine solche Belohnung der Soldaten mit unentgeltlich gegebenem Siedlungslande in ernsthafte Erwägung gezogen.

Es geschah das alsbald nach der Aufgabe Rigas. Am Morgen des 3. Januar fand im Gesandtschaftsgebäude zu Mitau eine Besprechung der militärischen Lage statt, an der auch die Minister Ullmann und Walter teilnahmen. Das Ergebnis der Besprechung war überaus trostlos. Einschließlich der noch regierungstreu gebliebenen lettischen Offiziere und Studenten konnten der Roten Armee, deren Gesamtstärke im baltischen Kampfabschnitt auf 20 000 Mann geschätzt wurde, etwa 600 Gewehre entgegengestellt werden. Und die gegebene Schlußfolgerung war, daß an eine erfolgreiche Verteidigung der Aaübergänge nicht zu denken sei, und daß der weitere Rückzug nach Libau in Aussicht genommen und vorbereitet werden müsse. In Libau focht man mit dem Rücken gegen die Wand. Man war sich klar, daß man sich auch dort nur dann würde halten können, wenn es gelang, rechtzeitig Verstärkungen zu erhalten. Ob und in welchem Umfange das gelingen würde, konnte man nicht übersehen, jedenfalls waren die Aussichten recht trübe. Noch am gleichen Tage ließ ich der lettischen Regierung eine Note überreichen, worin ich mich erbot, meine Bemühungen, in Deutschland Freiwillige zu finden, mit größerem Nachdruck zu betreiben, um die lettländische Regierung davor zu be-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

wahren, das Land verlassen zu müssen. Ich setzte ihr darin auseinander, wie schwer das sei, und sprach die Ansicht aus, daß ein Siedlungsversprechen die Aufgabe sehr erleichtern würde. Daran schloß sich die formale Anfrage, ob die lettländische Regierung bereit sei, mit mir ernsthaft über eine Landzuweisung an die für Lettlands Befreiung kämpfenden Soldaten zu verhandeln. Die lettländische Regierung antwortete noch am gleichen Tage, daß sie die Verhandlungen sofort aufzunehmen wünsche. Am 4. Januar wurde verhandelt. Der Ministerpräsident Ullmann ging dabei über meine Vorschläge, die eine Landzuweisung von 60 bis 80 Lofstellen vorsahen, hinaus und hielt seinerseits Zuweisungen von 100 bis 120 Lofstellen (eine Lofstelle gleich 1,125 Morgen) für erforderlich. Die Frage, ob die Soldaten das Land umsonst oder gegen einen geringen Kaufpreis bekommen sollten, blieb offen; Ullmann erachtete sie für unerheblich. Dagegen hielt er es für wichtig, zunächst die Gesamtmenge des erforderlichen Siedlungslandes festzustellen. Da er besorgte, daß durch die Ansiedlung deutscher Soldaten die lettische Ansiedlung zu kurz kommen könne, so schlug ich vor, für die lettische Ansiedlung die Staatsländereien ungeschmälert zu erhalten, und die Landansprüche der Soldaten aus den Ländereien des Großgrundbesitzes zu befriedigen, der sich bekanntlich schon im Sommer 1918 zur Abtretung eines Drittels seines Landbesitzes bereit erklärt hatte. Diese Lösung stieß bei den Letten auf keine Bedenken, doch blieb damit immer noch die Frage ungelöst, für wieviel Soldaten Siedlungsland nötig sei. Die Besprechung endete damit, daß man zunächst abwarten wolle, welchen Erfolg die Freiwilligenwerbung in Deutschland hätte. Deutscherseits war man also berechtigt, auf ein tatsächliches Zugeständnis der lettischen Regierung in der Frage der Landzuweisung zu rechnen. Man hat bei der Werbung der Freiwilligen offensichtlich zuweilen aus der Hoffnung eine Gewißheit gemacht, und damit den Grund zu Ansprüchen gelegt, deren Nichterfüllung die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Baltenlande geschaffen hat.

Das ist die geschichtliche Wahrheit. Ihre Feststellung kann indessen, wie noch einmal bemerkt sei, keine praktische Bedeutung haben, da es für Deutschland ganz unerheblich ist, ob seine Ansprüche berechtigt sind oder nicht. Wir sind nun einmal die Heloten der Erde und müssen uns

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schlechthin alles gefallen lassen. Von erheblich praktischer Bedeutung ist hingegen die Art, wie die Rechte der deutschen Soldaten weiter wahrgenommen werden.

Es mag für die deutschen Soldaten im Baltenlande noch so schmerzlich sein, das deutsche Interesse erfordert jetzt die möglichst schnelle Räumung dieser Gebiete. Dabei braucht man nicht nur an die angekündigten Repressalien der Verbandsmächte zu denken, obwohl wir wahrhaftig nicht in der Lage sind, derartige Ankündigungen auf die leichte Schulter nehmen zu können.

Wir können uns die Teilnahme an den noch fälligen Akten des Weltkrieges nicht mehr leisten. Unsere Klugheit sollte es uns verbieten, uns in den brodelnden russischen Hexenkessel zu stürzen. Daß sich auf russischem Boden noch manche Kriegshandlung abspielen wird, scheint heute sicherer als je. Aber wir haben wahrhaftig kein Interesse daran, an diesen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Das zu betonen, ist gegenüber jenen deutschen Politikern nötig, die es für eine unbedingte Voraussetzung unserer Wiedererstarkung halten, dem russischen Nachbar zu einer neuen Ordnung zu verhelfen. Man befürchtet, daß die Verbandsmächte auch die russische Tür besetzen und für uns schließen werden, wenn wir uns bei der Wiederordnung Rußlands ausschalten lassen. Diese Annahme ist grundfalsch. Fühlt sich die Entente berufen, nach Petersburg und Moskau zu marschieren, so mag sie es ruhig tun; wir können keine angenehmere Rolle dabei spielen als die des unbeteiligten Zuschauers. Gelingt ihr die Niederwerfung des Bolschewismus in Rußland, so wird sie sicher nicht so anspruchslos sein, sich mit dem tiefgefühlten Dank der Koltschak und Denikin zu begnügen. Sie wird vielmehr ihren Sold durch die wirtschaftliche Knechtung des russischen Volkes beizutreiben suchen, und die dann von ihr zu erwartenden Maßnahmen werden dem russischen Volke auf das handgreiflichste zeigen, daß es wie wir zu den Besiegten des Weltkriegs gehört. Der auf beiden Völkern liegende Druck wird dann alsbald ihrer Politik die gleiche Richtung geben.

Zurzeit sieht es freilich noch nicht so aus, als ob die Verbandsmächte zu diesem Marsch nach Petersburg und Moskau besondere Eile hätten. Sie hegen berechtigte Zweifel, ob sie es ihren Völkern gegenüber noch wagen dürfen, den Krieg nach dem Osten zu tragen. Die inneren Schwierigkeiten

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

lassen es England heute ratsam erscheinen, zunächst noch eine abwartende Haltung einzunehmen, es bleibt nur die Frage, ob John Bull seine gierigen Pfoten nicht schon zu tief in die baltische Falle hineingesteckt hat. Auf der anderen Seite ist Trotzki endlich zu einer klügeren Politik übergegangen und hat den Randstaaten Friedensverhandlungen anbieten lassen. Ueber den Sinn dieses Angebots ist man sich wahrscheinlich auf allen Seiten klar. Selbst, wenn das Angebot aufrichtig gemeint ist, d. h. was man so aufrichtig nennt, kann es sich nur um eine durch die Umstände erzwungene vorübergehende Selbstbescheidung handeln. Innerlich denkt die Sowjetrepublik sicherlich nicht daran, auf diese Gebiete zu verzichten. Aber indem sie mit diesen Ländern Frieden schließt, glaubt sie sich damit die Verbandsmächte vom Leibe zu halten und sich mit um so größerer Kraft gegen ihre Bedränger im Süden und Osten wenden zu können.

Die Staatenkuriositäten im Baltenlande aber stehen jetzt, gerade wo ihnen Trotzki den Frieden bietet, vor einer Ungewißheit, die größer ist, als je zuvor. Nur das ist ihnen gewiß: der Traum von ihrer Selbständigkeit ist zerronnen. Sie werden selbständig genug werden, um eigene Briefmarken und eigenes Papiergeld zu führen, im übrigen aber werden sie englische Satrapien sein, bis sie die von ihrem Rausch ernüchterte Mutter Rußland unter mehr oder minder herzlichen Umarmungen wieder an ihre Brust drücken wird.

Dr. PAUL LENSCH:

Die Rache für Königgrätz.

DIE Enthüllungen, die das neue Wiener Rotbuch gebracht hat, geben über die unmittelbaren Ursachen des Krieges neue Aufschlüsse und lassen wichtige Teile der Schuldfrage in einem völlig neuem Lichte erscheinen. Für die deutsche Politik bringen sie eine moralische Entlastung, freilich, nur um sie in intellektueller Hinsicht um so schwerer zu belasten. In England wie wohl in der ganzen Welt war man der begreiflichen Ansicht, daß das Deutsche Reich, wie es im Dreibund der wirtschaftlich und militärisch stärkste Faktor war, auch der politisch führende Staat sei. Leider

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

war dem nicht so. Die deutsche Politik wurde in Wien gemacht. Und dort saß eine Sorte Politiker beieinander, die über die Kräfte des Deutschen Reiches vollkommen zu verfügen verstanden, „als wär's ein Stück von ihr". In Berlin hatte Wilhelm augenscheinlich die gleichen Primaneransichten über Politik wie über Kunst und Geschichte. In dem gleichen unreifen, kitschigen Stil, der seine Reden kennzeichnete und der seinen Kunstgeschmack verriet, der überall Theaterdonner, Heldengeste und Treuschwur liebte, wurde auch sozusagen Politik gemacht. Nicht wie ein sorgender Staatsmann, der für Millionen an Menschen und für ungezählte Milliarden an Gütern sich verantwortlich fühlt, handelt der Kaiser, der bekanntlich sein eigener Reichskanzler sein wollte, sondern wie ein feudaler Kavalier, der mit „Nibelungentreue" dem Bundesgenossen jede Unterstützung verspricht und sich im übrigen den Teufel weiter um die Geschichte kümmert.

Die Stellung Oesterreich-Ungarns im Südosten wurde von Jahr zu Jahr schwieriger und schwächer. Als nun mit dem Ausbruch der Revolution in Rußland und der Türkei die Dinge auf dem Balkan wieder in Fluß kamen, wurde auch die Wiener Politik, die bis dahin in auswärtigen Angelegenheiten fast nur passiv, jedenfalls schlaff, wenn auch zäh gewesen war, wieder lebendig, das Projekt der Sandschakbahn war das erste Zeichen einer neuen, aktiven Wiener Politik. Allein gerade in dem Bemühen oder auch in dem Zwang, wieder aktive Weltpolitik zu machen, war Oesterreich-Ungarn völlig auf Deutschlands Unterstützung angewiesen und man begreift, daß die österreichischen Staatsmänner mit nicht gerade angenehmen Gefühlen die hilflose Lage ihres eigenen Landes mit der stets zunehmenden Kraft des norddeutschen „Emporkömmlings" verglichen. Die alten in Wien und in Budapest maßgebenden Adelsgeschlechter polnischer, ungarischer, tschechischer, deutscher und internationaler Abstammung hatten die Traditionen der alten Habsburgmacht nie vergessen und innerlich wohl nie ein Ressentiment gegen den zwar nützlichen aber nicht gerade geliebten Bundesbruder an der Spree überwunden. Man wird den Eindruck nicht los, daß unter der frischen Brise, die die schlaffen Segel der österreichischen Auslandspolitik mit dem Sandschakbahnprojekt wieder zu füllen begann, in den Kreisen der österreichischen Diplomatie die Stimmung hochkam, jetzt

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sei die Gelegenheit gekommen, dem alten Habsburg die ihm zukommende Weltmachtstellung wieder zu verschaffen. Dafür die Hauptlast zu tragen, sei das Deutsche Reich gerade gut genug. So etwas wie eine nachträgliche Revanche für Königgrätz steckt in dieser tückisch-hinterhaltigen Politik des Grafen Berchtold, der sich für den Mann des Schicksals hielt und von sich sagte, er habe das Gefühl, von der Vorsehung dazu ausersehen zu sein, sich den Ministern, die Friedenspolitik treiben wollten und Kriegspolitik machen mußten — von Kardinal Fleury bis Lambsdorff — anzuschließen, hoffentlich mit mehr Erfolg als der letzte Exponent dieser Richtung.

Daß Graf Berchtold die Gelegenheit benutzen wollte, um die südslawische Gefahr radikal zu beseitigen, war an sich verständlich, denn die serbische Agitation rührte in der Tat an den Lebensnerv oder vielleicht an einen der vielen Lebensnerven des alten Staates. Aber es war kennzeichnend für die neue „von der Vorsehung ausersehene" Diplomatie Wiens, daß sie für diesen Zweck kein anderes Mittel wußte als den Krieg. Mit den Waffen einer Kulturmacht zu kämpfen, die in den Händen einer Großmacht dem kleinen Zwergstaat Serbien gegenüber schließlich von unwiderstehlicher Wucht sein mußten, auf diesen Gedanken war man augenscheinlich in Wien überhaupt nicht gekommen. Man wollte „Weltpolitik" treiben, bis zum Aegäischen Meere vorstoßen, die Verhältnisse auf dem Balkan endgültig im österreichischen Sinne lösen, ehe Rußland soweit wäre, die Früchte seiner auf lange Sicht berechneten Politik zu pflücken. Und für diese rein österreichische Politik brauchte man den Bruder aus Nordland. Mit einem Raffinement, das nur durch die Berliner Dummheit übertroffen wird, verstand es Graf Berchtold, Deutschland vor den österreichischen Wagen zu spannen, den Krieg gegen Serbien systematisch herbeizuführen und gleichzeitig den Schein zu erwecken, als sitze der eigentliche Kriegstreiber in Berlin. In Wirklichkeit kannte Graf Berchtold nur zwei Gefahren: den Friedenswillen Deutschlands und den Friedenswillen Englands. Beide Klippen hat er sorgsam umschifft. Durch Lügen, Zaudern und Uebereilen hat er den Krieg, den er wollte, hervorgerufen. Die Kriegserklärung an Serbien wurde dem altersschwachen Franz Joseph durch eine zielbewußte Lüge abgelistet, genau so wie man in Petersburg dem Zaren durch eine Lüge den

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Befehl zur Mobilmachung abgelistet hat. Den Text der Note an die serbische Regierung hat man der deutschen Regierung erst mitgeteilt, als es zu einer Beeinflussung zu spät war. Auf den englischen Vorschlag vom 29. Juli, der eine Konferenz der vier am Konflikt nicht beteiligten Großmächte vorschlug, war von Wien niemals eine Antwort erfolgt, trotzdem die deutsche Regierung diesen Vorschlag sofort nach Wien weitergegeben und dort durch ihren Vertreter „dringend und nachdrücklichst" zur Annahme empfohlen hatte. Oesterreich war während der Weltkatastrophe in Berlin durch einen Diplomaten vertreten von einem ähnlichen Kaliber wie Deutschland in Petersburg. Ein hochfeudaler Trottel, der seine Sinne nicht mehr recht beieinander hatte. Diesem Grafen Szögieny passierte bei der Uebermittlung der entscheidenden Depesche an der entscheidenden Stelle ein entscheidender „kleiner Irrtum". In Wien wußte man schon lange von der geistigen Unterwertigkeit dieses hochfeudalen Diplomaten, aber man ließ ihn ruhig an seinem Platze. Vielleicht wollten die gerissenen Volteschläger in Wien sich den senilen Schwachsinn dieses Mannes zunutze machen. Jedenfalls erkannte Graf Berchtold in Wien sofort den Irrtum Szögienys, er verbesserte das Telegramm eigenhändig, hielt aber die Antwort noch um fast zwei Tage zurück und beantwortete dann nicht etwa den wirklichen englischen Vorschlag, sondern den durch Szögienys „kleinen Irrtum" entstandenen irrealen Vorschlag. In der Zwischenzeit fragte England immer wieder in Berlin an, was Oesterreich geantwortet habe, erhielt aber der Wahrheit gemäß immer nur die Auskunft, es habe noch gar nicht geantwortet und auch auf wiederholte dringliche Anfragen geschwiegen. Da nun England in Deutschland die politische Vormacht des Dreibundes erblickte und als selbsverständlich annahm, daß Oesterreich nur mit deutscher Einwilligung handle, so mußte England das deutsche Verhalten als eine elende Doppelzüngigkeit auffassen. Diese Ansicht hat in England bis zur Stunde vorgehalten und mit ihr ist bekanntlich die ganze Welt vergiftet und gegen Deutschland systematisch aufgehetzt worden.

Mit dieser Legende von der deutschen Schuld ist es nunmehr aus. Was man der deutschen Diplomatie zum Vorwurf machen kann, ist nicht Hinterlist, sondern im Gegenteil Einfalt, nicht geschäftige Kriegshetze, sondern eine ver-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

hängnisvolle Passivität, die den „Bundesgenossen“ eine allgemeine Vollmacht gibt, weil sie gerade durch ihre „Nibelungentreue“ glaubt, den Krieg vermeiden zu können, und die erst im letzten Augenblick merkt, daß der teure Bundesbruder seinerseits gar nicht daran denkt, den Krieg zu vermeiden, sondern ihn mit allen Finessen herbeiführen will. Die deutsche Spekulation, durch festes Auftreten und entschlossene Unterstützung der österreichischen Politik Rußland von einem Eingreifen fernzuhalten, und so den allgemeinen Krieg zu verhindern, schlug an der Gesamtmobilmachung Rußlands fehl. Oesterreich hatte bereits die russischen Divisionen im Lande, ehe es an Belgrad denken konnte. Die „überraschende Besetzung Belgrads“, mit der man im Juli schnell die Sache erledigen zu können glaubte — die Aufteilung Serbiens bis auf einen kleinen Rest an Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Albanien sollte folgen — erwies sich bei der traditionellen Schlamperei Oesterreichs natürlich als unmöglich. So rutschte Deutschland in den Krieg, es wußte selber nicht wie. Altösterreich hatte seine Revanche für Sadowa.

Wir haben die „Schuldfrage“ immer für eine ziemlich untergeordnete Sache betrachtet. Einmal liegt das zu ihrer „Lösung“ unentbehrliche Material nicht vor, und solange die deutschen und die Ententearchive nicht geöffnet sind, besteht keine Aussicht, es vollständig beieinander zu haben. Solange die heutigen Ententeregierungen nicht gestürzt sind, ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß es jemals zusammen kommen wird. Sodann aber führt die „Schuldfrage“ gar zu leicht von den großen welthistorischen Zusammenhängen ab, in deren Lichte die Frage von „Schuld“ und „Sühne“ immer einen komischen Beigeschmack bekommt, wie jene Szene des seinen Bakel schwingenden strengen Magisters, vor dem die zitternden Kinder stehen und ausrufen: Herr Lehrer, ich bins ganz wahrhaftig nicht gewesen! Allein die Welt ist nun einmal angefüllt von dem Schuldgeschrei, die Entente hat ihre eigene Kriegführung nicht anders rechtfertigen können als durch die Legende von der deutschen Schuld am Kriege. Auf Oesterreich kam es ihr nicht an, Oesterreich war weder zu fürchten noch war von ihm etwas zu holen. Aber Deutschland war der Feind. Schon seit Anfang des Jahrhunderts hatte England, wie der erste Lord der Admiralität, Lord Fisher in der „Times“ erzählte, seine

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Flottenpolitik mit den Mitteln der Täuschung und der Spionage auf den Gedanken der Vernichtung der deutschen Seemacht aufgebaut, seit mehr denn zwei Jahrzehnten hatte die einflußreichste englische Presse systematisch Haß und Verachtung gegen Deutschland gepredigt, so daß zu Beginn des Krieges Lord Northcliffe stolz erklären konnte, er habe diesen Krieg vorbereitet. Der schamlose Raub an Deutschlands Kolonien, bei dem Englands Eroberungssucht wiederum nackt hervortrat, die barbarische Kriegführung gegen deutsche Kinder und Frauen, die mit ungezählten Millionen und Milliarden betriebene Verhetzung der Völker gegeneinander, die nur dem Imperialismus zugute kommen konnte, sie wurde stets begründet und gerechtfertigt mit dem Wort: Deutschland hat den Krieg angefangen. Jetzt ist alles das aus. Die Entente muß eingestehen, daß die Dinge nicht so liegen, wie sie der Welt jahrelang erzählt hat und wie sie ohne Frage selber geglaubt hat. Sie muß ihren Irrtum eingestehen. Damit aber fällt die moralische Rechtfertigung aller ihrer Annexionen, Barbareien und Raubzüge weg, denn alles das waren ja nur ebenso viele „Bestrafungen" moralisch minderwertiger „Verbrecher". Ein solches Eingeständnis aber kann die Entente nie machen. Deshalb, so fürchten wir, wird sie das österreichische Rotbuch als eine völlig belanglose Veröffentlichung hinstellen, die an den Tatsachen nicht das geringste ändert.

Freilich wird es auf die Dauer nicht gelingen, den Sonnenaufgang mit Khakimänteln zu verhängen. Die moralische Reaktion aber wird dann furchtbar werden, denn mit der Rechtfertigung Deutschlands, zum mindesten mit der Wiederherstellung seiner bona fides stürzt das ganze moralische Gebäude der Entente, ihre Psychologie in der Kriegszeit und noch heute, sowie ihre Rechtfertigung vor sich selber zusammen. Denn ihre eigene Moralität bedurfte der gegnerischen Unmoralität, und besonders bei so im guten Sinne sentimentalen Völkern wie es Engländer und Amerikaner sind. Gleichzeitig können diese Völker aber auch auf ihre eigene bona fides hinweisen. War die Haltung der deutschen Diplomatie wirklich so, wie sie nach den Berichten des österreichischen Rotbuches in England erscheinen mußte, so war sie allerdings doppelzüngig und entschieden kriegerisch. In Deutschland hat man, weil man von dem Charakter des Krieges als eines Verteidigungskrieges ebenso fest über-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

zeugt war wie von der eigenen Friedfertigkeit, in dem moralischen Entrüstungsgeschrei der Entente eine perfide Heuchelei und Kriegslist erblickt, an die kein ehrlicher Mensch in England oder Amerika glauben könne. Heute erscheint auch das anders. Auch hier ist die bona fides nachgewiesen.

Mit alledem ist keineswegs Deutschlands völlige Schuldlosigkeit am Kriege erwiesen. Deutschland ist an ihm so schuldig, wie es England ist, das es unterließ, nach Rußland eine entschiedene Warnung zu senden, wodurch der Krieg wahrscheinlich noch zu vermeiden gewesen wäre. Aber gerade durch die allseitige Kriegsschuld und die gleichzeitige allseitige bona fides ist eine wesentliche Voraussetzung für die enge Verknüpfung der abendländischen Nationen gegeben. Diese Verknüpfung wird kommen, so sehr auch die jetzt noch in der Entente herrschenden imperialistischen Cliquen ein Interesse daran haben, die Völkerhetze weiter zu treiben. Bisher wenigstens hat die Entente, die sich den Hals wund schreit nach der Auslieferung Wilhelms II., noch nie den Wunsch nach der Auslieferung des Grafen Berchtold ausgesprochen. Berchtold lebt, wenn wir nicht irren, bei dem Exkaiser Karl in der Schweiz. Mit diesem Karl aber hat man in gewissen Ententekreisen noch große Dinge vor. Man spart ihn sich für eine mögliche Restauration auf, wenn nicht in Wien, so in Berlin; denn es ist klar, daß den kapitalistischen oligarchischen Regierungen in London wie in Paris die Existenz eines sozialistisch-republikanischen Deutschland im Grunde tief zuwider ist, da sie auf die arbeitenden Klassen ihres eigenen Landes wie eine stete Aufreizung wirken muß. Eine monarchistische Restauration von Ententegnaden liegt also völlig in der Gedankenrichtung dieser Kreise.

Aber wir denken, es stehen bereits die Füße der Männer vor der Tür, die diese Clémenceau und Lloyd George hinaustragen werden.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

MAX QUARCK, M. d. N.:

Schulkämpfe und Verfassung.

DIE Schulabstimmung, die kürzlich in der Hauptstadt *Bayerns* stattfand, hätte bei stärkerer politischer Bildung des deutschen Volkes noch weit mehr berechtigtes Aufsehen machen müssen, als sie es ohnehin getan hat. Denn man überlege einmal: bereits 1901, also vor 18 Jahren, wurde dort auf sozialdemokratischen Antrag eine Probeabstimmung für die *Simultanschule*, die bekanntlich Religionsunterricht aller Konfessionen gibt und infolgedessen Lehrer und Schüler aller Konfessionen vereinigt, und zwischen der *Konfessionsschule* veranstaltet, die nur Lehrer und Kinder einer Konfession zusammenbringt. Damals stimmten von 52 000 Schuleltern insgesamt 12 000 für die liberalere Simultanschule und 40 000 für die mehr kirchliche Konfessionsschule. Das war aber unter der Monarchie und der saftigsten Vollherrschaft des Zentrums. Inzwischen sind bis zum Krieg 13 Jahre raschen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs auch für München über die Bevölkerung gegangen, also auch 13 Jahre weiterer sozialdemokratischer Arbeit. Dann ist der Krieg mit seinen gottlosen Verheerungen, dem Versagen aller Gebete und dem Sieg der kirchenfeindlichen Mächte, wie Frankreichs, oder der religionspolitisch ganz gleichgültigen, wie England und Amerika, gekommen und in seiner Folge die deutsche Arbeiterrevolution nach der russischen. *München* im besonderen hat in den dreiviertel Jahren seit der deutschen Niederlage die blutigste Räterepublik in Deutschland und die radikalsten Strömungen gesehen unter einem Freigeist, wie es Eisner war. Und nun erreicht es bei einer einfachen Schulabstimmung noch nicht einmal wieder das Verhältnis von 1901, wo wenigstens mehr als ein Fünftel für die duldsamere Simultanschule stimmten! Nein; diesmal wurden von 67 220 Schuleltern insgesamt wieder nur 15 000 Stimmen für die Simultanschule, 52 200 aber für die katholische Konfessionsschule abgegeben, und 23 000 Eltern waren zu gleichgültig oder scheuten sich überhaupt abzustimmen. Die Stimmverhältnisse sind also in den 18 Jahren aller Lehren der Weltgeschichte zum Trotz noch viel schlechter geworden! Nur müssen allerdings jetzt nach der Abstimmung wenigstens soviel simultane Schulklassen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

eingerichtet werden, als im Verhältnis Stimmen abgegeben wurden und nicht vorhanden sind, nämlich etwa 376. Das ist der Gewinn der neuen Zeit und der neuen Schulbestimmungen gegen das Jahr 1901. Aber die große Mehrheit der Münchener Schulen, nämlich 51 auf 62, bleiben konfessionell.

Von den zahlreichen praktisch höchst wichtigen Schlüssen, die sich aus dieser Feststellung aufdrängen, sollen hier nur einige gezogen werden. Der nächstliegende ist wohl der, daß gerade der roheste Radikalismus noch lange keine politische und geistige Förderung des von ihm Versorgten zu bedeuten braucht. Man kann offenbar Spartakist und fleißiger Kirchenbesucher zugleich sein. Das aber leitet zu der weiteren und praktisch wichtigeren Folgerung, daß große Massen der Hauptstädte des 19. Jahrhunderts, und zwar sicher nicht bloß in Deutschland, noch keine Ahnung davon haben, wie ihre *soziale Besserstellung*, wenigstens wenn sie dauernd sein soll, *bedingt ist durch ihre freiere und von staatlicher oder kirchlicher Gängelei unabhängige Bildung*.

Damit wird gar nichts gegen die Pflege der Religion als Weltanschauung gesagt; diese kann gerade auch in den Zeitumständen besonders tief begründet und berechtigt sein, abgesehen davon, daß jede Menschenseele eine Regung nach der Seite irgendeiner Weltanschauung hat, einer grob materiellen oder einer seelisch über die Gegenwart erhobenen. Also kein Kultur- oder Religionskampf! Es soll nur gesagt sein, daß, *wer sich dauernd wirtschaftlich besserstellen will, der eigene Herr seiner Bildung und seines Wollens sein muß* und sich durch Nichts bestimmen lassen darf, als durch seine eigene, auf den Bedürfnissen seiner Klasse und möglichst der Gesellschaft und seinem Wissen davon beruhende Ueberzeugung.

Nun war kürzlich Gelegenheit bei der Ausarbeitung der neuen deutschen Reichsverfassung, die Bildungs- und Schulverhältnisse in Deutschland volkstümlicher, freier und solider für die große Menge zu gestalten, als sie bisher leider waren. Dabei zeigte es sich aber, daß eine Befreiung der deutschen Volksbildung von kirchlicher Beeinflussung deshalb nicht gelang, weil die alten Bestandteile der bürgerlichen Parteien, welche mehr oder weniger Gegner der Novemberrevolution von 1918 sind, jene Befreiung nicht wollten. Die Mehrheitssozialisten beantragten, aus der deut-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

schen *Schule eine rein weltliche zu machen.* Das sollte aber nun etwa keine Schule werden, in der die Kinder nichts mehr von Religion hören durften. Im Gegenteil: die schönsten Sittenlehren über kameradschaftliches Gemeinschaftsleben sollten aus allen Religionen zusammengefaßt und den Kindern eingeprägt werden im staatsbürgerlichen Unterricht. Nur die *kirchlichen Besonderheiten* und Uebungen des katholischen, protestantischen oder jüdischen Glaubens sollten auch nicht etwa beseitigt, sondern nur den betreffenden Religionsgesellschaften zur Pflege überlassen werden, so daß also Schule und Kirche, *jede von ihnen selbständig und frei nebeneinander*, anstatt die Schule unter der Kirche arbeiten sollten. Die Kirchen hätten ihren konfessionellen Religionsunterricht selbst gegeben und damit soviel Gläubige gewinnen können, als sie wollten und vermochten. Die Schule aber hätte den gesellschaftlich-sittlichen Gewinn aller Religionen im staatsbürgerlichen Unterricht für die Erziehung des Nachwuchses nutzbar gemacht.

Gegen diese Befreiung der Kirchen und der Schule zugleich erhoben sich *alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme* mit dem Erfolg, daß aus der freien Schule nichts wurde. Als Muster für ihr Verhalten sei dasjenige der bürgerlichen Parteigruppe angeführt, die noch am weitesten fortgeschritten ist, der bürgerlichen Demokratie, genannt „Deutsche Demokratische Partei". Auch diese Partei stimmte mit allen übrigen bürgerlichen am 4. April dieses Jahres im Weimarer Verfassungsausschuß dafür, daß der *kirchlich-konfessionelle Religionsunterricht*, trotzdem der gemeinsame staatsbürgerliche Sittenunterricht längst beschlossene Sache war, *„ordentlicher Lehrgegenstand" der Volksschule bleiben soll*, und zwar hübsch nach Kirchen getrennt, sowie, daß er „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaften" erteilt werden müsse. Daß Zentrum und Konservative mit ganzem Herzen bei dieser Abstimmung waren und die Mehrheit gegen die Sozialisten bilden halfen, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Ebenso tat die Deutsche Volkspartei anfangs Juni an derselben Stelle dem Zentrum den großen Gefallen, auch *die älteste Form der kirchlichen Konfessionsschule wieder in die neue republikanische Verfassung hinein zu bringen.* Die bürgerliche Demokratie modelte einen dahin zielenden Zentrumsantrag dahin um, daß nach besonderen Reichs- oder

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:35 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Landesgesetzen Kinder des gleichen kirchlichen Bekenntnisses in Extraschulen vereinigt, das heißt also abgesondert werden könnten, und zwar auf Antrag ihrer Eltern, für deren sachliche Belehrung über dieses Verhältnis von Kirche und Schule aber keinerlei gesetzliche Vorkehrungen getroffen wurden.

So stehen die beiden veralteten Vorschriften jetzt glücklich im Artikel 146 und 149 der seit 11. August eingeführten republikanischen Reichsverfassung. Und die Münchener Abstimmung ist die erste praktische Probe darauf gewesen, wie unbelehrt die weitesten Volkskreise selbst sehr revolutionär gewesener deutscher Hauptstädte in dieser ihrer wichtigsten Lebensfrage noch sind.

Zur Abrundung des nichts weniger als schönen Bildes gehört noch zweierlei. Dieselben liberalen Parteien, die solche Zurückgebliebenheiten gegen die Sozialisten in die neue Verfassung bringen halfen, haben es wenige Wochen nach ihren geschilderten Leistungen fertig gebracht, einen großen Lärm darüber anzuschlagen, daß das von ihnen in den Schulsattel gehobene Zentrum auf dem Scheine bestand, den ihm die Herren selbst in die Hand gedrückt hatten und von dem es sich bei solchen Mehrheitsverhältnissen nunmehr auch von den Sozialisten nichts mehr abhandeln ließ. Und das weitere: für die wenig fortschrittlichen Beschlüsse der bürgerlichen Parteien ist unter anderem auch der Geldstandpunkt ganz wesentlich gewesen. Eine ihrer liberalen Leuchten, der bekannte Professor von Harnack-Berlin, bestätigte dies ausdrücklich in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 4. April. Er meinte: nach dem Wortlaut des sozialistischen Antrags hätten die Religionsgesellschaften ihren Religionsunterricht nun „auch voll und ganz zu bezahlen“; das bedeute aber eine „Verelendung“ der Kirche, wenn nicht mindestens einstweilen der Staat oder die Gemeinden die Kosten zu tragen hätten!

So wurde also wirklich die Kostenfrage unter anderem mit ausschlaggebend dafür, daß die Schule den konfessionellen Religionsunterricht weiter erteilen muß, daß Lehrer und Schüler konfessionell getrennt und vereinseitigt werden können, daß kirchlich-konfessioneller Einfluß in der Schule bleibt, und daß die Konfessionskirchen doch von jeder Ausgabe verschont bleiben, ihren großen Einfluß in der Schule also auch weiter *sehr billig* genießen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Ob bei und vor der Abstimmung in München den Schuleltern aus dem Volke alle diese Dinge klar und deutlich bekannt gemacht wurden, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß die katholischen Geistlichen von der Kanzel und in Versammlungen einen wüsten Kampf für die „angeblich bedrohte Religion" nach alten bewährten Mustern geführt haben. Dabei war nach allem obigen von einer Bedrohung der Religion auch nicht im entferntesten die Rede. Und etwas weiteres ist noch klarer: wenn sich das deutsche Volk mit der Entstehung seiner Verfassung, mit ihren Einzelbestimmungen und ihrer Tragweite zum Beispiel gerade für die Volksschule *nicht bald besser bekannt und vertraut macht,* so werden nicht militärische und bürgerliche Reaktion, sondern seine eigene Unaufgeklärtheit, wie das Münchener Beispiel zeigt, seiner neu gewonnenen Freiheit und sozialen Hebung den größten Schaden zufügen.

GUIDO KNÖRZER:

Zivildienstpflicht statt Militärdienstpflicht.

IN jedem sozialistischen Programm ist die Verrichtung der notwendigen Arbeiten für das bestmögliche Funktionieren des Gesellschaftsorganismus durch gleichmäßige, obligatorische, staatlich geregelte Arbeit aller Mitglieder vorgesehen. Sozialisten und Kommunisten verfolgen dasselbe Ziel und trennen sich nur in der Wahl der Mittel. Das moderne kommunistische Prinzip fordert sofortige, radikale und gewaltsame Einführung des neuen Systems, ein im utopischen Idealismus begründetes Bestreben, das an der rauhen Wirklichkeit der geschichtlich gewordenen Tatsachen und an der auf Entwicklung des Organischen eingestellten Wesensnatur des Lebens selbst immer wieder scheitern muß. Dagegen sucht das moderne sozialistische Prinzip gerade dieser von der Natur mit unumstößlichen Gesetzen vorgeschriebenen organischen Entwicklung gerecht zu werden. Die allgemeine Wehrpflicht hat stets mit Recht als eine sozialistische Einrichtung gegolten und wäre es auch ohne Einschränkung gewesen, wenn nicht die Kastenstellung des Offizierkorps und die Einjährigenberechtigung das Prinzip durchbrochen hätten. Heute ist die sozialistische allgemeine Wehrpflicht in Deutsch-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

land abgeschafft, während sie im kommunistischen Rußland besteht. Für die soziale deutsche Republik sollte es jedoch naheliegen, an Stelle der zweijährigen Militärdienstpflicht als eine in noch weit höherem Maße sozialistische Institution die ein-, zwei- oder dreijährige Zivildienstpflicht einzuführen.

Ein Vergleich mit der im Kriege eingeführten Zivildienstpflicht muß dabei in Wegfall kommen, da es sich im Kriege nur um Arbeit zu Kriegszwecken handelte, während jetzt ausschließlich die eigentliche Friedensarbeit der staatlichen Gemeinschaft in Frage steht. Das zielbewußt zu verfolgende Prinzip der organischen Entwicklung verlangt dabei, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Arbeitsweise allmählich und unter vorläufiger Mitbenutzung der brauchbaren unter den bestehenden Einrichtungen vollzogen wird. Wenn sofort mit Einführung der allgemeinen Zivildienstpflicht die Gesamtheit der für die Gemeinschaft zu verrichtenden Arbeitsmengen in den Betrieb der Zivildienstpflichtigen übernommen würde, so müßten unausgleichbare Stockungen des Wirtschaftslebens durch einzelne mißlingende Experimente, durch Mißverständnisse und Unzufriedenheit, durch Ueberorganisation auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite eintreten. Praktischerweise ist also zunächst und auf absehbare Zeit nur ein Teil, sei es nun ein Drittel, ein Fünftel oder ein Zehntel der Gesamtarbeit, durch Zivildienstpflicht auszuführen. Mit zunehmender Sicherheit im Betriebe kann methodisch gesteigert werden, bis die soziale Gemeinschaft, deren Form und Ausdruck wir mit „Gemeinde", „Staat", „Völkerbund", bei letzterem allerdings vorläufig nur dem Wunsche nach, bezeichnen, im Verlauf von Generationen das ganze Gebiet restlos umfaßt. Dazu gehört freilich Geduld, Methodik, geschichtlicher und praktischer Sinn, sowie Disziplin, lauter Tugenden, die in der Zeit nach einem Weltkriege noch nie in der Weltgeschichte alsbald mit erfreulicher Stärke aufgetreten sind. Heute hat jedoch der wissenschaftliche Sozialismus, und nur der *e*volutionäre kann überhaupt als wissenschaftlich bezeichnet werden, während der spezifisch-terroristische das Temperament an die Stelle der Vernunft setzt, — so gut vorgearbeitet, daß wir annehmen können, mit der Annäherung an die Wende des zweiten und dritten Jahrtausends unserer leider immer noch christlichen Zeitrechnung endlich zur Er-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

fassung des praktischen und ideellen Inhalts des Sozialismus und damit zur Betätigung seiner Lebensauffassung in Arbeit und Arbeitsorganisation fähig zu werden. Nur dann und auf diese Weise ist der Eintritt in den neuen Abschnitt der Menschheitsgeschichte zu vollziehen, den Marx in seiner ungestümen Sehnsucht uns vorgezeichnet hat. Das Ziel bleibt und eröffnet sogar die Aussicht auf neue und weitere Horizonte durch stärkere Betonung des über dem sozialen stehenden kulturellen Moments, aber der Weg sieht 1919 etwas anders aus als 70 Jahre früher.

Die soziale Zivildienstpflicht soll also zunächst nur einen entwicklungsfähigen Grundstock für die gemeinschaftliche (staatliche) Gesamtarbeitsleistung in ihren verschiedenen Gebieten herstellen. Das Einvernehmen der Zivildienstarbeiter und ihrer Leistung mit der Arbeit und den Interessen der heutigen Berufsarbeiterschaft ist Sache der staatlichen und gewerkschaftlichen Organisation. Es muß einerseits Konkurrenz und „dumping", andererseits verfehltes agitatorisches Geschrei über angeblich unsozialen Arbeitszwang vermieden werden. Ein Streikrecht kann für den Zivildienstpflichtigen aus den Grundsätzen des Sozialismus ebensowenig herausgefunden werden, als etwa für einen Militärdienstpflichtigen. Der freie Arbeiter in freier Gewerkschaft verfügt frei über seine Arbeitskraft und sein Streikrecht; während seiner zwei Zivildienstjahre ist jedoch kein Dienstpflichtiger „freier" Arbeiter, sondern durch das höhere Interesse der Gemeinschaft ebenso gebunden wie der Soldat. Es könnte sogar eine dem Fahneneid entsprechende formale Verpflichtung in Erwägung gezogen werden. Ich will übrigens an dieser Stelle hinzusetzen, daß der ganze Plan der Zivildienstpflicht selbstverständlich noch nicht als ein abgerundetes Ganzes, sondern nur als eine ernsthafte Anregung aufgestellt wird, die sorgfältige und vielseitige Untersuchung und Ausarbeitung, aber in Anbetracht der Zeitverhältnisse auch schnelle, praktische Förderung verlangt.

Wenn ich auf einige Einzelheiten, die allein ein anschauliches Bild der Sache geben können, eingehe, so setze ich voran, daß durch die Zivildienstpflichtigen nur *Hand*arbeit zu verrichten ist. Bereits die Bureauarbeiten der Arbeitergruppen sind durch gewerkschaftliche Angestellte zu versehen, denn sonst würden sich umgehend Pfiffige finden, die

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sich einen angenehmen Schreiberposten zu verschaffen wissen, um sich von der schwereren Arbeit mit Hand und Werkzeug zu drücken. Die Zivildienstpflichtigen beziehen eine der militärischen entsprechende, aber unbedingt gleichmäßige Löhnung. Die Zahlung normaler Arbeiterlöhne kommt dabei für die Staatskasse ebenso wenig in Frage, wie früher für einen Militärdienstpflichtigen. Der mit etwa 22 Lebensjahren aus der Zivildienstpflicht Entlassene wird dann als freier Arbeiter mit Recht einen hohen Arbeitslohn beanspruchen und finden; als Zivildienstpflichtigem steht ihm ein solcher nicht zu, zumal der Staat die weitestgehende Fürsorge für sein leibliches und geistiges Wohl verfassungsmäßig übernimmt. Die Frauen sind nach Fug und Recht genau ebenso zur Arbeitsdienstzeit verpflichtet, wie die Männer. Die moderne Frau wird selbst verlangen, am staatlichen Ehrenarbeitsdienst teilzunehmen, und die altmodische wird trotz Zeter und Mordio gut daran tun, ihre Töchter von vornherein so zu erziehen, daß ihnen die Zivildienstpflicht nicht „auf die Nerven" geht. Dies für die Damen aus Bürgerkreisen! Für sittliche und hygienische Aufsicht und Arbeitszuteilung usw. sorgt die Gewerkschaft, wobei der neu entstehende Gemeinsinn sich auf das schönste betätigen kann.

Die Vorteile, die sich aus der Zivildienstpflicht ergeben, sind so augenfällig und gewaltig, daß die von rechts und links erhobenen Klagen und Bedenken nicht als Hinderungsgründe für die Durchbiegung der Sache gelten können. Die wirtschaftlichen Vorteile einer billigen und gesicherten Arbeitsleistung für den Staat kommen indirekt jedem einzelnen und jeder Familie ebenso zustatten wie der Gesamtheit. Der offenkundige Fortschritt in der sozialen Gerechtigkeit verleiht der Zivildienstpflicht die Bedeutung einer bahnbrechenden, endlich in dunkler Zeit lichtschaffenden sozialen Tat, deren Wert auch jenseits aller politischen und geographischen Grenzen anerkannt werden muß. Nicht zu unterschätzen, und zwar gerade in dieser durch die Begleiterscheinungen des Weltkriegs tief korrupten Zeit, ist die sittliche Bedeutung der neuen Einrichtung. Vom früheren Militärdienst konnte mit beschränktem Recht gesagt werden, daß er ein wertvoller Faktor zur Volkserziehung sei; für den gemeinsamen Arbeitsdienst aller Reichsbürger und Reichsbürgerinnen gewinnt dieses Wort weit größere Berechtigung. Die erzieherischen Werte der allgemeinen Zivildienstpflicht

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

werden sich bereits darin fühlbar machen, daß die Kinder der heutigen Bourgeoisie, deren Proletarisierung durch eine „Diktatur des Proletariats" Wahnsinn und ein Verbrechen an der Menschheit wäre, schon bevor sie das dienstpflichtige Alter erreichen, in Haus und Schule eine vorbereitende soziale Erziehung genießen werden, die auch den Sohn eines Großkaufmanns körperlich zur körperlichen Dienstleistung stählt und geistig lehrt, Klassenunterschiede Stück für Stück, Fetzen für Fetzen zugunsten des Gemeinsinns und des allein entscheidenden Wertes der sittlichen Persönlichkeit zu vergessen. Uebrigens soll nicht übersehen werden, daß durch die Zivildienstarbeit endlich auch ein praktischer Anfang mit der Abtragung der Kriegsschulden, die ja nur von gesteigerter Arbeit abhängt, gemacht würde. Dasselbe gilt für den Neuaufbau des Vaterlands, zu dem bisher viel Theorie beigesteuert, aber noch wenig greifbar Positives geleistet wurde.

Die Einführung der Zivildienstpflicht ist die Grundsteinlegung für den sozialen Bau der Neuordnung der menschlichen Gesellschaft. Da ihre Bedeutung weit über den Rahmen des Nationalen hinausgehen würde, müßten andere Nationen folgen, auf diesem wie auf anderen sozialen Gebieten. Die Durchführung der Einheitsschule, die jetzt durch die leider fast allmächtige ultramontane Partei in Deutschland verhindert wurde, würde folgen müssen. Bisher ist noch jeder praktische Versuch zur Sozialisierung der Wirtschaft in größerem Stile gescheitert. Es wird weiter so gehen mit der Sozialisierung der Finanzen und des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Es ist ein Irrtum, daß man die Wirtschaft durch ein Gesetz, wie aus sich selbst heraus, sozialisieren könne! Es muß vielmehr mit den Menschen selbst, mit den Produzierenden statt mit den Produktionsmitteln und Produktionserzeugnissen, angefangen werden, wenn diese Einsicht auch heute in manchen harten, auf seine Doktrin eingeschworenen Schädel noch nicht hinein will! Hier ist ein praktischer Weg zur Sozialisierung geboten. Er führt durch die Arbeit und durch die Erziehung zur Arbeit schließlich zur Gemeinschaftlichkeit im besten Sinne des Wortes.

Unsere Zeit lebt in der brodelnden Unruhe eines von Stürmen heimgesuchten Meeres. Wer Oel in die Wogen

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gießen will, um das Schiff, dessen Steuer ihm anvertraut ist, zu retten, möge es tun, bevor es zu spät ist! Die Zivildienstpflicht ist eine dringende soziale Notwendigkeit; das Prinzip steht fest, die Form muß rechtzeitig gefunden werden. Auf diese Weise kann, bevor bolschewistische Hochflut oder reaktionäre Verebbung die geistig schaffenden Kräfte lähmen und uns den sozialen und kulturellen Rückschritt auf lange hinaus aufzuzwingen, der Sozialismus auf die gesunde Bahn des erkennbaren methodischen Fortschrittes geführt werden.

Dr. J. P. BUSS:

Novemberbuben und junge Sozialisten.

DER Begriff „Novembersozialisten", mit dem heute von verschiedenen Parteigruppen in freigiebiger Weise operiert wird, gehört zu dem Inventar der deutschen Revolutionsideologie. Novembersozialist ist der ironisierte Ausdruck für jene Elastizität der politischen Denkungsart und des Charakters, die es bei Ausbruch der deutschen Revolution gewissen Leuten gestattete, sich über Nacht aus einem getreuen Diener der alten Firma in einen lauten Gönner der sozialistischen Republik zu verwandeln. Wer aus Spekulations- oder Modegründen am 9. November sein sozialistisches Herz entdeckt hat, wer sich von diesem Zeitpunkt ab plötzlich für die Diktatur des Proletariats und die Vollsozialisierung ereifert hat, ohne sich vorher auch nur im geringsten gefühlsmäßig oder gedanklich mit der Vorstellungswelt des Sozialismus vertraut gemacht zu haben, für den wiegt das Maß der Verächtlichkeit, das dem Ausdruck Novembersozialist anhaftet, noch zu leicht. Daß man eine ganz beträchtliche Zahl der seit der deutschen Revolution zu einer der drei sozialistischen Parteirichtungen Uebergetretenen in diese Kategorie einbeziehen muß, ist leider eine unbestreitbare Tatsache. Es soll hier nicht davon die Rede sein, nach welcher Parteirichtung diese Novembersozialisten tendieren, so verführerisch dies auch sein mag.

Es ist auf dem letzten Parteitag in Weimar mit Recht hervorgehoben worden, daß der Zustrom in die Sozialdemokratische Partei mit dem Ausbruch der Revolution zum Teil

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

gerade aus solchen Berufsschichten erfolgt ist, denen auch im alten Staat die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie keine vitalen Schwierigkeiten bereitet hätte. Die Motive, die einen großen Teil dieser Bekehrten zu solcher Umstellung bewogen haben, sind verschiedenartige, oft lediglich auf den persönlichen Vorteil oder auf Befriedigung privater Machtinstinkte gerichtet, oft auch auf den literatenhaften Snobismus der „letzten Neuheit" gegründet. Jedenfalls sind sie, welche Gestalt sie auch annehmen, stets vom Uebel.

Mit dieser Deutung ist jedoch der Begriff des Novembersozialisten, so wie er heute gebraucht wird, noch lange nicht erschöpfend geklärt. Er wird in zunehmendem Maße — wie mir scheint — in zwiefacher Weise mißbraucht: *erstens*, indem er auch auf den anderen, nicht von Konjunktur- oder Modegesichtspunkten beeinflußten Teil derer, die im November ins Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind, ausgedehnt wird und *zweitens:* indem er von verschiedenen Leuten gern aufgegriffen und benutzt wird, um neue Anhänger des Sozialismus und damit die ganze Bewegung oder doch bestimmt qualifizierte Exponenten derselben zu diskreditieren und herabzusetzen. Was damit gemeint ist, wird sofort klarer werden, wenn im folgenden mehr auf eine konkrete und ins Einzelne greifende Beweisführung eingegangen wird.

Was zunächst die *erste* Art der Begriffsentstellung betrifft, so ist es ein großer Irrtum, wenn man *allen* Neugetauften Konjunkturbüberei und Gewinnlerabsichten zu unterstellen bereit ist. In Heft 20 der „Glocke" des laufenden Jahrgangs hat Colin Roß dagegen protestiert, daß die Presse der monarchistischen Reaktionäre republikanisch gesinnte Offiziere als Ueberläufer, Gesinnungslumpen und dergleichen bezeichnet und daran die sehr zutreffende Bemerkung geknüpft, daß einer sehr gut vor dem Kriege überzeugter, kaisertreuer Offizier gewesen sein kann, um im Verlauf des Weltkriegs angesichts der Mißwirtschaft kaiserlicher Politik sich zum überzeugten Republikaner und Sozialisten zu entwickeln. Es ist doch kaum verwunderlich, wenn viele gerade in bürgerlichen Kreisen Aufgewachsene durch das ungeheure gemeinschaftliche Erlebnis des Krieges und durch die auf viele Volksgenossen wie eine Offenbarung wirkende Macht des Staats gegenüber dem individuellen Lebensschick-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

sal erst in den Gesichtskreis der großen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Probleme eingeführt wurden, und wenn sich daraus ein Verantwortlichkeitsbewußtsein entwickelte, das jeden Einzelnen verpflichtete, sich um die Politik seines Landes zu kümmern. Die Politisierung des Deutschen hat durch den Krieg einen mächtigen Antrieb erhalten. In dem großen Verband der Heeresorganisation lernte mancher den Arbeiter und sein Denken kennen, er fing an die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg, den Sinn und die Berechtigung der proletarischen Bewegung zu begreifen. Nicht nur, daß der sich täglich häufende Jammer des Kriegselends und des Kriegswuchers die ethisch gerichteten Menschen schon rein gefühlsmäßig der Friedenspolitik des Sozialismus näherbrachte und die Verwerfung des Krieges zu einem Prinzip des europäischen Geistes erhoben wurde, in den einsichtigen Volksschichten dämmerte auch die Erkenntnis, daß die Dynamik der geschichtlichen Entwicklung die Kulturwelt in eine Lage versetzt hat, wo die einzelnen nationalen Staatskörper mit den Mitteln der formalen Demokratie nicht mehr auskommen, wo vielmehr die Lösung des gesellschaftlichen Klassengegensatzes durch die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zur Entscheidung drängt. Einem großen Teil dieser Menschen, die im Krieg solch eine innerlich begründete Wandlung der politischen Gesinnung durchgemacht haben, war durch die militärische Gebundenheit ein offenes Bekenntnis unmöglich gemacht und erst durch den Ausbruch der Revolution konnten diese drückenden Fesseln der Bevormundung zerrissen werden. Diese Leute mit dem Stigma des Novembersozialisten behaften zu wollen, ist genau so grotesk wie das lächerliche Gebaren gewisser pseudorevolutionärer Inquisitoren, die den für „kompromittiert" erklären, der nicht den Nachweis sozialistischer Mentalität vom embryonalen Zustand an erbringen kann. Daß der aus dem Bürgertum herauswachsende Intellektuelle nicht wie der Arbeiter einfach ins Lager der Sozialdemokratie hineingeboren wird, daß er oft einen weiten und schweren Weg zurücklegen muß, bis er vor ihren Toren angelangt ist, das geht aus der Biographie manches bekannten Sozialistenführers hervor.

Mancher junge Sozialist, der erst seit kurzer Zeit in das entscheidende Stadium seiner geistigen Entwicklung eingetreten ist, die ihn über den deutschen Idealismus und den

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

bürgerlichen Pazifismus zum revolutionären Sozialismus hinführte, hat diesen Entwicklungsweg mit sehr vielen Angehörigen der sozialistischen Jugend- und Studentenbewegung gemeinsam. Die aus dem Kriege heimgekehrte Jugend, die aus innerem Bedürfnis heraus die Anschauungswelt, in der sie herangewachsen ist, überwunden hat und die heute in noch zu chaotischem Eifer für die Durchsetzung des Sozialismus im öffentlichen Leben eintritt, kann gerechterweise nicht deshalb, weil sie sich erst nach der Revolution sozialistisch organisierte, in einem Atemzug mit den Novemberkonjunkturbuben genannt werden. Hier ist Vorsicht geboten. Ist es auch nicht leicht, im einzelnen Fall auf den ersten Anhieb zu entscheiden, so wird doch bei längerer und eingehender Betrachtung bald ein sicheres Urteil gesprochen werden können.

Zur *zweiten* Art einer tendenziösen Entstellung des Begriffs Novembersozialist gehört seine Verwendung nicht zum Zwecke der Verurteilung des Typus als solchem, sondern zur unlauteren Bekämpfung des lästigen Konkurrenten. Es müßte auch wundernehmen, wenn diese üble Begleiterscheinung der deutschen Revolution von ihren Gegnern nicht agitatorisch ausgeschlachtet würde. Der wahre Grund dieses Sturmlaufens ist freilich nicht der schöne Gesichtspunkt einer Reinigung des öffentlichen Lebens von dem Schmutz der Charakterlosigkeit und der Heuchelei, hinter ihm verbirgt sich vielmehr nichts anderes als die ohnmächtig groteske Angst dieser Leute vor jeder irgendwie gearteten Möglichkeit einer Verstärkung der sozialistischen Position. Sie sehen in jedem neuen sozialistischen Intellektuellen einen viel unausstehlicheren Gegner als im sozialdemokratischen Arbeiter, unterstellen ihm gern die schmutzigsten Beweggründe, um ihn bei der Partei zu verdächtigen und die Partei bei den Arbeitern, die solche Führer in ihren Reihen duldet. Ein billiges Propagandamittel steht ihnen in der Gestalt des Novembersozialisten zur Verfügung, mit dem der Gegner ohne Bedenken identifiziert wird, ein Mittel, das um so größere Wirkung zu tun verspricht als es auf die Abneigung des Arbeiters gegenüber dem Intellektuellen berechnet ist.

Eine sehr gute Illustration dieser Tatsache liefert ein Teil der bürgerlichen Presse durch die Art und Weise, wie hier gegen die neugegründeten sozialistischen Studenten-, Lehrer- und Akademikervereine Stellung genommen wird. Diese Me-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

thode, die Arbeiter vor den Absichten der ihnen wesensfremden Elemente zu warnen, um geistigen Arbeiter und Handarbeiter auseinanderzuhalten, beweist eine solche eklatante Verständnislosigkeit für den gleichartigen Charakter *jeder* Arbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß zu ihrer fortgesetzten Verwendung schon die ganze geistige Hohlheit subalterner Skribentennaturen notwendig ist.

Liegt dem ganzen Geschrei über den Typus des Novembersozialisten, mit dem sich die Sozialdemokratie auseinanderzusetzen hat, auch ein sehr berechtigter Kern zugrunde, so tritt doch andererseits der Unfug, der damit getrieben wird und der in einigen seiner wesentlichsten Auswirkungen in den vorstehenden Zeilen behandelt worden ist, mehr und mehr zutage. Es gilt dabei festzuhalten, daß sich in allen gegenwärtigen politischen Parteien Menschen von der gleichen moralischen Minderwertigkeit vorfinden, wie sie der unverfälschte Novembersozialist in sich vereinigt. Es soll nicht darüber gestritten werden, welcher Partei in diesem Betracht der Vorrang gebührt. Denn es ist wichtiger, zu erkennen, daß der ganze Typus im letzten Grunde nur das elende Produkt eines elenden Zeitgeistes ist. Anstatt ihn zu agitatorischen Reklamezwecken zu verwenden, täte man besser, wenn man sich darauf besinnen wollte, an der Beseitigung der Verhältnisse in der modernen gesellschaftlichen Entwicklung mitzuarbeiten, die seine Existenzmöglichkeit hauptsächlich gefördert haben.

Glossen.

Karl Bücher: Lebenserinnerungen.

Von den meisten Lebenserinnerungen, die bedeutende Leute schrieben, darf gelten, daß die Abschnitte am reizvollsten sind, in denen sie die Anfänge ihrer Entwicklung schildern. Das trifft auch auf die Lebenserinnerungen Karl Büchers, des namhaften Volkswirtschaftslehrers der Leipziger Universität und Begründers des ihr angegliederten Instituts für Zeitungskunde zu. Nach beiden Richtungen seiner späteren wissenschaftlichen Betätigung hin sind schon sehr frühzeitig erste Ansätze zu erblicken, als von irgendwelcher „Zielstrebigkeit“ noch nicht die Rede sein konnte. Das erinnert immer wieder an die alte Handwerkerweisheit: Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Schon in der Schulzeit zeigen sich die ersten Ansätze des werdenden Volkswirtschaftlers. Und zwar zunächst nicht in Beobachtungen von Dingen, die außerhalb von ihm lagen, sondern an ihm selbst. Es wirkt erstaunlich, daß der „Junge“ der aus ländlichen Kreisen heraufwuchs, schon als Gymnasiast in Hadamar am Rhein, ja schon vorher, auf der Vorschule dazu, in der von einem Geistlichen geleiteten Unterrichtsanstalt zu Dauborn, eines Nachbardorfes seines Geburtsortes Kirchberg im Nassauischen, auf das genaueste über alle Aufwendungen, die sein Aufenthalt daselbst nötig machte, Buch führte — und sich das alles bis auf den heutigen Tag aufhob. Auch dieses letztere Moment ist nicht unbeachtlich.

Der erste, soeben im Verlage der H. Lauppschen Buchhandlung in Tübingen erschienene Band der „Lebenserinnerungen“ (1847 bis 1890) ist in fünfzehn Abschnitte gegliedert. Diese Einteilung ist durch ebenso viele verschiedene Orte bestimmt, in denen der Verfasser längere oder kürzere Zeit lebte und wirkte, bis er dann im Jahre 1890 nach Leipzig berufen wurde und hier endlich seßhaft wurde.

Vorher trieb ihn das Leben weit herum: als Hauslehrer nach Amsterdam, als Gymnasiallehrer nach Dortmund, in gleicher Eigenschaft und später als Schriftleiter der „Frankfurter Zeitung“ nach Frankfurt a. M., dann als Universitätslehrer nach München, Dorpat, Basel und Karlsruhe. Seine Jugend aber verlebte er, abgesehen von einem Studienjahre an der Universität Göttingen, ausschließlich am Rhein. Das alles ist es, wovon er im ersten Bande seiner „Lebenserinnerungen“ erzählt — in der aus seinen Hauptwerken „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ und „Arbeit und Rhythmus“ allbekannten, lichtvollen Weise, — dem bald der zweite folgen möge.

Jene Zusammenstellung seiner Aufwendungen in der Gymnasialzeit aber lautet: Für Dauborn 233 Florin 36 Kreuzer, für Hadamar 788 Florin 50 Kreuzer, zusammen 1022 Florin 26 Kreuzer oder etwa 1738 Mark. In Dauborn entfielen davon rund 250 Florin auf den Unterricht, so daß für Lehrmittel nur 33 Florin ausgelegt waren, in Hadamar kamen rund 500 Florin auf das Kostgeld. 63 Florin (im Semester 6 Florin) auf den Unterricht, 210 Florin auf Bücher und etwa 10 Florin auf andere Ausgaben; dabei stammten 96 Florin aus eigenen Einnahmen von Privatstunden. —

Wer schleppt derartiges durch so viele Orte lebenslang mit sich herum?

Diese ganz besondere, im höchsten Maße persönliche Eigentümlichkeit hatte zur Folge, daß Büchers Lebenserinnerungen in allen Punkten den Eindruck äußerst zuverlässiger Exaktheit machen, und andererseits, daß sie — gestützt auf solche sichere Unterlagen — in der Hauptsache in der kurzen Zeit von Ostern bis Pfingsten niedergeschrieben werden konnten, — eine Zeit, die der Siebzig-

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

jährige eigentlich auf seine Erholung von schwerem Leiden verwenden sollte.

Auch späterhin hat Bücher über alles und jedes ebenso genau Buch geführt. Wir erfahren, daß er als Student in einem Bonner Speisehause in der Regel vier Silbergroschen für ein Fleischgericht mit Kartoffeln ausgab; Suppe und Gemüse versagte er sich oft wochenlang, um sich Bücher zu kaufen — nomen et omen, — und daß er als Student in Göttingen (1868/69) sein Mittagessen mit sechs Talern für je vier Wochen bestritt; kein Gasthaus sonst hat er während der ganzen Zeit seines dortigen Aufenthaltes betreten.

Ebenso wurde auch in der Folgezeit jeder Brief, jedes einigermaßen wichtige Zettelchen aufgehoben, das ein anderer wohl achtlos beiseite wirft oder das sonst spurlos verschwindet. Die Fülle dieser „dokumentarischen" Notizen wirkt erstaunlich; die Wissenschaft, die späterhin sein Lebensberuf werden sollte, lag ihm schon im Blute, auch als er noch längst nicht daran dachte. Denn zuerst schwebte ihm wohl nur allgemein vor, in irgendwelcher Eigenschaft später einmal „Lehrer" zu werden. Auf dem Gymnasium war sein Lieblingsfach die Mathematik; in dem Maße, daß er manchesmal dem jungen Lehrer in der Prima, wenn er sich an der Wandtafel verwirrte, die Kreide aus der Hand nahm und das Exempel — statuierte. Für Dispositionsübungen zum deutschen Aufsatz fehlte ihm jedes Verständnis, gleichwohl erreichte er auch hier stets die besten Noten, indem er seinem „gesunden Menschenverstande" folgte. Auf der Universität fesselten ihn vorwiegend geschichtliche Fächer. Während seines zweiten Aufenthaltes in Bonn (1869/70) beschäftigte ihn bereits eine Arbeit, die ihn seinem späteren Interessengebiete zuführte: „Die sizilianischen Sklavenaufstände unter Eumus", die er später, als Lehrer der Wöhlerschule zu Frankfurt a. M., in einer Programmschrift — im Lichte der modernen Arbeiterbewegung — darstellte. In Göttingen aber beschäftigten ihn vorzugsweise griechische und römische Epigraphik, — in gewissem Sinne Anfänge des Zeitungswesens. Er ahnte freilich damals nicht entfernt, daß er später einmal eine Zeitlang selber Journalist werden würde. Nachdem er es aber einmal gewesen, ließ ihn — wie jeden, der ihr diente — das Interesse an der Presse nicht wieder los, auch als er schon wieder auf ganz anderen Pfaden wandelte. So hat er, als erster Gelehrter seit nahezu hundert Jahren — nach Schlözers Vorgang in Göttingen, doch in ganz anderer Weise — an der Universität Basel Vorlesungen über Zeitungskunde gehalten, um reichlich ein Menschenalter später, durch Gründung des Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig, abermals zu diesem Interessengebiete zurückzukehren, das ihn begreiflicherweise in all der Zwischenzeit fortgesetzt beschäftigte.

Für den werdenden Volkswirtschaftler war es nicht ohne Belang,

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

daß er aus engen, dörflichen Handwerkerkreisen kam; sein Vater war Bürstenmacher. Dadurch gewann er nicht nur für allerhand Hantierung sicheren Blick, er lernte auch selbst hantieren. Nicht ohne Verwunderung wird man in der Schilderung seiner Privatlehrertätigkeit in Heppenheim an der Bergstraße (ein Idyll zwischen seinen Studentenjahren) lesen. daß er dem Töchterchen des Hauses eine große Puppenstube zimmerte, mit allem, was dazu gehört, und Kochlöffel schnitzte. Als junger Gymnasiallehrer zu Frankfurt betrieb er eine Zeitlang Kanarienvogelzucht im großen. Wer von den Tausenden, die zu Karl Büchers Füßen saßen und ihn nur auf dem Katheder oder mit dem Schlapphut und wuchtigen Stock im Straßenbilde zu sehen gewöhnt sind, wird solche Jugenderinnerungen in seinem Lebensbuche vermuten?

Sie bringen uns den Menschen in dem Gelehrten unendlich nahe, und so hat er sich auch allezeit, solange er mit ihnen zu tun hatte, das Herz der Jüngsten unter den Jungen gewonnen. Seinen Heppenheimer Zöglingen war er mehr Freund als Lehrer und blieb es lebenslang. Mit seinen Dortmunder Schülern sammelte er Volkslieder, mit solchem Eifer, daß — als er dort an den Masern erkrankte — das Wort aufkam, er habe sich diese Kinderkrankheit durch seine Beschäftigung mit den Kinderliedern zugezogen. In Frankfurt aber stellten sich einmal alle Sitzenbleiber bei Beginn des neuen Semesters vor seiner Klasse auf, da sie nur zu ihm wollten, und baten: „Ach, Herr Doktor, nemme Se mich, nemme Se mich!“, bis er die Türe aufmachte und sie anherrschte: „Marsch, alle herein!“

In Frankfurt wurde er bald auch im Nebenberufe Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung und später Schriftleiter ihres volkswirtschaftlichen Teiles. Besonders wichtig für diese Wandlung war, daß er als Berichterstatter dieser Zeitung regelmäßig an den Jahresversammlungen des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach teilnahm. Doch bald nicht nur als solcher. Auf einer Reise dorthin im Jahre 1875 saß er im Eisenbahnwagen zusammen mit dem Tübinger Professor Gustav Schönberg, der zum Referenten über die gewerbliche Lehrlingsfrage bestellt war. „Seine Gedanken darüber erschienen mir als verschimmelte Schulweisheit, und ich gab mir unterwegs alle Mühe, ihn davon zu überzeugen, daß man mit ganz anderen Mitteln den vielbeklagten Uebeln beikommen könnte und müßte. Aber er hatte sein Referat wohl in der Tasche und hat es uns am folgenden Tage in Eisenach vorgetragen, ohne daß meine neuen Gedanken in es Eingang gefunden hätten. So habe ich denn diese vor der Versammlung selbst vorgetragen — das erstemal, daß ich öffentlich aufgetreten bin — und eine Reihe von Anträgen gestellt, die indes alle bis auf den Eingang abgelehnt wurden. — Man ist so gutgläubig, wenn man das erstemal vor einer solchen Versammlung auftritt und meint, alle Welt mit Gründen überzeugen zu können.“

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Diese kleine Probe ist in jeder Hinsicht bezeichnend für den Mann wie für dies neueste Buch von ihm, in dem sie sich findet. Auch dieses ist bemerkenswert genug und deutlich genug für alle, die zwischen den Zeilen zu lesen verstehen, erfüllt von einem eigenen Hauch schwermütiger Resignation. Die Jugend mit ihren lieben Erinnerungen, starkes Wollen und beherztes Kämpfen stiegen gar mächtig wieder in dem rüstigen Manne herauf, während er es schrieb. Er sah da wohl wieder manche Ziele, viele Entwicklungsmöglichkeiten vor sich ausgebreitet liegen. Er nur wird wissen, wieviele davon und wie sie sich in seinem arbeitsreichen Leben erfüllten. *Dr. Johannes Kleinpaul.*

* * *

Schulreform.

Wir werden gebeten, hinzuweisen auf eine *Tagung,* welche eine Gruppe, zum großen Teile sozialistischer, Schulreformer *4. und 5. Oktober* im *Herrenhause* in Berlin veranstaltet. Die Akademiker, die die solange vorschriftsmäßige nationalistische Uniform nie trugen und die nun endlich offen zur Republik und zum Sozialismus sich bekennen dürfen, verlangen die *Einheitsschule, Gemeinschaftserziehung, Einheitlichkeit der Lehrerbildung,* pazifistische Durchdringung des Unterrichts, also die *Ausmerzung des Chauvinismus* aus dem Geschichtsunterricht, Behandlung soziologischer Gedankengänge usw. Unter den Vortragenden (es finden vier Vormittags- und Nachmittagskonferenzen und zwei Volksversammlungen statt) befinden sich bekannte Schulreformer wie Baege, Bachenau, Frau Wegscheider, O. Koch, Kawerau, Elisabeth Rotten, Oestreich usw. Zwischen den dichtgedrängten Vorträgen finden Aussprachen an der Hand gedruckter Leitsätze statt. *Wortmeldungen* sind zu richten an Dr. Fritz *Karsen*-Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 56, bei dem auch Eintrittskarten zu erhalten sind. Das Programm und die *Leitsätze* versendet Studienassessor *A. Wagner*-Berlin-Wilmersdorf, Spessartstr. 15. Die Veranstaltung verdient angesichts der Reaktion an den höheren Schulen und unter der akademisch gebildeten Lehrerschaft das lebhafte Interesse und die Unterstützung der parteigenössischen Philologen. Wie wir hören, wird diese Gruppe die verstreuten Anhänger einer entschiedenen Schulreform unter den akademisch gebildeten Lehrern bald zu einem Landesverband zusammenfassen. Neben dem Oberlehrertyp des „Täglichen-Rundschau"-Lesers entsteht damit endlich eine neue Art zukunftsfreudiger Oberlehrer. Sie ist willkommen.

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Im großen Wurf

ist soeben Heft 13 der

„SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN BIBLIOTHEK“

erschienen:

Der Geist der neuen Reichsverfassung

Von

Dr. Max Quarck

Mitvorsitzendem des Verfassungsausschusses

Mit einem Anhang der gesamten

Verfassung des deutschen Reichs

Preis kartoniert Mk. 3,—, gebunden Mk. 4,50

Die einfache und volkstümliche Sprache macht die Schrift zu einer allgemein verständlichen Einführung für das ganze deutsche Volk

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68 **Lindenstr. 114**

Postscheckkonto 275 76

Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Neuerscheinung

Fünftes Heft der „Flugschriften der Revolution"

Der Kampf um den Geist des Heeres ist sicher eine der brennendsten inneren Fragen der deutschen Gegenwart.

Die Schrift von

Müller-Brandenburg:

Offizier und Republik

Preis 1,25 Mk.

nimmt Stellung im republikanisch freiheitlichen Sinne und ist eine kenntnisreiche Auseinandersetzung mit der militärischen Reaktion.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68 Lindenstr. 114

(Postscheck-Konto 275 76)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324. Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Berlin. Druck und Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz Nr. 2218, 1448—1450.

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

INHALTS-VERZEICHNIS

A. Sachregister.

1. Der Frieden.

Seite

Heilmann, Ernst: Verwirktes Recht? — Erwürgtes Recht 225

Lensch, Dr. Paul: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten 194
— Die Antwortnote 295
— Die neue Moral 455
— Der kommende Friede 134

Winnig, August: Glossen zur Ratifizierung 498

2. Äußere Politik.

Bernstein, Richard: Am Grabe Österreichs 181

Franke, Arno: Enthüllungen 585

Heichen, Arthur: Die zerstörte Illusion der Internationale 545

Huebner, Dr. F.M.: „Kulturpropaganda" als diplomatische Aufgabe 526

Kiesling, Hans von: Deutsche Außenpolitik 110
— Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei . . . . 597 u. 630

Körner, Friedr.: Zur Frage des Presseattachés 570

Kunze, R.: Sozialdemokratie und auswärtige Politik 717

Lensch, Dr. Paul: Das Ende der französischen Legende 257
— Seid ihr gerüstet? 321
— Neue Fragen 490
— Die roten Lakaien der Entente . . 673
— Französische Politik 737
— Die Rache für Königgrätz 808

Mortier, J.: Eine Aufgabe der Internationale 117

Müller-Brandenburg: Doch mit Frankreich 775

Saenger, Alwin: Der letzte Akt . . . 38

Schiff, Victor: Versailles und Luzern . 679

Treuenfels, Dr. Bernhard: Rußland und wir — Auslandsdeutsche 393

Winnig, August: Blick nach Osten . 641
— Der baltische Knoten 804

3. Innere Politik.

Seite

Barth, Erwin: Die Diktatur der Mitte 705

Biging, Curt: Der Fall Baden 48

Cohn, L.: Epilog zur Münchener Kommune 238

Fuchs, Geh. Justizrat, Dr. Eugen: Volksfrieden und Presse 223

Heilmann, Ernst: Das revolutionäre Tempo 449
— Die Weimarer Verfassung 577

Knoerzer, Guido: Zivildienst statt Militärdienstpflicht 819

Kuttner, Erich: Keine Diktaturgelüste 741

Lensch, Dr. Paul: Dunkle Wolken . . 161
— Am Aufbau der Weltrevolution . . 232
— Das Zwischenspiel des Friedensschlusses 385
— Kohlen und Sozialismus 644

Parvus: Woher kommt die Gefahr . . 769

Quarck, Max: Schulkämpfe und Verfassung 815

Rein, W. (Jena): Die Fabel vom weltlichen Staat 555

Saenger, Alwin: Der Karneval in München 69
— Die Umbildung des bayrischen Ministeriums 328
— Eine Glosse zu einem Urteil . . . 383

Schreiber-Krieger, Adele: Zur Einordnung der Frauen in das neue Reich 203

Winnig, August: Die Weltrevolution — das Gebot der Stunde 129
— Der geschichtliche Sinn der deutschen Revolution 200

4. Wirtschaftspolitik, Finanzwesen, Sozialismus.

Biging, Curt: Sozialismus und Studentenschaft 81

Buß, Dr. phil. J. P.: Die sozialistischen Studentengruppen 540
— Novemberbuben u. junge Sozialisten 824
— Sozialismus — Pazifismus 612

Fehlinger, H.: Ein Sozialisierungsvorschlag. 214

Digitized by Google

Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Großmann, Stefan: Ein Exempel . . 282
Guske, Wilhelm: Die Arbeiterräte und die deutsche Volkswirtschft 13
Haebler, R. G.: Der Arbeitsbegriff des Sozialismus 86
Haenisch, Konrad: Dennoch! 388
Hadubert: Sozialismus und deutsche Volksräte im neuen Polen 565
Harnack, Ernst von: Sozialisten als Beamte 560
Heilmann, Ernst: Der neue Revisionismus 97
— Randbemerkungen zum Weimarer Parteitag 353
Höpfner, Artur: Zur Konsolidierung des Rätesystems 121
Knoerzer, G.: Novembersozialisten . 306
Körner, Friedrich: Die Not des geistigen Arbeiters 180
Lensch, Dr. Paul: Die deutsche und die englische Methode 104
— Die Krisis der Parteiideologie . . . 711
— Der Rätekongreß 65
— Karikatur statt Korrektur 771
— Weltrevolution und Berliner Zahlabendpolitik 33
Mennicke, Karl: Neuorientierung in der Sozialdemokratie 125
Merleker, Hartmut: Staatsfischereimonopol 186
Neumann (Vohwinkel), Dr. E.: Das Recht zum Streik 175
Peiser, Dr. Werner: Weltökonomie, nicht Nationalökonomie 759
Ruscheweyh, Dr. Herbert: Vertragshaftung des Unternehmertums und Betriebsrätesystem 659
Schweitzer, J. B. v.: Der Sozialismus 96
Troß, Dr. Erich: Konsument, Produzent im Sozialismus 655
— Leitgedanken öffentlicher Propaganda 219
Umbreit, Paul: Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes 649
Wiesengrund, Oskar: Der alte und der neue Sozialismus 53
Wiesenthal, Karl: Ein Beitrag zum Sozialisierungsproblem 311
Winnig, August: Die Einigung der Sozialdemokratie im Lichte der Tatsachen 289
— Die Lage der Partei 358
Wörner, Dr. Gerhard: Sozialisierung und Feuerversicherung 475
— Die Gedenkschrift Robert Schmidts gegen Wissell 481

5. Gewerkschaftswesen und Verwandtes.

Höpfner, Artur: Der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg 363
— Internationales Arbeitsrecht im Völkerbundsentwurf 502
Jansson, Wilhelm: Amsterdam . . . 609
Kloth, Emil: Der Entwurf eines neuen Gewerkschaftsprogramms 242
Lindow, Carl: Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit 747

6. Innere Verwaltung und Verwandtes.

Guske, Wilhelm: Die ehrenamtliche und hauptberufliche Tätigkeit in der inneren Verwaltung 412
Hübner, Dr. Paul: Die Verwertung der preußischen Schlösser 690
Weber, Hans Siegfried, Dr. rer. pol.: Die Reform des deutschen Beamtentums 261

7. Kriegs- und Heeresfragen und Verwandtes.

Aumann, Hauptmann: Demokratie und Volksheer 190
Kiesling, Hans von: Deutschlands mangelhafte Kriegsvorbereitung . . 40
— Die Schuld am Kriege 424
— Organisationsfehler im deutschen Heer 72
— Warum Deutschland den Krieg verlieren mußte 6
Körner, Friedrich: Hindenburg . . . 209
Müller-Brandenburg: Der Kampf um die Seeflanke 663
— Die Überschätzung der eigenen Kraft 758
— Falkenhayns verfehltes Spiel . . . 683
— Wie es zur Katastrophe kam . . . 550
Parvus: Die Reichswehr 801
Rausch, Bernhard: Vom alten zum neuen Heer 518
Roß, Colin: Der Geist im alten und neuen Heer 625
Troß, Dr. Erich: Der künftige militärische Führer 157

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

8. Schule, Erziehung, Bildungswesen und Verwandtes.

Albert, Robert: Eine Rednerschule für Arbeiter 592
Biging, Curt: Die Zukunft der Pepinière 153
— Medizin und Naturwissenschaft . . 276
— Ökonomie des Geistigen 399
Brenne, H., Rektor: Der Geschichtsunterricht der Volksschule 140
— Die Neuregelung der Schulaufsicht . 505
Fuchs, Richard: Die Wirtschaftsschule 77
Haebler, R. G.: Die Selbstverwaltung im Schulwesen 298
— Hochschulreform 403
Körner, Friedrich: Volksbildung und deutsche Zukunft 439
Muthesius, Karl: Die deutsche höhere Schule 17
— Nochmals die Berliner Begabtenprüfung 288
Neumann, Dr. Ernst: Zur Frage des Religionsunterrichtes 534
Peiser, Dr. Werner: Humanistische Bildung in der sozialen Republik . . . 617
Schmidt, Robert: Volkshochschule und Arbeiterschaft 731
Thurnwald, Dr. Richard: Amerikanische Universitäten 268
Witte, Dr. Erich: Das Volkshochschulwesen 165

9. Gesundheitswesen und Verwandtes.

Hinzmann, M.: Gleiches Recht . . . 469
Springer, Dr.: Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung 793

10. Biographisches, Nachrufe und Verwandtes.

Cohn: Sozialdemokratische Memoiren 379
Göhre, Paul: Erinnerungen an Friedrich Naumann 724
Heilmann, Ernst: Hugo Heinemann . 605
Kleinpaul, Dr., Johannes: Carl Bücher: Lebenserinnerungen 828

11. Verschiedenes.

Fehlinger: Zum Weltbürgertum . . 374
Fentsch, Willy: Zur geistigen Not unserer Zeit 56
Haebler, R. G.: Marx und Goethe . . 783
Heichen, Arthur: Unser neues Anderssein 346
Kiesling, Hans v.: Die Frage der Auswanderung nach dem Kriege . . . 334
— Auswandererfürsorge 365
Körner, Friedrich: Reform der Studentenverbindung 26
Kuechner, Dr. Fritz: Was ist Demokratie? 249
Landsberg, Georg: An Herrn August Winnig 638
Lüders, Else: Versäumte Gelegenheiten 407
Meisner, Dr. H. O.: Nochmals: Archive und Geschichtsforschung im neuen Staate 222
Moeglich, Alfred: Bürgerliche Ideologie und sozialistische Denkarbeit . . . 461
— Zurück zu Marx 314
Rudolph, Alwin: Zur Sozialisierung des dichterischen Schaffens 375
Saenger, Alwin: Epilog 511
Schiff, Victor: Wilhelms Schicksal und wir 513
— Ruhig doch 767
Steiger, Edgar: Was ist Wahrheit . . 90
Storck, Dr. Karl: Eine Aenderung des Urheberrechtes 148
Troß, Dr. Erich: Archiv und Geschichtsforschung im neuen Staat 61
— Die Ueberwindung der Phrase . . 350
— Nochmals Archiv und Geschichtsforschung im neuen Staat 287
— Offizier und Sozialismus 606
Winnig, August: Trotz alledem . . . 703
— Vom sittlichen Wesen der Arbeiterschaft 1

Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google
Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

B. Namenregister.

Albert, Robert: Eine Rednerschule für Arbeiter 592
Aumann, Hauptmann: Demokratie und Volksheer 190
Barth, Erwin: Die Diktatur der Mitte 705
Bernstein, Richard: Am Grabe Oesterreichs 781
Biging, Curt: Der Fall Baden 48
— Medizin und Naturwissenschaft . . 276
— Oekonomie des Geistigen 399
— Sozialismus und Studentenschaft . 81
— Die Zukunft der Pepinière . . . 153
Brenne, Rektor H.: Der Geschichtsunterricht der Volksschule 140
— Die Neuregelung der Schulaufsicht 505
Buß: Novemberbuben und junge Sozialisten 824
— Die sozialistischen Studentengruppen 540
— Sozialismus und Pazifismus . . . 612
Cohn, L.: Sozialdemokratische Memoiren 379
— Epilog zur Münchener Kommune . 238
Fehlinger, H.: Ein Sozialierungsvorschlag 214
— Zum Weltbürgertum 371
Fentsch, Willy: Zur geistigen Not unserer Zeit 56
Franke, Arno: Enthüllungen 585
Fuchs, Justizrat Dr. Eugen: Volksfrieden und Presse 223
Fuchs, Richard: Die Wirtschaftsschule 77
Göhre, Paul: Erinnerungen an Friedrich Naumann 724
Großmann, Stefan: Ein Exempel . . 282
Guske, Wilhelm: Die Arbeiterräte und die deutsche Volkswirtschaft . . . 13
— Die ehrenamtliche und hauptberufliche Tätigkeit in der inneren Verwaltung 413
Haebler, R. G.: Der Arbeitsbegriff des Sozialismus 86
— Hochschulreform 403
— Marx und Goethe 785
— Die Selbstverwaltung im Schulwesen 298
Hadubert: Sozialismus und deutsche Volksräte im neuen Polen 565
Haenisch, Konrad: Dennoch 388
Harnack, Ernst von: Sozialisten als Beamte 560
Heichen, Arthur: Die zerstörte Illusion der Internationale 545
— Unser neues „Anderssein“ . . . 346
Heilmann, Ernst: Das revolutionäre Tempo 449
— Der neue Revisionismus 97
— Die Weimarer Verfassung 577
— Hugo Heinemann 605
— Verwirktes Recht? Erwürgtes Recht? 225
— Randbemerkungen zum Weimarer Parteitag 353
Hinzmann: Gleiches Recht 469
Höpfner, Artur: Der Gewerschaftskongreß in Nürnberg 363
— Internationales Arbeitsrecht im Völkerbundsentwurf 502
— Zur Konsolidierung des Rätesystems 121
Hübner, Dr. Paul: Die Verwertung der preußischen Schlösser 690
Huebner, Dr. F.M.: „Kulturpropaganda“ als die diplomatische Aufgabe . . . 526
Jansson, Wilhelm: Amsterdam . . . 609
Kiesling, Hans v.: Auswandererfürsorge 365
— Deutsche Außenpolitik 110
— Deutschlands mangelhafte Kriegsvorbereitung 40
— Die Frage der Auswanderung nach dem Kriege 334
— Die Schuld am Kriege 424
— Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei 597
— Die Sünden der deutschen Militärpolitik in der Türkei 630
— Organisationsfehler im deutschen Heer 72
— Warum Deutschland den Weltkrieg verlieren mußte 6
Kleinpaul, Dr. Johannes: Carl Bücher: Lebenserinnerungen 820
Kloth, Emil: Der Entwurf eines neuen Gewerkschaftsprogramms 242
Knoerzer, G.: Novembersozialisten . . 306
— Zivildienstpflicht statt Militärdienstpflicht 819
Körner, Friedrich: Die Not des geistigen Arbeiters 180
— Hindenburg 209
— Reform der Studentenverbindung . 26
— Volksbildung und deutsche Zukunft 439
— Zur Frage des Presseattachés . . 570

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Kuechner, Dr. Fritz: Was ist Demokratie 249
Kunze: Sozialdemokratie und auswärtige Politik 317
Kuttner, Erich: Keine Diktaturgelüste 741
Landsberg, Georg: An Herrn August Winnig 638
Lensch, Dr. Paul: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten 194
— Am Aufbau der Weltrevolution . . 232
— Das Ende der französischen Legende 257
— Das Zwischenspiel des Friedensschlusses 385
— Der kommende Friede 134
— Der Rätekongreß 65
— Die Antwortnote 295
— Die deutsche und die englische Methode 104
— Die Krisis der Parteiideologie . . 711
— Die neue Moral 455
— Die Rache für Königgrätz 808
— Die roten Lakaien der Entente . . 673
— Dunkle Wolken 161
— Französische Politik 737
— Karikatur statt Korrektur 771
— Kohlenkrisis und Sozialismus . . 644
— Neue Fragen 490
— Seid Ihr gerüstet? 321
— Weltrevolution und Berliner Zahlabendpolitik 33
Lindow, Carl: Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit 747
Lüders, Else: Versäumte Gelegenheiten 407
Meisner, Dr. H. O.: Nochmals: Archive und Geschichtsforschung im neuen Staate 222
Mennicke, Karl: Neuorientierung in der Sozialdemokratie? 125
Merleker, Hartmut: Staatsfischereimonopol 186
Moeglich, Alfred: Bürgerliche Ideologie und sozialistische Denkarbeit . . . 461
— Zurück zu Marx 314
Mortier, J.: Eine Aufgabe der Internationale 117
Müller-Brandenburg: Der Kampf um die Seeflanke 663
— Die Ueberschätzung der eigenen Kraft 753
— Doch mit Frankreich 775
— Falkenhayns verfehltes Spiel . . . 685
— Wie es zur Katastrophe kam . . . 550
Muthesius, Karl: Die deutsche höhere Schule 17
— Nochmals: Die Berliner Begabtenprüfung 288
Neumann (Vohwinkel), Dr. E.: Das Recht zum Streik 175
— Zur Frage des Religionsunterrichtes 534
Parvus: Die Reichswehr 801
— Woher kommt die Gefahr 769
Peiser, Dr. Werner: Humanistische Bildung in der sozialen Republik 617
— Weltökonomie nicht Nationalökonomie 759
Quarck, Max: Schulkämpfe und Verfassung 815
Rausch, Bernhard: Vom alten zum neuen Heer 518
Rein: Die Fabel vom weltlichen Staat 555
Roß, Colin: Der Geist im alten und neuen Heer 625
Rudolph, Alwin: Zur Sozialisierung des dichterischen Schaffens . . . 375
Ruscheweyh, Dr. Herbert: Vertragshaftung der Unternehmung und Betriebsrätesystem 659
Saenger, Alwin: Der Karneval zu München 69
— Der letzte Akt 38
— Die Umbildung des bayerischen Ministeriums 328
— Eine Glosse zu einem Urteil . . 383
— Epilog 511
Schiff, Victor: Wilhelms Schiksal und wir 513
— Versailles und Luzern 679
— Ruhig doch! 767
Schmidt, Robert: Volkshochschulen und Arbeiterschaft 731
Schreiber-Krieger, Adele: Zur Einordnung der Frauen in das neue Reich 203
Schweitzer, S. B.: Der Sozialismus . . 96
Springer: Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung 793
Steiger, Edgar: Was ist Wahrheit . . 90
Storck, Dr. Karl: Eine Aenderung des Urheberwahlrechtes 148
Thurnwald, Dr. Richard: Amerikanische Universität 268
Treuenfels, Dr. Bernhard: Rußland und wir Auslandsdeutsche 393
Troß, Dr. Erich: Archiv und Geschichtsforschung im neuen Staat 61
— Der künftige militärische Führer . 157
— Die Ueberwindung der Phrase . . 350
— Konsument und Produzent im Sozialismus 655

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Troß, Dr. Erich: Leitgedanken öffentlicher Propaganda 219
— Nochmals: Archiv und Geschichtsforschung im neuen Staat 289
— Offizier und Sozialismus 606

Umbreit, Paul: Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes 649

Weber, Dr. rer. pol. Hans Siegfried: Die Reform des deutschen Beamtentums 261
Wiesengrund, Oskar: Der alte und der neue Sozialismus 53
Wiesenthal, Karl: Ein Beitrag zum Sozialisierungsproblem 311
Winnig, August: Blick nach dem Osten 641
— Der baltische Knoten 804
Winnig, August: Der geschichtliche Sinn der deutschen Revolution . . 200
— Die Einigung der Sozialdemokratie im Lichte der Tatsachen 289
— Die Lage der Partei 358
— Die Weltrevolution — das Gebot der Stunde 129
— Glossen zur Ratifizierung 496
— Trotz alledem 703
— Vom sittlichen Wesen der Arbeiterschaft 1
Witte, Dr. Erich: Das Volkshochschulwesen 165
Wörner, Dr. Gerhard: Sozialisierung und Feuerversicherung 475

Die Gedenkschrift Robert Schmidts gegen Wissell 481

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:36 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

PERIODICALS

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

23Nov'64SB

REC'D LD

JAN 27 '65 -2 PM

LD 21A-40m-11,'63
(E1602s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

PERIODICALS

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Generated on 2019-10-25 15:37 GMT / http://hdl.handle.net/2027/uc1.$b595228
Public Domain in the United States, Google-digitized / http://www.hathitrust.org/access_use#pd-us-google